



Marina Haase

Berufschullandschaften in ländlichen Räumen

Zur Steuerung berufsbildender Infrastrukturen im
Kontext demografischer Entwicklungen und
institutioneller, sektoraler sowie akteursspezifischer
Konstellationen in Brandenburg

Marina Haase

Berufschullandschaften in ländlichen Räumen

Zur Steuerung berufsbildender Infrastrukturen
im Kontext demografischer Entwicklungen und
institutioneller, sektoraler sowie akteurspezifischer
Konstellationen in Brandenburg

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2016

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: 2292

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **Praxis Kultur- und Sozialgeographie** wird herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Heller, Dr. Carsten Felgentreff und Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner.

ISSN (print) 0934-716X

ISSN (online) 1868-2499

ISBN 978-3-86956-365-7

Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2015

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:
Namensnennung, Nicht kommerziell, Keine Bearbeitungen 4.0 International
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Satz: Kadanik | Grafik- & Satzbüro, andrekadanik.de

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam:

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus4-89827](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-89827)

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-89827>

Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	XIII
Tabellenverzeichnis.....	XVI
Kartenverzeichnis.....	XVIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
1 Einleitung.....	23
1.1 Regionale Berufsbildungsforschung – Ein Überblick.....	23
1.2 Forschungsanlass.....	26
1.3 Berufsschulen als raumbundene und gesteuerte Infrastrukturen	29
1.4 Vorgehen und Aufbau der Arbeit.....	33
2 Berufsausbildung in ländlich-peripheren Räumen.....	35
2.1 Das deutsche Berufsausbildungssystem.....	36
2.1.1 Die Struktur des Berufsbildungssystems	38
2.1.1.1 Duales System.....	39
2.1.1.2 Schulberufssystem	42
2.1.1.3 Übergangssystem	44
2.1.1.4 Die Berufsschule – Formen und Struktur	45
2.2 Ausbildungsmärkte im nordostdeutschen Raum	50
2.2.1 Der ländlich-periphere Raum in der Berufsbildungsforschung der ehemaligen Bundesrepublik 1960 bis 1990	50
2.2.2 Die Ausbildungssituation in den 1990er und 2000er Jahren	52
2.2.2.1 Lehrstellenmangel in ländlichen Räumen.....	52
2.2.2.2 Regionale Differenzen im betrieblichen Ausbildungsspektrum	58
2.2.2.3 Hohe Mobilität und Abwanderung	60

2.2.3	Regionale Differenzierungen im Schulberufssystem	64
2.2.4	Vom Ausbildungsplatzmangel zu Nachwuchsproblemen? – Die Ausbildungsmärkte ab Mitte der 2000er Jahre.....	66
2.2.5	Ausbildungsmärkte im demografischen Diskurs – Verschiebungen und Persistenzen.....	71
2.3	Ausbildungsmärkte im Kontext regionalökonomischer Entwicklungen und Strukturen	77
2.3.1	Entwicklungslinien ländlich-peripherer Räume in Nordostdeutschland und im Landkreis Uckermark.....	78
2.3.1.1	Entwicklungen nach 1990	81
2.3.2	Ländlich-periphere Ausbildungsmärkte in der Berufsbildungsforschung und in den Raumwissenschaften ...	87
2.3.3	Zur Differenzierung zwischen ländlichen und ländlich-peripheren Ausbildungsmärkten.....	89
2.4	Ausblick: Ausbildungsmärkte und Infrastrukturgestaltung in ländlichen Regionen.....	94
3	Forschungsstand: Aktuelle Anpassungsprozesse im Berufsschulwesen im ländlichen Raum	97
3.1	Der ländlich-periphere Raum in aktuellen Leitbilddiskussionen zur Daseinsvorsorge	100
3.2	Der Anpassungsprozess in Planungskonzepten und Gutachten.....	106
3.2.1	Institutionelle, funktionale und regionale Verortungen der Berufsschule	106
3.2.2	Räumliche Konzentration und Profilierung von Berufsschulen.....	110
3.2.3	Handlungsoptionen und Alternativen zur Konzentration von Berufsschulen	114
3.2.4	Die räumliche Struktur der „neuen“ Berufsschullandschaften.....	115
3.2.5	Weitere Einrichtungen der Berufsschullandschaften – Bildungsträger und Privatschulen.....	117

3.3	Orientierungen und Kriterien der aktuellen Berufsschulplanung	119
3.3.1	Antizipierte Entwicklungen an den Ausbildungsmärkten ...	119
3.3.2	Kriterien bei der Gestaltung des künftigen Berufsschulnetzes aus der Planungsperspektive.....	121
3.4	Regionale Bildungsbenachteiligung durch den Infrastrukturrückbau	125
3.5	Berufsschulsteuerung als Gegenstand von Kooperationen und Konflikten	130
3.5.1	Anpassung von Berufsschullandschaften durch interkommunale Kooperation.....	132
3.5.2	Hierarchische Steuerungsformen.....	135
3.5.3	Kritik an zentral gesteuerter Konzentration.....	136
3.5.4	Mangelnde zentrale Steuerung des Anpassungsprozesses....	137
3.5.5	Zur Einbindung und Rolle der Wirtschaft	138
3.5.6	Angebotsorientierte Ausbildungsformen im Spannungsfeld von zentraler Steuerung und lokaler Gestaltung.....	139
3.6	Berufsschulsteuerung – ein raum- und akteursspezifisch vermittelter Prozess	140
4	Forschungsheuristik und Methodik	145
4.1	Raum- und institutionentheoretische Bezüge der Infrastruktursteuerung	145
4.2	Forschungsgegenstand und -fragestellung	154
4.3	Methodik	157
4.3.1	Methodologischer Ansatz	157
4.3.2	Methodische Vorgehensweise	158
4.3.3	Validität und Reichweite der Forschungsergebnisse	165
5	Im Feld I: Die Restrukturierung des Berufsschulnetzes in Brandenburg seit 1990	167
5.1.	Die Struktur der Infrastrukturnetze nach 1990	168

5.1.1	Die Oberstufenzentren in Brandenburg von 1990 bis heute.....	168
5.1.2	Entwicklung des Berufsschulnetzes in den Landkreisen Uckermark und im Barnim.....	172
5.1.3	Etappen und Grundorientierungen der Berufsschulplanung in Brandenburg.....	175
5.2	Profilierung und Konzentrationsprozesse in den 2000er Jahren	184
5.2.1	Die Konzentration berufsschulischer Ausbildungsgänge im Dualen System in den 2000er Jahren	187
5.2.2	Berufsstrukturelle Charakteristika des Konzentrationsgeschehens	191
5.2.3	Die Prägung des Konzentrationsgeschehens durch die Bauwirtschaft	195
5.2.4	Die Einbettung berufsschulischer Infrastrukturen in wirtschaftsstrukturelle, konjunkturelle und sektorale Spezifika	205
5.3	Peripherisierung durch Konzentration? – Räumliche Differenzierungen	208
5.3.1	Polarisierungen zwischen „Peripherie und Zentrum“ – berufsschulische Infrastrukturentwicklung in den Landkreisen Uckermark und Barnim.....	209
5.3.1.1	Das Angebotsspektrum.....	209
5.3.1.2	Einzugsgebiete	214
5.3.2	Regionale Vielfalt als Kennzeichen der berufsschulischen Infrastrukturentwicklung in Brandenburg.....	216
5.4	Kennzeichen der Infrastrukturentwicklung im Schulberufssystem.....	226
5.5	Resümee: Räumliche Differenzierungen in der Infrastrukturentwicklung in Brandenburg	238

6	Im Feld II: Steuerungsinstrumente und Orientierungen in Brandenburg.....	245
6.1	Die langfristige, strategische Steuerung der Berufsschullandschaft	246
6.2	Die kleinteilige Steuerung der Berufsschullandschaft.....	250
6.3	Grundorientierungen der Steuerung – Aushandlung und räumlicher Ausgleich	254
6.4	Das Schulberufssystem und freie Träger in der beruflichen Erstausbildung – Im Schatten der Berufsschulplanung?.....	261
6.5	Resümee.....	269
7	Im Feld III: Berufsschulplanung in der „Peripherie“	275
7.1	Der Ausbildungsmarkt im Landkreis Uckermark in den 2000er Jahren	275
7.2	Grundzüge der Berufsschulplanung im Landkreis Uckermark in den 2000er Jahren.....	279
7.3	Der Verlust berufsschulischer Infrastruktur am Oberstufenzentrum Uckermark.....	281
7.3.1	Die Schließung der Berufsschulabteilung für Bautechnik ...	281
7.3.2	Gescheiterter Ausgleich bei der Infrastrukturgestaltung – Der Einfluss peripherer Raumlagen.....	284
7.3.3	Der Verlust der Berufsvorbereitung am Standort Templin...	287
7.3.4	Gelingende interkommunale Abstimmung trotz Polarisierungen.....	290
7.4	„Ein Standort kämpft“ – Widerstand gegen Konzentrationsprozesse	295
7.4.1	„2001 beginnt für uns mit einem Paukenschlag“ – Der Kampf um den Erhalt der Ausbildung in sozialen Berufen in Templin	295
7.4.2	Gescheiterte Intervention gegen die „Privatisierung“ der Berufsvorbereitung.....	301
7.4.3	Kommunale Lernprozesse	305
7.5	Perspektiven und Rollen der regionalen Wirtschaft für die Infrastrukturgestaltung	306

7.5.1	„Für unseren Industriestandort hätten solche Entscheidungen fatale Auswirkungen gehabt.“ – Ein Großbetrieb als Akteur.....	306
7.5.2	„Was soll denn noch alles aus der Region weg?“ – Perspektiven der Kreishandwerkerschaft.....	316
7.5.3	Räumliche Ein- und Entbettung – Berufsschulplanung im Spannungsfeld heterogener Kooperationsformen zwischen Berufsschule und Betrieb	323
7.6	Widersprüchliche Entwicklungen? – Schrumpfung und Wachstum im Schulberufssystem.....	326
7.6.1	Das Einstellen der Assistentenausbildung am OSZ Uckermark	327
7.6.2	Aktive Verarbeitung der Krise? – Inhaltliche und organisatorische Neustrukturierung als Reaktion auf demografische Entwicklungen	331
7.6.2.1	Die Neueröffnung eines Assistenten- ausbildungsgangs am Oberstufenzentrum in einem berlinnahen Landkreis.....	331
7.6.2.2	Expansion und Schrumpfung der Assistentenausbildung an einer privaten Berufsschule in der Uckermark.....	335
7.6.2.3	Bereicherung oder Konkurrenz? – Die Perspektiven der regionalen Akteure auf die Privatschulentwicklung	342
7.6.3	Steuerungsdilemma oder sich selbst regulierende Bildungslandschaft? – Demografische Entwicklung und institutioneller Wandel im Schulberufssystem von Flächenländern	346
7.6.3.1	Organisationsspezifische Eigenlogiken und akteurspezifische Konstellationen in angebotsorientierten Bildungsmärkten.....	346
7.6.3.2	Ausbildungsstrategien – Die Ambivalenz der regionalen Ebene	351

8	Die Räume der Infrastrukturgestaltung – Abschließende Reflektionen	359
8.1	Berufsschulsteuerung als Forschungsgegenstand	359
8.2	Theoretische Essenzen der empirischen Untersuchung	360
8.3	Reichweite der Ergebnisse und Ausblick	378
9	Literaturverzeichnis	385
10	Anhang	453
	Anhang I: Der Ausbildungsmarkt – Bilanzierung von Angebot und Nachfrage	453
	Anhang II: Ausbildungsförderprogramme in Brandenburg in den 1990er und 2000er Jahren	455
	Anhang III: Verteilung der Berufsschulstandorte in am stärksten besetzten Ausbildungsberufen laut LSBV nach Landkreisen und Schulamtsbezirken in Brandenburg (2013)	457
	Anhang IV: Exemplarische Interviewleitfäden	459

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Struktur des Berufsausbildungssystems nach Sektoren und Bildungsgängen	38
Abbildung 2:	Die Struktur berufsbildender Schulen in Brandenburg	46
Abbildung 3:	Absolventen/Abgänger/innen allgemeinbildender Schulen im Land Brandenburg (1995–2013)	54
Abbildung 4:	Auszubildende in Brandenburg nach betrieblicher, betriebsnaher und außerbetrieblicher Ausbildung (1996–2006)	55
Abbildung 5:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsberufen und Agenturbezirken (2005–2011)	59
Abbildung 6:	Zielregionen von über die Kreisgrenzen pendelnden Auszubildenden aus den peripheren Brandenburger Landkreisen (1999–2010).....	62
Abbildung 7:	Indikatoren zum Ausbildungsmarkt im Arbeitsagenturbezirk Eberswalde (2007–2011).....	68
Abbildung 8:	Heuristisches Modell – Steuerungsformen berufsschulischer Infrastrukturnetze	151
Abbildung 9:	Anzahl der Oberstufenzentren im Land Brandenburg (1992–2013).....	170
Abbildung 10:	Schüler/innen und Auszubildende an Berufsschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft im Landkreis Uckermark	172
Abbildung 11:	Schematische Abbildung der etappenweisen Etablierung des berufsschulischen Standortsystems in einem brandenburgischen Landkreis (1990–2013)	182
Abbildung 12:	Auszubildende und Schüler/innen an den Oberstufenzentren im Land Brandenburg nach Bildungsgängen (1994–2013)	185

Abbildung 13: Anzahl der an den Oberstufenzentren beschulten Berufe im Dualen System Brandenburg laut LSBV nach Landkreisen und kreisfreien Städten (2002, 2013).....	188
Abbildung 14: Anzahl der Ausbildungsberufe in Brandenburg nach Anzahl der OSZ-Standorte, die für den jeweiligen Berufsschulunterricht zuständig sind (2002, 2013).....	189
Abbildung 15: Anzahl der Auszubildenden nach Anzahl der Beschulungsstandorte in Brandenburg laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	189
Abbildung 16: Berufe, deren Berufsschulstandorte zwischen 2002 und 2013 konzentriert wurden, nach Umfang der Konzentration	193
Abbildung 17: Auszubildende und Schüler/innen in Bau- und baunahen Berufen am OSZ Uckermark nach Ausbildung im Dualen System und im Kooperativen Modell (1998–2009)	198
Abbildung 18: Entwicklung der Zahl der an den Oberstufenzentren beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System laut Landesschulbezirksverordnungen (2002, 2013).....	202
Abbildung 19: Struktur des OSZ Uckermark von ca. 2000 bis 2007.....	209
Abbildung 20: Struktur des Oberstufenzentrum Uckermark 2013.....	210
Abbildung 21: Anzahl der Auszubildenden in der Berufsschulabteilung für Bau-/baunahe Berufe am OSZ Uckermark (1994–2009).....	211
Abbildung 22: Anzahl der an den Oberstufenzentren beschulbaren Berufe im Dualen System Brandenburg laut LSBV nach Landkreisen und kreisfreien Städten (2002, 2013).....	217
Abbildung 23: Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System nach Schulamtsbezirken laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	219
Abbildung 24: Schüler/innen und Auszubildende in vollqualifizierenden Bildungsgängen im Land Brandenburg an privaten und öffentlichen Berufsschulen (1994–2013).....	227
Abbildung 25: Schüler/innen und Auszubildende in vollqualifizierenden Bildungsgängen des Schulberufssystems im Land Brandenburg (1994–2013).....	228

Abbildung 26: Anzahl der Schüler/innen an Fachschulen im Land Brandenburg nach Trägerschaft (1994–2013)	229
Abbildung 27: Anzahl der Fachschulen im Land Brandenburg nach Trägerschaft (1997–2013)	229
Abbildung 28: Schülerzahlen in technischen Assistentenausbildungsgängen im Land Brandenburg (1995–2013).....	233
Abbildung 29: Schüler/innen in Assistentenausbildungsgängen des Dienstleistungssektors im Land Brandenburg (1995–2013).....	235
Abbildung 30: Schüler/innen in vollqualifizierenden Bildungsgängen des Schulberufssystems im Land Brandenburg nach Trägerform (1994–2013).....	237
Abbildung 31: Schüler/innen und Auszubildende an beruflichen Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft im Landkreis Uckermark nach Bildungsgängen (1994–2013)	276
Abbildung 32: Entwicklung der Schüler- und Auszubildendenzahlen am OSZ Uckermark nach Abteilungen (1997, 2007)	283
Abbildung 33: Schüler/innen und Auszubildende im Land Brandenburg nach Trägerform und Ausbildungsgängen (1994–2013).....	346
Abbildung 34: Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft im Land Brandenburg nach Schultypus (1995–2013).....	347

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Angebot-Nachfragerelationen in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken (2003–2011).....	57
Tabelle 2:	Materialübersicht zu Anpassungsprozessen der Berufsschulstandortssysteme in Ostdeutschland	112
Tabelle 3:	Regionsbezüge in der beruflichen Erstausbildung nach Kalisch.....	146
Tabelle 4:	Räumliche Bezüge von Infrastrukturgestaltung und -steuerung in der beruflichen Bildung.....	147
Tabelle 5:	Übersicht Interviewpartner/innen	163
Tabelle 6:	Anzahl der Auszubildenden in von Konzentrationen oder von Ausweitung der Berufsschulstandorte betroffenen Berufen (2011)	190
Tabelle 7:	Anzahl der Bau(nahen) Ausbildungsberufe nach Anzahl der Berufsschulstandorte laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	194
Tabelle 8:	Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Brandenburg in ausgewählten Berufen (2002, 2013).....	196
Tabelle 9:	Anzahl der beschulbaren Bau- und baunahen Berufe an den Oberstufenzentren Brandenburgs nach Landkreisen laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	201
Tabelle 10:	Anzahl der Auszubildenden und Beschulungsstandorte in ausgewählten Berufen	204
Tabelle 11:	Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System an den OSZ Barnim und Uckermark laut Landesschulbezirksverordnung (2006, 2011, 2013).....	210
Tabelle 12:	Entwicklung der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System am OSZ Uckermark laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	212
Tabelle 13:	Entwicklung der Ausbildungsberufe im Dualen System am OSZ Barnim laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013).....	213

Tabelle 14:	Veränderung der Einzugsgebiete für die Beschulung in dualen Ausbildungsberufen an den OSZ Uckermark und Barnim laut Landeschulbezirksverordnung (2002 zu 2013)	215
Tabelle 15:	Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System nach Branchen und ausgewählten Schulamtsbezirken laut Landeschulbezirksverordnung (2002, 2013)	220
Tabelle 16:	Bildungsanbieter Fachschule Richtung Sozialwesen, Sozialassistent/in und Berufsschule (schulischer Teil Duales System) in Brandenburg (Schuljahr 2012/2013)...	231
Tabelle 17:	Technische Assistentenausbildungsgänge an den Oberstufenzentren im Land Brandenburg nach Standort (2007, 2013)	234
Tabelle 18:	Assistentenausbildungsgänge im Dienstleistungssektor im Land Brandenburg nach Anzahl, Standort und und Trägerschaft der Schulen (2007, 2013)	236
Tabelle 19:	Auszubildendenzahlen in ausgewählten Ausbildungsberufen am OSZ Uckermark (2002–2011)	251
Tabelle 20:	Prozentualer Anteil an Schüler/innen und Auszubildenden nach Bildungsgängen an den Oberstufenzentren in Brandenburg, Uckermark und Barnim (2006, 2013)	277
Tabelle 21:	Auszubildende, Schüler/innen und Anzahl der Bildungsgänge am Oberstufenzentrum und an privaten Berufsschulen (anerkannten Ersatzschulen) im Landkreis Uckermark (2006, 2013)	277

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Siedlungsstrukturelle Kreistypen des BBSR 2011	80
Karte 2:	Das Standortnetz der Oberstufenzentren im Land Brandenburg (2013)	169
Karte 3:	Mecklenburg-Vorpommern: Geplante Standorte der Berufsschulen	171
Karte 4:	Standortnetz berufsbildender Schulen im Landkreis Uckermark vor 1990 und 2000	173
Karte 5:	Schulamtsbezirke Brandenburg	218
Karte 6:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	279
Karte 7:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	282
Karte 8:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	288
Karte 9:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	296
Karte 10:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	327
Karte 11:	Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013	336

Abkürzungsverzeichnis

BA:	Bundesagentur für Arbeit
BRD:	(ehemalige) Bundesrepublik Deutschland
BBiG/HwO:	Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung
BBR:	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BBSR:	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BFS:	Berufsfachschule
BIBB:	Bundesinstitut für Berufsbildung
BLK:	Bund-Länder-Kommission
BMBF:	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMVBS:	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BRD:	Bundesrepublik Deutschland
FOS:	Fachoberschule
FR:	Fachrichtung
IAB:	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IHK:	Industrie- und Handelskammer
KMK:	Kultusministerkonferenz
KMU:	Kleine und mittlere Unternehmen
LPG:	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften
M-V:	Mecklenburg-Vorpommern
MORO:	Modellvorhaben der Raumordnung
OSZ:	Oberstufenzentrum
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÜBS:	überbetriebliche Berufsbildungsstätten

In Zitaten verwendete Abkürzungen der Interviewpartner/-innen

Interviewpartner/-innen im Landkreis Uckermark:

(U O SL):	OSZ-Schulleiter
(U O AL):	OSZ-Abteilungsleiter
(U O AL T):	OSZ-Abteilungsleiter Templin
(U SV):	Leiter des Schulverwaltungsamtes
(U-B S):	Schulrat für berufliche Schulen Schulamt Uckermark-Barnim
(U P GS):	Privatschule Geschäftsführerin
(U P SL):	Privatschule Schulleiter
(U P ESL):	Bildungsträger der Privatschule – Ehemaliger Leiter
(U BT L):	Bildungsträger in Schwedt – Leiter
(U GB1):	Ausbildungsleiter Großbetrieb 1
(U GB2):	Ausbildungsleiter Großbetrieb 2
(U KHW):	Leiter und Mitarbeiterin der Kreishandwerkerschaft Uckermark
(IHK FFO G AU):	IHK Frankfurt Oder – Geschäftsstellenleiter Bereich Ausbildung

Interviewpartner/-innen aus dem an Berlin angrenzenden Landkreis

(O SL BNLK):	OSZ-Schulleiter
(O AL BNLK):	OSZ-AbteilungsleiterIn
(O M BNLK):	OSZ-Abteilung MitarbeiterIn

Interviewpartner/-innen der Landesregierung Brandenburg

(MBS RL 25):	Leiter des Referates 25 im MBS
(MBS RF 34):	Mitarbeiter im Referat 34 im MBS
(MBS ERL 34):	ehemaliger Referatsleiter 34 im MBS

Abkürzungen der Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg

BAR: Barnim	LOS: Oder-Spree	OSL: Oberspreewald- Lausitz
BRB: Brandenburg a. d. Havel	MOL: Märkisch-Oderland	PR: Prignitz
CB: Cottbus	OHV: Oberhavel	SP: Spree-Neiße
EE: Elbe-Elster	UM: Uckermark	OPR: Ostprignitz-Ruppin
FF: Frankfurt-Oder		

1 Einleitung

1.1 Regionale Berufsbildungsforschung – Ein Überblick

Mitte der 1960er Jahre setzte Georg Picht mit dem Begriff „Bildungskatastrophe“ eine breite Debatte über den Zustand des Bildungswesens in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in Gang. Er wie auch die Sozialforscher Ralf Dahrendorf, Hansgert Peisert und Robert Geipel verwiesen auf große Rückstände und ungleiche Bildungschancen. Zum Sinnbild dafür wurde die von PEISERT (1967) entworfene sozialräumliche „Figur“ des katholischen Arbeitermädchens vom Lande. Sie bezeichnete die Überlagerung geschlechts-, schicht- und milieuspezifischer sowie räumlicher Faktoren der Bildungsbenachteiligung. GEIPEL verwies unter anderem auf die Bedeutung der räumlich ungleich verteilten Bildungseinrichtungen.¹ Damit gerieten auch die großen regionalen Unterschiede, etwa Differenzen in der Ausstattung mit Bildungseinrichtungen zwischen Stadt und Land, in den Blick. Der Zusammenhang zwischen Bildungschancen und geographischer Herkunft scheint sich im Gegensatz zur sozialen Herkunft oder dem Migrationshintergrund weitestgehend aufgelöst zu haben. Als ein entscheidender Grund dafür gilt der Ausbau von Bildungseinrichtungen ab den 1960er Jahren.² Die Bildung der jungen Bevölkerung in ländlichen Regionen stand im Zeichen eines gesellschaftspolitischen Modernisierungsprogramms, das insbesondere auf eine gesteigerte Teilnahme an gymnasialer und hochschulischer Bildung zielte. Der Ausbau von Bildungsinfrastrukturen führte allerdings nach EJURY (2004) zu der „empirisch ungeprüften Annahme“, dass regionale Disparitäten im Zuge der infrastrukturellen Angleichung verschwinden würden.³

¹ PEISERT 1967: 23; vgl. auch DERENBACH/GATZWEILER 1988: 413.

² DERENBACH 1987: 178 f.; DERENBACH/GATZWEILER 1988: 407 ff.

³ EJURY 2004: 40. Die regionale Bildungsforschung verweist auf nach wie vor bestehende räumliche Benachteiligungen. Auch nach der Bildungsexpansion sind noch erhebliche Unterschiede, etwa in der Dichte gymnasialer Bildungsgänge zwischen Bundesländern, Landkrei-

Für die berufliche Bildung ist der Befund eindeutiger.⁴ In kaum einem Bildungsbereich sind die Chancen so von der regionalen Herkunft geprägt wie im Dualen System.⁵ Dieser Sektor ist quantitativ der bedeutendste Bereich der beruflichen Qualifizierung. Die persönliche Identität, die Stellung im Beruf und die Einkommensmöglichkeiten werden entscheidend von der beruflichen Ausbildung geprägt. Bis Ende der 1960er Jahre spielten hier regionale Unterschiede in der Forschung und in der Bildungspolitik kaum eine Rolle.

Erst Untersuchungen Anfang der 1970er Jahre offenbarten große Unterschiede zwischen den Regionen. Der Mangel an Ausbildungsplätzen war in den ländlich-peripheren Regionen besonders ausgeprägt und verschärfte sich aufgrund einer demografisch bedingt steigenden Nachfrage in den Folgejahren.⁶ Die Probleme hingen mit dem ungleichen Strukturwandel zwischen Verdichtungsgebieten und bestimmten ländlichen Regionen und dem Mangel an staatlichen Bildungsangeboten zusammen. Daneben gab es auch starke Disparitäten zwischen den Bundesländern. Auf diese Ergebnisse wurde in den 1970er Jahren mit dem Ausbau von berufsbildenden Einrichtungen (nicht nur) in ländlich-peripheren Räumen reagiert. Trotz weiter bestehender Versorgungsprobleme erhöhte sich der Anteil von Jugendlichen mit einer beruflichen Ausbildung deutlich.⁷

Auch in der DDR gab es in der Nachkriegszeit große regionale Unterschiede. In den 1950er Jahren erfolgte der schrittweise Aufbau von Berufsschulen. Diese wurden in strukturschwachen Gebieten oftmals im Zuge von Industrieansied-

sen und kreisfreien Städten, feststellbar. Noch offen ist, welche Auswirkungen die aktuelle Ausdünnung allgemeinbildender Schulen in dünn besiedelten Räumen auf die Bildungschancen hat (vgl. KRAMER 1998: 82 ff.; DITTON 2007; WEISHAUP 2009: 63; MÜLLER 2000: 10; SIXT 2009: 37 ff.; EJURY 2004: 43).

⁴ Der Begriff berufliche Bildung bezieht sich im Folgenden ausschließlich auf die berufliche Erstausbildung, bezieht also nicht die breite Landschaft der Weiterbildung mit ein.

⁵ STENDER 2006: 46.

⁶ Die ersten Studien hierzu kamen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung. Bedeutsam waren auch die Ergebnisse der Edding-Kommission von 1974, die eine Berücksichtigung regionaler Ungleichgewichte im verabschiedeten Ausbildungsplatzförderungsgesetz von 1976 veranlassten. Allerdings erfolgte keine Konkretisierung der Forderung nach einem regional ausgewogenen Ausbildungsplatzangebot im Berufsbildungsförderungsgesetz von 1981. Insgesamt wird jedoch auch für die 1980er Jahre eine Vernachlässigung der regionalen Berufsbildungspolitik in der Bildungsplanung konstatiert. DERENBACH/SCHÜTTE 1982: 1; GANSER 1977: 808; DERENBACH 1985: 47; MICHEL 1984: 202 f.

⁷ DERENBACH 1987: 178; Ders.: 1984: 20 ff.; TROLTSCH 2003: 4; TROLTSCH et al. 2009: 2.

lungen und der Umstrukturierung der Landwirtschaft etabliert. Auf einem planwirtschaftlichen Steuerungs- und Zuweisungssystem basierend, erreichte die DDR einen hohen beruflichen Qualifizierungsstand der Bevölkerung. Der Anteil Ungelernter lag in den 1980er Jahren unter 5%.⁸

Ab circa Mitte der 1980er Jahre ist Berufsausbildung in ländlich-peripheren Räumen kein expliziter Gegenstand der Bildungsforschung mehr. Das mag damit zusammenhängen, dass die auf die räumliche Dimension bezogene Modernisierung als weitestgehend abgeschlossen galt. DERENBACH (1988) konstatiert einen Wandel in der Bildungsforschung „von einer mehr reformorientierten zu einer mehr auf Bestandserhaltung ausgerichteten Einschätzung des Ausbaus des Bildungswesens“. Dieser stand auch im Zusammenhang mit der einsetzenden Wirtschaftskrise. Aufgegriffen wurden nun vor allem erschwerte Rahmenbedingungen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt und Integrationsprobleme von „benachteiligten“ Jugendlichen.⁹ Spätestens ab Mitte der 1990er Jahre galt dann die wissenschaftliche und bildungspolitische Aufmerksamkeit der Bewältigung des rasant ansteigenden Lehrstellenmangels in Ostdeutschland. Insgesamt standen in den 1990er und 2000er Jahren raumspezifische Fragestellungen im Hintergrund.

Nur einzelne Untersuchungen beschäftigten sich vertieft mit der Ausbildungssituation in ländlichen Räumen. Gleichwohl wird ein Bedarf an einer regionalisierten Berufsbildungsforschung formuliert.¹⁰

⁸ AUTSCH et al. 1991: 6ff.; WERNER 1992: 215ff.; SCHÄFER 1998: 12; MÜLLER 2000: 10; EJURY 2004: 30.

⁹ DERENBACH 1988: 179f.

¹⁰ MÜLLER 2000: 6; DAHMS et al. 2001: 1f. DITTON konstatiert generell ein aktuell vergleichsweise geringes Interesse an räumlich-regionaler Bildungsforschung, deren Hauptfokus auf dem allgemeinbildenden und akademischen Bereich liegt (DITTON 2007: 22; vgl. zum Beispiel INSTITUT FÜR REGIONALE BILDUNGSPLANUNG (Hg.) 1975; Beiträge in Informationen zur Raumentwicklung 1977, Heft 3/4; JOHN 1976; PEISERT 1967; POHL 1985; WEISSHAUPT 1983). Der formulierte Forschungsbedarf bezieht sich zum Beispiel auf die räumliche Dimension der Ausbildungschancen Jugendlicher und auf den Zusammenhang von beruflicher Bildung und Regionalentwicklung (vgl. GNAHS 1998: 33f.; KALISCH 2011: 102f.).

1.2 Forschungsanlass

Erst jüngst richtet sich angesichts der starken Schülerzahlenrückgänge der Blick wieder auf Berufsausbildung in ländlich-peripheren Räumen. Die thematisierten Probleme sind anders gelagert. Statt Ausbildungsplatzproblemen ist es zum einen ein möglicher Fachkräftemangel, der negativ auf die Regionalentwicklung zu wirken droht.¹¹ Zum anderen wird die Frage aktuell, wie die berufsschulische Infrastruktur an die demografische Entwicklung angepasst werden kann. Ging es bis in die 1970er Jahre um den Ausbau von berufsbildenden Einrichtungen, steht nun der ländlich-periphere Raum im Zeichen des Rückbaus dieser. Damit verbindet sich eine ambivalente Sichtweise. Einerseits knüpft sich an die demografische Entwicklung die Erwartung einer Entspannung der lange Zeit sehr prekären Ausbildungsplatzsituation. Andererseits ist offen, inwiefern mit den Anpassungsprozessen die Ausbildung neuer räumlicher Disparitäten verbunden ist, etwa durch die Schließung von Berufsschulen. So bilden die unter dem Begriff demografischer Wandel zusammengefassten Bevölkerungsrückgänge in den neuen, aber auch alten Bundesländern seit mehreren Jahren Anlass zu einer wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen.

Im Bereich Bildung und Daseinsvorsorge wurde vor allem die Schließung von Grund- und weiterführenden Schulen thematisiert. In ländlich-peripheren Räumen ohne Hochschulen ist die berufliche Ausbildung der bedeutendste Sektor für die Qualifizierung von Nachwuchskräften. Die regionale Ausbildungssituation hat Auswirkungen auf regionale Kompetenzen. Sie beeinflusst das Ausmaß von Ab- oder Zuwanderung und natürlich die beruflichen Perspektiven junger Menschen. Im Gegensatz zur hohen Aufmerksamkeit für die Ausbildungsplatz- und Fachkräftesituation ist allerdings wenig über die Situation berufsschulischer Infrastrukturen in ländlichen, peripheren Gebieten bekannt.

Die Berufsbildungsforschung beobachtet die Entwicklung an den regionalen Ausbildungsmärkten. Ebenso gibt es eine komplexe Diskussion um die Weiterentwicklung der Berufsausbildung und Berufsschule, bei welcher der demo-

¹¹ Vgl. zum Beispiel AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: S. 177; KROLL et al. 2008; BRENKE 2007: 442 ff.

grafische Wandel einen Kontext bildet. Räumliche Aspekte spielen hier jedoch gegenüber bildungsstrukturellen, pädagogischen und Arbeitsmarktfragen eine untergeordnete Rolle. Die Gestaltung berufsschulischer Infrastruktur in Räumen mit Bevölkerungsrückgängen ist bisher im Wesentlichen „nur“ Gegenstand der anwendungsbezogenen Standortplanungen. Über umgesetzte Infrastrukturkonzepte und räumliche Strukturen berufsschulischer Standortsysteme ist kaum etwas bekannt. Im ersten und zweiten Brandenburger Demografiebericht, dem Demografiewerkstattbericht und in dem jüngsten vom Landtag in Auftrag gegebenen Gutachten zum demografischen Wandel wird das Standortsystem nur kurz erwähnt.¹²

So führt die Situation der Berufsschullandschaften im aktuellen demografischen Diskurs gegenüber dem allgemeinbildenden und Hochschulbereich¹³ ein eher randständiges Dasein. Der Forschungsstand zur räumlichen Einbettung von Berufsschulen, zum Beispiel der Zusammenhang von Integrationschancen und Erreichbarkeit der Ausbildungsangebote, ist generell defizitär.¹⁴ Ein funktionierendes Qualifizierungssystem benötigt jedoch sowohl betriebliche Ausbildungsplätze als auch eine überwiegend staatlich getragene berufsschulische Infrastruktur. Zum einen beruht die betriebliche Ausbildung (Duales System) auf zwei Säulen: der Ausbildung im Betrieb und dem Berufsschulunterricht. Zum anderen sind Berufsschulen Träger einer Reihe weiterer Qualifizierungsangebote: schulische Ausbildungsplätze, Berufsvorbereitung oder Ausbildungsgänge, die zur Fachhochschulreife führen. Berufsschulen, so der Forschungsanlass, sind mehr als ein „Anhängsel“ der Wirtschaft. Ausbildung basiert auch auf einer Infrastruktur, die raumgebunden ist und im Gegensatz zum Ausbildungsangebot der Wirtschaft weitestgehend staatlich gesteuert wird.

Relevant und interessant für den Forschungsanlass ist die Komplexität dieses Bildungssystems mit seiner äußerst ausdifferenzierten Struktur in „turbulenten“ Umwelten. Aus Steuerungsperspektive handelt es sich um „träge“ Systeme. Standorte sind nur begrenzt flexibel veränderbar. Sie müssen unter Res-

¹² LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2004, 2005, 2005a. Zum Transformationsprozess von Berufsschulen in Brandenburg nach 1990 aus einer bildungspolitischen Institutionenperspektive vgl. HÖLTERHOFF (2013).

¹³ Vgl. zum Beispiel KEMPKE/SEITZ 2004; NUTZ 2004; WEISHAUP 2001, 2004.

¹⁴ Auch im allgemeinbildenden Schulbereich fehlt es hierzu noch an hinreichenden Studien.

sourcengesichtspunkten auf Jahrzehnte stabil sein, dynamische konjunkturelle und wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen, veränderte Nachfragen sowie demografische Entwicklungen „auffangen“ können. Ebenso sind sie in ein komplexes Akteursnetz eingebettet, etwa mit den Kommunen als Träger und den Bundesländern, die die fachliche Schulaufsicht innehaben.¹⁵ Die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Infrastrukturgestaltung aus einer Steuerungsperspektive ist in den Raumwissenschaften in den letzten Jahren zunehmend in den Blick gerückt. So benennt etwa MOSS (2008) als ein Forschungsdefizit das Fehlen vergleichender Studien zu unterschiedlichen Infrastruktursektoren. Deswegen können bisher nur begrenzt verallgemeinerbare, zentrale Aussagen zum infrastrukturellen Wandel getroffen werden, „etwa zur Übertragbarkeit mancher Organisationsmodelle oder bestimmter Raumwirkungen von einem Sektor auf den anderen“. Wichtig ist daher die genaue Erforschung der Rolle von Akteuren, denn die „neuen räumlichen Ausprägungen des infrastrukturellen Wandels erfordern einen erhöhten Koordinierungs- und Regulierungsbedarf, der in erster Linie von staatlichen und kommunalen Akteuren zu leisten wäre“. ¹⁶ Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Konzeptualisierung des Verhältnisses von demografischer Entwicklung und Infrastrukturgestaltung. Theoretische Reflektionen zur demografischen Debatte in den Raum- und anderen Wissenschaften verweisen darauf, dass der aus Bevölkerungsentwicklungen abgeleitete Handlungsbedarf in spezifische gesellschaftspolitische Diskussionen eingebettet ist. Daher sollte die Struktur demografischer Diskurse selbst auch Gegenstand wissenschaftlicher Reflektionen sein.¹⁷

Diese Reflektionen gaben Anlass zu einer Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation und dem Umgang mit Berufsschullandschaften in peripheren, ländlichen Räumen aus einer sozialwissenschaftlichen und sozialgeographischen Perspektive. In dieser Arbeit wird die Infrastruktur in ihrer Raumbundenheit als ein eigenständiger Forschungsgegenstand betrachtet. Die Struktur des beruflichen Bildungssektors sowie theoretische Ansätze aus der Infrastrukturplanung und der demografischen Debatte lassen vermuten, dass die Steuerung berufsschulischer Bildungslandschaften Besonderheiten aufweist, die in der Regel

¹⁵ LEHMPFUHL 2004: 20 ff.

¹⁶ MOSS 2008: 333.

¹⁷ Vgl. BARLÖSIUS 2007; MENDIUS 2002; BEETZ 2007.

nicht Gegenstand der klassischen Standortplanung sind. In ländlich-peripheren, dünn besiedelten Räumen mit starken Bevölkerungsrückgängen besteht ein, noch näher zu definierendes, Spannungsverhältnis zwischen diesen Infrastrukturen als „trägen“ Systemen und den dort vorfindbaren Anforderungen an die berufliche Qualifizierung: Wie kann in Regionen mit dünner Besiedlung auf der einen und einer schwierigen regionalökonomischen Situation auf der anderen Seite eine solche komplexe Infrastruktur betrieben werden? Welche Steuerungsorientierungen kommen in dem anstehenden Rückbauprozess zum Tragen und ist von einer (weiteren) Verschärfung disparitärer Entwicklungen auszugehen?

1.3 Berufsschulen als raumgebundene und gesteuerte Infrastrukturen

Die aktuellen Diskussionen und bekannten Anpassungskonzepte verweisen auf eine Ausdünnung berufsschulischer Bildungslandschaften, insbesondere in ländlich-peripheren Räumen.¹⁸ Bildungslandschaft bezeichnet in dieser Arbeit nicht ein – aus raumwissenschaftlicher Perspektive teilweise problematisches – programmatisches Konzept.¹⁹ Der Begriff wird hier deskriptiv verwendet. Er bezieht sich auf die räumliche Struktur des Infrastruktursystems im berufsbildenden Bereich. Unter Infrastrukturen können alle Einrichtungen und Angebote gezählt werden, die für die Bereitstellung beruflicher Qualifizierung notwendig sind. In der Arbeit wird der Begriff enger gefasst. Er bezeichnet die an den staatlichen Berufsschulen bereitgestellten Bildungsgänge und -angebote inklusive ihrer physischen Gestalt, das heißt ihrer Standortnetze. Darin einbezogen sind auch private Berufsschulen.²⁰

In der Forschung und im Fachdiskurs von Politik und Verwaltung wird oftmals vom demografischen Wandel ausgehend nach der Notwendigkeit von Anpassungen in den jeweiligen Bereichen der Daseinsvorsorge gefragt. Diese Arbeit

¹⁸ BBR (Hg.) 2005.

¹⁹ Verwendet etwa in dem abgeschlossenen Bundesförderprogramm „Lernende Regionen“, das auf eine regionale Vernetzung der Organisationen und Akteure im Bildungsbereich zielte (vgl. auch BÜRKNER 2002 und REUTLINGER 2013).

²⁰ In einer weiteren Definition können dazu auch das betriebliche Ausbildungsangebot, überbetriebliche Lehrunterweisungsstätten, Berufsorientierungs- und Beratungsangebote der Kammern, der Bundesagentur für Arbeit sowie weiterer staatlicher und anderer Einrichtungen gezählt werden.

„tritt einen Schritt“ zurück. Sie betrachtet den Anpassungsprozess, die relevanten Strukturen und die daran beteiligten Akteure. Als Ausgangspunkt für einen sozialwissenschaftlichen, sozialgeographischen Zugang sind dem aktuellen Stand der Infrastruktur- und Demografiedebatte drei zentrale Beobachtungen beziehungsweise Thesen entnehmbar.

Infrastrukturregulierungen werden entscheidend durch siedlungsstrukturelle Merkmale ländlich-peripherer Räume dominiert. Demnach erfordern eine geringe Einwohnerdichte und ein dünnes Siedlungsnetz Konzentrationen von Einrichtungen. Das gilt vor allem für die sogenannten Punktinfrastrukturen. Dieses Postulat legt in seiner zugespitzten Form nahe, dass insbesondere das Handeln von Akteuren gegenüber einer „räumlichen“ Entwicklungslogik in den Hintergrund tritt. Insofern würde dieser Infrastrukturdiskurs eher einem containerartigen Raum- und Entwicklungsbegriff folgen.

Aktuelle Infrastrukturplanungen weisen Elemente von Demographisierungen auf. Diese Annahme bezieht sich auf die Beobachtung einer Dominanz demografiebasierter Argumente bei der Ableitung des Handlungsbedarfes in der Daseinsvorsorge. Negiert wird nicht die Bedeutung von Bevölkerungsrückgängen. Allerdings, so die Kritik, verstellt eine eingeeengte Perspektive auf die demografische Entwicklung den Blick darauf, dass Infrastrukturgestaltung auch ein gesellschaftspolitischer Aushandlungs- und Bewertungsprozess ist.²¹

Die Bedeutung demografischer Prozesse für gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen wird überbewertet. Auf der diskursiven Ebene, so eine Annahme, dient der Verweis auf demografische Prozesse nur der Verstärkung von Argumenten und Positionen, die auch schon vor dem Einsetzen des starken Bevölkerungsrückgangs bestanden. Zudem wird darauf verwiesen, dass die auf den demografischen Wandel zurückgeführten Entwicklungen ihren Ursprung in anderen, etwa ökonomischen oder institutionellen Kontexten haben (können). Diese Beobachtungen entstammen nicht nur Infrastrukturdebatten. Sie beziehen sich auch auf andere Bereiche, etwa auf die Arbeitsmarkt- oder Familienpolitik.²²

²¹ BARLÖSIUS 2007; BEETZ 2007; MENDIUS 2002 und SACKMANN/BARTL 2008.

²² BEETZ 2007a; Ders. 2007: 237 ff.; BARLÖSIUS 2007: 27 ff.; MENDIUS 2002: 25 ff.; BÜRKNER 2001; ALEMANN 2008; HUMMEL 2000: 51 ff.

Aktuelle Entwicklungen in den Berufsschullandschaften und die Betrachtung der Struktur des Ausbildungssystems verweisen darauf, dass alle drei Thesen mögliche Erklärungsansätze enthalten. Konzentrationen von Einrichtungen werden auf den Schülerzahlenrückgang in weitflächigen, dünn besiedelten Räumen zurückgeführt. Aufgrund der sehr differenzierten Form dieser Infrastruktur scheint es dazu kaum Alternativen zu geben. Allerdings wirken sich sinkende Schülerzahlen nicht gleichmäßig auf alle Segmente der beruflichen Erstausbildung aus. Hierbei sind auch widersprüchlich erscheinende Phänomene zu beobachten, etwa die Zunahme von privaten Berufsschulen in Brandenburg trotz rückläufiger Schülerzahlen. Die Auslastung berufsschulischer Infrastruktur hängt zudem auch von der Ausbildungssituation ab und ist somit an regional-ökonomische Strukturen gekoppelt. Damit verbunden ist die Frage, ob entscheidende Strukturierungslinien von Infrastruktursteuerung in „klassischen“ Merkmalen ländlicher Räume, wie der niedrigeren Besiedlungsdichte liegen, oder ob auch peripheriespezifische Merkmale wie Raumlagen oder sozioökonomische Marginalisierungsprozesse eine Rolle spielen. Schließlich lässt die institutionelle Komplexität des Bildungssektors mit Organisationen, die in verschiedenen Ausbildungsmärkten mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Eigenlogiken agieren, vermuten, dass der Anpassungsprozess durch möglicherweise divergente Akteurslogiken beeinflusst wird.

Der gewählte Forschungsgegenstand setzt an zwei Desideraten an. Zum einen gibt es kaum Erkenntnisse über die aktuelle Struktur und regionale Differenzierungen berufsschulischer Standortnetze in ländlichen beziehungsweise ländlich-peripheren Räumen. Zum anderen fehlt es an Zugängen, welche die Infrastruktursteuerung aus ihrer Einbettung in sektorale und institutionelle Kontexte, in unterschiedliche Verantwortungsbereiche und in Akteurslogiken analysiert.

Die Arbeit soll daher zeigen wie:

a) berufsschulische Infrastrukturen im Kontext von Nachfragerückgängen aus einer Raumperspektive gesteuert werden

b) und inwiefern hierbei die Auswirkungen des demografischen Wandels sektoral, institutionell, akteurs- und regionalspezifisch vermittelt sind.

In der Arbeit bezeichnet der Begriff demografischer Wandel den etwa Mitte der 2000er Jahre in den neuen Bundesländern einsetzenden Rückgang an Jugendlichen als Folge der Überlagerung des Geburteneinbruches Anfang der 1990er Jahre mit den vor und nach der Wende sowie aktuell erfolgenden Abwanderungen durch Strukturwandel und den massiven Abbau von Arbeitsplätzen.

Mit dem Forschungsgegenstand will die Arbeit zum einen einen Beitrag zu sozialgeographisch orientierten Zugängen im Themenfeld Daseinsvorsorge, demografischer Wandel und ländliche Räume leisten. Zum anderen will sie die bisherigen Erkenntnisse über die spezifisch räumliche Dimension berufsbildender Infrastrukturen sowie das Verständnis für die Komplexität und die damit verbundenen Herausforderungen für die verantwortlichen Akteure vertiefen. Damit geht es also auch um eine Vertiefung der Schnittstelle von Raum- und Berufsbildungsforschung.

Die Rekonstruktion der Steuerung berufsschulischer Infrastruktur ist ein komplexer Forschungsgegenstand. Erforderlich ist eine Abgrenzung zu wichtigen, mit dem Gegenstand eng verbundenen Themen: Aspekte des (drohenden) Fachkräftemangels werden an bestimmten Stellen thematisiert, sind jedoch nicht Fokus der Arbeit. Ebenso ausgeklammert werden Fragen der inneren Berufsschulentwicklung, der Weiterbildungsbereich und die Bedeutung der Erreichbarkeit von Berufsschulen aus Perspektive der Schüler/innen und Auszubildenden.

1.4 Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Aufgrund des Mangels an empirischen Studien und konzeptionellen Zugängen zielt die Arbeit auf die Gewinnung von empiriebasierten Thesen (Theorien „kleiner bis mittlerer“ Reichweite) über die Steuerung berufsschulischer Infrastrukturen im ländlichen beziehungsweise ländlich-peripheren Raum im Land Brandenburg. Anhand der Analyse des brandenburgischen Berufsschulnetzes ab den 1990er Jahren werden Erkenntnisse über die räumlichen Strukturen und regionalen Differenzierungen des Netzes in einem ländlich geprägten Flächenland gewonnen. Die Rekonstruktion der institutionellen und sektoralen Rahmenbedingungen sowie der Bedeutung akteursspezifischer Steuerungsorientierungen und -formen erfolgt mittels der Untersuchung des Steuerungssystems in Brandenburg und einer Fallstudie im brandenburgischen Landkreis Uckermark.

Aufgrund des defizitären Forschungsstandes wurde sich theoretisch-konzeptionell für die Arbeit mit einer Forschungsheuristik entschieden. Diese leitet und strukturiert die empirische Untersuchung und Auswertung der Daten. Die entscheidenden Strukturierungslinien und theoretischen Konzepte waren im Vorfeld noch nicht kontextualisiert. Daher galt es zunächst, die zentralen Strukturen und Entwicklungen herauszuarbeiten, in die berufsschulische Infrastrukturen eingebettet sind.

Kapitel 2 beleuchtet Merkmale von Ausbildungsmärkten in ländlich-peripheren Regionen in den 1990er und 2000er Jahren mit Fokus auf dem Land Brandenburg und der Uckermark. Begonnen wird mit einer deskriptiven Darstellung der Struktur des Berufsausbildungssystems. Diese Struktur ist ein entscheidender Ausgangspunkt für die Forschungshypothesen und das Verständnis des Forschungsgegenstandes.

Gegenstand von **Kapitel 3** ist die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zu aktuellen Anpassungsprozessen beruflicher Infrastrukturen. Nach einem Überblick über die Leitbilddebatten im Daseinsvorsorgediskurs erfolgt eine konzeptionelle Verortung der Berufsschule als regionale Infrastruktur in ländlichen Räumen. Anschließend werden die räumlichen, fachlichen und steuerungstheoretischen Implikationen der aktuell diskutierten oder anvisierten Infrastrukturplanungen analysiert.

Kapitel 4 überführt die Reflektionen aus Kapitel 2 und 3 in eine Forschungsheuristik und in das methodische Vorgehen. Expliziert werden die raum-, steuerungs- und institutionentheoretischen Bezüge, die die empirische Untersuchung und Interpretation des Materials leiten. Anhand dieser Kategorien erfolgt die Ausdifferenzierung der Fragestellung. Im letzten Teil werden der methodologische Ansatz und das Forschungsdesign beschrieben.

Das „Herzstück“ der Arbeit ist die Darstellung der empirischen Ergebnisse in **Kapitel 5 bis 7**. Hierfür wurde eine kaleidoskopartige Darstellungsform gewählt. Der Forschungsgegenstand wird aus verschiedenen Perspektiven und Fragestellungen betrachtet.

Kapitel 5 legt die Entwicklung und den räumlichen Aufbau des brandenburgischen Berufsschulnetzes dar. Hier stehen regionale Differenzierungen und die Einbettung der Infrastruktur in sektorale und ökonomische Zusammenhänge im Vordergrund. Das bildet eine wichtige Grundlage für das Verständnis der Rahmenbedingungen bei der Steuerung von Berufsschullandschaften. **Im Kapitel 6** werden die Steuerungsperspektiven und Instrumente des Landes Brandenburg analysiert.

Kapitel 7 arbeitet anhand verschiedener Fälle im Landkreis Uckermark detailliert die Formen des Zusammenspiels von sektoralen und räumlichen Strukturen mit akteurs- und organisationsspezifischen Steuerungsformen heraus. Sie werden je nach Fallkonstellation an Entwicklungen auf Landesebene oder an anderen Regionen gespiegelt. Übergreifende Reflektionen, die Darstellung der gewonnenen Ergebnisse und theoretischen Eigenschaften des Forschungsgegenstandes erfolgen in **Kapitel 8**.

2 Berufsausbildung in ländlich-peripheren Räumen

Mit Berufsausbildung in ländlich-peripheren Räumen wurde in den 1990er und 2000er Jahren in erster Linie der ausgeprägte Lehrstellenmangel assoziiert. Aktuell steht ein drohender Fachkräftemangel im Vordergrund. In der Berufsbildungsforschung und in der Planung sind die Infrastruktursteuerung und die Entwicklungen am Ausbildungsmarkt nur lose miteinander gekoppelte Bereiche. Die Ausbildungsplatzsituation gilt zwar als zentral für die Berufsschulorganisation. Die lose Kopplung verweist allerdings auch auf eigenständige Struktur- und Organisationsprinzipien bei der Infrastruktursteuerung. Damit steht die Frage, welche Merkmale von Ausbildungsmärkten zentrale Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Berufsschulen in Räumen mit zurückgehenden Schülerzahlen bilden.

Dafür legt dieses Kapitel die Grundlage. Es fasst den Forschungsstand zu Ausbildungsmärkten in ländlich-peripheren Räumen Ostdeutschlands zusammen, mit Fokus auf Brandenburg beziehungsweise dem nordostdeutschen Raum und dem Landkreis Uckermark. Charakterisiert werden die Dekade des Lehrstellenmangels und der Übergang in die „Phase“ eines drohenden Fachkräftemangels ab etwa Mitte der 2000er Jahre. Die Ergebnisse werden anschließend eingebettet in Annahmen zu regionalökonomischen Entwicklungspfaden des nordostdeutschen Raumes. Sie münden in eine Charakterisierung ländlicher, peripherer Ausbildungsmärkte. Begonnen wird mit einer deskriptiven Darstellung des Ausbildungssystems. Diese bildet eine zentrale Grundlage, um die Entwicklung an den Ausbildungsmärkten nachzuvollziehen. Ebenso wichtig ist diese Darstellung für das Verständnis der besonderen Herausforderung in der Steuerung von berufsschulischen Infrastrukturen.

2.1 Das deutsche Berufsausbildungssystem

Die berufliche Erstausbildung ist ein Sektor mit vielfältigen Qualifizierungsformen. Die weltweit einzigartige Struktur dieses Sektors besteht aus einem Mischsystem aus staatlichen, korporativen und marktwirtschaftlichen Komponenten. Sie entwickelte sich im Prozess einer Ausdifferenzierung des betrieblichen Ausbildungsmarktes, der – eingebettet in gesellschaftspolitische Machtkämpfe – im Verlaufe des 20. Jahrhunderts von staatlichen Gesetzen und Einrichtungen überformt wurde.

Die historischen Ursprünge liegen in den korporativen Zunftordnungen des Mittelalters, die eine familiär-autoritär geprägte Berufsausbildung praktizierten. Mit der Auflösung des ständischen Sozialisationsmodells von Berufserziehung im Verlaufe des 19. Jahrhunderts, der Unterstellung von Teilen der Ausbildung unter staatliche Regulierungskompetenzen sowie der Einführung der Berufsschule erhielt die Berufsausbildung ihr bis heute bestehendes Gepräge.²³ „Entscheidend für die Entwicklung des Berufs zur universalisierten Form der Ausbildung war seine Erweiterung in die Industrie hinein, die im Unterschied zum Handwerk keine korporativ verankerte Berufstradition kannte.“ Die Entwicklung der Berufsschule mit ihren vielfältigen Bildungsgängen geht zurück auf einen im 19. Jahrhundert einsetzenden Prozess, in dem sukzessive die institutionelle Trennung von höherer Allgemeinbildung (Gymnasium und Universitäten) und Berufsbildung erfolgte.²⁴

Sie wurde offiziell 1920 eingeführt. Im Jahr 1938 folgte die Berufsschulpflicht. Eine systematische Etablierung der Berufsschule fand erst in der Nachkriegszeit statt. Seitdem hat sie eine maßgebliche Funktion für die Systematisierung der beruflichen Qualifizierung. Mit ihr wurden verallgemeinerte Qualifikationsstandards etabliert, die über den unmittelbaren „Lernraum“ des konkreten Betriebes und seinen Möglichkeiten hinausreichen.

²³ GREINERT 1998: 24 ff.; KUTSCHA/HÖVELS 2001: 22 f.; STENDER 2006a: 107.

²⁴ HARNEY/ZYMEK 1994: 407 (Zitat); GREINERT 1998: 58 ff.; SOLGA 2009: 1; KUTSCHA/HÖVELS 2001: 21. Die Legitimationsgrundlagen für die Weiterentwicklung beruflicher Bildungseinrichtungen waren jedoch zunächst weniger qualifikationsbezogene Argumente. Sie wurde als ein politisches, die Gesellschaft stabilisierendes Instrument gesehen, das „in erster Linie die Integration der kleinbürgerlichen und proletarischen Jugendlichen in den bürgerlichen Nationalstaat fördern [...] sollte“ (GREINERT 1998: 48 ff.). Prototypen des niederen Fachschulwesens waren etwa die Handels-, Hauswirtschafts- oder gewerblichen Fachschulen, zum Beispiel Spinnflechtsschulen (HARNEY 2008: 3259).

Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes von 1969 erhielt die berufliche Bildung in Deutschland als Abschluss einer über 100-jährigen Entwicklung ihren bis heute gültigen Systemcharakter.²⁵ Die Bezeichnung als System, so GREINERT, darf jedoch nicht dazu führen, den Bildungssektor als ein planvolles „Produkt pädagogischer Zweckmäßigkeit“ zu verstehen. Kennzeichnend für seine Gestalt ist die Einbettung in ökonomische und politische Auseinandersetzungen, als „Spiegelbild gesellschaftlicher Machtkonstellationen“, die von Anfang an seine Entwicklung strukturbildend prägten.²⁶

SOLGA (2009) bezeichnet die Berufsbildung als ein Modell, „das das deutsche Produktionsmodell der diversifizierten Qualitätsproduktion [...] stützt und die Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft [...] bis in die Gegenwart hinein begründet“.²⁷ Mit diesem Mischsystem können Risiken von Markt- und Staatsversagen begrenzt werden. Zudem erfolgt mit der Einbindung der Korporativen und der Arbeitnehmerverbände in die Gestaltung und Durchführung beruflicher Bildung die Bündelung von Fachkompetenzen und Legitimationsressourcen. Dies kann aber auch aufgrund unterschiedlicher Interessen Grund für Blockierungen oder nur sehr langsam erfolgender Reformen sein.

Auch entfaltet es durch das vertragsbasierte Ausbildungssystem sowie die Regulierung von Zugängen nach Schulabschlüssen sozialstrukturelle Segmentierungen und bindet die Ausbildungschancen Jugendlicher zu großen Teilen an (regionale) Konjunkturlagen und Arbeitsmarktentwicklungen. Als weitere kritische Herausforderung gilt die Anpassung an den Strukturwandel zur Dienstleistungsökonomie. Zu den zwischen Gewerkschaften, Kammern und der Bundesregierung kontrovers verhandelten Forderungen gehören auch eine stärkere Durchlässigkeit und Anerkennung von Qualifikationen zwischen verschiedenen Bildungssektoren sowie eine Verringerung der starken Spezialisierung der Berufsbilder.²⁸

²⁵ HARNEY 2008: 325. Davor waren viele Aspekte der Ausbildung rechtlich unklar, etwa die Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals (GREINERT 1998: 90 f.).

²⁶ GREINERT 1998: 18. Gegenstand heftiger Konflikte der 1970er und 1980er Jahre zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden war zum Beispiel eine Zwangsabgabe für nicht ausbildende Betriebe (ebd.: 95 ff.).

²⁷ Großbritannien und die USA weisen ein Marktmodell mit einem gering formalisierten on-the-job-training auf. Modelle wie in den USA polarisieren stärker zwischen einer großen Schicht von An- und Ungelernten und einer Schicht, die sich über Colleges qualifiziert. In Frankreich findet die Berufsausbildung an staatlichen Schulen statt (SOLGA 2009: 1).

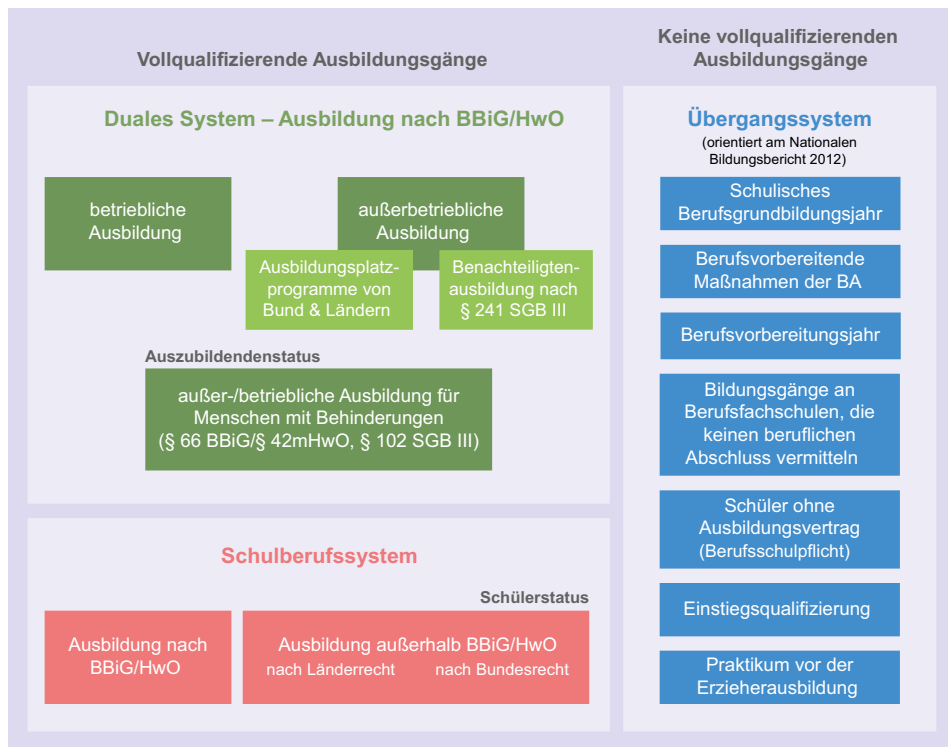
²⁸ STENDER 2006a: 121 ff.; KUTSCHA/HÖVELS 2001: 22 ff.; SOLGA 2009: 4 ff.; GREINERT 1998: 184 ff.

2.1.1 Die Struktur des Berufsbildungssystems

Die berufliche Erstausbildung ist durch eine Vielzahl von Ausbildungsgängen gekennzeichnet. Sie unterscheiden sich nach Rechtsformen, Finanzierung, Zielgruppen und die sie regulierenden Institutionen.

Im Folgenden werden die einzelnen Sektoren und die Strukturen von Berufsschulen erläutert. Die Darstellung der Berufsschule, deren Form stark zwischen den Bundesländern variiert, erfolgt mit Schwerpunkt auf dem Land Brandenburg, in dem die empirische Untersuchung angesiedelt war. In Anlehnung an den Nationalen Bildungsbericht werden drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems unterschieden (vgl. Eigene Darstellung 1).

Abbildung 1: Struktur des Berufsausbildungssystems nach Sektoren und Bildungsgängen



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Dualen und im Schulberufssystem erwerben Jugendliche einen vollqualifizierenden Berufsabschluss nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung (BBiG/HwO) oder nach Landes- beziehungsweise Bundesrecht. Das Übergangssystem bildet ein Konglomerat an Bildungsgängen. Hauptfunktion ist die Verbesserung der Voraussetzungen von Jugendlichen für die Aufnahme einer Ausbildung. In allen Sektoren ist teilweise der Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse möglich. Dass die Legitimationsprobleme des Dualen Systems aufgrund des jahrzehntelangen Lehrstellenmangels keine krisenhaften Ausmaße annehmen, liegt nach REIER (2000) auch daran, dass um die duale Ausbildung herum sukzessiv „ein Ring von Berufsausbildungsangeboten“ gelegt worden ist, der die „vom dualen System verursachten Störungen abfängt“²⁹.

Mehr als die Hälfte aller Jugendlichen, die neu in das Ausbildungssystem eintreten, nimmt eine Ausbildung im Schulberufs- oder im Dualen System auf. Das trifft allerdings nicht für Jugendliche ohne Schulabschluss zu, die überwiegend zunächst in das Übergangssystem einmünden.³⁰

2.1.1.1 Duales System

Betriebliche Ausbildung

Durch eine drei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung im Dualen System erlangen die meisten Jugendlichen ihren Berufsabschluss. Zugleich kann die Berufsreife erworben werden.³¹ Sie ist die am engsten an den Arbeitsmarkt gebundene Ausbildungsform. Strukturelle Verschiebungen und konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft und im Beschäftigungssystem haben kurz- und langfristige Auswirkungen auf den Umfang und die Struktur des betrieblichen Ausbildungsangebotes. Die „Dualität der Ausbildung“ bezieht sich auf zwei verschiedene Rechtssphären sowie auf das Prinzip der Lernortkooperation zwischen Betrieb

²⁹ REIER 2000: 132.

³⁰ Tabellen zum Nationalen Bildungsbericht 2012; www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10217 REIER 2000: 132.

³¹ Die Berufsreife entspricht dem Hauptschulabschluss.

und Berufsschule. Sie bezeichnet „das technisch-organisatorische und das pädagogische Zusammenwirken des Lehr- und Ausbildungspersonals“³².

Die Ausbildung basiert zum einen auf einem freiwilligen, privatwirtschaftlichen Vertragsverhältnis zwischen Betrieb und dem Jugendlichen beziehungsweise seinen Eltern. Betriebe müssen die Kosten für die Ausbildung übernehmen und zahlen eine Ausbildungsvergütung.

Zum anderen wird die betriebliche Ausbildung durch die Regulierungskompetenz des Bundes nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise der Handwerksordnung mitbestimmt.³³ Die von den Kammern zertifizierte Ausbildung (Gesellen- oder Facharbeiterbrief) vermittelt einen bundesweit anerkannten Berufsabschluss, der für den Zugang zum Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung besitzt. Kern sind die aktuell circa 345 anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO. Der Erlass von bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen erfolgt nach dem Grundsatz der sozialpartnerschaftlichen Beteiligung durch die Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden von Wirtschaft und Gewerkschaft nach dem Konsensprinzip. Solche korporativen Regulierungsformen sind auf allen Ebenen zu finden (Bund, Land, Kammerbezirke). Der zweite Lernort, die Berufsschule, unterliegt der Kulturhoheit der Länder. Unternehmen müssen ihre Auszubildenden für den Schulbesuch freistellen, der einen geringeren Umfang hat als die Ausbildungszeit im Betrieb. Die Rahmenlehrpläne sind für eine komplementäre Ergänzung mit den betrieblichen Ausbildungsordnungen abgestimmt. Der besondere Charakter der Berufsschule ergibt sich aus der

³² WALDEN 2006: 255. In den 1970er Jahren kam der Lernortkooperation eine steigende Bedeutung zu durch ein verändertes Verständnis der Aufgaben von Betrieb und Berufsschule und neuen Ausbildungszielen. Die Förderung von ganzheitlichem Denken, Teamfähigkeit und Selbständigkeit sowie eine schnellere Veränderung von Arbeits- und Produktionsverfahren in den Betrieben erforderten eine engere Kooperation (ebd.: 257).

³³ Die gesetzlichen Regulierungen der betrieblichen Ausbildung erstrecken sich über alle Ausbildungsbereiche von der Durchführung der Ausbildung, über das Prüfungswesen, die Zuerkennung des Ausbildungsrechtes für Betriebe bis zur Berufsbildungsstatistik. Nach dem Grundsatz der mittelbaren Staatsverwaltung wird die Ausführung und Überwachung der Vorschriften an die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft (Kammern) delegiert (STENDER 2006a: 107 f.).

Dualität der „Abstraktion und Verallgemeinerung“ von an betriebliche Abläufe gebundener Wissensvermittlung sowie der Vermittlung schulischer Abschlüsse.³⁴

Außerbetriebliche Ausbildung

Die außerbetriebliche Ausbildung zählt formal zum Dualen System. Auch hier wird ein Abschluss nach BBIG/HwO vergeben. In diesem öffentlich finanzierten Ausbildungssegment schließen Jugendliche ihren Ausbildungsvertrag in der Regel jedoch nicht mit einem Betrieb, sondern mit einem Bildungsträger ab.³⁵ Zielgruppe sind lernbeeinträchtigte, sozial „benachteiligte“ Jugendliche, die nach Einschätzung der Agentur für Arbeit die Voraussetzungen für eine betriebliche Ausbildung nicht erfüllen. Die Ausbildung wird nach § 241 von der Bundesagentur für Arbeit oder den Jobcentern und Optionskommunen nach SGB II und III gefördert. Ausbildungsförderung ist „grundsätzlich keine staatliche Aufgabe.“ Daher sind die verwaltenden Stellen „verpflichtet, ihr Handeln in besonderer Weise zu legitimieren. Sie erreichen dies nur dadurch, indem sie den Jugendlichen einen „Devianzstatus“ zuschreiben, als eine Bedingung für staatliche Intervention. Für die Jugendlichen eröffnen sich dadurch Ausbildungsmöglichkeiten, doch sind ihre Beschäftigungschancen nach Abschluss der Lehre geringer.“³⁶

Für Jugendliche mit Beeinträchtigungen wurden zudem zweijährige Ausbildungsberufe mit einem verminderten theoretischen Anteil geschaffen. Sie können betrieblich oder außerbetrieblich ausgebildet werden. Im Anschluss ist die Weiterqualifizierung in einem dreieinhalbjährigen Beruf möglich. Nur eine Minderheit nimmt dies jedoch wahr.³⁷ In einer Reha-Ausbildung nach § 102 SGB III, finanziert von der Arbeitsagentur, erhalten junge Menschen mit Behinderun-

³⁴ HARNEY 2008: 321 f., 329 (Zitat); GREINERT 2008: 129; KUTSCHA/HÖVELS 2001: 47; STENDER 2006a: 115. Innerhalb der dualen Ausbildung hat seit den 1970er Jahren mit den überbetrieblichen Ausbildungsstätten ein dritter Lernort an Bedeutung gewonnen. Sie werden von Kammern, Innungen oder Fachverbänden getragen und vom Bund und Land gefördert. Jugendliche absolvieren hier in bestimmten Berufen Ausbildungsanteile, die nicht von den Betrieben, vor allem stark spezialisierte KMU's und/oder der Berufsschule abgedeckt werden können, etwa weil eine bestimmte technische Ausstattung fehlt. Es gibt überbetriebliche Ausbildungsstätten des Handwerks, der Bau- und Agrarwirtschaft sowie für die überbetriebliche Verbundausbildung. Neben diesen Stätten nehmen Unternehmen zunehmend auch private Bildungsträger in Anspruch (PIW GMBH 2003: 16, 57; STENDER 2006a: 117 f.).

³⁵ Oder Betriebe erhalten eine Förderung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

³⁶ ULRICH 2002: 1 f.

³⁷ UHLY et al. 2011: 4, 22 ff.

gen einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 66b BBiG und § 42 HwO. Zur außerbetrieblichen Ausbildung gehören auch die bund- und länderfinanzierten Ausbildungsprogramme für marktbenachteiligte Jugendliche. Besonders umfangreiche Programme wurden in Ostdeutschland aufgrund des steigenden Lehrstellenmangels nach der Wende aufgelegt (Jugendsofortprogramm und Ausbildungsplatzprogramm Ost).³⁸

2.1.1.2 Schulberufssystem

Die schulische Ausbildung vermittelt ebenfalls einen Abschluss in einem gesetzlich anerkannten Beruf. Viele der Bildungsgänge haben eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition.³⁹ Der Schwerpunkt liegt im Dienstleistungsbereich. Ausbildungsträger sind je nach Beruf nicht Betriebe, sondern Berufsfachschulen (BFS), private Bildungsträger oder Kliniken. Gleichwohl sind durch Betriebspraktika oder die Ausbildung von Gesundheitsberufen an Kliniken betriebliche Ausbildungsanteile enthalten.

Die schulische Ausbildungslandschaft ist äußerst heterogen. Sie umfasst Ausbildungsberufe nach Landesrecht wie auch Berufe, die auf Bundesebene anerkannt und reguliert werden.⁴⁰ Zudem gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit der Zulassung zur Kammerabschlussprüfung, womit ein Abschluss nach BBiG/HwO erworben werden kann (zum Beispiel Kosmetiker- oder Hauswirtschafter/in). Die sogenannten Assistenzberufe – Ausbildungsberufe nach Landesrecht – konzentrieren sich auf die Ausbildung in technischen, kaufmännischen und Dienstleistungsberufen.⁴¹ Die meisten schulischen Ausbildungen, die oftmals einen mittleren Schulabschluss voraussetzen, vermitteln vor

³⁸ Die konkrete Programmausgestaltung war sehr vielfältig. Sie enthielt neben der Ausbildung durch Bildungsträger beispielsweise auch die Subvention betrieblicher Ausbildungsplätze oder Kombinationen aus diesen Formen. Zu berücksichtigen ist, „dass in der Förderpraxis die Grenze zwischen „Marktbenachteiligung“ und originärer Benachteiligung fließend ist. Bei schwieriger Ausbildungsmarktlage wird insbesondere der Kreis der lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen weiter gezogen.“ (BIBB (Hg.) 2009: 124).

³⁹ FELLER 2001: 85.

⁴⁰ Die Zuständigkeiten für die Gesundheitsfach- und Sozialberufe etwa liegen beim Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend oder den jeweiligen Landesministerien. Nach dem BBiG sind beispielsweise folgende Berufe bundeseinheitlich: medizinische/r Fachangestellte/r, tiermedizinische/r Fachangestellte/r und zahnmedizinische/r Fachangestellte/r/ (www.bibb.de/de/wlk10830.htm).

⁴¹ FELLER/ZÖLLER 2000: 1.

allem jungen Frauen einen beruflichen Abschluss. Sie ermöglichen zugleich den Erwerb „höherer“ Schulabschlüsse. Im Kern lassen sich folgende vier Funktionen der schulischen Ausbildung unterscheiden.

- Der Ausbildungsberuf wird nur in vollzeitschulischer Form angeboten, etwa zahlreiche Berufe im Gesundheitswesen. Zudem sind beispielsweise in einigen Ländern die Ausbildung zum/zur Sozialassistent/in und Kinderpfleger/in (obligatorischer) Teil einer Stufenausbildung zum/zur Erzieher/in.
- Mit der Bereitstellung einer schulischen Ausbildung im Kontext von betrieblichem Lehrstellenmangel hat sie eine Kompensationsfunktion.
- Der Beruf existiert (noch) nicht als betriebliche Ausbildung oder viele Betriebe sind nicht in der Lage oder gewillt, diesen auszubilden (zum Beispiel Laborberufe). Hier hat sie eine Ersatzfunktion.
- Eine Pilotfunktion erfüllt die schulische Ausbildung bei der Erprobung neuer Berufe. Das ist dann der Fall, wenn der Beruf zwar potentiell betrieblich ausgebildet werden kann, es allerdings noch keinen Konsens zur gesetzlichen Regelung zwischen den Sozialpartnern gibt.⁴²

Die nach Bundesländern variierende Gestaltung und Bezeichnung der Ausbildungsgänge wird „von vielen Bürgern und Politikern als exotischer, von Laien kaum zu durchdringender Dschungel angesehen“. Bei vielen Berufen handelt es sich nicht um eine dem Dualen System gleichrangige Qualifizierung, insofern im Berufsbildungsgesetz die schulische Ausbildung gegenüber der betrieblichen als nachrangig festgeschrieben ist.⁴³ Die Ausbildungsberufe standen nach GEORG seit Beginn ihrer Entwicklung immer in einer „doppelten“ Verteidigungsfront. Es

⁴² Neue Ausbildungen entstehen auf Initiative einzelner Schulen oder des Landes. So gab es zum Beispiel den informationstechnischen Assistenten bereits in den 1980er Jahren an Berufsfachschulen. Als IT-Beruf fand er erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Eingang in das Duale System (FELLER/ZÖLLER 2000: 2).

⁴³ FELLER 2001a: 85 (Zitat); Ders. 2005: 17 ff. Diese in § 7 und § 43 BBiG festgelegte Nachrangigkeit wurde von 2005 bis 2011 gelockert. Ziel war die Heranführung der schulischen Berufsausbildung an das Berufsausbildungssystem nach BBiG/HwO (SOLGA 2009: 8). Aktuell können nach § 7 BBiG die Landesregierungen Verordnungen erlassen, in denen über „eine vollständige oder teilweise Anrechnung der Bildungsgänge auf eine duale Ausbildung“ entschieden werden kann. Jedoch finden diese Möglichkeiten in den Ländern wenig Anwendung (BMBF 2011: 7).

ging zum einen um den Kampf zur Berechtigung der Vergabe von Zertifikaten zu höheren Ausbildungsgängen wie die Fachhochschulreife. Zum anderen hatte „sie sich ständig gegen den Verdacht zur Wehr zu setzen, das Monopol der Betriebe [in der Ausbildung] durch permanente Verschulungsansprüche zu unterlaufen“⁴⁴.

Der ungleiche Stellenwert kommt auch in dem Schülerstatus ohne eine Ausbildungsvergütung zum Ausdruck. Bei privaten Trägern muss in der Regel Schulgeld gezahlt werden. Aus dem nachrangigen Stellenwert ergeben sich Inkonsistenzen und Benachteiligungen durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Das drückt sich beispielsweise aus in der Brandmarkung von Assistentenausbildungen als Schulversuche, der zeitlich befristeten Erteilung von Ausnahmeregelungen oder in dem Fehlen einheitlicher Regelungen (Bekanntheit der Berufe). Das erschwert deren bundesweite Verwertung. Dieser Status wird nach FELLER (2005) auch in den ausbildenden Institutionen reproduziert. Selbst Schulen und Lehrer/innen haben Zweifel an der beruflichen Handlungsfähigkeit der Absolventen, insbesondere da, wo es ähnliche Berufe im Dualen System gibt. Daraus wiederum resultieren fehlende Bemühungen um Praxisnähe. Der Kreis des Vorwurfes einer nichtvollwertigen Ausbildung schließt sich.⁴⁵

2.1.1.3 Übergangssystem

Das Übergangssystem besteht aus einem „bunten Strauß“ an Bildungsgängen. Es bietet das Nachholen von Schulabschlüssen, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, Teilqualifizierung für eine berufliche Ausbildung oder eine „Kombination von allgemeinbildenden, motivationalen und berufsvorbereitenden Elementen“. Die beruflichen Teilqualifizierungen führen zu keinem anerkannten Berufsabschluss.⁴⁶ Hauptfunktion ist die „Verbesserung der individuellen

⁴⁴ GEORG 1984: 107. Nach GEORG (ebd.: 106) wurde mit dem Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsgänge in den 1970er Jahren versäumt, der betrieblichen Ausbildung gleichwertige Ausbildungen zu schaffen. Sie fehlten als die geburtenstarken Jahrgänge“ in das Ausbildungsalter kamen. Stattdessen lag das „Schwergewicht [...] auf dem Ausbau zahlloser Varianten schulischer Einrichtungen, deren Ziel vor allem eine temporäre Entlastung des Ausbildungsmarktes“ war.

⁴⁵ FELLER 2005: 18 ff.; GREINERT 2006: 167 ff.; Ders. 2008: 134; GEORG 1984: 103. Während Vollzeitschulen in den alten Bundesländern eine vielfältige, gewachsene Struktur bilden, gerieten diese in Ostdeutschland oft in die Rolle des „Lückenbüßers“ für das geringe betriebliche Ausbildungsangebot (LUTZ et al. 1999: 91).

⁴⁶ Tabellen zu Kapitel E, des Nationalen Bildungsberichtes 2012; www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10217.

Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung“ oder einer Beschäftigung. Jugendliche ohne oder mit Berufsreife sind die Hauptzielgruppe. Das Übergangssystem übernimmt damit eine soziale Integrationsfunktion an der „Grenzstelle von Schulsystem und Ausbildungsmarkt“.

Den größten Anteil haben teilqualifizierende Bildungsgänge an Berufsschulen und von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Im Jahr 2007 befanden sich mehr als ein Drittel der Jugendlichen, die neu in das Berufsbildungssystem einmündeten, in diesem Sektor.⁴⁷ Dessen Ausweitung ab etwa den 1990er Jahren hängt nicht nur mit der notwendig gewordenen Verbesserung der individuellen Ausbildungsvoraussetzungen zusammen. Die Ausweitung stabilisiert auch rein rechnerisch die Ausbildungsmarktbilanz. Jugendliche in diesem Sektor zählen nicht als „unversorgt“ oder arbeitslos (vgl. dazu Anhang 1).⁴⁸

Heute erfüllt das Übergangssystem insbesondere für den Erwerb von (fehlenden) Schulabschlüssen und für die Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit eine wichtige Funktion. Zentrale Kritikpunkte sind das Fehlen systematischer Übergänge, der mangelhafte Anschluss an eine vollqualifizierende Ausbildung sowie die fehlende Transparenz und Koordinierung.⁴⁹

2.1.1.4 Die Berufsschule – Formen und Struktur

Die verschiedenen Bildungsgänge sind in der Regel unter dem „Dach der Berufsschule“ angesiedelt. In Ballungsgebieten ist deren Struktur oft nach Berufsgruppen organisiert, zum Beispiel eine Berufsschule für Berufe in der Wirtschaft und Verwaltung. In Landkreisen umfasst die Berufsschule in der Regel mehrere Wirtschaftszweige.⁵⁰ Verwirrend wirkt, dass der Begriff Berufsschule zum einen eine Organisationsform bezeichnet, die je nach Bundesland verschiedene Schul-

⁴⁷ HARNEY 2008: 333 (Zitat); Tabellen zu Kapitel E, des Nationalen Bildungsberichtes 2012; www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10217.

⁴⁸ SOLGA 2009: 9 ff.; GREINERT 1998: 75.

⁴⁹ BEICHT 2011: 4 ff.; SOLGA 2009: 9; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 95. Zum Beispiel hat das Berufsbildungsgrundjahr in den Bundesländern eine unterschiedliche Ausprägung (vollzeitschulisch oder in Kooperation mit Betrieben oder Bildungsträgern). In Brandenburg gibt es diesen Bildungsgang nicht (FÜHR 1997: 168 f.).

⁵⁰ GREINERT 1998: 128.

typen, wie die Berufsfachschule oder die Fachschule, umfasst. Zum anderen gibt es den Begriff der Berufsschule für die Beschulung der Auszubildenden im Dualen System.

In Brandenburg sind die verschiedenen Schulformen und Bildungsgänge an Oberstufenzentren (OSZ) zusammengefasst. Die Ausbildung in Gesundheitsberufen (nichtärztliche Heilberufe) erfolgt in staatlich anerkannten Ausbildungsstätten (Bildungsträger, Kliniken). Zudem werden berufliche Bildungsgänge auch an staatlich anerkannten Ersatzschulen angeboten. Die Systematik der Bildungsgänge an den OSZ entspricht nicht den drei Sektoren der beruflichen Bildung (vgl. Abbildung 2: Die Struktur berufsbildender Schulen in Brandenburg 2).

Abbildung 2: Die Struktur berufsbildender Schulen in Brandenburg



Quelle: Eigene Darstellung.

An der **Berufsschule** lernen die Auszubildenden im Dualen System.⁵¹ Zudem besuchen diesen Schultyp Jugendliche in einer berufsorientierenden oder berufsvorbereitenden Maßnahme des Jugendamtes oder der Agentur für Arbeit (Übergangssystem). Gemäß der Berufsschulpflicht, die bis zum 18. Lebensjahr geht, richtet sich dieser Bildungsgang auch an Jugendliche mit einem Arbeitsvertrag.

Der **Berufsfachschule** zugeordnet ist die Ausbildung in Assistenten/innenberufen – eine zweijährige schulische Ausbildung nach Länderrecht. Voraussetzung ist die Mittlere Reife, bei der Ausbildung zum/zur Sozialassistent/in die erweiterte Berufsbildungsreife. Je nach Angebot kann auch die Fachhochschulreife erworben werden. Auslaufend ist die schulische Ausbildung nach BBiG/HwO. Dahinter verbergen sich die im Zuge des Ausbildungsplatzmangels aufgelegten Förderprogramme zum Ausgleich des Lehrstellenmangels (Schulberufssystem). Zum Übergangssystem zählt der einjährige Bildungsgang zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestellten Abschlüssen der Sekundarstufe I. Er richtet sich an berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildung oder ohne eine berufsvorbereitende Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters oder des Jugendamtes. Nach einer Orientierungsphase soll die Vermittlung in eine Ausbildung erfolgen oder die (erweiterte) Berufsreife und berufspraktische Kenntnisse durch den weiteren vollzeitschulischen Berufsschulbesuch erlangt werden.

Bildungsgänge am **beruflichen Gymnasium** führen zur Hochschulreife mit einem fachlichen Schwerpunkt. In Brandenburg gibt es die Richtungen Sozialwesen, Technik und Wirtschaft. An der **Fachoberschule** (FOS) können Jugendliche mit Mittlerer Reife in ein oder zwei Jahren den Abschluss der Fachhochschulreife mit einem fachlichen Schwerpunkt erwerben. Die Ausbildung umfasst auch einen fachpraktischen Ausbildungsanteil in einem Betrieb oder einer Behörde.⁵²

⁵¹ Jugendliche mit Körper-, Lern- und schweren Mehrfachbehinderungen besuchen ein darauf spezialisiertes Berufsbildungswerk in Potsdam (Institution für berufliche Rehabilitation).

⁵² STENDER 2006b: 75 ff. Die zweijährige FOS in Brandenburg richtet sich an Schulabgänger/innen mit Mittlerer Reife. Ausrichtungen sind: Technik, Wirtschaft und Verwaltung und Sozialwesen. Voraussetzung ist die Zusage einer Praxisstelle für die fachpraktische Ausbildung. An der einjährigen FOS erhalten Jugendliche mit einer abgeschlossenen Ausbildung die Fachhochschul-

Die **Fachschulen** reichen mit einer vertieften beruflichen Fachbildung in den Bereich der beruflichen Weiterbildung hinein. Je nach Fachrichtung vermittelt sie in zwei bis fünf Jahren den Abschluss zum/zur beispielsweise „staatlich geprüften Techniker/in“ oder „staatlich geprüften Betriebswirt/in“. Auch kann die Fachhochschulreife erworben werden. Der Schultyp nimmt eine qualifizierende Funktion „zwischen der Ebene der Facharbeiter und der Hochschulabsolventen wahr“.⁵³ In Brandenburg werden die Bereiche Technik und Wirtschaft und Sozialwesen (Sozialpädagogik, Heilerziehungspflege) sowie Heil- und Sonderpädagogik (Aufbaulehrgänge) angeboten. Ebenso erfolgt hier die Ausbildung zum/zur Erzieher/in in einer dreijährigen Ausbildung.⁵⁴

Staatliche und private Berufsschulen unterliegen den Schulgesetzen der Länder. Der Schulbetrieb erfolgt, wie im allgemeinbildenden Bereich, getrennt nach äußeren Schulangelegenheiten der Kommune und den inneren Schulangelegenheiten des Landes. Zu den äußeren Angelegenheiten gehören die Errichtung und der Erhalt von Gebäuden sowie die Einstellung und Finanzierung des nicht lehrenden Personals (Sekretariat, Hausverwaltung). Geplant wird dies in den regelmäßig aufzustellenden kommunalen Schulentwicklungsplanungen.⁵⁵ Den inneren Angelegenheiten unterliegen die „Ziele und Inhalte des Unterrichtes (Lehrpläne, Prüfungen etc.), die Ausbildung, Einstellung und Finanzierung des Lehrpersonals sowie die strukturelle Ausgestaltung des Schulwesens.“ Das zentrale Instrument hierfür ist die Schulaufsicht (Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht). „Sofern es sich dabei um zentrale Bereiche des Schulwesens handelt“, müssen die Vorgaben des Ministeriums von den Landesparlamenten beschlossen werden.⁵⁶

reife. Schwerpunkt sind: Technik, Wirtschaft und Verwaltung, Sozialwesen, Ernährung, Agrarwirtschaft und Gestaltung. Auch Auszubildende mit Mittlerer Reife können in einigen Berufen parallel zur Berufsausbildung die Fachhochschulreife erwerben (Doppelqualifizierung).

⁵³ FÜHR 1997: 174 f.

⁵⁴ Die Fachrichtungen Sozialpädagogik und Heilerziehungspflege erfordern die Mittlere Reife und eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder nichteinschlägige Berufsausbildung und eine für die Fachrichtung förderliche Tätigkeit oder die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife und eine für die Fachrichtung förderliche Tätigkeit. Die Aufbaulehrgänge setzen eine staatliche Anerkennung als Erzieher/in oder Heilerziehungspfleger/in voraus.

⁵⁵ Eine Ausnahme bilden Berufsschulen des Gesundheitswesens, für welche die Gesundheits- bzw. Sozialministerien der Länder zuständig sind (LEHMPPFUHL 2004: 21).

⁵⁶ ARBEITSGRUPPE BILDUNGSFORSCHUNG/BILDUNGSPLANUNG 2004: 19, 47 f. (Zitat).

Als Dachorganisation für verschiedenste Bildungsgänge sind Berufsschulen eine einzigartige und extrem differenzierte Schulform. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts entstand eine Institution, in der auf die Heterogenität der Bildungsvoraussetzungen und -erwartungen und auf Marktverwerfungen durch institutionelle Ausdifferenzierung von Bildungsgängen und Schulformen reagiert wurde und wird. Ein entscheidender Grund für die Entstehung einer so komplexen Form liegt auch darin, dass mit der Berufsschule Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik gestaltet werden. Die Akteure, vor allem Bund, Länder, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, greifen dazu auf ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten und Orientierungen zurück. Ihre Ausgestaltung hängt zudem einerseits vom Ausbildungsverhalten der Betriebe ab. Andererseits hat die Berufsschule mit ihren Angeboten im Schulberufssystem, der Vermittlung allgemeinbildender Schulabschlüsse sowie der beruflichen Weiterbildung eine angebotsorientierte Funktion.

Zugleich gilt die Berufsschule als „Stiefkind“ der Berufsbildungspolitik. Das bezieht sich zum einen auf die „Dominanz der (Groß-)Betriebe in der Berufsbildung mit ihren „kolonialistischen“ Tendenzen gegenüber der Berufsschule“ sowie auf den Lehrermangel. Zum anderen bewirken institutionelle Merkmale einen nachrangigen Stellenwert der Berufsschule für die Auszubildenden, etwa durch getrennte Prüfungen der Berufsschule und der Kammern. Lernmotivation und inhaltliches Interesse der Auszubildenden sind im betrieblichen Kontext oftmals stärker ausgeprägt. So wird Berufsschulpolitik gegenüber Berufsbildungspolitik meist als nachrangig eingestuft. Das zeigt sich auch in der deutlich niedrigeren Anzahl an Publikationen zu diesem Thema.⁵⁷

Berufsschulen sind nicht nur einfach einzelschulische Organisationen, sondern Einheiten, „die an das Schulsystem, an das System der beruflichen Bildung, an das der Sozialarbeit und an den Weiterbildungssektor jeweils angekoppelt sind, ohne jedoch einem der Bereiche wirklich vollständig anzugehören. [...] Wirtschafts- und Erziehungssystem mit ihren jeweiligen Funktionsgesichtspunkten der Distribution knapper Güter und der Steigerung personenbezogener Kompetenzen werden in den Organisationsformen der Berufsbildung verklammert.“

⁵⁷ KRUSE/KÜHNLEIN 2004: 12 (Zitat); HARNEY 2008: 328; PÄTZOLD 2006: 237; KALISCH 2011: 237; HÖLTERHOFF 2013: 35; Artikel „Stiefkind Berufsschule“, www.zeit.de/1996/24/Stiefkind_Berufsschule/seite-4.

Aus systemtheoretischer Sicht handelt es sich um überschneidende System-Umweltbeziehungen, die vom System der beruflichen Bildung zusammengesetzt werden.⁵⁸ Die Akteure beruflicher Bildung, die Jugendlichen, die Forschung wie auch die Politik müssen sich in der Komplexität des Berufsausbildungssystems in unterschiedlichen Kontexten zurechtfinden. Dies ist auch für die Steuerung der Berufsschullandschaften unter sinkenden Schülerzahlen ein zentraler Aspekt.

2.2 Ausbildungsmärkte im nordostdeutschen Raum

Finden Jugendliche nach der Schule nicht direkt eine Ausbildung und durchlaufen mehrfach Bildungsgänge im Übergangssystem oder arbeiten für längere Zeit, „gelingt die Aufnahme einer Ausbildung häufig nicht mehr“ beziehungsweise ist das Abbruchrisiko sehr hoch. Unter jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung waren im Jahr 2009 25 % in den alten und 50 % in den neuen Bundesländern arbeitslos.⁵⁹ Der Relevanz dieser Übergangspassage entsprechend werden regionale Unterschiede im Ausbildungsplatzangebot recht intensiv erforscht. Die Befunde werden jedoch selten mit Raumtypen, wie etwa ländlichen, altindustrialisierten oder Ballungsgebieten analytisch verknüpft. Auch auf spezifische regionale Entwicklungsverläufe, zum Beispiel Deindustrialisierungs- und Tertiarisierungsprozesse, die die Strukturen von Ausbildungsmärkten beeinflussen, wird selten Bezug genommen. Der folgende Abschnitt fasst die Forschungslücken und vorliegenden Erkenntnisse zur spezifischen Ausbildungssituation in ländlich-peripheren Regionen zusammen. Der Forschungsstand wird anschließend mit Befunden aus der Literatur zu Regionalentwicklung und ländlichen Räumen in einer Typologie verknüpft.

2.2.1 Der ländlich-periphere Raum in der Berufsbildungsforschung der ehemaligen Bundesrepublik 1960 bis 1990

Von den 1960er bis in die Anfänge der 1980er Jahre beschäftigten sich erstmals eine Reihe von Studien mit regionalen Disparitäten der beruflichen Bildung in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland (BRD). Sie zeigten eine hohe Unter-

⁵⁸ HARNEY 2008: 321 ff.

⁵⁹ BEICHT/ULRICH 2008; SOLGA 2009: 7; EBERHARD 2010: 13 f.

versorgung mit Ausbildungsplätzen insbesondere in ländlich-peripheren Räumen auf. Im Verlauf der 1970er Jahre schälten sich als ein zweiter problematischer Gebietstyp die monoindustrialisierten Verdichtungsräume heraus, zum Beispiel das Saarland oder das Ruhrgebiet.⁶⁰ Nach Untersuchungen des regionalen Bildungsforschers DERENBACH wurde das Verhältnis von Schulabgängern und betrieblichen Ausbildungsplätzen mit abnehmender Siedlungsdichte immer ungünstiger. Im Jahr 1979 gab es in der Hälfte aller Arbeitsamtsbezirke weniger als 75 Ausbildungsplätze pro 100 ausbildungsinteressierte Jugendliche. Davon zählten 70 % zu den ländlich geprägten Regionen.⁶¹

Der ausgeprägte Mangel an Ausbildungsplätzen wurde auf eine Konstellation aus hohen Schulabgängerzahlen, einer einseitigen Wirtschaftsstruktur mit wenig Ausbildungsangeboten sowie auf die periphere Lage zu den Ausbildungszentren zurückgeführt. In den ländlichen Regionen dominierten Handwerks- und Landwirtschaftsbetriebe. Zwar wies das Handwerk eine überdurchschnittliche Ausbildungsintensität auf. Diese konnte jedoch die fehlenden Ausbildungsplätze aufgrund einer niedrigen Arbeitsplatzdichte, eines geringen Anteils an Dienstleistungs- und Handelsbetrieben sowie öffentlichen Einrichtungen nicht ausgleichen. Verbunden damit war eine mangelnde Vielfalt an Ausbildungsberufen. Es gab besonders viele Ausbildungsplätze in der Nahrungsmittelherstellungs- und Baubranche. Sie gingen in bestimmten Berufen, wie dem Lebensmittelhandwerk, durch Überausbildung mit schlechteren beruflichen Verwertungsmöglichkeiten in der Region einher. Zudem fehlten mittlere und größere Betriebe, die nicht nur weitere Ausbildungsplätze bereitstellten, sondern durch moderne Lehrwerkstätten eine qualitativ ansprechende Ausbildung anbieten konnten. Ballungsgebiete wiesen mit Ausnahme der montan- und stahlgeprägten Verdichtungsgebiete keine solchen Konzentrationen im Ausbildungsspektrum auf. Der Anteil von Ausbildungs- und Arbeitsangeboten im tertiären Sektor war deutlich höher als in den ländlichen Räumen. In vertiefenden Regionalstudien arbeiteten BROSI et al. (1982) unterschiedliche Problemtypen heraus. Die (alt-)industrialisierten, ländlichen Räume wiesen die größten Ausbildungsplatzmängel auf. Ein entschei-

⁶⁰ Es war daher davon auszugehen, dass auch schon vor 1970 erhebliche Disparitäten bestanden, trotz einer bis Anfang der 1970er Jahre günstigen wirtschaftlichen Gesamtsituation. SCHWARZ/STOOS 1973: 122 ff.; GANSER 1977: 808; KAU et al. 1978: 13 ff.; DERENBACH 1979: 469 f.; BEIDERWIEDEN et al. 1982: 105; WEISHAUPT 1983: 501; MICHEL 1984: 91.

⁶¹ DERENBACH 1983: 260 ff.; Ders. 1979: 469; Ders. 1984: 31 f.; vgl. auch WESTPHAL-GEORGI 1977: 167.

dender Grund dafür war der hohe Anteil an Beschäftigung mit geringen Qualifikationsanforderungen in der Industrie. BROSI et al. (1982) sahen dies als Ergebnis eines verzögerten oder schwierigen Anpassungsprozesses der Industrie. Die demografisch bedingt steigende Nachfrage ab Mitte der 1970er Jahre verschärfte die Situation, vor allem für junge Frauen und Jugendliche mit „niedrigem“ Schulabschluss und besonders in den ländlichen Räumen.⁶² Analysen für die zweite Hälfte der 1970er Jahre zeigten, dass sich die Unterschiede in der Höhe und Breite des Ausbildungsangebotes etwas verringerten. Allerdings waren die Zuwachsraten an Ausbildungsplätzen in Arbeitsamtsbezirken mit einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur besonders hoch.

CRAMER-HARTMANN (1986) charakterisierte die Situation der Landjugend in den 1980er Jahren als eine verbesserte Berufsausbildung mit nach wie vor eingeschränkter Berufswahl, Lehrstellenknappheit und langen Anfahrtswegen.⁶³

2.2.2 Die Ausbildungssituation in den 1990er und 2000er Jahren

2.2.2.1 Lehrstellenmangel in ländlichen Räumen

Ab circa Mitte der 1980er Jahre sind keine Studien mehr bekannt, die den Zusammenhang von regionalökonomischen Strukturen und Ausbildungsmärkten so umfangreich untersuchten. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass der Mangel an Lehrstellen bis in die zweite Hälfte der 2000er Jahre ein gesamtostdeutsches Problem war. Der starke Abbau betrieblicher Ausbildungsplätze im Verlaufe der 1990er Jahre traf hier auf eine demografisch bedingte steigende Nachfrage der Jugendlichen durch die hohen Geburtenzahlen in den 1980er Jahren. Im Jahr 2001 kamen auf 100 institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte in Ost-

⁶² Hinzu kam der geringere Gymnasialbesuch in ländlichen Räumen, was die Ausbildungsnachfrage zusätzlich erhöhte. BROSI et al. 1982: 23 ff.; STOOSS 1971; SCHWARZ/STOOSS 1973: 128 ff.; WESTPHAL-GEORGI 1977: 167 ff.; HANSEN et al. 1977: 40 ff.; DERENBACH 1979: 470 f.; Ders. 1984: 27 ff.; BIECKEBÖLLER-KUBIAK 1979: 507; BEIDERWIEDEN et al. 1982: 105; MICHEL 1984: 91; CRAMER-HARTMANN 1986: 49 ff.; STEIN 1987: 198 ff.; zur regionalen Benachteiligung von jungen Frauen vgl. die Beiträge in BIBB 1978. Qualitative Fallstudien ergänzten die quantitativen Befunde. Rekonstruiert wurden Ausbildungsentwürfe der „Landjugend“, die sich im Spannungsfeld von lokal-regionaler Bleibeorientierung versus Abwanderungsdruck oder in Auseinandersetzung mit Modernisierungsprozessen bewegten (vgl. CRAMER-HARTMANN 1986; STEIN 1987; PEUKERT/PRONDCZYNSKY 1983: 247 f.; BÖHNISCH/FUNKE 1989).

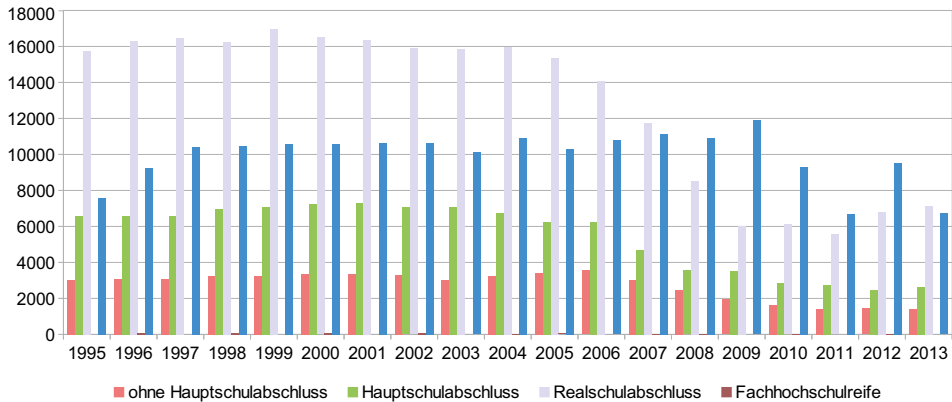
⁶³ CRAMER-HARTMANN 1986: 222 ff. (Zitat); KAU et al. 1978: 10 ff.; DERENBACH 1983: 286.

deutschland 60 Ausbildungsangebote, in den alten Ländern waren es 68.⁶⁴ Darin sind bereits die Ausbildungsplatzprogramme des Bundes und der Länder enthalten. In der ersten Hälfte der 2000er Jahre belief sich deren Anteil in Ostdeutschland auf fast ein Drittel.⁶⁵ So war auch die Brandenburger Jugend mit ausgeprägten Schwierigkeiten, eine (betriebliche) Ausbildung an ihrem Heimatort zu finden, konfrontiert. WILMA et al. (2003) unterscheiden drei Phasen der Ausbildungsmarktentwicklung. In der Phase der „Transformationskrise und des ersten Strukturwandels“ bis 1993 entwickelte sich ein sogenanntes „Ausbildungswunder“ im Handwerk und Baugewerbe, bei gleichzeitig starken Einbrüchen in der Industrie und Landwirtschaft. Nach einer kurzen Konsolidierungsphase durch vorrangig bauinduzierte Effekte stieg die Zahl unvermittelter Bewerber/innen infolge der geburtenstarken Jahrgänge um 1977 und der Altnachfrager/innen rasch an (vgl. Abbildung 3).

⁶⁴ Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1980 ist eine entsprechende Berufswahlmöglichkeit für Jugendliche gegeben, wenn auf 100 nachfragende Jugendliche 112 Ausbildungsstellen kommen (TROLTSCH 2003: 10). Der Ausbildungsmarkt wird unter anderem anhand der sogenannten Angebotsnachfragerelation (ANR) charakterisiert. Sie stellt die Zahl der Ausbildungsstellen der Anzahl der Ausbildungssuchenden gegenüber. Die am weitesten gehende Definition arbeitet mit der Kategorie der institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten. In diese fallen auch Jugendliche, die zu einem späteren Zeitpunkt ihren Wunsch nach einer Ausbildung (zunächst) aufgegeben haben. Dahinter kann das Ausweichen auf eine schulische Ausbildung stehen, ein Studium oder eine andere „Maßnahme“ (BMBF 2012: 10 f.). Zu den Bilanzierungsmethodiken des Ausbildungsmarktes vgl. Anhang 1.

⁶⁵ BIBB 2012: 108; Ders. 2009: 126; SEIBERT/WESLING 2012: 1; TROLTSCH et al. 2009: 2; ULRICH et al. 2012: 4; GRÜNERT/WIEKERT 2005: 127 ff. Für Untersuchungen zur ostdeutschen Ausbildungsplatzsituation vgl. zum Beispiel STEINER 2000; LUTZ/GRÜNERT 1999; LUTZ 2001; GRÜNERT/WIEKERT 2004; BERGER/WALDEN (Hg.) 2003; SCHÄFER/SROKA (Hg.) 1998; WILMA et al. 2003 sowie für einzelne Städte BERTRAM 1998.

Abbildung 3: Absolventen/innen / Abgänger/innen allgemeinbildender Schulen
im Land Brandenburg (1995–2013)



Quelle: www.regionalstatistik.de, ohne Schulfremdenprüfung, eigene Darstellung.

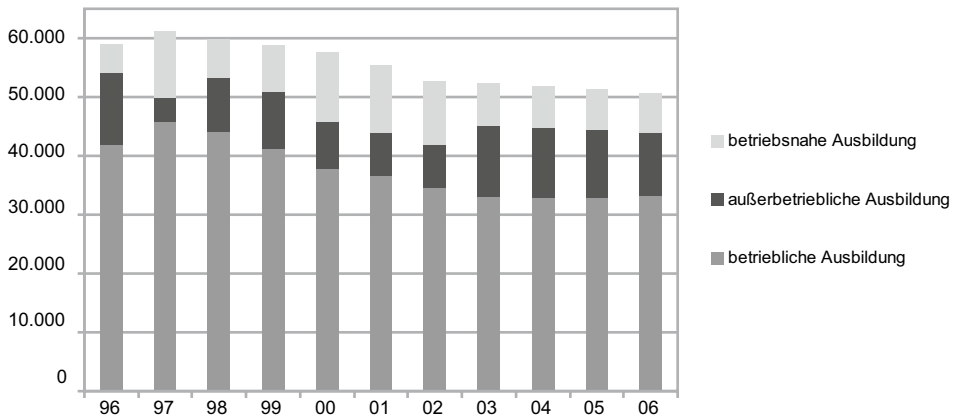
Seit 1996 sprechen die Autoren von einer „Stagnation und zweiten Anpassungskrise“. Durch die, mit Ausnahme des industriellen Bereiches, sinkenden beziehungsweise nahezu auf null gehenden Wachstumsraten und den erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit erfolgte ein starker Einbruch im Handwerk. In anderen Bereichen blieb die Zahl der Ausbildungsplätze stabil oder stieg leicht.⁶⁶ Zwischen 1992 und 1996 erhielten lediglich 65% der Bewerber/innen einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Zwischen 1997 und 2002 waren es nur noch 55%.⁶⁷ Brandenburg reagierte auf diese Entwicklung mit einem sukzessiv ausdifferenzierten Fördersystem, bestehend aus korporatistisch-betrieblicher Ausbildung, betriebsnaher und schulisch-kooperativer Ausbildung (vgl. Anhang 2).⁶⁸ Abbildung 4 zeigt den enormen Umfang des Engagements.

⁶⁶ Zwischen 1996 und 2002 sank der Auszubildendenanteil im Handwerk von 41% auf 27%, in Industrie und Handel stieg er von 46% auf 58% (WILMA et al. 2003: 33, 40 ff.).

⁶⁷ WILMA et al. 2003: 24 ff.; MASFG (Hg.) 2012: 68 f.

⁶⁸ Zudem gab es diverse, kleinteiligere Modellversuche (vgl. Wilma et al. 2003: 9, 48 ff.).

Abbildung 4: Auszubildende in Brandenburg nach betrieblicher, betriebsnaher und außerbetrieblicher Ausbildung (1996–2006)⁶⁹



Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg: Berichte B II 5 - j/06; B II 7 - j/06/ LBDS: B II 5 - j / 06; B II 7 - j, 1994-2006, eigene Darstellung.

Das Primat, jedem Jugendlichen eine Ausbildung mit Kammerabschluss nach BBiG/HwO zu ermöglichen, sehen WILMA et al. (2003) als ein Alleinstellungsmerkmal von Brandenburg.⁷⁰ Insgesamt wurde mit diesen Instrumenten die äußerst prekäre Ausbildungslage aufgefangen, wenn auch das Ziel des Ausgleichs nicht verwirklicht werden konnte. Die Kehrseite des Primates der quantitativen Versorgung und der am Dualen System ausgerichteten Förderung waren berufsstrukturelle Verzerrungen und die Inkaufnahme von massiven Überausbildungen, etwa im Baugewerbe. Durch die umfangreiche Subventionierung war es zudem für Brandenburger Betriebe „kostenseitig rational, ihre Fachkräfte auch aus geförderter Ausbildung [...] zu rekrutieren“.⁷¹

⁶⁹ Zur betriebsnahen Ausbildung zählten Plätze in Ausbildungsringen, zur außerbetrieblichen Ausbildung alle sonstigen Formen wie etwa die Bund-Länder-Sonderprogramme.

⁷⁰ WILMA et al. 2003: 62. Junge Menschen ohne Ausbildung in den alten Bundesländern durchliefen in deutlich größerem Umfang Maßnahmen im Übergangssystem (vgl. Tabellen zu Kapitel E des Nationalen Bildungsberichtes 2006, www.bildungsbericht.de/zeigen.htm l?seite=4328).

⁷¹ WILMA et al. 2003: 8 (Zitat), 45 ff.; GRÜNERT/WIEKERT 2005: 129; EBERHARD/ULRICH 2010: 13 f.

Regionale Differenzierungen

Die regionale Berufsbildungsforschung der 1990er und 2000er Jahre benennt bezüglich der Ausbildungssituation drei besonders problematische Raumtypen: strukturschwache, ländlich-periphere und altindustrialisierte Gebiete sowie bestimmte Großstädte und Stadtstaaten.⁷²

Tabelle 1 bildet die Ausbildungsplatzsituation für diese Raumtypen auf der Ebene ausgewählter Arbeitsagenturbezirke ab.⁷³ Der Landkreis Uckermark steht in dieser Typologie für eine ländlich-periphere Region mit einer besonders ungünstigen Ausbildungsplatzsituation. Für das Jahr 2003 etwa stechen die extrem geringen Werte für den Bezirk Eberswalde hervor, der sich aus den Landkreisen Uckermark und Barnim zusammensetzt. Auf 100 ausbildungsplatzinteressierte Jugendliche kamen 38 und weniger Ausbildungsstellen. Ebenso angespannt war die Lage in den Bezirken Frankfurt/Oder und Neubrandenburg. Zu beachten ist allerdings, dass die Agenturbezirke teilweise sehr große Gebiete umfassen, so dass auch von intraregionalen Differenzen auszugehen ist.

⁷² BMBF 2004: 41; Ders. 2005: 10; Ders. 2007: 14; SCHÄFER 1998: 15; WILMA et al. 2003: 158; MÜLLER 2000: 14.

⁷³ Die regelmäßige Darstellung von Unterschieden in der Ausbildungssituation erfolgt in dem jährlich erscheinenden Berufsbildungsbericht auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken. Der Vergleich zwischen den Jahren ist durch Unterschiede in der Darstellung und bei den verwendeten Indikatoren eingeschränkt. Seit dem Jahr 2008 wird nicht mehr auf siedlungsstrukturelle Merkmale eingegangen.

Tabelle 1: Angebot-Nachfragerelationen in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken (2003–2011)⁷⁴

Arbeitsagenturbezirk	Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager (alte Definition)				Betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager (erweiterte Definition)			
	2003	2006	2008	2011	2003	2006*	2008	2011
Eberswalde	85,4	89,1	93,3	90,9	21,8	56,1	57,3	71,3
Frankfurt/Oder	91,4	79,4	101,8	102,9	30,2	30,1	47,6	78,8
Neubrandenburg	87,9	91,4	100,6	101,9	37,9	63,1	52,2	80,3
Berlin	83,9	80,4	90,9	95,6	54,2	62,9	54,9	77,3
Leipzig	91,7	92,8	97,6	102,9	61,4	56,1	48,1	87,4
Recklinghausen	94,8	82,3	98,8	98,3	71,7	81	66	79,2
Tauberbischofsheim	100,7	93,3	104,1	101,9	74,1	82,2	69,5	79,1
Trier	99,3	90,8	98,6	102,7	93	85,7	85,9	92,1
Vechta	100,2	104,3	101,4	104,3	94,6	104	92,5	90,2
München	101,7	101	113,6	107,7	110,1	100,6	104,1	101,6

Quelle: BMBF (2004): 646ff.; Ders. (2007): 309ff.; BIBB (2010): 328ff.; Datenreport zum Ausbildungsbericht 2012, Tabelle A1.4-2 Internet, www.datenreport.bibb.de/html/5642.htm, eigene Darstellung.

Innerhalb der Agenturbezirke unterscheidet sich nach einer Auswertung von WIETHÖLTER et al. (2007) die Ausbildungsplatzdichte (Auszubildende je 100 Jugendliche einer Altersklasse) zwischen den kreisfreien Städten und Flächenkreisen. Sie lag in den kreisfreien Städten im Jahr 2005 durchschnittlich zwischen 52 und 55, in den Flächenkreisen zwischen 26 (Ost) und 30 (West) Plätzen.⁷⁵ BUNDESMANN-JANSEN (1996) und DAHMS et al. (2001) thematisierten in Studien aus den 1990er Jahren die besonders schwierige Ausbildungsplatzlage in den (nord-)ostdeutschen ländlich-peripheren Räumen.⁷⁶ Die öffentlich finanzierte Ausbildung erreichte Anteile von 25 % bis 40 %. Der Mangel betraf

⁷⁴ *Für das Jahr 2006 sind die betrieblichen Stellen pro 100 Nachfrager/innen 2006 nicht nach der erweiterten Definition ausgewiesen (zu den Angebots-Nachfrage-Definitionen vgl. Anhang 1).

⁷⁵ WIETHÖLTER et al. 2007: 19.

⁷⁶ Untersuchungsregionen waren bei BUNDESMANN-JANSEN et al. (1996) die Uckermark, Ostprignitz-Ruppin und Oberspreewald-Lausitz in Brandenburg, bei DAHMS et al. (2001) die Landkreise Uecker-Randow (M-V), die Prignitz (Brandenburg) und Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen). Die Mehrzahl der Regionen gehört zu den am dünnsten besiedelten Landkreisen Deutschlands, in Randlage zu Ober- oder Mittelzentren.

nicht nur die Lehrstellenanzahl, sondern auch eine geringe Ausdifferenzierung der angebotenen Berufe. Jugendliche mussten hinsichtlich ihrer Berufswünsche große Anpassungsleistungen erbringen oder in Überbrückungsmaßnahmen wie Förderlehrgänge, Berufsvorbereitungsjahr oder auf einen weiteren Schulbesuch ausweichen. Motivationsprobleme, weil „irgendeine“ Ausbildung angenommen wurde, hatten vielfach Abbrüche zur Folge. Die eingeschränkte Vielfalt konnte von einem Teil der Jugendlichen nur begrenzt durch höhere Mobilität, etwa aufgrund der finanziellen Belastungen, ausgeglichen werden. Durch eine hohe Auswahl für die Betriebe kam es zur Verdrängung von Jugendlichen ohne oder mit Berufsreife und zu einer steigenden Zahl von Altbewerber/innen. Mit bis zu 40 % herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit im Anschluss an eine Ausbildung.⁷⁷ Von einer starken Unterversorgung waren auch städtische und altindustrialisierte Bezirke wie Leipzig, Recklinghausen und vor allem Berlin betroffen. Nicht überraschend weisen die Zentren wie München einen rechnerisch fast ausgeglichenen Ausbildungsmarkt auf.⁷⁸

Der ländliche Raum ist jedoch nicht an sich ein „Problemgebiet“. Das zeigt die deutlich bessere Situation in Trier und Vechta, ebenfalls dünn besiedelte Räume. Teilweise weisen einige ländliche Kreise Westdeutschlands die niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten auf. Es handelt sich um Räume mit einem „über Jahre stabil ausgeprägten bodenständigen Handwerk und Gewerbe“, die eine größere Einwohnerdichte und vielfältigere räumliche Verflechtungen als viele ländliche Räume in Ostdeutschland aufweisen. Hinzu kamen Produktionsverlagerungen mit positiven Effekten für das Ausbildungs- und Arbeitsmarktangebot.⁷⁹

2.2.2.2 Regionale Differenzen im betrieblichen Ausbildungsspektrum

Ausbildungsberufe unterscheiden sich in ihren Vergütungs- und beruflichen Weiterentwicklungschancen. Aus regionaler Perspektive hängt daher der Verbleib von jungen Menschen auch davon ab, ob sie eine ihren Vorstellungen und

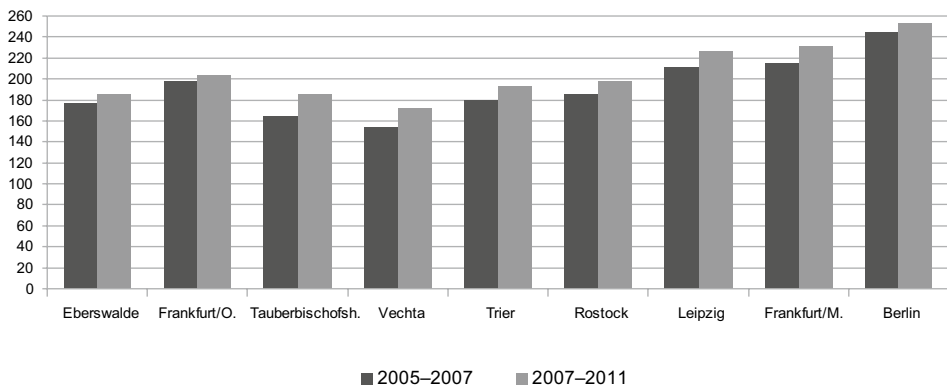
⁷⁷ BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996: 34 ff., 109; DAHMS et al. 2001: 40 f.

⁷⁸ In den Ballungsräumen, vor allem in den Stadtstaaten, gibt es zugleich mehr Jugendliche mit besonders starken Problemen, in eine Ausbildung einzumünden, etwa junge Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt ein hoher Nachfragedruck durch Ausbildungsplatzbewerber/innen aus dem Umland (ULRICH et al. 2007).

⁷⁹ DAHMS et al. 2001: 10. Insgesamt ist die Datenlage zur Ausbildungssituation in ländlichen Räumen jedoch mangelhaft (vgl. MÜLLER 2000: 14).

Wünschen entsprechende Ausbildung vor Ort finden. In den oben genannten Studien der 1970er und 1980er Jahre galt neben dem Ausbildungsplatzmangel auch das zu wenig differenzierte Ausbildungsspektrum aufgrund der geringer diversifizierten Wirtschaftsstruktur als ein Kernproblem in ländlich-peripheren Regionen. Auch einzelne jüngere Studien zur Situation in diesen Räumen verwiesen auf eine eingeschränkte Auswahl an betrieblichen und schulischen Ausbildungsplätzen. Folge waren Motivationsprobleme, Ausbildungsabbrüche oder Abwanderung.⁸⁰ Aufgrund des Mangels an detaillierten Studien wurde das Ausbildungsspektrum in ausgewählten Arbeitsagenturbezirken analysiert. Es handelt sich um Bezirke, die sich im Verstärterungsgrad, der quantitativen Ausbildungssituation und der Lage nach Bundesländern unterscheiden. Abbildung 5 gibt wieder, in wievielen Berufen zwischen 2005 und 2011 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden.

Abbildung 5: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsberufen und Agenturbezirken (2005–2011)⁸¹



Quelle: BIBB, Erhebung zum 30. September, www.bibb.de/de/59160.htm, www.bibb.de/de/54241.htm, eigene Berechnung und Darstellung.

In den ländlichen, dünner besiedelten Bezirken Eberswalde mit dem Landkreis Uckermark, in Vechta, Nordhorn und Tauberbischofsheim waren dies von den insgesamt circa 353 Ausbildungsberufen 192 und weniger Berufe. Die Anzahl der Berufe erhöht sich leicht in ländlichen Landkreisen mit einer größeren kreis-

⁸⁰ BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996: 34 ff.; DAHMS et al. 2001: 40 ff.

⁸¹ Inklusive Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderungen.

freien Stadt. Erwartungsgemäß ist die Ausbildungsvielfalt in Bezirken mit größeren städtischen Zentren mit bis zu 253 Berufen am größten. Ost-West-Unterschiede sind nicht erkennbar. Auch hier ist die Auswertung allerdings durch den großen Zuschnitt der Agenturbezirke eingeschränkt.

Die meisten Agenturbezirke weisen zudem eine sehr kleinteilige Ausbildungsstruktur auf. Der Anteil an Berufen, in denen neun oder weniger Lehrlinge lernen, liegt zwischen 62 % und 78 %. Besonders hoch ist er in Eberswalde, Frankfurt/Oder und Tauberbischhofsheim. Bei den städtisch geprägten Agenturbezirken sind die Größenordnungen etwas gleichmäßiger verteilt.⁸² Das Merkmal der Kleinteiligkeit besteht offenbar unabhängig von der Ausbildungsmarktsituation. Sowohl Bezirke mit einer günstigen als auch Bezirke mit einer ungünstigen Situation weisen eine hohe Anzahl von Berufen mit jeweils sehr geringen Auszubildendenzahlen auf. Die Differenzierung verläuft in erster Linie zwischen Landkreisen und größeren Städten.

Insgesamt unterscheidet sich das Spektrum vor allem zwischen städtischen und ländlich geprägten Agenturbezirken. Das verweist auf einen Zusammenhang zwischen Siedlungsdichte, Branchenstrukturen und der Betriebsgröße. Aus diesen Faktoren ergibt sich ein vielfältiges oder weniger vielfältiges Angebot. Es ist davon auszugehen, dass in den Klein- und Mittelstädten innerhalb der ländlichen Bezirke das Spektrum höher ist als in den ländlichen Räumen.⁸³ Die Berufsbildungsforschung streift allerdings qualitative Aspekte der Ausbildungsstruktur, etwa im Kontext des Strukturwandels, nur am Rande.⁸⁴

2.2.2.3 Hohe Mobilität und Abwanderung

Die schwierige Ausbildungslage in Ostdeutschland hatte hohe Abwanderungsraten zur Folge.⁸⁵ Der Verlust junger Menschen traf lange Zeit mit Ausnahme

⁸² Zu berücksichtigen ist, dass die Angaben auf realisierten Ausbildungsverträgen beruhen. Diese sind nicht identisch mit dem Ausbildungsangebot (BIBB, Erhebung zum 30. September, www.bibb.de/de/59160.htm, eigene Berechnung).

⁸³ Vgl. auch ULRICH et al. 2007.

⁸⁴ Vgl. MÜLLER/TAMKE et al. 2002: 22 ff., 125 ff.; www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_10515.pdf; GIB 2011.

⁸⁵ Abwanderungsquoten allein geben kein genaues Bild der Ausbildungsmobilität wieder, weil sie nicht das umfangreiche Ausbildungspendeln abbilden, bei dem sich die Jugendlichen oftmals nicht von ihrem Wohnort abmelden.

einiger größerer Städte wie Berlin, Leipzig oder Dresden Gesamtostdeutschland, mit besonders hohen Werten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Davon waren ländliche Kreise mit hoher Arbeitslosigkeit oder fernab von größeren Zentren überdurchschnittlich betroffen.⁸⁶ Auch innerhalb Ostdeutschlands waren Jugendliche äußerst mobil, besonders in den ländlich geprägten Regionen und Städten mit starken Bevölkerungsverlusten. Die Mobilität verlief und verläuft vor allem von den ländlichen Räumen in die größeren kreisfreien beziehungsweise von Abwanderungsverlusten weniger stark betroffenen Städte.⁸⁷ Nach HAPKE et al. (2012) pendelte in Brandenburg seit 2001 jeder zweite Auszubildende in den peripheren Landkreisen über die Kreisgrenze zu seinem Ausbildungsbetrieb.

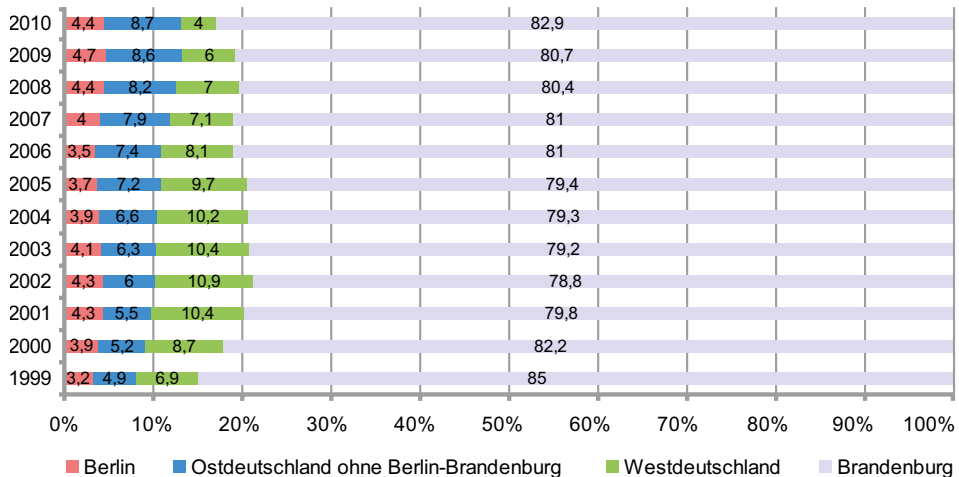
Bei den kreisfreien Städten lag der Anteil noch bei 40%.⁸⁸ In den peripheren Landkreisen nahm ein deutlich höherer Anteil in Westdeutschland oder in anderen ostdeutschen Bundesländern eine Ausbildung auf (vgl. Abbildung 6). Demgegenüber orientierten sich Jugendliche aus Regionen um Berlin als Tagespendler vor allem nach Berlin.

⁸⁶ Zwischen 1999 und 2001 haben fast 40 % der Kreise in den neuen Bundesländern zwischen 10 % und 15 % der 1980 geborenen Jugendlichen verloren. Diese lagen vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und in den äußeren Räumen Brandenburgs (STEINER et al. 2004: 6f.; ULRICH et al. 2006: 115.; BMBF 2008: 70; BEETZ 2009a: 136; TROLTSCH et al. 2009: 2f.; SEIBERT/WESLING 2012: 1f.).

⁸⁷ STEINER et al. 2004: 10 ff.; STEINER 2004: 44 f.; vgl. auch WIETHÖLTER et al.: 2007; Ders. 2008; BMBF 2008: 70; KOTTE 2007: 22; ULRICH et al. 2006: 104 f.

⁸⁸ Die durchschnittliche Fahrzeit zum Ausbildungsort bei den über die Kreisgrenzen hinweg mobilen Auszubildenden betrug von 1999 bis 2010 zwischen 115 und 95 PKW-Minuten (HAPKE et al. 2012: 16 ff.).

Abbildung 6: Zielregionen von über die Kreisgrenzen pendelnden Auszubildenden aus den peripheren Brandenburger Landkreisen (1999–2010)



Quelle: Hapke, P. / Seibert, H. / Wesling, M. (2012): 21, eigene Darstellung.

Demografisch bedingt ging die Mobilität in Brandenburg ab dem Jahr 2009 leicht zurück. Der Anteil der über die Kreisgrenzen auspendelnden Jugendlichen lag allerdings außer in den kreisfreien Städten auch im Jahr 2010 bei über 40 %. Es verließen jedoch deutlich weniger Jugendliche die Region Berlin-Brandenburg für eine Ausbildung.⁸⁹

Die räumlichen Wandermuster hängen unter anderem mit einer stärkeren Konzentration von (bestimmten) Ausbildungsangeboten in den Städten zusammen. Berufe in der Elektro- und IT-Branche, aber auch Verwaltungs- und Büroberufe gab es vor allem in den strukturstärkeren Städten Ost- und Westdeutschlands. Die in der Heimatregion verbliebenen Jugendlichen fanden insbesondere Ausbildungsmöglichkeiten in Berufen des Baugewerbes und in der Metallverarbeitung.⁹⁰ Die häufig zitierte Formel von den „Fitten, die gehen“, ist allerdings eine unzutreffende Zuspitzung. Mit Blick auf bildungsinstitutionell und berufsstrukturell unterschiedliche Mobilitätsanforderungen spricht das Verhalten für ein „normales Arbeitsmarkthandeln Jugendlicher – sich nämlich eine Ausbildung zu suchen, die ihren Vorstellungen und Voraussetzungen einigermaßen

⁸⁹ HAPKE et al. 2012: 16 ff.

⁹⁰ STEINER et al. 2004: 48; WIETHÖLTER et al. 2007: 31 ff.; MÜLLER 2000: 11.

entspricht⁹¹. Besonders in den Hochzeiten des Lehrstellenmangels wurde Mobilität als entscheidend für einen gewissen Ausgleich der regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmärkte gesehen.⁹¹

Die Bewertung von Mobilität änderte sich ab etwa Mitte der 2000er Jahre in dem Maße, wie die Folgen der demografischen Entwicklung immer deutlicher in das öffentliche und politische Bewusstsein rückten. Durch die weiterhin anhaltende selektive Abwanderung wird ein erheblicher Verlust an „Humankapital“ befürchtet. „Inzwischen geht es nicht mehr darum, Jugendliche zur regionalen Mobilität zu ermutigen, sondern sie in den Regionen zu halten.“⁹² Gleichwohl kennzeichnet die heutige Bewertung von Mobilität offenbar einen wichtigen Unterschied zur Situation in ländlich-peripheren Räumen bis circa in die 1980er Jahre. Damals wurden erhebliche Barrieren festgestellt. Sie gründeten in einer mangelnden Verkehrs- und Lehrlingsheiminfrastruktur und auch in engeren häuslichen Bindungen.⁹³

Heute wird nur vereinzelt auf Mobilitätshemmnisse verwiesen, etwa bei einem fehlenden Führerschein. Vermutet werden auch Barrieren durch mangelnde (finanzielle) Unterstützung(-smöglichkeiten) in der Familie.⁹⁴ Während im Daseinsvorsorgediskurs Erreichbarkeitsprobleme eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 3.1), werden mögliche Mobilitätsbarrieren im ländlichen Raum für die beruflichen Bildungschancen kaum thematisiert. Ein Grund ist vermutlich, dass es mit der Berufsausbildungsbeihilfe der Bundesagentur für Arbeit eine finanzielle Unterstützung gibt.⁹⁵ Insgesamt kann aufgrund der Forschungslage nur

⁹¹ STEINER 2004: 42 ff.

⁹² STEINER 2004: 42 (Zitat); KOTTE 2007: 42; WIETHÖLTER et al. 2007: 9.

⁹³ STOOSS 1971: 154; vgl. auch BROSI et al. 1982: 50.

⁹⁴ DAHMS et al. 2001: 40 f.; BIBB 2012: 26; WOLF et al. 2004: 138 ff.; ULRICH et al. 2006: 103; vgl. auch MEUSBURGER 1998: 292 ff.

⁹⁵ Gewährt wird je nach Einkommen der Eltern ein Zuschuss zum Lebensunterhalt und für die Mobilitätskosten. Vor allem in Ostdeutschland reicht die Ausbildungsvergütung oftmals nicht für eine eigenständige Lebensführung aus. Der Mindestbedarf von nicht mehr bei den Eltern lebenden Auszubildenden wurde im Jahr 2011 ohne Fahrtkosten auf 584 € pro Monat beziffert. Im Jahr 2011 betrug die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung 557 € in Westdeutschland und 496 € in Ostdeutschland. Zudem ist bei teilweise fehlender Tarifbindung der Ausbildungsbetriebe, vor allem im Osten, von noch niedrigeren Vergütungen auszugehen (BEICHT 2011: 16 f.; vgl. auch ULRICH et al. 2006: 103). Auch Jugendliche in einer schulischen Ausbildung und in bestimmten Bildungsgängen des Übergangssystems erhalten eine finanzielle Unterstützung über das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

darüber spekuliert werden, ob heute Mobilitätsbarrieren in dünn besiedelten Räumen tatsächlich keinen Einfluss mehr auf die Ausbildungschancen haben.

2.2.3 Regionale Differenzierungen im Schulberufssystem

Die Analyse regionaler Ausbildungsmärkte bezieht sich in der Regel auf den größten Sektor, das Duale System. Allerdings hat sich das Schulberufssystem zunehmend zu einer integralen Säule des Ausbildungssystems entwickelt. Zwischen 2000 und 2011 verringerte sich die Zahl der Neueintritte in das Duale System um 57.500 Jugendliche. Im Schulberufssystem stieg sie um 38.000 an, in beiden Sektoren mit zwischenzeitlichen Schwankungen. Die Bereitstellung von Angeboten im Schulberufssystem geht auch zurück auf die im Dualen System angelegten, regelmäßig wiederkehrenden Krisen in der Ausbildungsplatzversorgung.⁹⁶ Die Anbieter schulischer Ausbildung sind nicht so stark an die regionalökonomische Situation gebunden⁹⁷ (vgl. Kapitel 2.1.1.2). In den oben angeführten Studien zur Ausbildungsproblematik in ländlichen Räumen der BRD sah man in dieser Ausbildungsform ein wichtiges Instrument, um fehlende Lehrstellen und ein eingeschränktes Berufsspektrum auszugleichen.⁹⁸

Wie einzelne Studien festhielten, sind auch heute in bestimmten Bundesländern und Regionen schulische Ausbildungsgänge unterdurchschnittlich ausgebaut. Festgestellt wurde auch eine Konzentration in den Zentren. Das trug in Ostdeutschland zur Verschärfung der Ausbildungsplatzsituation bei und galt als eine Ursache für die hohen Abwanderungsraten junger Frauen in die alten Bundesländer beziehungsweise in größere Städte.⁹⁹ Abgesehen von diesen Studien ist die räumliche Differenzierung von Angeboten im Schulberufssystem kaum erforscht. Eine Ursache ist vermutlich der berufsbildungspoli-

Bewilligung und Höhe hängen von der Einkommenssituation von etwaigen Ehegatten oder den Eltern und der Unterbringung (bei den Eltern oder auswärtig) ab. Mobilitätszuschüsse fallen in die Zuständigkeit der Kommunen.

⁹⁶ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2012: 277; REIER 2000: 122 ff.

⁹⁷ Sie ist jedoch nicht unabhängig von der (regionalen) Wirtschaft. Zum einen benötigen die Schüler/innen Unternehmen für die Praktika während der Ausbildung. Zum anderen sollten sie natürlich auf den Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet sein.

⁹⁸ WESTPHAL-GEORGI 1977: 167 ff.; HANSEN et al. 1977: 153 ff.; DERENBACH 1979: 470 f.; Ders. 1984: 27 ff.; DERENBACH/SCHÜTTE 1982: 1 ff.; BEIDERWIEDEN et al. 1982: 105.

⁹⁹ BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996: 114; WILMA et al. 2003: 71 ff., 311; GRÜNERT/WIEKERT 2005: 128; STEINER et al. 2004: 13; LUTZ 2007: 73; KETZMERICK et al. 2007: 25 f; BARTL 2011: 12.

tisch umstrittene Stellenwert dieser Ausbildungsform. Sie steht in einem Spannungsfeld von „Minderwertigkeit“ gegenüber der dualen Ausbildung auf der einen und ihrer Bedeutung für die Versorgung Jugendlicher sowie das Aufgreifen veränderter Qualifikationsdynamiken auf der anderen Seite. Letzteres betrifft zum Beispiel die Qualifizierung für Dienstleistungsbranchen, wie die Altenpflege. Deren Bedeutung stieg seit den 1990er Jahren und sie mach(t)en zu einem großen Teil Angebote für junge Frauen aus.¹⁰⁰ Die Randlage spiegelt sich auch in der Datenlage wieder. Es gibt keine regionalisierten Auswertungen zum Umfang des vollzeitschulischen Ausbildungsangebotes. Bekannt ist, dass die Ausgestaltung nach wie vor zwischen den Bundesländern variiert.¹⁰¹ Hinzu kommen länderspezifische Regelungen für die Zuordnung von Ausbildungsgängen zu unterschiedlichen Berufsschultypen.¹⁰² Auch im Übergangssystem bestehen Unterschiede, die teilweise im Zusammenhang mit länderspezifischen Politiken stehen.¹⁰³

Diesem Stand entsprechend liegt nur wenig Material über die Ausprägung unterschiedlicher staatlicher Bildungspolitik für ländlich-periphere Räume vor. Das vorhandene Material gibt Hinweise darauf, dass schulische und andere Bildungsgänge nicht allein am (regionalen) wirtschaftlichen Qualifikationsbedarf und Strukturproblemen des Ausbildungsmarktes ausgerichtet sind. Vielmehr wird sie auch beeinflusst von Entwicklungspfaden bei der Ausbildung beruflicher Institutionen, der finanziellen Situation der Länder und möglicherweise parteipolitischen Konstellationen. Ein steigender Anteil von Jugendlichen in staatlichen Bildungsgängen bedeutet einen höheren staatlichen Finan-

¹⁰⁰ FELLER/ZÖLLER 2000: 9 f.; FELLER 2002: 143.

¹⁰¹ Untersuchungen aus dem Jahr 1980 stellten fest, dass die Ausstattung mit schulischen Ausbildungsplätzen noch stärker als das betriebliche Ausbildungsangebot variiert, vor allem zwischen den Bundesländern (DERENBACH 1984: 37).

¹⁰² Durch bundesweit variierende Bezeichnungen von Ausbildungsberufen, Zuständigkeiten und Schultypen (zum Beispiel Berufsfachschule, Höhere Handelsschule oder Berufskollegs) und das unterschiedliche Erfassungs- und Meldeverhalten der Länder ist die statistische Erfassung ungenau (FELLER 2005: 19; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) 2010: 97; Ders. 2008: 106). Zudem liegen nur Daten über die Schülerzahlen, nicht aber über das Angebot vor.

¹⁰³ Wie im Schulberufssystem variiert die Einmündung in eine außerbetriebliche Ausbildung und in das Übergangssystem teilweise erheblich zwischen den Ländern oder Agenturbezirken (UHLY et al. 2011: 14 ff.; EBERHARD/ULRICH 2010: 11 ff.; vgl. auch WEISSHAUPT et al. 2012: 33 ff.; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2006: 82).

zierungsanteil an der Berufsbildung. Es liegt daher auf der Hand, dass eine Ursache von „staatlichen Rationalitätsdefiziten“ in der beruflichen Bildung in dem mehrfach begrenzten Mitteleinsatz (der Länder) liegt.¹⁰⁴ „Rationalitätsdefizite“ in den Steuerungsformen beobachtete auch die Berufsbildungsforschung in den 1970er und 1980er Jahren. Nach DERENBACH (1979) ging die festgestellte unsystematische Verteilung von Berufsfachschulen und damit die Verstärkung der regionalen Disparitäten offensichtlich auf eine „unterschiedliche lokale und regionale Bereitschaft, solche aufzubauen“, zurück: „Die Bewertung des bisherigen Mitteleinsatzes zeigt, dass in vielen Fällen die regionalen Unterschiede [im schulischen Angebot] von historisch organisatorischen Zufälligkeiten“ bestimmt sind. Eine bewusste Regionalsteuerung müsse vielfach erst noch angestrebt werden.¹⁰⁵

Auch aktuell ist für die Autoren des Nationalen Bildungsberichtes keine, auf den Ausbildungsmarkt bezogene, strategische Ausrichtung des Schulberufssystems durch die Länder erkennbar. Im Vergleich zum allgemeinbildenden Schulwesen fällt auf, dass die an den Bildungsföderalismus gekoppelten regionalen Unterschiede in den beruflichen Bildungschancen nur einen geringen Stellenwert in der wissenschaftlichen und politischen Wahrnehmung haben.¹⁰⁶

2.2.4 Vom Ausbildungsplatzmangel zu Nachwuchsproblemen? – Die Ausbildungsmärkte ab Mitte der 2000er Jahre

Seit 2009 münden wieder relativ mehr Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung ein. Ursache für diese Entwicklung ist in Ostdeutschland weniger ein steigendes Ausbildungsangebot als das Eintreten der geburtenschwachen Jahrgänge aus der Wende- und Nachwendezeit in das Ausbildungssystem.¹⁰⁷ Zunehmend wird die aktuelle Ausbildungssituation aus der Perspektive eines (drohenden) Fachkräftemangels wahrgenommen. Die Lage scheint sich umzukeh-

¹⁰⁴ REIER 2000: 119 f.

¹⁰⁵ DERENBACH 1979: 478 ff.; DERENBACH/SCHÜTTE 1982: 5; DEGEN et al. 1977: 3, 106; vgl. auch BEIDERWIEDEN et al. 1982: 109 ff.

¹⁰⁶ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2008: 106. Kontroversen zur unterschiedlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern beziehen sich fast ausschließlich auf das Duale System (vgl. OFFE 1975; REIER 2000; STENDER 2006a; Ders. 2006b).

¹⁰⁷ ULMER/ULRICH 2008: 7; SEIBERT/WESLING 2012: 4; KLEINERT/KRUPPE 2012: 6; BIBB 2012: 19, 64 f.; Ders. 2011: 76 ff.

ren. Mit der aktuellen demografischen Entwicklung rücken nun stärker die Probleme der Betriebe in den Blick. Nach der 16. Welle des Betriebspanel Brandenburg des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2012 erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2005 die Anzahl unbesetzter Fachkräftestellen auf einen bisherigen Höchststand von 13.000. Nach Größe hatten die Kleinstbetriebe die stärksten Probleme. Künftig geht die Mehrzahl der Betriebe durch alle Branchen hinweg von steigenden Besetzungsproblemen aus. Als Hauptgründe für die befürchteten Besetzungsschwierigkeiten gelten fehlende passgenaue Bewerber/innen oder fehlende spezifische Zusatzqualifikationen.¹⁰⁸

In Brandenburg entspannte sich ab circa Mitte der 2000er Jahre die Situation allmählich. Im Jahr 2011 kamen auf 100 Bewerber/innen nach der erweiterten Definition 93 Ausbildungsplätze. Gleichwohl ist die Anzahl von Jugendlichen, die in eine Alternative auswichen oder ohne Alternative verblieben, mit fast 2.800 sehr hoch. Auf diese kamen 915 gemeldete unbesetzte Ausbildungsplätze. Die seit Mitte der 1990er Jahre sinkende Netto-Ausbildungsbetriebsquote von 42 % (Westdeutschland: 55 %) wird auch auf die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Besetzung der Lehrstellen zurückgeführt.¹⁰⁹

In der Uckermark entwickelte sich der Ausbildungsmarkt nicht ganz so positiv. Verfügbare regionalisierte Daten liegen auf der Ebene des Arbeitsagenturbezirkes Eberswalde vor, der auch den Landkreis Barnim umfasst. Die sehr niedrige Anzahl an betrieblichen Ausbildungsstellen im Verhältnis zu den Bewerber/innen im Jahr 2007 hat sich innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppelt. Gleichwohl gibt es gemessen an dieser Ausweisung im Jahr 2011 rechnerisch für fast jeden dritten, an einer Ausbildung interessierten, Jugendlichen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz.¹¹⁰ Die Zahl der neu abgeschlossenen

¹⁰⁸ MASFG (Hg.) 2012: 50 ff. Auf eine weitergehende Darstellung der verschiedenen Fachkräftestudien wird an dieser Stelle verzichtet. Aufgrund unterschiedlicher Methodiken, betrachteter Branchen und Zeiträume kommen sie teilweise zu unterschiedlichen Gewichtungen oder sind nur begrenzt vergleichbar (vgl. MASFG (Hg.) 2005; MASFG/SENATSWERWALTUNG FÜR INTEGRATION, ARBEIT UND SOZIALES des LANDES BERLIN (Hg.) 2010 und LAND BRANDENBURG (Hg.) 2007).

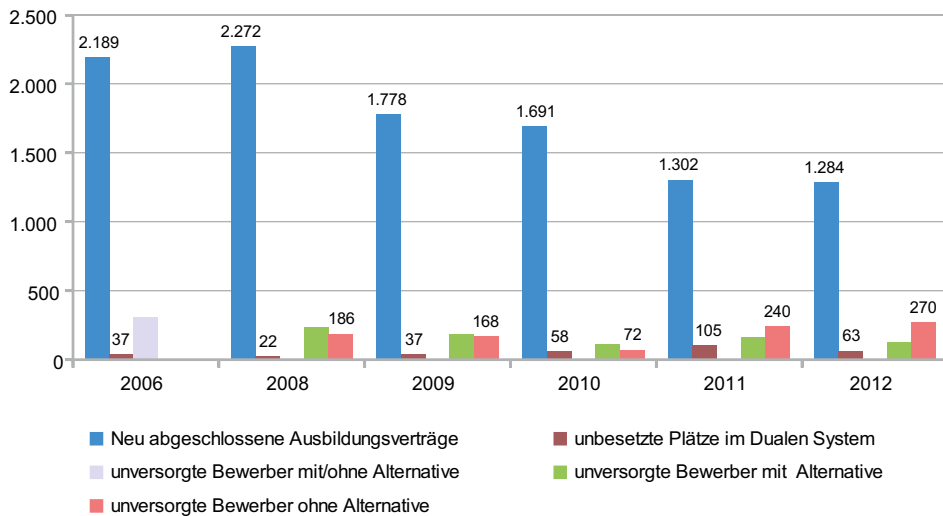
¹⁰⁹ BIBB 2012: 17; MASFG (Hg.) 2012: 68 f. Der Anteil ausbildungsberechtigter Unternehmen liegt im Bundesdurchschnitt. Die Netto-Ausbildungsquote gibt den Anteil ausbildender Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben an.

¹¹⁰ In den Berufsbildungsberichten und Datenreporten des BIBB wird die Ausbildungssituation nach Ländern und Agenturbezirken mit teilweise unterschiedlichen Indikatoren charakterisiert, was direkte Vergleiche teilweise einschränkt.

Ausbildungsverträge ist rückläufig. Sie geht, gemessen an dem Wert aus dem Jahr 2006, mit einem steigenden Anteil an Jugendlichen einher, die sich in einer Alternative befinden oder „unversorgt“ sind.

Auffällig ist, dass seit 2011 die Zahl der unversorgten Jugendlichen höher liegt als die Zahl von Jugendlichen mit einer Alternative. Offenbar wird zunehmend eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen weniger durch Angebote im Übergangssystem integriert. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze stieg auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt nur geringfügig (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Indikatoren zum Ausbildungsmarkt im Arbeitsagenturbezirk Eberswalde (2007–2011)



Quelle: BIBB Erhebungen über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. (2006–2012), www.bibb.de/de/14492.htm, eigene Darstellung.

Die öffentliche Berichterstattung für die Region Uckermark und Barnim sprach zu keiner Zeit davon, dass das Angebot die Nachfrage übersteigt. Noch im Jahr 2012 titulierte die Märkische Oderzeitung: „Jeder sechste Jugendliche ohne Lehrstelle. [...] Die Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt lässt auf sich warten.“¹¹¹

¹¹¹ www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1052505/0 5.11.2012. Im Jahr 2014 berichtete die Märkische Oderzeitung von 121 unversorgten Bewerber und acht freien Ausbildungsstellen. www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1343202/.

So gehören die beiden Landkreise in der Regionaltypik des Berufsbildungsberichtes auch im Jahr 2011 zu den fünf Arbeitsamtsbezirken mit der ungünstigsten Ausbildungsstellensituation. Dabei ist davon auszugehen, dass die Situation in der Uckermark ungünstiger ist als im wirtschaftlich dynamischeren Barnim.¹¹²

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Mediens Schlagzeilen wie „Lehrlinge im Osten händeringend gesucht“¹¹³, handelt es sich nicht um ein flächendeckendes ostdeutsches Phänomen. Der (drohende) Mangel wird für einzelne Regionen und Branchen konstatiert.¹¹⁴ Der Blick auf den gesamtdeutschen Ausbildungsmarkt im Jahr 2011 zeigt, dass es kein eindeutiges West-Ost Gefälle mehr gibt. Die Daten verweisen auf eine Ausdifferenzierung regionaler Ausbildungsmärkte, auch innerhalb der ländlichen Agenturbezirke. Bei einem Teil der Bezirke geht der Anstieg der unbesetzten Stellen mit einem Rückgang an unversorgten Jugendlichen einher. Andere Bezirke weisen einen steigenden Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen und einen relativ stabil bleibenden Anteil unversorgter Jugendlicher auf, zum Beispiel Eberswalde und Neubrandenburg.¹¹⁵

Die entspanntere, aber auch aktuell noch ungünstige Ausbildungssituation in Regionen wie der Uckermark steht im Gegensatz zur enormen öffentlichen Präsenz des Fachkräftemangelphänomens. Der Widerspruch hängt zum einen damit zusammen, dass die Bundesagentur für Arbeit nur jene unbesetzten Ausbildungsplätze erfassen kann, die ihr auch von den Betrieben gemeldet wurden. Zum anderen ist davon auszugehen, dass öffentlich über besonders stark betroffene Branchen intensiver berichtet wird. Fachkräftemangel ist kein leicht bestimmbares und ein relatives Phänomen. Im Ausbildungssystem bedeuten unbesetzte Stellen aufgrund eines Mangels an (geeigneten) Bewerber/innen nicht automatisch auch Nachwuchsprobleme. Zum einen bilden bestimmte Branchen mehr Fachkräfte aus als sie benötigen. Zum anderen stehen Betrieben mehrere Möglichkeiten zur Deckung des Fachkräftebedarfs zur Verfügung, etwa die Rekrutierung auf den Arbeitsmärkten.¹¹⁶ Fachkräftemangel geht neben der

¹¹² BIBB (Hg.) 2010: 63 f.; Ders. (Hg.) 2009: 332; www.datenreport.bibb.de/html/4683.htm.

¹¹³ Vgl. etwa Diw (Hg.) 2007; Zitat aus „Die Welt“, Ausgabe vom 3. Juni 2008 aus ULMER/ULRICH 2008: 7.

¹¹⁴ BIBB 2012: 231; BMBF (Hg.) 2009a: 13 ff.

¹¹⁵ BIBB-Erhebung zum 30. September (2006–2012), www.bibb.de/de/14492.htm.

¹¹⁶ STEINER / WIENER 2006: 75.

demografischen Entwicklung auch auf zunehmende regionale Friktionen zwischen Angebot und Nachfrage zurück. So wird der Rückgang der Ausbildungsverträge in Ostdeutschland auch auf steigende Schwierigkeiten zurückgeführt, die Angebote „der Betriebe und die Ausbildungswünsche [und Voraussetzungen] der Jugendlichen regional und beruflich zusammenzuführen“¹¹⁷.

Aktuell zeichnet sich ab, dass die sinkende Nachfrage zu einem Nachlassen des Ausbildungsengagements bei einem Teil der Betriebe führt.¹¹⁸ Nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) lagen neben mangelnden Schulleistungen der Bewerber/innen – in der Öffentlichkeit als ein Hauptproblem angeführt – die Gründe auch in den Voraussetzungen und dem Verhalten der Betriebe. Das waren vor allem kurzfristige Informations- und Rekrutierungsstrategien. Auch überzogene Ansprüche sowie die Attraktivität des Betriebes und des Berufes spielten eine Rolle. Dafür sprechen die besonderen Probleme der Kleinbetriebe oder des Handwerks. Hier konnten im Osten 8,1% und im Westen 6,4% der Stellen im Jahr 2012 nicht besetzt werden. Sehr viele unbesetzte Plätze gab es in Berufen wie Fleischer/in, Gebäudereiniger/in oder Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk. Das sind Berufe, die aus Imagegründen und wegen ungünstiger Ausbildungsbedingungen (Lehrgeld, Arbeitszeiten) „in der Beliebtheitsskala der Jugendlichen nicht oben stehen“¹¹⁹. Demografische Entwicklungen wirken also nicht direkt auf einen Fachkräftemangel. Sie wirken vermittelt über einen Qualifikations-, Informations- und Berufsmismatch in regionalen Kontexten.¹²⁰

¹¹⁷ ULRICH et al. 2012: 1, 11; vgl. auch TROLTSCH et al. 2009: 11; BMBF 2009: 15; Ders. 2010: 14.

¹¹⁸ BIBB 2011: 64 f. Nach KLAUS u. a. ist die aktuelle Situation vergleichbar mit der Phase zwischen 1985 und 1995 in der BRD. Starke Nachfragerückgänge bei einem gleichzeitig hohen Fachkräftebedarf führten zunächst zu einem immensen Anstieg an unbesetzten Ausbildungsstellen und zu einem Rückgang des Ausbildungsangebotes. Das Angebot verharrte trotz der zwischenzeitlich wieder steigenden Schülerzahlen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (KLAUS et al. 2010: 19).

¹¹⁹ TROLTSCH et al. 2012: 4 ff. (Zitat); GERICKE et al. 2009: 3 ff., ULRICH et al. 2012: 13; BIBB 2012: 24 ff.; vgl. auch www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/327803/27.06.2011.

¹²⁰ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 96.

2.2.5 Ausbildungsmärkte im demografischen Diskurs – Verschiebungen und Persistenzen

Mit dem Schülerzahlenrückgang wird die Situation an den Ausbildungsmärkten zunehmend stärker durch das demografische Geschehen bestimmt. Die Analyse der Bedeutung demografischer Entwicklungen für die berufliche Bildung kann aus verschiedenen Perspektiven erfolgen. Ein Zugang betrachtet, in welches Verhältnis Bevölkerungsentwicklungen zu gesellschaftlichen Problemen und Steuerungsvorstellungen gesetzt werden. Aktuell werden mittels dieses Zugangs „Demographisierungen des Gesellschaftlichen“ beobachtet. BARLÖSIUS und BEETZ bezeichnen damit die aktuelle Tendenz, gesellschaftliche Prozesse, soziale oder ökonomische Konflikte als demografisch bedingt umzudeuten. Oftmals erfolgt eine Reduzierung von Problemen des Strukturwandels auf demografische Entwicklungen unter Vernachlässigung der komplizierten, teilweise auch gegenläufigen sozioökonomischen Prozesse. Die Kritik richtet sich nicht auf die Thematisierung demografischer Entwicklungen an sich. Demographisierung als ein analytischer Ansatz zeigt aber, dass die Bedeutung demografischer Aussagen immer auch im Zusammenhang mit den auf sie rekurrierenden gesellschaftspolitischen Macht- und Interessenskonstellationen erschlossen werden muss.¹²¹

Teilweise ähnlich argumentieren auch SACKMANN und BARTL (2008). Sie verstehen darunter die Ausweisung eines „durch soziale Konflikte erzeugten Problems als demografisch erzeugtes und demografisch bewältigbares Problem“¹²². Der aktuelle Diskurs zeichnet sich neben dem Hang zur Komplexitätsreduktion dadurch aus, dass er unspezifisch und ungenau in der Problemdefinition ist. Dadurch kann er sehr anschlussfähig für verschiedene gesellschaftliche Handlungsfelder gemacht werden.¹²³ Mit diesen Zugängen wird im Folgenden der demografische Diskurs im Bereich der beruflichen Bildung (in Brandenburg) betrachtet.

¹²¹ BEETZ 2007a: 239 ff. (Zitat); Ders. 2007: 237 ff.; BARLÖSIUS 2007: 27 ff. Vgl. für weitere Bereiche, in denen Demographisierungen konstatiert werden, MENDIUS (2002) zum Arbeitsmarkt, ALEMANN (2008) für den Bereich Familienpolitik, BÜRKNER (2001) für Stadtentwicklungsdiskurse und HUMMEL (2000) zu kausalistischen, hegemonialen Bevölkerungsdiskursen.

¹²² SACKMANN/BARTL 2008: 2627; vgl. auch LAND/WILLISCH 2006: 55.

¹²³ SACKMANN/BARTL 2008: 2631.

Mit dem Einsetzen des Schülerzahlenrückgangs orientierte das Land Brandenburg wie andere Bundesländer auch auf eine Steigerung des Anteils von Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung. Bis etwa zum Jahr 2010, so die Annahmen, werden weiterhin staatliche Ausbildungsplätze nötig sein. Die Auswahlmöglichkeiten an Bewerber/innen werden sich dann für die Betriebe spürbar verringern, auch weil ein (zunehmender) Teil von Jugendlichen aufgrund fehlender Ausbildungsreife nur für eine außerbetriebliche Ausbildung geeignet sei.¹²⁴

Steigende Besetzungsprobleme von Fachkräftestellen und eine weiterhin ausbaufähige Ausbildungsbasis bilden den zentralen Rahmen für Veränderungen der berufsbildungspolitischen Orientierungen. Sie bestehen im Kern in der Fokussierung auf die betriebliche Ausbildung. Der dritte Demografiebericht Brandenburgs spricht von dieser als dem „Königsweg der Fachkräftesicherung“ für den Mittelstand.¹²⁵ Jeder Jugendliche soll Chancen auf einen Ausbildungsplatz vorzugsweise im Dualen System erhalten. Die bildungspolitischen Bestrebungen im Kontext der Brandenburgischen Fachkräftestrategie sind auf Maßnahmen auszurichten, „die die selbständige Sicherung des betrieblichen Fachkräftenachwuchses“ vorantreiben und die Attraktivität des Dualen Systems erhöhen.¹²⁶ Bereits 2003 betonte die Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg, dass die duale Ausbildung den Kernbereich der Berufsausbildung darstellt. In der Ausweitung des Angebotes nichtbetrieblicher Ausbildung bei Bildungsträgern oder in beruflichen Schulen wird keine Lösung der Ausbildungsmarktprobleme gesehen.¹²⁷ Die in der politischen Öffentlichkeit beob-

¹²⁴ ZASKE 2006: 4 f.; IHK FRANKFURT/ODER 2004: 21; SCHULDT 2006: 6 f. SCHULDT (2006) geht davon aus, dass sich bis 2015 wieder ein, allerdings deutlich geringeres, Defizit an betrieblichen Ausbildungsplätzen einstellen wird.

¹²⁵ Im ersten und zweiten Demografie- wie auch im Werkstattbericht werden keine detaillierten, berufsbildungspolitischen Betrachtungen vorgenommen (LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2004; Ders. (2005); Ders. (2005a).

¹²⁶ LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2011: 44 f. (Zitat). Elemente der Strategie sind die 2005 gegründete interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) und das sich konstituierende Bündnis für Fachkräftesicherung. Der entwickelte Maßnahmenplan „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen!“ umfasste im Jahr 2014 93 Vorhaben (www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.184984.de).

¹²⁷ BILDUNGSKOMMISSION DER LÄNDER BERLIN UND BRANDENBURG 2003: 200 ff, 213. In dem Bericht wird berufliche Bildung noch nicht explizit in den Kontext demografischer Entwicklung gesetzt.

achtbare Dominanz des Szenarios eines drohenden Fachkräftemangels infolge der demografischen Entwicklung ist in den Medien noch stärker ausgeprägt.

Welche Rolle spielt die demografische Entwicklung für politisches und administratives Handeln? Deutlich tritt in dem demografischen Diskurs ein postulierter Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bildungssektoren um junge Nachwuchskräfte hervor. Auf der Appell- und Informationsebene zeigt sich dies etwa in Bestrebungen, Jugendliche gezielt für eine betriebliche Ausbildung zu motivieren.¹²⁸ Für dieses Ziel werden vom Land und den Ausbildungspartnern, unter anderem im Maßnahmenplan zur Fachkräftesicherung, eine Vielzahl von Erfordernissen und Aktivitäten benannt. Sie reichen von Informationsstrategien, appellativen Maßnahmen über Modellprogramme bis zur finanziellen Förderung. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der Berufsorientierung und Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher, die Integration „Benachteiligter“, die Erhöhung der Ausbildungsqualität oder eine höhere Durchlässigkeit zur akademischen Bildung.¹²⁹ Diese Themen sind auch in den bundesweiten Diskussionen zu finden. Der Berufsbildungsbericht von 2010 und auch die Berichte der Vorjahre halten folgende Kernherausforderungen für die berufliche Ausbildung fest:

- Ausbau des regionalen Übergangsmanagements, Verbesserung des „Matchings“ am Ausbildungsmarkt
- Erschließung neuer Zielgruppen und verstärkte Integrationsbemühungen in eine duale Ausbildung (Ausbildungschancen „benachteiligter Jugendlicher“, Gewinnung von Jugendlichen aus dem Ausland)

¹²⁸ So beispielsweise auf der Brandenburger Landesinternetseite zur Berufsorientierung, die deutlich auf einen geringeren Status schulischer Ausbildungsberufe verweist. www.berufsorientierung-Brandenburg.de/schulische_ausbildung.html.

¹²⁹ Zu den Aktivitäten gehören zum Beispiel der Ausbildungskonsens Brandenburg; die Förderung überbetrieblicher Lehrgänge in anerkannten Ausbildungsberufen im Rahmen einer Ausbildung, ein externes Ausbildungsmanagement der Kammern für die Akquirierung von Ausbildungsplätzen und Auszubildenden oder in DER BERUFSORIENTIERUNG DAS NETZWERK ZUKUNFT (vgl. LAND BRANDENBURG (HG.) 2007: 84 ff.; LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2011: 43 ff.; MASFG (HG.) 2012: 213 ff.; www.masf.brandenburg.de/media_fast/405/23_04_12_Ma%C3%9Fnahmenplan.pdf. www.ausbildungskonsens-brandenburg.de; www.lasa-brandenburg.de).

- Erhöhung der Transparenz und Anschlussfähigkeit der beruflichen Bildungsabschlüsse
- Anpassung an den technologischen, strukturellen Wandel am Arbeitsmarkt und an die Internationalisierung, fortlaufende Modernisierung und Qualitätssicherung der beruflichen Bildung
- Gestaltung der berufsbildenden Infrastrukturen in Räumen mit schrumpfender Bevölkerung¹³⁰

Gemeinsam ist diesen Handlungsfeldern, dass sie „demografieunspezifisch“ sind. Das kennzeichnet nach SACKMANN und BARTL (2008) viele aktuelle demografische Diskurse. Sie können auch ohne Verweis auf rückläufige Schülerzahlen formuliert werden. Auch bei einer anders gelagerten demografischen Entwicklung verlieren sie nicht ihre Legitimität. Die Verbesserung der Integration „benachteiligter“ Jugendlicher beispielsweise ist ein Ziel, das schon lange vor dem Schülerzahlenrückgang formuliert wurde. Es verliert auch bei einer steigenden Ausbildungsnachfrage nicht an Relevanz. Mit Ausnahme der Infrastrukturgestaltung bezieht sich die Mehrzahl der Herausforderungen auf systemische Fragen der Ausbildung im Kontext struktureller Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel der Wandel auf dem Arbeitsmarkt. Viele der Forderungen waren daher schon lange vor dem Einsetzen der demografischen Debatte Bestandteil berufsbildungspolitischer Diskussionen und politischen Handelns. Hier zeigt sich die Anschlussfähigkeit demografischer Diskurse an verschiedene, gesellschaftliche Problemfelder.¹³¹ Das heißt, nicht die demografische Entwicklung an sich generiert einen Handlungsbedarf, sondern sie verstärkt Entwicklungen oder legitimiert Ziele, die aus sozioökonomischen Prozessen abgeleitet werden. Eine Ausnahme bildet das staatliche Ausbildungsplatzengagement. Mit der Reduzierung der Ausbildungsplatzförderung, der Ausrichtung auf die betriebliche Ausbildung und dem Ziel der besseren „Erschließung der Kompetenzen und Interessen aller Jugendlichen und Erwachsenen“ findet eine deutli-

¹³⁰ Vgl. zum Beispiel den Berufsbildungsbericht von 2010, der erstmalig dem demografischen Wandel ein eigenständiges Kapitel widmet, sowie die Berichte der davorliegenden und darauf folgenden Jahre.

¹³¹ SACKMANN/BARTL 2008: 2631.

che Diskursverschiebung statt. Es wird konkret auf die demografische Entwicklung Bezug genommen.¹³²

Die Annahmen und Ziele bei der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung verweisen auf eine zweite analytische Kategorie bei der Untersuchung demografischer Diskurse: deren Einbettung in gesellschaftspolitische Interessenskonstellationen. Erkennbar ist eine Aktualisierung klassischer Kontroversen vor allem zwischen Regierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften um die Ausgestaltung beruflicher Bildung. Zwar wird angenommen, dass sich die Bedeutung der betrieblichen Ausbildung durch das Abschmelzen geförderter Ausbildung sowie bestimmter Bildungsgänge im Schulberufssystem deutlich erhöht. Allerdings stellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem das Duale System vor einen neuen Legitimitätsbedarf, zum Beispiel durch die sinkende betriebliche Ausbildungssubstanz oder die Anpassungsfähigkeit an einen veränderten Qualifikationsbedarf durch neue, technologische Entwicklungen.¹³³

Die demografische Entwicklung fungiert als eine Legitimation zur Stärkung des Dualen Systems. So heißt es im Berufsbildungsbericht von 2012: „Das duale System [...] muss seine Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Es muss zum zentralen Angelpunkt der Entscheidung der Jugendlichen [...] werden.“¹³⁴ Gefordert oder in Planung ist eine Reduzierung bestimmter schulischer Ausbildungsgänge, die in echter oder vermeintlicher Konkurrenz zum Dualen System stehen.¹³⁵ Die Wirtschaftsministerien der Länder visieren künftig die Streichung schulischer Ausbildungsgänge an, für die es genügend betriebliche Ausbildungsplätze gibt.

Betroffen davon wären auch zahlreiche Privatschulen. Dementsprechend kritisch ist die Haltung des Verbandes Deutscher Privatschulen. Es „bestehe die

¹³² LAND BRANDENBURG (Hg.) 2007: 84f.; LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2011: 43 ff.; MASFG (Hg.) 2012: 202.

¹³³ DOBISCHAT 2009; SOLGA 2009; GREINERT 2004: 357 ff.; Ders. 2006: 166.

¹³⁴ BMBF 2012: 6; vgl. auch IES 2010: 36 und BILDUNGSKOMMISSION DER LÄNDER BERLIN UND BRANDENBURG (Hg.) 2003: 203.

¹³⁵ KROLL et al. 2008: 35. Für die Arbeitgeberseite vgl. zum Beispiel BDA (2012: 1): „Angesichts der großen Bedeutung des dualen Berufsbildungssystems sollten [...] vollzeitschulische Angebote [...] insbesondere bei Überschneidungen zu Angeboten im dualen Ausbildungssystem höchstens nachrangig zum Einsatz kommen.“

Gefahr regionaler Ausbildungsknappheit, wodurch besonders in strukturschwachen Regionen mit einer weiteren Abwanderung [...] zu rechnen sei“.¹³⁶

Kritisch wird die Dominanz des Dualen System in der Berufsbildungspolitik auch von dem Bildungsforscher GREINERT (2006) aufgegriffen. Aktuelle Regelungen, welche die Nachrangigkeit der schulischen gegenüber der dualen Ausbildung festschreiben, haben die Erwartung, „dass sich nach dem Abflauen der hohen Ausbildungsplatznachfrage jenseits des Jahres 2007 die alte heile Bildungswelt des Industrialismus in Deutschland mit ihrer charakteristischen Trennung von Allgemein- und Berufsbildung wieder herstellen wird“. Einige Positionen gehen eher von einer Zunahme und Aufwertung dieser Ausbildungsform aus. Dafür spricht die bisherige relative Stabilität des Schulberufssystems.¹³⁷

Teilweise Vergleichbares ist bezüglich des Übergangssystems beobachtbar. Lange Zeit galt es als ein temporäres System, dessen Bedeutung künftig durch Wirtschaftswachstum und aktuell durch die demografische Entwicklung geringer wird. Dagegen steht die Annahme, dass die wachsende Zahl junger Menschen im Übergangssystem in erster Linie mit ökonomischen Strukturveränderungen zusammenhängt, die zu Exklusionsprozessen führen.¹³⁸ Mittlerweile ist es eine weithin geteilte Position, dass der Schülerzahlenrückgang nicht automatisch zu verbesserten Ausbildungschancen führt und das Übergangssystem weiterhin eine wichtige Funktion hat.

Die Deutung der in demografische Entwicklungen eingebetteten Problemlagen und daraus abgeleitete Forderungen hängen von jeweiligen Interessen und Perspektiven ab. Dahinter stehen oftmals historisch tradierte Kontroversen und Ansichten über Ordnungsmodelle von beruflicher Bildung. Die meisten dieser Kontroversen entzündeten sich nicht ursächlich an der demografischen Entwicklung. Vielmehr begleiten sie die Ausgestaltung des Berufsbildungssystems von seiner Etablierung bis heute. MENDIUS (2002) spricht von einer „Huckepack- oder Trittbrettfahrerstrategie“: Aus anderen Kontexten formulierte ältere Forde-

¹³⁶ VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULVERBÄNDE e. V. 2012; vgl. auch die Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 in BMBF (2010: 80).

¹³⁷ GREINERT 2006: 17; BMBF (Hg.) 2009a: 59, 81.

¹³⁸ SEKTION BERUFS- und WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN 2009: 3 f.; vgl. auch BMBF (Hg.) 2009a: 60 ff.

rungen werden „plötzlich unter der Parole vorgetragen werden, vermeintlichen Erfordernissen des demografischen Umbruchs Rechnung tragen zu müssen“¹³⁹.

Das Merkmal der Komplexitätsreduzierungen trifft nur für Bereiche zu, die sich sehr allgemein mit der demografischen Entwicklung im Fachkräfte- und Ausbildungskontext beschäftigen. Dabei scheint die in der Öffentlichkeit dominierende Verortung von Problemen beruflicher Bildung in der demografischen Entwicklung die aktuelle Wahrnehmung von „ländlichen“ Räumen als „demografische Problemregionen“ zu verstärken. In Teilen der Berufsbildungspolitik und -forschung werden aktuelle Themen der Berufsbildung differenziert in demografische Aspekte eingebettet. Insofern ist hier keine Demographisierung beobachtbar. Die Politik reagiert mit einer nahezu erschlagenden Fülle von Programmen und Initiativen neben den ohnehin permanent laufenden Modernisierungsaktivitäten.¹⁴⁰ Durch den demografischen Wandel findet insgesamt keine Rücknahme, sondern eine Verschiebung der staatlichen Aktivitäten statt. Darin dokumentieren sich in der Selbstbeschreibung der Bildungspolitik die Möglichkeit und der Anspruch auf Steuerbarkeit. In der Infrastrukturgestaltung ist die Diskussion etwas anders gelagert.

2.3 Ausbildungsmärkte im Kontext regionalökonomischer Entwicklungen und Strukturen

Die Studien aus den 1960er bis 1980er Jahren nahmen für die Analyse der Ausbildungssituation explizit auf die Bedeutung von Strukturwandlungsprozessen und Ausdifferenzierung ländlicher Räume Bezug.¹⁴¹ Aktuell arbeitet die Forschung bei räumlich ausgerichteten Fragestellungen mit eher abstrakten Raumbezügen. Dadurch spielen diese mit Ausnahme der Infrastrukturen seit circa den 1980er Jahren keine explizite Rolle bei der Beschreibung regionaler Disparitäten in der beruflichen Bildung. Grund dafür ist einerseits, dass Probleme der beruflichen Integration in sehr unterschiedlichen Räumen auftreten und

¹³⁹ MENDIUS 2002: 22.

¹⁴⁰ Siehe dazu die Darstellung der Aktivitäten der Bundesregierung in den jährlichen Berufsbildungsberichten.

¹⁴¹ Vgl. SCHWARZ/STOOS 1973: 138; GANSER 1977: 812; DERENBACH 1979: 470; Ders. 1983: 271; Ders. 1984: 104; MICHEL 1984: 194.

vor allem in Ostdeutschland weitflächige Gebiete betrafen. Andererseits verweist die Forschung auf eine nicht hinreichend tief angelegte Beschäftigung mit dem ländlichen Raum. Der abstrakte Raumcharakter resultiert vor allem daraus, dass die deskriptive Beschreibung von Ausbildungsmärkten vorrangig anhand der Relation von Angebot und Nachfrage erfolgt. Es handelt sich in der Regel um eine Charakterisierung administrativ abgegrenzter Gebiete anhand weniger Merkmale.¹⁴² Mit dieser Methode können wirtschaftsstrukturell ganz unterschiedliche Regionen durch eine vergleichbare Ausbildungsmarktbilanz gekennzeichnet sein. Diese Methode ermöglicht eine systematische Beobachtung regionaler Disparitäten. Die dahinterstehenden Strukturen werden allerdings nicht sichtbar. Der folgende Abschnitt richtet daher am Beispiel Nordostdeutschlands mit Fokus auf den Landkreis Uckermark den Blick auf die regionalen Entwicklungslinien, welche die Ausbildungssituation prägen(t)en.

2.3.1 Entwicklungslinien ländlich-peripherer Räume in Nordostdeutschland und im Landkreis Uckermark

Der Landkreis Uckermark liegt im Nordosten Brandenburgs und gehört zur Planungsregion Barnim-Uckermark (vgl. Karte 1). Er wurde 1993 im Rahmen der Kreisgebietsreform aus der ehemaligen Kreisstadt Prenzlau, den Altkreisen Angermünde, Prenzlau, Templin und der ehemals kreisfreien Stadt Schwedt gebildet. Im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg ist die Region dem sogenannten weiteren Metropolenraum zugeordnet. In der zentralörtlichen Gliederung des Teilplanes der Planungsregion Barnim-Uckermark besitzt sie kein Oberzentrum, nur die Stadt Eberswalde im Barnim weist Teilfunktionen eines solchen auf. Die einst regional bedeutenden Landstädte haben heute die Funktion eines Mittelzentrums: Prenzlau, das seit 1993 Verwaltungssitz ist, Tem-

¹⁴² Erschwerend ist, dass die verschiedenen Untersuchungen durch die Verwendung unterschiedlicher Indikatoren kaum einen systematisch-zeitlichen Vergleich ermöglichen. Zudem beziehen sich die verwendeten wirtschaftsstrukturellen Merkmale nur auf wenige Indikatoren. DEGEN et al. (1977) verwiesen darauf, dass der Industriebesatz allein nicht aussagekräftig genug ist, es muss stärker nach verschiedenen Betriebstypen und Industriegruppen differenziert werden (DEGEN et al. 1977: 4). Bei der aktuellen Ausbildungsmarktypisierung des IAB wird zwischen ländlichen und städtischen Arbeitsagenturbezirken unterschieden. Da aber große Teile der neuen Länder als ländlich eingestuft werden, können daraus keine spezifischeren Informationen gewonnen werden (KLEINERT/KRUPPE 2012: 6 ff.).

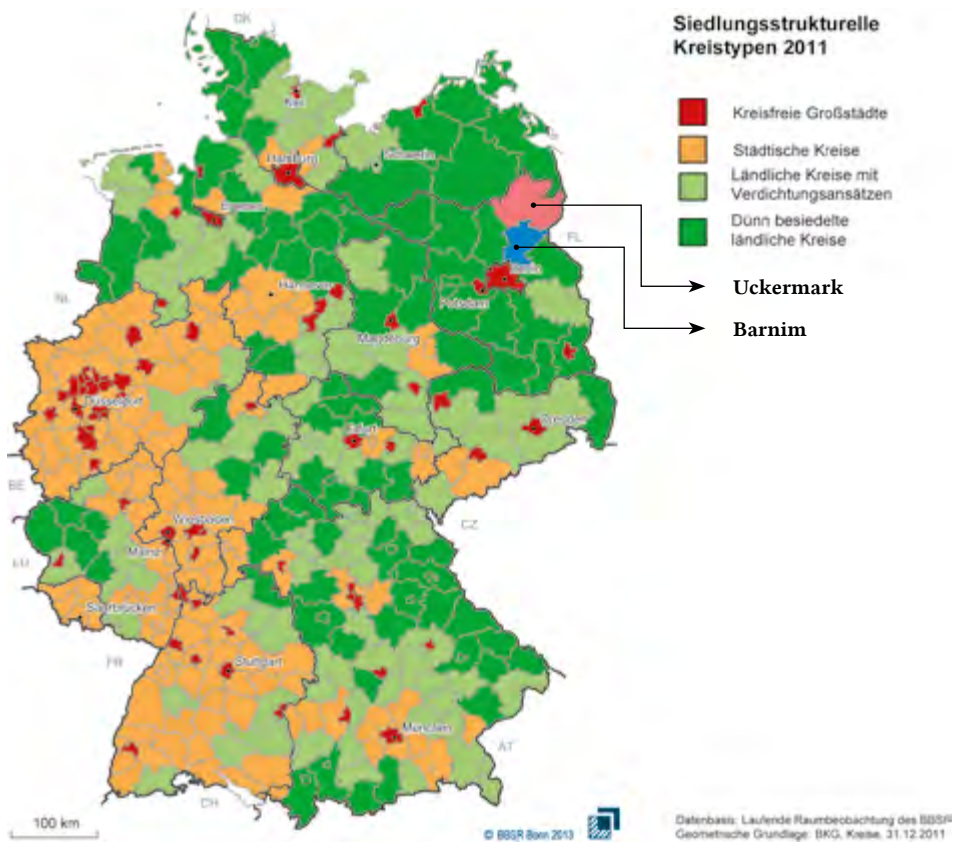
plin und Schwedt/Oder. Die ehemalige Kreisstadt Angermünde erhielt nur Teilfunktionen eines Mittelzentrums. Die meisten Landstädte wie Gartz, Lychen oder Joachimsthal sind als Grundzentren ausgewiesen.¹⁴³ Mit einer Fläche von 3.058 km² gehört die Uckermark zu einer der größten und zugleich mit 44 Einwohnern pro Quadratkilometer im Jahr 2008 am dünnsten besiedelten Regionen Deutschlands.¹⁴⁴ Nach der Typisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2011 sind dies Kreise, deren Groß- und Mittelstädte einen Bevölkerungsanteil von unter 50 % und außerhalb dieser eine Einwohnerdichte von unter 100 Einwohnern pro km² aufweisen.¹⁴⁵

¹⁴³ BEETZ et al. 2005a: 25.

¹⁴⁴ Das Land Brandenburg ist mit 86 Einwohnern pro Quadratkilometer fast doppelt so dicht besiedelt (REGIONOMICA 2009: 15). Zur Uckermark gehören die acht amtsfreien Gemeinden Uckerland, Nordwestuckermark, Prenzlau, Boitzenburger-Land, Lychen, Templin, Angermünde, Schwedt/Oder und 26 amtsangehörige Gemeinden.

¹⁴⁵ www.bbsr.bund.de/cIn_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/Regionstypen2011/regionstypen.html; www.bbsr.bund.de/cIn_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4__2011/kreistypen.html.

Karte 1: Siedlungsstrukturelle Kreistypen des BBSR 2011



Quelle: www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbearbeitung, Bezeichnung der Landkreise = eigene Ergänzung.

Mit der peripheren Lage wird in der Raumtypisierung des BBSR 2010 „die Nähe zu Konzentrationen von Bevölkerung, [...] Beschäftigungsmöglichkeiten und Versorgungseinrichtungen“ bezeichnet. Die Uckermark und mit ihr große Teile des nordostdeutschen Raumes zählen in dieser Typisierung zu den ländlichen, dünn besiedelten Regionen in sehr peripherer Lage.¹⁴⁶

Das heute noch dezentrale und kleinteilige Siedlungsbild geht zurück auf die slawische und seit dem 12. Jahrhundert die deutsche Besiedlung. Neben der großteilig verfassten Landwirtschaft entstanden ab dem 17. Jahrhundert durch die

¹⁴⁶ www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_alt.html.

merkantile Wirtschaftsförderung und preußische Ansiedlungspolitik gewerbliche Wirtschaftszweige und mehrere industrielle Kleinzentren, etwa die Glas-, Holz-, und Baustoffindustrie. Auch war die Region Erholungsort für den Adel und später das Bürgertum. Neben den ländlichen Siedlungsformen entstanden ab dem 17. Jahrhundert zahlreiche kleinere, ehemalige Ackerbürgerstädte.¹⁴⁷ Mit Gründung der DDR erfolgte 1952 eine Zuordnung von Teilen der nördlichen Uckermark mit den Kreisen Prenzlau, Strasburg und Templin zu dem neu geschaffenen Bezirk Neubrandenburg.¹⁴⁸

2.3.1.1 Entwicklungen nach 1990

Nach 1990 erfolgte in der Uckermark, wie in vielen anderen ostdeutschen Regionen auch, eine ausgeprägte Deindustrialisierung und Restrukturierung der Landwirtschaft. Sie setzten auf dem DDR-Erbe einer konzentrierten und teilweise wirtschaftsstrukturell einseitigen Entwicklung ausgewählter Klein-, Mittel- und Großstädte unter Vernachlässigung des umliegenden Raumes auf. Im Zuge der DDR-Industrialisierungspolitik des ländlichen Raumes entstanden in der Uckermark Zentren der (schwer-)industriellen Produktion. In Schwedt wurde eine Erdölraffinerie errichtet. Der Fahrzeug- und Maschinenbau spielte in Prenzlau und Angermünde eine wichtige Rolle. Templin war Sitz von Unternehmen der Bekleidungsindustrie. Daneben wurden auch die Kleinstädte als Industriestandorte entwickelt, wenngleich für viele die industrialisierte Landwirtschaft weiterhin eine wichtige ökonomische Basis bildete.¹⁴⁹ Die bis 1989 entstandenen Strukturen bildeten eine zum Teil verstärkende, zum Teil gegensätzlich wirkende Überlagerung des „historischen Erbes von 1945, mit Persistenzen einerseits und gezielten raumstrukturellen Beeinflussungen andererseits“. Die Raumpolitik für ländliche Gebiete kann bezeichnet werden als eine „konzentrierte Entwicklung [der Ausbauzentren] des ländlichen Raumes, ohne diesen als Ganzes zu entwickeln“¹⁵⁰.

¹⁴⁷ BEETZ et al. 2005a: 23 ff.; LANDGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN mbH 2005: 20.

¹⁴⁸ BEETZ 2006a: 7.

¹⁴⁹ HANNEMANN 2004: 61, 309; RIETDORF 1996: 306 ff.; GRUNDMANN 1997: 107 ff.; STRUBELT 1996: 20 ff.; KIND 1997: 36 ff.; KAPPAHN 1996: 220 ff.; BEETZ et al. 2005a: 39 ff.; GAYKO 1997: 278 f.; ZIEROLD 1997: 522.

¹⁵⁰ GRUNDMANN 1997: 121 f. (Zitat); STRUBELT 1996: 35 (Zitat), 37 ff.; KIND 1997: 45.

Als Standort von industriellen Monostrukturen hatte es die Region schwer, nach 1990 eine stärker diversifizierte Wirtschaft zu entwickeln. Die starke Erosion der wirtschaftlichen Basis von Städten und Dörfern nach 1990 basierte zudem auch auf dem Abbau von Verwaltungs- und militärischen Strukturen.¹⁵¹ Als Folge der Schließung zahlreicher Betriebe im produzierenden Gewerbe gingen die Beschäftigtenzahlen von 22.100 auf 15.800 bis Mitte der 1990er Jahre zurück. Der Dienstleistungs- und Handelsbereich blieb annähernd stabil. Zwischen 2000 und 2009 waren das Baugewerbe (-41,2%), die Land- und Forstwirtschaft/Fischerei (-28,2%), der Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie sonstige öffentliche und private Dienstleistungen (-22%) von einem starken Beschäftigungsabbau gekennzeichnet. Der Landkreis weist seit Jahren bundesweit die höchste Arbeitslosenrate auf, die erst 2008 erstmalig unter 20% fiel. Durch den angespannten Arbeitsmarkt weist die Region hohe Pendlerquoten von bis zu 95% in den Dörfern auf. Das produzierende Gewerbe bildet auch heute einen zentralen Pfeiler der regionalen Wirtschaft. Dazu gehört die Papierwirtschaft, die Mineralölverarbeitung, der Metall- und Maschinenbau sowie das Ernährungs- und Holzgewerbe. Weitere wichtige Branchen sind die Energie- und Landwirtschaft und der Tourismus.¹⁵² In der Region sind drei der 100 größten Arbeitgeber Brandenburgs angesiedelt: die PCK Raffinerie GmbH (Schwedt), die Papierfabrik LEIPA Georg Leinefelder GmbH (Schwedt) und die Uckermärker Milch GmbH & Co. KG (Prenzlau). Die Mehrzahl der Großbetriebe sind Tochtergesellschaften von internationalen Konzernen. Das trifft auch für eine Reihe mittelgroßer Betriebe zu, etwa die AWP Gas- und Wasserarmaturen oder Perrin Kugelhähne.

In der Region gibt es nur wenige unternehmensbezogene oder überregionale Dienstleistungen. Die Struktur ist insgesamt sehr kleinteilig. Circa 60% der Betriebe haben unter 50 Beschäftigte. Der Anstieg von Betriebsgründungen seit den 2000er Jahren geht im Handwerk mehrheitlich auf die Gründung von Kleinstunternehmen zurück. Die in ganz Ostdeutschland beobachtbaren geringen überregionalen Umsätze und die hohe Eigenkapitalschwäche der Betriebe sind in der Uckermark besonders ausgeprägt. Den Auslandsumsatz erwirtschaften maßgeblich wenige Großbetriebe, während die KMU's vorwiegend auf den regionalen

¹⁵¹ HANNEMANN 2004: 83 ff.

¹⁵² REGIONOMICA 2009: 33; BEETZ et al. 2005a: 44; BEETZ/NEU 2008: 59; LANDGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN 2005.

Markt orientiert und die haushaltsbezogenen Dienstleistungen von der geringen regionalen Kaufkraft betroffen sind. Nach einer Studie, zitiert von der Märkischen Oderzeitung, arbeiteten im Jahr 2013 etwa 16.000 Menschen in der Uckermark für einen Niedriglohn. Eine Ausnahme von der schwierigen Wirtschaftssituation sind die sich gut entwickelnden Gesundheits- und Pflegedienstleistungen.¹⁵³ Die mit dem EU-Beitritt von Polen verbundenen Erwartungen neuer Entwicklungsimpulse für die Region haben sich bisher nur begrenzt erfüllt. Eine teilweise befürchtete „Massenwanderung“ aus Osteuropa fand nicht statt.

Seit den 2000er Jahren wurde die Uckermark zunehmend bekannt als Standort für alternative Lebens- und Arbeitsformen oder als zweiter Wohnsitz für Berliner. Neben zahlreichen regionalpolitischen Programmen, wie Leader Plus, Lernende Regionen oder die Ansiedlung einer Außenstelle der Fachhochschule Eberswalde, gibt es auch eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Initiativen. Dazu gehört zum Beispiel der Verein „Zuhause in Brandenburg e.V.“, der sich um die Rückkehr ehemaliger Uckermärker bemüht. Die Region verzeichnet seit 2005 eine positive Entwicklung des Bruttoinlandproduktes. Das geht im Wesentlichen auf die Stadt Schwedt als industrielles Zentrum mit überregionaler Bedeutung zurück.¹⁵⁴ Mit dem Kurswechsel der brandenburgischen Wirtschaftsförderung im Jahr 2005 – von der überwiegenden Förderung nach dem sogenannten „Gießkannenprinzip“ hin zu einer räumlich und sektoral konzentrierten Förderstrategie – wurde die Stadt als Regionaler Wachstumskern ausgewiesen. Zusätzlich wurden auch Branchenkompetenzfelder festgelegt, in die mehrere Wirtschaftsbereiche der Uckermark fallen.¹⁵⁵ Ein weiteres gewerbliches Zentrum ist die Stadt Prenzlau, in der sich in den letzten Jahren der Bereich erneuerbare Energien angesiedelt hat, etwa das Unternehmen Enertrag. Insbesondere Templin kommt eine hohe touristische Bedeutung zu. Allerdings steht die Region in starker Konkurrenz zu Touristengebieten wie der Mecklenburgischen Seenplatte und der Ostseeküste. Mit Ausnahme von Schwedt konnten jedoch die grö-

¹⁵³ www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/uckermark/artikel9/dg/0/1/1173214/; REGIONOMICA 2009: 37 ff.; BEETZ/NEU 2008: 57 f.; BEETZ et al. 2005a: 44 ff.

¹⁵⁴ BEETZ et al. 2005a: 39 ff.; BEETZ/NEU 2008: 58 f.; BEETZ et al. 2008: 298 ff.; REGIONOMICA 2009: 25 ff.; www.uckermark.de.

¹⁵⁵ Dazu gehören: die Energiewirtschaft/-technologie, Ernährungswirtschaft, Metallerzeugung/ Metallbe- und -verarbeitung/ Mechatronik / Holzverarbeitende Wirtschaft, Kunststoff/Chemie, Logistik, Mineralölwirtschaft/Biokraftstoffe und die Papierwirtschaft (REGIONOMICA 2009: 57 ff.).

ßeren Städte wie Prenzlau oder Angermünde „ihre historisch frühe Position als Handelszentren kaum ausbauen“¹⁵⁶. Der vor allem durch HANNEMANN aufgearbeitete Transformationsprozess der Kleinstädte brachte vielfältige Funktionsverluste mit sich. Sie gründen neben den Deindustrialisierungsprozessen in der oft einseitigen Entwicklung als Sitz eines Unternehmens, als Militär- oder Verwaltungsstandort. Einschneidend war der Verlust der zentralörtlichen Funktionen, etwa als Standorte von Bildungseinrichtungen und der Verwaltung wie in Angermünde. Zudem erodierte die Funktion als Versorgungszentrum für das Umland infolge der Errichtung von Großkaufcentern, des Strukturwandels in der Landwirtschaft und der überregionalen Abwanderung.¹⁵⁷

Auch die Überführung der sozialistischen Landwirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung brachte für die ländlichen Räume starke Umbrüche mit sich. BEETZ et al. (2008) sehen die Entwicklung im nordostdeutschen Raum weniger durch einen Strukturabbau, denn einen Strukturwandel gekennzeichnet, nicht zuletzt gestützt durch die EU-Fördersysteme.¹⁵⁸ In der Uckermark wurden nach 1990, wie in den anderen Regionen auch, die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in Agrargenossenschaften, GmbHs oder in einzelbäuerliche Betriebe umgewandelt. Die Übernahme erfolgte vielfach durch niedersächsische und niederländische Unternehmer oder ehemalige Gutseigentümer. Heute werden circa 65 % der Landkreisfläche landwirtschaftlich genutzt, mit Schwerpunkt im Norden und Nordosten. Im Jahr 2007 gab es 574 Landwirtschaftsbetriebe, davon 11 % im ökologischen Landbau. Mit 8,1 % Beschäftigten liegt die Uckermark über dem brandenburgischen Durchschnitt von 3,9 %. Der Sektor bildet einen ökonomisch tragfähigen Zweig. Er hat jedoch nur noch eine geringe Bedeutung für das Beschäftigungssystem und das soziale Leben. Dörfer, in denen landwirtschaftliche Betriebe geschlossen wurden, verloren 80 % bis 100 % ihrer Arbeitsplätze. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil von Landwirtschaftsbetrieben mit über 100 Hektar, die als besonders „wettbewerbsfähig gelten“.¹⁵⁹ Des Weiteren ist die Landnutzung zunehmend auch durch

¹⁵⁶ BEETZ et al. 2005a: 24, 46 (Zitat).

¹⁵⁷ HANNEMANN 2004: 49 ff., 308 ff.; DEHNE/HANNEMANN 2007: 169.

¹⁵⁸ BEETZ et al. 2008: 295.

¹⁵⁹ www.uckermark.de; REGIONOMICA 2009: 37 ff.; BEETZ et al. 2005a: 39 ff.; BEETZ et al. 2008: 298 ff.; BANDELIN et al. 1996: 107.

den Naturschutz geprägt. In der Uckermark gibt es 62 Naturschutz- und acht Landschaftsschutzgebiete.¹⁶⁰

Die geringen Wertschöpfungsketten und Beschäftigungseffekte der Landwirtschaft sind nach WILLISCH (2008) aus einem Entwicklungspfad heraus zu verstehen, bei welchem der nordostdeutsche Raum über Jahrhunderte entscheidend von den großen Landwirtschaftsbetrieben bestimmt wurde: von der feudalen Gutsherrschaft, ab 1850 zunehmend durch kapitalistisch organisierte Gutsbetriebe, schließlich durch sozialistische Unternehmen und aktuell durch global vernetzte Agrarbetriebe.¹⁶¹ Nach der Wende lag die Größe der Agrarbetriebe um mehr als das sechsfache höher als in den alten Bundesländern.¹⁶² Unrentable Bereiche wie der Straßenbau, Eigenproduktion von Maschinen oder Lagerkapazitäten wurden abgestoßen. Die wertschöpfenden vor- und nachgelagerten Produktionsbereiche wie Zulieferer für Maschinen und Saatgut und global agierende Lebensmittelkonzerne befinden sich nicht vor Ort. Auch die Weiterverarbeitung und Vermarktung der Agrarprodukte erfolgen außerhalb. Die Versorgung mit Produkten und die Kinderbetreuung fielen nun dem Konsumentenmarkt oder der öffentlichen Hand zu. Für die „Transformation [...] brauchte am Kern der Produktion innerbetrieblich faktisch nichts aufgebaut, sondern nur Überflüssiges abgebaut zu werden.“ Die sozialen und infrastrukturellen Folgen müssen von den Gemeinden bearbeitet werden, die damit oft überfordert oder „systematisch unterlegen sind“¹⁶³. LAND und WILLISCH (2002) bezeichnet dies als Entbettung eines Teils des ländlichen Raumgefüges. Der wirtschaftlich verwertbare Teil, die Felder, werden heute so intensiv genutzt wie niemals zuvor. Die Arbeitskraft der Menschen in den umliegenden Siedlungen wird kaum mehr gebraucht.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Zum Beispiel das Untere Odertal oder das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (REGIONOMICA 2009: 28 f.).

¹⁶¹ BAUER und MATIS sprechen von einem bürgerlichen Weg im südwestdeutschen, ländlichen Raum. Hier bildete sich die Bauernwirtschaft stärker über die Transformation familiärer Betriebskonstruktionen mit differenzierten Betriebsformen heraus (WILLISCH 2008: 582).

¹⁶² LAND/WILLISCH 2002: 100 (Zitat); PLIENINGER et al. 2006: 26.

¹⁶³ LAND/WILLISCH 2002: 101 f. (Zitat); HAUSS et al. 2006: 33 f.; PLIENINGER et al. 2006: 25 ff.; HAGEDORN et al. 1997: 360 f.; ZIEROLD 1997: 549.

¹⁶⁴ LAND/WILLISCH 2002: 104 f. In diesen Räumen sind auch alternative Modelle wie der ökologische Landbau beobachtbar, die aber nicht den dominanten Trend konterkarieren können (vgl. PLIENINGER et al. 2006: 30). Für die Prignitz vgl. WILLISCH (2008: 578 ff.).

Auf den Widerspruch zwischen dem Bild von Regionen wie der Uckermark als strukturschwache Region und einer intensiven Landnutzung verweisen auch die Analysen der Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Sie zeigten auf, dass entgegen der „vermeintlichen Leere“ im nordostdeutschen Raum ein überraschend prosperierender Landnutzungssektor existiert: von der Ausweisung für Militär-, Ver- und Entsorgungsfunktionen, über Erholungsgebiete bis hin zur Bereitstellung öffentlicher Güter wie Luft, Energie und Wasser. Dadurch gibt es aktuell starke Nutzungskonkurrenzen. Es sind neue Konflikte zwischen produktiven und konsumtiven Landnutzungsformen beobachtbar: Windenergie gegenüber landschaftlicher Schönheit oder industrielle Tierhaltung gegenüber Ansprüchen der Tourismusanbieter. Oftmals profitieren die ländlichen Räume nur in geringem Maße davon, weil die Wertschöpfung außerhalb stattfindet oder weil bestimmte Nutzungen wie Erholung und die Bereitstellung von Kollektivgütern nicht als gesellschaftliche Wertschöpfung erfasst werden. Die Erzeugung und Bereitstellung von Nahrung und Lebensqualität, „die von einer zunehmend wohlhabenden, städtischen Mittelklasse nachgefragt werden“, hat eine intensive Landnutzung zur Voraussetzung. Diese wird aber nur gering vergütet.¹⁶⁵ Treffender ist es, von einer Parallelität von sozialen Problemen, demografischen und ökonomischen Schrumpfungsprozessen auf der einen und einem vitalen Landnutzungssektor auf der anderen Seite zu sprechen.

Eine einschneidende Folge des Strukturwandels nach 1990 waren schließlich auch die ausgeprägten Bevölkerungsrückgänge. Die Uckermark verlor bereits zwischen 1971 und 1981 15 % ihrer Bevölkerung. Die Verluste Anfang der 1990er Jahre resultierten vor allem aus den Abwanderungen. Mitte der 1990er Jahre kamen der Geburtenrückgang und seit Anfang der 2000er Jahre wieder Wanderungsverluste zum Tragen. Vor allem der agrarisch geprägte Norden und die beiden Städte Prenzlau und Schwedt/Oder weisen hohe Rückgänge von teilweise über 20 % auf. Etwa vier Fünftel der Abwanderungen führten in die alten Bundesländer, insbesondere in der Gruppe der 18–25-jährigen.¹⁶⁶

¹⁶⁵ TOVEY 2001: 5 (Zitat); BEETZ 2008: 11 f.; BEETZ et al. 2008: 301; vgl. auch STEINMETZ 1993: 110; STIENS 1997: 25; SCHÖN 1997: 35.

¹⁶⁶ BEETZ et al. 2005a: 29 ff.; LANDEGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN mbH 2005: 17.

2.3.2 Ländlich-periphere Ausbildungsmärkte in der Berufsbildungsforschung und in den Raumwissenschaften

Welche Zusammenhänge zwischen der Ausbildungsmarktsituation und dem nordostdeutschen Entwicklungspfad lassen sich herstellen? Was kennzeichnet ländlich-periphere Ausbildungsmärkte? Die aktuellen Disparitätenanalysen verweisen in der Regel auf unterschiedliche regionale Branchenstrukturen. Regionen mit einer prekären Ausbildungsplatzlage zeichnen sich durch einen unterdurchschnittlichen Besatz an ausbildungsintensiven Wirtschaftszweigen, wie industrielle Branchen, durch eine geringe Ausbildungsdichte und ein eingeschränkteres Ausbildungsspektrum aus, etwa durch den Mangel an Ausbildungsstrukturen im tertiären Bereich.¹⁶⁷ Das entspricht den Befunden wirtschaftsgeographischer Ansätze, die auf die Bedeutungszunahme der Zentren im Zuge des wissensökonomisch basierten Strukturwandels im globalen Wettbewerb rekurrieren. In deren zentraler theoretischer Basis, dem Konzept der Agglomerationsvorteile¹⁶⁸, aktualisiert sich ein deutlicher Stadt-Land-Gegensatz. Ländlich-periphere Räume wie die Uckermark sind hier im Bezug auf harte und weiche Standortfaktoren den Städten und dem ballungsnahen ländlichen Raum „unterlegen“. Ihnen fehlt die ökonomische Infrastruktur als auch die „urbanen“ Eigenschaften, um attraktiv als Standort für Dienstleistungs- und Wissensökonomien zu sein. Auch sind die neuen Ökonomien eher überregional, zwischen Städten miteinander verbunden. Verflechtungen mit dem weiteren „Hinterland“ verlieren an Bedeutung.¹⁶⁹

Ein zweiter Bezugspunkt ist die Ausbildung regionaler Disparitäten durch postfordistische Produktionsweisen transnationaler Unternehmen: einer internationalen Arbeitsteilung, die auf die Nutzung der jeweiligen Kosten- und Rationalisierungsvorteile von Standorten zielt. Das führt zu einer räumlichen Neugliederung des Wertschöpfungsprozesses. Hierbei konzentrieren sich in den Peripherien, als verlängerte Werkbänke, Produktionen mit niedrig qualifizierter Beschäftigung und geringer Wertschöpfung.¹⁷⁰ Der ländlich-periphere Raum ist hierbei

¹⁶⁷ WIETHÖLTER et al. 2007: 11 f.; KLEINERT/KRUPPE 2012: 6 ff.; HEINECK et al. 2011; ULRICH et al. 2007.

¹⁶⁸ Es basiert im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung auf der Beobachtung einer räumlichen Konzentration kreativer, wissensbasierter Dienstleistungswirtschaften und forschungsintensiven Industrien in Großstadregionen (ARL (Hg.) 2007: 1 f.; BÜRKNER 2004: 546 f.; KUJATH 2008: 188 ff.; HÄFNER et al. 1993: 5; KUJATH/SCHMIDT 2007a: 20).

¹⁶⁹ HEEG 2001: 15, 45 f. (Zitat); BÜRKNER 2004: 547.

¹⁷⁰ HEINTEL 1998: 18 f.; NOVY et al. 1999: 20 ff.; HEEG 2001: 51 ff.; BÜRKNER 2004: 546 f.

entweder „attraktiv“ für die industrielle Massenproduktion mit geringer Wertschöpfung, insofern sich Standortvorteile aus niedrigen Arbeitskosten oder der Verfügbarkeit von günstigen Flächen ergeben. Oder er ist aufgrund des globalen Wettbewerbs nicht einmal mehr attraktiv für diese Produktionen. Diese sind, als eine innere Hierarchisierung von Peripherien, weiter nach Osteuropa oder Asien gewandert.¹⁷¹ In der Uckermark sind solche Entwicklungen beispielsweise an der Geschichte des Solarmodulunternehmens Aleo Solar zu beobachten. Der Anfang der 2000er Jahre in Prenzlau neu angesiedelte Produktionsbetrieb mit Hauptsitz in Oldenburg wurde 2014 im Zuge einer zunehmenden Konkurrenz aus Asien stillgelegt. Für 50 bis 150 der ehemals 540 Mitarbeiter besteht die Aussicht, unter dem neuen Besitzer, einem asiatischen Konsortium, Beschäftigung zu finden.¹⁷²

Die stärker aus einer Zentrum-Peripherie-Perspektive erfolgende Analyse des nordostdeutschen Entwicklungspfades in der Landnutzung durch die Land- und Agrarsoziologie relativiert das Bild ländlich-peripherer Räume als rückständig und strukturschwach. Es ist paradoxerweise gerade der Erfolg der prosperierenden Landwirtschaft und -nutzung, auf den der „ökonomische Funktionsverlust der Gemeinden“ und der sozial-kulturelle Niedergang der Regionen zurückgehen. Die Krisen der ländlichen Regionen sind nicht „Ausdruck eines Modernisierungsrückstandes, sondern Folge von Modernisierungen“¹⁷³. Der Verweis auf die Bedeutung des historischen Entwicklungspfades soll dabei keine sich automatisch entfaltende Pfadlogik behaupten. Schließlich war die Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie vor und nach 1990 auch ein politisch gestalteter Prozess.

Wichtige Hinweise für eine Differenzierung kommen aus der Raumforschung zu Ostdeutschland. Für die (ländliche) Raumentwicklung kommt in den neuen Bundesländern nach BÜRKNER (2006) ein umgekehrtes Muster der Raumentwicklung zum Tragen: die Regionalentwicklung bestimmt die Stadtentwicklung. Das heißt, negative Dynamiken gehen oftmals nicht entscheidend auf die Krise von Städten zurück. Vielmehr schlagen sich die regionalen Wirtschaftskrisen im Zusammenspiel mit den Transformationsfolgen auch in den Städten nieder. Die

¹⁷¹ STIENS 1997: 1; HEINTEL 1998: 18.

¹⁷² www.nwzonline.de/wirtschaft/produktion-bei-aleo-solar-eingestellt_a_14,6,3027979945.html.

¹⁷³ LAND/WILLISCH 2002: 103 f. (Zitat); vgl. auch LASCHEWSKI/SIEBERT 2001: 31; TOVEY 2001: 7 ff.

Kopplung, in der die Städte regionale Ausstrahlungseffekte entfalteten – während deren Umland wiederum Funktionen für die Städte übernahm, die nicht im urbanen Rahmen erbracht werden konnten, – ist nur noch teilweise beobachtbar. Viele Branchen, in denen eine Reindustrialisierung gelang, können nur begrenzt Motorenfunktion für eine selbsttragende regionale Entwicklung entfalten. In Brandenburg bildeten sich abhängige Produktionsstrukturen in Form von Zweigbetrieben in arbeitsintensiven Fertigungsbereichen aus. Andererseits sind auch stärker technologiebasierte Branchen und erfolgreich privatisierte Industriekombinate und Clusterpolitiken in technologie- und wissensintensiven Branchen durch eine geringe regionale Verflechtung gekennzeichnet.¹⁷⁴ Auch die Klein- und Mittelstadtforschung verweist auf die Schwächung der Zentren in Ostdeutschland als Folge einer Überlagerung von sozioökonomischen, demografischen und infrastrukturellen Schrumpfungsprozessen. So reduzierten sich im Vergleich zu den alten Bundesländern nach 1990 dynamische Entwicklungen auf wenige größere Zentren wie Leipzig oder die thüringische Städteachse.¹⁷⁵

2.3.3 Zur Differenzierung zwischen ländlichen und ländlich-peripheren Ausbildungsmärkten

In den angeführten wirtschafts- und sozialgeographischen Zugängen liegen wichtige Ansätze für das Verständnis regionaler Disparitäten im Ausbildungsbe- reich. Die Ergebnisse zu regionalen Disparitäten werden von der Berufsbildungs- forschung allerdings nur selten eingebettet in ländliche Entwicklungspfade oder Peripherisierungsprozesse. Anknüpfend an die bisherigen Befunde wird daher im Folgenden eine analytische Unterscheidung zwischen „ländlichen Ausbil- dungsmärkten“ in einem siedlungsstrukturellen Zusammenhang und ländlichen Ausbildungsmärkten in spezifischen regionalen (peripheren) Kontexten getroffen. Diese lehnt sich an eine Mobilitätstypik von BEETZ (2009a) an. Er differenziert zwischen einer ostdeutschen und einer peripheren Typik in den neuen Ländern.¹⁷⁶

¹⁷⁴ BÜRKNER 2006: 245 ff.

¹⁷⁵ Vgl. zum Beispiel KEIM 2001: 11 ff.; BÜRKNER 2004: 547; BÜRKNER et al. 2005: 3; KÜHN/FISCHER 2010: 53 ff.; GLOCK 2006: 36 f.; DEHNE/HANNEMANN 2007: 17 f.

¹⁷⁶ Die ostdeutsche Typik der Abwanderungen ist Folge des Arbeitsplatzabbaus durch Deindustrialisierung und Rationalisierung. Hierbei traf die steigende Zahl von Jugendlichen in den 1990er Jahren auf einen, durch die Elterngeneration „blockierten“ Arbeitsmarkt. Die periphere Typik zeichnet sich durch eine äußerst geringe Zu- und Rückwanderung aus. Im Ausbildungskontext zeigte sich dies an einer geringeren Rückkehrwahrscheinlichkeit, je weiter sich ost-

„Ländliche Ausbildungsmärkte“ in einem siedlungsstrukturellen Kontext sind „klassisch ländlich“ geprägte Ausbildungsmärkte. Sie bezeichnen eine geringere Betriebs-, Arbeitsplatz und Ausbildungsdichte als in den Klein- und Mittelstädten. Auf dem regionalen Ausbildungsmarkt gibt es daher neben Fernwanderungen eine höhere intraregionale Mobilität hin zu den regionalen Ausbildungszentren, den größeren Städten in der Umgebung. Sie folgt einer generellen Zentralitätshierarchie. Dies wird teilweise von der Regionalpolitik gesteuert, zum Beispiel durch die Ausweisung von Gewerbegebieten oder die Ansiedlung von öffentlichen Einrichtungen. Dadurch konzentrieren sich Ausbildungskapazitäten in Orten höherer Zentralität. Klassische „ländliche Ausbildungsmärkte“ zeichnen sich durch einen regionalen Verflechtungszusammenhang zwischen dem ländlichen Raum und seinen Zentren aus. Die Verflechtungen betreffen Mobilitätsmöglichkeiten in diesen Räumen, aber auch berufsbiographische Verortungen der Jugendlichen. Insofern kann hier von einer „klassischen ländlichen Mobilitätstradition“ gesprochen werden. Diese ist in Anlehnung an die Typik von BEETZ von Mobilitätsmustern in peripheren, strukturschwachen Regionen zu unterscheiden.

Der Verflechtungszusammenhang eines regionalen Ausbildungsmarktes ist in peripheren Regionen (Nordostdeutschlands) deutlich schwächer ausgeprägt. Die klassische „ländliche“ Typik wird hier überformt von auch historisch weit zurückreichenden Peripherisierungsprozessen ländlicher Regionen in einem ostdeutschen Transformationskontext. Die Gutsherrschaft und der begrenzte Anschluss an die Industrialisierung blockierte die Ausbildung regional diversifizierter Strukturen. Eingeschränkt wurde etwa die Entwicklung des Handwerks, das bis heute ein zentraler Träger betrieblicher Ausbildung ist. Verstärkt wurde dieser Pfad mit der Marginalisierung der Handwerksbetriebe in der DDR. Der Anteil der Lehrlinge sank von 80 % im Jahr 1959 auf 3 % im Jahr 1989. Durch die Konzentration der Ausbildung in den Industriekombinaten wurde das Handwerk „der Möglichkeit beraubt, beruflichen Nachwuchs zu gewinnen“. Zudem wurden auch die Großbetriebe „der Notwendigkeit enthoben, eigenständige Strategien und Instrumente der Rekrutierung [...] und Qualifizierung von Nachwuchs zu entwickeln“, da die

deutsche Jugendliche für eine Ausbildung von ihrem Heimatkreis entfernten. Diese Ausprägungen sind zu unterscheiden von einer „langen Tradition der Abwanderung im Jugendalter“ in ländlichen Räumen in größere Städte in der Nähe oder überregional, aber auch mit Rückwanderungen in späteren Lebensphasen (BEETZ 2009a: 139 ff.; vgl. auch STEINER et al. 2004: 4 und BMBF 2003: 74).

Fachkräfteausbildung eine zentralistisch geplante Aufgabe war.¹⁷⁷ Die Blockierung einer eigenständigen, betrieblichen Ausbildungskultur und deren sektorale Konzentration in der DDR gelten als eine strukturelle Ursache der Ausbildungsproblematik in Ostdeutschland. Hier konnte sich bisher keine, den alten Bundesländern vergleichbare Struktur entwickeln.¹⁷⁸

Transformation und Strukturwandel nach 1990 führten zu einer Erosion des Verflechtungszusammenhanges zwischen dem ländlichem Raum und seinen Zentren. Die schwierige Ausbildungsplatzsituation resultiert(e) in der Überlagerung zahlreicher, ungünstiger Entwicklungen nach der Wende. Mit dem Abbau der Industrie in den Städten und der Landwirtschaft in den Dörfern gingen zentrale Ausbildungsträger verloren. Die geringere Ausbildungsdichte hängt also nicht nur mit siedlungsstrukturellen Merkmalen zusammen, sondern auch mit dem Verlust lokaler Kreisläufe durch Rationalisierung und Globalisierung. Das zeigt sich zum Beispiel im Niedergang des Einzelhandels, der Filialisierung von Unternehmen oder der Ausbildung überregionaler Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft.¹⁷⁹ Hinzu kam der Verlust zentralörtlicher Funktionen vieler Klein- und Mittelstädte durch die regionale Konzentration von Ausbildungsträgern, wie etwa den öffentlichen Einrichtungen. Die geringe Ausprägung lokaler Wertschöpfungsketten bringt zudem ein weniger diversifiziertes Ausbildungs- und Arbeitsplatzspektrum mit sich.

¹⁷⁷ Das Ausbildungssystem der DDR basierte auf einem planwirtschaftlichen, expliziten industrietypischen Ansatz mit einer engen Verbindung von schulischer und betrieblicher Ausbildung. In Verbindung mit dem Wandel der Eigentumsverhältnisse und der Industrialisierungspolitik wurde dieser durch eine ausgeprägte Verlagerung der Ausbildung vom Handwerk zur Industrie umgesetzt. Es erfolgte eine Konzentration der Berufsausbildung in den Industriekombinaten, die nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für andere Betriebe ausbildeten (PÄTZOLD 1994: 110 (Zitat); BURKHARDT 1992: 32 f.; AUTSCH et al. 1991; SCHÄFER 1998: 11; GRÜNERT/WIEKERT 2005: 124 ff.).

¹⁷⁸ Der Anteil kontinuierlich ausbildender Betriebe betrug zwischen 1999 und 2007 5%, in den alten Bundesländern 10%. Auch der Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe ist mit 11% in Ostdeutschland niedriger. Zwar hat sich die Beteiligung bei den großen und mittelständischen Betrieben verbessert, 83% aller Ausbildungsplatzverluste gingen jedoch auf Kleinbetriebe zurück (GRÜNERT/WIEKERT 2005: 126 f.; TROLTSCH et al. 2005: 78 ff.; TROLTSCH et al. 2009: 4 ff.).

¹⁷⁹ Vgl. DAHMS et al. 2001: 19. Die Forschung in den 1970er und 1980er Jahren griff diese Aspekte auf, indem sie der Wirtschaftsförderung eine zentrale Rolle für die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in strukturschwachen, ländlichen Räumen zusprach. Zu den Forderungen gehörten etwa Maßnahmen zur Verbreitung der Qualifikationsbasis durch eine Abkehr von der vorherrschenden innovationsarmen Massengüterindustrie mit geringer Arbeitsplatzsicherheit (BEIDERWIEDEN et al. 1982: 107 ff.).

Diese Prozesse überlagern das Muster „klassischer ländlicher Ausbildungsmärkte“ in den nordostdeutschen Regionen. Die ländlich-periphere Typik bezeichnet eine regionale Konstellation aus hohem (betrieblichen) Ausbildungsplatzmangel, der gleichzeitig zu einem Fachkräftemangel bestehen kann, einem begrenzten Ausbildungsspektrum und prekären Arbeitsmarkt. Die jeweils spezifische Rationalisierung der „ländlichen Ökonomien“ vom 18. bis ins 21. Jahrhundert und die, nach der Wende einsetzende, krisenhafte Entwicklung vieler Klein- und Mittelstädte führten zu einer Schwächung der Verflechtung zwischen dem ländlichen Raum und seinen Zentren. Für den Ausbildungsmarkt hatte und hat das zur Folge, dass viele Klein- und Mittelstädte nur begrenzt als regionale „Ausbildungszentren“ fungieren können. Verstärkt wird dies durch eine geographisch periphere Lage zu strukturstärkeren Ausbildungszentren. Das heißt, die Zentralitätshierarchie vergrößerte sich hin zu Ausbildungszentren in den alten Bundesländern. Kennzeichnend für ländlich-peripher geprägte Ausbildungsmärkte sind daher eine deutlich höhere überregionale Mobilität, hohe Abwanderungsraten und geringe Rückkehrquoten. Demgegenüber sind „klassische ländliche Ausbildungsmärkte“ stärker intraregional integriert. Die Klein- und Mittelstädte fungieren in höherem Maße als Ausbildungszentren für ihr Umland. Das bildet einen typischen intraregionalen Stadt-Land-Unterschied in den Ausbildungsstrukturen ab. Berufsbiographisch verweist BEETZ (2009a) auch auf das Erleben der negativen Folgen von Transformation und Peripherisierungsprozessen. Dies führte bei den Jugendlichen zu starken Verunsicherungen über die berufliche Zukunft in der Region und überlagerte die traditionellen, ländlichen Abwanderungsmotive.¹⁸⁰

Mit dem Einsetzen des Bevölkerungsrückgangs veränderten sich (teilweise) die Ausbildungssituation und deren Wahrnehmung. Die Diskussion von Entwicklungsoptionen ländlich-peripherer Räume (in Ostdeutschland) wird aktuell sehr stark durch den demografischen Diskurs geprägt. Mit den steigenden Besetzungsschwierigkeiten von Ausbildungsplätzen ab circa Mitte der 2000er Jahre verlagert sich die Problemperspektive zunehmend auf die betriebliche Nachwuchskräftegewinnung in Ostdeutschland. Dabei verstärkt die in der Öffentlichkeit dominierende Verortung von Problemen beruflicher Bildung in der demografischen Entwicklung die aktuelle Wahrnehmung von ländlichen Räumen als

¹⁸⁰ BEETZ 2009a.

„Problemregionen“. Die aktuellen Analysen zeigen eine differenzierte Situation auch zwischen ländlich-peripheren Regionen auf. Gebiete mit einem die Nachfrage übersteigenden Angebot stehen neben Räumen mit einem Mangel an Ausbildungsstellen und gleichzeitigen Besetzungsproblemen.

Ein Teil der öffentlichen Diskussionen neigt dazu, auszublenken, dass die demografische Entwicklung nicht die Ursache eines (möglichen) Fachkräftemangels ist, sondern selbst Folge von Krisen in den ländlich-peripheren Regionen. So stehen zum Beispiel die Übergangsprobleme von „benachteiligten“ Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Bildungssystem und sozioökonomischen Problemen (nicht nur) in diesen Räumen. Allerdings sind spezifische Zusammenhänge zwischen aktuellen ländlichen Vergesellschaftungspfaden und den steigenden Integrationsproblemen Jugendlicher in eine Ausbildung weitestgehend unerforscht. Dazu gehört etwa die Frage, ob die Berufswünsche junger Menschen zunehmend medial geprägt werden und weniger mit den beruflichen Strukturen und Möglichkeiten vor Ort zum Beispiel im Handwerk verbunden sind. Dafür spräche die von HAUSS u. a. formulierte Beobachtung der Erosion ländlicher Institutionen als Vermittler zwischen ländlichen Lebensformen und neuen Entwicklungen.¹⁸¹ Aus dieser Perspektive sind teilweise Demographisierungen erkennbar, insofern Entwicklungen von Ausbildungsmärkten nicht hinreichend auf Strukturprobleme ländlicher Regionen bezogen werden.

Im Gegensatz zur Auseinandersetzung mit Entwicklungsoptionen ländlicher Räume ist die berufliche Bildungsdebatte allerdings nicht durch einen propagierten Mangel an Steuerungsmöglichkeiten gekennzeichnet. Auch bei dem von der Forschung und Politik formulierten Handlungsbedarf sind in Teilbereichen keine Demographisierungen erkennbar. Deutlich wurde, dass rückläufige Schülerzahlen zwar Probleme und Entwicklungen in der beruflichen Bildung verstärken oder beeinflussen. Die demografische Entwicklung selbst aber erzeugt hier, mit Ausnahme der Infrastrukturgestaltung, kaum neue Themen, weil diese in strukturellen Entwicklungen von Gesellschaft und Wirtschaft gründen.

¹⁸¹ HAUSS et al. 2006.

2.4 Ausblick: Ausbildungsmärkte und Infrastrukturgestaltung in ländlichen Regionen

Der Forschungsstand zur Ausbildungssituation in ländlich-peripheren Räumen ist defizitär und sehr disparat. Die Literatur verweist auf eindeutige Zusammenhänge zwischen Siedlungsstrukturen und Ausbildungsplatzangebot. Allerdings gibt es kaum Befunde zu Merkmalen von Ausbildungsmärkten im Kontext sozio-ökonomischer ländlicher Entwicklungspfade. Daher galt es, Ansätze aus verschiedenen Quellen zu integrieren. Die Verknüpfung von wirtschaftsgeographischen, sozialhistorischen und gesellschaftspolitischen (Diskurs-)Analysen ermöglichte eine tiefergehende Charakterisierung der Situation in ländlich-peripheren Räumen. Hervorzuheben ist zudem die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf die Ausbildungsmärkte.

Welche Hinweise und Schlussfolgerungen für die Untersuchung berufsschulischer Infrastrukturen in ländlich-peripheren Räumen ergeben sich aus den vorliegenden Befunden? Infrastrukturgestaltung wird nur selten mit der Analyse von Ausbildungsmärkten verbunden.¹⁸² Das liegt zum einen vermutlich an dem abstrakten Raumbezug, mit dem die Berufsbildungsforschung arbeitet. Infrastrukturell handelt es sich bei der beschriebenen Periode des Ausbildungsplatzmangels um eine Phase des Ausbaus von staatlichen Bildungsangeboten. Damit wurde die Struktur und Arbeit von Berufsschulen auch stark durch die Ausweitung staatlicher Bildungsangebote geprägt. Über die konkrete Ausgestaltung des Ausbaus im Hinblick auf die Standortnetze der Berufsschulen ist jedoch kaum etwas bekannt. Zum anderen hängt der mangelhafte Forschungsstand offenbar auch mit einer geringeren Problematisierung der Organisation beruflicher Infrastrukturen (in ländlich-peripheren Regionen) zusammen. Aus diesem Bereich werden kaum Forschungsgegenstände generiert. Ebenso ist eine geringe öffentliche und politische Thematisierung beobachtbar. Ob etwa seit den 1990er Jahren tatsächlich Fragen, wie zum Beispiel die Erreichbarkeit beruf-

¹⁸² LEHMPFUHL (2004) verweist darauf, dass das Monitoring der Ausbildungsmärkte „i. d. R. auch nicht als Planungsansatz i. e. S. zu verstehen ist, da es sich üblicherweise auf Bestandsaufnahmen, Analysen und Projektionen“ beschränkt und den [...] Bereich der „Maßnahmeplanung“ [...] nicht berücksichtigt (LEHMPFUHL 2004: 21).

licher Bildungseinrichtungen in ländlich-peripheren Regionen, kein Thema mit Forschungs- und Handlungsbedarf sind, kann anhand des vorliegenden Materials nicht beurteilt werden. In jedem Fall standen diese Fragen hinter der Analyse des Ausbildungsstellenmangels zurück.

Nun gelangen mit den rückläufigen Schülerzahlen die beruflichen Infrastrukturen ländlich-peripherer Räume vor allem auf die politische „Tagesordnung“. Aus den Befunden des Kapitels leiten sich folgende Fragen und Themen ab.

- Als raumstrukturelles Merkmal wurde auf eine intraregionale Konzentration von betrieblichen und schulischen Bildungsangeboten in den Städten verwiesen. Inwiefern das Standortnetz der Berufsschulen ebenfalls diesem räumlichen Muster folgt, ist Gegenstand folgender Kapitel. Darin einzubeziehen ist, ob sich die Schwächung vieler Klein- und Mittelstädte als Ausbildungszentren im ländlichen Raum auf das Netz auswirkt.
- Welche Rolle spielt die umstrittene Bewertung der (staatlichen) Angebote im Schulberufssystem im Prozess der Infrastrukturgestaltung? Ist damit eine starke Verschiebung der Qualifizierungsfunktion von Berufsschulen verbunden und wie ist dieser Umgang im Hinblick auf Strukturprobleme ländlich-peripherer Ausbildungsmärkte zu werten?
- Die Kleinteiligkeit und das geringer diversifizierte Ausbildungsspektrum in ländlich-peripheren Regionen verweist auf eine wichtige organisatorische Dimension von Infrastrukturgestaltung: Welche Besonderheiten und Herausforderungen ergeben sich daraus für die Steuerung und Organisation der Berufsschulen in diesen Räumen?
- Der anstehende Rückbau von Infrastrukturen wird aktuell vor allem als eine erforderliche Reaktion auf die rückläufigen Schülerzahlen thematisiert. Offen ist bisher, wie sich darüber hinaus Strukturwandlungsprozesse und sektorale Eigenschaften des Berufsbildungssystems auf die Berufsschulorganisation niederschlagen. Auch verweisen die Befunde zur Demographisierung auf die Frage, welche Rolle die Beschaffenheit demografischer Diskurse für die Infrastruktursteuerung spielt.

Ein zentraler Aspekt für den analytischen Blickwinkel auf die Regulierung von Infrastrukturen ist das Verhältnis von strukturellen Entwicklungen und Akteurshandeln. In der Untersuchung von Disparitäten dominieren systemische Zugänge. Sie betrachten den Einfluss von ökonomischen und demografischen Entwicklungen auf die regionalen Ausbildungsmärkte. Diese sind jedoch auch eingebettet in das sich darauf beziehende oder eben nicht beziehende Handeln der staatlichen und privaten Akteure. Da staatliches Handeln jedoch vor allem als ein Ausgleich von Krisen im Dualen System begriffen wird, sind die Steuerungsformen von Berufsschulen weitestgehend ein „weißer Fleck“. Zwar arbeitet die Berufsbildungsforschung auch mit akteursbezogenen Zugängen, etwa bei der Analyse von Berufsbildungspolitik. Sie betrachtet jedoch vorrangig Macht- und Aushandlungsprozesse bei der Ausgestaltung der dualen Ausbildung. Fragen von Raumentwicklung und staatlicher Berufsbildungspolitik spielen eine untergeordnete Rolle. Die Untersuchung der Regulierung beruflicher Infrastrukturen bewegt sich damit zwischen einem Zugang, der zum einen auf systemische Zusammenhänge abhebt. Zum anderen versteht er berufliche Bildungseinrichtungen als eine raumgebundene, durch staatliche Akteure mit ihren jeweiligen Interessen, Einflussmöglichkeiten und institutionellen Eigenlogiken gesteuerte Infrastruktur und betrachtet die Beziehungen zwischen diesen.

3 Forschungsstand: Aktuelle Anpassungsprozesse im Berufsschulwesen im ländlichen Raum

Berufsschulen im ländlichen Raum sind sowohl in der Berufsbildungs- als auch in der Raumforschung ein Randthema. Sie spielten in der BRD und in der DDR von circa 1960 bis 1980 eine Rolle, als es um den Ausbau von beruflichen Schulen im Zuge der Bildungsexpansion ging, beziehungsweise als Reaktion auf den Lehrstellenmangel.¹⁸³ Mit dem Rückgang der Schulabsolventenzahlen, der ab dem Jahr 2006 in Ostdeutschland die berufsbildenden Einrichtungen erreichte, rückt diese Infrastruktur nun zunehmend in den Fokus der Bildungspolitik und Planung. Nach Prognosen der Kultusministerkonferenz wird die Schülerzahl an den Berufsschulen in den neuen Ländern im Jahr 2020 nur noch 61 % des Wertes aus dem Jahr 2000 erreichen.¹⁸⁴ Berufsschulplanung als ein von Akteuren geplanter Prozess im Kontext der demografischen Entwicklung ist bisher nur wenig theoretisch reflektiert und empirisch untersucht.¹⁸⁵

¹⁸³ DERENBACH 1984: 35; Ders. 1983: 256 f.; ARL (Hg.) 1984; WEISS 1988; CORNELIUS/OSMENDA 1988; AUTSCH et al. 1991; SEKRETARIAT der KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hg.) 1992: 6 ff. Neben Unterschieden in der institutionellen und berufspädagogischen Struktur und Ausrichtung wies die DDR ein kleinteiligeres Berufsschulstandortsystem auf. Systematisch vergleichende Untersuchungen sind jedoch nicht bekannt. Im Vordergrund infrastrukturbezogener Themen zum Bildungssystem im ländlichen Raum generell steht jedoch der allgemeinbildende Schulbereich (vgl. zum Beispiel AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT e. V. 1967; POHL 1985; BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.) 1981; Ders. (Hg.) 1988; FIKKERMANN et al. 2000; KRAMER/NUTZ 2006).

¹⁸⁴ KRAMER/NUTZ 2006: 197. Zur parteipolitischen Thematisierung der Berufsschulplanung in Sachsen-Anhalt vgl. WEILANDT, (2011: 190 ff.).

¹⁸⁵ Zum Ansatz einer dialogischen Berufsschulplanung, entwickelt in mehreren Modellvorhaben in Nordrhein-Westfalen vgl. LEHMPFUHL 2004: 26 ff.; IFS (1997): 12 ff. Schulentwicklungsplanung wird hier abgegrenzt von dem Forschungszweig Schulentwicklung und -steuerung. Dessen Gegenstand ist das Zusammenwirken bildungspolitischer, organisatorischer und pädagogischer Dimensionen in der (Einzel-)Schulentwicklung, etwa der Aspekt der „Autonomie der Schule“ (vgl. ROLFF 2007; BERKEMEYER et al. (Hg.) 2009; FROMMELT et al. (Hg.) 2000.

Auch von einer Infrastrukturtheorie als „Erklärungsmuster von Kausalzusammenhängen“ kann mit MOSS (2011) nicht gesprochen werden.¹⁸⁶ In der Regel erfolgt die Aufzählung von strukturellen, sektoralen Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die Planung, etwa die Spezialisierung des Berufsbildungssystems oder die Dynamiken des Arbeitsmarktes.¹⁸⁷ Das entspricht der Einschätzung des Bildungsforschers LEHMPFUHL zur Bildungsplanung, der in Deutschland kein umfassender Ansatz zugrunde liegt. Es existieren „lediglich Planungsansätze für unterschiedliche Teilbereiche des Bildungssystems, die überdies relativ unvermittelt nebeneinander stehen“¹⁸⁸.

Berufsschulplanung basiert auf der Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten. Träger der äußeren Schulangelegenheiten sind die Kommunen, in der Regel Landkreise oder kreisfreie Städte. In ihren Bereich fällt die Ausstattung mit dem räumlichen und sächlichen Bedarf der Berufsschulen, inklusive des technischen und Verwaltungspersonals. Die Bundesländer und ihre nachgeordneten Behörden sind verantwortlich für die inneren Schulangelegenheiten. Sie planen und stellen die personellen Ressourcen bereit und haben die fachliche Schulaufsicht (rechtlicher Rahmen, Lehrpläne etc.). Das Zusammenwirken dieser zwei Ebenen basiert auf einer geteilten Finanzierungsverantwortung für die Berufsschule.¹⁸⁹ LEHMPFUHL (2004) verweist als Spezifik der Berufsschulplanung zum einen auf die „enge Koppelung mit dem Beschäftigungssystem“ und die Einbindung in das „Schulsystem, das seinerseits wiederum nach ganz anderen Kriterien organisiert und strukturiert ist“. Zum anderen ist die gesetzliche Regelungsdichte im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen auf der Landesebene geringer.¹⁹⁰ Als Folge der Trennung von inneren und äußeren Schul-

¹⁸⁶ Zu diesem Befund kommt Moss (2011) auch für die technischen Infrastrukturen (Moss 2011: 76 ff.).

¹⁸⁷ Vgl. zum Beispiel MEUSBURGER 1974: 11; RÖSNER 2000: 219.

¹⁸⁸ Berufsbildungsplanung auf Bundesebene ist, aufgrund der komplexen Zuständigkeitsverhältnisse, oft auf Bestandsaufnahmen und Projektionen beschränkt. Es hat eher den Charakter eines „System-Monitorings“, das vor allem auf die Bundes- und Landesebene ausgerichtet ist und mit der Konzentration auf das Duale System das berufliche Schulwesen ausklammert (LEHMPFUHL 2004: 20 f.).

¹⁸⁹ LEHMPFUHL 2004: 21 f. Zudem sind die Länder finanziell durch Zuschüsse an baulichen Maßnahmen beteiligt. Der Bund ist an der Berufsausbildung anteilig finanziell durch das Schüler-BAföG engagiert.

¹⁹⁰ LEHMPFUHL 2004: 20.

angelegenheiten ist die Planung generell ein Prozess mit latentem oder offenem Spannungsverhältnis zwischen Schulträgern und dem Land.¹⁹¹

Getragen wird die aktuelle Auseinandersetzung um notwendige Anpassungen in der Berufsschullandschaft im Wesentlichen von der anwendungsbezogenen Raumforschung und den Fachplanungen in der Verwaltung und Politik auf kommunaler und Länderebene sowie teilweise auch auf Bundesebene. Die Infrastruktur wird vorrangig aus einer Perspektive betrachtet, die von den demografischen Entwicklungen ausgehend nach der Anpassung für ein tragfähiges Berufsschulnetz fragt. Die entsprechenden Fachplanungen nehmen die Behörden entweder selbst vor. Oder es werden Institute und Planungsbüros mit der Erstellung von Planungskonzepten oder Gutachten beauftragt. Wenn im Folgenden von „der Planung“ gesprochen wird, sind zum einen deskriptive Berechnungen und Planungskonzepte von Fachverwaltungen, Instituten oder Autoren wissenschaftlicher Aufsätze gemeint. Zum anderen umfasst dies auch Veröffentlichungen aus den Modellvorhaben zur Raumordnung (MORO) im Bereich Berufsschulplanung. Diese geben wichtige Informationen, da hier stärker als in anderen Veröffentlichungen der Planungsprozess reflektiert wird.

Der von der Planung formulierte Anpassungsdruck auf die Berufsschullandschaft besteht insbesondere in ländlichen, dünn besiedelten, weitflächigen „Peripherräumen“ mit sozioökonomischen Problemen. Mit den rückläufigen Schülerzahlen so der Nationale Bildungsbericht geraten die Berufsschulen in „das doppelte Entwicklungsproblem der Sicherung von Fachklassen in der dualen Berufsausbildung und des Erhalts beruflicher Vollzeitschulen“. BACK (2006) sieht dabei weniger die Standorte als deren fachliche Breite bedroht. Andere Positionen gehen jedoch auch von einer erheblichen Anzahl zu schließender Standorte aus.¹⁹² Hervorgehoben wird, dass ein derart rasanter und umfangreicher Rückgang der Schülerzahlen in Ostdeutschland die Politik mit einem „Zwang zum Umbau der Bildungsinfrastruktur [konfrontiert], den es in diesem Ausmaß in

¹⁹¹ MAUTHE 1996: 14 ff.; vgl. auch RÖSNER 2000: 212 ff.

¹⁹² BACK (Hg.) 2006: 30; AUTSCH et al. 1991: 11; EICHLER/KÜHNLEIN (1997): 66; KUKLINSKI 1998: 105; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 177; WEILANDT 2011: 66 f.

der Bundesrepublik Deutschland bislang nicht gegeben hat¹⁹³. Positionen aus der Bildungs- und Regionalforschung verweisen auf eine mögliche Entstehung von Qualifizierungsnachteilen aufgrund der drohenden Ausdünnung beruflicher Infrastrukturen.¹⁹⁴ Die Entstehung (neuer) Disparitäten und deren mögliche negative Folgen für ländlich-periphere Regionen verbleiben jedoch eher als eine allgemein formulierte Gefahr.¹⁹⁵

Die folgende Darstellung des aktuellen Forschungsstandes basiert im Wesentlichen auf zugänglichen Dokumenten zur Fachplanung in den ostdeutschen Bundesländern, ergänzt durch Material aus der öffentlichen Berichterstattung und Befunden der Berufsbildungsforschung. Zuvor wird ein Überblick über die aktuellen Leitbilddebatten im Daseinsvorsorgediskurs gegeben. Der zweite Abschnitt beginnt mit einer Verortung von Berufsschulen als regionale Infrastruktur. Er zeigt anschließend auf, mit welchen Konzepten auf den Schülerzahlenrückgang reagiert wird oder reagiert werden soll. Die räumlichen und fachlichen Orientierungen bei den anvisierten Umstrukturierungen sind Gegenstand des dritten Abschnitts. Das letzte Teilkapitel greift mit den Steuerungsformen und -ebenen sowie den Perspektiven der relevanten Akteure des Anpassungsprozesses einen weitestgehend unbeleuchteten Aspekt auf.

3.1 Der ländlich-periphere Raum in aktuellen Leitbild Diskussionen zur Daseinsvorsorge

Bereits Mitte der 1970er Jahre wurde diskutiert, wie die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen mit rückläufiger Bevölkerung (neu) auszurichten ist. Neue Wachstumsvorstellungen nach 1990, die teilräumliche Bevölkerungszunahme durch Zuwanderung und der in den neuen Bundesländern einsetzende Bauboom ließen die Folgen der teilweise langsamen, teilweise sehr rapiden Bevölkerungsrück-

¹⁹³ THIES 2004: 3; vgl. auch WEISHAUPT 2001: 17 f. und DERENBACH/GATZWEILER 1988: 413 ff. Die Auswirkungen sinkender Schülerzahlen wurden Ende der 1980er Jahre vor allem im Hinblick auf das Problem der Fachklassenbildung in Flächenländern thematisiert (DECKER et al. 1984).

¹⁹⁴ WEISS 2010: 3; KRAMER/NUTZ 2006: 206.

¹⁹⁵ So zum Beispiel die Aussage, dass es für die Funktionsfähigkeit des Ausbildungssystems auch weiterhin für Jugendliche und Betriebe einer „flächendeckenden Ausbildungsinfrastruktur“ bedarf (BMBF 2010: 15). Auch in den Berufsbildungsberichten spielt die berufsschulische Infrastruktur kaum eine Rolle.

gänge zunächst in den Hintergrund treten.¹⁹⁶ Spätestens ab dem Jahr 2000 entwickelte sich in Politik und Raumwissenschaften eine intensive Debatte zu Orientierungen und Konzepten für die Gestaltung der Versorgung in ländlichen Räumen unter Schrumpfungsbedingungen. Die Daseinsvorsorge bildet einen „vom Staat unmittelbar gestaltbaren Ausschnitt der Lebensverhältnisse“.¹⁹⁷ Die Diskussion berührt das aktuelle Verständnis des im Raumordnungsgesetz verankerten Postulats der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen als einen zentralen „Legitimationsbaustein der Bundesrepublik als Wohlfahrtsstaat“.¹⁹⁸ Je nach politischem Standort und Rahmenbedingungen variiert, welche konkreten Leistungen zur Daseinsvorsorge gehören und wie weit hierfür die öffentliche Verantwortung reicht.

Die aktuelle Debatte in Politik und den Raumwissenschaften unterscheidet sich von früheren Diskussionen durch die ausgeprägte Bezugnahme auf demografische Schrumpfungsprozesse und die Neuinterpretation des Postulats gleichwertiger Lebensverhältnisse. Im Zusammenspiel mit der Verschärfung des (globalen) Standortwettbewerbs, gesunkener finanzieller Handlungsspielräume und staatlicher Deregulierungstendenzen (Entwicklung zum Gewährleistungsstaat¹⁹⁹) muss die „Rolle und Funktion der ländlichen Räume“ neu überdacht werden.²⁰⁰ Die Diskussion spannt sich wesentlich entlang den zwei Leitbildern der Raumordnung „Wachstum und Innovation“ und „Daseinsvorsorge sichern“ auf. Sie wurden im Jahr 2006 zusammen mit dem Leitbild „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ von der Ministerkonferenz für Raumordnung beschlossen. Bezüglich der Rolle und der Entwicklungsoptionen ländlich-peripherer Räume ist im Leitbild „Wachstum und Innovation“ eine eher verhaltene Position erkennbar. Es gelte weiter über eine „Entwicklung ohne Wachstum im herkömmlichen Sinne“

¹⁹⁶ BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 11 ff.; vgl. auch HAHNE 2005: 261; STIENS 1997: 2.

¹⁹⁷ KERSTEN 2008: 1 (Zitat); GUTSCHE et al. 2008: 127. Zur Entwicklung der Daseinsvorsorge aus dem Wandel des Infrastrukturverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert zu einem „umfassenden sozialpolitischen Legitimationskonzept moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit“ vgl. KERSTEN (2008: 1) und NEU (2009a: 11).

¹⁹⁸ KERSTEN 2008: 3.

¹⁹⁹ Der Wandel vom Wohlfahrts- zum Gewährleistungsstaat bezeichnet, dass der Staat nicht mehr zwangsläufig die soziale und technische Infrastruktur selbst bereitstellt, allerdings die Verantwortung dafür behält (MACHOLD 2010: 16).

²⁰⁰ HAHNE 2007: 50; vgl. auch Ders. 2005: 258; GESCHÄFTSSTELLE der MKRO (Hg.) 2006: 16 f.

nachzudenken“.²⁰¹ Im Vordergrund des Leitbildes „Daseinsvorsorge sichern“ steht die Frage, wie in ländlich-peripheren Räumen angesichts einer sinkenden und veränderten Nachfrage ein Mindestversorgungsangebot gesichert werden kann.²⁰² In weiten Teilen wird davon ausgegangen, dass ohne (innovative) Anpassungsstrategien eine weitere Ausdünnung oder gar der Rückzug von Einrichtungen droht, mit negativen Folgen für die Lebensqualität der Bevölkerung. Es bedarf der „Überprüfung notwendiger öffentlicher Leistungen und Ausstattungsstandards. Ziel bleibt es, [...] allen Bevölkerungsgruppen den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Versorgungsangeboten zu ermöglichen“.²⁰³

Angesichts des demografischen Wandels, der Auswirkungen der Finanzkrise und des Auslaufens des Solidaripaktfortführungsgesetzes in 2019 – so der Raumordnungsbericht 2011 – ist dabei mit geringer werdenden Spielräumen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu rechnen. Angelpunkt ist die Frage, welche nicht zu unterschreitenden Mindeststandards für die Lebensbedingungen in schrumpfenden Räumen möglich und vertretbar sind.²⁰⁴ Aktuelle Grundorientierung ist eine regionale Differenzierung der Mindeststandards mit einer Sicherung der Kernausrüstung.²⁰⁵ Für die Planung bedeutet dies einen notwendigen Paradigmenwechsel, unter anderem bezeichnet als Umbau statt Zuwachs. Bestandteil der Neuorientierung ist aber auch der Verweis auf die Notwendigkeit oder die Chance einer innovativen Weiterentwicklung der Angebote.²⁰⁶

²⁰¹ Das Leitbild formuliert als Hauptziel die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen, flankiert von ausgleichsorientierten Strategien. Zugrunde gelegt wird eine funktionale Aufgabenverteilung zwischen sogenanntem Metropolenkern als Motor der Volkswirtschaft und Impulsgeber für die sie umgebende Metropolregion und die peripheren, ländlichen Räume (BBSR (Hg.) 2012: 11, 208 ff. (Zitat); FRANZEN et al. 2008: 21; GESCHÄFTSSTELLE der MKRO (Hg.) 2006: 14; HAHNE 2007: 4; LEBER 2008: 39).

²⁰² BBR (Hg.) 2005: 1 ff.; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009: 7; Ders. 2009a: 3; WINKEL 2008: 41; GUTSCHE et al. 2008: 127 ff.; SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM des INNERN (Hg.) 2008; BBSR (Hg.) 2012: 31 ff.; BMVBS (Hg.) 2010: 53 ff. Überlagert werden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung von weiteren Prozessen wie der Differenzierung von Lebensstilen, dem Wertewandel, Veränderungen in den Haushaltsstrukturen und am Arbeitsmarkt (WINKEL 2006: 174).

²⁰³ BBSR (Hg.) 2012: 144, 208 (Zitat); GESCHÄFTSSTELLE der MKRO (Hg.) 2006: 20; BARLÖSIUS/NEU 2008: 21.

²⁰⁴ BBSR (Hg.) 2012: 213 Zitat; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 16; vgl. auch KERSTEN 2008: 3.

²⁰⁵ HAHNE 2005: 260; vgl. auch KERSTEN 2008: 3; GESCHÄFTSSTELLE der MKRO (Hrsg.) (2006): 18; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 16. BMVBS (Hg.) 2010: 29, 267; BBSR (Hg.) 2012: 55.

²⁰⁶ BBSR (Hg.) 2012: 31 (Zitat); BBR (Hg.) 2005: 7 (Zitat); WINKEL 2008: 41; BMVBS (Hg.) 2010: 3.

Die Debatte über die Sicherung von Mindeststandards erscheint diffus, teilweise auch abstrakt und selbstreferentiell.²⁰⁷ Laut dem Raumordnungsbericht 2011 ist bisher unklar, „wie stark in einer Region vom Durchschnittsniveau des Gesamttraums abgewichen werden darf“. Diese Orientierungsschwierigkeiten reflektiert auch die Raumwissenschaft. Verwiesen wird auf den Mangel einer verbindlichen Definition zu den zentralen Begriffen Gleichwertigkeit und Daseinsvorsorge trotz einer breiten Fachdiskussion.²⁰⁸ Einer Operationalisierung stehen unter anderem der hohe politische Gehalt und differierende Auffassungen von Standards für öffentliche Einrichtungen zwischen den Bundesländern entgegen. Vergleichbares gilt für die Ausgestaltung des Zentrale-Orte-Systems. Jenseits der Leitbilddebatten ist der konkrete Umgang mit Standards in der Daseinsvorsorge größtenteils ein Kompromiss „zwischen fachlich begründeten Anforderungen und den finanziellen Möglichkeiten, der in der Regel politisch entschieden wird“²⁰⁹.

Die Ausrichtung der Leitbilder ist eine Akzentverlagerung vom Ausgleichsziel „hin zu ausdifferenzierten Wachstums- und Sicherungszielen“²¹⁰. Die raumwissenschaftlichen Positionen bewegen sich zwischen der Anerkennung divergenter Entwicklungsmuster und der Kritik an mangelnden Entwicklungsoptionen für ländlich-periphere Räume. Befürworter des Wettbewerbsförderalismus fordern angesichts der Erfolglosigkeit des Disparitätenabbaus durch flächenhafte Förderung eine Aufgabe des Gleichwertigkeitspostulats.²¹¹ Ein Teildiskurs mit hoher öffentlicher Reichweite, von bestimmten Medien und dem Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung getragen, stellt die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sehr weitgehend in Frage. Eine zukunftsorientierte Planung bedeute, so das Berlin-Institut, den Rückzug aus Regionen mit einer „schlechten demografischen Note“.²¹² Ländliche Räume gelten hier verstärkt als besondere Problemregionen, an die „Entleerungs-, [...] oder Vergreisungsszenarien“ angelagert wer-

²⁰⁷ BBR (Hg.) 2005: 6; BORN 2007: 75; BMVBS (Hrsg.) (2010): 29.

²⁰⁸ BBSR (Hg.) 2012: 213 (Zitat); BMVBS (Hg.) 2010: 26 ff., 81.

²⁰⁹ BMVBS (Hg.) 2010: 29 ff.

²¹⁰ MACHOLD 2010: 41.; ARL (Hg.) 2006: 3; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 16.

²¹¹ HÜBLER/KUJATH 2007: 24 (Zitat); ARL (Hg.) 2006: 3; HAHNE 2007: 56; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 16; HÜBLER 2005: 56; GANS/SCHMITZ-VELTIN 2006: 357 ff.

²¹² BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG 2011: 4 ff.; vgl. auch Ders. 2011a und 2008. Die Studien des Instituts, teilweise erstellt im Auftrag von öffentlichen Körperschaften, finden weite Verbreitungen etwa auf Tagungen oder Homepages, siehe etwa www.serviceagentur-demografie.de oder www.familienfreundliche-kommune.de.

den. Das erfolgt unter Rückgriff auf populistische Strategien und Simplifizierungen.²¹³ An vielen Stellen ist offensichtlich, dass es um die Erzeugung einer dramatischen Wirkung geht. Mit Forderungen wie, dass „die zunehmende Ungleichheit der regionalen Lebensbedingungen [...] politisch akzeptiert werden“ sollte, schaltet sich der Diskurs jedoch auch aktiv in gesellschaftliche Debatten ein.²¹⁴ Die Verschiebungen in den Leitbildern bedeuten für den ländlich-peripheren Raum, so kritische Positionen, ein „Vakuum an Entwicklungsperspektiven“. Sie tragen zu einer Verschärfung von Ungleichheiten bei oder bedeuten gar eine grundsätzliche Infragestellung der Wirkung von Finanz- und Strukturhilfen für strukturschwache Räume.²¹⁵

Problematisiert werden auch Tendenzen einer Demographisierung des Daseinsvorsorgediskurses für dünn besiedelte, ländliche Räume (vgl. auch Kapitel 2.2.5). Nach einem lange Zeit eher randständigen Dasein dienen demografische Entwicklungen nach KISTLER (2004) „heute geradezu allumfassend als Ursache für fast jedwedes Problem“.²¹⁶ Es wird „statt vom gesellschaftlichen Wandel immer öfter vom demografischen Wandel berichtet“, wenn es um die „Zukunftsfähigkeit“ Deutschlands geht.²¹⁷ „Selten wird erwähnt, dass nicht vorrangig demografische Gründe verantwortlich sind für das „Zurückfahren“ der Infrastruktur [...], sondern dass vor allem ökonomische Strukturschwäche und lang anhaltende Arbeitslosigkeit, Abwanderung und leere öffentliche Kassen [dies] hervorgebracht haben.“²¹⁸

²¹³ BEETZ 2007a: 223 f. (Zitat); DEHNE/HANNEMANN 2007: 161; NEU 2008: 559, BEETZ/NEU 2009: 53. „Obwohl die Veröffentlichungen [des Berlin Instituts] kaum über das Material der Laufenden Raumbesichtigung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung hinausreichen, gelingt es durch ansprechende Gestaltung [...] jeden Raumordnungsbericht in den Schatten zu stellen“ (BEETZ 2007a: 224 ff.).

²¹⁴ BERLIN-INSTITUT für BEVÖLKERUNG und ENTWICKLUNG 2011: 7; BEETZ 2007a: 238.

²¹⁵ MACHOLD 2010: 41; HEEG 2001: 16; HAHNE 2005: 258; Ders. 2007: 49 ff.; DEHNE/HANNEMANN 2007: 161 ff.; ARL (Hg.) 2008: 5; BÄTZING 2009: 2; LEBER 2008: 2 f.; BMVBS (Hg.) 2010: 49.

²¹⁶ KISTLER 2004: 71.

²¹⁷ BARLÖSIUS 2007: 10. Demografische Forschung war nach 1945 eher eine Bindestrich-Disziplin. Im Jahr 1973 wurde das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gegründet. Seit 1990 nehmen institutionell eigenständige Strukturen der Demografie als Disziplin wieder zu, zum Beispiel das Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock mit fünf Professuren (ebd.: 13 f.).

²¹⁸ NEU 2008: 560.

Die demografische Entwicklung ist in erster Linie Folge der Umbrüche nach 1990 und der damit verbundenen Auflösung alter Zusammenhänge von Wirtschafts-, Sozial- und Siedlungsstrukturen.²¹⁹ Auch der „klassische“ Daseinsvorsorgediskurs verweist auf diese Entwicklungen. Ein Unterschied besteht jedoch darin, welcher Problemzusammenhang in ländlich-peripheren Räumen in welcher Weise „bearbeitet“ wird. Kritisch wird der Fokus auf jene Form der Daseinsvorsorgegestaltung gesehen, die vor allem einen Infrastrukturabbau bedeutet und nicht die weiteren Strukturprobleme in Infrastrukturkonzepte einbezieht. Das fördert die weitere sozioökonomische Abkopplung strukturschwacher ländlicher Regionen. An dem Zirkel aus ökonomischen Strukturproblemen, mangelnder Lebensqualität, Abwanderung, leerern Staatskassen und erneutem Infrastrukturabbau ändert sich dadurch nichts. Mit der Ausrichtung auf den Wettbewerb der Regionen verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für strukturschwache Regionen etwa für die Nachwuchskräfteversicherung.²²⁰ Vertreter der Demographisierungsperspektive betten Bevölkerungsentwicklungen stärker in die Organisation und den gesellschaftspolitischen Hintergrund der Daseinsvorsorge ein. Dadurch wird verdeutlicht, dass die aktuellen Probleme auch mit der Struktur der Daseinsvorsorge zusammenhängen.²²¹ Die institutionelle Ausdifferenzierung und die teilweise nicht auf den ländlichen Raum, sondern eher an urbanen Strukturen orientierte Organisation der Daseinsvorsorge sowie Privatisierungen und Rationalisierungen führen heute zu Problemen bei der Aufrechterhaltung und Anpassung.²²²

Von der Peripherisierung ländlicher Räume durch Demographisierung kann insofern gesprochen werden, als dass ein bestimmter Automatismus von Bevöl-

²¹⁹ BÜRKNER 2001: 46 ff.; LAND/WILLISCH 2006: 55; BEETZ 2007a: 239 ff.; BARLÖSIUS 2007: 11f.; SACKMANN/BARTL 2008: 2627. BÜRKNER (2001) zeichnet dies an Deutungsmustern lokaler Eliten in einer schrumpfenden Stadt an der ostpolnischen Grenze nach, wo der Verweis auf die demografische Entwicklung als „höhere Gewalt ... ganz erheblich zur gefahrlosen politischen Sinnstiftung“ beitrug (BÜRKNER 2001: 57).

²²⁰ BEETZ/NEU 2009: 55 (Zitat); HEINER 2004: 63; BARLÖSIUS 2007: 27; BEETZ et al. 2008: 302 ff. Beispielsweise wurden die in den 30er Jahren aufgestellten Schrumpfungprognosen von der positiven Konjunktur und der Zuwanderung in den 50er und 60er Jahren eingeholt (LENGWILER 2007: 1999).

²²¹ BEETZ 2007: 14 ff. (Zitat); HEINTEL 1998: 21; BÄTZING 2009: 4.

²²² BEETZ 2007: 14 ff.; BEETZ et al. 2008: 304; BEETZ/NEU 2009: 54; Auch im Umgang mit Wohnungsleerständen wurde die Reduzierung auf demografische Entwicklungen problematisiert (vgl. KABISCH 2002; BÜRKNER et al. 2005: 3; DEHNE/HANNEMANN 2007: 22). Für den Verkehrsbereich vgl. HEINZE (2007: 23ff); für andere Infrastrukturbereiche SEDLACEK (2009: 79); MOSS/NAUMANN (2007: 40 ff.) und TIETZ (2006: 169).

kerungsdichte und Infrastrukturaufbau konstruiert wird. Dieser legt Räume auf einen bestimmten Entwicklungspfad fest. In der Form bietet der Daseinsvorsorgediskurs nur wenig positive Anknüpfungspunkte für kollektiv geteilte Entwicklungsperspektiven, auf die etwa eine politische Gestaltung Bezug nehmen kann.²²³ Demgegenüber verstehen große Teile des „klassischen“ Daseinsvorsorgediskurses die Anpassung der Infrastrukturen als ein „gestaltendes Eingreifen“ gegenüber einem sonst drohenden Erosionsprozess.

3.2 Der Anpassungsprozess in Planungskonzepten und Gutachten

3.2.1 Institutionelle, funktionale und regionale Verortungen der Berufsschule

Berufsschulen sind an das Wirtschafts- und an das Erziehungssystem gekoppelt, „ohne jedoch einem der Bereiche wirklich vollständig anzugehören“. Die Einbindung in unterschiedliche Gesellschaftsbereiche bezeichnet HARNEY (2008) als überschneidende System-Umwelt-Beziehungen, die vom System der beruflichen Bildung zusammengesetzt werden.²²⁴ Aus dieser Stellung resultieren unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven auf die Berufsschule. Die Berufsbildungsforschung analysiert sie beispielsweise als pädagogische Einzelorganisation im Hinblick auf die Gestaltung von Lernprozessen oder ihre Beziehungen zur Wirtschaft. Die (Raum-)Planung setzt sich vor allem mit deren Struktur und Steuerung als „Infrastruktur“ auseinander. Sie wird oftmals unter dem Begriff schulische Infrastruktur geführt. Betont werden damit Gemeinsamkeiten zu den allgemeinbildenden Schulen, etwa die langfristigen Planungshorizonte.²²⁵ Berufsschulen sind allerdings in komplexere Zusammenhänge eingebunden. Neben der demografischen Entwicklung gehören dazu schul- und berufsbildungspolitische, wirtschaftsstrukturelle, raumplanerische oder bildungsökonomische Rahmenbedingungen und Anforderungen.²²⁶

²²³ NEU 2008: 560; BEETZ et al. 2008: 296.

²²⁴ HARNEY 2008: 321 ff.

²²⁵ THIES 2004: 3.

²²⁶ KUKLINSKI 2006: 484; RÖSNER 2000: 219.

Die regionale Bedeutung der Berufsschule

Die Berufsbildungsforschung verweist auf der einen Seite auf den für Betriebe und Jugendliche nachrangigen Stellenwert der Berufsschule. Auf der anderen Seite wird ihr auch von der Berufsbildungspolitik eine mehr oder weniger ausgeprägte regionale Bedeutung zugeschrieben. Sie umfasst folgende drei Aspekte:

- Die Bedeutung der Berufsschule für die Integrationschancen in Ausbildungen bezieht sich auf das Vorhandensein von und den Zugang zu beruflicher Bildung für Jugendliche in einer Region (Verhältnis von Wohnortnähe und Chancengleichheit). Zur Integrationsfrage gehört auch deren Relevanz für die Ausbildungsfähigkeit von Betrieben, welche die regionale Ausbildungsmarktsituation beeinflusst sowie die Kompensation von Ausbildungsplatzproblemen durch ergänzende Angebote, etwa schulische Ausbildungsgänge.
- In der dualen Ausbildung, aber auch im Schulberufssystem, gilt die Kooperation zwischen Berufsschule und Unternehmen als ein Faktor der Ausbildungsqualität. Der regionale Bezug ergibt sich aus den Ansprüchen an eine Kooperation und den damit verbundenen (auch räumlichen) Voraussetzungen. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber spricht in ihrem 2012 veröffentlichten Leitbild „Berufsschule der Zukunft“ von der Berufsschule als „leistungsstarkem und verlässlichen Partner“ der Wirtschaft, bei der beide Seiten „in der alltäglichen Arbeit eng miteinander kooperieren müssen“.²²⁷ Die Berufsbildungsforschung bewertet die tatsächlich stattfindende Zusammenarbeit zurückhaltender.²²⁸
- Schließlich werden Berufsschulen auch als ein Faktor der Regionalentwicklung betrachtet. Das umfasst deren Bedeutung als Standortfaktor, etwa die Attraktivität für Unternehmen sowie die „Bearbeitung“ von wirtschaftlichen Strukturproblemen wie Qualifikationsangebote für bestimmte regionale Produktionsverfahren.²²⁹

²²⁷ BDA (Hg.) 2012: 2.

²²⁸ EICHLER/KÜHNLEIN (1997): 97 ff.; ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA 2005: Kap. 1.1, 2.2; PÄTZOLD 2006: 237; WALDEN 2006: 258 ff.

²²⁹ DERENBACH/GATZWEILER 1988: 409; PINGEL 1982; GNAHS 1982.

Unter Stichworten wie Regionale Bildungslandschaften oder kommunales Übergangsmanagement wird die regionale Bedeutung von Berufsschulen durch die bildungspolitisch schon länger angestrebte Weiterentwicklung von Berufsschulen zu Regionalen Kompetenzzentren aufgewertet. Das Konzept solcher Zentren zielt auf ein erweitertes Funktionsspektrum sowie eine stärkere regionale Vernetzung von Bildungseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft.²³⁰ Deren Umsetzung wirft aus Sicht der Berufsschulforschung allerdings noch eine Reihe von offenen Fragen auf.²³¹

Ob und wie die genannten räumlichen Dimensionen aufgegriffen werden, hängt von jeweiligen Problemkonstellationen, vom bildungspolitischen „Zeitgeist“, von ökonomischen und anderen Rahmenbedingungen sowie von der disziplinären Perspektive ab. In der Phase der Bildungsexpansion in der BRD spielten in der regionalen Berufsbildungsforschung und -politik alle drei Dimensionen eine Rolle. Eine zentrale Frage war etwa, wie in der Fläche das ausdifferenzierte Spektrum der Ausbildungsberufe durch die Berufsschulen abgedeckt werden kann. In ländlichen Räumen gab es oft noch Mischklassen. In diesen wurden Auszubildende aus verschiedenen Berufen, insbesondere aus Splitterberufen, zusammen unterrichtet. Grund dafür war auch ein Lehrermangel. Ende der 1960er Jahre kam Kritik an dieser Form auf, da sie die Unterrichtsqualität beeinträchtigte. Zunehmend wurden berufshomogene Fachklassen gebildet und kleinere Berufsschulen im ländlichen Raum zu größeren Standorten zusammengeführt. Dadurch vergrößerten sich aber auch die Distanzen. Welchen Umfang die Zentralisierung des Berufsschulunterrichts hatte, kann der Literatur nicht entnommen werden. Die Schwierigkeiten einzelner Branchen,

²³⁰ Dazu gehört beispielsweise ein verbessertes Übergangsmanagement, die Entwicklung von regionalspezifischen Ausbildungsangeboten, das Auftreten als flexibler, „kundenorientierter Bildungsdienstleister“ für den regionalen Qualifizierungsbedarf in der Aus- und auch Weiterbildung oder die Mitwirkung am Innovations- und Technologietransfer in regionalen Netzwerken (BLK 2001; TENBERG 2003; PÄTZOLD 2006: 240; MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 14; KALISCH 2011: 102ff.). Hierzu gab es regional mehrere Modellversuche, zum Beispiel in Hamburg oder Niedersachsen (BMBF (Hg.) 2009a: 36ff.).

²³¹ Unklar ist etwa, wie die Berufsschule, schon heute mit dem Mangel an materiellen und personellen Ressourcen kämpfend, das zusätzliche und weite Aufgabenspektrum eines Kompetenzzentrums übernehmen soll (PÄTZOLD 2006: 240). Hinderliche Bedingungen für eine stärkere regionale Orientierung in der Erstausbildung sind neben einem Mangel an entsprechenden Hilfestellungen und Ressourcen auch die zentralen Prüfungen und die daran gebundene Orientierung an bundesweit formal normierten Unterrichtsinhalten (KALISCH 2011: 236).

ihre Ausbildungsplätze zu besetzen oder als Jugendlicher eine Lehrstelle zu finden, wurden jedoch auch auf Erreichbarkeitsprobleme der Berufsschulen zurückgeführt. Die Organisation des Unterrichts bildete also ein Spannungsfeld zwischen der Einrichtung von Fachklassen mit höherer Ausbildungsqualität und der Verstärkung der „Entleerung“ peripherer Gebiete und Barrieren zur Aufnahme einer Ausbildung.²³²

Die Forderungen nach einem wohnortnahen berufsschulischen Angebot standen somit im Zeichen der Erhöhung der beruflichen Bildungsbeteiligung in ländlichen Räumen. Ebenso spielte die Kompensation von Ausbildungsplatzproblemen eine wichtige Rolle. In der Berufsbildungsforschung galt der Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsangebote als eine der effizientesten Maßnahmen gegen Facharbeitermangel und Abwanderung aus den ländlichen Räumen. Insbesondere Frauen boten sie Perspektiven und ermöglichten zudem die Einführung von neuen Berufen. Neben dem Ausbau der Verkehrsanbindungen in ländlichen Räumen wurde Berufsschulunterricht in Blockform und der Ausbau von Internaten gefordert. Dennoch kam auch einer wohnortnahen Berufsschule eine hohe Bedeutung zu. Denn bestehende Mobilitätsbarrieren wurden auch auf die starke Bindung der Jugendlichen an das soziale Umfeld und die Bedenken der Eltern, ihre Kinder in diesem Alter weit von zu Hause eine Ausbildung aufnehmen zu lassen, zurückgeführt.²³³

Die Bedeutung der regionalen Dimension bei der Kooperation zwischen Berufsschule und Betrieben wird in der damaligen Literatur stark relativiert. Selbst in Großstädten, so WINTERHAGER (1972), wo der Lehrermangel weniger ausgeprägt und die Gliederung in Fachklassen fortgeschrittener war, kann von der „vielzitierten Dualität der Berufsbildung [...] nur selten die Rede sein“. Eine

²³² BACK 1981: 637 f.; BROSI et al. 1982: 83; BEIDERWIEDEN et al. 1982: 142 ff.; KNAUS 1988: 443 ff.; WEIS 1988: 466; CORNELIUS/OSMENDA 1988: 473 ff.

²³³ SCHWARZ/STOOS 1973: 136; WESTPHAL-GEORGI 1977: 167 ff.; HANSEN et al. 1977: 17, 165; GANSER 1977: 81; BIECKEBÖLLER-KUBIAK 1979: 507; DERENBACH/SCHÜTTE 1982: 1 ff.; BEIDERWIEDEN et al. 1982: 105, 143 f.; BROSI et al. 1982: 23 ff.; DERENBACH 1984: 2, 27 ff.; CRAMER-HARTMANN 1986: 51 ff.; STEIN 1987: 231. Auch der Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres galt als eine wichtige Maßnahme. Kernfunktion war die Kompensation von Engpässen an betrieblichen Ausbildungsstellen, die Vorbereitung auf einen Ausbildungsplatz und die Vermittlung einer beruflichen Grundbildung.

Abstimmung von betrieblicher und schulischer Ausbildung war nur bei wenigen Großunternehmen mit einem hohen Lehrlingsbestand erkennbar.²³⁴

Insgesamt zielte in der Phase der Bildungsexpansion die Auseinandersetzung mit Infrastrukturen auf den Abbau der regionalen Bildungsbenachteiligung Jugendlicher und die Qualitätsverbesserung der betrieblichen Ausbildung. Dies geschah auf Grundlage des Ausbaus institutionell getrennter Ausbildungsformen. So führte etwa die Kopplung unterschiedlicher Ausbildungsformen an unterschiedliche Berufsschultypen zu einer rechtlichen und infrastrukturellen Ausdifferenzierung (vgl. Kapitel 2.1). Die Bearbeitung beruflicher Qualifizierungsfragen in dieser Form erfolgte nach HANSEN et al. (1977) jedoch zuungunsten der Etablierung eines breiten Ausbildungsangebotes: „Der Ausbau spezialisierter, sorgfältig voneinander abgeschotteter Bildungsgänge hat dazu geführt, dass in ländlichen Gebieten an vielen Orten nur ein beschränktes Angebot vorhanden ist.“²³⁵ Welche Rolle die vorgestellten regionalen Bezüge bei der aktuellen Diskussion um die Anpassung der Berufsschulnetze in ostdeutschen ländlichen Regionen spielen, ist Gegenstand des folgenden Kapitels. Zuvor erfolgt eine Zusammenfassung der aus der demografischen Entwicklung abgeleiteten Konzepte zur künftigen Gestalt der Standortnetze.

3.2.2 Räumliche Konzentration und Profilierung von Berufsschulen

Durch die Anpassung der berufsschulischen Infrastruktur an die demografische Entwicklung werden sich die bisherigen „Ausbildungsräume“ deutlich verändern. Das ist eine Grundaussage der verschiedenen Standortgutachten und Schulnetzplanungen, erstellt durch Fachverwaltungen, Planungsbüros oder freie Forschungsinstitute. Kern des formulierten, notwendigen Anpassungsprozesses ist eine räumliche Konzentration von Berufsschulen durch Schließung von Standorten oder eine stärkere Zentralisierung der Bildungsgänge durch inhaltliche Profilierung des Angebotes. Ohne eine eingreifende Gestal-

²³⁴ WINTERHAGER 1972: 22.

²³⁵ HANSEN et al. 1977: 19. Teilweise wurde auf einen höheren Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften im ländlichen Raum verwiesen und dass die Jugendlichen weniger motiviert für eine berufliche Vollqualifizierung seien. Nach DERENBACH spielte hier ein „Negativimage“ des ländlichen Raumes hinein, nach dem Erwerbs- und Ausbildungsmängel hier nicht behoben werden könnten (DERENBACH 1983: 285).

tung bestehe die Gefahr, dass Ausbildungsgänge oder ganze Berufsfelder in der Region nicht mehr aufrechterhalten werden können, sich diese auf wenige Zentren konzentrieren und kostenintensive und/oder parallele Überangebote entstehen. Wie im allgemeinbildenden Schulbereich ist auch die Berufsschule bereits heute mit dem Problem konfrontiert, dass in einzelnen Ausbildungsberufen die für eine Klassenbildung erforderliche Schülerzahl nicht erreicht wird.

Neben der demografischen Entwicklung wird damit auch auf Herausforderungen Bezug genommen, die aus der geringen Ausbildungsdichte in den Regionen resultieren. Zu geringe Auszubildendenzahlen in den jeweiligen Berufen, weil es beispielsweise in einem Landkreis nur fünf Betriebe gibt, die zum/zur Zerspanungsmechaniker/in ausbilden, erschwert die Fachklassenbildung.²³⁶ Hier zeigt sich nach GRZANNA und FÜRSTENAU (2010) auch der Einfluss institutioneller Entwicklungen: „Der Wunsch von Unternehmen, neue Berufe passgerecht auf die Anforderungen der Wirtschaft auszurichten, führte zu einer Vielzahl von sogenannten „Splitterberufen“ mit einer geringen Anzahl an Schülern deutschlandweit.“ Diese Entwicklung wird schon seit längerem kritisiert, weil zum Beispiel KMU's weniger in der Lage sind, in spezialisierten Berufen auszubilden.²³⁷ Konsens der in den Gutachten und Landesschulnetzplanungen vorfindbaren Annahmen ist, dass eine in größerem Umfang kreisübergreifend erfolgende berufsschulische Ausbildung als bisher erforderlich ist. In bestimmten Ausbildungsberufen ist von einer Konzentration auf Landes- oder sogar Bundesebene auszugehen.²³⁸ Der Umfang der Zentralisierungsprozesse kann dem Forschungsstand nur begrenzt entnommen werden. Tabelle 2 gibt den Inhalt der zugänglichen Gutachten und Schulplanungen zum Schülerzahlenaufkommen und anderen Entwicklungen für einzelne ostdeutsche Bundesländer oder Regionen wieder.

²³⁶ GRZANNA/FÜRSTENAU 2010: 16; LAAG/MÜLLER 2010: 22; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 46.

²³⁷ GRZANNA/FÜRSTENAU 2010: 16.

²³⁸ BUDDE 2007: 324; KUKLINSKI 2006: 485; BBR (Hg.) 2005: 68 ff.; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN (2000): 51; KAUFMANN/RAUTMANN 2003: 763; PIW GmbH 2004: 13, 36; BMBF (Hg.) 2009a: 39; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004; KRAMER/NUTZ 2006: 200; BBR (Hg.) 2005: 107; MICHAELI 2009: 49; MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 14; WEILANDT 2011: 67.

Tabelle 2: Materialübersicht zu Anpassungsprozessen der Berufsschulstandortsysteme in Ostdeutschland.

Sachsen	
Prognosen/Berechnungen ²³⁹	<ul style="list-style-type: none"> • erwartete Abnahme von 93 Berufsschulen im Jahr 2005 auf 80 bis 86 Schulen im Jahr 2011 • starke Verschiebung von regionalen zu Landes-/Bundesfachklassen: regionale Fachklassen für nur noch etwa 50 Ausbildungsberufe, Landesfachklassen für ca. 125 Ausbildungsberufe
Sachsen-Anhalt	
Analyse bisheriger Entwicklungen ²⁴⁰	<ul style="list-style-type: none"> • Rückgang der Berufsschulen von 72 auf 66 zwischen 1992 und 2009, darunter Rückgang der öffentlichen Berufsschulen von 68 auf 31; Anstieg der privaten Berufsschulen von 4 auf 35
Mecklenburg-Vorpommern	
Schulentwicklungsplanung Mecklenburg-Vorpommern 2006–2011 ²⁴¹	<ul style="list-style-type: none"> • voraussichtliche Reduzierung der 38 Berufsschulen an 26 Standorten auf 15 bis 20 eigenständige Berufsschulen an 17 Standorten, verstärkte Bildung von Regional- und Landesfachklassen
Gutachten: MORO „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen ...“, Planungsregion Mecklenburgische-Seenplatte ²⁴²	<ul style="list-style-type: none"> • Empfehlung Gutachten/AG Berufsschulstruktur: Überführung der acht Berufsschulen mit 16 Standorten in eine Regionale Berufsschule mit acht inhaltlich profilierten Standorten
Brandenburg	
Gutachten Freie Planungsgruppe Berlin ²⁴³	<ul style="list-style-type: none"> • Empfehlung für Brandenburg: Reduzierung der 29 Berufsschulen zuzüglich zahlreicher Teilstandorte auf 29 bis 39 Standorte bei unterschiedlicher regionaler Verteilung
Gutachten MORO „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen ...“, Planungsregion Lausitz-Spreewald, PIW GmbH ²⁴⁴	<ul style="list-style-type: none"> • Empfehlung für die Region Spreewald-Lausitz: Schließung von 12 bis 13 der 24 Oberstufenzentrenstandorte und inhaltliche Profilierung

²³⁹ KUKLINSKI 2006: 482 ff.

²⁴⁰ BARTL 2011: 12 ff.

²⁴¹ MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 4.

²⁴² An dem MORO „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“ (Laufzeit 2001–2004) war die Region Mecklenburgische Seenplatte unter Einbezug des Landkreises Uecker-Randow beteiligt, mit dem Regionalen Planungsverband Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte als zentralen koordinierenden Akteur (BBR 2005: 69 f.). Um zu einem Konsens über die Schließung von Standorten zu gelangen, gründete der Regionale Planungsverband die AG „Berufsschulstruktur“. Er vergab zudem ein Gutachten über die finanziellen Auswirkungen eines Schulzweckverbandsmodells für die Berufsschulen (HANSA ACCOUNTING GMBH 2004: 1).

Nur für Sachsen-Anhalt liegen Angaben zu Veränderungen der Berufsschulstandorte vor. Hier hat sich die Anzahl der öffentlichen Einrichtungen zwischen 1992 und 2009 mehr als halbiert. Zugleich gab es einen Zuwachs an Berufsschulen in freier Trägerschaft. In Brandenburg kann laut dem Gutachten der FREIEN PLANUNGSGRUPPE BERLIN (2000) und der PIW GMBH (2004) ein inhaltlich vollständiges Berufsschulstandortnetz, das die regionale Nachfrage weitestgehend abdeckt, künftig nur noch auf der Ebene der Planungsregionen betrieben werden. Diese umfassen je nach Gebiet zwei bis fünf Landkreise und kreisfreie Städte.²⁴⁵ Vergleichbares formuliert ein Vorschlag, der im MORO „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“ für die Planungsregion Mecklenburgische-Seenplatte erarbeitet wurde. Hauptorientierung ist der Erhalt mindestens einer Berufsschule pro Landkreis. Durch die angestrebte inhaltliche Profilierung wird dabei künftig nur noch ein Teil des regionalen Bedarfes auf Landkreisebene abgedeckt: „Statt einen Ausbildungsgang an zwei Schulen anzubieten, aber absehbar jeweils keine vollständigen Klassen bilden zu können, [...] wird die Aufrechterhaltung eines Ausbildungsangebotes an einem Standort der Region gesichert. Unter bewusster Inkaufnahme längerer Anfahrtswege der Schüler wird so gewährleistet, dass eine breite Palette an Ausbildungsgängen in der Region erhalten werden kann.“²⁴⁶ Mit diesen anvisierten Veränderungen wird ein Wandel der „klassischen“ Versorgungs- und Angebotsfunktion von Berufsschulen außerhalb von Städten angezeigt. GARBE et al. (2011) sprechen von Bündelschulen mit einem breiten Angebotsspektrum. Diese wurden (in der BRD) insbesondere im ländlichen Raum eingerichtet, um zu lange Anfahrtswege zu vermeiden.²⁴⁷ Das heißt, auf Ebene der Landkreise wird künftig nicht mehr ein großer Teil des Qualifikationsbedarfes einer Region durch die Berufsschule abgedeckt.²⁴⁸ Nach den vorgesehenen Reduzierungen der Standorte wird

²⁴³ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 54.

²⁴⁴ PIW GMBH 2004: 44 ff.; BBR 2005: 74.

²⁴⁵ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 51; PIW GMBH 2004: 44 ff.

²⁴⁶ BBR (Hg.) 2005: 68.

²⁴⁷ GARBE et al. 2011: 33.

²⁴⁸ Jugendliche waren und sind natürlich auch über die Landkreisebene mobil, um einen Ausbildungsbetrieb zu finden, insbesondere in Zeiten des Lehrstellenmangels. Auch wird nicht immer die gewünschte vollzeitschulische Ausbildung angeboten, was ebenfalls zu überkreislicher Mobilität führt. Je nach der Breite der Bildungsgänge bilden einige Landkreise mehr

ein deutlich höherer Anteil der Schüler/innen und Auszubildenden eine Berufsschule außerhalb des Landkreises besuchen müssen, wie auch für zahlreiche Betriebe die Berufsschule nicht mehr „vor Ort“ ist.

3.2.3 Handlungsoptionen und Alternativen zur Konzentration von Berufsschulen

Konzentration und Profilierung sind die dominierenden Handlungsoptionen. Darüber hinaus werden auch Möglichkeiten diskutiert beziehungsweise umgesetzt, die Alternativen zur Konzentration darstellen oder deren Umfang abmildern sollen. Sie enthalten organisatorische oder institutionelle Restrukturierungen des Berufsschulunterrichtes. Eine systematische Übersicht, welche Optionen bereits praktiziert werden, gibt es nicht. Am häufigsten findet sich der Verweis auf die Ausschöpfung der Möglichkeiten eines gemeinsamen Berufsschulunterrichtes in verwandten Berufen.²⁴⁹ Auch der Blockunterricht, anstatt der tageweisen Beschulung, und der Lehreinsatz an mehreren Standorten werden bereits vielfach durchgeführt. Die Zusammenführung von verschiedenen Bildungseinrichtungen ist eine die bisherigen institutionellen Grenzen überschreitende Handlungsoption. Hier sind bisher vereinzelt Ansätze oder Pläne in diese Richtung bekannt.²⁵⁰ E-Learning-Methoden scheinen demgegenüber kaum eine Rolle zu spielen. Die Innovationsmöglichkeiten werden eher zurückhaltend bewertet: „Die übliche Zentralisierung von Bildungsangeboten durch Schließung von Berufsschulen [...] erhält eine andere Qualität, indem durch die inhaltliche Profilierung der verbleibenden Standorte eine breite Berufsbildungs-

Jugendliche aus als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung und umgekehrt. Berufsschulen in Städten haben oft eine Versorgungsfunktion für ihr Umland (FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN GMBH 2000: 3, IFS 1997: 5).

²⁴⁹ Zum Beispiel der sächsische Schulversuch Berg, indem ein Curriculum erarbeitet wird, mit dem Ziel einer gemeinsamen beruflichen Grundbildung im ersten Ausbildungsjahr für kaufmännische und verwandte Berufe (GRZANNA/FÜRSTENAU 2010: 17). Vgl. für Mecklenburg-Vorpommern auch MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN (2007: 5).

²⁵⁰ Zum Beispiel Pläne im brandenburgischen Neuruppin zum Zusammenschluss des Gymnasiums, der Evangelischen Schule Neuruppin, des Oberstufenzentrums und einer Gesamtschule (Artikel vom 24.09.2012, „Gemeinsam lehren: Schulen suchen neue Wege“. www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1038962/). Einen Ansatz in diese Richtung bildet auch der im Landkreis Oberspreewald errichtete SeeCampus Niederlausitz, in dem ein Gymnasium und Teile des Oberstufenzentrums angesiedelt sind. Der Bau erfolgte im Rahmen einer Private-Public-Partnership, an dem sich auch ein Großunternehmen der Region beteiligte.

palette in der Region gehalten wird. [...] Ihr Innovationsgehalt – bezogen auf die Gestaltung der Infrastruktur – beschränkt sich auf das „intelligente“ Schrumpfen, bei dem an die Stelle der einfachen Streichung die planerisch-strategische Gestaltung tritt.“²⁵¹

3.2.4 Die räumliche Struktur der „neuen“ Berufsschullandschaften

Unter räumlichen Gesichtspunkten verweisen die Infrastrukturkonzepte auf eine weitere Konzentration von Bildungsangeboten in den größeren Zentren und auf eine deutliche regionale Ausdehnung des Einzugsbereiches. Für Sachsen-Anhalt stellte BARTL (2011) fest, dass sich 25 der 66 Berufsschulen in den drei städtischen Zentren Magdeburg, Halle und Dessau konzentrieren. Die Gutachten für Brandenburg gehen davon aus, dass in den berlinfernen Regionen und in den kreisfreien Städten jeweils kein vollständiges berufsschulisches Angebot mehr aufrechterhalten werden kann. Der berlinnähere Raum wird von Schließungen in geringerem Maße betroffen sein. Für die Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte sieht eine Variante die Stärkung der zwei bevölkerungsreichsten Städte der Region vor: das Oberzentrum Neubrandenburg und das Mittelzentrum Neustrelitz. Die empfohlene Schließung von Standorten betrifft in dieser Variante vor allem die Klein- und Grundzentren.²⁵²

Zum Tragen kommt die Ausrichtung an dem Leitbild der Stärkung der Zentren, wie es das Gutachten von HANSA ACCOUNTING (2004) sehr pointiert ausdrückt: Die Antwort auf rückläufige Schülerzahlen kann nur „die Entwicklung von leistungs- und wettbewerbsfähigen Schwerpunkten [bedeuten]. Das bedeutet quasi einen Rückzug von Infrastrukturen aus der Fläche. Diese [...] für die gesamte Bundesrepublik allgemein gültigen Entwicklungsprozesse [haben] für die vitalen Metropolen und Oberzentren eine deutlich geringere Auswirkung als für die Flächenländer. [...] Eine Zusammenfassung der gesamten Berufsschulbildung an das im Planungsgebiet zentral gelegene Oberzentrum Neu-

²⁵¹ BBR 2005: 105.

²⁵² BARTL 2011: 16; MICHAELI 2009: 49; PIW GMBH 2004: 47 ff.; BBR 2005: 70; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 3 ff.; HANSA ACCOUNTING 2004.

brandenburg wäre [...] möglich und würde den raumplanerischen Zielsetzungen entsprechen.²⁵³

Raumstrukturell zeichnen sich also zum einen intraregionale Unterschiede zwischen Oberzentren und dem ländlichen Raum mit seinen Klein- und Mittelstädten ab. Zum anderen wird auf interregionale Differenzierungen durch die spezifischen Bedingungen der Schulplanung in dünn besiedelten, weitflächigen Gebieten verwiesen.²⁵⁴ Teilweise folgt damit die Berufsschulplanung der Struktur von Ausbildungsmärkten in ländlich-peripheren Regionen. Diese sind durch eine Schwächung der Funktion von Klein- und Mittelstädten als Ausbildungszentren gekennzeichnet (vgl. Kapitel 2.3.3). Die Zentren „als Gewinner“ dieses Prozesses zu sehen, trifft allerdings nur begrenzt zu. Die Planungen sehen teilweise auch hier durch Profilierungen der Berufsschulen eine Reduktion des Angebotsspektrums vor. Zudem wurde darauf verwiesen, dass bei einer Reihe von Angeboten mit einer landesweiten Konzentration zu rechnen ist.

Für gehaltvollere Aussagen zu möglichen Disparitätenbildungen mangelt es noch an systematischen Vergleichen zwischen verschiedenen Raumtypen. Offen ist, ob die anvisierte Konzentration ein weiträumiges Phänomen in Flächenländern mit stark zurückgehenden Schülerzahlen ist oder ob bestimmte (ländlich-periphere) Teilräume davon besonders betroffen sind. Obwohl es laut dem Nationalen Bildungsbericht bereits Hinweise auf eine „gewisse Entkoppelung zwischen Ausbildungs- und Berufsschulort gibt“²⁵⁵, ist noch nicht klar, in welchem Ausmaß die Gutachterempfehlungen oder Konzepte umgesetzt worden sind. Zudem fehlen Kategorien, mit denen die Bedeutung von Konzentrationsprozessen für die Ausbildungssituation in ländlichen Regionen analytisch erfasst werden können. Der folgende Abschnitt analysiert die Kriterien, auf welche in den Planungen und Gutachten Bezug genommen wird. Zuvor wird auf weitere Einrichtungen berufsschulischer Infrastrukturen eingegangen, welche die Planungskonzepte und Gutachten ausklammern.

²⁵³ HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 27, 68; vgl. auch AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 177.

²⁵⁴ BUDDE 2007: 315.

²⁵⁵ Diese Hinweise werden nicht weiter konkretisiert (AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 177).

3.2.5 Weitere Einrichtungen der Berufsschullandschaften – Bildungsträger und Privatschulen

An der beruflichen Erstausbildung sind mit Bildungsträgern und den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) weitere Einrichtungen beteiligt. In Ostdeutschland entstand nach 1990 eine umfangreiche private Bildungsträgerlandschaft zur Ergänzung des betrieblichen Ausbildungsangebots. Es war „weder kurzfristig möglich noch politisch gewollt“, die staatlich geförderte, außerbetriebliche Ausbildung für marktbenachteiligte Jugendliche zur Kompensation des Lehrstellenmangels bei den öffentlichen Bildungseinrichtungen im großen Stil anzusiedeln. Daher etablierte sich solch eine marktwirtschaftliche Lösung. Die Bildungsträger „dienten als flexible „Puffer“ zur Schließung von Ausbildungsplatzlücken. [Es wurde nicht nur] in Kauf genommen, sondern war auch erwünscht, dass diese mit dem erwarteten Erstarken der betrieblichen Ausbildung wieder vom Markt verschwinden würden“.²⁵⁶ Es wird davon ausgegangen, dass der Rückgang der öffentlichen Förderung infolge der demografisch bedingt sinkenden Nachfrage zu Restrukturierungen, erhöhter Konkurrenz und „Marktbereinigungsprozessen“ in der Bildungsträgerlandschaft führt.²⁵⁷

Die Annahme von einer „Rückkehr zum rein Dualen System“ wird jedoch auch hinterfragt. Durch strukturelle Veränderungen ist ein Teil der Betriebe immer mehr auf Ausbildung in Kooperation mit Bildungsträgern angewiesen. Zu den Veränderungen gehören ein wachsender Theorieanteil oder steigende Anforderungen an die didaktische Kompetenz des Ausbilderpersonals. Nach GRÜNERT und WIEKERT (2005) haben Bildungsträger „inzwischen mehr als nur eine Hilfsfunktion bei der Bereitstellung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze“. Sie können regionale demografische Turbulenzen auffangen und sind wichtige Träger und Stützen von Ausbildungsverbänden. „Die weit verbreitete Erwartung einer bevorstehenden schnellen Normalisierung mit der Rückkehr zur reinen Logik des dualen Systems ist problematisch, weil sie eine Haltung des Abwartens legitimiert. [...] Eine wichtige Frage sei daher, wie durch das Zusammenspiel von verschiedenen Institutionen der beruflichen Bildung gerade in ganz überwiegend kleinbetrieblichen Strukturen eine hinreichende Qualität der Ausbildung

²⁵⁶ GRÜNERT et al. 2006: 14.

²⁵⁷ PIW GMBH 2003: 71, 74 (Zitat); BMBF (Hg.) 2009a: 36 f.; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 102.

gesichert werden kann.²⁵⁸ So werden künftige Potenziale in der Weiterbildung, in Ausbildungsverbänden, in Zusatzqualifikationen für leistungsstarke und Förderangebote für weniger leistungsstarke Auszubildende oder in dem Aufbau kostenpflichtiger schulischer Bildungsgänge gesehen, stärker finanziert durch private Mittel.²⁵⁹

Bei den Handlungsfeldern von Bildungsträgern in der beruflichen Erstausbildung müssen drei Segmente unterschieden werden: die Übernahme von Ausbildungsanteilen, die Betriebe nicht erbringen (können), die Berufsvorbereitung und Ausbildung für „benachteiligte“ Jugendliche, finanziert von Kommunen und/oder der Bundesagentur für Arbeit, und das Betreiben von kostenpflichtigen vollzeitschulischen Ausbildungsgängen. Bei der „Benachteiligtenausbildung“ wirken sie ergänzend zu den Angeboten der öffentlichen Berufsschulen und sind von der staatlichen Förderpolitik abhängig. Im letzteren Segment können sie eigeninitiativ agieren. Vollzeitschulische Ausbildung findet an sogenannten anerkannten Ersatzschulen statt. Das sind Berufsschulen in freier Trägerschaft, die von Bildungsträgern, Sozialwerken, kirchlichen Organisationen oder Personengesellschaften etabliert werden. Dieser Schultyp kann in einem ergänzenden Verhältnis zu den staatlichen Schulen stehen. Potentiell konkurrente Verhältnisse gibt es bei identischen Bildungsgängen.

Die anerkannten Ersatzschulen werden nicht in die Berufsschulplanung einbezogen. Allenfalls findet sich der Verweis auf ihren sehr geringen Anteil an der beruflichen Erstausbildung. Das fällt auf, weil in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg der Zahl privater Berufsschulen zu beobachten ist.²⁶⁰ Nach einem Gutachten der IES GmbH ist das Wissen über die Privatschullandschaft bei den Ländern teilweise unvollständig. Sie sind nur begrenzt „im Blick“, da die Länder nicht in gleichem Maße wie bei den öffentlichen Schulen für diesen Schultyp zuständig sind.²⁶¹ Die Bedeutung der beruflichen Ergänzungsschulen wird nach BÖTTCHER (2000) „in der Öffentlichkeit nicht erkannt oder unterbewertet, [...] die Früchte aber gerne vom gesamten Schulwesen und von der gesamten

²⁵⁸ GRÜNERT/WIEKERT 2005: 139 f.

²⁵⁹ BMBF (Hg.) 2009a: 36 ff.; HANSA ACCOUNTING GmbH: 102; www.bibb.de/uebs.

²⁶⁰ BARTL 2011: 12; vgl. auch WEILANDT 2011: 90.

²⁶¹ IES 2010: 33 ff.; vgl. auch KLEIN 2007: 10.

Gesellschaft entgegengenommen²⁶². Neben dem nachrangigen Stellenwert aus Steuerungsgesichtspunkten tritt die aktuelle bildungspolitische Ausrichtung an der Aufwertung des Dualen Systems hinzu. Da die anerkannten Ersatzschulen fast ausschließlich Träger vollzeitschulischer Angebote sind, verlieren sie in dieser Ausrichtung an Bedeutung für das (regionale) Qualifizierungsangebot. Die Kapitel 7 und 8 greifen die offenen Fragen und möglichen Widersprüche im Hinblick auf Regulierungsannahmen für diese Bildungseinrichtungen auf.

3.3 Orientierungen und Kriterien der aktuellen Berufsschulplanung

Schulentwicklungsplanung ist nach MEUSBURGER (1974) die „räumliche Verwirklichung der übergeordneten bildungspolitischen Ziele“. Sie muss sich im Planungsraum an der erwarteten Ausbildungsnachfrage und am Bedarf der Wirtschaft orientieren und ist auf raumplanerische Zielvorstellungen abzustimmen. „Hierfür sind auch die geographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Region [und] regionale Entwicklungskonzepte einzubeziehen.“²⁶³ Schulentwicklungsplanung muss sich so mit einer Reihe von Orientierungen und Zielen auseinandersetzen. Der folgende Abschnitt stellt dar, von welchen künftigen Entwicklungen die Planung ausgeht, und auf welchen Kriterien die empfohlenen Standortschließungen von Berufsschulen basieren.

3.3.1 Antizipierte Entwicklungen an den Ausbildungsmärkten

Die Fachplanungen und Gutachten beziehen sich für die Berechnung der künftig erforderlichen berufsschulischen Kapazitäten in unterschiedlicher Tiefe auf angenommene künftige Entwicklungen in der beruflichen Bildung. Fokussiert wird in erster Linie die Verteilung des Schülerzahlenrückgangs auf die einzelnen Sektoren der Berufsausbildung. Mehrheitlich wird trotz der Annahme einer rezessiven oder stagnierenden ökonomischen Entwicklung von einem steigenden Anteil Auszubildender im Dualen System und einem leichten Rückgang des Anteils von Schüler/innen in einer vollzeitschulischen Ausbildung ausgegangen. Die staatlichen Ausbildungsprogramme werden auslaufen. Die Schul-

²⁶² BÖTTCHER 2000: 10.

²⁶³ MEUSBURGER 1974: 11.

planung des Landkreises Bautzen formuliert explizit die Sicherung der dualen Ausbildung als vorrangig gegenüber schulischer Ausbildung. Stabil verbleibt der Anteil von Jugendlichen in den berufsvorbereitenden und in gymnasialen Bildungsgängen.²⁶⁴

Berufsschulen würden also wieder stärker auf dem marktwirtschaftlichen Modell basieren, dem nach ihr Angebot in erster Linie von dem Ausbildungsverhalten der Betriebe bestimmt wird. Dadurch sind sie wieder stärker eine von der Regionalökonomie „abhängige“ Infrastruktur. Zunehmend weniger muss mit ihnen aus dieser Perspektive aktive Berufsbildungspolitik betrieben werden. Die Fachplanungen beziehen sich allerdings kaum auf den teilweise kontroversen Diskurs um die Relevanz der schulischen Ausbildung. Den Dokumenten kann nicht entnommen werden, welche Relevanz die anvisierte Reduzierung der Ausbildungsgänge durch die Länder für die Berufsschulplanung hat.

Bezüglich berufsstruktureller Entwicklungen wird von keinem fundamentalen Wandel der Berufsfelder ausgegangen. Die Planung bezieht sich in der Regel auf die Struktur der abgeschlossenen Ausbildungsverträge der letzten Jahre.²⁶⁵ Das Prognostizieren der, für eine möglichst genaue Planung, kleinteiligen Entwicklungen in den einzelnen Ausbildungsberufen stößt allerdings schnell an Grenzen, insbesondere für längere Zeiträume. Dies wird von allen Gutachten reflektiert. Mit Unsicherheiten behaftet sind nicht nur Prognosen über die ökonomische Entwicklung und das Ausbildungsverhalten der Betriebe, sondern auch die kleinräumige Entwicklung der Schülerzahlen sowie das Berufswahlverhalten der Jugendlichen.²⁶⁶ Insgesamt spielen Strukturprobleme von ländlich-peripheren Regionen, wie weitere Versorgungsprobleme oder Friktionen am Aus-

²⁶⁴ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 44; PIW GMBH 2004: 19 ff.; HANSA ACCOUNTING GmbH (2004): 7 ff.; LANDKREIS BAUTZEN: 215. Beziehungsweise wurde auch vereinzelt mit Varianten gearbeitet, bei denen sich der Anteil vollzeitschulischer Ausbildung nicht verändert (PIW GMBH 2004: 19).

²⁶⁵ Unterhalb der Ebene der Berufsfelder ist jedoch durchaus von bedeutenden Veränderungen auszugehen (FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 44 ff.; PIW GMBH 2004: 32; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 17). Die PIW GMBH (2004) analysierte zudem die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und befragte Akteure aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Wesentliche daraus abgeleitete Annahme war eine weitere, negative Beschäftigungsentwicklung (PIW GMBH 2004: 21 ff.).

²⁶⁶ PIW GMBH 2004: 32 ff.; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 15, 34 ff.; KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT: 9; MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 12; KUKLINSKI 2006: 487.

bildungsmarkt, in den Infrastrukturplanungen kaum eine Rolle. Für den zentralen Planungsauftrag, der vor allem in der Berechnung der künftig erforderlichen Kapazitäten und deren Verteilung bestand, sind andere Kriterien relevant.

3.3.2 Kriterien bei der Gestaltung des künftigen Berufsschulnetzes aus der Planungsperspektive

Die aktuelle Auseinandersetzung mit der konkreten Gestaltung des Berufsschulnetzes wird von zwei, miteinander in Konflikt stehenden, Kernzielen getragen: dem Erhalt von Standorten in der Fläche auf der einen und der wirtschaftlichen Betreuung der Schulen und der Unterrichtsqualität auf der anderen Seite. Die Planungskonzepte loten die Vor- und Nachteile von Varianten aus, die unterschiedliche Grade der Konzentration vorsehen. Der besseren Erreichbarkeit und niedrigeren Mobilitätskosten bei geringer konzentrierten Standortsystemen stehen die Gewährleistung von Qualität und ein vielfältigeres Angebot in stark konzentrierten Schulnetzen gegenüber. Eine zentralisierte Struktur ermöglicht, unter den Land und Kommunen zur Verfügung stehenden Ressourcen, eine umfangreichere Ausstattung und Lehrpersonal mit stärkeren Spezialisierungen.²⁶⁷ Die meisten Gutachten sehen zwar eine erhebliche Reduzierung von Standorten vor, votieren aber nicht für die Variante mit der stärksten Zentralisierung. Grundorientierung ist in der Regel der Erhalt eines Standortes pro Landkreis mit einem reduzierten Angebotsspektrum. Bei der Entscheidungsfindung zu Erhalt, Profilierung und Schließung von Berufsschulen waren folgende Kriterien zentral:

Zentralität & Erreichbarkeit: Die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV und dem PKW gehört zu den wichtigsten Kriterien bei der Auswahl zu schließender Schulen. Darin gründet der Vorzug von Oberzentren beziehungsweise verkehrlich gut angeschlossenen Standorten. Dieses Kriterium wird eingebettet in das raumordnerische Ziel der Stärkung Zentraler Orte. Mit Blick auf die Bedürfnisse der Jugendlichen und des Lehrpersonals wird auf die attraktiveren Bedingungen in den Zentren abgehoben. Dazu zählen neben der Erreichbarkeit, der Gebäudezustand, Treffpunktmöglichkeiten für Jugendliche und ein gutes Handels-, Frei-

²⁶⁷ KRAMER 1998: 83; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 51; BMVBS/BBSR (Hg.) 2009a: 136; GARBE et al. 2011: 33.

zeit- und Dienstleistungsangebot. Ein wichtiger Hintergrund dafür ist, dass sich Jugendliche durch den Blockunterricht für längere Zeit in der Stadt aufhalten.²⁶⁸ Die teilweise miteinander in Konflikt stehenden Orientierungen der Zentrenstärkung und der Gewährleistung des Zugangs zu beruflicher Bildung werden unterschiedlich gewichtet. Das Konzept der PiW GMBH (2004) spricht sich gegen eine ausschließliche Konzentration auf Oberzentren aus, da nicht alle Jugendlichen gleichermaßen mobil sind, aus finanziellen oder aus Gründen der „mentalenen Beweglichkeit.“ Für die Planungsregion Spreewald-Lausitz wurde die Maxime formuliert, „im Einzelfall selbst dann Oberstufenzentren [...] zu erhalten, wenn es in Bezug auf ihre Größe nicht immer und in jedem Punkt den Vorgaben des Brandenburgischen Schulgesetzes entsprechen [kann]“.²⁶⁹

Die Planung von HANSA ACCOUNTING (2004) für mehrere Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern gewichtet die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Standorten und den Aspekt der Zentrenstärkung höher. Das Konzept favorisiert eine sehr starke Konzentration mit nur noch drei Standorten. Diese befänden sich dann in Neubrandenburg – „ausgehend von seiner oberzentralen Bedeutung, [...] den Kriterien der Erreichbarkeit und der Konzentration gewerblicher Betriebe sowie Dienstleistungsunternehmen [...]“ –, in Neustrelitz und in Waren. Die anderen Standorte sollten aufgrund ihrer Randlage und dünnen Besiedlung geschlossen werden.²⁷⁰ In der Schulplanung des Landkreises Bautzen wird zwar auf die wohnortnahe Ausbildung als ein vorrangiges Ziel verwiesen. Dieses müsse jedoch gegenüber dem Ziel der Qualitätssicherung durch die Konzentration von Berufsfeldern zurücktreten.²⁷¹

Lokales Auszubildenden- und Schüleraufkommen: Eng an das Kriterium Zentralität gebunden ist die Orientierung auf Standorte, in denen anteilig die meisten Jugendlichen leben, beziehungsweise auf Berufsschulen mit den höchsten Anmeldezahlen. Damit werden zugleich wirtschaftsgeographische Prägungen und fachliche Schwerpunkte berücksichtigt.²⁷²

²⁶⁸ HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 21 ff., (Zitat S. 25); PiW GMBH 2004: 37 f., 51; BBR (Hg.) 2005: 69; KULTUSMINISTERIUM des LANDES SACHSEN-ANHALT: 15.

²⁶⁹ PiW GMBH 2004: 37.

²⁷⁰ Diese Variante fand allerdings keine politische Zustimmung.

²⁷¹ LANDKREIS BAUTZEN: 215.

²⁷² PiW GMBH 2004: 51; BBR (Hg.) 2005: 68 f.; KULTUSMINISTERIUM des LANDES SACHSEN-ANHALT: 15.

Organisatorisch, didaktisch und pädagogisch tragfähige Standortgrößen: Ein weiteres Kriterium ist die Bildung von hinreichend großen Standorten. Hier geht es um Kosteneffizienz sowie die Gewährleistung der pädagogischen und didaktischen Vermittlung von Fachkenntnissen durch ein differenziertes Spektrum an Lehrangeboten oder durch den fachlichen Austausch des Lehrpersonals. Auch können durch die Zusammenfassung vieler Berufsfelder an einem Standort Schwankungen von Auszubildendenzahlen innerhalb oder zwischen Berufen leichter ausgeglichen werden. Basis der Berechnungen sind die Rahmenvorgaben der Länder zu den Mindestanzahlen der Berufsschulklassen und des gesamten Standortes. Das brandenburgische Schulgesetz gibt beispielsweise 20 (Vollzeit-)Klassen als Untergrenze für einen Standort an. Nach der Freien Planungsgruppe Berlin GmbH umfasst eine optimale Standortgröße etwa 600–800 Vollzeitschülerplätze. Ähnliches gilt auch für Sachsen-Anhalt. Die Schulentwicklungsplanungsverordnung Mecklenburg-Vorpommerns sieht 20 bis 40 täglich anwesende Klassen mit einer Mindestanzahl von, je nach Bildungsgang, 18 bis 26 Schüler/innen vor.²⁷³

Nachhaltige Nutzung von Investitionen: Schließlich votierten die Konzepte für Standorte, in deren Ausstattung und baulichen Zustand bereits investiert wurde, oder wo ein möglichst geringer Investitionsbedarf besteht. Eine Rolle spielte auch die vorhandene technische Ausstattung bei der Verortung von Berufsfeldern.²⁷⁴

Mit den Hauptkriterien Zentralität, räumliche Verteilung des Schüleraufkommens, Erreichbarkeit, Kapazitäten und bauliche Merkmale beziehen sich die Gutachten und Konzepte auf „klassische“ Planungsparameter. Mit diesen soll unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine Entscheidungshilfe gegeben werden. Entsprechend dem Auftrag, Ziel und verwendeten Methoden handelt es sich mehrheitlich um quantifizierbare Parameter. Darüber hinaus wird auf fol-

²⁷³ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 54; PIW GMBH 2004: 36; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 17 ff.; BBR (Hg.) 2005: 68 f.; KULTUSMINISTERIUM des LANDES SACHSEN-ANHALT: 15; KUKLINSKI 2006: 476, 489; MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 12.

²⁷⁴ PIW GMBH 2004: 51; HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 24; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 52; BBR (Hg.) 2005: 69.

gende, in der Regel nicht oder nur schwer operationalisierbare Kriterien Bezug genommen.

Die Dichte und Qualität der Bildungsinfrastrukturen, so der eher allgemein gehaltene Verweis, ist ein wichtiger weicher Standortfaktor für Familien und Betriebe. Trotz rückläufiger Jahrgangsstärken gelte es, die regionalwirtschaftliche Relevanz beruflicher Schulen zu beachten. Daher seien „Staat und Schulträger gehalten, trotz Demografie, trotz struktureller Veränderungen in der Wirtschaft und konjunktureller Schwankungen, durch ein stabiles Netz von berufsbildenden Schulen [...] ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region zu leisten“. Der Landkreis Bautzen fordert in seiner Schulnetzplanung, dass es im Bedarfsfall möglich sein muss, bei Ansiedlungen von Unternehmen auch neue Ausbildungsgänge an den Berufsschulen eröffnen zu können.²⁷⁵ Die Gutachter von HANSA ACCOUNTING hingegen relativieren diesen Zusammenhang, indem sie den Charakter der Berufsschule als eine „abhängige“ Infrastruktur betonen. Die Schule folgt den wirtschaftlichen Ausbildungsaktivitäten und nicht umgekehrt: „Kein Unternehmen siedelt sich an einem Standort an, weil gerade dort eine Berufsschule besteht.“ Sie kann aber ein positiver Faktor bei einer Ansiedlungsentscheidung sein.²⁷⁶ Verwiesen wird weiterhin auf das Image der Stadt, das die Bewertung von Berufsschulen vor allem aus Sicht der Auszubildenden beeinflusst und umgekehrt.²⁷⁷

Die Bedeutung einer Berufsschule „vor Ort“ für die Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen wird unterschiedlich, teilweise auch widersprüchlich bewertet. So sollten bei Standortentscheidungen besondere Beziehungen zwischen Betrieben und Berufsschule beziehungsweise entstandene Cluster, zum Beispiel in der Chemiebranche, berücksichtigt werden. In der Regel handelt es sich hierbei um Großunternehmen. Allerdings ist die „tatsächliche Standortgebundenheit [solcher Kooperationen] [...] schwer objektiv einzuschätzen, da die Bedeutung räumlicher Nähe für die Intensität und Qualität von Kooperationen keine zwin-

²⁷⁵ KUKLINSKI 2006: 488 (Zitat); PIW GMBH 2004: 34 ff.; vgl. auch FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 52 ff.; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 178; LANDKREIS BAUTZEN: 215.

²⁷⁶ HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 20. Zu diesem Befund kommt auch BÜHLER-CONRAD in einer Studie über Bildungseinrichtungen in schweizerischen Bergbaugebieten Anfang der 1980er Jahre (BÜHLER-CONRAD 1984: 141 ff.).

²⁷⁷ PIW GMBH 2004: 41.

gende Voraussetzung ist“. An anderer Stelle wird darauf verwiesen, dass Kooperationsbeziehungen einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des Ausbildungsangebotes leisten und räumliche Nähe die Chance zu einer wesentlich intensiveren Zusammenarbeit bietet. Diese Nähe ist auch Voraussetzung für einen direkten Kontakt von Berufsschüler/innen mit anderen Bildungseinrichtungen, zum Beispiel Fachhochschulen für Projekttag oder Studienberatung, „die damit einen gewissen [...] Beitrag zum Halten von qualifiziertem Nachwuchs in der Region leisten können“²⁷⁸. Insgesamt gelten Kooperationsbeziehungen und deren Voraussetzungen als ein weicher, kaum operationalisierbarer Faktor. Mit Ausnahme einzelner Großunternehmen wird in den Planungsdokumenten kaum auf die Fragen der Lernortkooperation Bezug genommen.

3.4 Regionale Bildungsbenachteiligung durch den Infrastrukturrückbau

Im Vergleich zu den Reaktionen auf die Schließungen zahlreicher Grund- und weiterführender Schulen in ländlichen Regionen war es um die Berufsschule eher still. Etwa ab dem Jahr 2011 ist eine Zunahme der öffentlichen Berichterstattung über anstehende Veränderungen beobachtbar.²⁷⁹ Bezüglich des räumlichen Zugangs zu Bildung ist bekannt, dass die „Distanzempfindlichkeit“ bei schulischen Infrastrukturen mit dem steigenden Alter der Kinder und Jugendlichen abnimmt. Das ist vermutlich ein Grund für die geringe Problematisierung von längeren Fahrtwegen zu den Berufsschulen in ländlichen Räumen. Im Gegensatz zu den Jahrzehnten nach 1945 kann heute offenbar davon ausgegangen werden, dass durch den Ausbau des ÖPNV sowie durch eine höhere Motorisierung kaum noch Erreichbarkeitsprobleme bestehen. Hinzu kommt die staatli-

²⁷⁸ PIW GMBH 2004: 39 f.; vgl. auch BBR (Hg.) 2005: 69 ff.

²⁷⁹ Einen interessanten Erklärungsansatz für die geringe öffentliche Wahrnehmung von Berufsschulen generell liefert Peter-Michael Rulff, Leiter des Berliner Berufsschulleiterverbandes. Er verweist darauf, dass die Mehrheit der gesellschaftlichen Entscheider einen akademischen Berufsweg aufweist, also die Berufsschule selber gar nicht als Ausbildungsinstitution erlebt hat (Artikel vom 12.9.2009 „Wir arbeiten einfach zu gut“. 30 Jahre Oberstufenzentren: Verbandschef Rulff über die Vorteile und Zukunft der Berufsschulen, www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2897620).

che Unterstützung von Mobilität²⁸⁰ und das Vorhandensein von Internaten, allerdings nicht flächendeckend. Auch findet die emotionale und soziale Loslösung vom Elternhaus heute in der Regel früher statt. Erhöhte Mobilität durch Konzentration von Infrastruktur, darauf verweist die Landjugendforschung, führt als ein Prozess der „Regionalisierung der Jugendkultur“ zudem zu einer Ausweitung des alltäglichen Handlungsradius. Eröffnet werden dadurch neue Formen der Vergesellschaftung in Peergroups.²⁸¹

Nur vereinzelt wird auf mögliche räumliche Bildungsbenachteiligungen verwiesen, zum Beispiel durch den Ausbildungsverzicht von Betrieben oder weil dies für Jugendliche ein Hindernis für eine bestimmte Berufswahl ist.²⁸² Wirtschaftsverbände befürchten durch lange Anfahrtswege zur Berufsschule einen zusätzlichen Nachteil für die Nachwuchsgewinnung. Die Attraktivität der Ausbildung sinke. Auch bestehe die Gefahr, dass Lehrlinge in der Probezeit die Ausbildung abbrechen, um sich eine Ausbildungsstelle mit geringerem Fahrtaufwand zu suchen. Das sei heute eher möglich, weil durch den Schülerzahlenrückgang mehr freie Ausbildungsplätze vorhanden sind.²⁸³

Von Seiten der Berufsschulen gibt es Bedenken, dass Betriebe auf eine andere Schule ausweichen, wenn die Wege länger werden.²⁸⁴ Problematisieren lassen sich auch erhöhte Mobilitätsanforderungen an „benachteiligte“ Jugendliche. Hier spielt eine möglichst wohnortnahe Beschulung eine besondere Rolle.²⁸⁵

²⁸⁰ So gibt es beispielsweise in Brandenburg Zuschüsse für Unterkunft und Verpflegung für Jugendliche in einer Ausbildung nach BBiG/HwO in Bundes-/Landesfachklassen oder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, „denen eine tägliche Anreise nicht zugemutet werden kann“, beziehungsweise wenn keine geeignete Schule vor Ort vorhanden ist (Brandenburgisches Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.8. 2002, § 99 (2), § 115, siehe auch Schulgesetz für das Land M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.11. 2010, § 102 (3)).

²⁸¹ BEETZ/NEU 2009: 54.

²⁸² GRZANNA/FÜRSTENAU 2010: 16; AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2010: 178.

²⁸³ Artikel vom 21.4.2013 „IHK drängt auf tragfähige Berufsschulnetzplanung in Thüringen“ www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/IHK-draengt-auf-tragfaehige-Berufsschulnetzplanung-in-Thueringen-1332439095; Artikel vom 2.2.2012, „Coiffeure verzweifelt gesucht. Friseurnachwuchs fehlt / Ausbildung am OSZ In Oranienburg ist in Gefahr“.

²⁸⁴ Artikel vom 21.03.2012, „Erste Probleme bei OSZ-Fusion“, www.moz.de/nachrichten/vermishtes/artikel-ansicht/dg/0/1/1014083/. Betriebe in Grenzlage etwa können einen Antrag auf Schulbesuch im Nachbarbundesland stellen.

²⁸⁵ Zum Beispiel im Schulgesetz des Landes M-V (SchulG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.9.2010: § 35 (1) „Bei Gewährleistung der räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen findet möglichst wohnortnah gemeinsamer Unterricht von Schülerin-

Auch bei Ausbildungen mit geringer oder gar keiner Vergütung stellt sich die Frage, inwiefern trotz staatlicher Unterstützungsmöglichkeiten erhöhte Mobilitätskosten zu Ausbildungsbarrieren werden können. Ob also, wie BACK postuliert, der Entfernung zu den beruflichen Schulen aufgrund des Ausbildungsalters von circa 16 bis 19 Jahren „eine relativ geringe Bedeutung“ zukommt, ist offen.²⁸⁶

Die Schwierigkeit der Einschätzung dieser Dimension gründet zum einen darin, dass die Erreichbarkeit von Berufsschulen keine rechtlich verankerte und präzierte Planungsgröße ist. Nach den Autoren des HANSA ACCOUNTING Gutachtens handelt es sich bei dem in den Schulgesetzen formulierten Ziel der möglichst ortsnahen Beschulung um einen „unbestimmten Ordnungsbegriff“, weil er „im Widerspruch zur Mindestgröße eines leistungsfähigen Schulbetriebes“, insbesondere in relativ dünn besiedelten Räumen steht.²⁸⁷ Das heißt, Distanzgrößen können von der Planung in einem gewissen Rahmen anderen Kriterien untergeordnet werden. Auch in der Berufsschulplanung kommt zum Tragen, dass die Debatte um Mindeststandards in der Daseinsvorsorge nur bedingt konkrete Orientierung gibt. Zum zweiten ist bisher nicht bekannt, dass ausgedünnte Berufsschulnetze zu ausgeprägten Dysfunktionalitäten bei der Integration in Ausbildung führen. Allerdings gibt es auch kein empirisch gesichertes Wissen über Zusammenhänge zwischen räumlichen Distanzen und beruflichen Einmündungsverläufen.²⁸⁸ Vergleichbares kann für die Bedeutung der räumlichen Nähe bei der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft festgehalten werden. Wie bei der Erreichbarkeit ist das Prinzip der Lernortkooperation rechtlich nur schwach verankert. Folglich verbleibt dieses in den Planungen als ein weicher Faktor, der hinter anderen Kriterien zurücksteht.

nen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf [...] statt“.

²⁸⁶ BACK (Hg.) 2006: 30.

²⁸⁷ Zum Beispiel die Verordnung über die Schulentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. Oktober 2005; § 1 (4); Brandenburgisches Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. August 2002, § 102, (1) 1. Die Formulierungen in den Schulgesetzen beziehen sich nicht auf einen bestimmten Schultyp, sondern generell auf die Schulinfrastruktur in staatlicher Verantwortung (HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 19).

²⁸⁸ Solche Untersuchungen stellen einen hohen Anspruch an das methodische Vorgehen, zum Beispiel die Frage, ob das Fehlen von wohnortnahen Berufsschulen zu einem Ausbildungsverzicht von Jugendlichen oder Betrieben führt.

Der zweite Aspekt von Chancengleichheit sind Bildungsangebote, die den regionalen Lehrstellenmangel kompensieren oder einen Qualifikationsbedarf aufgreifen. Dieser spielt ebenfalls kaum eine Rolle.²⁸⁹ Weitergehende Überlegungen in Richtung institutioneller Innovationen werden nur von HANSA ACCOUNTING (2004) angestellt: Es wäre mit Verweis auf die höhere Bedeutung der Wohnortnähe bei vollzeitschulischen Ausbildungsgängen zu prüfen, „ob bei Standort-schließungen einzelne Klassen [der vollzeitschulischen Ausbildung] allgemeinbildenden Schulen oder nahe gelegenen Berufsschulen angrenzender Planungsgebiete zugeordnet werden können“.²⁹⁰ Das Übergangssystem und die „Benachteiligtenausbildung“ werden gar nicht thematisiert. Demgegenüber spricht ihr die Berufsbildungsforschung eine wichtige Rolle für die Qualifizierungsarbeit zu. Sie sollte auch eine „zentrale koordinierende Funktion in der Benachteiligtenarbeit“ einnehmen und eine aktivere Rolle im Übergangmanagement spielen, etwa in der Zusammenarbeit mit Schulen.²⁹¹

Die in der Berufsbildungsforschung festgestellte regionale Ausdifferenzierung von Ausbildungsmärkten, die unterschiedlichen Konstellationen von Lehrstellen- und Bewerbermangel sowie die zunehmenden Passungsprobleme spielen für die konkrete Planung kaum eine Rolle. Fokus und Auftrag der Fachplanungen oder Gutachten ist die Berechnung der künftig erforderlichen Berufsschulkapazitäten, deren Verteilung im Raum und teilweise die Abstimmung und Umsetzung mit den verantwortlichen Akteuren.

In den 1960er bis 1980er Jahren wurden in der BRD Infrastrukturen unter der Frage des Ausgleichs von Strukturschwächen der Ausbildungsmärkte im ländlich-peripheren Raum thematisiert. Es ging um den Ausbau von Bildungsangeboten (nicht nur) in diesen Räumen wie auch um Fragen der Organisation des Berufsschulunterrichts. In der aktuellen Diskussion ist der Fokus anders. Die Planung ist vor allem auf die Berufsschule als eine „abhängige“ Infrastruktur orientiert. Es geht vorrangig um die Auswirkungen demografischer Entwicklungen

²⁸⁹ Wenn solche berufsbildungspolitischen Diskussionen stattfanden, wurde dies nicht in den Planungsdokumenten wiedergegeben.

²⁹⁰ HANSA ACCOUNTING GmbH 2004: 60.

²⁹¹ SEKTION BERUFS- und WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN 2009: 4; DOBISCHAT/MÜNK 2009: 35 ff.; WEISHAUP 2009: 64 f.; KUKLINSKI 2006: 485. Diese Konzepte gab es bereits in den 1990ern (vgl. CORNELIUS/OSMENDA 1988: 477 ff.).

auf das Bildungsangebot im Dualen System. Offenbar verliert eine bestimmte Form der Berufsbildungspolitik in ländlich-peripheren Räumen durch die sinkenden Schülerzahlen an Bedeutung. Es geht nicht mehr um die Kompensation von Strukturproblemen durch angebotsorientierte Ausbildungsstrategien. Das heißt nicht, dass den Berufsschulen generell keine gestaltende Funktion mehr zugesprochen wird, zum Beispiel in der angestrebten Weiterentwicklung zu regionalen Kompetenzzentren.

Offen ist, ob durch die demografische Entwicklung Strukturprobleme der Ausbildung in ländlich-peripheren Räumen obsolet werden. Denn wie im Kapitel 2 herausgestellt, bestehen Merkmale wie ein eingeschränktes Ausbildungsspektrum, ein Mangel an Angeboten für Frauen oder Integrationsprobleme bei „benachteiligten Jugendlichen“ unabhängig von der demografischen Entwicklung (weiter). Auch durch die kleinbetriebliche Prägung stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Verlustes von Berufsschulangeboten im Kontext der Lernortkooperation. Die geringe Problematisierung in den Planungsdokumenten und das aktuell eher randständige Dasein der räumlichen Dimension von Berufsschulen in der Berufsschulforschung legen nahe, dass Konzentrationen keine gravierenden Folgen für die Ausbildung in ländlich-peripheren Regionen haben (werden). Das fügt sich auch in die Feststellung von WEILANDT (2011) ein, dass das berufsbildende Schulwesen im Bezug auf seine infrastrukturelle Gestalt kaum je Gegenstand ausgeprägter, bildungsideologischer Auseinandersetzungen war.²⁹² Die öffentliche Berichterstattung zeigt hingegen, dass Konzentrationsplanungen mit teilweise überraschend kontroversen Auseinandersetzungen verbunden sind.

Insgesamt sind dem Forschungsstand allenfalls Hinweise auf die Entstehung neuer Benachteiligungen durch den Konzentrationsprozess zu entnehmen. Die vorgefundenen oder selbst angestellten Problematisierungen verbleiben vage. Sie können sich nur in geringem Maße auf empirische Befunde stützen. Ausgewählte Aspekte werden daher in der Empirie über die Rekonstruktion von Akteursperspektiven aufgegriffen. Sie sind auch Gegenstand des nächsten Abschnittes. Er betrachtet Infrastrukturkonzentration als einen durch Akteure mit ihren institutionellen Einbettungen gestalteten Prozess.

²⁹² WEILANDT 2011: 63.

3.5 Berufsschulsteuerung als Gegenstand von Kooperationen und Konflikten

BARTL (2011) fasst den Einfluss demografischer Entwicklungen auf den Bildungsbereich mittels der „Gestaltungsthese“. Demnach wirken demografische Veränderungen nicht unmittelbar auf das regionale Bildungssystem, sondern sind vermittelt durch „intervenierende Faktoren, wie die institutionelle Konstitution der einzelnen Bildungsbereiche oder Entscheidungen maßgeblicher Akteure“²⁹³.

Der Rückbau von Berufsschulen unter zurückgehenden Schülerzahlen gilt als ein, im Vergleich zur Gestaltung des allgemeinbildenden Schulnetzes, komplexerer Prozess. Das gründet in einer höheren Anzahl von Einflussfaktoren auf das berufliche Bildungsangebot und die -nachfrage sowie in der ausdifferenzierten Struktur dieses Bildungssystems.²⁹⁴ Damit verbunden ist eine höhere Anzahl daran beteiligter Akteure. Die Planung reflektiert diese Komplexität. Nach Einschätzung des Planungsbüros, welches das Konzept für das brandenburgische Berufsschulnetz entwarf, konnte „ein fachlich und räumlich ausgewogener Vorschlag“ anhand zentraler Parameter unterbreitet werden.²⁹⁵ Die Autoren des angeführten MOROS verweisen auf den, mit zunehmender Konkretheit „an Brisanz gewinnenden“ Anpassungsprozess.²⁹⁶

Nur im Rahmen des MORO „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen in den neuen Ländern“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung erfolgten tiefer gehende Reflektionen über die Rolle von Akteuren und Institutionen für die Berufsschulplanung. Es wurde insbesondere auf die Bedeutung der interkommunalen Kooperation abgehoben. Diese Kooperationsform verweist auf das wissenschaftliche und regionalpolitische Konzept der Regional Governance. Es bezeichnet eine veränderte Steuerung von Prozessen bezüglich

²⁹³ BARTL 2011: 4.

²⁹⁴ Zum Beispiel Fachklassen, verschiedene Schularten, wirtschaftliche Einflussfaktoren, die Attraktivität von Ausbildungsberufen oder die Überlagerung von sozioökonomischen Einflussfaktoren mit der demografischen Entwicklung (PIW GMBH 2004: 34; LANDKREIS BAUTZEN: 14; KULTUSMINISTERIUM des LANDES SACHSEN-ANHALT: 9).

²⁹⁵ PIW GMBH 2004: 52.

²⁹⁶ BBR (Hg.) 2005: 56 (Zitat); für allgemein gehaltene Verweise auf Konflikte vgl. MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 13; PIW GMBH 2004: 52.

neuer Akteurskonstellationen und Steuerungsinstrumente auf einer regionalen, durch funktionale Verflechtungen gekennzeichneten, Ebene. Kennzeichnend sind „Koordinations- und Steuerungsformen, die im Zusammenwirken staatlicher, kommunaler, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure auf regionaler Ebene angewandt werden“.²⁹⁷

In der Infrastrukturplanung muss, wie in anderen Bereichen auch, unterschieden werden zwischen Regional Governance als einem normativen Handlungsansatz und einem analytischen Konzept. Bei dem normativen Handlungsansatz geht es um eine bessere Aufgabenerfüllung und Ausweitung der Fähigkeit zur Selbststeuerung von Regionen durch Netzwerkbildung und funktionale Kooperationen auf Basis einer „gemeinsamen Einbindung in eine definierte Region“.²⁹⁸ KNIELING (2003) spricht bei Regional Governance von der Notwendigkeit einer „intelligenten Verzahnung hierarchischer und kooperativer Handlungsformen“²⁹⁹. Mit Regional Governance als einem analytischen Konzept können Steuerungsformen des Infrastrukturanpassungsprozesses betrachtet werden. Fragestellung ist hierbei nicht, inwiefern der Prozess als Regional Governance beschreibbar ist. Es sollen Kategorien des Konzeptes verwendet werden, um verschiedene Dimensionen und Ausprägungen von Steuerungsformen zu erfassen. Betrachtet wird unter anderem der Grad der Einbindung wirtschaftlicher und anderer Akteure. Governance ist demnach entweder mehr durch Intervention und Regulierung mit einem starken staatlichen Anteil oder auch durch einen gesellschaftlichen Anteil gekennzeichnet. Daran gekoppelt sind unterschiedliche Steuerungsformen. KEIM (2008) unterscheidet Kooperationen und Verhandlungen, Wettbewerb zusammen mit Anreizen und hierarchische Top-Down-Mechanismen mit verbindlichen Rechtsnormen. Regional Governance zeichnet sich durch kooperative Steuerung und Netzwerkbildung mit einem hohen Anteil an aushandelnden Kommunikationsformen aus.³⁰⁰ Auf die Berufsschulplanung angewandt spannt sich mit diesen Formen ein mögliches Spektrum auf, zwischen einer zentralen Rolle der selbstorganisierten, interkommunalen Abstim-

²⁹⁷ KEIM 2008: 178 f.; EINIG 2003: 479 f.; FÜRST 2003a: 441 f.

²⁹⁸ Zu weiteren Merkmalen des normativen Konzeptes vgl. FÜRST 2003a: 443 ff.

²⁹⁹ KNIELING 2003: 471.

³⁰⁰ KEIM 2008: 179; FÜRST 2003a: 441 ff.; KNIELING 2003: 467 ff.

mung unter Einbindung verschiedener Akteure an einem Ende und einer stark steuernden Rolle des Landes am anderen Ende (vgl. Kapitel 4.1).

Weil in den Dokumenten zum Berufsschulplanungsprozess Steuerungsaspekte nur sehr „sparsam“ thematisiert werden, wurden für die folgenden Abschnitte mit Fokus auf Brandenburg zusätzlich Informationen aus der öffentlichen Berichterstattung, im Wesentlichen der Tagespresse, herangezogen. Das Material bietet zwar nur einen selektiven Einblick. Es werden jedoch zusätzliche Akteursperspektiven sowie in den Gutachten und Planungen nicht dokumentierte Interessenkonstellationen und Konfliktlinien sichtbar.

3.5.1 Anpassung von Berufsschullandschaften durch interkommunale Kooperation

Nach den Veröffentlichungen zu dem oben angeführten MORO bedarf die Anpassung der Berufsschullandschaft einer interkommunalen Kooperation mit hohen Abstimmungs- und Dialoganteilen.³⁰¹ Angesiedelt wird der Abstimmungsprozess auf der regionalen Ebene. Es handelt sich um Planungsregionen oder Gebiete, die mehrere Landkreise und kreisfreie Städte umfassen. Hier bestehen bereits Verflechtungen durch auch überkreisliche Versorgungsfunktionen der Berufsschulen. Zudem ist diese Ebene unter Steuerungsgesichtspunkten geeignet, weil auf dieser unterschiedliche Organisationen (regionale Planungsgemeinschaften, Arbeitsämter, Wirtschaftsverbände etc.) agieren. Dadurch liegen für die Planung und Abstimmung wichtige Daten und Informationen vor.³⁰²

Bei der interkommunalen Kooperation geht es um die Überwindung von funktionalen Hemmnissen von räumlichen Verwaltungsgebietsgrenzen und um die stärkere Berücksichtigung räumlich-funktionaler Verflechtungen. Hier stehen sich „Gebietskörperschaften auf „gleicher Augenhöhe“ gegenüber [...] [sie]

³⁰¹ BBR (Hg.) 2005: 68 (Zitat); MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 14; BUDDE 2007: 324; PIW GMBH 2004: 52; GUTSCHE et al. 2008: 127 ff.

³⁰² BBR (Hg.) 2005: 68, 106; PIW GMBH 2004: 14, 50; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 51; BUDDE 2007: 324. Auch zwischen Bundesländern gibt es Abstimmungsbedarf (FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN: 51). Zum Teil wird die Planung an anstehende Kreisgebietsreformen gekoppelt. In M-V etwa soll eine Ausrichtung der geplanten Schulstruktur auf die entstandenen Großkreise erfolgen. Dadurch reduziert sich auch der Abstimmungsbedarf (MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 14; vgl. auch WEILANDT 2011: 70).

haben typischerweise die gleichen Problemlagen, da sie die gleiche Infrastruktur in der gleichen Form bereitstellen“. Es handelt sich um ein auf der Ebene der Regionen neues Feld und dennoch um den „Standardansatz zum Umgang mit Schrumpfung“. Kooperationen beruhen „auf der Einsicht, dass die Leistung dauerhaft nur durch gemeinsame Ressourcennutzung oder abgestimmte Angebote bereitgestellt werden kann“. Züge des normativen Regional Governance Ansatzes sind hier erkennbar. Es wird an die Ausbildung eines gemeinsamen Problembewusstseins appelliert, mit dem ein Kooperationen befördernder Rahmen geschaffen werden soll. Die Innovation, so die Autoren des MORO-Berichtes, liegt vor allem in der „nicht einfachen Überwindung kommunalpolitischer Interessenlagen zugunsten eines insgesamt günstigeren regionalen Gesamtangebotes“³⁰³.

Die Kommune ist bei dieser Regulierungsform der zentrale Akteur. Zugleich wird dem Land und überregionalen Institutionen, zum Beispiel regionalen Planungsverbänden, eine wichtige Funktion als Koordinations- oder Steuerungsinstanz zugesprochen. Denn eine rein auf dem kommunalen Blickwinkel basierende Berufsschulplanung führt zu suboptimalen Resultaten. Begründet wird das mit fachlichen und steuerungsbezogenen Erfordernissen. So ist die einzelne kommunale Planung zu begrenzt, um ein überregional ausgewogenes und tragfähiges Berufsschulnetz zu entwickeln. Das liegt zum einen an den hohen fachlichen Anforderungen. Nach KUKLINSKI (2006) werden diesen nicht alle Schulträger und -leiter/innen hinreichend gerecht, etwa im Hinblick auf eine adäquate quantitative Einschätzung des Schülerzahlenrückgangs oder differenzierten Prognosen.³⁰⁴ Zum anderen wird eher implizit angedeutet, dass teilweise auch die Eigeninteressen der Kommunen der Gestaltung eines tragfähigen Schulnetzes entgegen stehen entgegenstehen.³⁰⁵ In der medialen Berichterstattung sind prägnantere Töne zu finden: „Landräte und Oberbürgermeister klammern sich an die Schulen, [sie] sind nur in seltenen Ausnahmefällen bereit, ihr Kirchturn-

³⁰³ BBR (Hg.) 2005: 106.

³⁰⁴ KUKLINSKI 2006: 481 f., 493; PIW GMBH 2004: 50; BBR (Hg.) 2005: 68, 72; FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 51; KULTUSMINISTERIUM des LANDES SACHSEN-ANHALT: 15. Eine überkommunale Perspektive ist zudem erforderlich, wenn es um die Konzentration von Bildungsgängen auf zwei bis drei Standorte im gesamten Bundesland oder die Festlegung einer Landesfachklasse geht (BUDDE 2007: 324).

³⁰⁵ BBR (Hg.) 2005: 56 ff.; vgl. auch MINISTERIUM für BILDUNG, WISSENSCHAFT und KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN 2007: 13; PIW GMBH 2004: 52.

denken in dieser Angelegenheit aufzugeben.“³⁰⁶ Vor diesem Hintergrund verweist die Planung auf die Bedeutung „weicher“ Steuerungsinstrumente. Diese werden in dem Regional-Governance Konzept den Methoden der informellen Koordinierung zugerechnet.³⁰⁷ Dazu gehört die Bereitstellung von Expertisen und Daten, die Beratung der Kommunen, die Organisation von Abstimmungsprozessen (Arbeitsgruppen etc.) oder Moderationsverfahren durch überkreisliche Instanzen.

Die Abstimmung und Konzepterarbeitung in dem Modellvorhaben der Raumordnung „Ländliche Anpassungsstrategien“ wurde als kein leichter, aber weitestgehend erfolgreicher Prozess beschrieben. Auf Konflikte oder Widerstände konnte hier mit dem umfangreichen Einsatz „weicher“ Steuerungsinstrumente eingegangen werden. Wie sich der Prozess in Regionen ohne eine solche umfangreiche Begleitung³⁰⁸ gestaltet, ist anhand des vorliegenden Materials nicht beurteilbar. In der öffentlichen Berichterstattung finden sich Verweise auf die Bedeutung eines weiteren Steuerungsrahmens. Er kann bezeichnet werden als „Handeln, bevor das Ministerium handelt“. Dahinter steht das Bestreben der Landkreise oder Berufsschulen, gegebene Handlungsspielräume zu nutzen und so weitestgehend Autonomie zu wahren, bevor das Land eingreift.³⁰⁹ Die Möglichkeit eines Eingreifens des Landes kann regelrecht als drohendes „Damoklesschwert“ wahrgenommen werden. Dieses dient offenbar auch zur Disziplinierung bei politischen Kontroversen über das Berufsschulnetz im Kreistag: „Wenn wir nicht zustimmen [im Kreistag], dann könnte das ganze Konzept platzen und dann legt das Land fest, wo die Ausbildung erfolgt“, so ein Landrat aus Thürin-

³⁰⁶ Artikel vom 21.4.2013 „Bei Berufsschulen oft nur Kirchturm-Denken“, www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/TLZ-IHK-Gespraech-Bei-Berufsschulen-oft-nur-Kirchturm-Denken-230769436.

³⁰⁷ KEIM 2008: 180; FÜRST 2003a: 443f. GUTSCHE et al. (2008) u. a. sprechen bei der Berufsschulplanung von der Notwendigkeit eines „eines „regionalen Selbststeuerungs-Dialoges“ mit den Elementen Information, Transparenz, sektorenübergreifende Betrachtung, Konsensprinzip und der frühzeitigen Beteiligung von Betroffenen und Politik (GUTSCHE et al. 2008: 132).

³⁰⁸ In den MORO's wird für die Erarbeitung der Anpassungsstrategien ein hoher Bedarf an personellen Ressourcen der Regionalplanung konstatiert, die nicht im Rahmen von deren Pflichtaufgaben zu bewältigen sind (BBR (Hg.) 2005: 112).

³⁰⁹ Vgl. zum Beispiel Artikel vom 14.12.2009, „Aus zwei wird eins“, www.moz.de/index.php/Moz/Article/category/Frankfurt%2B%2528%20Oder%2529/id/308063; Artikel vom 25.4.2012, „Aufteilung noch in der Schwebe“, www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/018615/.

gen.³¹⁰ Auch im MORO wird darauf verwiesen, dass die Region noch einen eigenen Gestaltungsspielraum hat: „Die Konsensfähigkeit auf der regionalen Ebene wird darüber entscheiden, ob sie diesen nutzen kann oder zukünftig Dirigismus von oben zur ultima ratio erhoben wird.“³¹¹

Für die Organisation der Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen benennt das MORO neben der interkommunalen Zusammenarbeit einen zweiten Typus, die interinstitutionelle Kooperation. Sie bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Institutionen, „die in einem Handlungsfeld unterschiedliche Verantwortlichkeiten für ein gemeinsames (Teil-)Gebiet haben“, zum Beispiel Kommunen, staatliche Einrichtungen, private Akteure oder Verbände. Kennzeichnend ist die Einbindung in unterschiedliche hierarchische und/oder rechtliche Verhältnisse, die Bearbeitung unterschiedlicher fachlicher Teilthemen und verschiedene Perspektiven. Auch hier wird an die Notwendigkeit der Entwicklung einer gemeinsamen Verantwortung für das Thema appelliert.³¹²

Die Infrastrukturplanung über eine weitestgehend eigenständige, konsensuale Abstimmung zwischen Schulträgern ist eine mögliche Steuerungsform. Der folgende Abschnitt geht auf Kooperationsformen im Kontext von unterschiedlichen Hierarchieebenen sowie auf die Einbindung und Rolle der ausbildenden Wirtschaft ein.

3.5.2 Hierarchische Steuerungsformen

Für die Berufsschulplanung ist neben der Kooperation zwischen Landkreisen auch eine Abstimmung zwischen den Schulträgern und dem Land erforderlich. Der Kooperationsbegriff ist hier jedoch nicht immer zutreffend, insoweit auf eine Zusammenarbeit rekuriert wird, die eine „freiwillige“, gemeinsame Verantwortungübernahme voraussetzt. Das Land und der Schulträger stehen formal-gesetzlich nicht auf „gleicher Augenhöhe“. Das Land hat die Verantwortung für eine möglichst sinnvolle räumliche Verteilung seiner (begrenzten) Personal-

³¹⁰ www.poesneck.otz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/SOK-Kreistag-stimmt-Abbau-an-Berufsschulen-zu-926324415.

³¹¹ KAUFMANN/RAUTMANN 2003: 765.

³¹² BBR (Hg.) 2005: 107.

ressourcen an den Berufsschulen.³¹³ Einrichtung, Betreibung und Veränderungen der Schulen basieren dabei auf einem durch das Land genehmigten Schulentwicklungsplan.³¹⁴ Insofern beruhen die Abstimmungsprozesse zwischen Kommunen und Land auf einer gesetzlichen Regulierung der Berufsschule, bei der das Land auch auf hierarchische Steuerungselemente zurückgreifen kann. Wie diese eingesetzt werden, ob beispielsweise auf solche erst zurückgegriffen wird, wenn „weiche“ Steuerungsformen aus Sicht des Landes nicht zu dem notwendigen Ergebnis führen, kann anhand des Forschungsstandes nicht eindeutig beurteilt werden. Auch steht dem Land als Steuerungsmittel die Bindung von Investitionsmitteln an interkommunale Abstimmungsprozesse zur Verfügung.³¹⁵ In dem Spannungsfeld von lokaler und zentraler Steuerung und bezüglich der Rolle der Wirtschaft zeigten sich folgende weitere Ausprägungen.

3.5.3 Kritik an zentral gesteuerter Konzentration

Die Berichterstattung über Kontroversen in der Berufsschulplanung zwischen einzelnen Schulträgern und dem Land zeigt, dass auch der drohende Verlust von einzelnen Bildungsgängen hohes Konfliktpotenzial birgt. Dieses entzündete sich beispielsweise an einer durch das Land Brandenburg vorgenommenen Veränderung der Einzugsgebiete für bestimmte Ausbildungsberufe im Dualen System. Dadurch verloren einige Berufsschulen ihre bisherigen Bildungsgänge. Die Kritik richtete sich auf das Verfahren, in das sich die Schulträger nicht einbezogen fühlten. Auch wurde die Entscheidung fachlich in Frage gestellt. So sollte in einem Fall ein Bildungsgang von einem kleineren Zentrum an die Berufsschule des nächstgelegenen Mittelzentrums verlagert werden. Dem Land wurde vorgeworfen, in seiner Entscheidung mehr von der Vorbereitung auf die nächste Kreisgebietsreform geleitet zu sein und nicht die lokalen Ausbildungsbedingungen zu berücksichtigen. Die Kommune führte an, dass sich die Wirtschaft für

³¹³ HANSA ACCOUNTING GMBH 2004: 117.

³¹⁴ Für Brandenburg vgl. brandenburgisches Schulgesetz § 102 (5). www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.47195.de. In M-V soll nach Nr. 1177 der Koalitionsvereinbarung 2006 in der Berufsschulplanung „im Interesse einer ausgewogenen Landesentwicklung das Land die Initiative ergreifen“ (MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR M-V (2007): 4).

³¹⁵ Dadurch steht nach MAUTHE „den Eingriffen der Länder in den kommunalen Kompetenzbereich [...] keine adäquate Mitwirkung der Städte und Gemeinden an den inneren Schulangelegenheiten gegenüber“ (MAUTHE 1996: 14 ff.).

ihren Standort ausgesprochen habe und sich hier nicht weniger Auszubildende als an der neu anvisierten Berufsschule befinden. Zudem besitze der neue Standort kein Wohnheim. Zwar bedeutet die Verlagerung eines Ausbildungsganges keine Standortschließung, befürchtet wird aber von den Kommunen das Resultat eines als Salamtaktik bezeichneten Vorgehens. Demnach drohe bei einem nach und nach erfolgenden Verlust einzelner Bildungsgänge am Ende doch die Schließung der Berufsschule. In einigen der öffentlich berichteten Fälle engagierten sich die betroffenen Kommunen und Berufsschulen aktiv für eine Rücknahme der Festlegungen des Landes. Das Spektrum reichte von persönlicher Vorsprache und Intervention beim Ministerium, über den Einbezug der Bürger/innen bis zu Erwägungen, rechtliche Schritte einzulegen.³¹⁶

3.5.4 Mangelnde zentrale Steuerung des Anpassungsprozesses

Der Kritik an einer starken Top-Down Steuerung entgegengesetzt ist der Vorwurf eines zu geringen Eingreifens des Landes in die Berufsschulplanung. Dies brachten Akteure aus Wirtschaft und Politik in Thüringen in die Öffentlichkeit ein. Die aktuelle Situation wird von der Industrie- und Handelskammer als „Kleinstaaterei“ bezeichnet. Es herrscht eine sehr geringe Planungssicherheit über die Standorte. Bei kurzfristigen Änderungen kann sich zudem für die Auszubildenden die Distanz zwischen Berufsschule und Wohnort verdoppeln oder verdreifachen, mit entsprechenden finanziellen Folgen.³¹⁷ Gefordert wird eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen, „die eine stärkere Regulierungsmöglichkeit durch das Land vorsehen soll, sofern die zuständigen Schulträger keine Vereinbarungen vor Ort erzielen können“. Ähnlich äußerte sich auch ein

³¹⁶ Artikel vom 26.5.2012, „Stadtverordnete wollen in Potsdam protestieren“; www.maer-kische-allgemeine.de/cms/beitrag/12333988/61129/Unverstaendnis-ueber-die-Absicht-des-Landes-OSZ-Ausbildungsgaenge.html; Artikel vom 14.3.2013 „OSZ verliert Schüler“, www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1118160/; Artikel vom 15.8.2012 „Wir wollen niemanden aufs Glatt eis führen“; Artikel vom 14.3.2013 „OSZ verliert Schüler“, www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1118160/; Artikel vom 8.6.2012 „Zweite Chance für Zehdenick“, www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1024320/.

³¹⁷ Artikel vom 21.4.2013 „IHK drängt auf tragfähige Berufsschulnetzplanung in Thüringen“, www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/IHK-draengt-auf-tragfaehige-Berufsschulnetzplanung-in-Thueringen-1332439095.

Vertreter der Oppositionspartei DIE LINKE, der von einem „Entscheidungsstau auf den verschiedenen Ebenen“ spricht.³¹⁸

3.5.5 Zur Einbindung und Rolle der Wirtschaft

In den Planungsgutachten wird neben den Auszubildenden auf die Einbindung und Berücksichtigung des Bedarfes der Wirtschaft verwiesen. Das liegt nahe, denn der größte Teil der Bildungsgänge an der Berufsschule hängt von dem Ausbildungsverhalten der Wirtschaft ab. Streng genommen handelt es sich jedoch nicht um notwendige interinstitutionelle Kooperationen. Die Organisation der Berufsschulen liegt in staatlicher Hand. Es besteht keine formale gemeinsame Verantwortung. Die Wirtschaft hat keine rechtliche Weisungs- oder Entscheidungsbefugnis für die Berufsschulorganisation. Auch legen die oben angeführten Befunde zur Kooperation zwischen Betrieb und Berufsschule nahe, dass der Standort einer Berufsschule für die meisten Unternehmen eine eher nachrangige Rolle spielt. Demgegenüber berichteten die Medien über eine Reihe von Fällen, in denen sich Verbände, Innungen, Groß- und Kleinbetriebe kritisch zu aktuellen Infrastrukturanpassungen äußern oder aktiv einbringen.³¹⁹ Einzelne Unternehmen intervenierten erfolgreich gegen eine geplante Konzentration von Bildungsgängen beziehungsweise erwirkten durch Stellungnahmen den Erhalt ihres Ausbildungsberufes an der Berufsschule. Wie oben erwähnt, positionierte sich beispielsweise die IHK Thüringen aktiv zur aktuellen Berufsschul-

³¹⁸ THÜRINGER MINISTERIUM für WIRTSCHAFT, ARBEIT und TECHNOLOGIE (Hg.) 2010: 16 (Zitat), 23; Artikel vom 21.4.2013 „Bei Berufsschulen oft nur Kirchturm-Denken“, www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/TLZ-IHK-Gespraech-Bei-Berufsschulen-oft-nur-Kirchturm-Denken-230769436; Rede von Matthias Bärwolff (DIE LINKE) am 17.06.2010 (Plenarprotokoll 5/024) zur ersten Beratung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes (Gesetz zur Verbesserung der Berufsschulnetzplanung). Unklar bleibt, warum die aktuellen Gesetzesgrundlagen in Thüringen dafür nicht ausreichen.

³¹⁹ Artikel vom 21.4.2013 „Bei Berufsschulen oft nur Kirchturm-Denken“, www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/TLZ-IHK-Gespraech-Bei-Berufsschulen-oft-nur-Kirchturm-Denken-230769436; Artikel vom 14.03.2013 „OSZ verliert Schüler“, www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1118160/; Artikel vom 30.08.2012, „Starkes Signal. Andreas Röhl über die Flut an neuen Fleischerlehrlingen am OSZ In Zehdenick“ www.maerki-scheall-gemeine.de/cms/beitrag/12384332/61129/Andreas-Roehl-ueber-die-Flut-an-neuen-Fleisch-erlehlrungen.html; Artikel vom 15.08.2012 „Wir wollen niemanden aufs Glatteis führen“, www.maerki-scheallgemeine.de/cms/beitrag/12376303/61129/Bildungsmi-nisterium-wider-spricht-OSZ-Zehdenick-werdenicht-benachteiligt-Wir.html; Artikel vom 2.02.2012, „Coiffeure verzweifelt gesucht. www.maerki-scheallgemeine.de/cms/beitrag/12269418/61129/Friseurnachwuchs-fehlt-Ausbildung-am-OSZ-in-Oranienburg-ist.html“.

planung.³²⁰ Insgesamt gehen aus dem vorhandenen Material zwei Motive für das Engagement der Wirtschaft in der Berufsschulplanung hervor: der drohende Verlust eingespielter, gewachsener Kooperationsbeziehungen zwischen Betrieben und Berufsschule durch Verlagerung eines Bildungsganges und die Befürchtung, dass durch weite Anfahrtswege zur Berufsschule die Attraktivität des Ausbildungsplatzes sinkt.³²¹

3.5.6 Angebotsorientierte Ausbildungsformen im Spannungsfeld von zentraler Steuerung und lokaler Gestaltung

Die Steuerung der Berufsschullandschaft umfasst auch die staatlich getragenen und privaten beruflichen Bildungsangebote. Sie können auch als angebotsorientierte Ausbildungsformen bezeichnet werden. Das heißt, eine staatliche oder private Berufsschule bietet eine schulische Ausbildung an, die von einer entsprechenden Nachfrage der Jugendlichen abhängt. Demgegenüber ist das Berufsschulangebot im Dualen System insofern nachfrageorientiert, als dass die Berufsschule nicht eigenständig den Bildungsgang anbieten kann, sondern von dem Ausbildungsumfang der Betriebe abhängt.

Nach der medialen Berichterstattung und der Berufsschulstatistik werden parallel zu Konzentrationen und Standortschließungen auch neue vollzeitschulische Ausbildungsgänge an Berufsschulen eröffnet.³²² Aus Steuerungsperspektive interessant sind zwei Aspekte. Die Etablierung dieser Ausbildungsgänge geht offenbar vielfach auf lokale Initiative zurück, entweder durch die Schule oder die kommunale Verwaltung. Offen ist, welche Regulierungsmuster dahinterste-

³²⁰ www.poesneck.otz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/SOK-Kreistag-stimmt-Abbau-an-Berufsschulen-zu-926324415; Artikel vom 21.4.2013 „Bei Berufsschulen oft nur Kirchturm-Denken“, www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/TLZ-IHK-Gespraech-Bei-Berufsschulen-oft-nur-Kirchturm-Denken-230769436.

³²¹ Auch von Seiten der Berufsschule werden die „gewachsenen Strukturen in der Zusammenarbeit“ mit den Betrieben als durch den Konzentrationsprozess gefährdet angesehen (MICHAELI 2009: 50).

³²² Artikel vom 10.01.2012, Neue Bildungsgänge am OSZ Teltow Medien und Kommunikation im Blickpunkt, www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12255377/60709/Medien-und-Kommunikation-im-Blickpunkt-Neue-Bildungsgaenge-am.html; Artikel vom 25.02.2011 Tag der offenen Tür am Oberstufenzentrum in Zehdenick, www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12023924/61129/Tag-der-offenen-Tuer-am-Oberstufenzentrum-in-Zehdenick.html; Artikel vom 21.02.2011, Der Sozialassistent ist neu am Oberstufenzentrum Strausberg, www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/283492.

hen. Die Frage nach den Steuerungsformen stellt sich auch mit Blick auf das Wachstum von Berufsschulen in freier Trägerschaft. Der Regulierungsrahmen privater Schulen ist eine Mischung aus marktförmigen und staatlichen Elementen: marktförmig, weil sich die Privatschulen zu einem gewissen Anteil aus den Teilnehmerentgelten finanzieren und somit auch anders wirtschaften können und müssen, – staatlich, weil ihre Betreuung von der Genehmigung des Landes abhängt, das an der Finanzierung des Lehrkörpers beteiligt ist. Diese Bedingungen verweisen teilweise auf einen „Quasi-Markt“. Von einem solchen spricht die Forschung zur Schulsteuerung im allgemeinbildenden Bereich in britischen oder us-amerikanischen Schulsystemen bei einer Stärkung der „Konsumenten-souveränität“ durch Ausweitung des Einflusses der Eltern, [...] der Erweiterung der Schulwahlmöglichkeiten sowie der Erhöhung der Angebotsvielfalt durch Dezentralisierung“³²³.

Unklar ist, ob mögliche Konkurrenzen zwischen staatlichen und privaten Berufsschulen bildungspolitisch erwünscht sind, oder ob die Steuerung des Landes nicht so tief reicht. Der Forschungsstand gab Hinweise darauf, dass die Steuerung des Schulberufssystems offenbar nicht ausschließlich systematisch am (regionalen) Qualifikationsbedarf ausgerichtet ist. Mit LEHMPFUHL (2004) kann das auf eine relativ geringe Regelungsdichte der Schulentwicklungsplanung zurückgeführt werden. Dadurch sind „Intensität und Qualität der Planung auf kommunaler Ebene zumindest in einigen Bundesländern weitgehend ins Belieben der hierfür verantwortlichen Schulträger gestellt. [...] Planung beschränkt sich stattdessen auf eine einfache Fortschreibung des vorhandenen Bestandes, die sich bestenfalls an der künftig zu erwartenden Nachfrage nach beruflicher Bildung in Gestalt der Absolvent/innen des allgemein bildenden Schulwesens orientiert.“³²⁴

3.6 Berufsschulsteuerung – ein raum- und akteurspezifisch vermittelter Prozess

Auf den Schülerzahlenrückgang in Ostdeutschland reagieren die Bundesländer und Kommunen mit einer räumlichen Restrukturierung der Berufsschullandschaft. Das umfasst die (geplante) Schließung ganzer Standorte und/oder die

³²³ WEISS 1993: 71.

³²⁴ LEHMPFUHL 2004: 22.

Zentralisierung einzelner beruflicher Bildungsangebote. Es werden sich großflächigere Ausbildungsräume konstituieren, die in der Regel mehrere Landkreise umfassen. Das Netz berufsschulischer Angebote wird weitmaschiger und die Anfahrtswege länger. Grundsätzlich wird auf eine Stärkung der größeren Zentren orientiert. Die Planung begründet das mit der Überlagerung von sinkenden Schülerzahlen und einer geringen Ausbildungsdichte in dünner besiedelten Räumen. Tendenziell folgt die Berufsschulplanung damit jener Struktur von Ausbildungsmärkten, die im Kapitel 2.3.3 als ländlich-periphere Typik bezeichnet wurde. Das heißt zum einen, die Bedeutung von Klein- und Mittelstädten als Ausbildungsstandorte sinkt. Zum anderen kann aber auch in größeren Zentren kein vollständiges Ausbildungsangebot mehr aufrechterhalten werden. Die verfügbaren Dokumente verweisen zudem auf länderspezifische Unterschiede. In Mecklenburg-Vorpommern scheint die Konzentration auf die Zentren besonders ausgeprägt zu sein, während in Brandenburg das Netz nach den Gutachterempfehlungen weniger weitmaschig gestaltet werden soll.

Aus Perspektive der Raumordnung wird darauf verwiesen, dass im nordostdeutschen Raum der „Ansatz des Ausgleichs oder der Arbeitsteilung zwischen strukturschwachen und wirtschaftlich stärkeren Räumen einer Region aufgrund der großräumigen flächendeckenden Strukturprobleme“ nicht greift.³²⁵ Das gilt auch für die Betreibung der Berufsschulnetze in der bisherigen Form. Zu den geographischen Merkmalen weitflächiger, dünn besiedelter Räume tritt die „Schwächung“ der größeren Städte als Ausbildungszentren als Folge von Peripherisierungen und Strukturwandel hinzu. Gleichwohl ist aufgrund des Fehlens räumlich vergleichender Untersuchungen nicht eindeutig erkennbar, inwiefern dies eine generelle Entwicklung in ländlichen Räumen ist oder ob hier ein besonderer „Strukturzusammenhang“ zum Tragen kommt.

Wie auch die Planung reflektiert, sind die Anpassungsprozesse über das Handeln von Entscheidern der politischen und administrativen Ebene vermittelt. Die zum Tragen kommenden Steuerungsmuster und Akteurskonstellationen sowie damit verbundenen möglichen Konflikte, Widersprüche und Folgen sind wissenschaftlich noch weitestgehend unbearbeitet. Die Planung bezieht sich vorrangig auf die notwendige interkommunale Kooperation. In den hohen fachli-

³²⁵ BBR (2005): 116.

chen Anforderungen und der notwendigen „Überwindung“ kommunaler Eigeninteressen gründet hierbei die Bedeutung einer koordinierenden Instanz, wie regionale Planungsverbände, um ein künftig tragfähiges Schulnetz zu entwickeln. Eine gelingende Abstimmung mit Hilfe einer intensiven Begleitung wie in den Modellvorhaben der Raumordnung ist jedoch nur eine Ausprägung der Steuerung.

Die mediale Thematisierung verweist darauf, dass sich der Anpassungsprozess im Spannungsfeld unterschiedlicher Steuerungsauffassungen und Interessen zwischen Kommunen und dem Land vollzieht, in den auch die Wirtschaft involviert ist.³²⁶ Den Ländern stehen gesetzlich verankerte Instrumente zur Verfügung, mit denen sie auf hierarchischem Wege steuern beziehungsweise steuern können. Durch „Widerstand“ oder aktives Engagement können sich kommunale Akteure offenbar jedoch auch Handlungsspielräume für den Erhalt von Infrastrukturen eröffnen. Offen bleibt, in welchem Umfang die Berufsschullandschaft durch die erfolgreiche Vertretung lokaler Auffassungen geprägt wird. Das Eingehen auf die jeweiligen kommunalen Interessen kann aus der übergeordneten Steuerungsperspektive des Landes im Widerspruch zu einer möglichst sinnvollen Verteilung der begrenzten Personalressourcen stehen. Das deutete sich in der beobachteten Kritik an einer mangelnden zentralen Steuerung an.

Im Gegensatz zu der in der Planung dominierenden Konzeptualisierung von Berufsschulen als eine vorrangig „abhängige“ Infrastruktur, wurde deutlich, dass diese auch als Akteur die Bildungslandschaft prägt. Das heißt, sie kann durch angebotsorientierte Ausbildungsstrategien das Angebot einer Region mitgestalten. Darauf verwiesen zwei Beobachtungen: die Neueröffnung vollzeitschulischer Bildungsgänge und eine steigende Anzahl von privaten Berufsschulen trotz sinkender Schülerzahlen. Verliert mit den sinkenden Schülerzahlen die angebotsorientierte Funktion von Berufsschulen in ländlich-peripheren Regionen tatsächlich an Bedeutung? Auch bezüglich des Wachstums von Schulen in freier Trägerschaft gibt der Forschungsstand keinen Aufschluss über Regulierungsformen, gerade mit Blick auf Konkurrenzen zu den staatlichen Berufsschulen in dünn besiedelten Räumen.

³²⁶ Die Aufführung unterschiedlicher Ausprägungen der Steuerung des Infrastrukturrückbaus ist als eine erste „Auffächerung“ von Steuerungskonstellationen zu verstehen, die es in der Empirie auszuarbeiten gilt.

Das folgende Kapitel überführt die Reflektionen des Forschungsstandes in eine Forschungsheuristik mit raum- und institutionstheoretischen Bezügen und in eine ausdifferenzierte Fragestellung.

4 Forschungsheuristik und Methodik

4.1 Raum- und institutionentheoretische Bezüge der Infrastruktursteuerung

Berufliche Bildung hat unterschiedliche Raumbezüge. Der am meisten verwendete Begriff der Region spielte unter dem Stichwort „Regionalisierung der beruflichen Bildung“ bereits in den 1960er und 1970er Jahren eine wichtige Rolle. Mit Bundesprogrammen wie „Lernende Regionen“ oder „Regionales Übergangsmanagement“ ist auch aktuell die räumliche Einbettung beruflicher Bildung ein wichtiger Bezugspunkt in der Bildungspolitik und Regionalforschung.³²⁷ Eine analytische Explizierung der Raumbezüge ist jedoch selten anzutreffen.³²⁸ KALISCH (2011) unterscheidet bei dem Regionsbezug von beruflicher Bildung zwischen der Entstehung von Ausbildungsregionen durch Interaktionen von Akteuren zum einen und einem Gebiet, in dem berufliche Ausbildung stattfindet, zum anderen. Sie arbeitete folgende Dimensionen als Analyseebenen heraus (vgl. Tabelle 3).

³²⁷ KALISCH 2011: 90 ff.; KUTSCHA/HÖVELS 2001: 9 ff.; GERLACH/HAMM 2003.

³²⁸ Vgl. für eine kritische Analyse der Raumbezüge im Ansatz der „Lernenden Regionen“ zum Beispiel BÜRKNER 2004a.

Tabelle 3: Regionsbezüge in der beruflichen Erstausbildung nach Kalisch³²⁹

„Region als Wirtschaftsraum“	Einfluss der regionalökonomischen Struktur auf das betriebliche Ausbildungsangebot
„Kulturell-historische Dimension – Region als Kulturraum“	Bedeutung von regionalen Traditionen für die Ausbildungskultur (zum Beispiel Musikinstrumentenbau oder Bautraditionen)
„Subjektorientierte Dimension – Region als Lebens-, Arbeitsraum“	bezeichnet die regionalen Berufsmöglichkeiten, Mobilitätsanforderungen etc., die eng mit der individuellen Zufriedenheit zusammenhängen
„Region als bildungspolitischer Gestaltungs- und Koordinationsraum“	bezieht sich auf die unterschiedlichen Zuständigkeitsräume verschiedener Akteure (Kammern, Verbände, Berufsschulen, Bund etc.) und unterschiedliche Zielstellungen neue Ansätze verweisen auf erheblichen Koordinationsbedarf der an beruflicher Bildung beteiligten Akteure
„Bildungsinhaltliche Dimension – Region als Bildungsraum“	regionale Aspekte bei der inhaltlichen Gestaltung von Bildung, etwa regionale Produktionsverfahren und Curricula

Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Raumbezüge sind miteinander verwoben. Die Berufsbildungs- und Raumforschung rückt je nach Fragestellung einzelne Dimensionen in den Vordergrund. Auch sind an diese Raumbezüge spezifische Diskurse angelagert. Für den Regionsbegriff identifiziert KALISCH (2011) drei Linien. Er steht entweder primär als Planungs- und Versorgungsraum, als Wirtschafts- oder als Gestaltungsraum im Fokus. Je nachdem wird berufliche Bildung als ein öffentliches Gut, als Standortfaktor oder als Element bei der Gestaltung regionaler Bildungsräume betrachtet. Die Sichtweisen der Akteure auf die Region wurden bislang nur wenig untersucht.³³⁰

Teile der Raumbezüge lassen sich auch auf die Struktur und Planung beruflicher Infrastrukturen anwenden: die Unterscheidung von Regionen als Planungs- und Versorgungsräume, als Interaktionsräume, die in den Räumen vorfindbaren Merkmale sowie die Relevanz der räumlichen Ebene, die Infrastrukturen berufsbildungspolitisch zugemessen wird (vgl. Tabelle 4). Berufsschulplanung ist in

³²⁹ KALISCH 2011: 95 ff.; vgl. auch DERENBACH 1985: 10 f.

³³⁰ KALISCH 2011: 92, 228.

das materielle Substrat, vor allem in ökonomische und demografische Rahmenbedingungen, eingebettet. Die Region als Wirtschaftsraum bildet den zentralen Einfluss der Regionalökonomie auf die Ausbildungsstrukturen ab. Im Zusammenspiel mit demografischen Entwicklungen prägen diese das Geschehen auf den regionalen Ausbildungsmärkten. Siedlungsstrukturelle Merkmale definieren eine weitere wichtige Rahmenbedingung.

Tabelle 4: Räumliche Bezüge von Infrastrukturgestaltung und -steuerung in der beruflichen Bildung

Strukturelle, regionale Rahmenbedingungen	
Region als Wirtschaftsraum	Einfluss der regionalökonomischen Struktur auf das betriebliche Ausbildungsangebot und damit dem Ausbildungsmarkt
Region als „demografischer Raum“	Einfluss der Schülerzahlen auf den Ausbildungsmarkt
Region als siedlungsstruktureller Raum	Thematisierung, Gestaltung von Infrastrukturen mit Bezug auf die Siedlungsstruktur und -dichte
Berufsbildungspolitische Relevanz der regionalen Ebene	
Regionale Bedeutung der Berufsschule	Relevanz der lokalen Berufsschulinfrastruktur für Bildungsgerechtigkeit, Integrationschancen oder als Standortfaktor und Element der Regionalentwicklung
Kooperationsebene	Räumlicher Bezug der Lernortkooperation
Die Räume der Steuerung	
Region als territorialadministrativer Planungsraum	Steuerung beruflicher Infrastrukturen im Rahmen territorialspezifischer gesetzlicher Zuständigkeiten
Region als Interaktionsräume	Steuerung durch Abstimmungsprozesse zwischen territorialen Einheiten über gesetzliche Regulierungen hinausgehend

Quelle: Eigene Darstellung.

Die regionale Bedeutung der Berufsschule ist vor allem Gegenstand berufsbildungspolitischer Diskurse und abhängig von der gesellschaftlichen Relevanz, welche ihr zugemessen wird. Die Bedeutung der Lokalität der Berufsschule wird selten als ein eigenständiger Gegenstand betrachtet und verhandelt. Sie ist in der Regel ein Bezugspunkt bildungspolitischer Förderprogramme, zum Beispiel das Bundesprogramm „Lernende Regionen“. Damit verbunden ist ein Mangel an Wissen über die Bedeutung eng- oder weitmaschiger Infrastrukturnetze für berufliche Bildungsprozesse. Dementsprechend nimmt auch die Infrastruktur-

planung in erster Linie auf die in Tabelle 4 ausgewiesenen strukturellen und regionalen Rahmenbedingungen Bezug.

Die Unterscheidung von Regionen beruflicher Bildung als Interaktionsräume und als Planungs- und Versorgungsräume betrifft den Prozess der Steuerung von Infrastrukturnetzen. Die Region als territorial-administrativer Planungsraum bezieht sich auf das Handeln der staatlichen Akteure in einem abgegrenzten Raum. Die Bereitstellung von staatlichen Bildungsangeboten und Infrastrukturen erfolgt durch die Bundesländer, Kommunen, die Agentur für Arbeit sowie private Akteure. Der Staat wie auch private Anbieter agieren so zugleich auch auf regionalen Bildungsmärkten.

Mit der Betrachtung von Regionen als Planungs-, Interaktions- und Versorgungsräume geht es um das institutionalisierte und normative Regulationssystem. Ohne eine explizit theoretische Fundierung vorzunehmen, wird in den dargelegten Planungsgutachten und Reflektionen zum Planungsprozess auch auf die Bedeutung von Institutionen für den Steuerungsprozess rekuriert. Mit Bezug auf LÄPPLES Konzept der „gesellschaftlichen Räume“ geht es raumtheoretisch um das „materielle Substrat des gesellschaftlichen Raumes und der gesellschaftlichen Praxis seiner Produktion, Aneignung und Nutzung“. Dazwischen steht als Vermittlungsglied das „institutionalisierte und normative Regulationssystem, das aus Eigentumsformen, Kontrollbeziehungen, rechtlichen Regelungen, Planungsrichtlinien und Planungsfestlegungen, sozialen Normen etc. besteht. [Es] kodifiziert und regelt im Wesentlichen den Umgang mit den raumstrukturierenden Artefakten. [...] In diesem Regulationssystem überlagern sich entsprechend der ‚Kompetenzverteilung‘ zwischen lokalen und zentralen Regulationsformen verschiedene Raumniveaus.“³³¹

Sowohl das mögliche Spannungsfeld zwischen dezentraler und zentraler Steuerung als auch das Postulat interkommunaler Kooperation bezieht sich (implizit) auf ein Regulationssystem mit formellen und informellen Institutionen. Institutionentheorien beschäftigen sich mit Institutionen als Regeln und Orientierungen, die Formen der Vergesellschaftung und das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft strukturieren. Gemeinsam ist den verschiedenen Ansät-

³³¹ LÄPPLE 1992: 196 f.

zen die Annahme, dass Institutionen auf (relative) Dauer gestellt sind. Sie bilden Stabilitätsbedingungen menschlich-sozialen Daseins. Daher sind diese auch nicht identisch mit Organisationen.³³² Für die Arbeit relevant sind zwei Aspekte: das Verhältnis von Organisation und Institution sowie die Unterscheidung von formalen und informellen Institutionen.

Die mit der Berufsschulplanung befassten Organisationen und Akteure agieren in formal hochinstitutionalisierten Kontexten. Das heißt, akteurs- und organisationspezifisches Handeln ist in hohem Maße durch formelle Institutionen vorstrukturiert. Als solche gelten alle Regeln und Orientierungen, deren Existenz kodifiziert und durch (staatliche) Autorität garantiert wird. Darunter werden vor allem Verfassungen, formalisierte Regulierungen wie Verwaltungsvorschriften und rechtliche Grundlagen gezählt.³³³ Das Handeln von Organisationen geht jedoch nicht vollständig in solchen formalen Institutionen auf. Diese Kritik war, unter dem Sammelbegriff des Neoinstitutionalismus, ein zentraler Ausgangspunkt für die Unterscheidung zwischen Organisation und Institution in verschiedenen Fachdisziplinen, vor allem in der politischen Ökonomie, den Politikwissenschaften und in der Soziologie.³³⁴ Regeln, die sich nicht allein aus dem formalen Aufbau und Zweck einer Organisation ableiten lassen, werden als informelle Institutionen bezeichnet. Sie bilden ein weites Feld nicht formal kodifizierter Regeln und Orientierungen mit unterschiedlich tiefreichender gesellschaftlicher Verankerung: Verhaltensnormen, Gebräuche, Sitten, moralische und religiöse Werte, Traditionen und Einstellungen. Sie sind sowohl Ergebnis der historischen Entwicklung einer Gesellschaft als auch sozialer Interaktion von Individuen oder zwischen Individuen und Organisationen.³³⁵ SCOTT (1991) verweist auf die Bedeutung solcher kulturellen Institutionen am Beispiel von Schulen, die sich durch eine hoch institutionalisierte Umwelt auszeichnen. Diese kulturellen Institutionen bestehen in einem geteilten Konsens über Normen des

³³² BEYER et al. 1994: 248 ff.; Göhler 1997: 10.

³³³ LAUTH 1999: 64 ff.; vgl. auch GRUSEVAJA 2005: 4 f.

³³⁴ BEYER et al. 1994: 254. Eine andere Variante der Erweiterung organisationspezifisch erklärten Verhaltens stellt der akteurspezifische Institutionalismus dar. Hier liegt der Fokus auf dem Verhältnis von Individuum und Organisation.

³³⁵ BEYER et al. 1994: 257 ff.; GRUSEVAJA 2005: 4 f.; LAUTH 1999: 65. Für eine vertiefte theoretische Ausdifferenzierung des Institutionenbegriffs im Neoinstitutionalismus vgl. zum Beispiel POWELL/DI MAGGIO 1991 und SENGE/HELLMANN 2006.

Bildungswesens, einer kollektiv geteilten „Bildungs- und Erziehungskultur“. Sie wirken nicht allein durch Organisationsstrukturen. Relevant ist auch der direkte Einfluss von Institutionen auf Einstellungen, Normen und Verhalten der individuellen Organisationsmitglieder als „taken for granted“. ³³⁶ Eine weitere wichtige Erweiterung im Neoinstitutionalismus war die Konzeption eines wechselseitigen Verhältnisses von Organisation und Institution. So werden Organisationen nicht nur durch Institutionen geprägt. Sie können auch aktiv institutionelle Kontexte formen, indem sie „ihre Ziele und Prozeduren in die Gesellschaft als institutionelle Regeln tragen“ ³³⁷.

Auf den demografischen Diskurs bezogen heißt dies, Akteure und Organisationen reagieren nicht nur auf die demografische Entwicklung. Vielmehr konstituieren sie auch über Diskurse die Wahrnehmung und Reaktion auf diese Entwicklungen. Sie bringen also ihre Umwelt durch selektive Bedeutungszuschreibung mit hervor. Daraus ergibt sich, dass der Umgang mit demografischen Entwicklungen in der Berufsschulplanung auch von bestehenden Leitinstitutionen und -orientierungen abhängt.

Steuerungstheoretisch sind in der Berufsschulplanungsliteratur zwei Pole auszumachen. Entweder geht es mit einer möglichen Steuerungslücke (mangelnde zentrale Steuerung) um ein Defizit bei den formalen Institutionen, oder es wird auf die Bedeutung von informellen Institutionen bei der notwendigen interkommunalen Kooperation rekurriert. In der regionalwissenschaftlichen und wirtschaftsgeographischen Forschung werden dezentrale, regionalisierte Steuerungsformen als eine erforderliche Reaktion auf funktionale Ausdifferenzierung oder auf die Grenzen zentralistischer Planung (positiv) gewertet. ³³⁸ Dem Forschungsstand zur beruflichen Infrastrukturplanung ist keine so eindeutige Aussage entnehmbar. Der Kritik an nicht auf die lokalen Gegebenheiten eingehendes Handeln der zentralen Ebene steht die Forderung nach einer stärker zentralistischen Steuerung gegenüber, etwa mit Verweis auf die Überforderung der Kommunen mit einer detaillierten Berufsschulplanung.

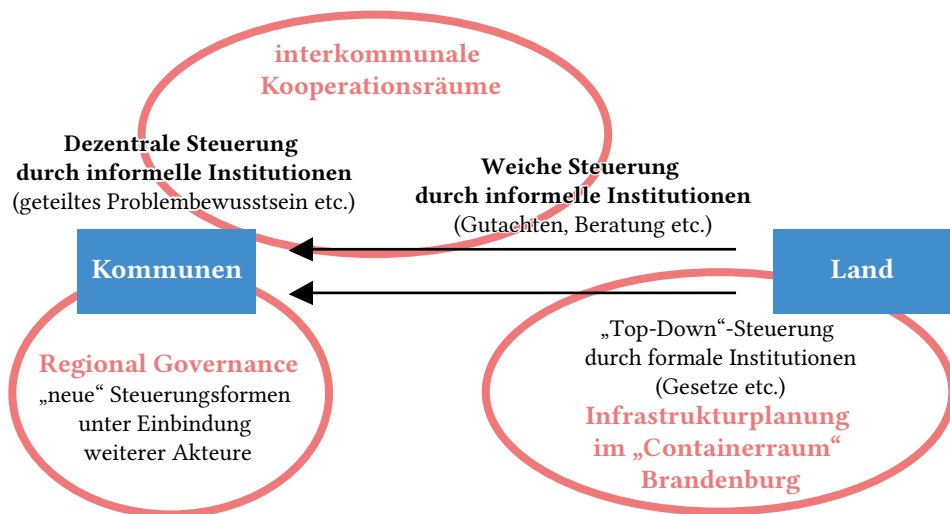
³³⁶ SCOTT 1991: 180 f.

³³⁷ MEYER/ROWAN 1991: 49.

³³⁸ Zum Beispiel THOMAS 2006; FÜRST 2003; BLOTEVOGEL 2000; REUTLINGER 2013.

Folgende Abbildung gibt die Ausprägungen modellhaft wieder. Sie ist nicht als eine Beschreibung vorfindbarer Steuerungsformen zu verstehen. Sondern sie soll im Sinne einer Forschungsheuristik die Begriffe und Raumbezüge explizieren, die für die empirische Rekonstruktion des Steuerungsprozesses in Brandenburg verwendet werden. Die Abbildung bezieht sich auf die aus dem Forschungsstand hervorgehenden Hinweise auf Steuerungsausprägungen und auf die von KEIM (2008) unterschiedenen Regulierungsformen: Kooperationen und Verhandlungen versus hierarchische Top-Down-Mechanismen.³³⁹

Abbildung 8: Heuristisches Modell – Steuerungsformen berufsschulischer Infrastrukturnetze



Quelle: Eigene Darstellung.

Bei einer eher dezentral ausgerichteten Steuerung, die auf Abstimmung und Kommunikation und somit auch auf informellen Institutionen basiert, geht es um die Ausbildung von Regionen als interkommunale Kooperations-/Interaktionsräume. Umgekehrt birgt die räumliche Dimension bei einer stärker hierarchischen Steuerung der Planung durch das Land mittels formaler Institutionen eher einen Containerraumbezug. Das Land ordnet und verteilt innerhalb seines Gebietes qua gesetzlicher Instrumente Infrastrukturen.³⁴⁰

³³⁹ KEIM 2008: 179.

³⁴⁰ Der Begriff „Containerraum“ bezieht sich hier auf die administrative Konstruktion eines Raumes durch formal-gesetzliche Zuständigkeiten: die Zuständigkeit des Landes Brandenburg für die Berufsschulen in einem territorial abgegrenztem Raum. Als Ergebnis staatlichen

In dem Zusammenhang muss für die Analyse der Anpassungsprozesse berufsschulischer Infrastrukturen auch der Begriff der Region bezüglich der dahinterstehenden Annahmen zu Steuerungsformen expliziert werden. Der Regionsbegriff wird in verschiedenen Fach- und disziplinären Zusammenhängen mit unterschiedlichen Konnotationen verwendet.³⁴¹ Die Berufsschulplanung arbeitet mit Räumen als einem Bezugspunkt von politischem und Verwaltungshandeln. Es geht um territorial-administrative Räume, die sich in der „klassischen“ Planung aus gesetzlichen Zuständigkeiten ableiten. Die Kommune ist für die Schulentwicklungsplanung innerhalb ihres Gebietes, die Landesregierung und die Landesverwaltung für das ihres Bundeslandes zuständig. Die regionale Dimension wird hier als Zusammenarbeit von Kommunen gefasst. Wenn sich zwei oder mehrere Kommunen bei der Berufsschulplanung abstimmen, entstehen interkommunale Kooperationsräume und regionalisierte Infrastrukturnetze.³⁴²

Insofern die Planung auf die Ausbildung informeller Institutionen wie ein gemeinsames Problembewusstsein von Kommunen als wichtige Rahmenbedingung für Kooperationen verweist, rekurriert sie auf einen Regionsbegriff der Regional-Governance-Ansätze. Nach diesen konstituiert sich eine Region in bestimmten Bereichen durch ein „gemeinsames Handeln von Akteuren, ihren Interaktionen, Intentionen und Einstellungen“. Dies wird von FÜRST auch als territorial bezogene Akteursorientierungen bezeichnet.³⁴³ Dieses Verständnis muss von jenen Regional Governance Konzepten abgegrenzt werden, die „eine andere Form öffentlicher Aufgabenerfüllung jenseits von Staat und kommunaler Selbstverwaltung“ bezeichnen.³⁴⁴ Eine solche (mögliche) Steuerungsform in der Berufsschulplanung erfordert ein deutliches Überschreiten sektoraler Logiken beziehungsweise neuer Institutionen in der Steuerung. Wichtig ist in dem

Handelns ist dieser Raumbegriff „keineswegs identisch mit dem absoluten Raum, der unabhängig von menschlichen Handlungen ist“ (REDEPENNIG 2013: 17). Innerhalb des „Behälters Brandenburg“ gibt es, wie gezeigt wird, durch das Handeln der Akteure und strukturelle Rahmenbedingungen weitere Räume und Raumkonstruktionen. Zur (kritischen) Diskussion im Umgang mit diesem Raumkonzept in der Geographie und in den Sozialwissenschaften vgl. zum Beispiel REDEPENNIG (2013) und RADTKE/STOŠIĆ (2009).

³⁴¹ BLOTEVOGEL 2000: 496.

³⁴² Vgl. auch BLOTEVOGEL (2000) zum Begriff der Region im politisch-administrativen Kontext.

³⁴³ BLOTEVOGEL 2000: 496; BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996: 120; FÜRST 2003a: 442.

³⁴⁴ nach BENZ 1998 in REUTLINGER 2013; vgl. auch KUTSCHA/HÖVELS 2001: 10.; GERLACH/HAMM 2003. Zur Kritik an diesem Regionalisierungsbegriff vgl. zum Beispiel BÜRKNER (2002).

Zusammenhang auch die Abgrenzung zum Begriff der Dezentralisierung, als „einfache Aufgabenverlagerung nach unten“. Diese beruht auf formal-administrativen Vorgaben.³⁴⁵

Das Modell einer stark hierarchisch ausgerichteten Steuerung erfordert keinen „tiefen“ Regionsbegriff. Regionalität im Sinne einer räumlichen Maßstabserweiterung beruflicher Infrastrukturnetze wird in diesem Modell qua zentraler Steuerung hergestellt. Mit diesem Verständnis wird in der Arbeit „Regionale Bildungslandschaft“ nicht als ein programmatischer Begriff verwendet, wie er in aktuellen bildungspolitischen Diskussionen anzutreffen ist.³⁴⁶ Er setzt nicht voraus, dass sich eine Bildungslandschaft aus dem vernetzten Handeln aller Akteure konstituiert. Der Begriff Bildungslandschaft bezieht sich deskriptiv auf die räumliche Struktur eines Infrastrukturnetzes. Diese kann, aber muss nicht Ergebnis eines vernetzten Handelns sein.

Schließlich sollen die räumlichen Ebenen, mit denen die Berufsschulplanung arbeitet, um die Frage nach der Bedeutung lokaler Bezüge ergänzt werden. Berufsschulen werden fast ausschließlich als eine regionale Infrastruktur im Hinblick auf ihre Funktion und Reichweite (Einzugsgebiet) betrachtet. Punktartig werden mit Verweis auf die Rolle der Bildungseinrichtungen für den Standort lokale Aspekte gestreift. Ob für diese Bildungseinrichtungen lokale Einbettungsformen und konkrete Orte tatsächlich keine Rolle spielen, oder ob diese bei den aktuellen Infrastrukturregulierungen einen Handlungskontext darstellen können, wird im empirischen Teil der Arbeit betrachtet.

Insgesamt ist die Frage, ob die demografische Entwicklung einen institutionellen Wandel befördert, wie im allgemeinen Demographiediskurs oft als erforderlich postuliert, in der Berufsschulplanung nicht so eindeutig. Zentral verbunden damit sind zwei Fragen. Harmoniert der demografische Wandel als Leitori-

³⁴⁵ BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996: 2, 120.

³⁴⁶ REUTLINGER (2013) kritisiert das in Konzepten von regionalen Bildungslandschaften verwendete diffuse Raumverständnis. Es werde „meist unreflektiert mit unterschiedlichen Raumbegriffen gearbeitet, manchmal bewusst damit gespielt, um Handlungsspielräume zu erweitern, strategische Gewinne gegenüber anderen pädagogischen Bereichen zu erzielen.[...] Problematisch wird diese Praxis dann, wenn in der Bildungsdiskussion als Antwort auf die allgemein diskutierte Krise des formellen Bildungssystems [...] räumliche Begriffe als innovativ propagiert werden, ohne sich den mit der Verwendung nicht adäquater Konzeptionen von Raum implizierten Gefahren auseinander zu setzen.“ (REUTLINGER 2013).

entierung mit den bestehenden formalen und informellen Institutionen, beziehungsweise eignet sich der Diskurs für die Ausbildung neuer Institutionen in der Berufsschulplanung?

4.2 Forschungsgegenstand und -fragestellung

Zusammenfassend zeigt die Aufarbeitung des Forschungsstandes, dass der Umgang mit und die Auswirkungen des demografischen Wandels sektoral, regional spezifisch, institutionell und akteurspezifisch vermittelt sind. Das gilt auch für andere Bereiche der Daseinsvorsorge. Demografische Entwicklungen entfalten keine kausalen Folgen. Sie sind eingebettet in ein ausdifferenziertes „Geflecht von Zuständigkeiten, [bei denen] Organisationsgrad und Durchsetzungsfähigkeit der Akteure mehr über Veränderungen entscheiden [können], als die tatsächlichen regionalen und lokalen Erfordernisse“³⁴⁷.

Bezug genommen wird auf die diskutierten Demographisierungs- sowie raum- und institutionentheoretischen Analysekatoren. Die Bedeutung demografischer Entwicklungen soll im Zusammenhang mit den auf sie rekurrierenden gesellschaftspolitischen Macht- und Interessenskonstellationen, den spezifischen sektoralen Eigenschaften sowie dem institutionellen Regulationssystem erschlossen werden. Das fügt sich ein in die Charakterisierung von Berufsschulforschung als eine „Schnittstellenforschung“: Deren Themen erwachsen „aus den spezifischen institutionellen Schnittstellen- und Reproduktionsfragen, in denen sich die Lage der beruflichen Schulen im Berufsbildungssystem spiegelt [...] Jedes der Themen verweist auf die spezifischen, zwischen Schulen und Betrieben, Betrieben und überbetrieblichen Akteuren, zwischen Arbeitsmärkten, Schulen und freien Trägern usw. bestehenden Schnittstellen, die es in den allgemeinbildenden Schulen nicht gibt.“³⁴⁸ Der empirische Teil der Arbeit richtet seinen Fokus auf die Rekonstruktion der Struktur, der institutionellen und sektoralen Rahmenbedingungen sowie der Akteursperspektiven und -handlungen bei der Infrastrukturgestaltung beruflicher Bildung in ländlichen Räumen. Das erfolgt durch drei zentrale Themenbereiche. Hierbei überschneiden sich Teilfragestellungen.

³⁴⁷ BEETZ 2009: 123.

³⁴⁸ HARNEY 2008: 323.

1. Analyse der Restrukturierung berufsschulischer Infrastrukturen und der aktuellen Gestalt des berufsschulischen Netzes

Das Wissen über die Folgen sinkender Schülerzahlen für die Infrastrukturen der Berufsbildung ist gering. Einen zentralen Bestandteil der Untersuchung bildet daher die Analyse bisher erfolgter Restrukturierungen. Dem Forschungsinteresse entsprechend wird die Betrachtung von der Frage nach den räumlichen Differenzierungsmustern geleitet.

- Wie hat sich das berufsschulische Infrastrukturnetz in Brandenburg mit dem Einsetzen des Schülerzahlenrückgangs verändert?
- Welche teilträumlichen Differenzierungen sind erkennbar?

2. Regulierungs- und Steuerungsmuster des Infrastrukturanpassungsprozesses

Teile der Planung verweisen bei der Erarbeitung und Umsetzung der Infrastrukturkonzepte auf hohe kommunikative Anforderungen. Es geht um die „Überwindung“ der kommunalen Grenzen bezüglich der fachlichen Anforderungen, aber auch der lokalen „Eigeninteressen“. Der in dieser Arbeit eingenommene sozialwissenschaftliche und sozialgeographische Blickwinkel fragt weniger nach den Anforderungen an die Steuerung, sondern tritt einen Schritt zurück. Die auffindbaren Steuerungsmuster werden mittels folgender Fragestellungen untersucht.

- Wie werden aus einer Raumperspektive Infrastrukturen der Ausbildung gesteuert?
 - Ist Zentralisierung die Regulationslogik, gegenüber der Dezentralisierung und Kleinteiligkeit „keine Chance“ hat?
- In welchem Umfang und mit welchen Steuerungsmechanismen ist das Land an der Anpassung berufsschulischer Infrastrukturen beteiligt? In welchem Verhältnis stehen zentrale und dezentrale Regulationsformen?
 - Ist die „freiwillige“ interkommunale Kooperation die zentrale Steuerungsform? Wenn ja, welche Institutionen und Leitorientierungen kommen hierfür zum Tragen?

- Ist die angeführte Akteurskomplexität in der beruflichen Bildung tatsächlich so relevant? Welchen Einfluss hat sie auf die Steuerung, auch mit Blick auf die ausbildende Wirtschaft?
- Welche Raumeigenschaften werden von den Akteuren bei ihren Handlungsorientierungen und -strategien angebracht (Distanzen, dünne Besiedlung, periphere Dynamiken)?
- Inwiefern ist das Zusammenspiel von verschiedenen Institutionen auf die Bewältigung peripherer Strukturkonstellationen ausgerichtet?

Auch gilt es, in die Analyse die Bedeutung sektoraler Einflüsse einzubeziehen.

- Wie beeinflussen institutionelle, überregional gesteuerte Merkmale des Berufsbildungssystems und regionalökonomische Entwicklungen den Anpassungsprozess?
 - Wie wirken diese Merkmale im Hinblick auf die Anforderungen der Infrastrukturorganisation in ländlich-peripheren Räumen?
 - Wie stark dominieren die sektoralen Zwänge das Akteurshandeln?

3. Widersprüche und gegenläufige Entwicklungen bei der Restrukturierung der Berufsschullandschaften? – Angebots- und Trägerstrukturen

Aktuelle Entwicklungen in den Berufsschullandschaften betreffen auch mögliche Veränderungen der Angebotsstruktur und der Träger beruflicher Ausbildung, die bisher nur wenig beleuchtet sind. Konkret untersucht werden Entwicklungen in einzelnen Ausbildungssegmenten und die Trägerstruktur.

- Basiert die Qualifizierung in ländlich-peripheren Regionen zunehmend vor allem auf betrieblicher Ausbildung, oder spielen trotz sinkender Schülerzahlen weiterhin (staatliche) angebotsorientierte Ausbildungsstrategien eine Rolle?
 - Welche Bedeutung hat der offenbar hohe Stellenwert des lokalen Engagements bei den angebotsorientierten Ausbildungsformen für ländlich-periphere Regionen?

- Inwiefern werden die Bildungslandschaften in ländlich-peripheren Regionen auch durch andere Regulationsformen wie Wettbewerb und Konkurrenz geprägt? Wie ist dies im Hinblick auf den regionalen Ausbildungsbedarf zu bewerten?
 - Welche Steuerungsrahmen und -orientierungen gibt es für den Wettbewerb beziehungsweise für Konkurrenzen bei den übergeordneten administrativen Ebenen und den lokalen Einrichtungen?
 - Welche Folgen hat der auffindbare Regulierungsmechanismus für das Ausbildungsangebot in Flächenländern mit einem stärker konzentrierten Berufsschulnetz?

Die Komplexität des Berufsbildungssystems und die Entscheidung für eine empiriebasierte Arbeit erforderte die Ausblendung bestimmter Bereiche und Fragestellungen, da diese den Rahmen der Arbeit sprengen würden. Sehr wünschenswert, aber nicht untersucht werden können die Infrastrukturanpassungsprozesse aus Perspektive der Jugendlichen. Auch ist es nicht möglich, alle Teilbereiche berufsschulischer Infrastrukturen zu analysieren. Aus der empirischen Untersuchung wurden daher die Segmente Berufliches Gymnasium und Fachoberschule sowie die Schulen des Gesundheitswesens ausgeschlossen.

4.3 Methodik

4.3.1 Methodologischer Ansatz

Vor dem Hintergrund des Forschungsstandes, insbesondere des Mangels an empirischen Arbeiten zur Berufsschulsteuerung, wurde eine explorative, qualitative Methodologie in Anlehnung an die Grounded Theory gewählt. Es handelt sich immer dann um einen adäquaten Ansatz, wenn wichtige, an das Forschungsinteresse geknüpfte Themen und Kontexte noch unscharf oder unbekannt sind. Grounded Theory wird im Deutschen oft mit gegenstandsverankerter Theorie übersetzt. Das heißt, Hypothesen und Theorien werden im Laufe der Forschung systematisch mit Bezug auf die Daten ausgearbeitet und in diesen verankert. Dieses Verfahren schließt auch die Verwendung quantitativer Daten unter einem bestimmten „Analysewinkel“ mit ein. Die konkrete Bestimmung des Forschungs-

gegenstandes gehört bei diesem Zugang zum empirischen Prozess. Denn ein zentrales Prinzip ist die Offenheit des Forschungsprozesses. Die Formulierung theoretischer Annahmen und zentraler Kategorien wird zunächst zurückgestellt, bis sich die zentralen Strukturen des Forschungsgegenstandes durch die sukzessive Gewinnung und Auswertung des empirischen Materials abzeichnen.³⁴⁹

Ein weiteres angewendetes Prinzip der Grounded Theory ist der iterative, zirkuläre Prozess von Datenerhebung, Auswertung und Theorie- und Hypothesenbildung. Daher kommen auch alle drei methodologischen Verfahrensweisen – Induktion, Deduktion und Verifikation – zum Einsatz.³⁵⁰ Empirische Untersuchung und die Interpretation des Materials bildeten keine zeitlich abgeschlossenen, aufeinanderfolgenden Schritte, sondern wurden integriert. Die empirische Untersuchung war so im Sinne eines Lern- und Entdeckungsprozesses ein ständiges sich Hin- und Herbewegen zwischen den formulierten heuristischen Konzepten, dem verwendeten statistischen Material, den Informationen und Perspektiven aus den geführten Interviews sowie Befunden aus der Literatur. Zwischen den Vätern der Grounded Theory, GLASER, STRAUSS und CORBIN, gab es in der weiteren Entwicklung des Ansatzes einen Disput hinsichtlich des Einsatzes von Vorwissen. Er bestand weniger in dessen Verneinung als in den Fragen, welche Literatur wann eingesetzt wird. Sinnvoll scheint, wie TRUSCHKAT et al. (2007) vorschlagen, die Entscheidung über den Rückgriff auf bestehende theoretische Konzepte nicht dogmatisch zu behandeln. Letztendlich ist das Einfließen von Vorwissen eher gradueller, denn grundsätzlicher Natur.³⁵¹

4.3.2 Methodische Vorgehensweise

Methodisch basiert die Arbeit auf zwei empirischen Zugängen: der Rekonstruktion der materialen Struktur des Berufsschulnetzes in Brandenburg und der qualitativen Rekonstruktion der Steuerungsperspektiven und -formen von Akteuren im Land Brandenburg und im Rahmen einer Fallstudie im Landkreis Uckermark. Sie werden in der Datenauswertung und Interpretation an den relevanten Stellen miteinander verknüpft.

³⁴⁹ Glaser/Strauss 2005: 15 ff.; Strauss 1994: 26 ff.; Flick 1995; Wiedemann 1995; Bohnensack 2000; Krotz 2005: 76 ff.; Strübing 2008: 32 ff.

³⁵⁰ GLASER/STRAUSS 2005: 15; STRAUSS 1994: 38 ff.

³⁵¹ TRUSCHKAT et al. 2007: 238 ff.

Am Beginn des empirischen Prozesses stand eine explorative Phase, in der mit mehreren Schlüsselakteuren im Landkreis Uckermark offene, unstrukturierte Interviews geführt wurden. Eine zentrale Schlussfolgerung der Analyse dieser Interviews und statistischer Daten war, dass der Rahmen einer Regionalstudie zu eng ist. Er wurde daher bezüglich der Frage nach Veränderungen im Berufsschulnetz auf das Bundesland Brandenburg ausgedehnt.

Rekonstruktion des brandenburgischen Berufsschulnetzes

Die Rekonstruktion der Entwicklung des brandenburgischen Berufsschulnetzes von den 1990er Jahren bis heute erfolgte anhand folgender Datenquellen:

- Landesschulbezirksverordnungen des Landes Brandenburg von 2002 und 2013, welche die Einzugsgebiete der Beschulung im Dualen System regulieren,
- Informationen zum berufsschulischen Bildungsangebot aus den Online-Schulporträts der freien und staatlichen Berufsschulen im Land Brandenburg,
- Berufsschulstatistik des Landes Brandenburg,
- Internetrecherchen (Zeitungsartikel, Homepages der Oberstufenzentren).

Die in Kapitel 4.1 vorgenommenen analytischen Unterscheidungen der räumlichen Bezüge (Forschungsheuristik) von Infrastrukturgestaltung waren leitend für die Auswahl und Interpretation der Daten und Dokumente. Bei der Deskription des Berufsschulnetzes geht es um die Explizierung struktureller und regionaler Rahmenbedingungen für den Aufbau des Netzes im Flächenland Brandenburg. Ziel der Rekonstruktion ist die Gewinnung eines detaillierten Bildes seiner räumlichen Struktur und der Veränderungen im Kontext der demografischen Entwicklung. Die Auswertung des Materials erforderte ein umfangreiches Hintergrundwissen, das den verschiedenen Experteninterviews entnommen wurde.

Qualitative Fallrekonstruktion im Rahmen einer Fallstudie in der Uckermark

Den zweiten methodischen Zugang bildet eine Fallstudie im Landkreis Uckermark. Fallstudien, die mit verschiedenen Methoden und Datenquellen arbeiten,

eignen sich besonders für neue Themenbereiche und Fragestellungen mit stark explorativem Charakter³⁵², wie es in der Arbeit der Fall ist. Die Entscheidung für die Uckermark basierte auf der Vermutung, dass sich der Anpassungsdruck und die besonderen Herausforderungen in der Berufsschulorganisation aufgrund der geographisch peripheren Lage, der dünnen Besiedlung und des starken Bevölkerungsrückgangs sowie der sozioökonomischen Entwicklungen hier besonders prägnant zeigen. Kern ist die Rekonstruktion der Perspektiven, Handlungsformen und -orientierungen der für die Steuerung berufsbildender Infrastrukturen zuständigen Akteure und Teile der davon „Betroffenen“. Am konkreten Beispiel einer Region wird der Frage nach den Steuerungsformen und Handlungsspielräumen in ländlich(-peripheren) Regionen nachgegangen.

Die Empirie wird strukturiert durch die aus dem Forschungsstand abgeleiteten heuristischen Kategorien zu Steuerungsdimensionen, Raumbezügen und Institutionen. Leitende These ist, dass der Umgang mit demografischen Entwicklungen auch von bestehenden formellen und informellen Leitinstitutionen und Orientierungen abhängt. Verfolgt wird dies mittels der empirischen Explizierung von Raumbezügen und dem damit verbundenen Regulationssystem. Untersuchungsdimensionen sind die formalisierten, institutionalisierten Raumbezüge auf der einen und akteursbezogene Raumkonstruktionen auf der anderen Seite sowie deren Beziehungen zueinander. Für die Untersuchung des Regulationssystems wurde mit den Kategorien dezentrale, zentrale und regionalisierte Steuerung, dem Grad der Einbindung von Akteuren, dem Verhältnis von Organisation und Institution sowie der Unterscheidung von formellen und informellen Institutionen gearbeitet.

Die Komplexität des Forschungsgegenstandes erforderte eine spezifische Organisation der Untersuchung und der Strukturierung der empirischen Ergebnisse. Die Rekonstruktion der Steuerungsformen und des Handlungsrahmens erfolgte anhand einzelner Fälle. Solche Fälle waren zum Beispiel die Entwicklung eines bestimmten Standortes, die Analyse eines Bildungsträgers oder eines industriellen Ausbildungsarrangements. Ein Teil der Fälle zeichnete sich bereits nach der explorativen Phase ab. Andere Fälle wurden erst später „entdeckt“. Leitend war die Untersuchung in den drei Kernbereichen des beruflichen Bildungssystems

³⁵² YIN 1992.

in der Uckermark. Der gewählten Methodologie entsprechend bestimmten die in den Zwischenauswertungen gewonnenen, entscheidenden Strukturierungslinien und Schlüsselkategorien das weitere empirische Vorgehen. Solche Kategorien waren zum Beispiel die Akteursform, Betriebsstrukturen, lokale Verankerungen oder ein Netzwerk.

In der Grounded Theory wird dies als Theoretical Sampling bezeichnet. Dahinter steht nicht der Repräsentativitätsbegriff statistischer Verfahren, sondern es geht um „konzeptuelle Repräsentativität“. Das heißt, es wurden Fälle und Daten erhoben, die für eine möglichst vollständige Durchdringung der wichtigen Dimensionen des Forschungsgegenstandes erforderlich waren. „Die grundlegende Frage beim Theoretical Sampling ist: Welchen Gruppen oder [...] Ereignissen [...] wendet man sich bei der Datenerhebung als Nächstes zu? Und welche theoretische Absicht steckt dahinter?“ Somit wird die Datenerhebung durch die sich allmählich entwickelnden Hypothesen kontrolliert.³⁵³ Ein Fall galt als abgeschlossen, wenn eine empirische Sättigung eintrat, also keine neuen Informationen oder Sichtweisen mehr auftraten. Wichtig für das Erreichen der Sättigung war die Suche nach möglichst kontrastierenden Fällen. Dafür wurden auch Entwicklungen und Akteure aus anderen Regionen Brandenburgs untersucht oder interviewt.

Folgende Methoden kamen für die Fallrekonstruktion und Studie zum Einsatz:

- explorative, offene Interviews und themenzentrierte Experteninterviews
- Analyse der Selbstdarstellungen von Bildungseinrichtungen (Internet, Dokumente)
- Analyse den „Fall“ betreffender, quantitativer Daten
- Auswertung von Dokumenten zur Untersuchungsregion und zur Berufsschulplanung sowie Zeitungsartikel und
- Einbezug von Ergebnissen aus der Literatur

Die Experteninterviews bildeten das zentrale Material für die Fallrekonstruktion. Diese gewählte Methode ermöglichte es, die Perspektiven und das betrachtete Phänomen in dem Kontext zu erfassen, in den es von den Akteuren einge-

³⁵³ STRAUSS 1994: 55 ff., (Zitat S. 70); GLASER/STRAUSS 2005: 59 ff.; KROTZ 2005: 162 ff.

bettet wird. Themenzentriertheit und Offenheit widersprechen sich dabei nicht. Durch an dem interessierenden Gegenstand orientierte Fragen (Leitfaden) wurde einerseits der Gesprächsverlauf bis zu einem gewissen Grad vorgegeben. Andererseits sollten durch offen formulierte Fragen noch unbekannte Kontexte, Wissen und Positionierungen erschlossen werden. Dies ermöglicht eine Gesprächsführung mit einem (teil-)standardisierten Fragebogen nicht. Dem Vorwurf, dass damit kein valider Vergleich der Interviews möglich ist, kann zum einen mit Verweis auf die Notwendigkeit jeweils angepasster Leitfäden begegnet werden: Anpassung an die (unterschiedlichen) Positionen der befragten Akteure und an den jeweiligen Stand der Auswertung. Zum anderen geht es um den Vergleich von Perspektiven und Handlungen bezüglich eines Phänomens, was durch die entsprechende Themenzentrierung gewährleistet wird.³⁵⁴

Bei dieser Datenerhebungsmethode wird der allgemeinen Definition von Experten, die „[...] sich durch eine institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit auszeichnen“³⁵⁵, gefolgt. Sie haben eine „handlungsrelevante Perspektive auf den in Frage stehenden Sachverhalt“. Es geht nicht um die Gesamtperson mit ihrer Biographie, sondern um den organisatorischen und institutionellen Kontext, in dem sie handelt und sich bewegt, und die daran gebundenen Erfahrungen und das Wissen.³⁵⁶ Insgesamt wurden zwischen 2006 und 2013 mit 28 Akteuren Interviews vor Ort durchgeführt. Sie arbeite(te)n in Einrichtungen der beruflichen Bildung oder in Berufsschulen regulierenden Behörden. Weitere Akteure kamen aus der Wirtschaft, aus Wirtschaftsverbänden und der Agentur für Arbeit beziehungsweise dem Amt für Grundsicherung. Ihre Auswahl richtete sich zum einen an den für die Berufsschulsteuerung relevanten Funktionen und Positionen aus und zum anderen an der Erfassung eines breiten Spektrums an Perspektiven für Kontrastierungen (vgl. Tabelle 5).³⁵⁷

³⁵⁴ MEUSER/NAGEL 2003: 446 ff.; LAMNEK 1995: 15 ff.

³⁵⁵ MEUSER/NAGEL 2003: 57.

³⁵⁶ KROTZ 2005: 100 (Zitat); MEUSER/NAGEL 2003: 442 f.

³⁵⁷ Mit manchen Experten wurden mehrere Gespräche geführt. Für die Gewährung einer weitest möglichen Anonymität erfolgt die Auflistung in Tabelle 5 in männlicher Form.

Tabelle 5: Übersicht Interviewpartner/innen.

Landkreis Uckermark	
Leiter des Oberstufenzentrums (OSZ)	Schulleiter und zwei Lehrer einer privaten Berufsschule
Leiter der Abteilung für gewerblich-technische Berufe am OSZ	Geschäftsführer/Leiter von jeweils drei Bildungsträgern
Leiter der OZS-Abteilung für soziale Berufe	Berufsberater der Agentur für Arbeit
Leiter des Schulverwaltungsamtes in der Landkreisverwaltung Uckermark	Leiter und Mitarbeiter der Kreishandwerkerschaft
Schulrat für berufliche Schulen im Schulamt Eberswalde	Geschäftsstellenleiter der Abteilung Ausbildung der IHK Frankfurt/Oder
Abteilungsleiter Amt für Grundsicherung	Mitarbeiter im Bereich Ausbildungsverbünde IHK Frankfurt/Oder
Geschäftsführer einer privaten Berufsschule und eines Bildungsträgers	Ausbildungsleiter von je zwei Großbetrieben
Andere Landkreise	Land Brandenburg
Leiter eines Oberstufenzentrums und Leiter eines Schulverwaltungsamtes	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: Leiter des Referates 25
Geschäftsführer einer privaten Berufsschule und eines Bildungsträgers	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: Leiter und Mitarbeiter des Referates 34
Leiter und zwei Lehrer einer OSZ-Abteilung	

Der Leitfaden wurde entsprechend der Heuristik und Position des Interviewpartners strukturiert und bei nachfolgenden Interviews an die Zwischenergebnisse angepasst.³⁵⁸ Der Untersuchungszeitraum, die Jahre 2006 bis 2013, bildete eine Phase, von der im Vorfeld angenommen wurde, dass Veränderungen des Berufsschulnetzes bereits vorgenommen wurden, mindestens aber die wesentlichen strategischen Schulentwicklungsplanungen bereits vorliegen.

Auswertung

Die bis auf wenige Ausnahmen auf Tonband aufgezeichneten und transkribierten Interviews wurden in Anlehnung an das Verfahren der Grounded Theory

³⁵⁸ Da die einzelnen Leitfäden je nach Organisation und Stadium des Forschungsprozesses unterschiedlich aufgebaut waren, ist eine Wiedergabe aller Leitfäden nicht sinnvoll. Zwei Beispiele sind im Anhang aufgeführt.

ausgewertet.³⁵⁹ Es zielt auf die theoretische Integration von Situationsbeschreibungen und deren Merkmalen, den subjektiven Interpretationen sowie Handlungs- und Interaktionsstrategien. Es basiert auf einem komplexen Kodierungsverfahren, das für die Arbeit wie folgt verwendet wurde.

Zunächst erfolgte ein offenes Kodieren der einzelnen Interviews. In diesem wurden für die Infrastruktursteuerung benannte Konzepte, Rahmenbedingungen und Orientierungen noch relativ offen, das heißt ohne starke Subsumierung unter Kategorien und Hypothesen, herausgearbeitet. Der zweite Schritt, das selektive Kodieren, zielte auf eine Strukturierung und auf das Herausarbeiten der zentralen Schlüsselkonzepte, Handlungsbedingungen etc. durch den Vergleich zwischen den Interviews. Wichtige Methode war die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Diese basierte auf einer Fallauswahl der minimalen bis maximalen Kontrastierung von Strukturkonstellationen, Organisationsformen beziehungsweise Akteursperspektiven.

Im Schritt des axialen Kodierens erfolgte die Ausdifferenzierung der gefundenen Konzepte. Hier ging es um die Spezifizierung gefundener Kategorien im Hinblick auf die Bedingungen und den Kontext des Phänomens sowie die zugrunde liegenden Handlungsstrategien, Orientierungen und Konsequenzen. Auch hier bildet die Methode des permanenten Vergleiches vor allem zwischen den Fällen den Weg zur Erarbeitung theoretischer Eigenschaften einer gefundenen Kategorie. Zur Ausdifferenzierung und Spezifizierung wurden neben den Vergleichen auch weitere Quellen, wie zum Beispiel statistische Daten und Dokumente herangezogen. Den letzten Auswertungsschritt bildete die Ausarbeitung von Thesen, indem die gefundenen Beziehungen und Kontexte, auch unter Einbettung in Literaturbefunde, generalisiert wurden. Diese Stufen bildeten keinen streng chronologischen Prozess, dem Prinzip der Parallelität von Datenerhebung und Hypothesengenerierung entsprechend.³⁶⁰

³⁵⁹ Die in der Arbeit verwendeten Zitate wurden leicht sprachlich bearbeitet, da für die Auswertung wortwörtliche Aspekte des Materials wie Dialekte oder Grammatiken keine Rolle spielten.

³⁶⁰ GLASER/STRAUSS 2005: 49 ff.; STRAUSS 1994: 56 ff.; STRAUSS/CORBIN 1996: 9 ff.; BOHNENSACK 2000: 151 ff.; TRUSCHKAT et al. 2007; KROTZ 2005: 179 ff.

4.3.3 Validität und Reichweite der Forschungsergebnisse

Forschungen, die einen explorativ entdeckenden Ansatz verwenden, zielen darauf, „eine Theorie aufzubauen, die Phänomene spezifiziert, indem sie diese in Begriffen der Bedingungen, Aktionen und Interaktionen und in Konsequenzen erfasst“³⁶¹. Die Repräsentativität qualitativer Studien gründet daher nicht in einer Validierung durch eine breite, in der Regel quantitativ verfahrenende, Datenerhebung. Es geht um die tiefe Durchdringung des Gegenstandes, indem Beziehungen, Zusammenhänge, Handlungsmuster aufgedeckt, systematisiert und in Bezug auf theoretische Kategorien reflektiert werden. Ziel ist die Erarbeitung gegenstandsverankerter Theorien. In dieser Arbeit sollen empirisch fundierte Hypothesen beziehungsweise „Theorien kleineren bis mittleren Ranges“ erarbeitet werden. Ein zentrales Instrument für die Validität ist die empirische Sättigung. Diese wird methodisch durch die Fallauswahl, das Theoretical Sampling, abgesichert. Das heißt, wenn sich im weiteren Forschungsverlauf keine neuen Perspektiven, Konstellationen etc. ergeben, ist davon auszugehen, dass alle den Fall betreffenden Kategorien erfasst wurden. Bei Fallstudien wird auch von einer internen Validität gesprochen. Sie bezeichnet die Sättigung und Kohärenz der Daten und Hypothesen innerhalb eines Falles. Wichtig ist auch die Darlegung, welcher Verallgemeinerungsgrad möglich ist und in welchen dazugehörigen Kontexten.³⁶² Eine konkrete Reflektion der inhaltlichen Reichweite der Forschungsergebnisse erfolgt im Abschlusskapitel.

³⁶¹ STRÜBING 2008: 78.

³⁶² BLATTER et al. 2007: 39 f.; FLICK 2004: 98 f.

5 Im Feld I: Die Restrukturierung des Berufsschulnetzes in Brandenburg seit 1990

Berufsschulen sind komplexe Einheiten in „turbulenten Umwelten“. Aus Steuerungsperspektive handelt es sich um „träge“ Systeme. Standorte sind nur begrenzt flexibel veränderbar. Sie müssen dynamische Entwicklungen wie Konjunkturen, wirtschaftsstrukturellen Wandel, veränderte Nachfragen oder demografische Entwicklungen auffangen können. Auch sind sie in ein komplexes Akteursnetz eingebettet.

Die folgenden Kapitel zeigen auf, wie sich dieses Spannungsfeld in dem Flächenland Brandenburg und insbesondere in der Uckermark unter den Bedingungen des Schülerzahleneinbruchs gestaltet. Die Unterkapitel folgen einer kaleidoskopartigen Darstellung: Infrastrukturentwicklung wird unter verschiedenen Blickwinkeln – Strukturen, Akteursperspektiven, lokale, zentrale Ebene etc. – betrachtet. Der erste große Abschnitt zeichnet in überwiegend deskriptiver Form die Entwicklung und den räumlichen Aufbau des brandenburgischen Berufsschulnetzes nach. Er geht an bestimmten Stellen vertieft auf die Fallregion Uckermark ein. Strukturelle Merkmale und Rahmenbedingungen stehen im Vordergrund. Ziel ist es, aufzuzeigen in welche komplexen sektoralen und ökonomischen Zusammenhänge diese Infrastruktur eingebettet ist. Dies bildet einen zentralen Rahmen für das Verständnis der Steuerung von Berufsschullandschaften aus Perspektive der Akteure. Diese sind Gegenstand der darauf folgenden zwei Kapitel. Im Kapitel 6 werden die Steuerungsperspektiven und -instrumente des Landes Brandenburg analysiert. Das siebte Kapitel arbeitet anhand verschiedener Fälle im Landkreis Uckermark detailliert die Formen des Zusammenspiels von sektoralen und räumlichen Strukturen mit akteurs- beziehungsweise organisationsspezifischen Steuerungsformen heraus. Sie werden je nach Fallkonstellation an Entwicklungen auf Landesebene oder anderen Regionen gespiegelt.

5.1 Die Struktur der Infrastrukturnetze nach 1990

5.1.1 Die Oberstufenzentren in Brandenburg von 1990 bis heute

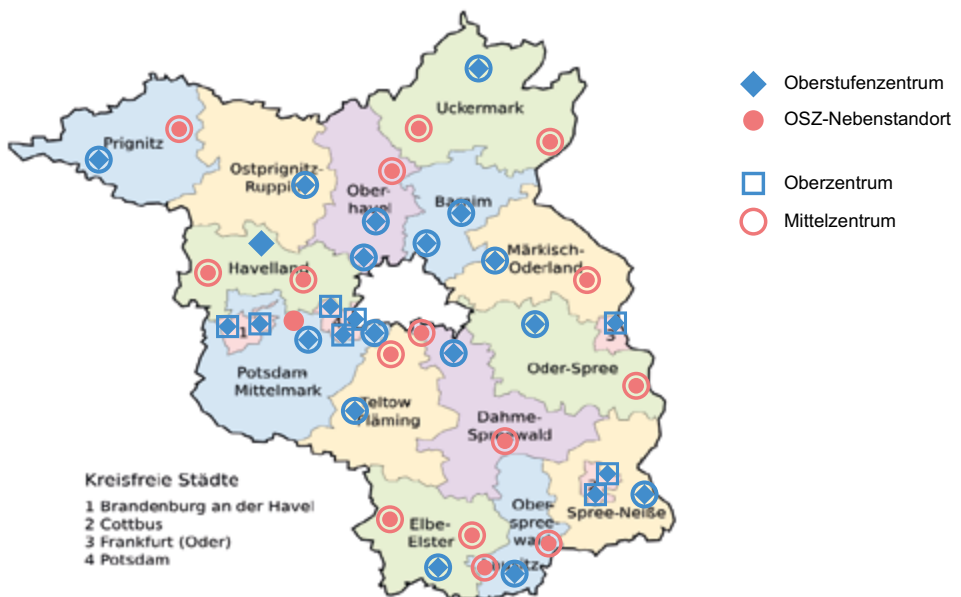
Die Entwicklung des heutigen brandenburgischen Berufsschulnetzes erfolgte vor dem Hintergrund demografischer und ökonomischer Entwicklungen auf der einen und dem „Erbe der DDR“ auf der anderen Seite. Im Jahr 2006 erreichte der Schülerzahlenrückgang die berufsbildenden Einrichtungen in Brandenburg. Mit einem Rückgang von 76.883 Schüler/innen und Auszubildenden auf 43.469 hat sich an den beruflichen Schulen, nach einem starken Anstieg, die Zahl junger Menschen zwischen 2005 und 2013 fast halbiert (vgl. auch Abbildung 3).

Ein zweiter zentraler Aspekt sind die Charakteristika der Berufsschulorganisation der DDR. Deren Ausbildungssystem, eingebunden in die zentrale Planwirtschaft, basierte auf einem expliziten industrietypischen Ansatz mit einer engen Kopplung von schulischer und betrieblicher Ausbildung. In Verbindung mit dem Wandel der Eigentumsverhältnisse und der Industrialisierungspolitik erfolgte in der DDR eine sehr weitgehende Verlagerung der Ausbildung vom Handwerk zur Industrie. Infrastrukturell wurde dieser Ansatz ab 1949 schrittweise durch die Ansiedlung der Mehrzahl der Berufsschulen an die Industriekombinate oder den Anschluss kommunaler Lehrwerkstätten an die Kombinate umgesetzt. Diese deckten die theoretische und praktische Ausbildung ab. Sie bildeten in einem breiten Berufsspektrum aus, nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für andere, kleinere Betriebe. Mit der wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erschließung strukturschwacher Räume wurden mit den Industrieansiedlungen auch neue Berufsschulstandorte erschlossen, etwa im uckermärkischen Schwedt. Ein vergleichbares Modell war die Angliederung von Ausbildungsstätten an die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), für deren Auszubildende es besonders viele Internatsplätze gab. Daneben existierten Ausbildungsstätten für den theoretischen Unterricht in Trägerschaft von Kommunen oder Kreisen. Sie verfügten größtenteils über ein breiteres Profil als die betrieblichen Berufsschulen. Diese Stätten bildeten Lehrlinge aus Kleinbetrieben, im Dienstleistungs- und Grundversorgungsbereich aus. Im Jahr 1988 gab es in der DDR 963 betriebliche Berufsschulen, 293 kommunale Berufsschulen und 1300 Internate.³⁶³

³⁶³ An den 755 Betriebsakademien erfolgten zudem Fortbildung und Umschulungen (BURKHARDT 1992: 32 f.; WERNER 1992: 215 ff.; AUTSCH et al. 1991; PÄTZOLD 1994; SCHÄFER 1998: 11; GRÜNERT/WIEKERT 2005: 124 ff.; TROLTSCH et al. 2009: 4 ff.; KUKLINSKI 1998: 101). Die enge Bin-

Die Etablierung des Berufsbildungssystems in der DDR basierte also auf einer ausgeprägten Angliederung der Ausbildungsinfrastruktur an industrielle Strukturen. Auf der anderen Seite wurde ein Berufsschulnetz geschaffen, das relativ kleinteilig und dezentral war. In diesem „Erbe“ und dem Umgang damit liegt ein wichtiger Grund dafür, dass der demografische „Einbruch“ Mitte der 2000er Jahre nicht zu einer massiven Schließungswelle der Oberstufenzentren führte. Vielmehr ist überraschenderweise eine relative Stabilität zu beobachten. Im Jahr 2013 gibt es in Brandenburg 25 Oberstufenzentren. In jedem der 14 Landkreise und der kreisfreien Stadt Frankfurt/Oder ist solch eine Stätte angesiedelt. Die Städte Cottbus, Brandenburg an der Havel und die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Barnim und Oberhavel besitzen zwei, die Landeshauptstadt Potsdam drei OSZ (vgl. Karte 2).

Karte 2: Das Standortnetz der Oberstufenzentren im Land Brandenburg (2013)³⁶⁴



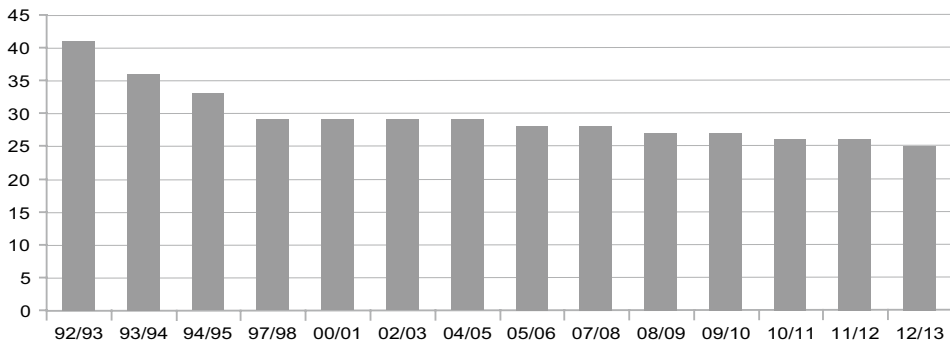
Quelle: Kartengrundriss: www.wiki.piratenbrandenburg.de.

derung der Berufsschulen an die Kombinate erfolgte auch mit der Intention, Berufsausbildung möglichst dort zu etablieren, wo der „Einfluss der Partei am stärksten war – in den größeren Betrieben.“ (AUTSCH 1995: 15; vgl. auch AUTSCH et al. 1991).

³⁶⁴ Nicht alle Oberstufenzentren geben einen Hauptstandort an. In diesem Fall führt die Karte als Hauptstandort den Sitz der Schulleitung an. Mehrere Standorte innerhalb einer Stadt sind nicht ausgewiesen.

Diese Struktur ist Ergebnis einer sukzessiven Reduzierung der Anzahl der Berufsschulen nach 1990. Im Jahr 1992 gab es in Brandenburg 41 Berufsschulen (vgl. Abbildung 9). In der stabilen Phase von 1997 bis 2005 pendelte sich die Zahl der Oberstufenzentren auf 29 ein. Seitdem wurden vier Einrichtungen geschlossen. Zwei Schließungen gehen auf die Fusionierung von innerstädtischen OSZ in Cottbus und Frankfurt/Oder zurück.

Abbildung 9: Anzahl der Oberstufenzentren im Land Brandenburg (1992–2013)³⁶⁵



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 1 – j/ 2005–2012; LDSB: B / 2 / 1 / B 2 2 / 1992–1997; B II 1 – j / 1998–2005, eigene Darstellung.

Angesichts einer knappen Halbierung der Schülerzahlen ist seit den 2000er Jahren eine erstaunliche Stabilität zu verzeichnen. Die Betrachtung ist allerdings ohne die früheren Nebenstandorte unvollständig. Denn Oberstufenzentren sind organisatorisch eigenständige Einheiten, unter deren Dach in der Regel mehrere, räumlich getrennte, Standorte vereint sind. Nach einer Sondererhebung von 1992 gab es insgesamt 171 Standorte.³⁶⁶ Diese enorme Reduzierung ist keine alleinige Folge der demografischen Entwicklung in den 2000er Jahren, wie im nächsten Abschnitt am Beispiel der Landkreise Uckermark und Barnim gezeigt wird.

³⁶⁵ Bei den in dieser und folgenden Grafiken ausgewiesenen Jahresangaben handelt es sich um Schuljahre, zum Beispiel das Jahr 2010/2011, wie sie die Berufsschulstatistik verwendet.

³⁶⁶ Abweichend von der regulären Berufsschulstatistik führt die Sondererhebung 47 Hauptstandorte, womit vermutlich die OSZ gemeint sind, an. Sekretariat der KMK (Hrsg.) 1992: 60. Nach Angaben der Freien Planungsgruppe Berlin GmbH gab es im Jahr 1990 143 Berufsschulen. FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN (2000): 1. Eine genauere Darstellung der Zahl der Nebenstandorte ist nicht möglich, da diese nicht systematisch von der regulären Berufsschulstatistik erfasst wurden.

Das Berufsschulnetz setzte sich im Jahr 2013 unter Einbezug der Nebenstandorte aus insgesamt 42 Einrichtungen zusammen.³⁶⁷ Mit zwei Ausnahmen gibt es in jedem Landkreis und in den kreisfreien Städten mehrere Standorte. In dieser Struktur zeigt sich die dezentrale Ausrichtung der brandenburgischen Infrastrukturplanung. Berufsschulen sind nicht nur in den oberen Zentren und Landkreishauptstädten, sondern auch in den kleineren Mittelzentren zu finden. Zum Vergleich: Die in Mecklenburg-Vorpommern geplanten Umstrukturierungen sehen ein deutlich weitmaschigeres Netz vor (vgl. Karte 3).

Karte 3: Mecklenburg-Vorpommern: Geplante Standorte der Berufsschulen



Quelle: www.regierung-mv.de/Landesregierung/bm/Bildung/Berufliche-Schule/.

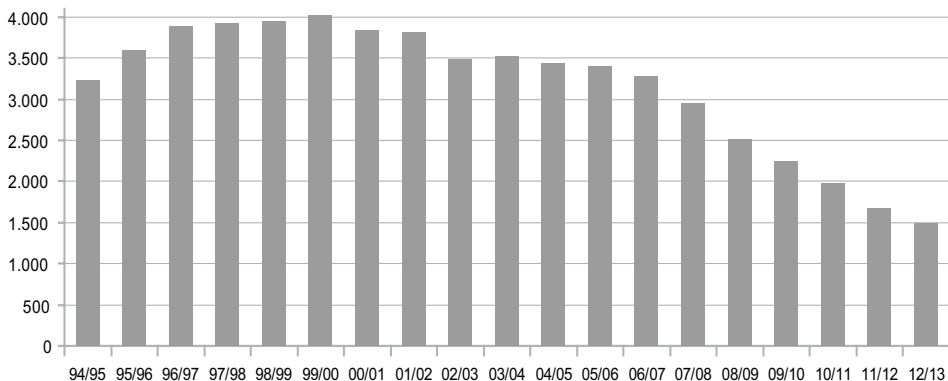
³⁶⁷ Diese Zahl beinhaltet nicht die Nebenstandorte innerhalb der Städte. Zum Beispiel verteilt sich das Oberstufenzentrum Barnim II auf zwei Standorte in Eberswalde.

5.1.2 Entwicklung des Berufsschulnetzes in den Landkreisen Uckermark und im Barnim

Wie überall in Brandenburg gab es Anfang der 1990er Jahre in den Kreisen, aus denen später der Landkreis Uckermark gebildet wurde, zahlreiche Berufsschulen. Nach Erhebungen aus dem Jahr 1992³⁶⁸, Angaben des OSZ Uckermark und eigenen Recherchen existierten in Schwedt und Prenzlau jeweils drei Schulen beziehungsweise Standorte: darunter eine Berufsschule des Industriebetriebes PCK, die Kommunale Berufsschule „Max Adrion“, eine Berufsschule für Bautechnik in Templin, eine Kreisberufsschule in Angermünde mit Standorten in Gartz und Wilmersdorf, Ausbildungsstätten in Klockow und Gerswalde, eine Landeswaldarbeiterschule in Lychen sowie weitere landwirtschaftliche Ausbildungsstätten. Diese unvollständige Aufzählung der 14 Standorte verdeutlicht die kleinteilige Struktur, mit der sich die Akteure nach 1990 neben der demografischen Entwicklung auseinandersetzen mussten (vgl. Karte 4).

Bis 1999 stiegen die Schülerzahlen an den berufsbildenden Einrichtungen im Landkreis Uckermark stetig an. Sie waren dann in kleinen Schritten rückläufig und brachen mit dem Jahr 2007 deutlich ein (vgl. Abbildung 10). Die Transformation des Infrastrukturnetzes war zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen.

Abbildung 10: Schüler/innen und Auszubildende an Berufsschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft im Landkreis Uckermark

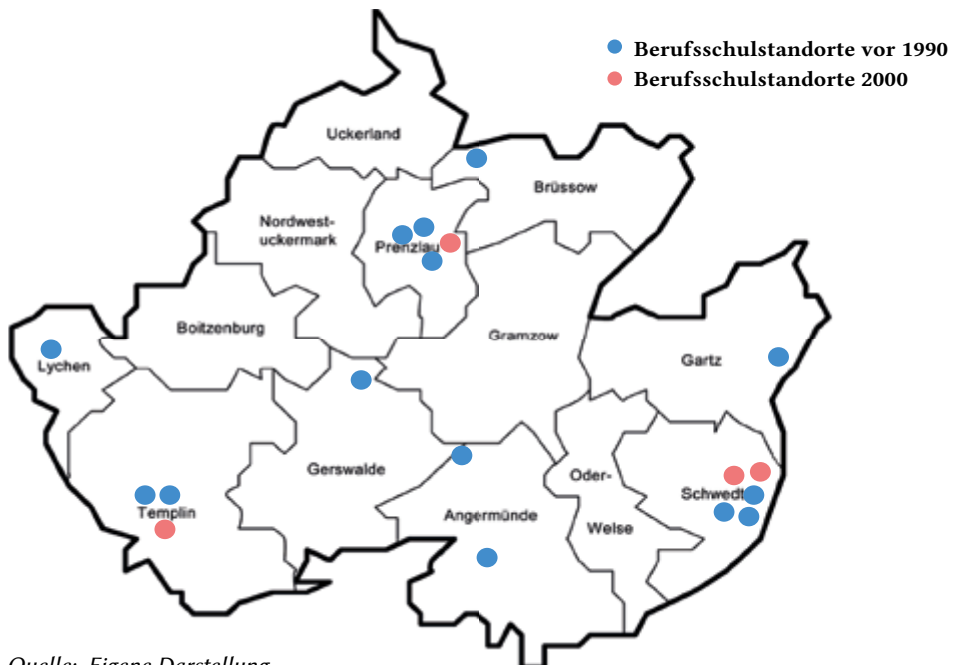


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistische Berichte B II 3 – j 2006–2013; LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/1995–2005, eigene Darstellung.

³⁶⁸ SEKRETARIAT der KMK (Hg.) 1992: 62 f.

Infrastrukturell erfolgten nach 1990 zunächst die Auflösung der an die Betriebe angegliederten Berufsschulen und deren Überführung in kommunale Trägerschaft. Die verschiedenen Berufsschulstandorte wurden noch vor der Kreisgebietsreform Ende 1993 organisatorisch zu vier Oberstufenzentren in den Städten Prenzlau, Angermünde, Templin und Schwedt zusammengefasst. Ein Teil der Außenstandorte wurde geschlossen. Mit einem Kreistagsbeschluss von 1993, genehmigt durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS), fusionierten die vier OSZ zu einem OSZ in Trägerschaft des Landkreises (vgl. Karte 4). Die über mehrere Standorte verteilten Berufsfelder wurden entlang den Bereichen Dienstleistung, Gewerbe, Handwerk, Technik und Soziales zusammengefasst und an vier Standorten inhaltlich profiliert. In der Kreisstadt Prenzlau siedelte der Landkreis den Hauptsitz mit der Ausbildung im Dienstleistungs-, Agrar- und Handelsbereich an. Die gewerblich-technische Ausbildung erfolgt in Schwedt an drei Standorten. Die Ausbildung in sozialen Berufen etablierte sich in Templin.

Karte 4: Standortnetz berufsbildender Schulen im Landkreis Uckermark vor 1990 und 2000³⁶⁹



Quelle: Eigene Darstellung.

³⁶⁹ Die Angaben zu den Standorten vor 1990 sind nicht vollständig. Die recherchierten Berufsschulstätten sind jedoch hinreichend für die Charakterisierung der Unterschiede vor und nach der Wende.

Die Verteilung setzte auf vorhandene Strukturen auf. So bestanden beispielsweise am Industriestandort Schwedt, neben den ausbildenden Unternehmen, durch Gebäude und entsprechende Ausstattungen die günstigsten Voraussetzungen für die gewerblich-technische Ausbildung. Der soziale Bereich war auch schon zu DDR-Zeiten in Templin beheimatet. Eine Ausnahme bildete die Ausbildung in Bauberufen. Sie wurde von Templin nach Schwedt verlagert. Mit der Schließung des OSZ in Angermünde im Jahr 1998 spielte die Stadt keine Rolle mehr als Standort staatlicher Ausbildungsinfrastrukturen. Diese Entscheidung erfolgte zugunsten des nördlichen Raumes der Uckermark.³⁷⁰

Etwa 22 Millionen Euro wurden in die Sanierung der Berufsschulstandorte investiert. In Prenzlau erfolgten die Modernisierung eines Altbaus und ein Neubau. Der neue Standort ging 1999 in Betrieb. Saniert wurden auch die Gebäude der Abteilung Chemie/Elektro- und Metalltechnik in Schwedt, inklusive Errichtung einer neuen Turnhalle, und in den 2000er Jahren der Standort in Templin. Hinzu kamen umfangreiche Investitionen in die Ausstattung, etwa neue Fachkabinette und Labors, ein Übungsrestaurant oder ein Anzuchtraum für die landwirtschaftliche Ausbildung.³⁷¹ Die Schließung des Standortes für die Ausbildung in Bau- und baunahen Berufen in Schwedt in den 2000er Jahren bedeutete eine kleinere Veränderung im Standortnetz. Die Ende der 1990er Jahre etablierte Grundstruktur eines OSZ mit drei Standorten blieb im Wesentlichen bis heute erhalten.

Darüber hinaus qualifiziert die Ausbildungsstätte für Fachberufe des Gesundheitswesens an der Asklepios Klinik Uckermark Jugendliche zu Gesundheits- und Krankenpfleger/innen. Die Bildungslandschaft wird zudem auch durch private Träger geprägt. Seit 1990 etablierte sich, wie überall in den neuen Ländern, eine Reihe von Trägern beruflicher Bildung. Darunter befanden sich drei berufliche Schulen in freier Trägerschaft:

- Berufsfachschule Angermünder Bildungswerk (Assistentenausbildung und Fachoberschule)

³⁷⁰ Eine weitere Komponente bildete die „Abgabe“ von Wohnheimen etwa an Bildungsträger.

³⁷¹ Im Jahr 2006 erfolgten die Errichtung eines Parkplatzes am Standort Prenzlau und eine Neuausstattung mit Computertechnik. www.osz-uckermark.de, eigene Recherchen.

- Berufliche Schule des Uckermärkischen Berufsbildungsvereins Schwedt (duale Ausbildung und Berufsvorbereitung)
- Berufsfachschule für Kosmetik Schwedt (seit 2009 erfolgte keine Ausbildung mehr)

Auch die Transformation der Berufsschullandschaft im Nachbarlandkreis Barnim erfolgte als ein Prozess der Zusammenführung zahlreicher kleiner Berufsschulen. Der 1993 aus den ehemaligen Kreisen Eberswalde, Bernau und den Gemeinden Hohensaaten und Tiefensee entstandene Landkreis entschied sich für die Etablierung von zwei OSZ, 1995 vom MBSJ genehmigt. Die gewerblich-technische Ausbildung wurde am OSZ II Barnim in Eberswalde zusammengeführt. Die offizielle Einweihung erfolgte im Jahr 2000. Das berufliche Gymnasium ist an einem Nebenstandort am „Campus Finow“ angesiedelt, in dessen Nähe sich ein Gymnasium und die Kreisvolkshochschule befinden. Für das OSZ I in Bernau wurde in der ersten Hälfte der 2000er Jahre ein denkmalgeschütztes Ensemble umgebaut und erweitert. Auf dem Gelände, das als „Barnim-WissensZentrum“ weiterentwickelt werden soll, wurde zudem ein Neubau für das Barnim-Gymnasium errichtet.

Der Umstrukturierungsprozess der 1990er Jahre zeichnete sich insgesamt durch einen Abbau der Berufsschulstandorte in kleineren Orten und deren dezentrale Konzentration in den Regionalzentren der Landkreise aus.

5.1.3 Etappen und Grundorientierungen der Berufsschulplanung in Brandenburg

Transformation des Berufsschulstandortsystems in den 1990er Jahren

Bei der am Beispiel der Landkreise Uckermark und Barnim beschriebenen Restrukturierung des brandenburgischen Berufsschulnetzes überlagerten sich zwei Etappen: die postsozialistische Transformation des Netzes und ein auf den Einbruch der Schülerzahlen ausgerichteter Planungsprozess. Mit der postsozialistischen Komponente ging es nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik um die Umstellung der Berufsausbildung auf das westdeutsche Modell. Dies erfolgte in einem recht kurzen Zeitraum. Das Gesetz über die Errichtung von Berufsschulen in öffentlicher Trägerschaft wurde noch vor der Wiederver-

einigung am 19.7.1990 erlassen. Es fand ein umfangreicher Institutionentransfer statt. Die Transformation der Berufsschullandschaft war ein sehr tiefgehender Prozess, denn deren Aufbau unterschied sich stärker noch als bei den allgemeinbildenden Schulen erheblich von dem bundesrepublikanischen Modell. Nach 1990 standen das Land Brandenburg und die Kommunen vor der Herausforderung, die kleinteilige Standortstruktur der Berufsschulen an die neuen Systembedingungen anzupassen, auch mit Blick auf die dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Dazu gehörte der hohe Sanierungsbedarf angesichts des in den 1980er Jahren zunehmenden Investitionsstaus an den Berufsschulen (veraltete Technik, ausbleibende Modernisierungen der Gebäude, zu geringe Auslastung).³⁷² Die Grundausrichtung des Landes lag bereits in den 1990er Jahren auf der Etablierung größerer Einheiten. In jedem Landkreis sollten die verschiedenen Berufsschulen in ein oder zwei Oberstufenzentren (mit Nebenstandorten) zusammengefasst werden. Dafür stellte das Land seit 1994 für 28 Vorhaben insgesamt 456 Millionen DM zur Sanierung der teilweise im argen Zustand befindlichen Räumlichkeiten zur Verfügung.³⁷³

Die Etablierung der OZS wurde angesichts des hohen Sanierungsbedarfs und der Kleinteiligkeit der Strukturen vom MBSJ mittels eines langsamen, prozesshaften Vorgehens verfolgt. An dessen Beginn stand nicht die räumliche, sondern die organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Berufsschulen unter einem Dach.

Wir haben gesagt, wir nehmen in Kauf, dass ein OSZ nicht ein riesengroßes Schulzentrum an einem Standort für alles bedeutet, was in der Region da ist. Sondern wir nehmen durchaus in Kauf, dass das ein Ziel sein kann ganz am Ende, aber nicht kurzfristig. Und da haben wir zunächst ein organisatorisches Dach darüber gelegt, wie so eine Konzernstruktur. (MBSJ RL 25)

In diesem Vorgehen sah das MBSJ eine wichtige Komponente für die Ausbildung eines kommunalen Selbstverständnisses, das in der Berufsschulbetreuung nicht an einem zu kleinteiligen Standortverständnis hängt.

³⁷² AUTSCH et al. 1991: 7, 34.

³⁷³ Die Mittel stammten aus der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)“, die teilweise an den „Europäischen Fond für regionale Entwicklung“ gekoppelt waren. Zusammen mit den Anteilen der Schulträger betrug das Investitionsvolumen 595 Millionen DM (FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 1).

Also es gibt eine Schulleitung, aber die Lehrkräfte unterrichten unter Umständen an verschiedenen Standorten. Und diese Konstruktion, die nach der Kreisgebietsneugliederung seit 95, 96 richtig stabil war, die hat sich natürlich auch im Denken bis 2005 mit den steigenden Schülerzahlen sozusagen verfestigt. So dass die Protagonisten das jeweils auch als ein OSZ gesehen haben und von daher auch die Aufgabe einzelner kleiner Standorte nicht so sehr als ein Verlust begriffen wurde. (MBS RL 25)

In der „Geschichtsschreibung“ des OSZ Uckermark ist eine ambivalente Wahrnehmung der Umstrukturierungen der 1990er Jahre erkennbar:

Aus der Chronik des Oberstufenzentrums Uckermark

„Eine Chronik zu schreiben, daran denkt zu dieser Zeit kaum einer, denn sowohl das Lehrpersonal als auch die Lernenden werden mit der Zusammenlegung der einzelnen Oberstufenzentren der Städte Angermünde, Prenzlau, Schwedt und Templin und der Schließung der Außenstellen dieser zentralen Standorte mehr oder weniger heftig überrascht. Bedeutet es doch für viele Schülerinnen und Schüler, zukünftig oft weite Wege in Kauf zu nehmen und viele müssen sich zu Beginn des dritten Lehrjahres mit neuen Lehrern und einer neuen Umgebung vertraut machen. ... Natürlich hat jede Sache [Sanierung des Standortes Prenzlau] auch ihre Schattenseiten. Einerseits bedeutet das nämlich bessere Arbeitsbedingungen für rund 4.000 Menschen, andererseits wird durch die daraus resultierende Schließung des Standortes Angermünde der Arbeitsweg für einige um rund 50 km länger, und das für Lehrer und Schüler gleichermaßen. Außerdem wird die Bildungslandschaft des Landkreises dünner.“³⁷⁴

Die Zeit wird als besonders einschneidend beschrieben, als ein Prozess der starken Ausdünnung von Infrastrukturen, dem die Vorteile der modernisierten Berufsschulen gegenüber stehen.

Bereits in den 1990er Jahren war das Land auf die Etablierung von OSZ ausgerichtet, die nicht alle Bildungsgänge enthalten. Neben der Restrukturierung der Standorte ging es auch um eine „Sortierung“ der Zuständigkeiten für die Ausbil-

³⁷⁴ www.osz-uckermark.de.

dungsberufe. Dafür wurde Mitte der 1990er Jahre als ein zentrales Steuerungsinstrument die Landesschulbezirksverordnung (LSBV) etabliert. Sie weist den Landkreisen und kreisfreien Städten Berufe und Einzugsgebiete zu. Der für die Erstellung der LSBV mitverantwortliche Mitarbeiter im MBSJ erlebte diese erste Phase der „Sortierung“ als einen turbulenten, teilweise auch konfliktbehafteten Prozess:

Anfang der 90er Jahre konnten alle alles, aufgrund der zusammengeführten Strukturen. Von der Floristik bis Zweirad-Mechaniker war alles möglich. Und das ging dann einfach nicht mehr. Inklusive der Tatsache, dass natürlich die Schulträger für die sächliche Ausstattung zuständig sind und natürlich auch wissen wollten, was der Fahrplan ist. Da wurde der Ansatz geboren, sich mit den Schulträgern, den Kammern und dem MBSJ an den Tisch zu setzen und zu sagen, wir müssen eine Struktur finden, aus der hervorgeht, wer darf was ausbilden. ... Und da sind die Querelen losgegangen, weil die kreisfreie Stadt durfte ausbilden und der Landkreis durfte auch ausbilden. Und zwangsläufig war der Einzugsbereich bei vielen Landkreisen wesentlich größer. Eine Stadt mit wenig Industrie hatte noch ein zusätzliches Problem. (MBSJ RF 34)³⁷⁵

Die damaligen Orientierungen der Kommune beschreibt der Mitarbeiter des MBSJ als sehr unterschiedlich. Einige Landkreise beziehungsweise Berufsschulen wollten gern „das Haus voll haben“, also ein umfangreiches Qualifikationsangebot vorhalten. Andere Kommunen richteten den Blick bereits stärker auf die mit der Betreibung der Oberstufenzentren verbundenen Kosten und die Frage, ob Investitionen in bestimmte Standorte langfristig nachhaltig sind. Unter dem Strich war jedoch für alle Schulträger Planungssicherheit wichtig. Nach einer recht tiefgreifenden Neusortierung der Berufsschulstandorte, ihrer Angebote und Einzugsgebiete wird von einer relativ geordneten Zwischenphase gesprochen: „Das rüttelte sich dann eigentlich ganz ordentlich. Jeder wusste, was er an Einzugsbereichen hatte, welche Berufe er ausbilden kann. Insofern hatte dann jeder eigentlich einen ordentlichen Stand.“ (MBSJ RF 34) Ende der 1990er Jahre wurde so ein, am Prinzip der dezentralen Konzentration ausgerichtetes, Standortsystem etabliert. Das heißt, in jedem Landkreis gab es mindestens ein Oberstufenzentrum, oftmals mit mehreren Standorten. Andererseits deckten die OSZ nicht den vollständigen Ausbildungsbedarf des Landkreises ab.

³⁷⁵ Die Erläuterungen der für die Interviewpartner/innen verwendeten Abkürzungen sind im Abkürzungsverzeichnis zu finden.

Berufsschulplanung im Kontext demografischer Einbrüche

Erneute Umstrukturierungen standen dann im Rahmen der seit 2000 verstärkt angestoßenen Auseinandersetzung der Landesregierung und -politik mit dem demografischen Wandel auf der Agenda. Die zentralen, den demografischen Wandel aufgreifenden Dokumente, gehen in sehr knapper Form auf die künftigen Entwicklungen und Herausforderungen ein.³⁷⁶ Verwiesen wird auf notwendige Konzentrationen in der Beschulung für die duale Ausbildung, mit einer Zunahme der Zahl kreisübergreifender und Landesfachklassen mit Blockunterricht und Wohnheimunterbringung. Erforderlich sei die fachliche Profilierung der OSZ und eine Abstimmung der Planungen auf der Ebene der Schulamtsregionen. Benannt wird zudem die Sicherung der Bildungswege zum Erwerb einer Studienberechtigung (Berufliches Gymnasium, Fachoberschule). Der Bericht der Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg von 2003 und SPD-Landesparteitage im Jahr 2000 und 2001 formulierten als Ziel die Weiterentwicklung berufsbildender Schulen zu regionalen Kompetenzzentren, zum Beispiel durch eine Zunahme der Bedeutung von Berufsschulen in der Weiterbildung oder die Vernetzung mit anderen Institutionen.³⁷⁷ Auf landespolitischer Ebene waren Aspekte der Berufsschulplanung vereinzelt Gegenstand von Parteitag, Ausschüssen oder Anfragen von Abgeordneten.³⁷⁸ Eine stark präzise Thematisierung, etwa als eine öffentlichkeitswirksame, parteipolitische Profilierung konnte nicht beobachtet werden.³⁷⁹

Eine konkrete, explizit im Kontext der demografischen Entwicklung stehende, Auseinandersetzung mit der Berufsschulplanung erfolgte durch das MBS

³⁷⁶ Es handelt sich um drei Demographieberichte, erschienen 2004, 2005 und 2011 sowie einen Werkstattbericht aus dem Jahr 2005 (LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI 2004; Ders. 2005; 2005a; 2011).

³⁷⁷ BILDUNGSKOMMISSION der LÄNDER BERLIN und BRANDENBURG 2003: 205 ff.; www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/00/pdf/bildungsinitiative%20brandenburg.pdf.

³⁷⁸ Vgl. z. B. Protokoll der 27. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 9. Februar 2012, P-ABJS 5/27; die Kleine Anfrage des Abgeordneten René Kretzschmar vom 21.2.2013, Drucksachen Nr. 5/7068 oder das Protokoll zum SPD-Landesparteitag 2005: www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/05/pdf/050524-beschluss%20a%201%20leitrag.pdf; www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/01/pdf/beschluss%20leitrag.pdf.

³⁷⁹ Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es in internen Debatten durchaus intensive Auseinandersetzungen zur künftigen Entwicklung der Berufsschullandschaft gegeben haben kann.

Anfang der 2000er Jahre im Referat 25. Dieses ist unter anderem für Schulentwicklungs-, Struktur-, Bau- und Investitionsplanung zuständig. Verknüpft war die Auseinandersetzung mit dem letztmaligen Einsatz von Mitteln aus dem EU-Strukturfonds 2000 bis 2006 für Investitionsmaßnahmen an OSZ, die in den 1990er Jahren nicht vollständig abgeschlossen wurden. Es ging darum, die noch ausstehenden Standortsanierungen an mittel- bis langfristige Planungskonzepte der Kommunen zu binden.³⁸⁰

Eine zentrale Grundlage dafür bildete das vom MBS in Auftrag gegebene Planungsgutachten zur Entwicklung der Oberstufenzentren. Das Gutachten schlägt nicht die Schließung von konkreten Standorten oder Abteilungen vor, sondern stellt auf Kreis- und regionaler Ebene vorhandene Kapazitäten den prognostizierten Schülerzahlen gegenüber. Laut den Berechnungen ist vor allem in den kreisfreien Städten und den nicht an Berlin angrenzenden Kreisen künftig kein abgerundetes berufliches Schulangebot mehr aufrecht erhaltbar. Die stärksten Rückgänge werden für die Planungsregionen Uckermark-Barnim und Lausitz-Spreewald prognostiziert. Die erforderlichen Anpassungen sollten auf der Ebene der Schulamts- beziehungsweise Planungsregionen vorgenommen werden. Die Standortstruktur im Jahr 2013 entspricht etwa der empfohlenen Reduzierung der 29 Oberstufenzentren zuzüglich Teilstandorte auf 29 bis 39 Standorte.³⁸¹ Zeitlich fällt in diese Phase der „demografiebasierten“ Berufsschulplanung die Schließung von fünf Oberstufenzentren. Nicht in jedem Fall bedeuteten Schließungen auch weitere Wege, etwa bei Fusionen von zwei OSZ in einer Stadt. Wie viele Nebenstandorte in diesem Zeitraum geschlossen wurden, kann den zugänglichen Daten nicht entnommen werden. Das schien in jeder Region etwas unterschiedlich zu sein, abhängig von dem Umfang der Restrukturierungsprozesse in den 1990er Jahren oder dem gewählten Standortmodell.³⁸²

³⁸⁰ Vgl. auch FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 1.

³⁸¹ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000: 3.

³⁸² In den südlichen Landkreisen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße wurden jeweils zwei Standorte geschlossen. Die Angaben basieren auf der Ausgangssituation von 2003 nach BBR (2005: 73).

Die „lange Linie“ der Entstehung des Berufsschulstandortsystems – Zur Überlagerung von postsozialistischer und „demografiebasierter“ Berufsschulplanung

Die Etablierung des Standortsystems nach bundesrepublikanischem Muster veränderte die brandenburgische Berufsschullandschaft in den letzten 20 Jahren sehr tiefgreifend. Sie basierte auf einem institutionellen, organisatorischen und räumlichen Wandel. Institutionell erfolgte eine Überführung der Berufsschulen in kommunale Trägerschaft, als eine Komponente des Institutionentransfers. Organisatorisch ging es um die Zusammenführung von Verwaltungs-, Leitungs- und Ausbildungsstrukturen der verschiedenen Berufsschulen unter einem Dach, den etablierten Oberstufenzentren. Der räumliche Wandel bezeichnet die Schließung und Konzentration der Berufsschulstandorte. In diesem Zuge wurden vor allem in den 1990er Jahren auch zahlreiche Standorte in ländlichen Räumen beziehungsweise in Kleinstzentren geschlossen. Von einem Rückzug aus dem ländlichen Raum zugunsten der größeren Zentren kann jedoch nicht pauschal gesprochen werden. Zwar ist das Netz in einigen Regionen dünner. Diese Struktur folgt jedoch keinem klaren Zentrum-Peripherie-Muster (vgl. dazu ausführlich Kapitel 5.3). Das Infrastrukturnetz im Jahr 2013 weist in der Mehrzahl der Regionen eine dezentrale Struktur auf. Auch in kleineren Zentren sind Berufsschulstandorte angesiedelt.

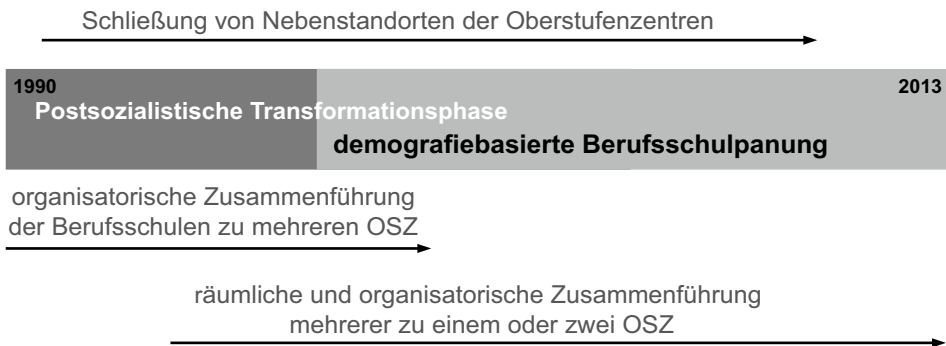
Bei diesem Wandel des Berufsschulnetzes und seiner Steuerung wurde zwischen postsozialistischer und „demografiebasierter“ Berufsschulplanung unterschieden. Aus Steuerungsperspektive stand die Transformation unter der Frage, wie angesichts des in der DDR etablierten, kleinteiligen Standortnetzes eine Struktur geschaffen werden kann, die den finanziellen Möglichkeiten des Landes wie der Kommunen entspricht, und die in den neu gebildeten Landkreisen aus Sicht der Akteure organisatorisch sinnvoll und handhabbar ist. Die Periode der „demografiebasierten“ Planung rückte die Bedeutung und Herausforderungen des Schülerzahlenrückganges in den Vordergrund. Wichtig ist jedoch, dass die transformationsbedingte und die „demografiebasierte“ Phase keine scharf voneinander getrennten Etappen bildeten. Sie gingen ineinander über.

Entgegen dem in planerischen und demografischen Diskursen hervorgehobenen Umbruch aufgrund des Schülerzahlenrückgangs verweist die Entwicklung in Brandenburg seit 1990 eher auf die Prozesshaftigkeit der Entwicklung.

Zum einen hatte man schon in den 1990er Jahren den kommenden Schülerzahlenrückgang im Blick, insbesondere bei der Sanierung oder Errichtung großer Standorte. Zum anderen setzten räumliche Konzentrationen auch auf das „kleinteilige Erbe“ der DDR auf. Sie sind daher nicht immer eindeutig der Reaktion auf die demografische Entwicklung zurechenbar.

Deutlich wird dies auch bei der Gegenüberstellung von Standortentwicklung und Dynamiken an den Ausbildungsmärkten. Sie verliefen quasi gegenläufig. Die Reduzierung der Berufsschulstandorte erfolgte parallel zu einem enormen Anstieg der Zahl der Jugendlichen im Berufsbildungssystem. Das heißt, der räumliche Wandel in Form von Konzentration geht auf unterschiedliche, manchmal nur analytisch unterscheidbare Kontexte und Faktoren zurück: das „DDR-Erbe“, organisatorische und finanzielle Effizienzgesichtspunkte, Ausrichtung auf die Anforderungen eines Standortsystems in einem Flächenland und „antizipierte“ demografische Entwicklungen. Die Auseinandersetzung mit diesen wurde als ein stufenweiser Prozess der organisatorischen und räumlichen Zusammenführung von Standorten gestaltet (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Schematische Abbildung der etappenweisen Etablierung des berufsschulischen Standortsystems in einem brandenburgischen Landkreis (1990–2013)



Quelle: Eigene Abbildung.

So war auch das Etablierungs- und Modernisierungstempo in jeder Kommune etwas anders. Das lag unter anderem an unterschiedlichen Ausgangsbedingungen hinsichtlich des baulichen Zustandes der Berufsschulen im Zusammenspiel mit kommunalen Orientierungen. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin beispiels-

weise entschied sich für die Zusammenführung der Berufsschulinfrastruktur an einem einzigen Standort, während die Uckermark ein dezentraleres Modell anstrebte.

Dass mit dem Schülerzahlenrückgang nicht massive Umbrüche im brandenburgischen Schulnetz zu beobachten sind, liegt zum einen an dem langsamen, prozesshaften Verlauf der Umstrukturierung. In den meisten Regionen erfolgten die einschneidendsten Veränderungen in den 1990er Jahren. Das spiegelte sich auch in den lokalen Beschreibungen der Akteure des Uckermärker OSZ zum Verlust eines noch sehr lokal und kleinteilig ausgerichteten Netzes an Standorten wieder. Zum anderen kommt die Orientierung des Landes und der Kommunen zum Tragen. Sie setzten bereits in den 1990er Jahren auf die Errichtung größerer Berufsschuleinheiten. Dadurch wurde ein Netz etabliert, das zwar nicht von den demografischen Einbrüchen unberührt blieb. Es war offenbar jedoch auf der Ebene der großen Standorte in Grundzügen „robust“ genug, um die demografischen Einbrüche „abzupuffern“ – auch wenn derzeit noch nicht absehbar ist, ob die Restrukturierung tatsächlich vollständig abgeschlossen ist. Die Beobachtung einer etappenweise verlaufenden Etablierung liefert auch einen Anhaltspunkt für die eher geringe öffentliche Präsenz der Schließung von Standorten. Es gab nicht wie bei den Grundschulen eine Welle von Schließungen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums.

Die Feststellung einer relativen Stabilität des Standortsystems bedeutet nicht, dass der Schülerzahleneinbruch keine deutlichen Veränderungen für die Berufsschulen und den Ausbildungsalltag mit sich brachte. Diese Veränderungen sind jedoch nur teilweise auf der Ebene der Gebäude, also der Standorte sichtbar. Zwar stand auch in den 2000er Jahren noch die Frage im Raum, ob bisher noch nicht sanierte Standorte geschlossen werden sollen. Bedeutsame Einschnitte erfolgten jedoch auch durch den internen Kapazitätenabbau. Hier ging es darum, in welcher Breite das Ausbildungsangebot an den bestehenden Standorten aufrecht erhaltbar sein würde. Bildlich gesprochen: Das Oberstufenzentrum als Gebäude ist vorhanden, aber wieviele Ausbildungsgänge gibt es (noch)? Dieser Frage widmet sich das folgende Kapitel.

5.2 Profilierung und Konzentrationsprozesse in den 2000er Jahren

Auch in den 2000er Jahren erfolgten weitere Straffungen im Standortsystem der Berufsschulen. Besonders einschneidend in dieser Dekade waren jedoch Prozesse der qualitativen Profilierung. Der Umgang mit sinkenden Auszubildendenzahlen betrifft auch die Frage, in welcher Breite ein berufsschulisches Angebot an einem als gesichert geltenden Standort aufrecht erhalten werden kann. So beziehen sich die von den Raum- und Planungswissenschaften formulierten Herausforderungen nicht nur auf das Standortnetz, sondern auch auf die Sicherung der einzelnen Fachklassen an den Berufsschulen. Back etwa sieht durch Konzentrationsprozesse auf einer kleinteiligen Ebene sogar die fachliche Breite von Berufsschulen stärker gefährdet als die Standorte selbst (vgl. Kapitel 1).³⁸³

Gegenstand des Kapitels sind die staatlichen Infrastrukturen im Dualen System (betriebliche Ausbildung) an Berufsschulen. Das Duale System ist der größte der drei Sektoren des Berufsbildungssystems. Im Gegensatz zum Schulberufssystem sind die Länder verpflichtet, für jeden im Dualen System ausgebildeten Beruf einen Berufsschulgang vorzuhalten, in dem die theoretische Ausbildung erfolgt.³⁸⁴ Der Berufsschulbesuch ist für das Absolvieren einer dualen Ausbildung konstitutiv und verpflichtend.

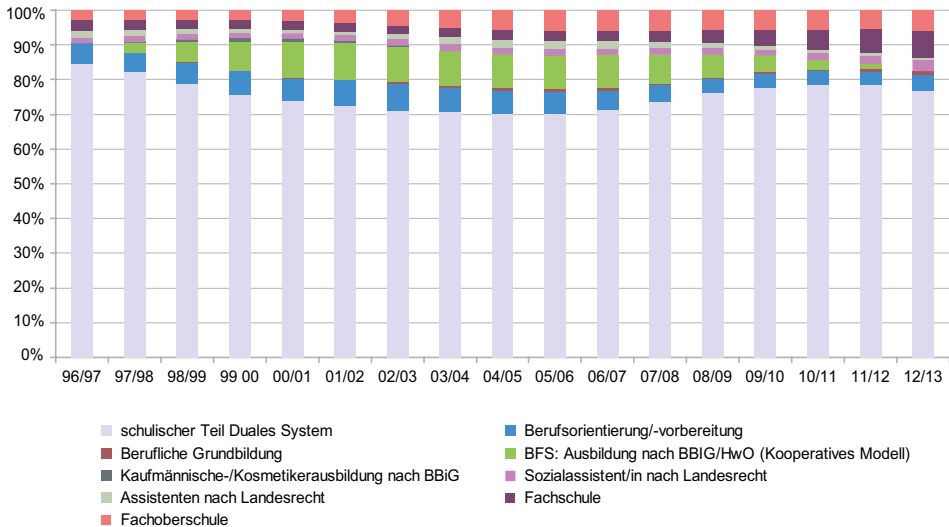
Ab Mitte der 1990er Jahre ging aufgrund des Lehrstellenmangels der Anteil betrieblich ausgebildeter Jugendlicher an allen beruflichen Qualifizierungen deutlich zurück. Ab dem Jahr 2007 stieg dieser Anteil an den Oberstufenzentren wieder an. Er lag 2013 bei 77%. Hier lernten 28.079 Auszubildende in etwa 200

³⁸³ BACK (Hg.) 2006: 30.

³⁸⁴ Nicht alle Berufe, in denen Jugendliche Ausbildungsverträge abschließen, werden in Brandenburg beschult. Der Unterricht von Auszubildenden in Berufen mit extrem niedrigen Ausbildungszahlen beziehungsweise sehr speziellen Anforderungen an die personelle und fachliche Ausstattung – sogenannte Splitterberufe – erfolgt länderübergreifend in Bundesfachklassen. Diese werden in der „Rahmenvereinbarung über die Bildung länderübergreifender Fachklassen für Schüler in anerkannten Ausbildungsberufen“ festgelegt. Die entsendenden Länder zahlen dafür einen entsprechenden Ausgleich.

verschiedenen Berufen. In absoluten Zahlen ist das fast die Hälfte weniger als im Jahr 1996 (Abbildung 12).³⁸⁵

Abbildung 12: Auszubildende und Schüler/innen an den Oberstufenzentren im Land Brandenburg nach Bildungsgängen (1994–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1999–2005, 2012, eigene Darstellung.

Die hohe Zahl von 200 Ausbildungsberufen lässt die außerordentliche Komplexität der Berufsschulorganisation in diesem Sektor erahnen. Diese Komplexität stellt nicht nur hohe Anforderungen an die Steuerung durch die verantwortlichen Akteure, sondern auch an die Analyse und Darstellung dieser Struktur.

In diesem Kapitel geht es um die kleinteilige Betrachtung der Veränderungen in der räumlichen Struktur des Berufsschulangebotes für die einzelnen Ausbildungsberufe. Hat sich das Netz der Ausbildungsgänge im Dualen System deutlich ausgedünnt? Oder ist wie bei dem Standortsystem eine gewisse Stabilität zu verzeichnen? Der Blick geht nun in die Oberstufenzentren „hinein“. Was in „den Häusern“ steckt, wird im Dualen System nicht von den Kommunen, sondern vom Bildungsministerium durch die Landesschulbezirksverordnung (LSBV)

³⁸⁵ Bei der Interpretation der Tabelle ist zu beachten, dass sich hinter der Kategorie schulischer Teil Dualausbildung auch Jugendliche in einer geförderten Ausbildung befinden und befinden. Anfang und Mitte der 2000er Jahre erreichten diese einen hohen Umfang (vgl. Kapitel 2.2.2).

gesteuert. Die Verordnung weist den OSZ die Einzugsgebiete für den Berufsschulunterricht im Dualen System zu. Sie gibt an, welche Oberstufenzentren für welche Ausbildungsberufe zuständig sind. Die Angaben der LSBV aus dem Jahr 2002 und aus dem Jahr 2013 sind die zentrale Datengrundlage des Kapitels. Auf die mit der LSBV verbundenen Steuerungsformen wird im Kapitel 6 und 7 eingegangen. Hier geht es zunächst um eine überwiegend deskriptiv gehaltene Beschreibung. Dafür ist folgender methodischer Hinweis wichtig. Die Zuordnungen der LSBV sind kein ganz genaues Abbild des tatsächlich stattgefundenen Berufsschulunterrichtes. Sie gibt als Steuerungsinstrument eine Struktur vor, deren Realisierung von verschiedenen Faktoren abhängt. Beispielsweise versuchen die OSZ teilweise die LSBV zu unterlaufen, in dem sie ohne Genehmigung eine Schulklasse eröffnen. Ein OSZ ist nicht für den Unterricht etwa im Beruf des/der Tischler/in zuständig, eröffnet jedoch quasi „heimlich“ eine Klasse, obwohl ihr das laut LSBV offiziell nicht gestattet ist. Umgekehrt können von den Berufsschulen im laufenden Ausbildungsbetrieb Ausnahmen beantragt werden, die dann nicht in der vorher erstellten LSBV abgebildet sind. Auch passiert es, dass eine Berufsschulklasse nicht eröffnet wird, weil in dem zuständigen Einzugsgebiet keine neuen Ausbildungsverträge in einem bestimmten Beruf abgeschlossen wurden. Das OSZ ist zwar für diesen Ausbildungsberuf offiziell zuständig, „real“ lernen aber in diesem Jahr keine Auszubildenden im ersten Lehrjahr.³⁸⁶ Steuerungsanspruch und -realität sind also nicht immer deckungsgleich. Gleichwohl ist die Heranziehung der LSBV als Datengrundlage unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen vertretbar. Zum einen ist die Analyse der einzelnen eröffneten Berufsschulklassen mit einem außerordentlich hohen Aufwand verbunden.³⁸⁷ Zum anderen ist den für die Arbeit geführten Interviews und den Angaben der Homepages der OSZ zu entnehmen, dass die oben genannten möglichen Abweichungen keinen Umfang erreichen, der den Angaben der LSBV fundamental widerspricht. Schließlich ergibt sich die Verwendung dieser Datengrundlage aus einer zentralen Fragestellung der Arbeit, der Frage nach den Steuerungsinstrumenten von Berufsschullandschaften.

³⁸⁶ Diese Angaben basieren auf Informationen aus dem Interview mit einem für die Erstellung der LSBV zuständigen Mitarbeiter im Bildungsministerium Brandenburg.

³⁸⁷ Das würde erfordern, die Zahlen für jede eröffnete Berufsschulklasse an allen OSZ in Brandenburg für 200 verschiedene Ausbildungsberufe zu mindestens zwei verschiedenen Zeitpunkten zu analysieren.

Im Vordergrund des Kapitels steht daher das vorgehaltene Potenzial an Ausbildungsinfrastruktur, das durch die LSBV angegeben wird. Wenn also im Folgenden das Konzentrationsgeschehen beschrieben wird, bezieht sich das immer auf dieses Potenzial laut LSBV. Die Analyse konzentriert sich auf den Berufsschulunterricht im ersten Ausbildungsjahr. Im zweiten und dritten Jahr verändern sich teilweise die Schulstandorte. Das heißt, Auszubildende müssen die Berufsschule wechseln. Für eine möglichst übersichtliche und nachvollziehbare Beschreibung der ohnehin schon komplexen Struktur im ersten Ausbildungsjahr wird das zweite und dritte Ausbildungsjahr ausgeblendet.

5.2.1 Die Konzentration berufsschulischer Ausbildungsgänge im Dualen System in den 2000er Jahren

Im Jahr 2013 hält Brandenburg an seinen Oberstufenzentren Bildungsgänge im Dualen System vor, die für 200 Ausbildungsberufe den Berufsschulunterricht abdecken. Das sind mehr als zwei Drittel aller Berufe, in denen Brandenburger Betriebe ausbilden. Im Jahr 2011 waren dies 286 von bundesweit insgesamt 350 Ausbildungsberufen.³⁸⁸ Die Anzahl der in Brandenburg beschulten Berufe hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Sie war im Jahr 2002 genauso hoch. Das heißt, trotz eines Rückgangs der Auszubildendenzahlen um 40 % und einer Halbierung der Schülerzahlen blieb das Berufsschulspektrum im Dualen System stabil.

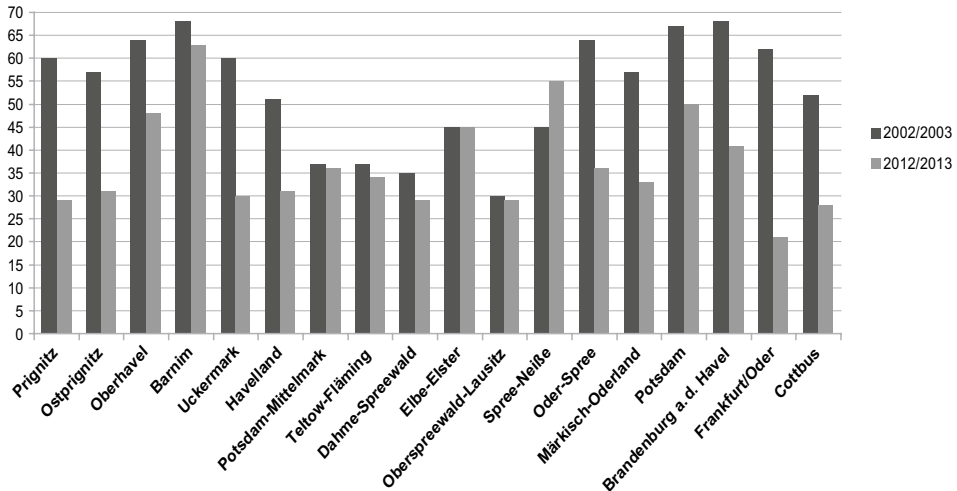
Wenn im Folgenden von der Verlagerung, Ausweitung oder Reduzierung von Ausbildungsberufen gesprochen wird, ist immer der Berufsschulunterricht für den jeweiligen Beruf an einem Oberstufenzentrum gemeint.

Erheblich verändert hat sich die Dichte der Berufsschulstandorte in Brandenburg. Zwischen 2002 und 2013 reduzierte sich in 73 der 200 Berufe die Zahl der Standorte, an denen der Berufsschulunterricht stattfindet. Umgekehrt erhöhte sich in 13 Berufen die Zahl der Standorte. Folge der Konzentration von 40 % aller Ausbildungsberufe ist ein Rückgang des Angebotsspektrums an den OSZ. In elf der 18 Landkreise und kreisfreien Städte beschulen die Oberstufenzent-

³⁸⁸ AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: B II 5 – j / 2011.

ren im Jahr 2013 in deutlich weniger Berufen als zehn Jahre zuvor. Der Rückgang belief sich teilweise auf bis zu 60 % (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Anzahl der an den Oberstufenzentren beschulten Berufe im Dualen System Brandenburg laut LSBV nach Landkreisen und kreisfreien Städten (2002, 2013)³⁸⁹

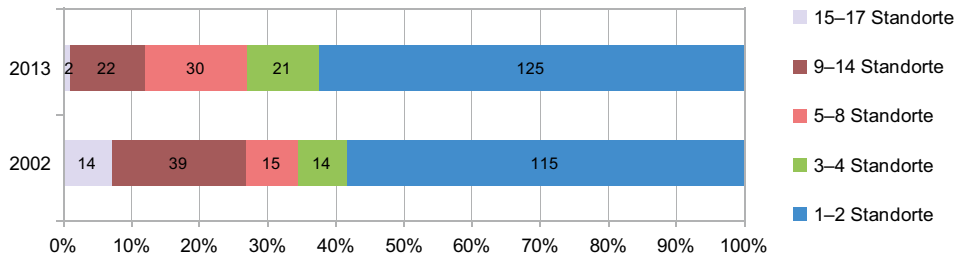


Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Im Jahr 2002 wurden 27 % aller Ausbildungsberufe an 9 bis 17 Standorten, also in mindestens jedem zweiten Landkreis beziehungsweise kreisfreier Stadt beschult. Zehn Jahre später trifft das nur noch auf 12 % aller Ausbildungsberufe zu (vgl. Abbildung 14).

³⁸⁹ Spezialisierungsrichtungen innerhalb eines Berufes wurden nicht zusammengefasst. Die Angaben zu den Ausbildungsberufen im Dualen System laut LSBV enthalten im Folgenden nicht die Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderungen nach § 66 BbIG und 42m HwO, da diese gesonderten Regulierungen unterliegen und in der LBSV von 2013 nicht mehr ausgewiesen sind. Eines der zwei Oberstufenzentren des Landkreises Spree-Neiße ist in Cottbus angesiedelt.

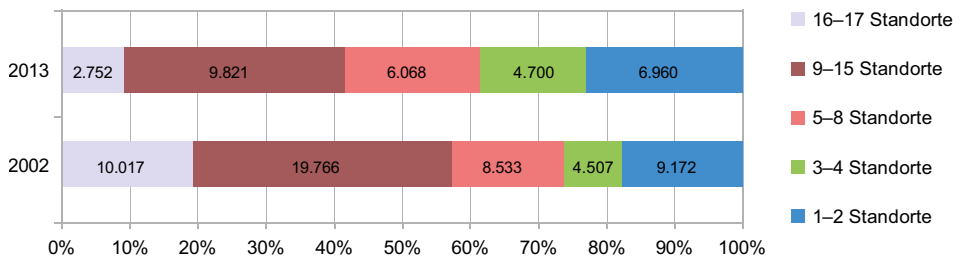
Abbildung 14: Anzahl der Ausbildungsberufe in Brandenburg nach Anzahl der OSZ-Standorte, die für den jeweiligen Berufsschulunterricht zuständig sind (2002, 2013)



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Dementsprechend verlängerten sich die Wege für Auszubildende.³⁹⁰ Folgende Abbildung gibt die Verteilung der Anzahl der in Brandenburg beschulten Auszubildenden aus dem Jahr 2011 nach den in der LSBV ausgewiesenen Standorten im Jahr 2013 wieder.³⁹¹

Abbildung 15: Anzahl der Auszubildenden nach Anzahl der Beschulungsstandorte in Brandenburg laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 - j / 2011; LDSB B II 5 - j / 2001; eigene Darstellung.

³⁹⁰ Die Länge des Fahrtweges hängt von mehreren Faktoren ab, etwa wie nah ein Auszubildender an einem OSZ wohnt, wie der ÖPNV ausgebaut ist, oder ob Ressourcen für einen PKW vorhanden sind. Relevant ist auch, ob es die Möglichkeit der Internatsunterbringung gibt und wie diese genutzt wird. Bei der Aussage zu den verlängerten Wegen handelt es sich daher notwendigerweise um eine gewisse Abstraktion, die an der Dichte des Berufsschulnetzes festgemacht wird.

³⁹¹ Zu beachten sind die oben aufgeführten methodischen Hinweise zur LSBV. Es handelt sich um das potenzielle Berufsschulangebot. Aus den Statistiken ist nicht ablesbar, ob sich beispielsweise der/die Friseur/innen tatsächlich auf alle angegebenen Standorte verteilt haben. Alle Angaben beziehen sich im Folgenden immer auf das erste Ausbildungsjahr.

Erkennbar ist eine deutliche Reduzierung des Anteils von Auszubildenden, die mit 9 bis 17 Standorten ein relativ flächendeckendes Berufsschulangebot vorfinden. Traf dies im Jahr 2002 auf fast 60 % aller Auszubildenden zu, waren es im Jahr 2013 nur noch 41 %. Umgekehrt weitete sich der Anteil von Auszubildenden in Berufen, für die mit maximal vier Standorten das Berufsschulnetz sehr dünn ist, sehr stark auf fast 40 % aus.³⁹² Die Konzentration von insgesamt 73 Ausbildungsberufen betraf im Jahr 2011 11.422 von insgesamt 33.358 Auszubildenden, also etwa jeden dritten Jugendlichen. Umgekehrt gab es für knapp 5.100 Auszubildende mehr Berufsschulstandorte als 2002.³⁹³

Tabelle 6: Anzahl der Auszubildenden in von Konzentrationen oder von Ausweitung der Berufsschulstandorte betroffenen Berufen (2011)³⁹⁴

	Auszubildende in Berufen mit konzentrierten Beschulungsstandorten	Auszubildende in Berufen, deren Beschulungsstandorte ausgeweitet wurden
insgesamt 2011	11.422 (34 %)	5.087 (15 %)
darunter Konzentration um mehr als 2 Standorte	6.204 (19 %)	
darunter Ausweitung um mehr als 2 Standorte		2.869 (9 %)

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 – j / 2011, die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Anteil an allen Auszubildenden.

Das Berufsschulangebot im Dualen System ist im Jahr 2013 durch die Konzentration einer Reihe von Ausbildungsberufen also deutlich geringer flächendeckend. Durch die Betrachtung der Standorte allein werden diese erheblichen Verände-

³⁹² Für diese Ergebnisse wurden Angaben der LSBV mit der Auszubildendenstatistik kombiniert. Beide Statistiken sind nicht vollständig deckungsgleich. So weist die Auszubildendenstatistik im Gegensatz zur LBSV Berufe teilweise nicht nach Fachrichtungen aus. Hier wurden Zuordnungen nach Plausibilitätskriterien vorgenommen, oder es konnten einzelne Berufe nicht berücksichtigt werden, was jedoch keinen grundlegenden Einfluss auf das Ergebnis hat. Das gilt für alle folgenden Angaben, in denen die beiden Statistiken miteinander kombiniert wurden.

³⁹³ Exakterweise sollte die Anzahl der Beschulungsorte laut LSBV aus dem Jahr 2013 mit den Auszubildendenzahlen von 2013 verglichen werden. Da aber zum Zeitpunkt der Analyse die aktuellsten Daten zu den Auszubildendenzahlen aus dem Jahr 2011 stammen, musste auf diese zurückgegriffen werden.

³⁹⁴ Die Angaben sind ohne die Auszubildendenzahlen in folgenden Berufen, weil diese nicht in der Auszubildendenstatistik angeführt werden: Dachdecker- FR: Reetdachdeckung, Asphaltbauer-, Bauwerksabdichter- und Fassadenmonteur/in.

rungen nur begrenzt sichtbar. Gespiegelt an der Annahme, dass durch den Schülerzahlenrückgang kein flächendeckendes berufsschulisches Angebot mehr vorgehalten werden kann, zeigen die Daten jedoch auch, dass hohe Mobilitätsanforderungen nicht allein Folge demografischer Entwicklungen sind. Auch im Jahr 2002 gehörten Mobilität oder die Notwendigkeit eines Internatsbesuches für fast jeden zweiten Jugendlichen zum Ausbildungsalltag. Für 75 % aller Berufe gab es bereits zu diesem Zeitpunkt kein flächendeckendes Berufsschulangebot. Der folgende Abschnitt zeigt die Einbettung des Konzentrationsgeschehens in berufsstrukturelle, sektorale und Branchencharakteristika auf. Diese spiegeln die Besonderheiten in der Organisation berufsbildender Infrastrukturen.

5.2.2 Berufsstrukturelle Charakteristika des Konzentrationsgeschehens

Die Abnahme einer flächendeckenden Beschulung im Dualen System ist in Brandenburg deutlich beobachtbar. Die räumlichen Restrukturierungen können jedoch nicht allein auf dieses Muster zugespitzt werden. Die 200 in Brandenburg beschulten Berufe sind sehr heterogen. Das betrifft die Anzahl der Auszubildenden wie auch deren branchenspezifische und sektorale Einbettung. Man hat es mit weit verbreiteten, bekannten Berufen wie Verkäufer/in zu tun, mit spezifischen Industriebereufen, etwa dem/der Verfahrensmechaniker/in für Kunststoff- und Kautschuktechnik, oder Nischenberufen wie dem/der Schornsteinfeger/in. Der Schülerzahlenrückgang wirkt nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Berufe. Daher ist das Konzentrationsgeschehen nicht als eine einfache proportionale Verkleinerung der bestehenden Strukturen beschreibbar. Der Einfluss wirtschaftsstruktureller Komponenten und sektoraler Spezifika von betrieblicher Ausbildung soll anhand einer Berufstypologie verdeutlicht werden. Die Typologie fragt nach den Gemeinsamkeiten von Berufen, die jeweils flächendeckend, weniger flächendeckend oder in stark konzentrierter Form beschult werden.

Flächendeckende Beschulung an 9–17 Standorten – ubiquitäre Massenberufe

Als ubiquitäre Massenberufe werden hier Berufe wie Bürokauffrau/-mann oder KFZ-Mechaniker/in bezeichnet, die in sehr großem Umfang ausgebildet werden. Viele sind in der Dienstleistungs- und Handelsbranche angesiedelt, die auf die

Nachfrage von Privathaushalten ausgerichtet ist. Die ausbildenden Klein- und mittleren Unternehmen weisen eine hohe und räumlich breit gestreute Betriebsdichte auf. Sie sind also standortunspezifisch, zum Beispiel Restaurants, Friseurläden, Autowerkstätten oder Büros.

Mittlere Konzentration der Beschulung an 3–8 Standorten – leicht bis stark spezialisierte Berufe

Die Dichte der in diesen Berufen ausbildenden Betriebe ist geringer und der Spezialisierungsgrad höher. Während beispielsweise jedes Unternehmen Bürokauffrauen/-männer beschäftigt, wird der/die Automobilkaufmann/-frau nur in entsprechend auf das Produkt ausgerichteten Firmen ausgebildet. Die Ausbildungszahlen sind in der Regel geringer als in den ubiquitären Massenberufen. Bei einem Teil der Berufe gibt es eine spezifische Bindung an einzelne große Unternehmen, zum Beispiel die Fachkraft für Lagerwirtschaft.

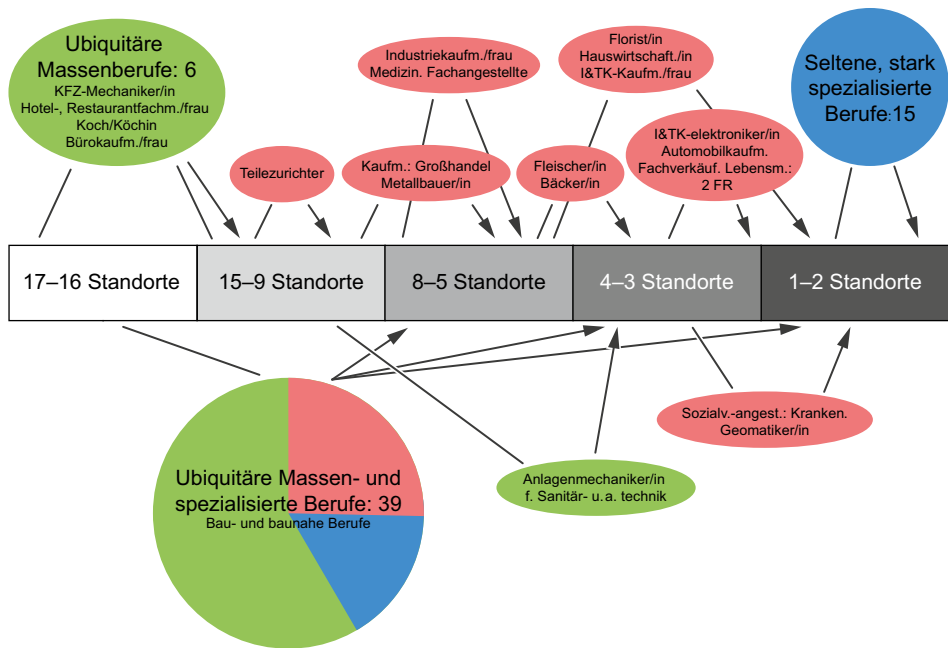
Starke Konzentration der Beschulung in Landesfachklassen – seltene und stark spezialisierte Berufe

Berufe, die nur an ein oder zwei Standorten ausgebildet werden, weisen mit einigen Ausnahmen erwartungsgemäß die niedrigsten Auszubildendenzahlen und in der Regel eine sehr geringe Betriebsdichte auf. Es sind drei Typen erkennbar. Zum einen gibt es die Nischenberufe mit sehr geringen Ausbildungszahlen, wie Chirurgiemechaniker/in mit sechs Auszubildenden im Jahr 2011. Zum zweiten sind bestimmte Berufe an wenige Unternehmen im Land Brandenburg gebunden, etwa der/die Chemikant/in. Schließlich werden Berufe wie Gärtner/in recht hohem Umfang, aber mit nur wenigen Berufsschulstandorten ausgebildet. Die niedrige Beschulungsstandortdichte hängt hier offenbar mit spezifischen Anforderungen an die Ausstattung (Gewächshäuser) und das Fachpersonal für den Unterricht zusammen.³⁹⁵ Diese Kategorie macht die Mehrzahl der in Brandenburg beschulten Berufe aus. Über die Hälfte aller Berufe werden als Landesfachklassen an ein oder zwei Schulen geführt. Die Zahlen streuen dabei recht breit von 380 Auszubildenden bis zu drei Auszubildenden im Jahr 2011.

³⁹⁵ Die Typologie darf nicht streng schematisch auf das Berufsspektrum angewendet werden. Teilweise gibt es fließende Übergänge oder Berufe fallen durch Veränderungen in einen anderen Typus.

Das zeigt, wie stark die Berufsschulorganisation durch die kleinteilige, ausdifferenzierte Struktur des Dualen Systems bestimmt wird. Eine Analyse der Veränderungen der Beschulungsorte auf berufsstruktureller Ebene zwischen 2002 und 2013 ergibt in Anlehnung an die Berufstypologie folgendes Bild.

Abbildung 16: Berufe, deren Berufsschulstandorte zwischen 2002 und 2013 konzentriert wurden, nach Umfang der Konzentration



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Typologie und Darstellung.

Abbildung 16 zeigt, in welchen Berufen sich die Standortzahl reduzierte. Die Beschulungsstandorte für den Ausbildungsberuf des Fleischers beispielsweise gingen von fünf auf drei Standorte zurück. Beim Teilezurichter reduzierte sich die Anzahl um 4 Standorte. Er verbleibt jedoch weiterhin in der Kategorie der relativ flächendeckend beschulten Berufe, die mit 9 bis 15 Standorten.

Das Konzentrationsgeschehen folgt nicht streng dem Muster des Rückgangs einst flächendeckend beschulter Berufe. Die ubiquitären Massenberufe sind sogar in geringerem Umfang betroffen. Der/die Verkäufer- oder KFZ-Mechatroniker/in werden trotz erheblicher Rückgänge in den Auszubildendenzah-

len nach wie vor in mindestens jedem zweiten Landkreis oder jeder kreisfreien Stadt beschult. Neben den ubiquitären Massenberufen wurde (ohne die Bau- und baunahen Berufe) in 26 weiteren Ausbildungsberufen die Anzahl der Standorte reduziert. Diese fallen in die Gruppe der leicht bis stark und selten ausgebildeten Berufe. Berufsstrukturell ist eine starke Heterogenität zu verzeichnen. Vertreten sind fast alle Branchen von Dienstleistung und Handel über Büro- bis zu Medizin-, Mechaniker- oder Metallberufen. Diese wurden auch schon im Jahr 2002 nicht flächendeckend beschult. Für den/die Bäcker/in beispielsweise gab es im Jahr 2002 sechs ausbildende Oberstufenzentren, 2013 waren es drei.

Eine eindeutige Branchenspezifität ist bei den Berufen der Bau- und baunahen Wirtschaft erkennbar. Sie bilden mit 39 Berufen die größte Gruppe unter den 200 in Brandenburg beschulten Ausbildungsberufen. Darunter befindet sich eine Reihe von Berufen, die einst mit sehr hohen Ausbildungszahlen zu den ubiquitären Massenberufen zählten. Dazu gehören der/die Maurer/in, aber auch schon immer sehr spezialisierte, selten ausgebildete Berufe wie der/die Stuckateur/in. Hier erfolgten die umfangreichsten Konzentrationen. Im Jahr 2002 gab es für diese Gruppe ein nahezu flächendeckendes Berufsschulnetz. Zehn Jahre später werden 26 dieser Berufe an fünf oder weniger Standorten beschult. Sehr stark erhöhte sich die Ausbildung in den Landesfachklassen (LFK) (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Anzahl der baunahen Ausbildungsberufe nach Anzahl der Berufsschulstandorte laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)³⁹⁶

2002	Anzahl der Berufe	2013	Anzahl der Berufe
14 bis 16 Standorte	13	9 bis 6 Standorte	14
10 bis 13 Standorte	23	5 bis 3 Standorte	10
1 bis 2 Standorte (LFK)	2	1 bis 2 Standorte (LFK)	16

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; LFK=Landesfachklasse, eigene Darstellung.

In den anderen Berufen war der Umfang der Konzentration nicht so ausgeprägt. Bei etwa der Hälfte reduzierte sich die Beschulung um ein oder zwei Standorte

³⁹⁶ Zu den baunahen Berufen werden im Folgenden gezählt: Tischler-, Zimmerer-, Maler- und Lackierer/in.

5.2.3 Die Prägung des Konzentrationsgeschehens durch die Bauwirtschaft

Das Konzentrationsgeschehen in den 2000er Jahren ist berufsstrukturell durch eine starke Konzentration in den Bau- und baunahen Ausbildungsberufen auf der einen und durch eine mittlere bis leichtere Konzentration von sehr heterogenen Berufen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die Auswirkungen demografischer, konjunktureller und wirtschaftsstruktureller Veränderungen auf die Infrastruktur sind, wie im Folgenden gezeigt wird, vermittelt über Branchen, über die daran gekoppelten Berufsstrukturen und über sektorale Eigenschaften des Qualifizierungssystems.

In Brandenburg sank die Zahl der Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung bereits seit Mitte der 1990er Jahre mehr oder weniger stetig. Der Rückgang in den 2000er Jahren zieht sich mit Ausnahmen und in unterschiedlichem Ausmaß quer durch alle Berufsgruppen. Er wird (nicht nur) in Brandenburg in einem Zusammenspiel von rezessiven konjunkturellen, wirtschaftsstrukturellen und demografischen Entwicklungen verortet. Allerdings ist es sehr schwierig, die jeweiligen Einflüsse isoliert herauszuarbeiten. Diese beeinflussen sich oft wechselseitig (vgl. Kapitel 2.2).³⁹⁷

Besonders stark waren die Einbrüche in der Bauwirtschaft. In den 2000er Jahren gehörten bestimmte Berufe mit zu den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen überhaupt. Die Zahlen für den/die Maurer- oder Maler/in lagen auf ähnlich hohem Niveau wie bei den Köch/innen oder Bürokaufmännern und -frauen (vgl. Tabelle 8).

³⁹⁷ Vgl. dazu auch IFS 1997: 4.

Tabelle 8: Entwicklung der Auszubildendenzahlen in Brandenburg
in ausgewählten Berufen (2002, 2013)

	Anzahl Auszubildende		Rückgang in %
	2001	2011	
Koch/Köchin	2.579	1.258	-51,2 %
Bürokaufmann/-frau	2.362	1.146	-51,4 %
KFZ-Mechatroniker/in	3.163	1.719	-45,6 %
Ausbaufacharbeiter/in	467	168	-64,0 %
Beton- und Stahlbetonbauer/in	98	21	-77 %
Brunnenbauer/in	13	8	-40 %
Fliesen-, Platten-, Mosaikleger/in	221	1	-99 %
Hochbaufacharbeiter/in	406	116	-71,4 %
Maler-, Lackierer/in FR: Gestaltung	2.092	427	-80 %
Maurer/in	1.057	150	-86 %
Rohrleitungsbauer/in	75	7	-91 %
Spezialtiefbauer/in	12	12	0 %
Tiefbaufacharbeiter/in	421	244	-42,0 %

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 – j / 2011; LDSB B II 5 - j / 2001.

Mit einem Rückgang der Auszubildendenzahlen von 70 % bis 90 % – der brandenburgische Durchschnitt lag bei 40 % – gehört die Mehrzahl der Bau- und baunahen Berufe zehn Jahre später zu den gering bis sehr gering besetzten Ausbildungsberufen. Ihr Anteil an allen Auszubildenden lag im Jahr 2011 bei 2,8 %. Einstmals stark besetzte Bauberufe „verloren“ ihren Status als ubiquitäre Massenberufe, während der/die Koch/Köchin nach wie vor in den Rang der zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe fällt. In diesem starken Einbruch kommen die Besonderheiten der Bauwirtschaft mit ihrem eigenen, stark schwankenden Konjunkturzyklus zum Tragen. Mit dem „Wiedervereinigungsboom“ expandierte nach 1990 diese traditionell ausbildungsintensive Branche außerordentlich, unter anderem im Rahmen des Aufbauprogramms Ost. WILMA et al. (2003) sprechen von einem „Ausbildungswunder im Handwerk“, vor allem im Baugewerbe.³⁹⁸ Indessen Folge wurden landesweit die Ausbildungsinfrastrukturen an den Oberstufenzentren entweder ausgeweitet oder nicht konzentriert. Zu dieser Ausweitung trug auch die Ausrichtung der Brandenburger Berufsbildungspoli-

³⁹⁸ WILMA et al. 2003: 40 ff.

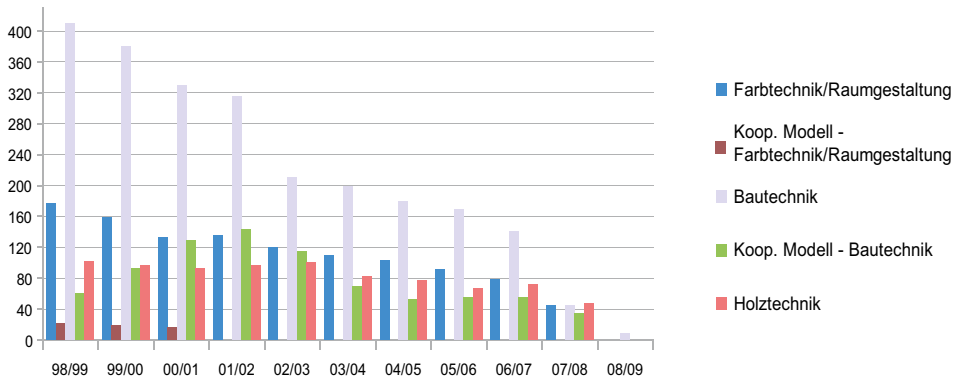
tik bei. Um die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge seit Mitte der 1990er Jahre zu integrieren, wurden umfangreiche staatliche Ausbildungsplatzprogramme aufgelegt. In diesen hatte die Ausbildung in Bau- und baunahen Berufen einen hohen Anteil. Von 1997 bis 2002 gehörten zu den am stärksten besetzten Berufen in den Lückenschlussprogrammen unter anderem der/die Tischler-, Maler- und Lackierer-, Mauer- und Zimmerer/in.³⁹⁹ Am OSZ Uckermark lag der Anteil von Auszubildenden im Ausbildungsprogramm Kooperatives Modell in den bautechnischen Berufen teilweise über 50 % (vgl. Abbildung 17).⁴⁰⁰

Mit dem Abflauen des Wiedervereinigungsbooms und dem Einsetzen der konjunkturellen Rezession brachen zum einen die betrieblichen Ausbildungszahlen ein. Die Betriebe konnten durch die überbetriebliche Ausbildung (noch) hinreichend auf Nachwuchskräfte zurückgreifen. In der Uckermark zeichnete sich bereits Ende der 1990er Jahre ein Rückgang in dieser Berufsgruppe ab, zu einem Zeitpunkt als die Schülerzahlen auf dem Höhepunkt lagen (vgl. Abbildung 17).

³⁹⁹ In einer Evaluation der Brandenburger Ausbildungspolitik der 1990er Jahre verweisen WILMA et al. (2003) teilweise auf Überausbildungen im Kooperativen Modell. Bei bestimmten Ausbildungen handelte es sich um Berufe „mit einer gelegentlich eher geringen Verwendungsbreite der Qualifikationen“ sowie mit vergleichsweise niedrigen Ausbildungskosten. In diese Kategorie fallen neben kaufmännischen und gastronomischen Berufen auch bau- und baunahe Berufe wie der/die Maler-, Lackierer-, Maurer-, Gas- und Wasserinstallateur-, oder Trockenbaumonteur/in (WILMA et al. 2003: 117 f.).

⁴⁰⁰ Hinzu kommen weiter Formen der außerbetrieblichen Ausbildung wie die Benachteiligten- oder die betriebsnahe Ausbildung. Sie werden in der Statistik als duale Ausbildung an Berufsschulen, also nicht gesondert aufgeführt und sind daher nicht als außerbetriebliche Ausbildung erkennbar.

Abbildung 17: Auszubildende und Schüler/innen in Bau- und baunahen Berufen am OSZ Uckermark nach Ausbildung im Dualen System und im Kooperativen Modell (1998–2009)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistische Berichte B II 1 – j 2006–2009; LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1998–2005, eigene Darstellung.

Zum anderen erfolgte als Reaktion auf die demografisch bedingt sinkende Nachfrage zeitlich versetzt eine sukzessive Reduzierung der außerbetrieblichen Förderung. Das trug ebenfalls zu dem Rückgang der Ausbildungszahlen unter anderem in dieser Berufsgruppe bei. Schließlich kamen auch Rationalisierungs- und Internationalisierungsprozesse zum Tragen. Mit der Zunahme industrieller Bauverfahren gerieten stärker handwerklich ausgerichtete Tätigkeiten wie zum Beispiel das Mauern zunehmend unter Druck. Zudem werden mit der Einführung europaweiter Bauausschreibungen und Auftragsvergabemöglichkeiten unter Kostendruck Aufträge zunehmend über Subunternehmer mit „kostengünstigen“ Arbeitskräften aus anderen Ländern abgedeckt.

Die starke Prägung der Konzentration von Infrastrukturen durch die Bauwirtschaft hängt auch mit der spezifischen (Ausbildungs-)Struktur der Branche zusammen. So war (und ist) von den konjunkturellen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen eine ganze Wertschöpfungskette mit den dafür benötigten Fachkräften betroffen. Wenn beispielsweise die private und öffentliche Nachfrage nach Neubauten oder Sanierung von Gebäuden sinkt, betrifft das nicht nur den Hochbauarbeiter, sondern auch die verschiedenen, etwa mit dem Innenausbau befassten, Gewerke. Der Einbruch zieht sich daher wie eine Welle durch die verschiedensten Berufe der Bau- und baunahen Wirtschaft.

In vielen anderen Berufen waren ebenfalls starke Einbrüche zu verzeichnen, die auch auf wirtschaftsstrukturelle und konjunkturelle Entwicklungen zurückgingen. Die Bedeutung der branchen- und berufsstrukturellen Spezifik der Ausbildung in der Bauwirtschaft für die Berufsschulen soll an drei „Gegenbeispielen“ verdeutlicht werden.

Auch in den ubiquitären Massenberufen sanken die Auszubildendenzahlen erheblich. Im Jahre 2013 gab es gegenüber dem Jahr 2001 1.685 weniger Auszubildende im Beruf des/der Kochs/Köchin, bei den KFZ-Mechatroniker/innen waren es 1.343 weniger Auszubildende. Die Zahl der Standorte wurde leicht reduziert. Auch im Jahr 2013 werden diese jedoch in mehr als jedem zweiten Landkreis beschult. Offenbar sind die Ausbildungszahlen und die Betriebsdichte trotz der Schrumpfung immer noch hoch genug, um für diese Berufe ein relativ flächendeckendes Netz betreiben zu können. Den meisten ubiquitären Massenberufen gemeinsam ist die Angehörigkeit zu Branchen, die eine andere Nachfragestruktur als die Bauwirtschaft aufweisen. Vielfach handelt es sich um Zweige, die an die private, lokale Nachfrage gebunden sind, etwa in haushaltsnahen Dienstleistungen. Auch diese Bereiche schrumpfen durch Bevölkerungsrückgänge oder das Sinken der Kaufkraft. Gleichwohl kann hier von einer gewissen Stabilität im Schrumpfen gesprochen werden. Denn eine gewisse Nachfrage nach Reparaturdienstleistungen, nach Friseuren, nach Verkäufer/innen etc. ist immer vorhanden. Diese Bereiche sind also in geringerem Ausmaß von konjunkturellen und wirtschaftsstrukturellen „Verwerfungen“ betroffen.

Bei spezialisierten Handwerksberufen wie Fleischer- und Bäcker/in sind ähnlich wie in der Bauwirtschaft außerordentlich starke Rückgänge zu verzeichnen. Die Anzahl der Auszubildenden zum/zur Bäcker/in ging zwischen 2001 und 2011 um 401 auf 193 Personen zurück. Den Beruf Fleischer/in erlernten im Jahr 2011 nur noch 67 Jugendliche gegenüber 353 im Jahr 2001. Hierin spiegelt sich offenbar nicht nur der Rückgang der lokalen Nachfrage, sondern wie in der Bauwirtschaft auch Rationalisierungsprozesse in der Lebensmittelindustrie wieder, wie sie in Begriffen des „Bäckerladensterbens“ zum Ausdruck kommen. So wird etwa auch in Schlachtereien zunehmend mit international agierenden Subunternehmen zusammengearbeitet. Zum Tragen dürfte auch kommen, dass diese Berufe mit ihren hohen körperlichen Anforderungen nicht zu den beliebtesten

bei den Jugendlichen zählen. Die „Krise des Lebensmittelhandwerks“ zeigt sich auch bei einem starken Einbruch der Zahl der Fachverkäufer/innen im Lebensmittelhandwerk um fast 70 %. Die Anzahl der von dieser „Krise“ betroffenen Berufsgruppen ist jedoch deutlich geringer als die der Bauwirtschaft. Da das Ernährungsgewerbe zudem keinen extrem expansiven Zyklus wie die Bauwirtschaft aufwies, und die zugehörigen Ausbildungsberufe bereits in den 2000er Jahren nicht flächendeckend beschult wurden, waren hier von den Konzentrationsprozessen einige wenige Oberstufenzentren betroffen.

Ein drittes Beispiel sind spezialisierte Industriebetriebe. Rezessive Entwicklungen in einzelnen, insbesondere stark spezialisierten Industrien wirken sich auf das Berufsschulangebot nicht so umfangreich aus wie der Einbruch der Bauwirtschaft. Mit der Schließung der Chipfabrik (Communicant Semiconductor Technologies AG) in Frankfurt/Oder etwa werden keine Mikrotechnologen/innen im Schwerpunkt Halbleiter- und Mikrosystemtechnik mehr an der Berufsschule ausgebildet. Auch einige anlagentechnische und kaufmännische Berufe sind von der Schließung betroffen. Dadurch brechen jedoch nicht gleich ganze Berufsschulabteilungen weg, da zahlreiche andere Betriebe, die nicht an dem Industrieunternehmen hängen, weiterhin Bürokaufleute ausbilden.

Es gibt in Brandenburg auch Berufsschulstandorte, die ausgesprochen stark an einen Industriebetrieb gekoppelt sind, etwa ein Standort des OSZ „Gottfried Wilhelm Leibniz“ in Eisenhüttenstadt an das Hüttenwerk ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH. Mögliche konjunkturelle Einbrüche an diesem Standort ziehen sich jedoch nicht wie eine Welle durch die gesamte Berufsschullandschaft.⁴⁰¹ In der Bauwirtschaft ist diese Welle deutlich erkennbar. In den meisten Oberstufenzentren reduzierte sich entweder die Anzahl der zu beschulenden Berufe in der Bau- und baunahen Wirtschaft sehr stark, unter anderem in Potsdam, Brandenburg, Märkisch-Oderland und Oberhavel. Oder die Beschulung in den Berufen wurde ganz eingestellt, also ganze Abteilungen geschlossen, zum Beispiel in Frankfurt/Oder und in der Uckermark (vgl. Tabelle 9).

⁴⁰¹ Diese Interpretationen basieren auf Informationen aus den Interviews und der Fachliteratur sowie eigenen Recherchen.

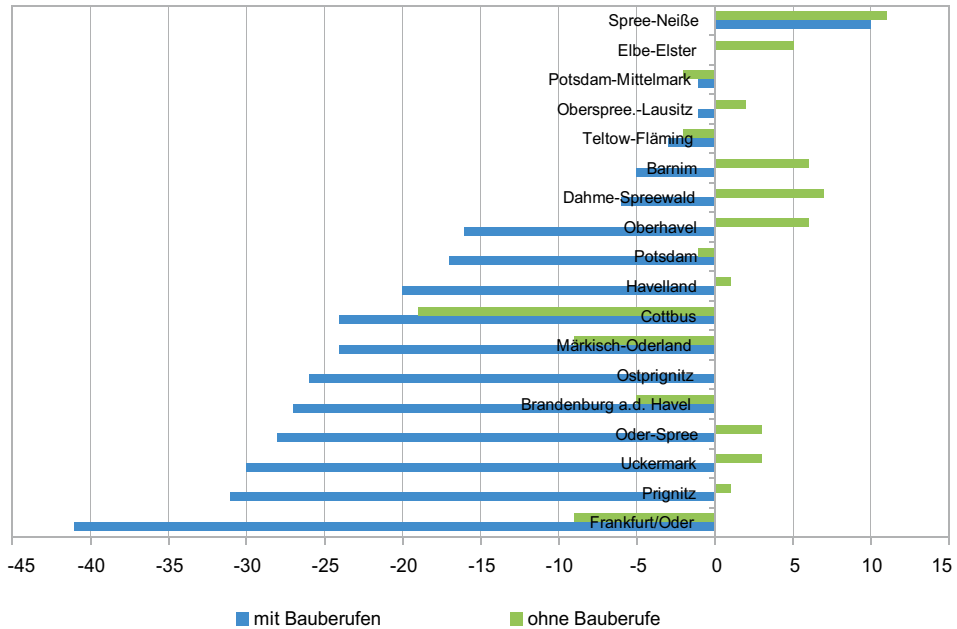
Tabelle 9: Anzahl der beschulbaren Bau- und baunahen Berufe an den Oberstufenzentren Brandenburgs nach Landkreisen laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)

	Prignitz	Ostprignitz	Oberhavel	Barnim	Uckermark
2002	34	36	36	36	36
2013	0	9	12	23	0
	Dahme-Spreewald	Teltow-Fläming	Spree-Neiße	Elbe-Elster	Oberspreewald-Lausitz
2002	14	16	0	23	5
2013	0	15	0	17	0
	Oder-Spree	Märkisch-Oderland	Frankfurt/Oder	Potsdam	
2002	36	34	34	30	
2013	3	17	0	12	
	Cottbus	Havelland	Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	
2002	30	37	0	34	
2013	23	13	0	11	

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Die Branchenspezifik des Konzentrationsgeschehens wird besonders deutlich, wenn die Bau- und baunahen Berufe aus der Analyse ausgeklammert werden. Ohne diese ist die Zahl der Ausbildungsgänge im Dualen System in 14 der 18 Landkreise und kreisfreien Städte in den 2000er Jahren stabil oder sogar steigend. Die Konzentration der anderen 41 Berufe hatte nur in drei der 18 Landkreise und kreisfreien Städte ausgeprägte Auswirkungen auf die Angebotsstruktur der Oberstufenzentren (vgl. Abbildung 18).

Abbildung 18: Entwicklung der Zahl der an den Oberstufenzentren beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System laut Landesschulbezirksverordnungen (2002, 2013)



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Diese Stabilität angesichts der Konzentration von 41 Berufen außerhalb der Baubranche hängt auch mit Dynamiken in den Berufsbildern des Dualen Systems zusammen. So verloren die meisten OSZ Berufe durch Konzentrationen. Gleichzeitig wurden durch die Einführung neuer Spezialisierungsrichtungen oder Berufe neue Ausbildungsgänge etabliert, wie etwa der/die Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit. Zudem erfolgte in 13 Berufen eine Ausweitung der Berufsschulstandorte. Dadurch gewannen die Oberstufenzentren ebenfalls Ausbildungsgänge hinzu. Das heißt, parallele Schrumpfungs- und Wachstumsdynamiken auf kleinteiliger Ebene in den 2000er Jahren glichen sich hier teilweise auf der Ebene des Berufsspektrums aus.⁴⁰²

Für das Berufsschulnetz kommt nun als sektorale Eigenschaft zum Tragen, dass die große Gruppe der Bauberufe nicht nur im Hinblick auf Wertschöpfungsketten miteinander verbunden ist, sondern auch in der Organisation des Berufs-

⁴⁰² Die Stabilität des Berufsspektrums ist jedoch, wie oben dargestellt, nicht gleichzusetzen mit einer Stabilität der potenziellen Mobilitätsanforderungen.

schulunterrichtes. So ist die Ausbildung in der Bauwirtschaft als eine Stufenausbildung angelegt. Beispielweise durchlaufen alle Ausbaufacharbeiter/innen in den verschiedenen Fachrichtungen eine gemeinsame Grundausbildung. An der Berufsschule erfolgt daher teilweise eine gemeinsame Beschulung dieser Berufsgruppe. An diese Grundausbildung kann dann eine vertiefte Spezialisierung angeschlossen werden, die zu einem neuen Berufsabschluss führt (siehe Informationsfeld zur Stufenausbildung in der Bauwirtschaft).

Stufenausbildung in der Bauwirtschaft

- 1. Stufe: zweijährige Ausbildung mit dem Abschluss als Hoch-, Ausbau- oder Tiefbaufacharbeiter in einer jeweiligen Spezialisierung*
- 2. Stufe: einjährige Ausbildung, die zum Abschluss des/der Maurer-, Zimmerer/ in etc. führt, aufbauend auf dem Abschluss der ersten Stufe.*

Solche Kopplungen in Form eines teilweise berufsübergreifenden Unterrichtes sind auch in anderen Berufsgruppen zu finden, zum Beispiel bei dem/der Verkäufer/in und Kaufmann/-frau im Einzelhandel. Sie weisen jedoch zahlenmäßig kein so breites Berufsspektrum auf wie die Berufe der Bauwirtschaft. Zudem handelt es sich um eine sehr heterogene Berufsgruppe im Hinblick auf die Auszubildendenzahlen. Es gibt Ausbildungsberufe, die jedes Jahr und in größerem Umfang ausgebildet werden, wie den/die Tischler- oder Maurer/in. Und es gibt Berufe, in denen die Betriebe wenig und unregelmäßig ausbilden (vgl. Tabelle 8). Diese Kopplung und Heterogenität lässt unter dem Gesichtspunkt eines möglichst effizienten Einsatzes von Personal- und Sachressourcen nur begrenzt eine räumlich breit verstreute, kleinteilige Berufsschullandschaft zu. Der massive Einbruch der Zahlen in den 2000er Jahren konnte also nicht mehr mit dem bestehenden Infrastrukturnetz „abgepuffert“ werden. Weil diese Berufsgruppe auch schulorganisatorisch stark aneinandergekoppelt ist, führte das branden-

burgweit zu einer starken Profilierung und Schließung von ganzen Standorten oder Abteilungen.⁴⁰³

Das Konzentrationsgeschehen folgt jedoch nicht ausschließlich einem Muster, bei dem Berufe mit hohen Auszubildendenzahlen an vielen Standorten beschult werden und umgekehrt. Die Struktur ist daher nicht immer ein Abbild regionalökonomischer oder demografischer Entwicklungen. Es gibt Berufe, die nur an ein oder zwei Standorten ausgebildet werden, obwohl die Auszubildendenzahlen nicht auf einem sehr niedrigen Niveau liegen. Unter diesen Berufen sind zwei Gruppen erkennbar. Es handelt sich zum einen oftmals um spezialisierte Industrierberufe beziehungsweise Berufe, die an einigen wenigen Unternehmen hängen. Die Ausbildung des/der Chemikanten/in beispielsweise wird in Brandenburg maßgeblich von zwei großen Betrieben getragen. Die berufsschulische Ausbildung wurde an den zwei Standorten der Unternehmen angesiedelt. Bei einer zweiten Gruppe von Berufen, wie Gärtner/in, spielen offenbar besondere Anforderungen an die sächliche Ausstattung für den Unterricht (zum Beispiel Übungsflächen für den Anbau von Pflanzen) eine Rolle. Sie können aus Kosten- und anderen Gründen nicht an jedem Standort reproduziert werden. Daher gibt es für diese Berufe trotz recht hoher Ausbildungszahlen nur wenige Schulstandorte (Tabelle 10).

Tabelle 10: Anzahl der Auszubildenden und Beschulungsstandorte in ausgewählten Berufen

	Auszubildende 2011	Anzahl Beschulungsstandorte 2013
Chemikant/in	171	2
Gärtner/in	379	1
Informatikkaufm./-frau	34	1

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2013; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 – j / 2011.

⁴⁰³ Bei bestimmten Bauberufen mit sehr geringen Auszubildendenzahlen scheint es sich teilweise um eine „nachholende“ Konzentration zu handeln, da bis dahin für diese Spezialberufe laut LSBV ein sehr dichtes Infrastrukturnetz vorgehalten wurde. Bei bestimmten Berufen scheinen die Angaben aus der LSBV daher auch widersprüchlich.

5.2.4 Die Einbettung berufsschulischer Infrastrukturen in wirtschaftsstrukturelle, konjunkturelle und sektorale Spezifika

Nach einer einschneidenden Restrukturierung des Berufsschulnetzes in den 1990er Jahren kam es in der darauf folgenden Dekade zu weiteren Konzentrationen. Sie resultieren in Standortschließungen und in der Reduzierung des Angebotes durch eine kleinteilige Konzentration des Berufsschulunterrichtes für einzelne Ausbildungsberufe.

Eine flächendeckende Beschulung war allerdings nicht der Ausgangspunkt. Bereits Anfang der 2000er Jahre, als sich die Schülerzahlen auf dem Höhepunkt befanden, gab es für 40 % aller Auszubildenden beziehungsweise 75 % aller Ausbildungsberufe kein flächendeckendes Netz. Diese Entwicklung hat sich in den 2000er Jahren verstärkt. Durch weitere Konzentrationen einzelner Ausbildungsberufe finden nun knapp 60 % der Auszubildenden ein sehr ausgedünntes Netz vor. Deutlich wurde, wie stark berufsschulische Standortssysteme nicht nur von der demografischen Entwicklung, sondern auch von der ausdifferenzierten Struktur des Berufsbildungssystems bestimmt werden. Kennzeichnend ist, dass Mobilität auch schon vor dem Einsetzen des Schülerzahlenrückgangs zum Ausbildungsalltag gehörte.⁴⁰⁴ Dieser Alltag ist durch eine doppelte Mobilität gekennzeichnet: das Pendeln zur Berufsschule und das Pendeln zum Betrieb. So war in Brandenburg auch im Jahr 2010 die Mehrheit der Jugendlichen für die Aufnahme einer Ausbildung über die Landkreisgrenzen hinweg mobil (vgl. Kapitel 2.2.2).

Angesichts der Herausforderungen, für diese komplexe Berufsstruktur in einem Flächenland wie Brandenburg das entsprechende Berufsschulangebot vorzuhalten, sind zwei Aspekte bei der Entwicklung in den 2000er Jahren auffällig. Mit Blick auf den starken Rückgang der Auszubildenden- und Schülerzahlen ist zum einen die Stabilität des Berufsschulangebots bemerkenswert. Im Jahr 2013 werden in Brandenburg genauso viele Berufe beschult wie zehn Jahre zuvor. Zum anderen scheinen die Einschnitte in das Infrastrukturnetz weniger gravierend, als es angesichts des Umfangs der demografischen Einbrüche erwartbar war. Die Gründe für diese Entwicklungen sind unter anderem im Entwicklungspfad

⁴⁰⁴ Würde auch das zweite und dritte Ausbildungsjahr mit berücksichtigt, dann sind die Mobilitätsanforderungen noch deutlich höher.

der Brandenburger Berufsschullandschaft zu verorten. Es erfolgte bereits in den 1990er Jahren eine starke Straffung (vgl. Kapitel 6.1). Sie hängen aber auch mit spezifischen Steuerungsorientierungen zusammen, die im Kapitel 6 behandelt werden. Die Einordnung der Prozesse hängt natürlich auch von der eingenommenen Perspektive ab. Während aus gesamtbrandenburgischer Sicht von einer relativen Stabilität im Berufsspektrum gesprochen werden kann, erfahren bestimmte Oberstufenzentren (auch) in den 2000er Jahren durchaus starke Einschnitte in ihrem fachlichen Angebot als Ausbildungspartner der Wirtschaft. Ebenso wurden für einen Teil der Jugendlichen die Wege länger.

Aus Steuerungsperspektive relevant ist ein zentrales Ergebnis des Kapitels: die berufs-, branchen- und wirtschaftsstrukturelle Vermitteltheit von demografischen Einbrüchen. Auf Berufsebene gibt es eine unterschiedliche „Sensitivität“ auf demografische und ökonomische Entwicklungen. Eher konjunkturunabhängige Berufe stehen neben Berufen, die eine gewisse Stabilität im Schrumpfen aufweisen. Demgegenüber gibt es Branchen, die besonders stark auf konjunkturelle Schwankungen reagieren.

Herausgearbeitet wurden zwei, das Konzentrationsgeschehen prägende Muster: eine Konzentration von Infrastrukturen, die durch Kleinteiligkeit und berufsstrukturelle Heterogenität gekennzeichnet ist, und die Reaktion auf rezessive Entwicklungen in der Bauwirtschaft. Die Einschnitte im Berufsspektrum der OSZ in den 2000er Jahren gehen maßgeblich auf den konjunkturellen Einbruch der in den 1990er Jahren stark boomenden Bauwirtschaft zurück. Zum Tragen kam der spezifische Konjunkturzyklus der Branche – eine starke Expansion mit darauffolgender ausgeprägter Kontraktion. Als Reaktion auf die demografisch bedingt sinkende Nachfrage erfolgte nachgelagert die Reduzierung der außerbetrieblichen Ausbildung in dieser Berufsgruppe. Weil die Ausbildungsstruktur der Baubranche sehr ausdifferenziert ist, zog sich der konjunkturelle Einbruch gleich durch eine Kette von Berufen. Und weil mehrere Berufe durch einen gemeinsamen Berufsschulunterricht organisatorisch aneinander gekoppelt sind, betraf die Konzentration nicht nur jene Berufe, in denen die Ausbildungszahlen extrem einbrachen. Auch bei anderen konzentrierten Berufen waren rezessive konjunkturelle Entwicklungen zu verzeichnen. Aufgrund von Branchenspezifika und spezifischen Ausbildungsstrukturen betraf dies jedoch deutlich weniger

Ausbildungsberufe. Das Konzentrationsgeschehen jenseits der Bau- und baunahen Berufe war kleinteiliger und berufsstrukturell heterogener und bedeutete seltener die Schließung einer ganzen Abteilung oder eines Standortes. Während der Einbruch in der Bauwirtschaft, das Beschulungsspektrum betreffend, zu einem eindeutigen Schrumpfungsprozess führte, war das Geschehen in den anderen Berufsgruppen nicht durch eine einzige Dynamik bestimmt. Zum einen können die hinter dem Einbruch der Auszubildendenzahlen und den erfolgten Konzentrationen stehenden Entwicklungen nicht auf eine spezifische Branchendynamik zugespitzt werden. Bei einigen Berufen spielt der konjunkturell und demografisch bedingte Einbruch der lokalen Nachfrage eine eindeutige Rolle. Bei anderen Berufen kamen zudem, wie in der Bauwirtschaft, auch wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen wie Rationalisierung und Internationalisierung zum Tragen. Zum anderen ist das Ausbildungsspektrum hier nicht nur durch Zentralisierungen geprägt. Es erfolgten auch Ausweitungen von Beschulungsstandorten. Einige der 200 Berufe in Brandenburg werden seit 2013 nicht mehr im Bundesland beschult. Zugleich wurden aber neue Berufe in Brandenburg eingeführt beziehungsweise fachlich ausdifferenziert. In der Summe blieb dadurch, bei Ausklammerung der Bauberufe, an der Mehrzahl der OSZ die Zahl der Ausbildungsberufe stabil. Aus Perspektive der Jugendlichen beziehungsweise der Betriebe ist das Berufsschulnetz gleichwohl dünner geworden, weil in den konzentrierten Berufen mehr Auszubildende lernen.

Die Bedeutung der unterschiedlichen Dynamiken von Ausbildungsmärkten und der berufsstrukturellen Ausdifferenzierung des Ausbildungssystems für das Infrastrukturnetz in dünner besiedelten Räumen verdeutlicht der Vergleich mit Verdichtungsgebieten. Großstädtische Standortssysteme weisen in der Regel fachlich hoch profilierte Berufsschulen auf. In Berlin gibt es unter anderem ein OSZ für Kommunikations-, Informations- und Medientechnik und ein OSZ für Bürowirtschaft und Verwaltung. Auch diese müssen auf einen veränderten Ausbildungsbedarf reagieren. Das Standortssystem ist jedoch weniger „anfällig“ für starke Einbrüche oder Schwankungen im betrieblichen Ausbildungsverhalten. So wird hier das OSZ für Bauberufe durch den konjunkturellen Einbruch weniger Auszubildende beschulen. Der Bestand des OSZ selbst jedoch steht dadurch nicht in Frage. Offen bleibt, ob die Restrukturierungsprozesse an den brandenburgischen Berufsschulen abgeschlossen sind und die hier festgestellte Struk-

tur in den nächsten Jahren stabil bleiben wird. Auf Standortebene sind keine grundlegenden Umwälzungen zu erwarten. Bei der Organisation des Berufsschulunterrichtes auf Ebene einzelner Ausbildungsberufe handelt es sich um ein dynamischeres Geschehen. Mit welchen regionalen Differenzierungsmustern die Restrukturierungen in den 2000er Jahren einhergingen, wird im folgenden Abschnitt betrachtet.

5.3 Peripherisierung durch Konzentration? – Räumliche Differenzierungen

Die demografischen Diskurse gehen von einer Ausdünnung der Infrastrukturen aus. Davon werden periphere, dünn besiedelte ländliche Räume mit starkem Schülerzahlenrückgang besonders betroffen sein. Die Planungsgutachten enthalten unterschiedliche Gewichtungen im Hinblick auf räumliche Differenzierungen: von einer sehr starken Konzentration des Berufsschulangebotes in Oberzentren bis zu dezentral konzentrierten Modellen, wie etwa für Brandenburg (vgl. Kapitel 3.2.2). Nach dem Gutachten für die brandenburgischen OSZ ist insbesondere in den kreisfreien Städten und den nicht an Berlin angrenzenden Kreisen künftig kein abgerundetes Angebot mehr zu erhalten.⁴⁰⁵

Dieses Kapitel geht den räumlichen Differenzierungen im Infrastrukturangebot Brandenburgs nach. Differenzierungen können auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden: auf der Ebene von unterschiedlichen räumlichen Zuschnitten, aus der Perspektive der Auszubildenden, der Kommunen und Oberstufenzentren. Das Kapitel betrachtet Differenzierungsprozesse auf der Ebene von Landkreisen und auf der Ebene der Schulamtsbezirke. Die letzte Ebene wurde gewählt, weil die Schulamtsbezirke für die Steuerung der Berufsschullandschaft eine wichtige territoriale Einheit sind. Die Perspektive der Auszubildenden findet hier im Hinblick auf (veränderte) Mobilitätsanforderungen Eingang. Begonnen wird mit der Analyse der Landkreise Uckermark und Barnim. Die vorgefundenen Muster werden anschließend mit weiteren in Brandenburg beobachtbaren Mustern verglichen und anschließend in die Dynamiken der Differenzierungsprozesse eingeordnet. Die Beschreibung

⁴⁰⁵ FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2000.

erfolgt überwiegend auf deskriptiver Ebene. Die organisationsspezifische und Akteursperspektive ist Gegenstand des darauf folgenden Kapitels.

5.3.1 Polarisierungen zwischen „Peripherie und Zentrum“ – berufsschulische Infrastrukturentwicklung in den Landkreisen Uckermark und Barnim

5.3.1.1 Das Angebotsspektrum

Im Vergleich zu den Umwälzungen nach 1990 erfolgten ab Mitte der 2000er Jahre verhältnismäßig geringfügige Eingriffe in die Standortstruktur des OSZ Uckermark. Sie betrafen die Schließung eines Nebenstandortes in Schwedt und organisatorische Umstrukturierungen durch die Zusammenlegung von Abteilungen.

Das OSZ ist auch 2013, wie zehn Jahre zuvor, noch an drei Standorten vertreten (vgl. Abbildung 19 und Abbildung 20).⁴⁰⁶

Abbildung 19: Struktur des OSZ Uckermark von ca. 2000 bis 2007

Standort Prenzlau (Hauptsitz)	Standort Schwedt		
	Standort 1	Standort 2	Standort 3
Abteilung 1 Berufsschule: Wirtschaft/Verwaltung	Abteilung 3 Berufsschule: Elektrotechnik/ Chemie/Physik/ Biologie	Abteilung 5 Berufsschule: Bau-/Holz-/Farbtech- nik/Raumgestaltung	Abteilung 6 Berufliches Gymna- sium Fachoberschule: Wirtschaft/Technik
Abteilung 2 Berufsschule: Ernährung/ Haus-/Agrarwirtschaft/ Floristik Berufliche Grundbildung Berufsvorbereitung		Abteilung 4 Berufsschule: Metall- technik	Standort Templin
		Abteilung 7 Fachschule Sozialwesen: Erzieher-, Heilerziehungspfleger/in Berufsfachschule: Sozialassistent/in, Berufsvorbereitung Fachoberschule: Fachrichtung Soziales	

Quelle: www.osz-uckermark.de, Interviews und eigene Recherchen.

⁴⁰⁶ Quelle: Interviews und Beschlussvorlagen des Landkreises: Drucksachen-Nr. 24/2007; 61/2009; 36/2010.

Abbildung 20: Struktur des Oberstufenzentrums Uckermark 2013

Standort Prenzlau (Hauptsitz)	Standort Schwedt	Standort Templin
Abteilung 1	Abteilung 3	Abteilung 2
Berufsschule: Wirtschaft/Verwaltung/ Haus-/Landwirtschaft/Ernährung/ Floristik Berufliches Gymnasium Fachoberschule: Wirtschaft/Technik Berufsfachschule: Berufliche Grundbil- dung/Berufsvorbereitung	Berufsschule: Metall-/Elektrotechnik/ Chemie	Fachschule Sozialwesen: Erzieher/in Berufsfachschule: Sozialassistent/in Fachoberschule: Soziales Berufsvorbereitung

Quelle: www.osz-uckermark.de, Interviews und eigene Recherchen.

Die Uckermark gehört zu jenen Landkreisen, deren OSZ in den 2000er Jahren von den Konzentrationen besonders stark betroffen waren. Im Dualen System reduzierte sich die Anzahl der Berufe, in denen das OSZ Auszubildende beschulen kann, um die Hälfte, von 60 auf 30. Deutlich erkennbar ist der 2006 einsetzende starke Rückgang. Im Barnim sank die Anzahl der Bildungsgänge nur geringfügig (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System an den OSZ Barnim und Uckermark laut Landesschulbezirksverordnung (2006, 2011, 2013)⁴⁰⁷

	2006	2011	2013
Barnim	58	66	63
Uckermark	53	29	30

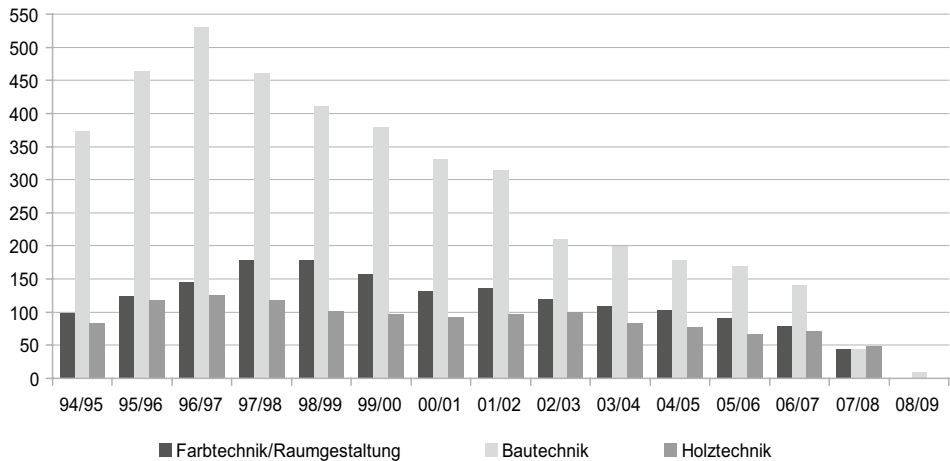
Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2006, 2011 und 2013, eigene Darstellung.

Die Reduzierung des Berufsspektrums in der Uckermark geht zum größten Teil auf die Schließung der in Schwedt angesiedelten Berufsschulabteilung für Bau-, Holz-, Farbtechnik und Raumgestaltung im Jahr 2008 zurück. Die Abteilung wurde als ein Nebenstandort des OSZ geführt. Im Jahr 2002 lernten hier 546

⁴⁰⁷ Die Zuweisung von Berufen durch die LSBV ist nicht gänzlich identisch mit der tatsächlichen Anzahl an Auszubildenden. Es kann sein, dass in einem bestimmten Jahr die Betriebe in einem Beruf nicht ausbilden, sondern erst im folgenden Jahr. Die Zahl der tatsächlich beschulenden Berufe ist niedriger als in der LSBV ausgewiesen. In der Uckermark waren dies im Jahr 2013 26 Berufe, im Barnim 42 (Quelle: MBSJ Referat 34). Das steht jedoch nicht im Widerspruch zu den Ergebnissen räumlicher Differenzierungen zwischen diesen beiden Landkreisen (vgl. die methodischen Hinweise in Kapitel 5.2).

Auszubildende in Berufen wie Maler-, Maurer-, Holzmechaniker- oder Hochbaufacharbeiter/in. Ein Jahr vor der Schließung waren es nur noch 172 Auszubildende. Unter den insgesamt 41 „verlorenen“ Ausbildungsberufen gehörten 35 zur Gruppe der Bau- und baunahen Berufe. Der Einbruch der Bauwirtschaft brachte also für das Oberstufenzentrum starke Veränderungen mit sich.⁴⁰⁸

Abbildung 21: Anzahl der Auszubildenden in der Berufsschulabteilung für Bau-/baunahe Berufe am OSZ Uckermark (1994–2009)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Statistische Berichte B II 1 – j 2006–2009; LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1994–2005, eigene Darstellung.

Daneben werden an dem OSZ im Jahr 2013 sechs Berufe nicht mehr beschult. Sie wurden an andere OSZ verlagert.⁴⁰⁹ Zugleich wurden an dem OSZ sieben neue Ausbildungsgänge im Dualen System etabliert (vgl. Tabelle 12).⁴¹⁰

⁴⁰⁸ Wenngleich nicht durchgängig in allen 35 Berufen Auszubildende beschult wurden.

⁴⁰⁹ Die Standorte dieser Berufe befinden sich nun in folgenden Landkreisen – Florist/in: Potsdam; Hauswirtschafter/in: Frankfurt/O.; Automobilkaufmann/-frau: Märkisch-Oderland; Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik und Medizinische/r Fachangestellte/r: Barnim; Informations- und Telekommunikationssystemkaufmann/-frau und Informatikkaufmann/-frau: Oberhavel; Fachinformatiker/in: Potsdam-Mittelmark.

⁴¹⁰ Als neu eingeführt werden in dieser Arbeit Berufe bezeichnet, die nicht in der LSBV von 2002, aber in der Verordnung von 2013 angeführt sind. Neu sind diese Berufe, weil sie entweder laut LSBV vorher nicht in Brandenburg beschult oder weil der Beruf beziehungsweise eine Fachrichtung neu geschaffen wurde.

Das Konzentrationsgeschehen in der Uckermark ist also durch einen ausgeprägten branchenspezifischen Verlust von Ausbildungsgängen der Bauwirtschaft einerseits und ein kleinteiliges Nebeneinander der Verlagerung und Neuetablierung von Berufen auf der anderen Seite geprägt.

Tabelle 12: Entwicklung der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System am OSZ Uckermark laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)

„verlorene“ Ausbildungsberufe im Dualen System 2013 gegenüber 2002: 41	
bau-, holz- und farbtechnische Berufe: 35	Florist/in
Hauswirtschaftler/in	Fachinformatiker/in
Informatikkaufmann/-frau	Automobilkaufmann/-frau
Informations-, Telekommunikations-systemkaufmann/-frau	Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
Medizinische/r Fachangestellte/r	
neue Ausbildungsberufe 2013 gegenüber 2002: 12	
Chirurgiemechaniker/in (neu eingeführter Beruf)	Elektroniker/in in vier Fachrichtungen (Neuordnung der Elektroberufe)
Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice (neu eingeführter Beruf)	Industrieelektriker/in in zwei Fachrichtungen KFZ-Mechatroniker/in in drei Fachrichtungen

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Unter räumlichen Gesichtspunkten relevant ist auch, wie im Zuge von Konzentrationen Infrastrukturen verteilt werden. Die Uckermark hat zwar neue Berufe zur Beschulung hinzugewonnen, diese gehen aber nicht auf Umverteilungen von Ausbildungsgängen im Dualen System aus anderen Landkreisen zurück.⁴¹¹ Bei den neuetablierten Berufen handelt es sich zum einen um eine Ausdifferenzierung der Fachrichtungen in den Elektro- und KFZ-Berufen in den 2000er Jahren, so dass sich das Angebotsspektrum in diesen Berufen erhöhte. Zum anderen erfolgte brandenburgweit eine Erhöhung der Zahl der Berufsschulstandorte für den/die Industrieelektriker/in. Schließlich wurden am Industriestandort

⁴¹¹ Bei den neuen Bildungsgängen handelt es sich um Berufe mit landesweit geringen Auszubildendenzahlen. Im Jahr 2011 wurden zum/zur Chirurgiemechaniker/in sechs, zur Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice Rohr 60 und zum/zur Elektroniker/in für Automatisierungstechnik 85 Jugendliche ausgebildet. Bei den „verlorenen“ Berufen lagen, mit Ausnahme des/der Hauswirtschaftshelfers/in, die Zahlen im unteren Mittelfeld. Zum/zur Floristin etwa wurden 145 Jugendliche ausgebildet. Zum Vergleich: in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen lagen die Zahlen zwischen 300 und 1500.

Schwedt zwei Berufe neu eingerichtet, die zuvor nicht in Brandenburg beschult wurden. Es handelt sich um die Einrichtung einer Landesfachklasse für Chirurgiemechaniker/innen und die Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice. Auch aus den Oberstufenzentren im Barnim wurden Ausbildungsgänge in andere Landkreise verlagert.

Tabelle 13: Entwicklung der Ausbildungsberufe im Dualen System am OSZ Barnim laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)

Neu etablierte Berufe: 13	
KFZ-Berufe in drei Fachrichtungen	Konditor/in
Medizinische/r Fachangestellte/r	Metallbauer/in
Industrieelektriker/in in zwei FR	Holzbearbeitungsmechaniker/in
Maler- und Lackierer/in FR: Bauten-, Korrosionsschutz (neu eingeführter Beruf)	Mechatroniker/in
Maschinen- und Anlagenführer/in (neu eingeführter Beruf)	Bauten- und Objektbeschichter/in (neu eingeführter Beruf)
„verlorene“ Berufe: 20	
Bau- und baunahe Berufe: 14	Forstwirt/in
Zerspanungsmechaniker/in	Fleischer/in
Hauswirtschaftler/in	Elektroanlagenmonteur/in
Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk SP: Fl.	

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013.

Dieser „Verlust“ wurde durch den Zugewinn an Berufen in großen Teilen kompensiert (vgl. Tabelle 13).

Im Gegensatz zur Uckermark sind unter den neuetablierten Ausbildungsgängen auch fünf Berufe, die bereits in den Vorjahren in Brandenburg beschult wurden. Das heißt, die Stabilität des Angebotsspektrums beruht auch darauf, dass an die Oberstufenzentren im Barnim Berufe aus anderen Landkreisen verlagert wurden. Auf der Ebene des Angebotsspektrums hat sich also in den 2000er Jahren die Entwicklung zwischen dem peripheren und dem berlinnahen Landkreis polarisiert. Der Barnim war jedoch auch schon vorher in seinem Berufsspektrum deutlich breiter aufgestellt als die Uckermark.

5.3.1.2 Einzugsgebiete

Räumliche Differenzierungen betreffen nicht nur das Angebot, sondern auch die Einzugsgebiete. Je nach Ausdehnung dieser Gebiete ist ein OSZ in starkem oder geringerem Maße überregional ausgerichtet. Veränderungen in den Einzugsgebieten geben weiteren Aufschluss über den Umfang des Konzentrationsprozesses. So kann ein OSZ zwar Bildungsgänge verloren haben. Es kann aber zugleich bei den noch bestehenden Bildungsgängen in größerem Umfang als zuvor für die Beschulung von Auszubildenden aus anderen Regionen zuständig sein.

Tabelle 14 führt die Einzugsgebiete für das OSZ Uckermark und das OSZ Barnim an. Grundlage bilden jene Ausbildungsberufe, die an den OSZ im Jahr 2013 laut LSBV beschult werden können. In der Uckermark erfolgte keine Ausweitung der Einzugsgebiete. In etwas mehr als der Hälfte aller Berufe ist die Schule ausschließlich für Auszubildende aus dem Landkreis zuständig. Die Erhöhung der Zahl der Landesfachklassen, in denen Auszubildende aus ganz Brandenburg beschult werden, geht auf die Neuetablierung des/der Chirurgiemechanikers/in und der Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice in Brandenburg zurück.

Tabelle 14: Veränderung der Einzugsgebiete für die Beschulung in dualen Ausbildungsberufen an den OSZ Uckermark und Barnim laut Landesschulbezirksverordnung (2002 zu 2013)⁴¹²

Einzugsgebiet	Einzugsgebiete 2002	Einzugsgebiete 2013
	Anzahl der Berufe	
Oberstufenzentrum Uckermark		
Uckermark	10	12
Uckermark, Barnim	4	3
Uckermark, Barnim, Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Frankfurt/Oder	1	1
Brandenburg (Landesfachklasse)	1	3
Oberstufenzentren Barnim		
Barnim	17 (5)	14
Barnim, Uckermark	6 (1)	14 (9)
Barnim, Uckermark, Märk.-Oderland, Oberhavel	3	3
Barnim, Uckermark, Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Frankfurt/Oder	0	3
Brandenburg (Landesfachklasse)	2	4

Quelle: LSBV 2002, 2013, die Werte in den Klammern enthalten die Anzahl der Bau- und baunahen Berufe; eigene Darstellung.

Demgegenüber verzeichnete das OSZ Barnim eine Ausweitung der Einzugsgebiete. Von den 38 Berufen⁴¹³ erhält das OSZ in 24 Berufen Auszubildende aus anderen Landkreisen. Darunter kamen zahlreiche aus der Uckermark, vor allem als Folge der Verlagerung der Abteilung für Bau-/Farb-/Holztechnik und Raumgestaltung in den Barnim. Der Rückgang an Auszubildenden in diesen Berufs-

⁴¹² Berufe, die 2013 nicht mehr am OSZ beschult wurden, sind nicht angeführt. Zu beachten ist, dass in bestimmten Berufen keine Angaben zu den Einzugsgebieten in der LSBV 2002 vorliegen. Teilweise ist dies darauf zurückzuführen, dass der Beruf neu hinzugekommen ist, also 2002 noch nicht an dem OSZ beschult wurde. Die Angaben für Elektroniker- und Industriemechanikerberufe sind nicht nach Fachrichtungen aufgeschlüsselt, da die LSBV von 2002 noch keine Unterscheidungen nach Fachrichtungen vornimmt.

⁴¹³ Die hier angeführte Zahl von 38 Berufen im Landkreis Barnim ist niedriger als in anderen Tabellen ausgewiesen, weil für die Auswertung der Einzugsgebiete fachliche Differenzierungen bei bestimmten Berufen nicht berücksichtigt werden konnten und weil die LSBV für manche Berufe nicht die Einzugsgebiete für den Barnim ausweist.

gruppen von 529 auf 385 zwischen 2002 und 2013 fiel am OSZ II im Barnim (Bernau) unterdurchschnittlich aus. Weitere Auszubildende aus anderen Landkreisen erhält der Barnim in den Ausbildungsberufen Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk, Bäcker-, Konditor- und Mechatroniker/in.

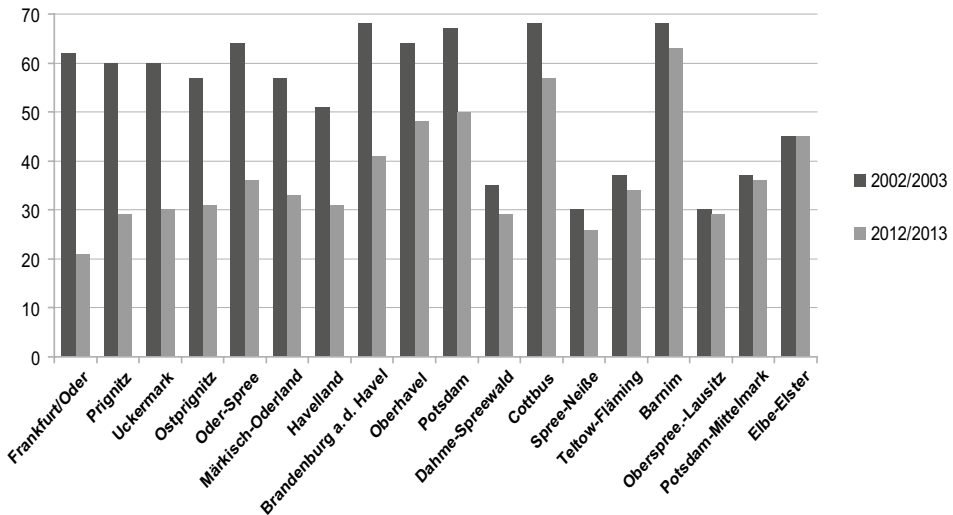
Die Analyse des Berufsspektrums im Dualen System an den Oberstufenzentren der Landkreise Uckermark und Barnim zeigten ein regional sehr ungleich verlaufendes Konzentrationsgeschehen. Das Angebot im Barnim blieb in den 2000er Jahren weitestgehend stabil und die überregionale Versorgungsfunktion der Berufsschulen wurde ausgebaut.

Für die Uckermark waren die Konzentrationsprozesse nicht mit einem Zuzug an Ausbildungsgängen aus anderen Landkreisen und auch nicht mit einer Ausweitung der Einzugsgebiete verbunden. Neben der überregionalen Bedeutung als Ausbildungsstandort für Chemie- und spezialisierte Industrieberufe hat sich der lokale Charakter des OSZ in den 2000er Jahren nicht verändert. Diese Polarisierung zwischen den berlinnah und ferner gelegenen und sich teilweise ökonomisch unterschiedlich entwickelnden Landkreisen kann jedoch nicht als pauschales Peripherisierungsmuster verallgemeinert werden. In Brandenburg sind, wie der folgende Abschnitt zeigt, sehr heterogene räumliche Differenzierungen zu beobachten. Sie entziehen sich einer einfachen Einordnung entlang peripherer und nicht peripherer Räume.

5.3.2 Regionale Vielfalt als Kennzeichen der berufsschulischen Infrastrukturentwicklung in Brandenburg

Betrachtet werden zunächst Differenzierungen in der Infrastrukturentwicklung zwischen einzelnen Landkreisen und anschließend auf der Ebene der Schulamtsbezirke. Die stärksten Verluste an Ausbildungsberufen im Dualen System verzeichneten neben der Uckermark mit knapp 50%, die nordostbrandenburgischen Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oder-Spree, Märkisch-Oderland und die Stadt Frankfurt/Oder. Stark betroffen waren auch das Havelland und die Stadt Brandenburg (vgl. Abbildung 22).

Abbildung 22: Anzahl der an den Oberstufenzentren beschulbaren Berufe im Dualen System Brandenburg laut LSBV nach Landkreisen und kreisfreien Städten (2002, 2013)⁴¹⁴



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Unterdurchschnittliche Reduzierungen sind im Barnim, Elbe-Elster, Oberspree-wald-Lausitz, Spree-Neiße, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald, also in sehr unterschiedlichen Regionen, zu beobachten.

Die räumlichen Differenzierungen verlaufen nicht stringent entlang der Linie kreisfreie Städte und Landkreise und auch nicht bezüglich der Lage zu Berlin. Neben dem Havelland und der Stadt Brandenburg waren die äußeren nördlichen und die östlichen Landkreise in größerem Ausmaß von Konzentrationen betroffen. Welche Gemeinsamkeiten weisen die Landkreise beziehungsweise kreisfreien Städte mit den stärksten Verlusten auf? An allen Oberstufenzentren war das Angebot mit 50% oder mehr sehr stark durch die Bau- und baunahen Berufe geprägt. Sie beschulden laut LSBV (potenziell) fast im gesamten Spektrum der baunahen Berufe. Wie in der Uckermark erfolgte entweder eine Schließung von Abteilungen für Bauberufe oder eine starke Reduzierung des Angebotes. Die räumliche Zusammenfassung dieser Berufe schlug sich dementsprechend stark auf die prozentualen Verluste im Angebotsspektrum nieder. Wie in

⁴¹⁴ Der Landkreis Spree-Neiße hat zwei OSZ, von denen eines in Cottbus angesiedelt ist. Für die Auswertung wurde dieses der Stadt Cottbus zugeordnet, da es um das Standortmuster unabhängig von der kommunalen Trägerschaft geht.

der Uckermark wurden darüber hinaus auch hier einige andere Ausbildungsberufe im Dualen System an andere OSZ verlagert.⁴¹⁵

Die Konzentrationen in den 2000er Jahren brachten für die Landkreise also teilweise sehr unterschiedliche Entwicklungen mit sich. Einige OSZ verzeichneten starke Einbrüche, bei anderen blieb das Angebot stabil oder expandierte sogar. Auf der Ebene der Schulamtsbezirke, die aus mehreren Kreisen und kreisfreien Städten bestehen, heben sich die Unterschiede auf (zum Zuschnitt der Bezirke vgl. Karte 5).

Karte 5: Schulamtsbezirke Brandenburg

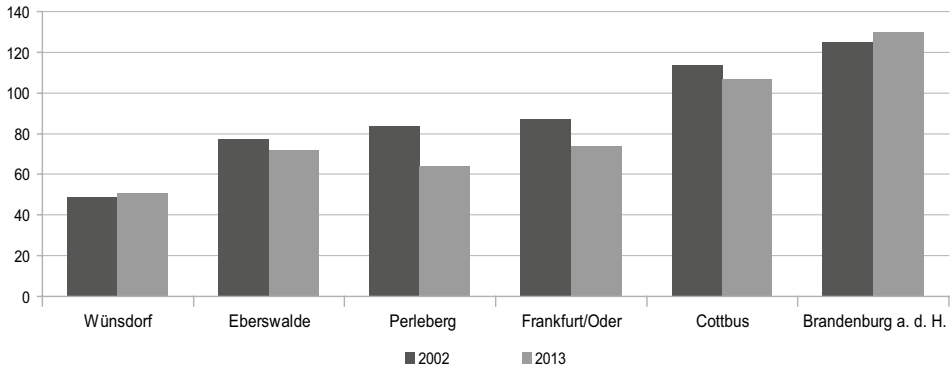


Quelle: Kartengrundriss: www.wiki.piratenbrandenburg.de.

Zwischen 2002 und 2013 veränderten sich die Differenzen im Angebotsspektrum für die dualen Berufe auf dieser räumlichen Ebene quantitativ nur geringfügig (Abbildung 23).

⁴¹⁵ Eine Ausnahme ist das OSZ in Brandenburg an der Havel. Hier waren auch eine Reihe weiterer Berufe betroffen.

Abbildung 23: Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System nach Schulamtsbezirken laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)



Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Perleberg und Frankfurt/Oder stechen mit etwas höheren Verlusten hervor. Sie gehen auf eine umfangreichere Verlagerung von Bauberufen aus den Schulamtsbezirken zurück. In Frankfurt/Oder werden zudem im Jahr 2013 nicht mehr Berufe im Ernährungsgewerbe beschult.

Die Unterschiede sind nicht so signifikant wie auf Landkreisebene. In jedem Schulamtsbezirk sind auch 2013 fast alle Ausbildungsbranchen vertreten (Tabelle 15).

Tabelle 15: Anzahl der beschulbaren Ausbildungsberufe im Dualen System nach Branchen und ausgewählten Schulamtsbezirken laut Landesschulbezirksverordnung (2002, 2013)

Branche	Eberswalde	Perleberg	Frankfurt/O.	Cottbus
	Anzahl der Ausbildungsberufe im Dualen System			
Büro und Handel	8	9	13	11
Verwaltung	1	3	2	6
Hotel, Gastronomie, Körper, Hauswirtschaft	6	6	6	5
Ernährung	3	4	0	4
Elektroberufe	8	8	9	10
KFZ-Berufe	4	4	4	4
bau-, holz- und farbtechnische Berufe	25	16	21	27
Metall, Mechanik und Mechatronik	9	5	6	10
Maschinen, Anlagen, Verfahrensmechanik	2	1	4	12
Forst- und Landwirtschaft	2	3	2	2
stark spezialisierte Branchen				
Chemie & Logistik	1	0	2	5
Medien, Mode und Textil	0	0	0	7
Sonstige	1	3	3	3

Quelle: LSBV des Landes Brandenburg 2002, 2013; eigene Darstellung.

Das gleiche Ergebnis zeigt sich bei der Analyse der in den Jahren 2001 und 2011 am stärksten besetzten Berufe. Sie gehören mehrheitlich zu den ubiquitären Massenberufen, etwa der/die Verkäufer/in.⁴¹⁶ Für diese Berufe gibt es mit zwei Ausnahmen im Jahr 2013 in jedem Schulamtsbezirk einen Schulstandort. Bei mehr als der Hälfte der Berufe sind es sogar zwei bis drei Standorte (vgl. Anlage III).

Bei den räumlichen Differenzierungen jenseits der Massenberufe ist kein spezifisches Muster erkennbar. Ein Teil ist sowohl in peripheren als auch in berlin-näheren Landkreisen angesiedelt. Insofern kann von einem relativ gleichmäßig

⁴¹⁶ Die am stärksten besetzten Berufe sind im Jahr 2001 und 2011 nicht vollständig deckungsgleich. 2013 werden die Elektronikerberufe in der LSBV nach Fachrichtungen ausgewiesen. Für den Vergleich zu 2002 wurde der Beruf mit der höchsten Standortanzahl gewählt.

über das Land verteilten Netz gesprochen werden. Der/die Verwaltungsfachangestellte beispielsweise wird in der Ostprignitz, im Barnim und in Elbe-Elster beschult. Die Standortstruktur für diese Berufe scheint nicht explizit an konjunkturelle und demografische Entwicklungen gekoppelt zu sein, wie die besonders hohe Zahl an spezialisierten Berufen im Bezirk Cottbus zeigt.

Den auf Ebene der Schulamtsbezirke vorgefundenen Strukturen liegen unterschiedliche Entwicklungen und Standortmodelle zugrunde. Das im Schulamtsbezirk Eberswalde – bestehend aus den Landkreisen Uckermark und Barnim – erkennbare Muster der Verlagerung von Infrastrukturen „aus der Peripherie“ lässt sich nicht zu einem konsistenten Typ verdichten. Das zeigen die regional-spezifischen Muster der Infrastrukturentwicklung und des -netzes für vier ausgewählte Schulamtsbezirke.

Verlagerung von der Peripherie: Schulamtsbezirk Perleberg und Eberswalde

Das Konzentrationsgeschehen im Schulamtsbezirk Eberswalde ist durch eine Polarisierung des Angebotsspektrums und eine Verlagerung von Infrastrukturen im Dualen System von der nördlichen „Peripherie“ an den an Berlin angrenzenden Landkreis Barnim gekennzeichnet. Ein vergleichbares Muster konnte auch in dem nordöstlich gelegenen Schulamtsbezirk Perleberg beobachtet werden. Den peripher gelegenen Landkreisen Prignitz und Uckermark gemeinsam ist ein überdurchschnittlich starker Rückgang im Ausbildungsspektrum in den 2000er Jahren sowie der überwiegend lokale Versorgungscharakter. Das geht maßgeblich auf die sektorale Konzentration von Ausbildungsinfrastrukturen für die Bauwirtschaft aus der Peripherie in die berlinnäheren Räume zurück: im Schulamtsbezirk Eberswalde von der Uckermark in den Barnim; im Schulamtsbezirk Perleberg von der Prignitz in die Ostprignitz-Ruppin und nach Oberhavel.⁴¹⁷

In der Prignitz erweiterten sich wie in der Uckermark die Einzugsgebiete nicht. Es wurden mit einer Ausnahme auch keine neuen Berufe durch Verlagerung

⁴¹⁷ Ein Teil der Bauberufe wurde auch überregional verlagert, so dass sich auch an den OSZ mit vorhandenem Schwerpunkt in Bauberufen das Angebotsspektrum verringerte. Neben den Bauberufen verlor die Prignitz sechs weitere Berufe, die mit einer Ausnahme an OSZ außerhalb des Schulamtsbezirkes gingen.

aus anderen Landkreisen etabliert. In der Ostprignitz-Ruppin und in Oberhavel erfolgte eine leichte bis mittlere Ausweitung der Einzugsgebiete. Die berlinnäheren Landkreise erhalten in größerem Umfang Auszubildende aus der Prignitz und aus anderen Landkreisen.

Das OSZ in der Prignitz kann als eine „kleine Bündelschule“ im ländlichen Raum beschrieben werden. Diese ist, wie die Uckermark, neben einem besonderen Schwerpunkt im landwirtschaftlichen Bereich stark lokal ausgerichtet. Die OSZ der Nachbarlandkreise haben eine stärkere überregionale Versorgungsfunktion in mehreren Schwerpunkten: die Ostprignitz-Ruppin in den Bau-, Verwaltungs- und Ernährungsberufen und Oberhavel in Bau-, Holz-, Metallberufen. In Ausbildungsberufen der Milchwirtschaft, wie dem/der Milchtechnologin/in beschult das Oberstufenzentrum Oberhavel sogar Auszubildende aus anderen Bundesländern in Bundesfachklassen.⁴¹⁸

Das arbeitsteilige Modell: Schulamtsbezirk Frankfurt/Oder

Dieser Bezirk umfasst die Landkreise Märkisch-Oderland, Oder-Spree und die kreisfreie Stadt Frankfurt/Oder. Hier erfolgte eine umfangreichere räumliche Verteilung der Infrastrukturen. Sie basiert auf einer stärkeren Profilierung der OSZ. In Frankfurt/Oder wurden alle Infrastrukturen für die Ausbildung in Bau- und baunahen Berufen geschlossen und das OSZ als Standort für kaufmännische und Verwaltungsberufe profiliert. Die Zahl der Ausbildungsberufe ist mit 21 insgesamt sehr niedrig. Das OSZ hat allerdings mit sechs Landesfachklassen eine starke überregionale Bedeutung. Hier zeigen sich auch Pfadabhängigkeiten. So erfolgte in den 2000er Jahren die Einführung einer Reihe neuer oder überarbeiteter kaufmännischer Berufe, zum Beispiel der/die Kaufmann/-frau für Dialogmarketing. Diese wurden an OSZ mit einem besonderen Schwerpunkt in der Berufsgruppe, so auch in Frankfurt/Oder angesiedelt. Das zielte offenbar auf die Ausschöpfung der Vorteile einer gemeinsamen Ressourcennutzung, wie die technische Ausstattung.

Die Bauberufe wurden neben überregionalen Verlagerungen in Märkisch-Oderland konzentriert. Im Landkreis Oder-Spree erfolgte ein Ausbau des vorhan-

⁴¹⁸ SEKRETARIAT der KMK (Hg.) 2012.

denen Profils als Oberstufenzentrum für Elektro-, KFZ- und Metallberufe. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hier zudem in der Kunst- und Kautschuktechnik. Er basiert auf der Ausbildung für eine schon zu DDR-Zeiten vorhandene Produktionsstätte für Reifenherstellung. Wie bei den meisten OSZ wird hier an allen drei Standorten, trotz der starken Profilierung, ein Grundstamm an ubiquitären Massenberufen beschult (Verkäufer/in, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau). Bei beiden OSZ in den Landkreisen fand eine Ausweitung der Einzugsgebiete vor allem innerhalb des Schulamtsbezirkes statt. Es ist also keine so starke Polarisierung wie in den Bezirken Eberswalde und Perleberg erkennbar, sondern ein regional stark arbeitsteilig aufgestelltes Infrastrukturangebot.

Arbeitsteiliges Modell mit ausgeprägter Zentralität: Cottbus und Spree-Neiße

Im Landkreis Spree-Neiße und der von ihm umgebenen Stadt Cottbus ist wiederum ein anderes Muster der Versorgungsfunktion der drei Oberstufenzentren erkennbar: Zwei stark profilierte große OSZ befinden sich in Cottbus in jeweils unterschiedlicher Trägerschaft. Das OSZ der Stadt Cottbus bildet in Bau- und Medienberufen aus. Das OSZ in Trägerschaft des Landkreises Spree-Neiße ist ausschließlich auf ein breites Spektrum an Dienstleistungsberufen ausgerichtet (Büro-, Ernährungs-, Verwaltungs-, Körperpflege- und medizinische Berufe). Beide Schulen hatten und haben eine ausgeprägte überregionale Versorgungsfunktion für den gesamten Schulamtsbezirk Cottbus und darüber hinaus. Im Landkreis Spree-Neiße ist in Forst ein ausschließlich in Textil-, Metall-, Elektro- und KfZ-Berufen ausbildendes OSZ angesiedelt. Die historischen Ursprünge der Einrichtung liegen in einer Ausbildungsstätte für die Textilindustrie in Forst. Diese wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts vom Fabrikantenverein der Stadt gegründet.⁴¹⁹ Das OSZ leistet die Ausbildung für Elektro- und KFZ-Berufe für den Landkreis und die Stadt Cottbus sowie überregional die Ausbildung in spezialisierten Berufen wie Modenäher/in oder der Fachkraft für Wasserversorgungstechnik. Wie im Schulamtsbezirk Frankfurt/Oder sind alle drei OSZ stark profiliert. Der größte Anteil der Ausbildungsinfrastruktur ist jedoch in der kreisfreien Stadt angesiedelt. Hier wurde sich bereits im Transformationspro-

⁴¹⁹ www.der-lausitzer.de/2011/09/03/forst-ehemalige-webschule-textilfachschule-wird-heute-als-oberstufenzentrum.

zess für ein stark auf Cottbus ausgerichtetes Infrastrukturnetz entschieden, das einem klassischen raumplanerischen Zentralitätsmodell folgt.

Mischmodell aus dezentralen und profilierten Elementen: Schulamtsbezirk Cottbus

Der Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus gehören mit insgesamt fünf Oberstufenzentren zum Schulamtsbezirk Cottbus, dem größten Bezirk in Brandenburg. Die Struktur ist durch zwei breiter aufgestellte Oberstufenzentren in Cottbus und Elbe-Elster und zwei stark spezialisierte Standorte in Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße gekennzeichnet. Brandenburgweit weisen die OSZ in diesem Bezirk die geringsten Verluste im Angebotspektrum auf. Das scheint erstaunlich, denn die Region ist vergleichbar mit den nördlichen Landkreisen im Hinblick auf die periphere Lage, den Schülerzahlenrückgang und in der sozioökonomischen Entwicklung.⁴²⁰ Dafür sind zwei zentrale Gründe auszumachen. Zum einen wurden hier die Bauberufe nicht so stark abgebaut. Der Bezirk weist ein breiteres Ausbildungsspektrum in dieser Branche auf. Zum Tragen kommt auch, dass von den insgesamt fünf OSZ drei bereits in den 2000er Jahren keine Ausbildungsinfrastrukturen im Baubereich besaßen. Deswegen und durch ihr teilweise bereits stark (industriell⁴²¹) spezialisiertes Profil waren sie von dem sektoral geprägten Konzentrationsprozess in Brandenburg in nur geringem Umfang oder gar nicht betroffen. Zum anderen ist die Ausbildungsinfrastruktur in Teilen dezentraler aufgestellt als in den anderen Regionen. So wurden etwa die Bau-, KFZ- und Elektroberufe nicht an einem Standort zusammengefasst. Das heißt, in einer Reihe von Berufen gibt es zwei oder drei Beschulungsstandorte, offenbar aufgrund der flächenmäßig großen Ausdehnung dieses Bezirkes. Die räumliche Reichweite der Berufsschulen ist sehr unterschiedlich. Die beiden OSZ in Cottbus haben eine ausgeprägte überregionale Versorgungsfunktion für den gesamten Schulamtsbezirk sowie in einer

⁴²⁰ Die Zahl der Absolvent/innen an allgemeinbildenden Schulen (ohne Absolventen des Zweiten Bildungsweges) sank je nach Landkreis um 40 % bis 60 %.

⁴²¹ Es handelt sich um die OSZ in Forst (Landkreis Spree-Neiße) und um Teilstandorte des OSZ im Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Schwarzheide und Lauchhammer, mit Spezialisierungen in chemischen sowie verfahrens- und aufbereitungsmechanischen Berufen, die an den Braunkohleabbau beziehungsweise das Großunternehmen BASF gebunden sind. Ein Teil der Ausbildungsberufe wird als Bundesfachklasse geführt, wie der/die Modenäherin und der/die Chemielaborant/in.

Reihe von Berufen auch darüber hinaus. Das OSZ in Forst ist in etwa zwei Drittel der Berufe regional auf den Landkreis Spree-Neiße und die Stadt Cottbus ausgerichtet. Die restlichen Berufe sind Landes- und Bundesfachklassen. Am OSZ in Oberspreewald-Lausitz herrscht ein ausgeglichenes Verhältnis von lokaler, regionaler und überregionaler Ausrichtung. Der Landkreis Elbe-Elster hat das OSZ mit dem stärksten lokalen Charakter. Auffällig ist, dass dieser sehr peripher gelegene Landkreis deutlich weniger Verluste aufweist und überregionaler ausgerichtet ist als die Uckermark und Prignitz. Gemeinsam ist den OSZ aus diesen drei Landkreisen, dass sie keine wesentlichen Zugewinne durch die Verlagerung von Ausbildungsberufen aus anderen Kreisen erhielten und Ausbildungsberufe an andere Landkreise „verloren“ haben.⁴²² Die Stabilität des Angebotspektrums in Elbe-Elster beruht, wie oben angeführt, auf einem geringeren Abbau der Bau- und baunahen Berufe. Insgesamt ist die in den 1990er und 2000er Jahren entstandene Struktur in dem südbrandenburgischen Schulamtsbezirk durch dezentrale und profilierte Elemente geprägt: dezentral durch die OSZ in Cottbus und Elbe-Elster, die in einem relativ breiten Spektrum ausbilden und weil im Bezirk in größerem Umfang bestimmte Berufe an mehreren Standorten beschult werden; profiliert durch zwei sehr stark spezialisierte Standorte, die mit den anderen teilweise in Arbeitsteilung fungieren.

Die Analyse der räumlichen Differenzierungsprozesse zeigt, das Konzentrationsgeschehen verläuft neben branchenspezifischen und sektoralen Prägungen sehr regionalspezifisch. Es scheint so viele räumliche Ausprägungen zu geben, wie es Schulamtsbezirke gibt. In fast jedem Bezirk ist ein anderes Standortsystem beobachtbar. Eine periphere Typik, bei der die Konzentration zu einer absoluten Reduzierung des Angebotes führte und eine geringe überregionale Profilierung zu verzeichnen ist, konnte für die Uckermark und die Prignitz festgestellt werden. In allen anderen Bezirken verlief die Entwicklung ausgewogener. Es herrschte entweder ein relativ ausgeglichenes Verhältnis von Verlust und Zugewinn, mit einer stärkeren regionalen oder überregionalen Versorgungsfunktion (Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz). Oder die Reduktion des Angebotspektrums war mit einer leichten bis starken Profilierung verbunden, die mit einer teilweise gestiegenen (über-)regionalen Versorgungsfunk-

⁴²² Eine Ausnahme ist in der Prignitz und in Elbe-Elster der Zugewinn in den Elektroberufen.

tion einherging (Landkreis Oder-Spree, Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel, Frankfurt/Oder oder das OSZ I in Cottbus). Das OSZ II in Cottbus erfuhr sogar einen absoluten Zugewinn an Ausbildungsgängen mit überregionaler Ausrichtung.

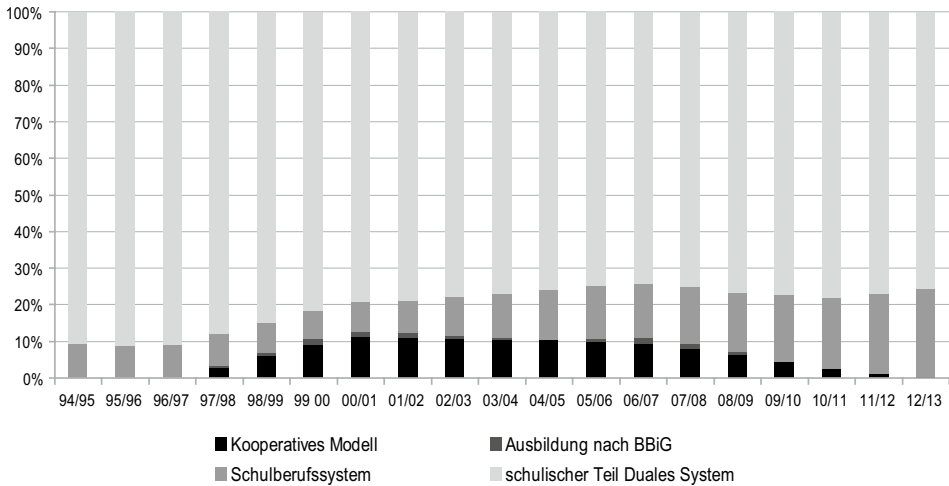
Erkennbar ist auch, dass Zentralisierungsprozesse nicht automatisch zugunsten der kreisfreien Städte verlaufen. Das zeigt auch ein Vergleich mit dem Schulamtsbezirk Brandenburg an der Havel. Zu diesem gehören die kreisfreien Städte Potsdam, Brandenburg an der Havel und der Landkreis Havelland. Zwar zeichnen sich die OSZ in Potsdam durch eine Vielzahl überregional bedeutsamer Ausbildungsgänge aus, es besteht jedoch keine extreme Zentralitätshierarchie. Die OSZ der zwei kreisfreien Städte und der Landkreise Havelland und Potsdam-Mittelmark sind in dem Schulamtsbezirk teilweise arbeitsteilig aufgestellt, wenn auch nicht so stark ausgeprägt wie im Bezirk Frankfurt/Oder.

5.4 Kennzeichen der Infrastrukturentwicklung im Schulberufssystem

Während sich das Infrastrukturnetz im Dualen System auch in den 2000er Jahren ausdünnte, ist im Schulberufssystem eine differenzierte, teilweise gegenläufige Entwicklung zu beobachten.⁴²³ Im Gegensatz zu anderen Sektoren ging hier der Anteil von Schüler/innen in vollqualifizierenden Bildungsgängen nicht zurück. Das Schulberufssystem expandierte seit 1996 stetig. Er erreichte Mitte der 2000er Jahre einen Anteil von 25 % an allen vollqualifizierenden Bildungsgängen und verblieb seitdem stabil. Im Jahr 2013 befand sich jeder vierte Jugendliche in Brandenburg in einer schulischen Ausbildung.

⁴²³ Im Vergleich zu den Standorten für das Duale System ist die Datenlage für das Schulberufssystem begrenzter. Die offizielle Schulstatistik gibt Auskunft über die Schülerzahl in diesem Sektor bis auf Landkreisebene, allerdings nicht differenziert nach öffentlichen und privaten Anbietern. Auch macht die Statistik keine Angaben über das Angebot, sondern nur zu den realisierten Ausbildungen. Daher wurde zusätzlich auf die veröffentlichten Schulporträts zurückgegriffen. Zudem erfolgte anhand der OSZ-Homepages eine Überprüfung, ob ein Ausbildungsgang noch beworben wird. War das nicht der Fall, wurde davon ausgegangen, dass er nicht mehr angeboten wird.

Abbildung 24: Schüler/innen und Auszubildende in vollqualifizierenden Bildungsgängen im Land Brandenburg an privaten und öffentlichen Berufsschulen (1994–2013)⁴²⁴



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1992–2013, eigene Darstellung.

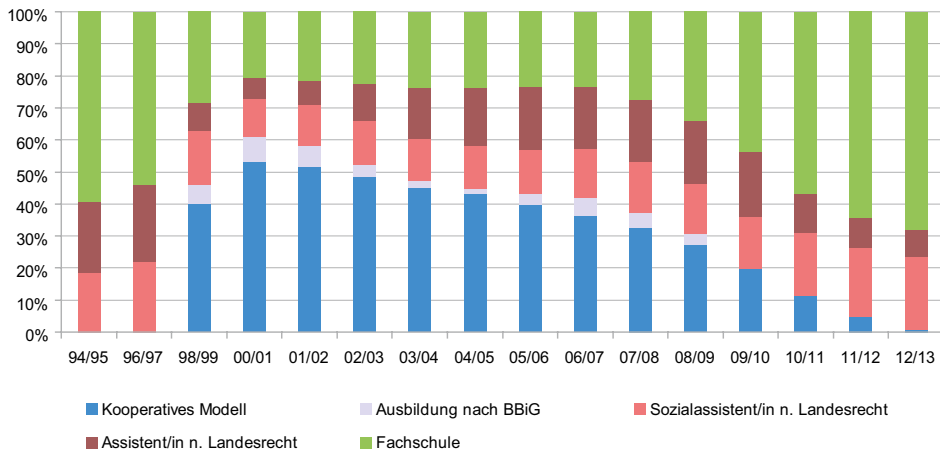
Differenziert nach Bildungsgängen wuchsen die Schülerzahlen an den Fachschulen, vor allem in der Fachrichtung Soziales und der/die Sozialassistent/in stetig.

Die Ausbildung in den anderen Assistentenberufen erreichte in den 2000er Jahren ihren Höhepunkt und sank 2013 auf den niedrigsten Wert seit Mitte der 1990er. Von Ende der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre war die schulische Ausbildung stark durch das Ausbildungsprogramm „Kooperatives Modell“ geprägt. Im Jahr 2013 wird mit einem Anteil von 90 % das Schulberufssystem durch die Bildungsgänge im Sozialwesen – die Ausbildung an Fachschulen und die Sozialberufe nach Landesrecht (Sozialassistent/in) dominiert.⁴²⁵

⁴²⁴ Hinter der Ausbildung nach BBiG verbirgt sich eine zeitweilig von den Kammern anerkannte, überbetriebliche Ausbildung zum/zur Kaufmann/-frau für Bürokommunikation. Im Jahr 2003 kam zu dieser Kategorie der/die Kosmetiker/in hinzu. Alle statistischen Angaben erfolgen immer unter Ausklammerung der Ausbildung im Gesundheitswesen.

⁴²⁵ Bei diesen Angaben sind die Berufe des Gesundheitswesens ausgeklammert.

Abbildung 25: Schüler/innen und Auszubildende in vollqualifizierenden Bildungsgängen des Schulberufssystems im Land Brandenburg (1994–2013)

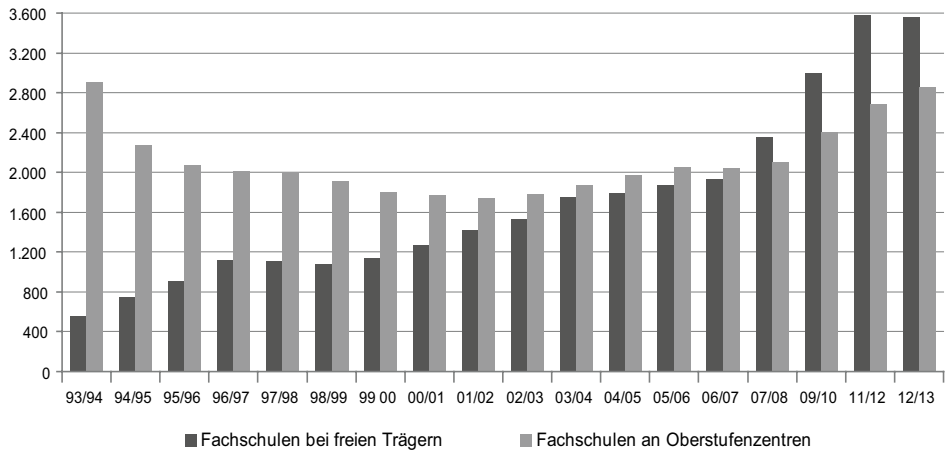


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1992–2013, eigene Darstellung.

Schulische Ausbildungsgänge weisen infrastrukturell sehr unterschiedliche Formen auf. Sie können einen ganzen Standort ausmachen. In dem Fall handelt es sich um eine private Berufsschule oder einen Nebenstandort eines OSZ. Das ist oftmals bei den sozialen Berufen der Fall. Sie können aber auch als einer von mehreren Ausbildungsgängen in einen OSZ-Standort integriert sein. Die Ausbildung in den Assistentenberufen nach Landesrecht weist räumlich in der Regel keine eigenständige Form auf. Sie ist je nach fachlicher Ausrichtung an eine Berufsschul- oder Fachschulabteilung angegliedert.

Die Entwicklungen im Standortnetz unterscheiden sich stark nach Bildungsgängen. Die sozialen Berufe (Sozialassistent/innen an Berufsfachschulen und die Ausbildung zu Erzieher/innen an Fachschulen) sind das einzige Segment mit permanent steigenden Zahlen seit dem Jahr 2000. Die Zahlen machten gegen Ende der 2000er Jahre nochmals einen deutlichen Sprung nach oben. Seit 2007 gibt es mehr Schüler/innen an Privatschulen als an den OSZ (vgl. Abbildung 26).

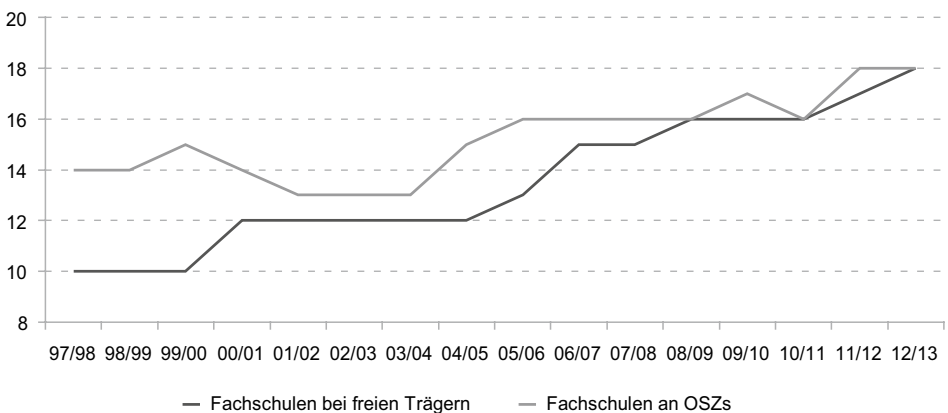
Abbildung 26: Anzahl der Schüler/innen an Fachschulen im Land Brandenburg nach Trägerschaft (1994–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1992–2013, eigene Darstellung.

Einher ging das mit einer weiteren Expansion des bereits in den 1990er Jahren relativ dichten Standortnetzes. Ab Mitte der 2000er Jahre, also mit Beginn des Schülerzahlenrückgangs, erhöhte sich noch einmal sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Berufsschulen die Anzahl der Fachschulen, die vom Typ Sozialwesen dominiert werden (Abbildung 27).

Abbildung 27: Anzahl der Fachschulen im Land Brandenburg nach Trägerschaft (1997–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1992–2013, eigene Darstellung.

Mit Ausnahme der Landkreise Havelland, Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark und Spree-Neiße werden im Jahr 2013 in jedem Landkreis diese Berufe von den öffentlichen Berufsschulen angeboten (vgl. Tabelle 16).

Da auch die Privaten in dem Segment stark engagiert sind, gibt es in einer Reihe von Kommunen sogar mehrere Bildungsanbieter. Diese Situation ist eher in den größeren, beziehungsweise in Städten im berlinnahen Räumen anzutreffen (Neuruppin, Potsdam, Fürstenwalde, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Bernau).

Es ist jedoch keine ausgeprägte städtische Zentralität erkennbar. Zwar weist die Landeshauptstadt Potsdam besonders viele Berufsschulen für die Sozialberufe auf, die Bildungsgänge sind jedoch auch in kleineren Orten zu finden, zum Beispiel in Lindow, Lauchhammer oder Premnitz. Eine Ausnahme bildet der Landkreis Spree-Neiße mit Cottbus. Hier konzentrieren sich die Angebote in der Stadt Cottbus.

Tabelle 16: Bildungsanbieter Fachschule Richtung Sozialwesen, Sozialassistent/in und Berufsschule (schulischer Teil Duales System) in Brandenburg (Schuljahr 2012/2013)

	Anzahl der Bildungsanbieter			
	Öffentlich (OSZ) Sozialassistent/in / Fachschule	private Berufsschulen		
		Fachschule	Sozialassistent/in	Berufsschule
Prignitz	1			1
Ostprignitz-Ruppin	1	2	1	1
Oberhavel	1			1
Uckermark	1			1
Barnim	1	1	1	2
Märkisch-Oderland	1			1
Oder-Spree	1	2	2	
Frankfurt/Oder	1			
Spree-Neiße				
Cottbus	1	1	1	1
Oberspreewald-Lausitz		2	2	
Elbe-Elster	1			
Dahme-Spreewald				1
Teltow-Fläming	1			
Potsdam	1	3	3	2
Potsdam-Mittelmark		2	2	1
Brandenburg a. d. Havel	1	1		
Havelland		1	1	

Quelle: www.bildung-brandenburg.de, www.mbjs.brandenburg.de, eigene Recherchen, bei den Fachschulen wurde nur die Richtung Sozialwesen berücksichtigt.

Die regionalen Konstellationen sind unterschiedlich. Es gibt Räume, in denen überwiegend nur Private agieren, wie die Oberspreewald-Lausitz oder Teile der westlichen und südwestlichen Regionen. In anderen Städten oder Landkreisen doppeln sich die Angebote (Potsdam, Neuruppin, Brandenburg an der Havel, Fürstenwalde oder Cottbus).

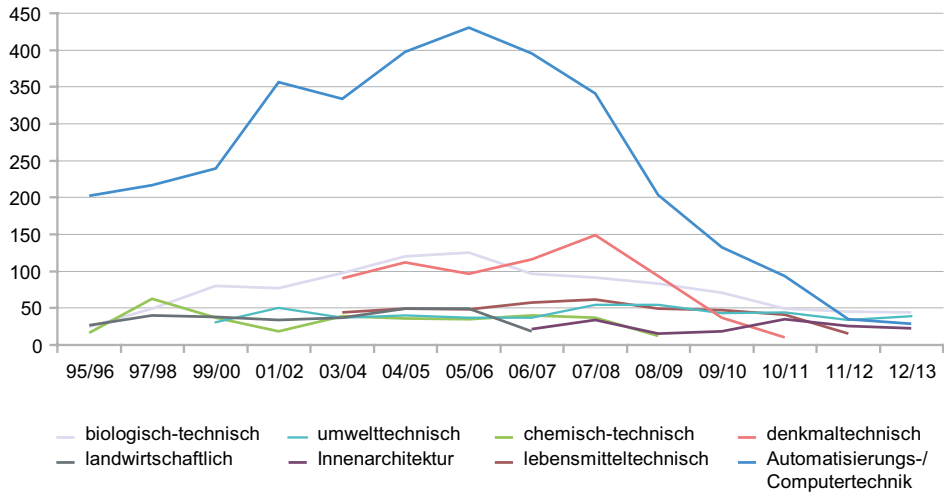
Nicht direkt ablesbar ist aus dieser Struktur, ob zwischen privaten und öffentlichen Berufsschulen ein stark konkurrierendes Verhältnis herrscht, oder ob die Nachfrage groß genug für beide Trägertypen ist. Die Zahlen verweisen eher darauf, dass es (noch) eine hinreichende Nachfrage gibt.⁴²⁶ Nur an den OSZ wird kein Schulgeld verlangt. Daher ist unter dem Gesichtspunkt einer kostenfreien Ausbildung das Angebot im äußeren Süden, Südwesten und Osten deutlich dünner gesät. Auffällig ist, dass das Angebot zu Zeiten des Lehrstellenmangels offenbar nicht ausgeweitet wurde. Erst in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre steigen die Zahlen an, besonders sprunghaft bei den freien Trägern.

Das Standortnetz für die Ausbildung in Assistentenberufen unterscheidet sich deutlich von den Sozialberufen. Hier gab es nie ein flächendeckendes Angebot. Zwischen 2003 und 2009 wurde in Brandenburg in insgesamt zwölf Assistentenberufen ausgebildet. Im Jahr 2013 waren es noch neun Berufe mit deutlich geringerer Besetzung. Entsprechend dem starken Rückgang dünnte sich das Standortnetz in den 2000er Jahren weiter aus.

Unterschieden werden kann zwischen zwei Typen. Der erste Typ sind technisch ausgerichtete Ausbildungsgänge, die eher den Charakter von Nischenausbildungen aufweisen. Sie werden ausschließlich von den Oberstufenzentren und in der Regel nur an einem Standort angeboten. Manche der Berufe wiesen schon immer sehr geringe Ausbildungszahlen ohne große zyklische Schwankungen auf (vgl. Abbildung 28).

⁴²⁶ Mit einer Ausnahme liegt im Jahre 2012/2013 die Schülerzahl an keiner öffentlichen und privaten Fachschule unter 50. Im Schnitt sind es 150 Schüler/innen und mehr.

Abbildung 28: Schülerzahlen in technischen Assistentenausbildungsgängen im Land Brandenburg (1995–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2013, eigene Darstellung.

Von sieben dieser Berufe waren im Jahr 2013 nur drei mit Schüler/innen besetzt. Die anbietenden OSZ bewerben den/die lebensmittel- und denkmaltechnische Assistent/in nach wie vor, während das Angebot in Richtung Chemie und Landwirtschaft komplett eingestellt wurde.⁴²⁷

Diese Berufe wurden bisher nur an einem oder zwei Standorten angeboten. Daher war das Infrastrukturnetz von dem demografischen Einbruch nur in zwei Berufen betroffen, in denen die Ausbildungszahlen sehr stark anstiegen und ebenso schnell wieder sanken: der/die Assistent/in in Richtung Denkmaltechnik und in Richtung Computer- und Automatisierungstechnik. Auffällig ist, dass sich mehrere technische Assistentenausbildungsgänge am OSZ in Hennigsdorf im Landkreis Oberhavel ballen. Weitere befinden sich an den Oberstufenzentren in Herzberg (Elbe-Elster), Eberswalde (Barnim) und Werder (Potsdam-Mittelmark) (vgl. Tabelle 17).

⁴²⁷ Die Unterrepräsentanz von technisch-naturwissenschaftlichen Berufen bei den freien Trägern hängt vermutlich auch mit den höheren Investitionskosten, etwa in eine Laborausstattung zusammen.

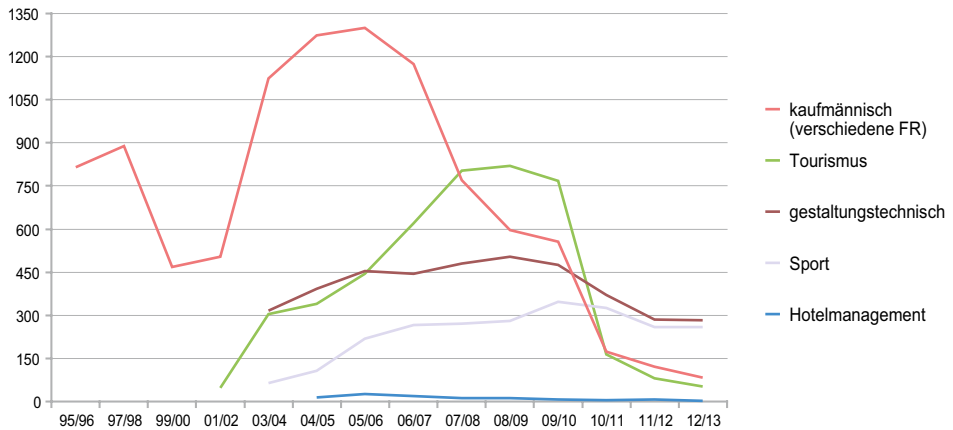
Tabelle 17: Technische Assistentenausbildungsgänge an den Oberstufenzentren im Land Brandenburg nach Standort (2007, 2013)

Assistent/in Richtung ...	2007	2013
Denkmaltechnik	Prignitz, Oberhavel, Frankfurt/Oder, Elbe-Elster, Potsdam	Oberhavel
Chemie	Uckermark	
Automatisierungs- und Computertechnik	Oberhavel, Barnim, Frankfurt/Oder, Spree-Neiße. + zwei freie Bildungsträger in Brandenburg a. d. Havel und im Landkreis Oder-Spree	Oberhavel, Barnim
Lebensmitteltechnik	Oberhavel	Oberhavel
Umweltschutz	Oberhavel, Spree-Neiße	Oberhavel
Innenarchitektur	Elbe-Elster	Elbe-Elster
Biologisch-technisch	Potsdam-Mittelmark	Potsdam-M.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 2007, 2013, Homepages der Oberstufenzentren, eigene Darstellung.

Ein zweiter Typ der Assistentenausbildung ist im Bereich der (neuen) Dienstleistungsberufe angesiedelt, in den Richtungen kaufmännisch, gestaltungstechnisch, Sport, Tourismus und Hotelmanagement. Wie bei den zwei technischen Assistentenausbildungsgängen stechen die „ausgesprochenen Boomphasen“ mit anschließendem starken Rückgang bei den kaufmännischen und Tourismusassistent/innen hervor. Kennzeichnend ist eine leichte Ausweitung des Angebotsspektrums seit Mitte der 2000er Jahre bei gleichzeitigem Rückgang der Schülerzahlen, offenbar als Folge des demografischen Einbruchs. Nur der/die gestaltungstechnische und Sportassistent/in können 2013 relativ stabile beziehungsweise höhere Zahlen aufweisen.

Abbildung 29: Schüler/innen in Assistentenausbildungsgängen des Dienstleistungssektors im Land Brandenburg (1995–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2013, eigene Darstellung.

Infrastrukturell kennzeichnet diese Entwicklung einen Rückgang an öffentlichen und privaten Standorten in der Assistentenausbildung. Im Jahr 2013 waren noch fünf OSZ und fünf private Berufsschulen in diesem Segment aktiv. Fünf Jahre zuvor gab es in fast jedem Landkreis ein Angebot im Dienstleistungsbereich. Die Oberstufenzentren haben sich aus der einstmalig in Massen aufgelegten kaufmännischen und touristischen Assistentenausbildung ganz zurückgezogen.

In den äußeren Räumen finden sich nur noch in Cottbus und Oder-Spree Ausbildungsgänge an den OSZ. Die privaten Berufsschulen sind räumlich breiter gestreut. Unter den Standorten sind auch kleinere Orte und berlinfernere Regionen, zum Beispiel Lindow oder Neuruppin vertreten. Auffällig ist eine teilweise räumliche Ballung des/der gestaltungstechnischen Assistent/in. Er wird in Potsdam und im Landkreis Oder-Spree gleich mehrfach angeboten (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18: Assistentenausbildungsgänge im Dienstleistungssektor im Land Brandenburg nach Anzahl, Standort und Trägerschaft der Schulen (2007, 2013)

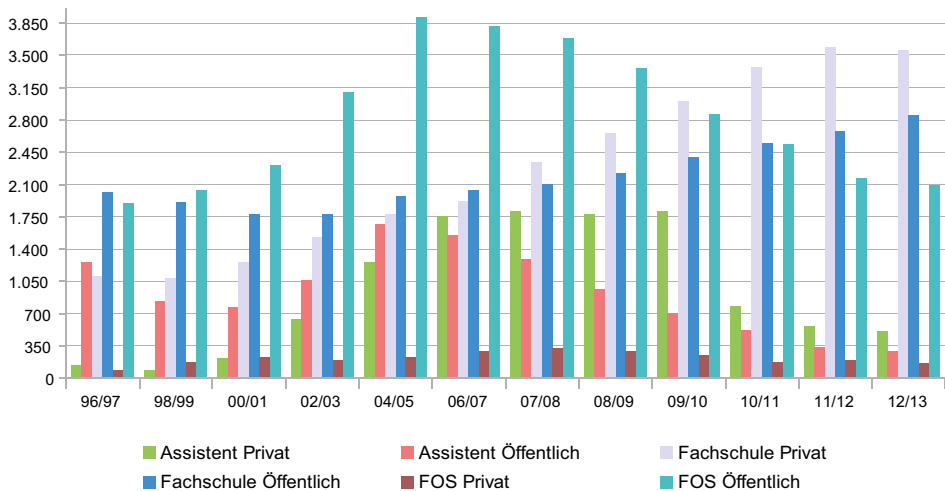
Anzahl der Schulen nach Landkreisen	Gestaltungst.		Kaufmännisch		Tourismus		Sport						
	OSZ	Privat	OSZ	Privat	OSZ	Privat	OSZ	Privat					
	Jahr												
	07	13	07	13	07	13	07	13	07	13			
Prignitz			1										
Ostprignitz-Ruppin			1		1	1		1	1				
Oberhavel		1	1					1	1				
Uckermark			1		1					1	1		
Barnim	1	1	1		1	2	1	1		1	1		
Märkisch-Oderland			1										
Oder-Spree	1	1	1	1		2		1					
Frankfurt/Oder													
Spree-Neiße				1									
Cottbus	1	1						1					
Oberspree-Lausitz						1							
Elbe-Elster	1												
Dahme-Spree													
Teltow-Fläming	1			1									
Potsdam		1	2	2		2	1		2	1	1	2	2
Potsdam-Mittelmark		1			1	1							
Brandburg				1									
Havelland				1		1	1		1	1			

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 2007, 2013, Homepages der OSZ, eigene Darstellung.

Im Schulberufssystem vollzog sich ein starker sektoraler und institutioneller Wandel. Sektoral erfolgte in den 2000er Jahren eine weitere Verschiebung des Schwerpunktes hin zu den Sozialberufen, institutionell eine starke Expansion der privaten Berufsschulen.

Sie qualifizieren mittlerweile mehr Schüler/innen in diesen Berufen als die öffentlichen Schulen. Die Assistentenausbildung und die Ausbildung an Fachschulen (mehrheitlich Erzieher/innenausbildung) wird seit Mitte der 2000er Jahre zu mehr als 50% durch private Berufsschulen getragen (vgl. Abbildung 30). Die sozialen Berufe als ein traditionelles Segment des Schulberufssystems expandierten parallel zum Schülerzahlenrückgang. Bei den Assistenten/innen liegt ab 2010 eine Korrelation zwischen sinkenden Schulabsolventen und Schüler/innen vor.

Abbildung 30: Schüler/innen in vollqualifizierenden Bildungsgängen des Schulberufssystems im Land Brandenburg nach Trägerform (1994–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2013, eigene Darstellung.

Dementsprechend ist in den sozialen Berufen ein weiterer Ausbau des dichten Infrastrukturnetzes zu beobachten. Umgekehrt dünnte sich das Netz für die Assistentenausbildung stark aus, insbesondere für öffentliche Angebote in den berlinferneren Regionen. Im Hinblick auf die Konstellationen zwischen OSZ und freien Trägern sind sowohl Dopplungen als auch „Lücken“ im Netz zu beobachten. Auch wenn es auf der Hand liegt, dass in den größeren Städten Brandenburgs das Angebot umfangreicher ist, lässt sich die Standortstruktur hier nicht zu einem räumlichen Muster verdichten. Das Infrastrukturnetz weist zentrale und dezentrale Elemente auf. Die klassische raumplanerische Einordnung,

nach der sich solche Bildungsangebote eher in den verdichteten Gebieten ballen, trifft nur teilweise zu.

Warum treten in einigen Räumen sowohl die OSZ als auch die Privatschulen als Anbieter in den sozialen Ausbildungsberufen auf und warum ist in einigen Landkreisen gar kein Angebot vorhanden? Diese Fragen lassen sich nicht gänzlich mit Raumstrukturen wie Lage, Zentralität oder Bevölkerungsdichte erklären. Vergleichbares gilt für die Assistentenausbildung. Offenbar kommen hier auch organisationsspezifische und sektoral bedingte Momente zum Tragen. Das zeigt unter anderem die Ballung der wenigen technischen Assistentenausbildungsgänge am OSZ in Hennigsdorf. Die Entwicklung folgt offenbar nicht dem Muster einer räumlichen Gleichverteilung oder Zentralität. Das Wachstum der freien Träger ist eine der auffälligsten Entwicklungen in den 2000er Jahren. Diese Entwicklung wird von der Berufsschulplanung nahezu gänzlich ausgeblendet. Inwiefern es sich hier um eine Bildungslandschaft handelt, die ergänzend verschiedene Bildungsnachfragen abdeckt oder in Konkurrenz zueinander steht, wird in Kapitel 7.6.3 aufgegriffen.

5.5 Resümee: Räumliche Differenzierungen in der Infrastrukturentwicklung in Brandenburg

Brandenburg und seine Kommunen haben bei der Etablierung des Berufsschulnetzes im Dualen System nach 1990 einen Mittelweg zwischen stark profilierten und sehr dezentralen Modellen beschritten. Die Berufsschullandschaft in stark verdichteten Räumen wie Berlin weist in der Regel eine sehr profilierte Struktur auf. Demgegenüber galten traditionell breiter aufgestellte Berufsschulen (bisher) als charakteristisch für ländliche Räume beziehungsweise Flächenländer. In Brandenburg wurde diese Breite eingeschränkt, ohne jedoch eine ausgeprägte räumliche Konzentration und Profilierung der Beschulung etwa in den kreisfreien Städten vorzunehmen, wie es sich voraussichtlich für Mecklenburg-Vorpommern abzeichnet. Der Vergleich mit Verdichtungsgebieten verdeutlicht in besonderer Weise, welche Anforderungen an die Berufsschulorganisation in dünner besiedelten Flächenländern gestellt sind. Er ist hilfreich für die Einordnung des „brandenburgischen Mittelweges“. Durch diesen Weg blieb auf regionaler Ebene die im Jahr 2002 vorfindbare Breite der Berufspalette in Branden-

burg auch zehn Jahre später weitestgehend erhalten, wenn die Besonderheiten der Bauwirtschaft ausgeklammert werden. Die Beobachtung der Ausdünnung des Netzes seit den 2000er Jahren muss in die Feststellung eingeordnet werden, dass in Brandenburg bereits zu Zeiten der starken Schülerzahlenjahrgänge kein flächendeckendes Netz bestand. Mobilität gehörte zum Alltag für die Mehrheit der Auszubildenden und Schüler/innen. Hierbei ist die sukzessive Straffung des Netzes nach 1989 ein spezifisches Kennzeichen der Infrastrukturentwicklung im berufsbildenden Bereich. Weil sich zudem ein bedeutender Teil der Konzentrationen nicht nur auf der Ebene von Standorten, sondern auch in den einzelnen Ausbildungsberufen vollzog, war diese Entwicklung jenseits der davon „Betroffenen“ (das OSZ, die jeweiligen Betriebe und Auszubildenden) kaum sichtbar.

Die festgestellte Kombination von profilierten und dezentralen Elementen in der Berufsschulorganisation basiert auf unterschiedlichen intraregionalen „Modellen“. Diese sind auch ein Ergebnis kommunaler Entscheidungen. Die räumlichen Differenzierungen weisen starke regionalspezifische Strukturen auf. Die Palette reicht von stärker zentralistisch ausgerichteten Strukturen, über leichte Umverteilungen bis hin zu ausgeprägt arbeitsteilig aufgestellten Standortsystemen. Entweder setzten diese auf bereits vorhandene Strukturen auf, oder sie wurden in den 2000er Jahren reorganisiert. Diese Muster lassen sich nicht pauschal entlang der Linie peripher und zentral gelegener Landkreise und im Hinblick auf unterschiedliche regionalökonomische und demografische Entwicklungen anordnen. Sie folgen auch nicht stringent einer Stadt-Landkreis-Differenz. Auf die Vielfalt der vorgefundenen regionalspezifischen Standortsysteme ist das klassische Zentralitätsmodell der Raumordnung, das System zentraler Orte, nur begrenzt anwendbar. Das von Christaller entwickelte Modell ist bis heute ein zentraler Bezugspunkt für die Raumplanung von Bund und Ländern, auch im aktuellen Daseinsvorsorgediskurs. Es legt eine Hierarchie der Orte durch unterschiedliche Zentralitätsstufen fest. Zentrale Orte sind mit Infrastrukturen ausgestattet, die Orten mit einer darunter liegenden Zentralitätsstufe fehlen. Auf dieses Modell nahm zum Beispiel die HANSA ACCOUNTING (2004) in ihrem Gutachten für die Berufsschulplanung in der Region Mecklenburgische Seenplatte sehr starken Bezug (vgl. Kapitel 3.3.2).

Angesichts der Kleinteiligkeit und Ausdifferenziertheit der Konzentrationsprozesse ist jedoch fraglich, inwiefern bei der Gestaltung von Berufsschulnetzen in Flächenländern nur von einer solchen Zentralität gesprochen werden kann. Vielmehr scheinen unterschiedliche Zentralitätsdynamiken zum Tragen zu kommen. Diese lassen sich nicht hierarchisch anordnen. In der klassischen Infrastrukturplanung sollen Einrichtungen in der Regel an Orten mit höherer Zentralität angesiedelt werden. Eine vergleichbare Zentralität wird von der regionalen Bildungsforschung auch für die räumliche Struktur von Ausbildungsmärkten konstatiert. Zwischen größeren Städten auf der einen und Mittel- und Kleinstädten sowie dem ländlichen Raum auf der anderen Seite gibt es ein Gefälle bezüglich der Dichte und Breite des Ausbildungsangebotes (vgl. Kapitel 2.3.3). Diese klassische Differenz schlägt sich auch in der brandenburgischen Standortstruktur nieder, so etwa in der überregionalen breiten Versorgungsfunktion der Oberstufenzentren in Potsdam und Cottbus und teilweise in Brandenburg an der Havel. Sie wird jedoch überlagert von postsozialistischen, siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen sowie organisationsbedingten Spezifika. So gibt es in Brandenburg nur eine geringe Anzahl von Städten, die den Rang von großen Ausbildungszentren nach einem solchen Zentralitätsmodell einnehmen. Zudem ist etwa in Frankfurt/Oder diese Funktion durch Deindustrialisierungs- und Globalisierungsprozesse sowie eine geringere Ausprägung des tertiären Sektors teilweise geschwächt. Das zeigte der starke Rückgang im Ausbildungsspektrum als eine Verschiebung von Zentralitätsmustern.

Relativiert wird das Zentralitätsmodell auch durch ein im Kapitel 2.3.3 herausgearbeitetes Kennzeichen von Ausbildungsmärkten in ländlichen-peripheren Regionen (Nordostdeutschlands): die Erosion des regionalen Verflechtungszusammenhangs zwischen dem ländlichen Raum und seinen Ausbildungszentren sowie eine geringere Ausbildungsdichte. Die Ausdünnung von berufsschulischen Infrastrukturen etwa in der Uckermark geht auch auf die schwächer ausgebildeten lokalen Kreisläufe und Wertschöpfungsketten durch Rationalisierung, Globalisierung und konjunkturelle Einbrüche, wie zum Beispiel auf den Niedergang des Einzelhandels zurück.

Diese siedlungsstrukturellen und regionalökonomischen Dynamiken werden allerdings stark überlagert von einem zentralen sektoralen Merkmal des Ausbil-

dungssystem: der extrem differenzierten Struktur und den damit verbundenen Anforderungen an die Organisation von Berufsschulen in der Fläche. Deutlich wurde das an der sehr großen Anzahl von Ausbildungsberufen, deren Beschulungsstandortsystem auch zu Zeiten der starken Schülerjahrgänge ausgesprochen überlokal ausgerichtet war. Die einzelnen OSZ und auch Teilregionen haben noch nie das gesamte Spektrum an Ausbildungsberufen abgedeckt. Daher können die erfolgten Konzentrationsprozesse zum einen nicht pauschal als Peripherisierung von Teilregionen verstanden werden. Zum anderen zeigte die Analyse, dass der demografische Infrastrukturdiskurs dazu neigt, die Bedeutung der komplexen Struktur des Ausbildungssystems zu unterschätzen. Die regionale oder überregionale Versorgungsfunktion der Mehrzahl der Berufsschulen ist vielmehr ein konstitutives Merkmal, „unabhängig“ von der demografischen Entwicklung. Folge der Unterschätzung ist das Arbeiten mit vereinfachten Raummodellen.

Wichtig für die Einordnung der Ergebnisse ist, dass in der Arbeit „nur“ die Standortstruktur für das erste Lehrjahr ausgewertet wurde. Ab dem zweiten bis vierten Lehrjahr muss ein Teil der Auszubildenden noch erheblich mobiler werden. Insgesamt verweisen die Ergebnisse auf die (Notwendigkeit der Untersuchung der) Bedeutung von Mobilitätsstrategien oder -barrieren junger Erwachsener in der beruflichen Erstausbildung.

Die räumliche Struktur der Berufsschulorganisation in einem Flächenland mit einem dünnen Netz von größeren Ausbildungszentren wird mit Bezugnahme auf das klassische Zentralitätsmodell und die Struktur regionaler Ausbildungsmärkte nur teilweise erfasst. Das wurde anhand einer Typisierung der etwa 200 Berufe deutlich, die in Brandenburg beschult werden. Diese Berufe variieren stark in der Ausbildungsdichte, der räumlichen Verbreitung der ausbildenden Betriebe und der Auszubildendenzahlen: von weit verbreiteten bis zu stark spezialisierten und Nischenberufen. Die Organisation des Unterrichtes in einem Flächenland ist für viele dieser Berufe nur teilweise an einem hierarchischen Zentralitätsmodell ausgerichtet. In jedem Schulamtsbezirk ist die Zentralität und Spezialisierung der Standorte etwas anders austariert. Daher birgt die Bedeutung und Funktion eines OSZ unterschiedliche Dimensionen:

Ein OSZ kann zentral sein im Hinblick auf seine Angebotsbreite und überregionale Versorgungsfunktion. Es ist für die Beschulung von Jugendlichen in einer Vielzahl von Ausbildungsberufen aus dem Umfeld und aus anderen Regionen zuständig. Diese Funktion ist in bestimmten kreisfreien Städten, aber auch bei Oberstufenzentren in Landkreisen zu finden. Sie deckt sich mit den klassischen Kriterien des Zentrale-Orte-Systems.

Eine weitere Zentralitätsdimension gründet in einer hohen wirtschaftsstrukturellen Standortspezifik. Hier ist ein OSZ zuständig für die Beschulung von Berufen für Unternehmen in sehr spezialisierten Branchen, etwa die Chemie- oder Logistikbranche. Die Versorgungsfunktion kann lokal auf Unternehmen vor Ort ausgerichtet sein. Sie kann aber auch einhergehen mit einer starken überregionalen Bedeutung des OSZ in dem jeweiligen Ausbildungsberuf.

Eine dritte Zentralitätsdimension ist in organisationsbedingten Spezialisierungen des Schulunterrichtes zu verorten. In diesem Fall haben Berufsschulen für einen oder mehrere Berufe eine stark profilierte, überregionale Funktion. Das hängt teilweise mit sinkenden Auszubildendenzahlen zusammen, wie bei den Berufen der Bauwirtschaft. Ursachen sind aber auch besondere Anforderung an das Lehrpersonal und/oder die sächliche Ausstattung für die Beschulung, zum Beispiel für den/die Augenoptiker- oder Gärtner/in.

Ein OSZ kann in einer dieser Funktionen zentral sein, wie Frankfurt/Oder mit einer Spezialisierung in kaufmännischen und Dienstleistungsberufen, oder in allen dreien. So gibt es Standorte wie Forst oder Schwedt, die geographisch peripher gelegen sind, aber im Hinblick auf die Beschulung in einer bestimmten Berufsgruppe eine ausgeprägte Zentralitätsfunktion aufweisen. Fast jedes OSZ – auch in den peripheren Räumen – weist besondere Spezialisierungen auf und kann in diesen „zentral sein“. So bildet beispielsweise das OSZ in der Uckermark am Schwedter Standort in mehreren Industriebberufen Jugendliche aus Gesamtbrandenburg aus. Die Oberstufenzentren des im Süden gelegenen Schulamtsbezirks Cottbus weisen sogar eine überdurchschnittliche Anzahl solcher Berufe auf, teilweise als Bundesfachklassen geführt. Das geht zurück auf den lokalen Bestand an Unternehmen aus der Textil- oder Braunkohlebranche.

Wie die verschiedenen Zentralitätsfunktionen intraregional in einem Schulamtsbezirk aufgeteilt sind, ist unterschiedlich. Teilweise setzt die Aufteilung auf historisch gewachsenen Strukturen auf. Teilweise erfolgten starke Restrukturierungen. Der demografische Wandel hat bei einem Teil der OSZ zu einer stärkeren Profilierung geführt. Sie lassen sich grob einteilen in überregional ausgerichtete und breit aufgestellte OSZ, mittel bis stark profilierte Oberstufenzentren mit starker lokaler und/oder überregionaler Bedeutung und leicht bis wenig profilierte Einrichtungen mit überwiegend lokaler Ausrichtung. Zu letzterem Typ zählen die OSZ in der Uckermark und in der Prignitz. Sie weisen insofern eine periphere Typik auf, als dass ihr jetziges Profil nicht ausschließlich, aber doch zu einem gewichtigen Teil durch den Verlust von Infrastrukturen infolge von Konzentrationen geprägt wurde. Der Vergleich mit anderen Schulamtsbezirken gibt Hinweise darauf, dass dies möglicherweise auch mit territorial-administrativen Zuschnitten zusammenhängt. Beiden Landkreisen gemeinsam ist die periphere Lage und die „Nachbarschaft“ zu den an Berlin angrenzenden Landkreisen. Mit diesen bilden sie zusammen einen Schulamtsbezirk. Das unterscheidet die Oberstufenzentren in der Prignitz und Uckermark von den südlichen, ebenfalls peripher gelegenen Landkreisen im Schulamtsbezirk Cottbus.

Im Vergleich zum Dualen System ist das Infrastrukturnetz des Schulberufssystems in den einzelnen Ausbildungssegmenten durch expansive und schrumpfende Entwicklungen geprägt. Zudem ist ein starkes Wachstum des Anteils freier Träger seit den 2000er Jahren zu verzeichnen. Expansion und Ausdünnung des Netzes sind eingebettet in einen ausgeprägten institutionellen Wandel der Berufsschullandschaft. Mit den Infrastrukturen des Dualen Systems hat dieser Sektor gemeinsam, dass es kein dominantes Zentralitätsmuster gibt. Entgegen der in der Literatur festgehaltenen Beobachtung einer überwiegenden Konzentration schulischer Bildungsgänge in den (größeren) Städten, sind sie in Brandenburg auch an kleineren dezentralen Standorten zu finden. Daher kann auch nicht von einem Rückzug dieser Ausbildungsangebote aus den peripheren Räumen gesprochen werden. Das Infrastrukturnetz ist durch eine Mischung aus zentralen und dezentralen Elementen gekennzeichnet. Im Gegensatz zu den Standorten des Dualen Systems sind die Einrichtungen allerdings nicht räumlich gleichmäßig verteilt, etwa mit Blick auf kostenfreie staatliche Ausbildungs-

gänge. Das hängt mit teilweise anderen Rahmenbedingungen und Regulierungsformen dieses Sektors zusammen (vgl. Kapitel 6.4).

Die Rekonstruktion des Standortmusters in Brandenburg verweist auf zwei zentrale Aspekte der Berufsschulorganisation (in Flächenländern): Die Auseinandersetzung mit den sektoralen Merkmalen, insbesondere mit der Kleinteiligkeit der Bildungsgänge, verläuft über spezifische regionale Konstellationen. Diese sind unter anderem auch ein Ergebnis von kommunalpolitischen Entscheidungen. Zum zweiten erfolgt die Infrastrukturentwicklung nicht streng in Korrelation zum Schülerzahlenrückgang. Sie ist in sektorale und institutionelle Spezifika eingebettet. Die Rekonstruktion der Standortstruktur zeigte so auf, mit welchen komplexen Faktoren sich die steuernden Akteure auseinandersetzen müssen. Sie agieren in einem Spannungsfeld, das aus dem Schnittstellencharakter der Berufsschule, zwischen Schul-, Berufsbildungssystem und Wirtschaft stehend, resultiert. Die Berufsschule ist in konjunkturelle und wirtschaftsstrukturelle Veränderungen, in (regional)-ökonomische „Verwerfungen“ und deren Bearbeitung durch das Berufsbildungssystem eingebettet: Betriebe verschwinden oder werden neu gegründet. Auszubildendenzahlen brechen in unterschiedlichem Ausmaß ein. Berufe werden modernisiert und neue Fachrichtungen als Reaktion auf den Bedarf der Wirtschaft eingeführt. Die Schulsteuerung wiederum folgt einer schulischen Organisationslogik. Sie hat und braucht im Vergleich zum Wirtschafts- und Berufsbildungssystem einen deutlich längeren Planungshorizont.

Wie die Planung in diesem Spannungsfeld agiert und wie sich das Verhältnis zwischen Landessteuerung und kommunaler Planung gestaltet, ist Gegenstand der folgenden Kapitel. Das Kaleidoskop wird erneut geschüttelt. Wurde bisher die sektorale und strukturelle Prägung von Infrastrukturentwicklung beleuchtet, geht es nun um die Steuerungsformen, Handlungsorientierungen und Gestaltungsspielräume der mit Infrastrukturgestaltung befassten Akteure auf Landesebene und „in der Peripherie“.

6 Im Feld II: Steuerungsinstrumente und Orientierungen in Brandenburg

Dieses Kapitel analysiert den Steuerungsrahmen und die Steuerungsorientierungen innerhalb des Landes Brandenburg und des Landkreises Uckermark. Anhand unterschiedlicher Fälle und Sektoren des Berufsbildungssystems wird der Umgang mit Schrumpfungsprozessen, Planungsunsicherheiten sowie die Gestalt und Formierung von damit verbundenen Konflikten aus der Perspektive verschiedener Akteure beleuchtet.

Das in Brandenburg vorfindbare Steuerungssystem enthält Elemente mit einem langfristigen Planungshorizont und Steuerungsformen, mit denen „permanent“, auch kurzfristig, auf Entwicklungen reagiert wird. Kennzeichnend für die Struktur sind zwei verschiedene Ebenen und Zuständigkeiten im verantwortlichen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS). Das Referat 25 „Schulentwicklungsplanung und Struktur-, Bau- und Investitionsplanung für Schulen“ ist unter anderem zuständig für investive Maßnahmen an den Oberstufenzentren.⁴²⁸ Die inhaltliche Fachplanung obliegt dem Referat 34 „Sekundarstufe II/Berufliche Bildung“ im MBS. Hier ist unter anderem die Steuerung und Planung des vom Land getragenen Lehrpersonals und die Fachaufsicht über alle, den Unterricht betreffende, Belange angesiedelt. Die Mitarbeiter/innen agieren auf einer mittleren Leitungsebene. Sie sind zuständig für bestimmte Ausbildungsberufe und Schulamtsbezirke, in deren Person sich somit Regional- und Fachzuständigkeit vereinigen. Es handelt sich um einen doppelten Steuerungs- und Kontrollmechanismus: die strategische Planung des Standortsystems auf der einen und eine kleinteilig ausgerichtete Fachplanung der Ausbildungsgänge auf der anderen Seite.

⁴²⁸ Diese Zuständigkeit ist nicht gleichzusetzen mit jener von Kommunen für äußere Schulangelegenheiten.

6.1 Die langfristige, strategische Steuerung der Berufsschullandschaft

Die Etablierung der heutigen staatlichen Berufsschullandschaft in Brandenburg geht auf einen langsamen Prozess der Umstrukturierung in den 1990er und 2000er Jahren zurück (vgl. Kapitel 5.1.3). Das war nicht nur bei der Zusammenführung der vielen kleinen Berufsschulstandorte in der postsozialistischen Transformationsphase der Fall. Auch in der als „demografiebasierte“ Berufsschulplanung bezeichneten Etappe verfolgte das Land Brandenburg ein sukzessives Vorgehen. Verantwortlich für diese Ebene der Planung ist das Referat 25 des MBS. Anfang der 2000er Jahre wurde auf Basis eines Planungsgutachtens der Prozess zur Auseinandersetzung mit dem erwarteten Schülerzahleneinbruch angestoßen. Ein zentraler „Aufhänger“ war der letztmalige Einsatz von Finanzmitteln aus dem EU-Fonds für die Sanierung oder den Neubau von Oberstufenzentren. Diese Mittel werden in der Schulentwicklungsplanung auch als die „goldenen Zügel“ der Länder bezeichnet.⁴²⁹

Es standen quasi letztmalig Mittel für Investitionen in die Berufsschulzentren zur Verfügung. ... Und da haben wir gesagt, das kann ja nicht gehen, dass man die Bauten einweiht und dann den ersten Teil wieder still legt, etwas übertrieben gesagt. Also brauchte man eine Idee für ein Schrumpfungsszenario und zwar eine weit nach vorne reichende Idee. Und das haben wir versucht, ein Stückchen miteinander zu verknüpfen. Also die Frage, wo investiert man letztmalig, was sind in Führungsstrichen die mutmaßlich richtigen Makro-Standorte zunächst einmal. Und was will man ungefähr an Schwerpunkten hier haben und für welche Quantitäten will man es tun? Und daraus ergab sich dann ein längerer Prozess von planerischen Diskussionen, wie die Landschaft der OSZ ab dem Jahr 2010 und folgende aussehen soll. (MBS RL 25)

Aus Sicht der Landesregierung bestand die Herausforderung, eine „Schrumpfungsdiskussion“ zu einem Zeitpunkt in Gang zu setzen, zu dem vor allem die Bewältigung der starken Geburtenjahrgänge im beruflichen Bildungssystem auf der Tagesordnung stand.

⁴²⁹ MAUTHE 1996: 14.

Und in dem Moment fangen sie an, eine Diskussion aufzumachen und die Schulen suchen händeringend die letzte Besenkammer freizuräumen. Da schreit natürlich nicht jeder gleich Hurra. Viele Leute kriegt man zunächst auch nicht in das Boot rein in der ersten Runde, weil sie mit der Bewältigung der aktuellen Probleme und den Problemen des nächsten und übernächsten Jahres zu tun haben. (MBJS RL 25)

Das Land charakterisiert die Grundzüge seines Vorgehens mit dem Prinzip der Arbeitsteilung und dem Gegenstromprinzip. Das Planungsgutachten bildete hierfür ein aktivierendes und informierendes Instrument für einen mehrstufigen Diskussions- und Planungsprozess.

Und das ist natürlich ein iterativer Prozess, also da kriegen Sie nicht den großen Wurf hin. ... Die Funktion dieser damaligen Planungsstudie war eine Art Blaupause. Aber was dann kommt, ist, was man so literarisch die Mühen der Ebenen nennt. ... Es sind dann viele Verhandlungen geführt worden, mit allen möglichen Protagonisten, mit Landkreisen, kreisfreien Städten, mit der IHK, natürlich auch mit Schulleitungen mit ihren Sonderwünschen. Also, manchmal sind es ja auch isolierte Berufe, wo es Landesfachklassen gibt. Also mit Sonderwünschen, die man auch abdecken muss, damit am Ende so eine gefestigte Struktur entsteht. (MBJS RL 25)

In mehrfachen „Runden“ durch die Landkreise wurde die Notwendigkeit einer Reduzierung der berufsschulischen Kapazitäten vermittelt. Angesichts des kleinteiligen Ausbildungsmarktes galt es zu überlegen, für welche Berufe eine lokale oder regionale Ausbildungsinfrastruktur aufrechterhalten werden kann und für welche nicht. Insbesondere in den peripheren Räumen stößt die Infrastrukturbetreuung an ihre Grenzen, sobald es um spezialisierte Berufe geht. Hier bestehe die Funktion der Oberstufenzentren in erster Linie in der Beschulung von Berufen der klassischen Dienstleistungs- und Handwerksökonomie.

Und dann kommt dazu, dass sich natürlich nicht nur die Einwohner im berlinnahen Raum ballen, sondern auch ein Teil der Wirtschaftsbetriebe, die etwa über Betriebsverlagerung wegen der Expansionsmöglichkeiten aus Berlin raus an den Autobahnring gezogen sind. ... Wenn sie sich fragen, was kann man an einem Standort Prenzlau im Landkreis Uckermark machen. Dann heißt das,

man kann ja nur ein OSZ machen, was all die Handwerksbetriebe und die kleinen Betriebe und deren Ausbildungssituationen versorgt, die in dem Landkreis da sind. ... Es [das OSZ] ist so ein Stückchen Spiegelbild der kleinteiligen regionalökonomischen Wirtschaftsstruktur. Und alles, was darüber hinausgeht, und das ist dann natürlich der unangenehme Effekt, an hoch spezialisierten Sachen, die im Landkreis im Einzelfall mal auftauchen, die müssen wir natürlich woanders in die Berufsschule schicken. (MBS RL 25)

Über diese Berufe der „ubiquitären“ Ökonomie hinaus können Teilstrukturen eines OSZ auch an einen größeren Industriebetrieb gekoppelt sein. In diesem Funktionsentwurf stößt die Berufsschulversorgung allerdings an ihre Grenzen, wenn es um vereinzelte, spezialisierte Ausbildung geht. Bei sehr geringen Ausbildungszahlen kann für diese keine Beschulung vor Ort vorgehalten werden.

Der Steuerungsanspruch bezog sich auf die quantitative Anpassung sowie auch auf eine qualitative Profilierung.

Es ging darum, eine überzeugende Idee zu entwickeln, wie nicht nur auf quantitative Entwicklungen reagiert wird, sondern wie daraus so etwas wie ein Profil der Schule wird. ... Also, zu sagen, ich rede mit euch nicht darüber, wo jetzt 100 Schüler verschwinden. Sondern wie stellt ihr euch denn das OSZ 2010, 2020 vor. Wollt ihr so ein Gemischtwarenladen sein, oder wollt ihr sagen, wir sind ein OSZ für Metall und Elektrik. ... Man kann heutzutage, das war zum Beispiel eine klassische Diskussion, nicht drei Mal einen Riesenschwerpunkt Bau- und baunahe Berufe in Wittenberge, Neuruppin und noch in Hennigsdorf haben. (MBS RL 25)

Einen starken Anreiz für die qualitative Profilierung sollten auch Landesinvestitionsmittel für eine hochwertige Ausstattung bilden. Dies galt insbesondere in Verbindung mit dem wirtschaftspolitischen Ansatz der Regionalen Wachstumskerne, wie am Beispiel der Standortplanung im Schulamtsbezirk Frankfurt/Oder erläutert wird.

Und durch die Kopplung von Investitionen mit so einem Schrumpfungsszenario konnte man natürlich dieses Szenario trotzdem offensiv verkaufen. Wenn man sagen konnte, also das Angebot heißt, dafür kriegt ihr aber richtig tolle Werkstätten, ihr müsst dann zwar ein paar Kilometer weiter ziehen. ... Man hat

überlegt, ob man nicht möglichst viel von dem, was mit hochwertigem Automobilbau zu tun hat, tatsächlich nicht in Frankfurt/Oder macht, wenn die Stadt sich auf Solarindustrie konzentriert. Sondern ob man den Automobilbau nach Fürstenwalde holt. Und das ist passiert. ... Und wir haben uns jetzt gerade vorgenommen, an diesem OSZ, wo die KFZ-Berufe im weitesten Sinne angesiedelt sind, auch für die hochwertigen Mechatronikerberufe noch mal einen Anbau zu machen mit einer LKW- und KFZ-Halle, Motortestern, Bremsenprüfständen und so weiter. Den finanzieren wir auch in dieser Fondsperiode noch ein Mal nach. Man bekäme die KFZ-Berufe auch in einer bestehenden Struktur unter. Aber wenn man dann so eine Spezialität haben will und das passt mit einem Branchenschwerpunkt eines regionalen Wachstumskerns zusammen, und das ist dann aber in Fürstenwalde und Ende. (MBS RL 25)

Regionale Wachstumskerne beziehungsweise das Vorhandensein bedeutsamer Industriebetriebe sind mit Verweis auf die geringe Industriedichte in Brandenburg allerdings kein Selbstläufer. Nicht an jedem Industriestandort kann auch eine entsprechende Berufsschule betrieben werden. Es muss eine entsprechende Anzahl von Auszubildenden vorhanden sein. Diesbezüglich musste oder muss sich das Ministerium auch gegen „Vereinnahmungen“ durch die Wirtschaft generell stellen. Sie werden jedoch eher als Rhetorik, denn als zu substantziellen Konflikten führend, angesehen:

Das Erpressungspotenzial der Politik auf jeder Ebene durch die Wirtschaft oder durch die Betriebe ist natürlich auch nicht zu unterschätzen, so eine Drohung, dann bilde ich halt nicht mehr aus. ... Nach dem Motto, ich schicke meine zwei Azubis doch nicht durch das ganze Land oder ähnliches. Aber ich glaube, das sind Reaktionen, die man auch gar nicht so hoch bewerten sollte. Die Erfahrung ist, im Prinzip rappelt sich das dann schon bei der ganzen Geschichte. (MBS RL 25)

Mit dem Gegenstromprinzip charakterisiert das MBS ein weiteres Steuerungselement. Mit diesem wird anhand informeller Instrumente, wie dem Gutachten und Beratungen, in den Landkreisen die „große Linie abgesteckt“ und die detaillierte Planung in die Verantwortung der Schulträger und deren interkommunale Abstimmung zusammen mit den regionalen Schulämtern gelegt. Mit dieser Strategie gab das Land innerhalb eines vorgesehenen Rahmens den Kommunen

einen recht weiten lokalen Gestaltungsspielraum. Die Hauptorientierung lag auf der Etablierung beziehungsweise Stärkung profilierter Standorte mit gesteigerter überkreislicher Bedeutung. Reflektiert wird dabei die begrenzte Finalisierbarkeit der Steuerungsprozesse.

Das sind ja lang laufende Prozesse. Und im Grunde genommen kann man sich ja nur die Daumen drücken, dass man sozusagen die Pflöcke richtig eingrammt hat. (MBS RL 25)

6.2 Die kleinteilige Steuerung der Berufsschullandschaft

Die Schließung von Standorten oder Abteilungen bildet jedoch nur ein Teil des Konzentrationsgeschehens ab. Berufsschulplanung betrifft auch die Ebene der Klassenbildung. Im Gegensatz zum allgemeinbildenden Schulwesen zeichnet sich die Berufsschulorganisation dadurch aus, dass die Schulklassen für verschiedene Ausbildungsberufe nicht zusammengelegt werden können.⁴³⁰ Das heißt, die Klassenstärke sinkt, die Anzahl der Klassen und der dafür benötigten Fachlehrer/innen jedoch nicht. Damit steigen die Personalkosten, die das Land für die Durchführung des Unterrichtes aufbringen muss. Die Vorgabe einer Mindestfrequenz von 16 Auszubildenden pro Berufsschulklasse soll gewährleisten, dass sich die Ausgaben im Rahmen der dem MBS zur Verfügung stehenden Mittel bewegen.⁴³¹ Die Aufsicht und Koordination der Klassenbildung liegt in Verantwortung des Referates 34 des MBS, zuständig für die Fachaufsicht an den Schulen, und bei den nachgeordneten Behörden, den sechs Schulämtern in Brandenburg. Während der strategische Steuerungsansatz eher mit einem Vorgehen aus der Regionalplanung vergleichbar ist, erfolgt hier die Steuerung als eine kontinuierliche Fachplanung. In diese sind die Kommunen formal nicht eingebunden.

⁴³⁰ Für eine gemeinsame Beschulung thematisch verwandter Ausbildungsberufe gibt es Bestrebungen im Ministerium, Berufe zu identifizieren, die zeitweise gemeinsam unterrichtet werden können oder wo ein binnendifferenzierter Unterricht möglich ist. Dadurch können Klassen, die sonst wegen mangelnder Ausbildungszahlen stärker zentralisiert werden müssten, an einem OSZ erhalten werden. Teilweise findet dies bereits statt, zum Beispiel in Metall-, Elektro- und Bauberufen.

⁴³¹ Darüber hinaus gibt es Ausnahmeregelungen für Bundes- und Landesfachklassen für sehr seltene Berufe. Auch für die Berufsvorbereitung und „Benachteiligtenausbildung“ werden kleinere Klassen zugelassen, zum Beispiel bei dem/der Teilezurichter/in.

Mit den sinkenden Schülerzahlen nahmen in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre die Herausforderungen an die Berufsschulorganisation infolge geringerer Klassenfrequenzstärken zu. In der Uckermark, wie in anderen Landkreisen, galt es lange Zeit, die hohe Ausbildungsnachfrage durch die geburtenstarken Jahrgänge zu bewältigen. Über einen langen Zeitraum wurde mehrzünftig ausgebildet. Das heißt, es gab für die jeweiligen Berufe zwei, drei oder mehr parallele Klassen in einem Ausbildungsjahr. Etwa seit Mitte 2000 nahm die Klassenstärke ab. In einigen Berufen wurde/wird nunmehr nur noch einzünftig ausgebildet (vgl. für das OSZ Uckermark Tabelle 19).

Tabelle 19: Auszubildendenzahlen in ausgewählten Ausbildungsberufen am OSZ Uckermark (2002–2011)

	02/03	04/05	06/07	08/09	09/10	10/11
Restaurantfachmann/-frau	75	53	58	63	51	43
Florist/in	60	90	81	70	50	27
Fachkraft im Gastgewerbe	60	80	57	48	37	10
Hotelfachmann/-frau	52	35	40	43	37	32
Teilezurichter/in	48	55	44	35	42	31
Hauswirtschaftler/in	46	51	58	21	7	0
Elektroniker/in FR: Informations-/Telekommunikationstechnik	34	25	0	1	1	0
Kaufmann/-frau für Büro-kommunikation	33	52	67	52	51	41
Elektroniker/in FR: Betriebstechnik	12	13	2	3	2	3
Industriemechaniker/in	0	0	22	55	46	48
Kraftfahrzeugmechatroniker/in Sp: Nutzfahrzeugtechnik	0	13	32	11	14	14

Quelle: Berufsschulstatistik des MBSJ, Referat 34, eigene Darstellung.

Konzentrationsprozesse erfolgen nicht nur durch Standortschließung, sondern auch durch die Zentralisierung einzelner Ausbildungsgänge. Im Gegensatz zur langfristig angelegten Planung des Berufsschulnetzes, bilden hier demografische Entwicklungen einen von mehreren Steuerungsanlässen. Die Koordination der Klassenbildung ist ein ständig laufender, permanent erforderlicher Prozess. Hintergrund ist neben konjunkturellen Dynamiken oder Veränderungen in

den Berufsbildern⁴³² die strukturell verankerte Planungsunsicherheit im Ausbildungssystem. Das Ausbildungsverhalten der Betriebe kann auf der Ebene von Berufen und Regionen kaum punktgenau prognostiziert werden. Die demografische Entwicklung gibt zwar eine Hauptrichtung vor, ist aber für die konkrete Berufsschulorganisation keine verlässliche Planungsgröße.⁴³³ Das MBSJ, das Schulamt und die Oberstufenzentren wissen in der Regel erst kurz vor Schuljahresbeginn, ob die für die Eröffnung einer Klasse erforderliche Mindestanzahl an Auszubildenden zustande kommt. Durch eine etwas längerfristige Planung der berufsbildenden Fördermaßnahmen der Agentur für Arbeit beziehungsweise der Kommune wie auch durch die Kontakte zu Betrieben haben die Leiter/innen der OSZ eine leichte Orientierung. Sie reicht jedoch oft nicht über einen Zeitraum von mehr als ein oder zwei Jahren hinaus.

Welche Instrumente und Verfahren kommen im Kontext von Planungsunsicherheit und sinkenden Schülerzahlen zum Tragen? Grundsätzlich werden die Klassenbildung und damit auch eine mögliche räumliche Verlagerung von Ausbildungsberufen durch die Mindestfrequenz von 16 Auszubildenden pro Klasse gesteuert. Es handelt sich jedoch nicht um einen automatisch greifenden Mechanismus. Es sind gewisse Freiräume dazwischen geschaltet: Zum einen erfolgt bei einem Unterschreiten der Mindestfrequenz nicht eine sofortige Verlagerung des Ausbildungsberufes. Das OSZ kann beim Land einen Antrag auf Ausnahmeregelung stellen.

Und dann schauen wir, ja ist in Ordnung, woanders gibt es den Beruf nicht, oder wir können die Auszubildenden nicht woanders hinschieben. Das ist dann unsere Steuerungsfunktion. (MBSJ RF 34)

⁴³² Aktualisierungsbedarf entsteht zum Beispiel auch durch Einführung neuer Ausbildungsberufe oder neuer Ausbildungsordnungen.

⁴³³ Diese Schwierigkeit wird auch von den Verfassern der Planungsgutachten reflektiert, etwa dass es kaum hinreichend langfristige Prognosen gibt, um sich an der Entwicklung einzelner Berufsfelder oder gar Berufe orientieren zu können, oder dass nicht automatisch von einem positiven Zusammenhang zwischen Ausbildungsangebot und regionalökonomischer Entwicklung ausgegangen werden kann, weil zum Beispiel die Ausweitung industrieller Produktion nicht immer mit einer Expansion des Ausbildungsangebotes verbunden ist (FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN 2002: 15, 34 ff.).

Zum anderen können Schulen das ihnen zur Verfügung stehende Lehrpersonal selbständig auf die Klassengrößen einteilen. Das heißt, sie können in einem gewissen Rahmen entscheiden, ob sie eine unterfrequente Klasse in einem Beruf aufmachen wollen, die sie dann mit einer sehr stark besetzten Klasse in einem anderen Beruf auf der Ebene der Lehrerstunden ausgleichen müssen. Durch die steigende Anzahl unterfrequenter Klassen werden diese ohnehin nur begrenzten Spielräume allerdings geringer. Damit steigt für das Land die Notwendigkeit, Klassen zusammenzufassen. Das ist kein neuer, erst mit dem Schülerzahlenrückgang einsetzender Vorgang. Aber der Umfang und die Anzahl der betroffenen Berufe haben sich deutlich erhöht. Wird die Mindestfrequenz in einem Beruf drei Jahre hintereinander unterschritten, muss eine Verlagerungsentscheidung getroffen werden.

Bei der Verlagerung von Ausbildungsgängen gibt es räumlich und administrativ zwei Stufen der Konzentration. Die erste Stufe vollzieht sich innerhalb eines Schulamtsbezirkes. Es wird geprüft, ob der zu verlagernde Beruf an einem anderen OSZ im Bezirk beschult werden kann. Ist eine Verlagerung innerhalb des Bezirkes nicht (mehr) möglich, weil die anderen OSZ der Region den betreffenden Beruf gar nicht in ihrem Angebotspektrum haben, erfolgt als eine zweite Stufe eine schulamtsübergreifende Konzentration. Das erfordert neben den Abstimmungen mit den OSZ auch eine Einigung zwischen den Schulrät/innen der verschiedenen Bezirke.

Die Planung der Klassenbildung ist eine Aufgabe, die mindestens zu Beginn eines jeden Ausbildungsjahres erneut ansteht, wenn die Mindestzahlen unterschritten oder wenn neue Bildungsgänge an einem OSZ eingeführt werden. Mit dem Instrument der Landesschulbezirksverordnung (LSBV) erfolgt eine formale Regulierung und Kodifizierung der Zuständigkeiten. Sie weist den Oberstufenzentren die einzelnen Ausbildungsberufe und Einzugsgebiete zu. Die Verordnung wird auf Basis von Erfahrungswerten zurückliegender Jahre in einem Diskussions- und Abstimmungsprozess zwischen den sechs Schulräten/innen und dem Referat 34 in Abständen von mehreren Jahren regelmäßig aktualisiert. Bevor sie in den Landesausschuss für Berufsbildung zur Bestätigung geht, wird noch das Votum der Wirtschaftskammern eingeholt. Berufsschulplanung auf dieser kleinteiligen Ebene ist also zum einen ein relativ kurzfristiges Reagieren

auf mögliche jährliche Veränderungen. Die LSBV ist zum anderen ein Steuerungsinstrument, mit dem die Berufsschulorganisation einen mittelfristigen Planungshorizont erhält.

6.3 Grundorientierungen der Steuerung – Aushandlung und räumlicher Ausgleich

Die konkreten Beschulungsstandorte und das Profil der OSZ werden nicht hierarchisch durch das Land festgelegt. Dies – so die „Aufforderung“ vom Land – muss von den regionalen Akteuren vor Ort festgelegt beziehungsweise ausgehandelt werden. In beiden zuständigen Referaten ist ein Subsidiaritätsprinzip bei den Steuerungsorientierungen und -formen erkennbar. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass dem Ministerium nicht alle relevanten lokalen Gegebenheiten bekannt sein können.

Es kann ja auch mal sein, dass irgendeine Maßnahme geplant ist, von der wir nichts wissen. Und dann macht es natürlich keinen Sinn, im Vorfeld den Beruf abzuziehen, wenn er dann in der Ausbildung zum Tragen kommt. (MBS RF 34)

Vergleichbares ist bei der strategischen Standortplanung nach dem Gegenstromprinzip erkennbar. Verwiesen wurde auf die Region beziehungsweise die Kommune als Ebene der konkreten Aushandlung und Gestaltung. Denn es handelt sich bei den detaillierten Planungen um einen, sowohl bezüglich der Bildungsgänge als auch im Hinblick auf die Abstimmung mit weiteren Instanzen, sehr kleinteiligen Prozess.

Und so haben wir versucht, den Prozess anzulegen. Indem wir als Top-Down-Projekt dieses Gutachten haben machen lassen ... und die Aussage war dann, wenn ihr jetzt jede Fachklasse einfach entlang der Demographie bröseln lasst, dann ist die Konsequenz, dass wir in einem sehr großen regionalen Kontext zusammenfassen müssen. Denn kein Mensch macht dauerhaft Klassen mit fünf Azubis. Und dann hat dieser Gegenprozess von unten nach oben stattgefunden, insofern als aus jedem unserer OSZ die Leute sich jeweils mit ihren Nachbarkollegen hingesetzt haben. ... Diese Diskussion kann man natürlich dann nur die Protagonisten vor Ort führen lassen, der Schulrat und der Schulleiter auch

mit der Kreishandwerkerschaft und anderen Akteuren. Wir haben gesagt, wir wollen am Ende das Gesamtkunstwerk sehen und noch ein Mal gemeinsam besprechen, ob das eine überzeugende Variante ist. (MBS RL 25)

Durch einen solchen Steuerungsrahmen ist das Land mit dem Interesse der OSZ am Erhalt ihrer Bereiche und Zuständigkeiten konfrontiert. Bei der strategischen Berufsschulplanung verfolgte das MBS mit der qualitativen Profilierung einen Ansatz, das Konfliktpotenzial auf der kommunalen Ebene möglichst gering zu halten. Anstatt in Kategorien von Verlusten zu denken, sollte der Fokus auf der Frage nach den „Besonderheiten“ und dem künftigen Selbstverständnis des OSZ in einem regionalen Kontext liegen.

... dass die sich natürlich teilweise ängstlich beäugen nach dem Motto, werde ich denn übervorteilt. Wir haben versucht, die Diskussion von diesen kleinteiligen Verteilungsgeschichten wegzuholen und zu sagen, überlegt euch, wie ihr regional eine Arbeitsteilung haben wollt. Und macht das ohne, dass einzelne OSZ oder Landkreise über den Tisch gezogen werden. (MBS RL 25)

Hinzu kamen die Investitionsmittel des Landes in die materielle Ausstattung als Anreize für die interkommunalen Abstimmungsprozesse. Genutzt wurden insgesamt eine Reihe informeller Instrumente wie Beratung, Gutachten oder die Bindung von Investitionsmitteln an Abstimmungen, um auf kommunaler Ebene eine Veränderung der institutionalisierten Ausrichtung zu erreichen. Sie bezog sich auf eine Verschiebung der Raumbezüge der Akteure bei der Aufgabenerbringung hin zu einem regionalen Kontext.

Auf Ebene der einzelnen Ausbildungsberufe müssen sich die steuernden Akteure mit einer Zunahme unterfrequenter Berufsschulklassen und den „Eigeninteressen“ der Oberstufenzentren auseinandersetzen. Oftmals wollen die OSZ, dass ein Beruf zu ihrer Einrichtung hin konzentriert wird. Oder sie versuchen möglichst lange, den Berufsschulbetrieb mit unterfrequenten Klassen aufrechtzuerhalten. Das führte auch zu Versuchen, die Regelungen der LSBV informell zu unterlaufen.

Das [die LSBV] war noch nie die ‚Wünsch-dir-was-Liste‘ ... und natürlich wurde auch subtil gestänkert. Zum Beispiel hatten wir die Situation, da sind wir immer ziemlich böse geworden, dass am letzten Tag vor den Ferien ein

Lehrer seinen Schülern gesagt hat, ja und im Übrigen nach den großen Ferien müsst ihr da und da hin. Die Betriebe wurden nicht schriftlich informiert und so weiter. Kommunikationsprozesse haben im OSZ nicht funktioniert, nach dem Motto, wenn es jetzt kracht im Betrieb. ... Ich habe immer gesagt, ihr habt drei Mal unter 16 Auszubildende gehabt, jetzt ist Schluss. Und da merkt man durchaus, wie da gezockt wurde und wie plötzlich irgendwelche Widerstände in Prüfungsausschüssen organisiert wurden. (MBSJ ERL 34)

Mit dem Schülerzahlenrückgang nimmt die Intensität der Kämpfe um den Erhalt von Ausbildungsinfrastrukturen bei kleiner werdenden Spielräumen zu.

Weil der einzige Spielraum sind eigentlich die Stellenzuweisungen für die OSZ. Die werden zentral über die Schulämter vergeben. Und diese Zuweisung kommt von unserem Haus und das zählt die Köpfe. ... Unter dem Strich überlassen wir es eigentlich den Akteuren vor Ort zu sagen, könnt ihr diesen Beruf noch halten. Und wenn nicht, dann müssen wir schauen, wo können wir ihn neu ansiedeln. Es gibt natürlich auch Bereiche, da ist ein gewisser Spielraum, weil regional nur bestimmte Firmen angesiedelt sind und ich diesen Beruf im Land halten möchte. Das ist aber ein ganz geringer Spielraum, den ich als Schule habe. Und als Schulrat natürlich immer mit dem Blick von uns darauf. ... Logischerweise werden die Bandagen jetzt härter. (MBSJ RF 34)

Bei Konzentrationsentscheidungen über einzelne Berufsschulklassen ist der/die Schulrat/rätin des jeweiligen Schulamtsbezirkes die zentrale Instanz. Die Steuerung wird als ein diffiziler Prozess empfunden. Der Schulrat für den Bezirk Eberswalde (Barnim, Uckermark) bewegt sich bei seinen Entscheidungen in dem Spannungsfeld von regionalem Infrastrukturerhalt, den Interessen der Jugendlichen und der OSZ sowie dem vom MBSJ zugewiesenen Mittelrahmen.

Wenn es jetzt nur zwölf Industriekaufleute gibt, ich habe die Stellen gar nicht, um die Klasse einzurichten, weil das eine unterfrequente Klasse ist. Dann muss ein anderes OSZ die Industriekaufleute übernehmen. Und dann sagt die Schulleiterin, wie können sie das machen, wir möchten die gerne selbst beschulen. ... Da bin ich in einem starken Konflikt. Wir können nicht laufend Klassen mit elf Schülern eröffnen. Dann sehe ich die Jugendlichen über das Land fahren. Und dann sind auch die Regionen, die sagen, wenn du jetzt zulässt, dass die Berufe

in die anderen Kreise verlegt werden, dann sorgst du dafür, dass bei uns nichts mehr bleibt. Das ist nicht einfach. Und wenn ich jetzt lauter Klassen mit zwölf oder 13 Auszubildenden zulasse, dann krieg ich die rote Karte gezeigt, weil die anderen Schulen auch ihre Lehrerstellen haben wollen. So dass ich schon eine Verpflichtung habe, mich im Rahmen dieser Größenordnung zu bewegen. Das ist eben der Konflikt. (U-B S)

Entscheidungen innerhalb eines Schulamtsbezirkes sind leichter herbeizuführen als zwischen den Bezirken. Kann ein Beruf innerhalb eines Bezirkes konzentriert werden, geht es um eine Einigung mit den OSZ, welche Einrichtung diesen bekommt. Bei einer schulamtsübergreifenden Zentralisierung steigt die Zahl der Instanzen und möglichen konfligierenden Interessenlagen. Die Steuerung erfordert hier zusätzlich die Abstimmung mit dem oder den Schulrät/innen anderer Bezirke und den dort angesiedelten OSZ.

Jetzt habe ich aktuell zwölf Industriekaufleute im ersten Lehrjahr in [der Stadt X bei Frau Y]. Die Berufsschule bekommt Auszubildende aus dem Landkreis Barnim, aus der Uckermark und aus Teilen von Märkisch-Oderland. Und die Schulleiterin möchte, dass die Landesschulbezirksverordnung so geändert wird, dass alle Auszubildenden aus Märkisch-Oderland zu uns kommen. Das kann ich nicht einfach schreiben, sondern da muss ich den Schulrat zumindest fragen, wie siehst du das. Und er wird dann vielleicht zu mir sagen, nein umgedreht, wir wollen eure Auszubildenden noch dazu haben. Und da muss ich erstmal fragen, wie viel Auszubildende habt ihr im Bezirk und wie viele haben wir. (U-B S)

Das Ministerium sieht seine Funktion in der Organisation und Kontrolle solcher Abstimmungen mit Blick auf das zur Verfügung stehende Budget:

Jede Schule hat natürlich erstmal ihren hauseigenen Blick und von dem rücken sie nur im Extremfall ab. Also, ich habe eine Klasse mit zwölf Auszubildenden und das sieht doch gut aus. Und wir sagen, ja aber das drückt nicht nur im Schulamtsbereich sondern auch die Landesdurchschnittsquote derart, dass wir das natürlich wieder um die Ohren gehauen kriegen von unseren Haushältern. (MBS RF 34)

Wie der Schulrat mit den Erhaltungsinteressen der OSZ konfrontiert ist, muss das Ministerium gegebenenfalls zwischen den Interessen der Schulrät/innen vermitteln und Entscheidungen herbeiführen.

Logisch, als Schulrat will ich natürlich meine Region stärken und bestimmte Sachen nicht wegbrechen lassen. Und wir haben die Landessicht und sagen, es macht aber nicht wirklich Sinn, wenn wir zwei konkurrierende Schulamtsbereiche haben. Der eine hat zwölf Auszubildende und der andere auch. Zusammen hätten ihr eine Klasse. ... Das sind dann die Runden, in denen es mehr oder weniger ans Eingemachte geht. Also, wo alle sich auf Augenhöhe gegenüberstehen und sagen, was machen wir jetzt damit. (MBJS RF 34)

Das Land könnte diese Entscheidungen zwar hierarchisch durchsetzen. Damit würde jedoch auf Dauer das Subsidiaritätsprinzip in der Steuerung „beschädigt“. Als zentrale Voraussetzung für gelingende Entscheidungen gilt ein Abrücken von den jeweiligen Eigeninteressen. Es basiert auf einem Ausgleich. So erfordert aus Sicht des Landes der Steuerungsrahmen als Handlungsregel ein „Gebot des Gebens und Nehmens“:

Wo wir gesagt haben, wir sollten versuchen, es relativ gleichmäßig hinzukriegen. Das wird nicht hundertprozentig funktionieren. Nur Geben funktioniert nicht, weil irgendwann kann ich dann selber meine Schule abschließen. Aber nur Nehmen, da spielen die Anderen dann auch nicht mit. Nach Möglichkeit sollte ein gesunder Austausch vonstattengehen. (MBJS RF 34)

Auch der Schulrat nimmt bei der Beschreibung seiner Handlungsorientierungen auf solche informellen Institutionen Bezug. Im Aushandlungsprozess mit seinen Kolleg/innen, den anderen Schulrät/innen, ist das Gebot der Kollegialität und Fairness wichtig. Für die Sicherstellung einer künftigen guten Zusammenarbeit und der erfolgreichen Vertretung seines Zuständigkeitsbereiches wäre es dysfunktional, ohne Abstimmung ausschließlich auf den Erhalt oder Zugewinn von Infrastrukturen zugunsten seines Bezirkes zu orientieren.

Ich muss über drei Berufe mit meinen Kollegen sprechen, weil die Schule gerne möchte, dass diese Berufe komplett unserem Kreis zugeschlagen werden. Aber

ich möchte nicht so einen Antrag an das Ministerium stellen, ohne mit den Schulratskollegen vorher gesprochen zu haben, weil das unfair ist. Das könnten die genauso machen. (U-B S)

Sowohl bei dem Schulrat als auch bei den Ministeriumsmitarbeitern fällt insgesamt auf, dass die „Eigeninteressen“ der OSZ, der Schulräte und des Ministeriums jeweils als legitim und nicht als „egoistische“ Selbsterhaltungsinteressen angesehen werden. In dieser Perspektivenübernahme liegt offenbar auch ein Grund für eine weitestgehend gelingende Entscheidungen herbeiführende Kommunikation und Abstimmung. Eine berufsbiographische Grundlage dieser Perspektivenübernahme ist, dass viele Entscheider/innen beruflich bereits in verschiedenen Positionen, die Leitung oder Steuerung von Berufsschulen betreffend, tätig waren. Sie kennen daher die jeweiligen Anforderungen und Probleme aus der „Innenansicht“ und antizipieren die Perspektive „des Anderen“. Ein institutionelles Kennzeichen der Organisationen der Berufsschulplanung ist daher nicht nur die starke formale Institutionalisierung, sondern die Prägung der Handlungsorientierung durch ein bereichsübergreifendes Professionsverständnis.

Aus Sicht des MBSJ wird in der Regel ein konsensuales Ergebnis erzielt.

Nur in absoluten Ausnahmen, weil es bestimmte Hintergründe gibt, dass wir dann für uns schon festlegen, wie sich die Schulräte das untereinander aufzuteilen haben. Es passiert eigentlich immer im Einvernehmen. (MBSJ RF 34)

Mit Blick auf die herausgearbeiteten informellen Institutionen wie Ausgleich, Kollegialität und Verhandlungsprinzip darf jedoch nicht die materielle Seite der Entscheidungsprozesse negiert werden. Die Akteure verdeutlichten, dass ihr Handlungsrahmen von den zur Verfügung stehenden Personalressourcen klar eingegrenzt ist. Bei einer starken Überschreitung des Mittelrahmens erfolgt daher ein „hierarchisches Eingreifen“. Das war in den Beschreibungen des MBSJ jedoch weniger bei den Abstimmungsrunden zwischen den Schulräten der Fall als bei Versuchen, die Festlegung der Landesschulbezirksverordnung zu unterlaufen – wenn es auf kommunaler Ebene quasi „zu bunt getrieben“ wird.

Also, wenn jetzt festgestellt wird, dass fünf Auszubildende falsch sitzen [an einem falschen OSZ], so viele Personen [der Schulleiter, der Abteilungsleiter und der Klassenlehrer] können gar nicht geschlafen haben. Und dann im Nach-

gang einen Antrag zu stellen und zu sagen, oh ich habe hier plötzlich fünf Azubis und ich möchte sie gerne ausbilden, ist ein bisschen durch die kalte Küche. Und da haben wir auch gesagt, so geht es nicht. Wenn es eine Landesschulbezirksverordnung gibt, dann haben sich auch alle daran zu halten. (MBS RF 34)

Welche konkreten Kriterien kommen nun bei Konzentrationsentscheidungen, insbesondere in uneindeutigen Situationen, zum Tragen? Bei der Steuerung auf Ebene der Klassenbildung wird vom MBS eine möglichst ausgewogene Verteilung der „Verluste“ als ein zentrales Kriterium ausgegeben. Hierbei gilt es, auch die äußeren Räume Brandenburgs entsprechend zu berücksichtigen, um Infrastrukturen in der Fläche zu halten. Das erfordert sogar ein gewisses Gegensteuern zu Zentralisierungsdynamiken hin zum berlinnahen Raum.

Es ist günstiger, einen Nord-Süd Schnitt hinzukriegen oder Ost-West, so dass man nicht alles in der Mitte um Berlin konzentriert. So kann man sagen, ich kann in Neuruppin ausbilden, und ich kann in Cottbus ausbilden. Und wenn ich als Landeskinder in der Mitte liege, hab ich mehr oder weniger die Möglichkeit nach oben oder nach unten zu fahren oder nach Berlin, wo auch viele abdriften. ... Um auch in der Region bestimmte Berufsgruppen halten zu können. Denn wie es so schön heißt, den Fuß aus der Tür kann bedeuten, ich kriege ihn nie wieder in die Tür. Und man muss natürlich aufpassen, dass bestimmte Landkreise nicht so ausbluten, dass ich zum Schluss bloß noch eine Konzentration um den Berliner Raum habe. (MBS RF 34)

Das Kriterium der bestmöglichen Erreichbarkeit der Berufsschulen aus der gesamtbrandenburgischen Perspektive kommt hier zentral zum Tragen. Bei der überregionalen Konzentration von Bauberufen beispielsweise ist dieser Verteilungsansatz deutlich erkennbar. Die Mehrzahl der Tiefbauberufe wurde im Havelland angesiedelt. Der Schwerpunkt bei den Ausbauberufen liegt in den Landkreisen Barnim, Ostprignitz, Oberhavel, Teltow-Fläming und Elbe-Elster.

Zwei weitere zentrale Kriterien bei anstehenden Standortverlagerungen sind das Vorhandensein eines Wohnheims aufgrund sich vergrößernder Anfahrtswege und die Altersstruktur des Lehrpersonals in dem jeweiligen Fachbereich. So ist abzuwägen, ob bei zwei vorhandenen Fachlehrern, die kurz vor dem Eintritt in die Rente stehen, der Beruf tatsächlich an dieses OSZ verlagert werden

sollte. Denn hier ist angesichts der angespannten Lehrersituation künftig mit Personalproblemen zu rechnen.⁴³⁴ Im konkreten Umgang mit sinkenden Schülerzahlen stehen auf der Ebene der Ausbildungsberufe nicht immer eindeutige Entscheidungskriterien zur Verfügung. Pendeln die Zahlen an zwei OSZ im Norden Brandenburgs an der unteren Grenze und weisen beide ein Wohnheim und vergleichbares Lehrpersonal auf, kann sich weniger an solchen Kriterien orientiert werden. In diesem Fall ist eine konsensuale Entscheidung stärker darauf angewiesen, dass ein Schulamt beziehungsweise ein OSZ „einlenkt“.

6.4 Das Schulberufssystem und freie Träger in der beruflichen Erstausbildung – Im Schatten der Berufsschulplanung?

Das Duale System, Gegenstand des vorhergehenden Kapitels, ist der größte Qualifizierungssektor. In den letzten Jahrzehnten hat sich allerdings der Anteil an schulischen Ausbildungsgängen deutlich erhöht. Ebenso stieg die Zahl der in diesem Sektor agierenden beruflichen Schulen in freier Trägerschaft (vgl. Kapitel 5.4). Im Gegensatz zur dualen Ausbildung, die auf der betrieblichen Nachfrage basiert, handelt es sich bei dem Schulberufssystem weitestgehend um angebotsorientierte Ausbildungsformen. Auch sie sind an den Arbeitsmarkt gekoppelt. Allerdings ist diese Kopplung, der Zusammenhang zwischen Bildungsangebot und Nachfrage des Arbeitsmarktes, loser. Denn die Ausbildung basiert nicht auf einem betrieblichen Ausbildungsvertrag.⁴³⁵ Daraus resultiert auch ein weiterer, formal entscheidender Unterschied. Schulische Ausbildungsgänge sind Angebote, zu deren Bereitstellung der Staat und die Kommune nicht verpflichtet sind. Ob und in welcher Höhe hierfür Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, ist unter anderem eine Frage, ob eine Kommune sich dies leisten kann oder will. Im Vergleich zur Ausbildung im Dualen System ist diese Form deutlich teurer, da

⁴³⁴ Früher wurde sich zudem an der sächlichen Ausstattung orientiert. Das Kriterium spielt heute kaum noch eine Rolle, da alle OSZ einen mehr oder weniger gleichen Ausstattungsstandard aufweisen.

⁴³⁵ Ausgenommen davon sind viele Gesundheitsberufe. Sie werden ebenfalls dem Schulberufssystem zugerechnet. Viele der Berufe ähneln sehr stark der Ausbildung im Dualen System, wie die Ausbildung zum/zur Krankenpfleger/in an Kliniken.

kein Betrieb an den Kosten beteiligt ist und an der Berufsschule Vollzeitplätze bereitgestellt werden müssen.

Berufsbildungspolitisch gibt es unterschiedliche Positionen zum Stellenwert des Schulberufssystems und seinen künftigen Entwicklungstendenzen. Im demografischen Bildungsdiskurs wird von einem Schrumpfen ausgegangen, da anteilig wieder mehr Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung einmünden können. Teile des Berufsbildungsdiskurses wiederum verweisen auf die vollzeitschulische Ausbildung als integralen Bestandteil im Kontext von ökonomischen und betrieblichen Strukturwandlungsprozessen. Ebenso relevant ist auch deren Bedeutung für die Bereitstellung von beruflicher Qualifizierung für junge Frauen sowie als Instrument zum Ausgleich von Schwächen des betrieblichen Ausbildungsmarktes (vgl. Kapitel 2.1.1.2).

Für die Berufsschulplanung spielen diese Diskussionen eine untergeordnete Rolle. Auf die Entwicklung der vollzeitschulischen Ausbildung wird in der Regel nur sehr allgemein eingegangen, wenn es um die Berechnung von künftig erforderlichen Kapazitäten an den Schulen geht. Die Planungen legen einen gleichbleibenden oder leichten Anstieg der Ausbildungsform zugrunde. Die freien Träger als Bestandteil der Berufsbildungslandschaft werden überhaupt nicht thematisiert.

Der Steuerungsrahmen des Landes für das Schulberufssystem und die freien Träger ist weniger eindeutig und heterogener als für die Infrastrukturen des Dualen Systems. Das Schulberufssystem ist insofern Bestandteil der strategisch ausgerichteten Planung, als dass die Profilierungskonzepte der Landkreise auch OSZ-Abteilungen oder Standorte für diese Berufe einschließen (können). Es ist jedoch kein gesonderter Gegenstand dieser Form der Berufsschulplanung. Während es für alle Ausbildungsberufe im Dualen System mit der Landesschulbezirksverordnung ein zentrales Regulierungsinstrument gibt, unterscheiden sich die Steuerungsinstrumente im Schulberufssystem teilweise nach den einzelnen Ausbildungsgängen. Das hängt sowohl mit gesetzlichen Grundlagen als auch mit berufsbildungspolitischen Orientierungen zusammen. Der Hauptfokus liegt auf einer Reduzierung der Ausbildung in diesem Sektor.

Das so gut wie ausgelaufene Kooperative Modell, ein „Lückenschlussprogramm“, wurde zentralistisch in Kombination mit Regionalisierungsinstrumenten gesteuert. Das Land legte die Anzahl der vom Land und Bund finanzierten Ausbildungsplätze fest und verteilte sie auf die einzelnen Regionen. Diese konnten in einem gewissen Rahmen gestalten, welche Berufe ausgebildet werden sollten.⁴³⁶

Die Assistentenausbildung nach Landesrecht sowie die Ausbildung an Fachschulen haben keinen solch zentralen Steuerungsrahmen. Sie basieren auf einem ausgeprägten Regionalisierungsprinzip mit einem geringen Formalisierungsgrad. Nach dem Land sind hier die lokalen Bildungsinstitutionen die zentrale Gestaltungsebene. Sie haben die Kenntnisse und die Aufgabe, auf den jeweiligen Bedarf der Jugendlichen und des Arbeitsmarktes mit Ausbildungsangeboten zu reagieren.

Das überlassen wir den OSZ, ganz klar. Wir sagen, schaut in eure Regionen rein. Ihr müsstet eigentlich ein Gefühl dafür haben, gibt es Schwächen im Dualen System. Es kann ja zum Beispiel sein, wenn die Handwerksbetriebe sagen, eigentlich hätten wir ganz gerne ein paar Fachkräfte, die ein Stückchen mehr können, als das, was wir ihnen vermitteln, nämlich die wirklich komplizierten CNC-Maschinen einrichten und fräsen. Dann kann man natürlich überlegen, ob man einen Assistenten für Automatisierungstechnik vielleicht in Verbindung mit einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte anbietet. ... Also, das sind die Felder. Wenn das Mengenproblem bei der Berufsfachschule erledigt ist, dann stellt sich da die Frage nach innovativen Nischen für freie und öffentliche Schulen gleichermaßen. (MBJS RL 25)

Diese Nischen werden insbesondere in den technisch ausgerichteten Assistentenausbildungsgängen gesehen.

Und bei der Automatisierungs- und CNC-Technik, da gibt es viele Kleinbetriebe, wo genau solche Jugendlichen eine Chance haben und das sind dann Betriebe, die nicht ausbilden, weil die irgendwo auf einer Ebene liegen, dass das nicht

⁴³⁶ WILMA et al. 2003: 12 ff.

geht. ... Das sind solche Geschichten, wo es durchaus Marktnischen für einen Assistenten gibt. Aber den Touristikassistent halte ich heutzutage für überholt angesichts der Berufe, die wir haben. (MBSJ ERL 34)

Die Einführung neuer schulischer Ausbildungsgänge erfolgt in der Regel „bottom up“ auf Initiative und Antrag von Oberstufenzentren oder freien Trägern. Sie kann aber auch auf einen Impuls des Landes in Form einer Ausschreibung zurückgehen. Das war vor allem bei den technischen Assistentenberufen der Fall. Die Anträge werden vom Ministerium geprüft und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen genehmigt.

Einige Assistentenausbildungsgänge wurden damals von vornherein eingeführt. Andere kamen dann aus den OSZ als Anträge mit der Begründung, dass es einen Bedarf in der Region gäbe. Und das wird dann ziemlich genau geprüft, was sagt die Arbeitsagentur, die Kammer und wie steht der Schulträger dazu, wegen der Ausstattung. Weil die OSZ können das nur machen, wenn nicht ein zusätzlicher Bedarf ausgelöst wird. (MBSJ RFL 34)

Den OSZ sind bei der Betreuung von Assistentenausbildungsgängen enge Grenzen gesteckt. Diese müssen weitestgehend mit den vorhandenen Kapazitäten abgedeckt werden.

Auf Landesebene wird die schulische Ausbildung durch die Festlegung, welche Berufe ausgebildet werden dürfen, reguliert. In der Assistentenausbildung zum Beispiel, können staatliche und private Berufsschulen nur solche Berufe ausbilden, die in der entsprechenden Landesverordnung festgehalten sind.⁴³⁷

⁴³⁷ Die Verordnung über den Bildungsgang der Berufsfachschule zur Erlangung eines Berufsabschlusses nach Landesrecht vom 19. Juni 1997 (GVBl. II S. 586), zuletzt geändert am 4. April 2002 (GVBl. II S. 334), führt folgende Assistentenausbildungen an: Assistent/in für Automatisierungs- und Computertechnik, für Tourismus, biologisch-technische/r, chemisch-technische/r, denkmaltechnische/r, gestaltungstechnische/r, kaufmännische/r Assistent/in in der FR Bürowirtschaft/Fremdsprachen/Informationsverarbeitung, landwirtschaftlich-technische/r, lebensmittel-technische/r Assistent/in, Sozialpflege-, Sport- und umweltschutztechnische/r Assistent/in. Sollen weitere Berufe angeboten werden, die nicht in den Rahmenvereinbarungen der KMK enthalten sind, muss ein Antrag an den Unterausschuss für berufliche Bildung bei der KMK gestellt werden.

Wichtigste Voraussetzung für die Genehmigung durch das Land ist das Vorliegen von Rahmenlehrplänen und die sinnvolle Ergänzung zu Berufen des Dualen Systems. Privatschulen müssen die ersten drei Jahre ohne öffentliche Finanzierung auskommen (LANDTAG BRANDENBURG 2004).

Freie Träger erhalten nach drei Jahren vom Land Zuschüsse, die 94% der Personalkosten abdecken. Das Angebotsspektrum im Schulberufssystem ist geringer als in anderen Bundesländern, weil das Land Brandenburg bei der Ausbildungsplatzförderung nach 1989 stärker als andere Bundesländer auf die Ausbildung nach BBiG und HwO, Ausbildungsgänge mit einem Kammerabschluss, orientierte. Damit wird ein eher restriktives Vorgehen begründet, insbesondere bei der Einführung neuer Assistentenberufe nach Landesrecht. Sie sollten vor allem Lücken im Dualen System schließen, etwa Assistentenberufe im IT-Bereich, sich aber nicht zu einem integralen Bestandteil des Qualifizierungssektors entwickeln.⁴³⁸

Im Kontext des Schülerzahlenrückgangs lässt das Land Brandenburg das Kooperative Modell auslaufen. In den beiden anderen Segmenten wird auf eine stärkere Ausrichtung der schulischen Ausbildung auf den Arbeitsmarkt gesetzt. Vermieden werden sollen Doppelausbildungen, etwa die Hintereinanderschaltung von Assistentenausbildung und dualer Ausbildung. Ausgegangen wird von einem Herunterfahren oder Einstellen von Angeboten, für die es seitens der Jugendlichen kaum noch eine Nachfrage gibt – sowohl bei den OSZ als auch bei den freien Trägern. Sehr deutlich formuliert wird dies für die Assistentenberufe.

Alles was bei den freien Trägern Lückenschluss war, wird nun wie bei den OSZ zusammenbrechen, diese unzähligen Mengen an Tourismusassistenten, Assistenten für Bürokommunikation und so weiter. Die gehen demnächst natürlich alle in eine duale Ausbildung rein, weil es da genügend Angebote gibt.
(MBS RL 25)

Bei der stärkeren Anpassung der Assistentenausbildung an den Arbeitsmarktbefehl könnten die OSZ durchaus noch innovativer in der Entwicklung von Angeboten sein, die Nischen oder Lücken im Dualen System bedienen. Im Moment findet vor allem eine starke Anpassung im neuen Dienstleistungssektor und im Sozialbereich statt. Wie sich die Ausbildungsgänge künftig entwickeln werden, hängt aus dieser Perspektive auch davon ab, ob die OSZ neue interessante Berufe auflegen.

⁴³⁸ LANDTAG BRANDENBURG 2005.

Als eine mögliche künftige Option wird für Teilsegmente eine stärkere zentrale Impulsgebung durch Landesausschreibungen benannt. Gesetzt wird auf jene OSZ, die das wollen und entsprechend findig sind.

Wir haben das mal gemacht vor etlichen Jahren, als dieser ganze Bereich IT-Mediendesign hochkam, aber gleichzeitig klar war, dass die Firmen aus diesem Bereich mit zwei, drei Leuten quasi Garagengründungen waren. Das waren alles keine Firmen, die ausgebildet haben. Und ich kann mir übrigens vorstellen, dass es auch ein paar andere Felder gibt. ... Dass man dann mehr oder weniger ausschreibt, wer hat denn die Qualifikation und Motivation in den Bereich IT, Medien oder ähnliches hineinzugehen. Und was wir im Moment erleben, ist noch nicht so super innovativ. Es ist ein bisschen eine Anpassung an diesen immer wieder thematisierten Fachkräftebedarf im Bereich sozialer Berufe und hier und da an das Thema Tourismuswirtschaft. Aber ich glaube, da ist noch ein ganzes Eck mehr an Potenzial drin. Aber das überlassen wir im Moment erstmal den OSZ. Ich kann mir allerdings theoretisch vorstellen, wenn da deutliche Signale kommen, dass man das eine oder andere auch mal landesweit ausschreiben würde. (MBS RL 25)

Der enorme Anstieg der Schüler/innen in Sozialberufen, das einzige expandierende Segment im Schulberufssystem, ist nach der Landesregierung eine Reaktion auf den zunehmenden Fachkräftebedarf in Kitas und auf die hohe Nachfrage durch die Jugendlichen. Er wird als eine branchenspezifische Sonderentwicklung gesehen.

Da ist erkennbar, genau wie im Lehrerbereich, dass es eine sehr hohe Nachfrage nach Fachkräften geben wird, stärker als woanders. Und das weiss man sowohl im öffentlichen Bereich wie auch im Bereich der freien Träger. Diese haben schon seit einigen Jahren ihre Kapazitäten richtig hochgefahren. (MBS RL 25)

Begrenzte Steuerung im Schulberufssystem

Das Schulberufssystem kann aufgrund des Mangels entsprechender formaler Instrumente nur begrenzt von der Landesregierung gesteuert werden. Das hängt mit den gesetzlichen Regulierungen für Schulen in freier Trägerschaft zusammen. Wenn eine antragstellende Privatschule die Rahmenbedingungen

für einen schulischen Ausbildungsgang (Räume, Lehrkräfte, Curriculum, Ausstattung etc.) erfüllt, kann das Land die Genehmigung nicht versagen. Wer welche schulischen Berufe in einem bestimmten Umfang anbietet, ist daher vor allem an diesem Schultypus nur eingeschränkt regulierbar.⁴³⁹

Auf Landesebene waren dazu konträre Ansichten beobachtbar: Verfechter einer stärkeren staatlichen Steuerung auf der einen und eher an einem Marktmodell ausgerichtete Positionen zum anderen. Die Verfechter des staatlichen Eingreifens sehen vor allem die Entwicklung in der Assistentenausbildung kritisch. Sie ist eine Haushaltsbelastung, denn das Land muss den anerkannten Ersatzschulen nach drei Jahren 94 % der Lehrpersonalkosten erstatten. Teilweise wird bezweifelt, ob sich die freien Träger tatsächlich an der Arbeitskräftenachfrage ausrichten. Oder ob sie nicht vielmehr durch eine entsprechende Vermarktung bei den Jugendlichen die Nachfrage schaffen und damit eher einer „Logik des Selbsterhalts“ folgen.

Die kosten uns viel Geld, das geht letztlich aus dem Stellenhaushalt. Das sind Stellen, die mir im OSZ-Bereich fehlen. ... Das heißt also, die werben und stellen ein mit allen möglichen Versprechungen, was man hinterher Tolles kann, aber orientieren sich nicht wirklich am Arbeitsmarkt. Da ist genau die Problemlage drin, da gibt es keine Steuerung mehr. Im OSZ-Bereich kann ich das noch steuern, indem ich sage, es sind erstmal die Berufsschulpflichtigen zu versorgen und dann kommt der Bereich FOS 12. Und damit ergibt sich automatisch, dass ich im Assistentenbereich ein schmaleres Segment habe. Und das will ich mir eigentlich nicht kaputt machen dadurch, dass ich sage, wir lassen das ungehindert im Privatschulbereich zu. (MBS ERL 34)

Die andere Position betont stärker das Wettbewerbsmoment und Innovationspotenzial:

Wie stark das Einbrechen der Assistentenausbildung sein wird, hängt glaube ich davon ab, ob es den freien Trägern gelingt, in einzelnen Fällen originelle, neue Assistentenberufe zu kreieren. Also im Bereich Sportassistent passieren im Moment ein paar ganz spannende Entwicklungen, Verzahnung auch von

⁴³⁹ Vgl. auch die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2575 des Abgeordneten Heinz Dobberstein, Fraktion der PDS (LANDTAG BRANDENBURG 2004).

Sporttourismus, Wellness, Animation und ähnliches. ... Und da muss man sehen, dass junge Leute sich dafür begeistern können und auch bereit sind, ein bisschen was dafür zu bezahlen. Das Gleiche machen im Übrigen die OSZ auch. ... Auf jeden Fall ist unsere These, dass die Marktnische demografisch bedingt deutlich kleiner wird für die freien Träger. Und da muss man schauen, wie die Träger darauf reagieren. (MBS RL 25)

Bei den sozialen Berufen kommt als Argument hinzu, dass freie Träger, die zugleich Kindertagesstätten betreiben, entsprechend dem Arbeitsmarktbedarf ihren eigenen Nachwuchs ausbilden. Mit Verweis auf den Wettbewerbsmechanismus wird eine zentrale Steuerung des Angebotes nicht als sinnvoll angesehen.

Auch bei den OSZ ist die Situation natürlich so, dass auf die Nachfrage entweder aus dem Arbeitsmarkt oder der jungen Leute reagiert wird. Also, wenn sich aktuell Felder auftun, wie die Diskussion um den Fachkräftenachwuchs in den sozialen Berufen, dann fahren unter Umständen natürlich auch die OSZ wie die freien Träger ihr Angebot an Plätzen hoch, wenn die jungen Leute das wollen. Und im Gegenzug stürzt irgendetwas ab, also eine andere Interessenlage. Und dieses insgesamt zentral zu steuern, wäre völlig falsch. (MBS RL 25)

Die Entwicklungen seit Ende der 2000er Jahre scheinen überwiegend auf dem Marktmodell zu basieren.⁴⁴⁰ Der Verfechter eines stärkeren Eingreifens verwies zum Zeitpunkt des Interviews auf das Vorhaben, durch eine Novellierung der Verordnung bestimmte Assistentenberufe in Brandenburg abzuschaffen. Diese können dann weder staatlich noch privat ausgebildet werden. In einer Parlamentssitzung im Jahr 2010 wurde mit Verweis auf die sinkende Nachfrage eine solche Neuordnung zum Schuljahr 2011/2012 angekündigt. Entschieden werden sollte, welche Ausbildungen überhaupt noch benötigt werden, insbesondere jene, die in Konkurrenz zum Dualen System stehen. Über den Erlass der Verordnung ist (bisher) nichts bekannt.⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Vgl. auch LANDTAG BRANDENBURG 2010: 723.

⁴⁴¹ Auch andere Länder arbeiten an einer Überarbeitung der Assistentenausbildung, zum Beispiel Hessen (vgl. www.starweb.hessen.de/cache/DRS/18/2/05202.pdf).

6.5 Resümee

Die Regulierung der berufsschulischen Infrastruktur in Brandenburg erfolgt mittels drei unterschiedlicher Steuerungsformen:

- einer stark an regionalplanerische Ansätze erinnernden Steuerung der Standortnetze der Oberstufenzentren mit relativ hohem, regionalem Entscheidungsspielraum (strategisch ausgerichtete Infrastrukturplanung) – informelle Instrumente und Institutionen haben hier ein recht starkes Gewicht;
- der kleinteiligen Steuerung der Infrastrukturen im Dualen System durch die Fachplanung der Landesschulverwaltung, sie ist stärker zentralistisch ausgerichtet, beinhaltet jedoch ebenfalls regionale Spielräume, in denen informelle Handlungsregeln zum Tragen kommen;
- einem marktförmigen Regulierungsmodell für den überwiegenden Teil des Schulberufssystems, das je nach dem als ein funktionierendes Regulierungsprinzip oder als ein Steuerungsdilemma angesehen wird.

Das Land Brandenburg verfolgt keine streng hierarchisch ausgerichtete Steuerung. Sie weist Ähnlichkeiten mit Ansätzen aus der Regionalplanung auf, die nach KNIELING (2003) zunehmend durch „Kooperation im Schatten der Hierarchie“ gekennzeichnet ist.⁴⁴² Die ersten beiden aufgeführten Formen der Planung werden als Prozesse mit hohem Vermittlungs- und Dialogbedarf gesehen. Gleichwohl agieren hier die Akteure vor dem Hintergrund, dass bei der Entscheidungsfindung „Jeder Jemanden im Nacken zu sitzen hat“: die OSZ werden durch die Schulräte „kontrolliert“, diese durch das MBS beaufsichtigt und das MBS muss im Rahmen der Vorgaben der Haushaltsabteilung des Landes handeln. Durch Gestaltungsspielräume, das zumindest zeitweilige Unterlaufen der Vorgaben des MBS und zugelassene Ausnahmen ist die Struktur nicht so stark konzentriert, als es bei einer ausschließlichen Orientierung an den vorgegebenen Mindestzahlen der Fall wäre. Auch fungieren die Schulräte in gewissem Rahmen als „Kämpfer“ für den Infrastrukturerhalt in den jeweiligen Regionen. Mit der anvisierten Zentralisierung der Schulämter ist allerdings offen, wie

⁴⁴² KNIELING 2003: 470.

die oftmals sehr detaillierten Aspekte der Infrastruktursteuerung transportiert werden, beziehungsweise ob künftig stärker zentralistische Steuerungsformen dominieren werden.

Während mit der Bindung der Standortplanung an Landesinvestitionsmittel Anreize für die Kommunen zur Konzentration gesetzt wurden, ist das beschriebene Konfliktpotenzial bei der kleinteiligen Steuerung der Klassenbildung höher. An der Beschreibung des schwierigen Austarierungsprozesses zeigt sich, dass im konkreten Umgang mit sinkenden Auszubildendenzahlen nicht immer eindeutige Entscheidungskriterien zur Verfügung stehen. Angesichts der Anforderungen, die aus sektoralen Merkmalen und den Herausforderungen der Infrastrukturbetriebung in einem Flächenland resultieren, sind die Entscheidungskriterien nicht nur an Zentralitätsmustern bezüglich der regionalökonomischen und demografischen Entwicklung ausgerichtet.

Das Prinzip der dezentralen Konzentration als ein Kennzeichen der brandenburgischen Steuerungsphilosophie in der Raumplanung findet sich so auch in der berufsschulischen Infrastrukturplanung. Die gewählten Steuerungsformen induzieren keine scharfe Konkurrenz der Regionen. Erkennbar sind bei der notwendigen Verschränkung von Fach- und Raumplanung zwei Raumkonzepte: Das Land Brandenburg bildet auf der einen Seite einen Planungs- und Versorgungsraum, als einen Containerraum, insofern eine begrenzte Anzahl von Ressourcen möglichst gleichmäßig im Raum verteilt werden soll. Gebunden ist das Arbeiten mit diesem Raumkonzept an die Organisationslogik der staatlichen Berufsschulen. Zwar sind die Infrastrukturen des Dualen Systems an die betrieblichen Ausbildungsmärkte gekoppelt. Die Steuerung mit ihrer Planung von Personal- und Sachressourcen kann sich jedoch nicht vollständig an dem regionalspezifischen, dynamischen Geschehen auf den Ausbildungsmärkten ausrichten. Die Regionen müssen sich auf der anderen Seite als ein Interaktions- und Aushandlungsraum für die notwendige Abstimmung der kommunalen Berufsschulentwicklungsplanung konstituieren. Ermöglicht und zugleich „erzwungen“ wurde damit aus Landessicht eine Auseinandersetzung mit den zurückgehenden Schülerzahlen bei gleichzeitiger Kanalisierung und Begrenzung lokaler Eigeninteressen. Das Ministerium sieht sich dabei in der Funktion, die gesamtbrandenburgische Struktur „im Blick zu haben“. Obwohl die Landesakteure auf die Komplexi-

tät der Steuerung und vorhandenes Konfliktpotenzial durch die jeweiligen Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte verweisen, überwiegt die Darstellung eines weitestgehend gelungenen Prozesses.

Für das Schulberufssystem wird kein expliziter Anspruch an eine räumliche Steuerung formuliert. Dementsprechend spielt dieser Sektor in den für periphere Regionen formulierten Steuerungserfordernissen kaum eine Rolle. Die Orientierungen und Instrumente changieren zwischen Impulsgebungen durch das Land, Regionalisierung als Steuerungsform und -prinzip, einem Marktmechanismus und stärkerem staatlichen Eingreifen. Das Standortnetz der Angebote ist heterogener und entzieht sich teilweise der Einordnung in ein spezifisches räumliches Muster. Das Schulberufssystem und mit ihm die freien Träger liegen „im Schatten“ der Berufsschulplanung. Der Einschätzung von KLEIN (2007), nach dem die marginale politische Rolle der Privatschulen „nicht zuletzt Folge eines hierarchischen und zentralistisch-administrativen Steuerungsdenkens der deutschen Schulverwaltung“ mit einem „restriktiven Kurs gegenüber Schulen in freier Trägerschaft“⁴⁴³ ist, kann hier nur teilweise gefolgt werden. Deren geringerer Stellenwert hängt zum einen mit den eingeschränkten Steuerungsmöglichkeiten durch das Fehlen entsprechender gesetzlicher Grundlagen zusammen. Zum anderen spiegelt sich hier auch der diffuse Stellenwert des Schulberufssystems wieder, bei dem die demografische Entwicklung offenbar nur begrenzt als eine Leitorientierung fungiert. Er changiert zwischen der Kompensationsfunktion mangelnder betrieblicher Qualifikationsstrukturen, der Reaktion auf den Arbeitsmarktbedarf und dem Ruf als „Ausbildung zweiter Wahl“. Wie bei den Infrastrukturen des Dualen Systems ist für diesen Sektor eine dezentrale, regionalisierende Steuerungsphilosophie erkennbar. Die Errichtung schulischer Ausbildungsgänge ist vielfach der Initiative und den Möglichkeiten der staatlichen und privaten Bildungsinstitutionen überlassen. Welche institutionellen Orientierungen in diesem Freiraum zum Tragen kommen, ist Gegenstand von Kapitel 7.

Die Regionen bilden in dieser Steuerungsphilosophie Märkte, die sich durch die Nachfrage regulieren oder auch nicht. In der Konzeption eines funktionierenden Bildungsmarktes verschwinden Infrastrukturen des Schulberufssystems, für

⁴⁴³ KLEIN 2007: 10.

die es seitens der Jugendlichen keine Nachfrage mehr gibt. Der Verweis auf Dysfunktionen der Bildungsmärkte wiederum hebt auf die „Wirkmacht“ der Angebotsseite ab. Das sind in erster Linie die freien Träger. Darin deutet sich die Ambivalenz des Regionalisierungsprinzips bei der Etablierung von Bildungsangeboten an. Einerseits wird eine zentrale Steuerung nicht als sinnvoll angesehen und ist auch gesetzlich eingeschränkt. Andererseits besteht auf der regionalen Ebene durchaus ein bisher noch nicht hinreichend genutztes Innovationspotenzial bei der Entwicklung schulischer Ausbildungsgänge.

Auffällig ist, dass die Konkurrenz zwischen freien Trägern und Oberstufenzentren kein ausgeprägtes Thema angesichts einer sich ausdünnenden Bildungslandschaft ist.⁴⁴⁴ Bildungspolitisch ist die Entwicklung der freien Träger im Zuge von Kürzungen der Landeszuschüsse zwar durchaus ein „heißes“ Thema. Dieses wird allerdings nicht explizit als ein berufsbildungspolitischer Gegenstand behandelt.⁴⁴⁵

So gibt es keine größere öffentliche Diskussion um den Stellenwert freier Träger in der beruflichen Ausbildung. Mit der Konzeption des Schulberufssystems als sich durch Angebot und Nachfrage regulierend ist verbunden, dass es keine Aufforderung an die Regionen zu Abstimmungsprozessen zwischen freien und staatlichen Trägern gibt. Es liegt nahe, dies als Folge administrativer und politischer Zuständigkeiten zu sehen, da die freien Träger nur begrenzt Gegenstand einer Steuerung sein können. Auch gibt es mit einigen Ausnahmen keine staatliche Verpflichtung, diese Infrastrukturen vorzuhalten. Inwiefern kann im Schulberufssystem von einem Steuerungsdilemma im Kontext zurückgehender Schü-

⁴⁴⁴ Bei den allgemeinbildenden Schulen gibt es dazu eine öffentlich präsente und teilweise sehr aufgeladene Debatte.

⁴⁴⁵ Im Jahr 2011 gab es aufgrund eines Gesetzes, das Kürzungen der Landeszuschüsse für die freien Träger beschloss, eine starke, öffentliche Auseinandersetzung, sowohl parteipolitisch als auch durch Proteste der betroffenen Träger. Bei den Berufsfachschulen für Soziales sollen bis zu 28% der bisherigen Ausgaben eingespart werden. Das Gesetz, wie auch die Proteste, bezogen sich nicht explizit auf berufsbildungspolitische Fragen, sondern auf Aspekte der Vielfalt und Wahlfreiheit in der Bildungslandschaft und Haushaltsrestriktionen sowie auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen auf das Bildungssystem. Von Seiten der Landesregierung wurde darauf verwiesen, dass sich in Brandenburg nach einer aufholenden Etablierung freier Träger nach 1990 mittlerweile eine vielfältige und stabile private Trägerlandschaft in Brandenburg entwickelt hat. Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen, vor allem die demografische Entwicklung, jedoch verändert. Auf Seiten der Privatschulverbände ist die finanzielle Besser- beziehungsweise Gleichstellung ein Dauerthema.

lerzahlen gesprochen werden? Welche Institutionen und Regulierungsformen kommen in diesem Sektor zum Tragen? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist Gegenstand der folgenden Regionalstudie.

7 Im Feld III: Berufsschulplanung in der „Peripherie“

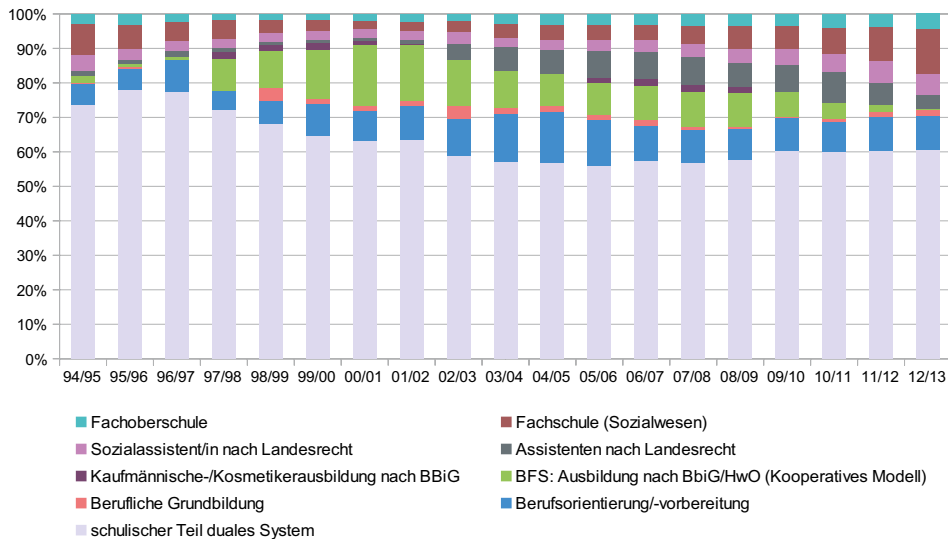
Die Entwicklung der uckermärkischen Berufsschullandschaft in den 2000er Jahren ist durch eine recht ausgeprägte regionale Polarisierung gekennzeichnet. Im Zuge des Konzentrationsgeschehens „verlor“ die Region eine Reihe von Ausbildungsgängen. Ende der 2010er Jahre ist das Oberstufenzentrum durch eine überregionale Bedeutung als Ausbildungsstandort für Chemie- und spezialisierte Industrierufe und in den anderen Berufen durch einen überwiegend lokalen Versorgungscharakter gekennzeichnet. Die Entwicklung kann jedoch nicht auf den Verlust von Infrastrukturen reduziert werden. Sie zeichnet sich insgesamt durch ein Nebeneinander von Schrumpfung, Konsolidierung, Wachstum und der Neuetafelierung von Bildungsangeboten aus. Neben strukturellen Faktoren spiel(t)en dafür auch spezifische Akteurstypen und -konstellationen eine Rolle. Diese fächert das Kapitel anhand einzelner Fälle in der betrieblichen Ausbildung, in der Berufsvorbereitung sowie im Schulberufssystem auf. Begonnen wird mit einer Darstellung der Entwicklung der Bildungsangebote und Schülerzahlen, gefolgt von der Beschreibung der regionalen Berufsschulplanung.

7.1 Der Ausbildungsmarkt im Landkreis Uckermark in den 2000er Jahren

Seit Anfang der 2000er Jahre sank die Zahl junger Menschen in den beruflichen Bildungseinrichtungen im Landkreis Uckermark stetig und brach im Jahr 2007 deutlich ein. Gemessen an dem Höchstwert im Jahr 1999 mit 4.000 Schüler/innen und Auszubildenden, hat sich mit 1.500 im Jahr 2013 die Zahl mehr als halbiert. Der Rückgang betraf fast alle Ausbildungssektoren. Die über lange Zeit prekäre Ausbildungsplatzsituation im Landkreis schlug sich am Oberstufenzentrum in einem hohen Anteil außerbetrieblich geförderter Ausbildung nieder. Der Anteil der Schüler/innen in dem Bund-Länder-Programm Kooperatives Modell an allen Jugendlichen lag am OSZ Uckermark zeitweilig bei bis zu 15 %. Mit dem

Auslaufen beziehungsweise der starken Reduzierung der Förderung spielte dieses Segment im Jahr 2013 kaum mehr eine Rolle (vgl. Abbildung 31).⁴⁴⁶ Dennoch wird entgegen der gängigen Annahme mit dem Schülerzahlenrückgang und den steigenden Ausbildungsplatzchancen die Berufsschule nicht deutlich stärker durch das Duale System geprägt.

Abbildung 31: Schüler/innen und Auszubildende an beruflichen Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft im Landkreis Uckermark nach Bildungsgängen (1994–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: *Statistische Berichte B II 3 – j 2006–2013*; LDSB: *Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2005*, eigene Darstellung.

Der Anteil Auszubildender im Dualen System an allen jungen Menschen ist leicht niedriger als im Nachbarlandkreis Barnim und in Brandenburg (vgl. Tabelle 20).

⁴⁴⁶ In Abbildung 34 sind diese als BFS nach BBiG/HwO – Kooperatives Modell ausgewiesen. Auch die BFS nach BBiG ist eine geförderte Ausbildung. Vor 2006 verbarg sich zudem hinter den Werten für das Duale System auch ein hoher Anteil an nicht rein betrieblicher Ausbildung. Wichtig für die Interpretation ist, dass sich seit 2006 der Anteil der rein betrieblichen Ausbildung im Dualen System erhöhte. Denn weitere Formen der außerbetrieblichen Förderung, die die Statistik formal dem Dualen System zuweist, wurden ebenfalls reduziert.

Tabelle 20: Prozentualer Anteil an Schüler/innen und Auszubildenden nach Bildungsgängen an den Oberstufenzentren in Brandenburg, Uckermark und Barnim (2006, 2013)

	Duales System			Übergangssystem			Schulberufssystem		
	UM	BAR	BB	UM	BAR	BB	UM.	BAR	BB
06	67	69	71	7	6	7	12	8	7
13	66	80	77	11	6,4	11	21	11	12

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistische Berichte B II 3 – j 2007–2013, ohne Schüler/innen an Fachoberschulen, eigene Darstellung.

Die sinkenden Auszubildendenzahlen waren mit einem Rückgang des Angebotsspektrums der beschulbaren Berufe im Dualen System verbunden. Deren Anzahl reduzierte sich am OSZ Uckermark seit 2006 um mehr als 20 auf 31 Berufe (vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: Auszubildende, Schüler/innen und Anzahl der Bildungsgänge am Oberstufenzentrum und an privaten Berufsschulen (anerkannten Ersatzschulen) im Landkreis Uckermark (2006, 2013)

	Schüler/innen / Auszubildende				Anzahl d. Bildungsgänge			
	OSZ		Privat		OSZ		Privat	
	06	13	06	13	06	13	06	13
Duales System ⁴⁴⁷	1.885	878	0	19	53	31	0	1–3 ⁴⁴⁸
Schulberufssystem	437	348	247	61	5	2	4	2
Übergangssystem	196	98	194	75	2	2	1	1
Insgesamt	2.834	1.327	441	155	71	38	5	4

Quelle: LSBV Land Brandenburg, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Recherchen und Darstellung.

Dass sich der prozentuale Anteil der im Dualen System lernenden Jugendlichen nicht erhöhte, liegt auch an einem unterdurchschnittlichen Rückgang der Schü-

⁴⁴⁷ Die Angaben zu den Ausbildungsberufen im Dualen System sind ohne Berufe für Menschen mit Behinderungen nach § 66 BBig/42mh HwO, die gesonderten Regulierungen unterliegen.

⁴⁴⁸ Zur Anzahl der Ausbildungsberufe im Dualen System bei den freien Trägern liegen keine statistischen Angaben vor. Aufgrund der geringen Anzahl an Auszubildenden wird davon ausgegangen, dass es sich um maximal drei Ausbildungsberufe handeln kann.

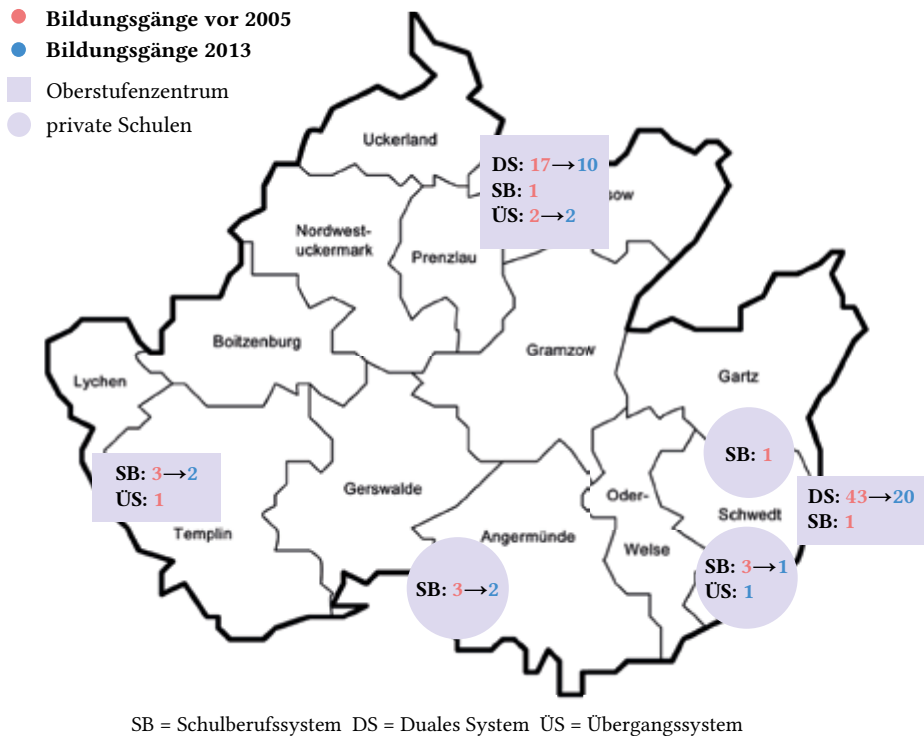
lerzahlen im Schulberufssystem (Fachschule Sozialwesen, Assistentenausbildung, vgl. Abbildung 31).

Dies war jedoch nicht mit einer Ausweitung des Angebotspektrums verbunden, da der starke Anstieg des Anteils der Schüler/innen ausschließlich in den Sozialberufen erfolgte. Von den fünf vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgängen gab es im Jahr 2013 am OSZ Uckermark nur noch zwei im Bereich der Sozialen Berufe. An der Fachschule für Sozialwesen⁴⁴⁹ erfolgt in der Fachrichtung Sozialpädagogik die Ausbildung zum/zur Erzieher/in. Nicht mehr angeboten wird der/die Heilerziehungspfleger/in sowie die zweijährige Ausbildung zum kaufmännischen und chemisch-technischen Assistenten.⁴⁵⁰ Bei den freien Trägern ging das Angebotspektrum von vier auf zwei Ausbildungsberufe zurück.

Ebenfalls rückläufig ist die Zahl junger Menschen in der Berufsvorbereitung. Am OSZ fand sie bis in die 2000er Jahre an den Standorten in Templin und in Prenzlau statt, im Jahr 2013 nur noch in Prenzlau und an einer anerkannten Ersatzschule in Schwedt (vgl. Karte 6).

⁴⁴⁹ Im Jahr 2013 absolvierten 98 % aller Schüler/innen an Fachschulen in Brandenburg eine Ausbildung in dieser Richtung, am stärksten vertreten ist der Beruf Erzieher/in. Dieser Anteil war auch in den Vorjahren mit 90 % sehr hoch. Die anderen zwei Fachrichtungen sind Technik und Wirtschaft.

⁴⁵⁰ Bei entsprechender Nachfrage ist die Eröffnung der Bildungsgänge Heilerziehungspflege wieder möglich.

Karte 6: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013⁴⁵¹

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Veränderungen sind teilweise in sehr unterschiedliche Steuerungsformen eingebettet, wie im Folgenden an den einzelnen Sektoren gezeigt wird.

7.2 Grundzüge der Berufsschulplanung im Landkreis Uckermark in den 2000er Jahren

Im Rahmen der vom MBSJ angestoßenen kommunalen Auseinandersetzung mit den künftig sinkenden Schülerzahlen in den 2000er Jahren war auch für die Uckermark die Bewilligung von weiteren Landesinvestitionsmitteln an eine entsprechende Planung gebunden. Die aus Sicht des Landkreises erforderlichen Anpassungen wurden in Abstimmung mit dem Nachbarlandkreis Barnim und

⁴⁵¹ Die Angaben in dieser und den folgenden Karten sind ohne die Fachstätten für die Ausbildung in Gesundheitsberufen, das Kooperative Modell, Bildungsgänge der Fachoberschule, das berufliche Gymnasium und Aufbaulehrgänge.

dem Schulamt Eberswalde erarbeitet. Den Schülerzahlenrückgang hatte die Kommunalverwaltung und -politik bereits vor 2000 bei den Modernisierungen der Räumlichkeiten des Oberstufenzentrums im Blick.

Wir haben uns damals über Monate, wenn nicht über Jahre hinweg hingezogen und gesagt, wie können wir dem Land eine Struktur vermitteln. Anlass waren die Investitionsmittel des Landes, dem wir vermitteln wollten, wir schauen zehn Jahre voraus. Und wenn wir investieren, weil das viel Geld gekostet hat, dann wollen wir uns so aufstellen, dass wir mit ruhigem Gewissen sagen können, in zehn Jahren haben wir diese Standorte noch. (U SV)

Die Diskussionen um die künftige Gestalt des Oberstufenzentrums mündeten als Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in den 2000er Jahren in folgende angedachte Veränderungen und durch das MBS genehmigte Kreistagsbeschlüsse:⁴⁵²

Standort-schließungen	<ul style="list-style-type: none"> • Schließung des Schwedter Berufsschulstandortes für Bau-/Holz-/Farbtechnik und Raumgestaltung und Verlegung in den Landkreis Barnim – 2007 beschlossen, 2008 umgesetzt • Schließung der Abteilung 4 Berufliches Gymnasium/Fachoberschule am Standort Schwedt/Oder, Verlagerung der Fachoberschule nach Prenzlau, organisatorische Angliederung des Beruflichen Gymnasiums an die Schwedter Gesamtschule „Talsand“⁴⁵³ – 2009 beschlossen und umgesetzt
Organisatorische Umstrukturierungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenlegung der Schwedter Abteilung Elektrotechnik/Chemie/Physik/Biologie und Metalltechnik zur neuen Abteilung Chemie-/Elektro-/Metalltechnik – 2007 beschlossen und umgesetzt • Zusammenführung der Prenzlauer Abteilungen Wirtschaft/ Verwaltung/Berufliches Gymnasium/Fachoberschule und Ernährung/Haus-/Agrarwirtschaft/Floristik zu einer Abteilung – 2010 beschlossen, umgesetzt 2011
Angedachte Veränderungen	<ul style="list-style-type: none"> • Schließung des Standortes für die Ausbildung in Sozialberufen in Templin und Verlegung in den Landkreis Barnim

⁴⁵² LANDKREIS UCKERMARK: Beschlussvorlagen, Drucksachen-Nr. 24/2007; 61/2009; 36/2010.

⁴⁵³ Es wurde die Option aufrecht erhalten, den Bildungsgang Berufliches Gymnasium am Standort Prenzlau bei entsprechender Nachfrage wieder auflegen zu können.

Einen regulierenden Hintergrund für die Beschlüsse bildete zudem die ab dem Schuljahr 2007/08 wirksame Verwaltungsvorschrift des MBS über die Unterrichtsorganisation. Berufsschulklassen sollen Abteilungen zugeordnet werden, die mindestens 180 Vollzeitschülerplätze umfassen müssen. Als Untergrenze einer tragfähigen Standortgröße müssen Oberstufenzentren nach dem brandenburgischen Schulgesetz § 103 mindestens 20 Klassen aufweisen.⁴⁵⁴

Noch vor dem starken Einsetzen des Schülerzahlenrückgangs musste der Landkreis festhalten, dass in einigen Abteilungen diese Zahl unterschritten wird. Laut dem zuständigen Schulrat sollte der Abstimmungsprozess mit dem Landkreis Barnim ein „gegenseitiges Geben und Nehmen sein“. In der Uckermark waren die Sanierungen Anfang der 2000er Jahre weitestgehend abgeschlossen. Offen waren noch die Sanierung des Templiner Standortes und der Umgang mit dem Standort für die Bauberufe in Schwedt. Im Barnim galt es zu zeigen, dass der Mitte der 2000er Jahre eingeweihte Neubau in Bernau auch künftig hinreichend ausgelastet ist. Das „Geben und Nehmen“ in den Beratungen der Schulträger sah vor, dass die Uckermark die Beschulung in den Bau- und baunahen Berufen an das OSZ II in Eberswalde und die Ausbildung in den sozialen Berufen an das neu errichtete OSZ I in Bernau abgibt. Das hätte die Aufgabe des Templiner Standortes bedeutet. Im Gegenzug sollte in der Uckermark zukünftig die Ausbildung in den Elektroberufen für die gesamte Region erfolgen.

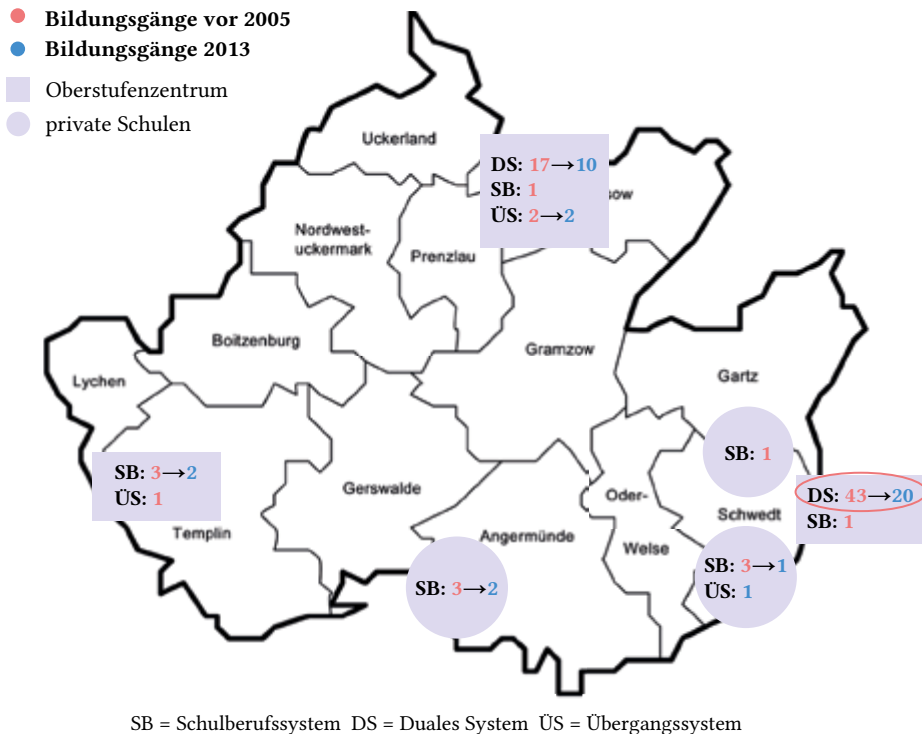
7.3 Der Verlust berufsschulischer Infrastruktur am Oberstufenzentrum Uckermark

7.3.1 Die Schließung der Berufsschulabteilung für Bautechnik

Die einschneidenste Veränderung am OSZ Uckermark in den 2000er Jahren bildete die Schließung des Schwedter Standortes für die Beschulung in bau-, holz- und farbtechnischen Berufen im Jahr 2008 (siehe Markierung Karte 7).

⁴⁵⁴ Brandenburgisches Schulgesetz, in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. August 2002, (GVBl.I/02, [Nr. 08]).

Karte 7: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013



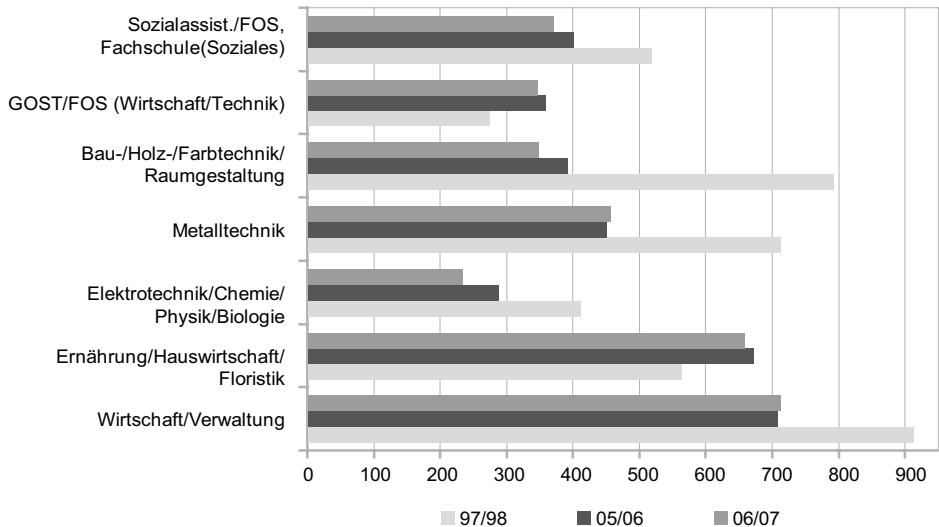
Quelle: Eigene Darstellung.

Die Reduzierung des Beschulungsspektrums im Dualen System geht zum größten Teil auf die Schließung dieser Abteilung zurück.

Unter den insgesamt 41 „verlorenen“ Ausbildungsberufen gehörten 35 zu dieser Berufsgruppe.⁴⁵⁵ Es handelt sich um die Abteilung mit dem stärksten Rückgang an Auszubildenden und Schüler/innen, um mehr als 50% seit 1997 (vgl. Abbildung 32).

⁴⁵⁵ Wengleich nicht durchgängig in allen 35 Berufen Auszubildende beschult wurden.

Abbildung 32: Entwicklung der Schüler- und Auszubildendenzahlen am OSZ Uckermark nach Abteilungen (1997, 2007)



Quelle: Landkreis Uckermark: Drucksachen-Nr. 36/2010, FOS=Fachoberschule, GOST= gymnasiale Oberstufe, eigene Darstellung.

Die Auszubildendenzahlen in den Abteilungen für Chemie/Physik/Biologie und Elektrotechnik lagen deutlich niedriger als in der Abteilung für Bauberufe. Weil in den 1990er Jahren das Gebäude dieser Abteilung saniert und modernisiert wurde und vor allem, weil hier die Ausbildung für die Schwedter Industrie stattfindet, stand eine Aufgabe der Abteilung nicht zur Disposition. Auf den Schülerzahlenrückgang wurde hier mit der Zusammenlegung der beiden Abteilungen reagiert.

Bei der Entscheidung für die Aufgabe der Bauabteilung überlagerten sich zwei Faktoren. Zum einen gehörte sie neben Templin zu den noch nicht sanierten Standorten. Zum anderen wurde mit dem Beschluss der bereits 2001 einsetzende weitere Einbruch der Ausbildungszahlen in der Bauwirtschaft antizipiert. Verwiesen wurde auch auf den hohen Anteil geförderter Ausbildung. Deren Rückgang war mit den sinkenden Schülerzahlen absehbar.

Es gibt einfach zu wenig junge Menschen in der Uckermark. ... 75 bis 80 Prozent der Jugendlichen im Baubereich befanden sich in einer geförderten Ausbildung. Und mit

den verbliebenen Prozenten kann ich keine Struktur in der Abteilung aufrechterhalten. ... Die SGB II- und -III-Maßnahmen, die betriebsnahe Ausbildung verringern sich und das Kooperative Modell läuft künftig aus. (U O SL)

Angesichts der geringen regionalen Ausbildungssubstanz in den Bauberufen war die Schließung für den Schulleiter und die Schulverwaltung eine konsistente Entscheidung.

Dieser Boombereich war vorbei und wir haben uns mit dem Barnim geeinigt. Es bietet nur noch ein Standort die Bauberufe an. Das OSZ in Eberswalde hat eine staatliche Wirtschaftsförderung gekriegt, die Mittel, um das OSZ aufzurüsten und das war in Ordnung. ... Das macht auch Sinn insgesamt, obwohl es für den Jugendlichen hier und da doch ein weiterer Weg ist. Aber wenn man sich unter dem Strich fragt, was müssen wir alles vorhalten, um eine qualitativ vernünftige Ausbildung zu machen. Wenn der Bedarf in den Bauberufen so groß wäre, dass man das [die Beschulung der Bauberufe] in Eberswalde nicht alles machen kann, dann hätten wir noch unseren Standort. (U SV)

7.3.2 Gescheiterter Ausgleich bei der Infrastrukturgestaltung – Der Einfluss peripherer Raumlagen

Der Verlust der Abteilung für die Bau- und baunahen Berufe stellte für den Landkreis eine folgerichtige Entscheidung angesichts der fehlenden regionalen Nachfrage dar. Zugleich wurde im Rahmen der mit dem Landkreis Barnim abgestimmten Planung ein gewisser Ausgleich bei der künftigen Profilierung des Bildungsangebotes angestrebt.

Die Planung in den 2000er Jahren sah vor, dass im Gegenzug für die Verlagerung der Abteilung Bau-/Farb-/Holztechnik und Raumgestaltung in den Landkreis Barnim das Oberstufenzentrum Uckermark einen Teil der Ausbildung in den Elektroberufen aus dem Barnim erhalten sollte.

Also, das sollte so ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein. (U-B S)

Konkret ging es darum, dass alle Lehrlinge in der Uckermark und im Barnim im dritten Ausbildungsjahr, in dem eine Spezialisierung der Elektronikausbildung erfolgt, am Standort Schwedt beschult werden sollten. Man ging davon aus, dass

bei der an einem Industriestandort gelegenen Berufsschulabteilung mit stabileren Zahlen zu rechnen sei.

Und da war der Kompromiss mit Eberswalde, dass wir gesagt haben, wenn einmal die Entscheidung kommt, wo eine Klassenbildung erfolgt, dann eher in Schwedt als in Eberswalde. (U SV)

Aus dem Barnim wurde jedoch angeführt, dass mit diesem Ansatz die Barnimer Auszubildenden aufgrund des weiteren Weges eher an eine Berufsschule nach Berlin „abwandern“ würden, anstatt den Unterricht in der Uckermark zu absolvieren. Der zuständige Schulrat schildert dies als ein auch in anderen Berufen auftretendes Dilemma. Auszubildende oder Betriebe, deren Auszubildende eine andere Berufsschule besuchen wollen als jene, die in der LSBV festgelegt sind, müssen beim Schulamt einen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung stellen.

Es ist natürlich schwierig, wenn sie Auszubildende haben in Betrieben im berlinnahen Raum und dann zu sagen, wir verschieben die Ausbildung vom berlinnahen Raum in die Uckermark. Da wussten wir, wir hätten mit den Betrieben Probleme gekriegt. Die Betriebe hätten dann unter Umständen versucht, die Azubis nach Märkisch-Oderland zu schicken oder nach Berlin. Das hätten wir nicht durchgestanden, weil die Betriebe natürlich auch daran interessiert sind, dass die Beschulung bei ihnen in der Nähe erfolgt. (U-B S)

Das Schulamt betont bei diesem Konflikt zwischen Infrastrukturerhalt in den Randregionen und Wegebelastungen, dass das Erhaltungsinteresse an Bildungsgängen nicht über die Bedürfnisse der Jugendlichen gestellt werden könne.

Weil wir haben ja nicht nur in erster Linie eine Verantwortung für den Erhalt der Schulen, sondern dass die Jugendlichen zu vernünftigen Bedingungen eine Ausbildung machen können. ... Die Schulleiter werden nicht damit einverstanden sein, wenn ich den Jugendlichen den Besuch einer anderen Berufsschule genehmige. Aber andererseits verstehe ich auch die Jugendlichen. (U-B S)

Daher wird bei entsprechenden Anträgen eine kulante Genehmigungspraxis verfolgt, zumal immer die Gefahr des Rechtsstreites droht. Die Tatsache, dass zahlreiche Elektrobetriebe im ballungsnahen Raum um Bernau sitzen, dass mit einer Reihe von Anträgen zur Beschulung in Berlin zu rechnen war und dass die

Beschulung in der Uckermark für Jugendliche aus dem Landkreis Barnim mit weiteren Anfahrtswegen verbunden war, führte dazu, dass von dem Vorhaben wieder Abstand genommen wurde. Auch von dem Landkreis Uckermark wird reflektiert, dass ein starres Festhalten daran letztendlich ein Nachteil für die gesamte Region gewesen wäre.

Weil es ist dann nichts gekonnt, wenn der Jugendliche in Berlin [anstatt in Eberswalde] ausgebildet wird. (U SV)

Diesen Argumenten schloss sich dann auch das OSZ Uckermark an.

Wir haben dann gesagt, das macht keinen Sinn, uns auf solche Diskussionen einzulassen, jedes Jahr wieder neu. So dass wir uns schweren Herzens in der Uckermark damit einverstanden erklärt haben. (U O SL)

Das Fallbeispiel der Elektroberufe zeigt, dass die Aushandlungsprozesse nicht grundsätzlich durch mangelnde Kompromissbereitschaft oder „Kirchturmdenken“ geprägt sind.⁴⁵⁶ Der lokale Gestaltungsspielraum für die Verteilung von Infrastrukturen – das „Geben und Nehmen“ – konnte hier nicht zugunsten der „peripheren“ Räume genutzt werden. Als ein Grund dafür erwies sich die Raumstruktur des Schulamtsbezirkes. Der an territorial-administrativen Räumen (Schulamtsbezirk) ausgerichtete Versuch des Ausgleiches scheiterte hier an der spezifischen Randlage. Das ist offenbar eine Ursache für die im Kapitel 5.3.1 herausgestellten recht ausgeprägten Polarisierungstendenzen zwischen der Uckermark und Barnim. So hat die Uckermark im Zuge der Profilierung und Konzentration von Bildungsangeboten kaum von den Umverteilungsprozessen profitiert. Das Oberstufenzentrum erhielt im Gegensatz zu den OSZ im Barnim keine neuen Ausbildungsgänge aus anderen Landkreisen, und auch keine Auszubildenden aus anderen Regionen durch eine Ausweitung der Einzugsgebiete.⁴⁵⁷

⁴⁵⁶ Nicht ausgeschlossen werden kann, dass andere bestehende Konflikte bei der Infrastrukturverteilung nicht öffentlich – im Interview – benannt wurden.

⁴⁵⁷ Ohne die Landesfachklassen haben zwei Drittel aller Ausbildungsgänge am OSZ Uckermark nur den Landkreis als Einzugsgebiet, erhalten also keine Lehrlinge aus anderen Landkreisen. Am OSZ in Barnim erstreckt sich in mehr als der Hälfte aller Berufe das Einzugsgebiet über die Landkreisgrenzen hinaus. In drei Berufen erhält das OSZ Uckermark laut LSBV Auszubildende aus dem Barnim, sofern Ausbildungsverträge abgeschlossen werden (Bankkaufmann/-frau, Landwirt/in, Metallbauer/in FR: Konstruktionstechnik). Für diese Berufe gibt es deut-

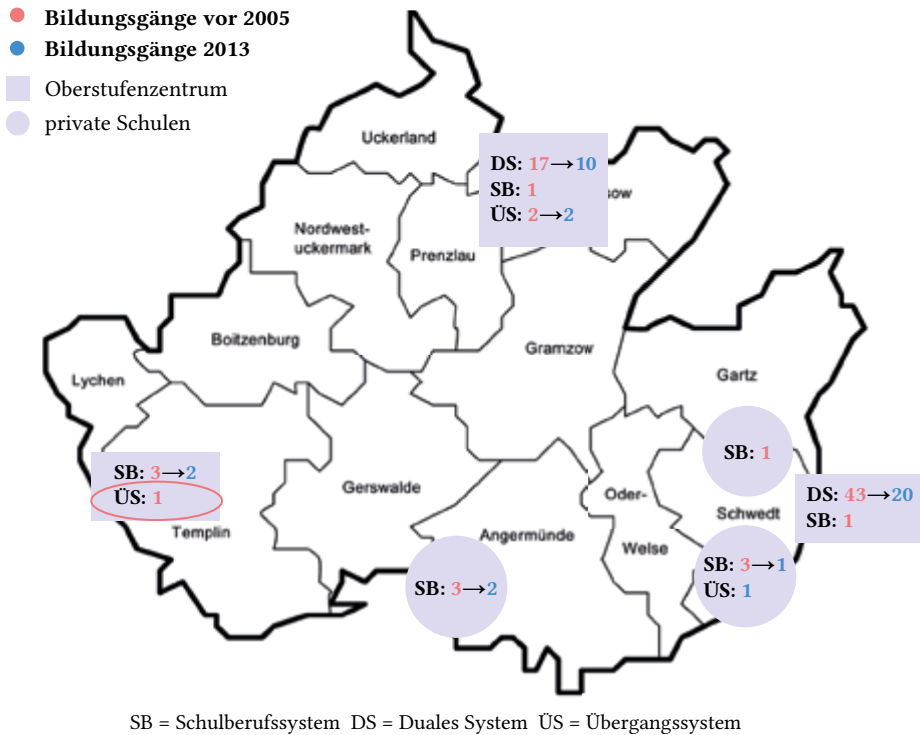
Diese Ausprägung der Infrastrukturgestaltung, die Verlagerung von Infrastrukturen aus der „Peripherie“, wurde im Kapitel 5.3.2 für die beiden nordbrandenburgischen Schulamtsbezirke Perleberg und Eberswalde herausgearbeitet. Dass dieses Muster nicht pauschal für die Randregionen zutrifft, liegt nicht nur an der demografischen Entwicklung. Auch spezifische Raumstrukturen und administrative Raumzuschnitte der staatlichen Schulämter spielen eine Rolle. Bei einer Abstimmung und Steuerung von Infrastrukturen innerhalb von „Randregionen“ wie in Südbrandenburg, dem größten Schulamtsbezirk, kommen offenbar andere Verteilungsmuster zum Tragen, als bei einem Bezirk, der sich aus berlinnahen und -fernen Landkreisen zusammensetzt.

7.3.3 Der Verlust der Berufsvorbereitung am Standort Templin

Die Berufsvorbereitung gehört zum größten Segment des Übergangssystems. Sie wurde nach der Wende an den Standorten Templin und Prenzlau etabliert. In Schwedt erfolgt sie zudem an einer anerkannten Ersatzschule. Dieser Ausbildungsgang wies damit, wie in anderen Landkreisen, ein recht dezentrales Standortsystem auf. Im demografischen Diskurs wird von einer deutlichen Reduzierung von Schüler/innen in der Berufsvorbereitung ausgegangen. Das ist auch in der Uckermark beobachtbar. Die Zahl der Jugendlichen hat sich seit 2002 mehr als halbiert, auf 173 Jugendliche im Jahr 2013. An dem Oberstufenzentrum findet die Berufsvorbereitung überwiegend nur noch am Standort Prenzlau statt, während der größte Teil am Templiner Standort ab dem Jahr 2008 weggebrochen ist (vgl. Karte 8).

lich weniger Beschulungsstandorte als für die Elektroberufe. Unklar ist, welche Rolle hier die „potentielle Abwanderungsgefahr“ der Barnimer Auszubildenden spielt und wie damit umgegangen wird.

Karte 8: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung.

Dieser Verlust geht nicht auf kommunalpolitische Entscheidungen im Zuge der Berufsschulplanung der 2000er Jahre zurück. Er hängt mit Entwicklungen in der Bildungsträgerlandschaft und der Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter zusammen. In Brandenburg wird die Berufsvorbereitung als eine Kooperation zwischen Oberstufenzentren und freien Bildungsträgern durchgeführt. Die Oberstufenzentren erteilten den Berufsschulunterricht, die Bildungsträger übernahmen den praktischen Bestandteil der Berufsvorbereitung. Die Anzahl der Plätze wird durch die Agentur für Arbeit beziehungsweise die Jobcenter bestimmt. Sie schreiben jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von Plätzen, sogenannte Lose, aus. Auf diese können sich die freien Bildungsträger bewerben.

Dieses Modell hat sich seit den 2000er Jahren gewandelt, weil freie Träger im Zuge einer veränderten förderpolitischen Ausrichtung und sinkender Schüler-

zahlen auch im Bereich der Berufsvorbereitung eigene Berufsschulen gründen. Damit können sie die Berufsvorbereitung komplett abdecken. Die Jugendlichen durchlaufen dann sowohl den theoretischen als auch den praktischen Anteil bei dem Bildungsträger und müssen nicht das OSZ für den Berufsschulunterricht besuchen.

Das Templiner Oberstufenzentrum hat jahrelang in Zusammenarbeit mit freien Trägern aus der Uckermark die Berufsvorbereitung durchgeführt. Als diese Träger in dem Bieterverfahren nicht mehr den Zuschlag von der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter erhielten, verlor auch der OSZ-Standort Schüler/innen. Denn das Los hatte ein Bildungsträger aus dem Barnim mit einer eigenen Berufsschule gewonnen. *„Und damit war mit Berufsvorbereitung hier bei uns Schluss. Da habe ich auf einen Schlag 100 Schüler verloren.“* (U O AL T)⁴⁵⁸ Auch innerhalb des Landkreises verlor das OSZ Jugendliche in der Berufsvorbereitung an freie Schulen. Im Jahr 2013 befanden sich im Übergangssystem 98 Jugendliche am Oberstufenzentrum und 75 Jugendliche an einer freien, anerkannten Ersatzschule. Ebenso werden einige Berufe im Dualen System (Ausbildung für „benachteiligte“ Jugendliche, zum Beispiel zum/zur Beikoch/-köchin) nicht mehr vom OSZ beschult, sondern an einer von einem uckermärkischen Bildungsträger gegründeten Ersatzschule.

Die demografische Entwicklung wirkt auf die Berufsschulinfrastruktur des Landkreises also vermittelt über einen organisatorischen Wandel in der Bildungsträgerlandschaft. Räumlich und institutionell ist diese Entwicklung konträr zu den in der Planung formulierten Erfordernissen. Durch die formale Institution des Preises (der „billigste“ Bildungsanbieter) und die Eröffnung von Privatschulen kam es hier statt zu Konzentration und Profilierung zu einer Dispersion von Infrastrukturen. Das führte zu einer (je nachdem temporären) Entkopplung der Berufsvorbereitung von dem lokalen Nahraum. Das widerspricht auch den pädagogischen Anforderungen. So sind nach dem Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nach SGB III diese Maßnahmen grundsätzlich „wohnortnah durchzuführen“⁴⁵⁹ (vgl.

⁴⁵⁸ Das OSZ war danach nur noch in der Berufsvorbereitung für Jugendliche aus einem Jugendheim des Landkreises aktiv.

⁴⁵⁹ BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hg.) 2012: 4.

auch Kapitel 7.4.2). Nach der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft hat die pädagogische Arbeit von Berufsschulen für das Übergangssystem einen gewichtigen Anteil. Sie sollten aus der Integrationsperspektive als regionale Kompetenzzentren eine „zentrale koordinierende Funktion“ in der „Benachteiligtenarbeit“ einnehmen.⁴⁶⁰

7.3.4 Gelingende interkommunale Abstimmung trotz Polarisierungen

Der Abstimmungsprozess zwischen den Landkreisen Uckermark und Barnim wird von den Uckermärker Akteuren als nicht „schmerzfrei“, aber als weitestgehend konsensual verlaufend beschrieben. Die Konstituierung des interkommunalen Kooperationsraumes basierte auch auf der Ausbildung eines landkreisübergreifenden Raumverständnisses bei der Betreuung berufsbildender Infrastrukturen. Dass das Prinzip des „Gebens und Nehmens“ nicht verwirklicht werden konnte, verorten die uckermärkischen Akteure nicht in konflikthaften Abstimmungsprozessen. Sie verwiesen vor allem auf die regionalökonomische Entwicklung und die periphere Raumlage (zu anderen Perspektiven vgl. Kapitel 7.4 und 7.5).

Das OSZ als „abhängige“ Einrichtung

Neben der demografischen Entwicklung wird der Verlust von Ausbildungsgängen in die schwache Regionalökonomie, die konjunkturellen Einbrüche nach 1990 sowie in Rationalisierungsprozesse und globale Marktschwankungen eingebettet.

Die duale Ausbildung hängt mit der wirtschaftlichen Situation und mit der Struktur zusammen. Die Banken haben sich etwas zurückgezogen, sie brauchen nicht mehr so viel Personal. Durch die Zunahme der SB-Bereiche zum Beispiel braucht man nicht mehr so viele Angestellte, die beraten oder formale Bankabläufe tätigen. ... In der Uckermark ist eines der wenigen großen Unternehmen die Solarmanufaktur in Prenz-

⁴⁶⁰ SEKTION BERUFS- und WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN 2009: 4; vgl. auch DOBISCHAT/MÜNK 2009: 35 ff.

*lau oder das PCK. Darüber hinaus ist nicht viel dazugekommen, ein Autozulieferer. Aber es sind keine Größenordnungen, in denen dadurch Ausbildungsplätze entstanden sind.*⁴⁶¹ (U O SL)

Auch neue Firmenansiedlungen, die nicht zur ubiquitären, lokalen Ökonomie zählen, bringen keinen spürbaren Zuwachs an Ausbildungszahlen mit sich.

Bei den erneuerbaren Energien oder Windkraftanlagen fangen die Unternehmen jetzt erst an und bilden selbst aus. Aber das sind nur drei bis vier Auszubildende. Das sind keine Größenordnungen. (U O SL)

Hinzu kommt, dass Lehrstellen nicht besetzt werden, aufgrund von ungenügenden Leistungen der Bewerber/innen aus Sicht der Betriebe. Verwiesen wird aber auch darauf, dass manche Firmen noch nicht richtig erkannt haben, dass sie für die Deckung ihres Nachwuchskräftebedarfs aktiver werden müssen. Schließlich spielt auch die geographische Lage eine Rolle.

Die Uckermark hat eine äußerst ungünstige Randlage. Aus Polen kriegen wir keine Auszubildenden und Mecklenburg-Vorpommern ist genauso dünn besiedelt. (U O SL)

Dem OSZ ist es durchaus auch gelungen, im Zuge von Betriebsansiedlungen neue Berufe an die Schule zu holen. Insgesamt ist die Wahrnehmung der aktuellen Entwicklung jedoch durch einen „pessimistischen Realismus“ geprägt. Hierin fließen Erfahrungen der Desillusionierung mit Blick auf regionale Entwicklungspolitiken und -pfade des vergangenen Jahrzehntes und auf zukünftig erwartbare Entwicklungen ein.

Die Uckermark hat sich sicherlich sehr schwer getan in den letzten Jahren. ... Es ist die Illusion weg, dass vielleicht doch noch große Betriebe kommen. ... Man wird sich weiter um Ansiedlungen bemühen und man muss sehen, inwieweit sich das mit den erneuerbaren Energien trägt. Bestimmte Rohstoffe brauchen ihre Zeit zum Wachsen und stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Und es steht auch die Frage, ob es günstig ist, wenn in der Landwirtschaft nur Mais angebaut wird. (U O SL)

⁴⁶¹ Jüngst wurde in der Presse gemeldet, dass die Zukunft der zwischenzeitlich stillgelegten Solarmanufaktur in Prenzlau ungewiss ist und in jedem Fall die Mehrzahl der Arbeitsplätze abgebaut wird.

Die regionalökonomische Entwicklung und die geographisch periphere Lage geben aus dieser Perspektive die Rahmenbedingungen eindeutig vor. Es gibt kaum Handlungsspielräume.

Es ist nicht nur von uns abhängig, ob wir ausbilden können, sondern abhängig von der wirtschaftlichen Situation im Landkreis. Sind die Unternehmen gewillt, Risiken einzugehen, in welcher Form wollen sie sich weiterentwickeln. Aber jetzt eine Möglichkeit gegenzusteuern und außer zu sagen, Betriebe ihr müsst ausbilden, denkt an eure Zukunft, gibt es zur Zeit nicht. (U O SL)

Aus dieser Sicht kann das OSZ seine Entwicklung nur begrenzt durch eigenes Handeln (Angebote und Ausstattung) steuern. Es hängt von dem an die ökonomische Entwicklung gekoppeltem Ausbildungsverhalten der Betriebe ab. Ein zweites Argument ist, dass es auch nicht immer sinn- und verantwortungsvoll ist, auf jeden (betrieblichen) Bedarf in der Region zu reagieren, wenn die Nachhaltigkeit ungewiss ist und an anderen OSZ die Ausbildung aufgrund bereits vorhandener Kompetenzen fachlich besser durchgeführt werden kann.

Wir suchen jedes Jahr nach etwas Neuem [in der überbetrieblichen Ausbildung]. Ich kann aber auch nicht alles abdecken, wenn ich die Fachlehrer nicht habe. Weil man immer 16 Schüler braucht. Und dann bereitet sich der Lehrer vor, der Beruf läuft einmal durch und dann war es das. Dann muss man schon sagen, dann geben wir die vier oder fünf Azubis in diesen neuen Berufen in die Landesfachklassen. Denn man muß auch mit ruhigem Gewissen sagen können, sie werden qualitätsgerecht ausgebildet. (U O SL)

Bedeutsam für den aktuellen Umgang seitens der Kommune ist auch die Erfahrung, dass die Berufsschulen bereits in den 1990er Jahren und auch in der DDR eine Reihe von Berufen nicht (mehr) beschulen konnten. Die Einrichtung war noch nie ein vollständiges „Sammel-OSZ“ für den ländlichen Raum und wurde so auch nicht gesehen.

Je höher es geht [im Bildungsbereich], nimmt natürlich die Spezialisierung zu, die dann kaum noch abbildbar ist bei einem relativ geringen Aufkommen. Also im berufsbildenden Bereich kommen wir dann wirklich an eine Grenze ran, wo wir innerhalb des Kreises allein nicht mehr klarkommen. Da sind wir noch nie klargekommen ... auch schon in der DDR bei bestimmten Berufsrichtungen. Und je weniger Aufkommen, je

weniger Bedarf die Wirtschaft eben hat, desto komplizierter wird es, wohnortnahe Ausbildung anzubieten. Und das ist die riesige Herausforderung, die wir seit eh und je versuchen zu vermitteln. (U SV)

Vom Landkreis zur Region in der Infrastrukturbetreibung

Für den Ablauf des Abstimmungsprozesses spielte auch ein spezifisches Raumbewusstsein eine Rolle. Zum Zeitpunkt der Interviewführung gingen die Akteure davon aus, dass auch an den OSZ im Barnim bestimmte Berufe nicht mehr gehalten werden und weitere überregionale Konzentrationen stattfinden könnten. Die Verlagerung von Ausbildungsberufen zwischen Schulamtsbezirken wird als deutlich schwieriger beschrieben. Aus Sicht des Schulamtes bleibt bei einer schulamts-internen Konzentration die Infrastruktur im Bezirk erhalten.

Es heißt, da ist der Schülerzahlenrückgang stärker und da wird weniger ausgebildet. ... Das ist ja noch leicht, wenn es sich in unserem Schulamtsbezirk abspielt. Wenn es in einem bestimmten Beruf nur acht Auszubildende gibt, dann sage ich natürlich, in Ordnung die Auszubildenden müssen nach Eberswalde fahren. Aber solange ich das hier im Schulamtsbezirk organisiere, geht das ja noch. Aber wenn sie dann aus meinem Bezirk komplett heraus verlagert werden, zum Beispiel nach Märkisch-Oderland, das ist dann schon ein richtiger Einschnitt. (U-B-S)

Weil es sich bei der Uckermark und dem Barnim um einen eher kleinen Schulamtsbezirk handelt, sind die Möglichkeiten der internen Konzentration begrenzt.

Es sind hier im Schulamtsbezirk nur drei Oberstufenzentren, da haben wir nicht so viele Möglichkeiten. (U-B S)

Das relativ geringe Konfliktpotenzial bei den Konzentrationen innerhalb des Bezirkes hängt daher auch damit zusammen, dass es für die Akteure zunehmend darum geht, die Infrastrukturen in der Region Uckermark-Barnim zu erhalten.

Wir sind ja ein kleines Schulamt. ... Und da versuchen wir erstmal zu schauen, wie sieht das aus, können wir das gemeinsam, bevor wir das nach außerhalb abgeben. (U O SL)

Mit dem Schülerzahlenrückgang und der Konzentration von Infrastrukturen geht offenbar auch eine Verschiebung des Raumverständnisses einher. Der seit 1990 vollzogene Konzentrationsprozess führte teilweise zu einer Zusammenfassung

von gleichen Ausbildungsgängen innerhalb der Region. Nur noch wenige Berufe werden sowohl in der Uckermark als auch im Barnim beschult. In dem Maße, wie nun durch zu kleine Klassen der Bestand eines Ausbildungsberufes gefährdet ist, wird für die Akteure die Frage virulent, ob dieser noch in der Region gehalten werden kann. Die Region Uckermark-Barnim wird als gemeinsamer Ausbildungsraum bedeutsamer. Die Grenzziehung und Identifizierung folgt somit weniger der Linie äußerer Entwicklungsraum und berlinnahe Raum, sondern entlang der Region beziehungsweise den Schulamtsbezirksgrenzen. Dieses Raumverständnis kann auch in der brandenburgischen Entwicklungspolitik verortet werden. Sie fördert(e) die Zusammenarbeit von engerem Verflechtungs- und äußerem Entwicklungsraum in verschiedenen Handlungsfeldern. Mit administrativen Zuschnitten, wie dem des staatlichen Schulamtes oder den Planungsregionen, wurde/wird ein gemeinsamer Handlungsraum (vor-)strukturiert.⁴⁶²

Die Arbeit enthält keinen systematischen Bundesländervergleich. Dennoch sollen an dieser Stelle kurz weitere Hinweise angeführt werden, nach denen das mit der Berufsschulplanung verbundene Konfliktpotenzial von einer länderspezifischen Vorgehensweise abhängt. Ein zentralistischeres Vorgehen, wie es in Thüringen laut öffentlicher Berichterstattung beobachtbar ist, führte zu offenen Konflikten zwischen Land und Kommune. Berichtet wurde zum Beispiel, dass der Sömmerdaer Kreistag gegen den Beschluss des Ministeriums, die berufsbildende Schule zu schließen, Klage einreichen will. Die Kommunalpolitiker werfen dem Ministerium einen schon länger anhaltenden Abzug von Infrastrukturen des Landkreises zugunsten der Landeshauptstadt Erfurt vor.⁴⁶³

⁴⁶² Als ein weiterer Aspekt der Verschiebung vom Lokalen zum Regionalen wird auf eine veränderte Struktur der Herkunft der Bewerber verwiesen. Da durch den Schülerzahlenrückgang mehr Auszubildende von außerhalb in den Betrieben des Landkreises lernen, stellen diese einen Antrag auf Besuch des OSZ in ihrem Heimatlandkreis.

⁴⁶³ www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Soemmerdaer-Kreistag-diskutiert-ueber-Berufsschule-und-Auslaenderbehoerde-1584100896; vgl. auch für Sachsen-Anhalt www.mz-web.de/wittenberg-graefenhainichen/ausbildung-berufsschueler-sollen-weniger-pendeln,20641128,29546722.html.

7.4 „Ein Standort kämpft“ – Widerstand gegen Konzentrationsprozesse

7.4.1 „2001 beginnt für uns mit einem Paukenschlag“⁴⁶⁴ – Der Kampf um den Erhalt der Ausbildung in sozialen Berufen in Templin

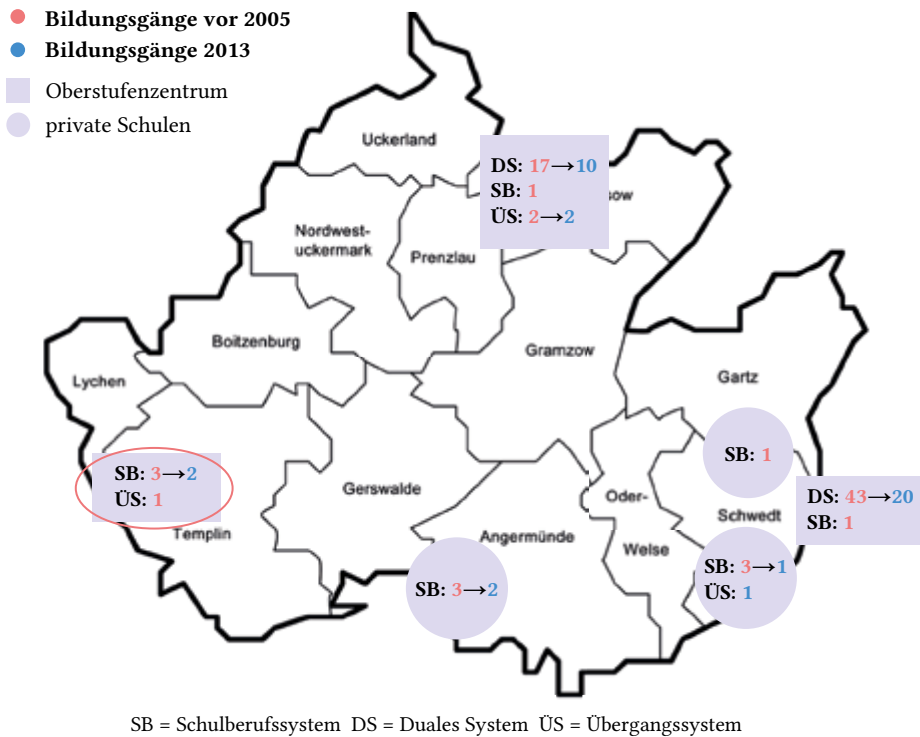
Neben der Schließung der Abteilung für Bau- und baunahe Berufe sah die Fortschreibung der kommunalen Schulentwicklungsplanung im Jahr 2001 auch die Verlagerung des Templiner Standortes für soziale Berufe in den Nachbarlandkreis Barnim nach Bernau vor (vgl. Karte 9).

Die Templiner Abteilung des OSZ bildet an der Fachschule für Sozialwesen in der Richtung Sozialpädagogik und an der Berufsfachschule Sozialassistent/innen aus.⁴⁶⁵ Absolvent/innen der Fachrichtung Sozialpädagogik arbeiten anschließend vor allem als Erzieher/in. Weitere Einsatzfelder sind die Bereiche Jugendarbeit oder Hilfen zur Erziehung. Die Ausbildungen zählen zum Schulberufssystem. Sie erfolgen in vollzeitschulischer Form, kombiniert mit Praktika in Einrichtungen wie Kindertagesstätten. Die Schüler/innen halten sich, im Gegensatz zur dualen Ausbildung, deutlich länger in der Einrichtung auf.

⁴⁶⁴ Zitat aus der Chronik des OSZ Uckermark. www.osz-uckermark.de/text/seite.php?id=1134.

⁴⁶⁵ Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung zum/zur Erzieher/in ist die Fachoberschulreife und eine abgeschlossene, einschlägige Berufsausbildung oder eine nicht einschlägige Berufsausbildung oder Hochschulreife und eine der gewählten Fachrichtung entsprechende Tätigkeit. Viele junge Menschen absolvieren die Ausbildung zum/zur Sozialassistent/in, um anschließend den Erzieher/innenberuf erlernen zu können. Die Fachrichtung Heilerziehungspflege und der Aufbaulehrgang Heil- und Sonderpädagogik wurden 2011 aufgrund zu geringer Nachfrage eingestellt.

Karte 9: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung.

Daneben kann an der Fachoberschule Richtung Sozialwesen die Fachhochschulreife erworben werden. Historisch geht die Abteilung auf eine in der DDR etablierte Schule für Sozialberufe zurück. Sie wurde nach 1990 in das OSZ integriert. Die Schülerschaft kommt aus der Uckermark und den angrenzenden Landkreisen, vereinzelt auch aus anderen Bundesländern. Sie ist, das Alter und die Vorbildung betreffend, sehr gemischt und besteht zu über 90 % aus jungen Frauen.

Als Grund für den Verlegungsbeschluss führen die (kommunalen) Entscheidungsträger die Annahme eines künftig nachlassenden Interesses an der Ausbildung infolge sinkender Schülerzahlen an. Eine betriebliche Ausbildung, so die Annahme, sei für die Jugendlichen deutlich attraktiver als eine schulische Ausbildung. Eingebettet war diese Antizipation in eine spezifische Interessenkonstellation. Um Investitionsmittel aus dem Landesmodernisierungsprogramm für die OSZ zu erhalten, mussten beide Landkreise zeigen, wie sie ihre Kapazi-

täten künftig reduzieren wollen. Die Planung im Barnim sah den Neubau eines Berufschulzentrums in Bernau als Ersatz für das bisherige Gebäude vor, das starke bauliche Mängel aufwies. Mit der Verlegung der Abteilung für soziale Berufe aus der Uckermark in den Neubau konnte man zeigen, dass dieser Standort auch künftig ausgelastet sein würde. In der Uckermark wiederum stand die Frage im Mittelpunkt, ob das Gebäude nicht für eine allgemeinbildende Schule benötigt werden würde.

Dies bildete nun eine Konstellation, in der es sinnvoll erschien, die Ausbildung für soziale Berufe an dem Bernauer Standort zusammenzuführen. Die Uckermark kann so einen Standort aufgeben, in den keine großen Investitionen geflossen sind und den man künftig als unterausgelastet sieht. Die Leitung des OSZ Uckermark favorisierte die Verlegung der sozialen Berufe nach Prenzlau. Der formal bestehende Beschluss wurde von der realen Entwicklung eingeholt. Trotz allmählich sinkender Schülerzahlen blieb die Nachfrage relativ hoch. Der Standort in Bernau war zu klein für alle Schüler/innen aus der Region. Deswegen nahm man von dem Vorhaben wieder Abstand. Der Leiter des Templiner Standortes und das Schulamt gehen davon aus, dass es zur Schließung gekommen wäre, wenn damals die Kapazitäten im Barnim ausgereicht hätten.

Lokales Standortbewusstsein – „Und wo ich immer der Meinung war, das kann nicht unser Problem sein, Probleme eines Nachbarkreises zu lösen“

Auf völliges Unverständnis stieß der damalige Verlegungsbeschluss bei dem Kollegium des Templiner Standortes. Für den Leiter war dieser in erster Linie politisch motiviert.

Das ist eine sehr bewegende Geschichte im Leben dieser Schule gewesen. ... Das eine war erstmal nur Politik. Im Jahre 2000 und 2001 machen sich zwei Landkreise auf und sagen, wir denken jetzt mal in großen Relationen. Wir schauen, wo man im Bereich der beruflichen Bildung Synergieeffekte erzeugen kann. Das kann ich alles noch nachvollziehen. ... Und dann trifft man Absprachen, also blanke Politik erstmal nur. Weder an den Leistungen, den jeweiligen Abteilungen oder Schulen orientiert. ... Jeder normale Landkreis kämpft dafür, seine Schule zu erhalten und hier war man dabei, eine der

wenigen Schulen, die nicht von sinkenden Schülerzahlen betroffen ist, sondern die sogar hätte mehr ausbilden können, kampflös an einen Nachbarkreis ohne Not abzugeben.

(U O A L T)

Dezidiert kritisiert wird das weitestgehende Fehlen jeglicher fachlichen Grundlage für die Entscheidung. Dagegen engagierte sich der Standortleiter in den kommunalen Netzwerken und politischen Institutionen, wie dem Bildungsausschuss des Landkreises. Angeführt gegen den Beschluss wurde die regionale Entwicklung am Ausbildungsmarkt, das Engagement und die Ausbildungsqualität der Schule sowie deren Bedeutung als Standortfaktor für die Stadt Templin und die Region. Es musste zunächst Aufklärungsarbeit über die Rolle der sozialen Ausbildungsberufe im beruflichen Qualifizierungssystem betrieben werden gegen die im demografischen Diskurs verankerte Leitorientierung auf das Duale System. Das betrifft deren Nicht-Substituierbarkeit durch Berufe im Dualen System und den Verweis auf die geringe betriebliche Ausbildungssubstanz in der Region.

Wenn sich Berufe eben tatsächlich nur so [schulisch] ausbilden lassen und ich darüber hinaus überhaupt nicht sehe, dass sich hier Industrie und Handwerk so stabilisieren wird, dass reihenweise Alle in diese Bereiche mit hineingehen wollen, um dort eine duale Ausbildung zu machen. ... Das hat es ja so gar nicht gegeben, dass Ausbildungsplätze en masse entstanden sind. Ganz im Gegenteil, wir haben mit überbetrieblicher Ausbildung reagieren müssen. So dass ich eigentlich mit meiner Aussage Recht behalten habe, dass die jungen Leute auch gern in den sozialen Berufen eine Ausbildung machen möchten, weil sie sich dafür mehr interessieren. ... Das ist ja unter anderem auch mal so eine Annahme gewesen. Wir werden demnächst einen Boom erleben, Toyota wird sich hier niederlassen und Mercedes. Das übertreibe ich jetzt ein wenig ... und dass die Vollzeitschule ja dann nur der Notbehelf ist. (U O A L T)

Tatsächlich blieb die Nachfrage mit durchschnittlich 270 Schüler/innen bis heute stabil, bei einem gleichzeitig steigenden Bedarf durch Überalterung des Personals in Kitas und ähnlichen Einrichtungen sowie durch bildungspolitisch neue Anforderungen, etwa im Krippenbereich. Von einer nahe gelegenen Privatschule, welche die gleichen Bildungsgänge auflegt, sieht die Schule keine Auswirkungen.

Neben dem Stellenwert der sozialen Berufe auf dem Arbeitsmarkt und im Qualifizierungssystem wurden aus Sicht des Leiters bei den Beschlüssen weitere fachliche Aspekte nicht berücksichtigt. Dazu gehörte insbesondere das Engagement des Standortes für die fachliche Weiterentwicklung und Ausbildungsqualität, zum Beispiel durch Teilnahme an einem Modellversuch.

Wofür ich nun wiederum gar kein Verständnis haben konnte, dass eine Schule, die nachweislich seit der Wende über die Menschen, die hier arbeiten, daran interessiert war, die Ausbildung weiterzubringen und die dafür auch einen großen Teil ihres eigenen Engagements mit eingesetzt hat. Und wer sich mal ein bisschen mit Modellversuchen beschäftigt, der weiss, das ist nicht so eine kleine Geschichte nebenbei. ... Und wenn da Ergebnisse sind mit dem Modellversuch, die von solch einer Nachhaltigkeit gewesen sind, dass wir ständig auf irgendwelchen Konferenzen in der Bundesrepublik unterwegs gewesen sind, dann reiben sie sich verwundert die Augen, wenn ihnen ihr Schulamt erklärt, wir werden zusammenlegen. (U O AL T)

Schließlich bettet er den Erhalt der Schule in deren Bedeutung als eine lebensweltliche Bildungsstätte und als einen lokalen Standortfaktor ein.

Also nicht nur die Schule als Ausbildungsfaktor, auch als kulturellen Faktor, als ökonomischen Faktor. ... Mitunter geben meine Schüler hier unter der Woche mehr Geld aus als woanders. Und dann stellen wir uns auch als Schule im kulturellen Kontext auf, engagieren uns wirklich mit vielen Dingen im gesellschaftlichen Leben der Stadt. Das sind alles Dinge, die gehören auch mit zu meinem ganz persönlichen Grundverständnis von Schule. Wir spielen über 20 mal Theater für die Kindereinrichtungen, machen Weihnachtsmärkte für Kinder aus der Stadt. Wir sind in allen Branchen hier unterwegs. ... Und das trägt natürlich alles mit dazu bei, so als weicher Faktor, den Standort mit zu erhalten. Diese Schiene haben wir ganz deutlich ausgebaut. (U O AL T)

Ausbildungsqualität wird hier nicht nur an den Kompetenzen der Lehrer/innen oder der Breite des Angebotes bemessen. Das sind die fachlichen Hauptargumente für größere, zentralisierte Standorte. Sondern sie betrifft auch die Qualität der sozialen Beziehungen zwischen Lehrpersonal und Schülerschaft. An kleineren Schulen, wie in Templin, sind dafür die Rahmenbedingungen wesentlich günstiger.

Diese wahnsinnigen großen Schulfabriken, die sind in dem sozialen Bereich, in dem wir ausbilden, kontraproduktiv. Das ist eine kleine Einrichtung, die ist überschaubar. Hier begegnen sich Menschen, hier kann man kommunizieren miteinander. Ich kenne hier fast jeden Schüler persönlich mit Namen. (U O AL T)

Hervorstechend ist die ausgeprägte lokale Verankerung in der Stadt Templin, die das Engagement der Schule politisch unterstützte.

Die Einrichtungen hier in Templin hätten schon gespürt, wenn keine Praktikanten von uns mehr da sind. Und da gab es also durchaus auch die Unterstützung, bis hin zu Statements in der Stadtverordnetenversammlung. ... Wir definieren uns ausdrücklich als einen Schulstandort eines OSZ in der Stadt Templin. Also, unsere Identität wird auch weitestgehend über diese Stadt auch bestimmt. (U O AL T)

Der zum Ausdruck kommende Kampfgeist, das Selbstbewusstsein und die hohe Identifizierung mit der Schule und dem Standort speisen sich aus einem ausgeprägten persönlichen Engagement und hohem fachlichen Anspruch an den Aufbau und die Weiterentwicklung der Ausbildung.

Das OSZ wurde 93 gegründet. ... Ich habe dann die Position als Abteilungsleiter übernommen und bin mit meinen Kollegen und Kolleginnen immer hellwach und ganz gut unterwegs gewesen, was eben auch die Mitwirkung an Lehrplänen, Rahmenprogrammen und ähnliches betrifft. Wir hatten in der Zeit von 1996 bis 1999 einen viel beachteten Modellversuch zur Reform der Erzieherausbildung. Der ist an zwei Schulen in Deutschland gemacht worden. ... Das stand für unser Interesse, unseren Innovationswillen, für unseren Willen, da aktiv mit zu gestalten. (U O AL T)

Betont wird die starke bereits zu DDR-Zeiten vorhandene regionale Verankerung durch die enge Zusammenarbeit mit den sozialen Einrichtungen als Praxispartner. Zu dem hohen fachlichen Anspruch gehört auch die Entscheidung, die Ausbildungszahlen nicht auf Kosten der Ausbildungsqualität zu erhöhen, etwa aufgrund des Mangels an gut qualifiziertem Lehrpersonal, wie es bei manchem freien Träger beobachtet wird. *„Das machen wir lieber klein und fein, aber wir bleiben bei einem guten Produkt.“ (U O AL T)* Eine stärkere Politisierung des Engagements gegen den Beschluss – *„Das ist ja alles wirklich friedlich abgelaufen in den entsprechenden Gremien, Netzwerken. Da hat ja noch kein Schüler vor dem Kreistag gestanden.“ (U O AL T)* –

war nicht mehr nötig. Es stellte sich heraus, dass im Barnim die Kapazitäten für die Schüler/innen aus der Uckermark überhaupt nicht ausreichten.

7.4.2 Gescheiterte Intervention gegen die „Privatisierung“ der Berufsvorbereitung

Neben der Intervention gegen die Entscheidung der Verlagerung der Abteilung für soziale Berufe intervenierte der Leiter des OSZ-Standortes Templin auch gegen den Verlust der Berufsvorbereitung. Hier ist ebenfalls ein ausgeprägtes Professionsverständnis und Engagement der Schule Basis der Intervention. In dem Wegfall der Berufsvorbereitung sieht er das Verschenken von Kompetenzen, die im Umgang mit einer „schwierigen“ Schülergruppe über Jahre hinweg aufgebaut wurden.

Wir haben ein neues Ausbildungskonzept auch sozialpädagogisch intendiert gefahren und haben gute Ergebnisse gehabt. Die Schüler haben uns gesagt, so eine Schule wie hier haben wir noch gar nicht gehabt. Wir waren nur so Idioten und die Looser. Hier geht man anders mit uns um. Es stellt hohe Anforderungen an die Lehrkräfte. Man muss auch einiges einstecken, wenn man in dem Bereich unterrichten will. Auch als Frau einiges abkönnen muss, was an Verbalien manchmal durch den Raum geht. Und da ist viel Kompetenz bei uns gewachsen in der Sicht auf diese spezielle Schülergruppe. Und erstaunlicherweise sind an den OSZ die Berufsvorbereitungsmaßnahmen immer so Randgruppen. Und hier war das nicht so. Das hat aber vielleicht auch was mit unserer Ausbildung in den sozialen Berufen zu tun. Wir haben da ein anderes Bild von Jugendlichen. Und das erzeugen sie nicht von heute auf morgen. Das ist ein langer Prozess als Kollegium ..., die auch freiwillig in ihren Ferien zum Beispiel zu Arbeitsamtgesprächen gegangen sind. ... Und da kommt schon Frust, wenn da jemand anders kommt und sagt Cut. (U O AL T)

Er verweist auf die besondere Bedeutung einer, so weit wie möglich, wohnortnahen Beschulung für Jugendliche mit Lern- und/oder sozialen Benachteiligungen.

Und das ist natürlich schon einigermaßen skandalös, wenn man sagt, es handelt sich hier um benachteiligte Schüler und denen mutet man jetzt solche weiten Wege zu. Ich weiß, von welcher Klientel ich rede. Die kommen aus schwierigen, aus prekären Lebensverhältnissen mittlerweile und die kommen auch nicht jeden Tag zur Schule.

Und die kommen auch schon gar nicht in Eberswalde an. Die sind schon manchmal nicht bei uns angekommen. Ich kann das überhaupt nicht begreifen, bloß weil die zwei Euro billiger sind. Und denen mutet man zu, aus dem äußersten Winkel der Uckermark nach Eberswalde zu fahren. Mit all den mangelnden Infrastrukturen, die wir hier haben. (U O AL T)

Auf das gescheiterte Absolvieren einer überbetrieblichen Ausbildung in einzelnen Fällen aufgrund der zu hohen Entfernung zur Berufsschule verwies auch der Leiter eines Bildungsträgers. Die Leiterin eines weiteren, langjährig in der „Benachteiligtenarbeit“ aktiven, Bildungsträgers hob die Vielschichtigkeit der Problematik langer Anfahrtswege hervor. Sie beschränkt sich nicht nur auf die geographische Entfernung.

Es gibt einige Jugendliche, die halb 4 aufstehen müssen, damit sie hier pünktlich um 7.15 Uhr da sind, die auch am Morgen mit ihrem Fahrrad 10 km fahren müssen, um zur Bushaltestelle zu kommen. ... Also das gibt es auch. Aber man merkt dann auch sehr schnell, irgendwann kommen auch diese Jugendlichen an ihre Grenzen und man muss dann schauen, wo man Hilfe leisten kann. Denn die Familie hat einen sehr hohen Einfluss. ... Also, es kommt oftmals auch vor, dass die Eltern von den Jugendlichen das Geld einfordern. Da müssen wir dann mit den Jugendlichen die Vereinbarung treffen, dass die Berufsausbildungsbeihilfe direkt von der Agentur zum Beispiel an das Wohnheim überwiesen wird, oder dass der Jugendliche von seiner Ausbildungsvergütung regelmäßig die Höhe der Monatsfahrkarte abtritt, wo der Sozialarbeiter dann gemeinsam mit ihm hinget und die Fahrkarte kauft, damit er überhaupt fahren kann. Das sind so simple Sachen, wo, Entschuldigung, der Ottonormalverbraucher, sich gar keine Gedanken machen muss. (U BT L)

Die Wegebewältigung ist vor allem für Jugendliche aus den kleinen Orten schwierig, die nicht an den Nord-Süd Hauptmagistralen Prenzlau-Angermünde-Eberswalde beziehungsweise Prenzlau-Angermünde-Schwedt liegen, insbesondere im ersten Lehrjahr.

Der Leiter des Templiner Standortes intervenierte ohne Erfolg gegen die Beschulung von Jugendlichen bei weiter entfernt liegenden Bildungsträgern bei der Agentur für Arbeit und beim staatlichen Schulamt. Er verwies auf die im

Schulgesetz festgehaltene Anforderung einer wohnortnahen Beschulung in der Berufsvorbereitung.

Das ging bis zum Bildungsministerium mit den ersten Rückmeldungen, er hat Recht, das können wir so nicht machen. ... Und in der zweiten Runde hieß es dann, nein das geht doch nicht mit Bezug auf Privatschulgesetz. (U O AL T)

Auch für den Schulleiter des OSZ ist dies keine positive Entwicklung, sie ist jedoch rechtlich eindeutig geregelt.

Für uns ist das nicht so erfreulich, weil bestimmte Berufe wegbrechen. Aber so ist die Gesetzeslage in Brandenburg, dass, wenn bestimmte Voraussetzungen da sind, jeder eine freie Schule gründen kann. (U OSL)

Die Zunahme anerkannter Ersatzschulen in der Berufsvorbereitung und „Benachteiligtenausbildung“ lässt sich unter dem Gesichtspunkt von mangelnder Wohnortnähe, Unstetigkeit und dem Verlust aufgebauten Kompetenzen problematisieren. Umgekehrt verweist der Mitarbeiter des Ministeriums auf spezifische Kompetenzen der Träger in der „Benachteiligtenarbeit“ durch jahrzehntelange Erfahrung und zusätzliche Personalressourcen.

Und deswegen habe ich damit auch nicht wirklich ein Problem. ... Es sind ja junge Leute, also überwiegend junge Männer, die haben nicht nur schulische Leistungsschwächen, sondern auch einen schwierigen sozialen Background. Und man muss sie häufig in einem viel umfassenderen Sinne aus ihrer Lebenssituation ein Stückchen rausholen. Und dafür gibt es eine Landschaft freier Träger. ... Man muss es sozusagen als eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen und man muss Budgets dafür bereitstellen. Aber man muss es ja nicht durch eine öffentliche Institution selber machen. Warum soll das nicht der Internationale Bund für Sozialarbeit tun, der seit Jahrzehnten darin Erfahrungen hat. Und ansonsten kann man das vernünftig mit einem OSZ in Verbindung mit einer sozialpädagogischen Betreuung abdecken. (MBS RL 25)

Die Entwicklung in der freien Trägerlandschaft wird nicht so problematisiert. Auch für den Schulleiter eines OSZ aus einer anderen Region wäre dies ein Modell, weil

...eigentlich würde ich mich mehr um die duale Ausbildung kümmern, als nur zu klären, ob es da Zerstörungen in der Schule und so weiter gibt. Weil wir einfach momentan auch nicht dafür so ausgestattet sind. Man müsste genügend Personal, Sozialarbeiterbetreuung für die Berufsvorbereitung haben. (O SL BNLK)

In der Uckermark gibt es wie in anderen Regionen auch Bildungsträger, die eine hohe Kompetenz in der „Benachteiligtenausbildung“ über Jahre aufgebaut haben, die sich in ihrem Profil ganz besonders auf den Umgang mit „schwierigen“ Jugendlichen konzentrieren und trotz der Ausschreibungspraxis und hohen Konkurrenz auf Qualität setzen.

Es ist immer ein Preiskampf, gar nicht die Frage. Wir haben für uns mal Untersuchungen vorgenommen, auch aus Gesprächen mit Mitarbeitern, die zu uns gewechselt sind. Und da hat sich eine Differenz von 800 bis 1000 Euro im Bruttoverdienst gezeigt. ... Natürlich ist man nicht erfreut, wenn sich auf dem Bildungsmarkt die Preise nach unten bewegen. Unsere Mitarbeiter haben über viele Jahre immer dasselbe Gehalt verdient. Und Bildung hat nun mal ihren Preis, wenn man eine gewisse Qualität liefern möchte. Und wir achten schon darauf, dass die Jugendlichen, die bei uns aus der Ausbildung gehen, auch Qualifizierung genießen, die wir nicht machen müssen, aber wodurch sie eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, zum Beispiel Maschinenlehrgänge für den Tischler oder Gabelstaplerlehrgänge. Das sind Dinge, die sich im Preis ja mit niederschlagen. (U BTL)

Es wäre verfehlt, eine Problematisierung ausschließlich entlang der Linie „privat-staatlich“ vorzunehmen. Die Analyse der Interviews verweist darauf, dass die fachliche und pädagogische Qualität in der „Benachteiligtenausbildung“ organisations- und nicht trägerspezifisch ist. Die etablierten Bildungsträger in der Uckermark versuchen durch Netzwerkbildung und Bietergemeinschaften bei den Ausschreibungsverfahren im „Rennen zu bleiben“. Problematisch ist, dass vorhandene Ressourcen sowohl der OSZ als auch der Bildungsträger teilweise durch die spezifische Ausschreibungspraxis der Agentur für Arbeit keine systematische Berücksichtigung finden.

Sehr pointiert wird diese strukturell verankerte Problematik von Akteuren eines niedersächsischen Projektes des abgelaufenen Programms Lernende Regionen formuliert: „Regional verwurzelte gemeinnützige Träger, die mit dieser Arbeit

oft jahrzehntelange Erfahrung haben, konkurrieren mit kommerziellen überregionalen Anbietern, die sich in verschiedenen Kommunen mit einem einheitlichen Dumping-Konzept bewerben, unterliegen aufgrund ihrer sozialen Ansprüche und müssen ihre Einrichtungen ganz oder teilweise schließen.⁴⁶⁶ Diese Entwicklung scheint umso gravierender, da die Integration Lern- oder sozial „Benachteiligter“ eine zentrale Herausforderung (nicht nur) in der Uckermark ist. Ein Teil der beruflichen Integrationsförderung erfolgt in der Uckermark durch die Kommune selbst (Optionskommune). Hier sind die Spielräume in der Vergabepraxis, was Qualität, Erfahrung und den Preis angeht, etwas größer.

7.4.3 Kommunale Lernprozesse

Die kommunalen Entscheidungsträger beriefen sich bei den Verlagerungsabsichten der Templiner Abteilung für Soziale Berufe auf die Annahme einer stark sinkenden Nachfrage nach schulischer Ausbildung. Dass für die Abteilung nicht der Standort Prenzlau anvisiert wurde, wie vom Leiter des OSZ und der Templiner Abteilung im Fall einer Verlegung favorisiert, lässt vermuten, dass seitens der Kommune dieser OSZ-Abteilung kein so hoher Stellenwert als Ausbildungsstätte *im* Landkreis zugemessen wurde.

Die Bereitschaft zur Verlegung kann jedoch nicht allein mit der Legitimierung investiver Maßnahmen beantwortet werden. Mit der Annahme einer sinkenden Nachfrage nach schulischer Ausbildung bezogen sich die kommunalen Akteure auf die dominante bildungspolitische Orientierung der Stärkung des Dualen Systems (vgl. Kapitel 2.2.5). Vernachlässigt werden damit institutionelle und regionale Spezifika des Ausbildungsmarktes und -systems. Berufe wie Erzieher/in können nur schulisch erlernt werden, es gibt kein Äquivalent im Dualen System. Das ist die institutionelle Dimension. Der regionale Aspekt bezieht sich darauf, dass rückläufige Schülerzahlen nicht automatisch zu einem regional ausgeglichenen Arbeitsmarkt führen. Zumindest aber ist das Angebot im Dualen System für viele junge Frauen nicht attraktiver als das Erlernen eines Sozialberufes. Vieles spricht dafür, dass die Vernachlässigung dieser Aspekte zum einen auf einer Konstellation von fehlendem Fachwissen und einer Situation basiert, die es dem

⁴⁶⁶ BILDUNGSGENOSSENSCHAFT SÜDNIEDERSACHSEN e.G. 2004: 2f.; vlg. auch Buchholz/Straßer 2007: 28.

hoch verschuldeten Landkreis ermöglicht hätte, Kosten für die Unterhaltung eines Standortes einzusparen. Zum anderen spielt offenbar auch das regional-spezifisch unterschiedliche Prestige von Ausbildungsgängen eine Rolle. Obwohl mit sinkenden Schülerzahlen konfrontiert, standen gegenüber der Abteilung in Templin die berufsschulischen Ausbildungsgänge für die Schwedter Industrie zur Disposition. Dieses unterschiedliche Prestige basiert vermutlich auch auf Orientierungen, die sich im Verlaufe des in der DDR forcierten industriellen Entwicklungspfades der Region ausgebildet haben. Mehrfach wird im Nachgang hervorgehoben, dass man mit den Annahmen falsch lag.

Damals nicht, im Jahr 2001 hat damit keiner gerechnet [, dass die Schülerzahlen in der Abteilung stabil bleiben]. Aber am besten sind die Prognosen für die Vergangenheit und heute wissen wir, dass es gerade im Erzieherbereich und vielen anderen Bereichen eine positive Entwicklung gibt, Tagesmütter und so weiter. Und es freut mich, in Templin zu sehen, dass die ihre etwa 300 Schüler halten. (U SV)

Im Jahr 2008 stellte das Schulverwaltungsamt als starkes Bekenntnis zu dem Standort Investitionsmittel für die Sanierung des Templiner Schulgebäudes zur Verfügung.

7.5 Perspektiven und Rollen der regionalen Wirtschaft für die Infrastrukturgestaltung

Die Wirtschaft ist die zweite tragende Säule der Ausbildung im Dualen System. In der Berufsschulplanung spielt sie in der Regel eine eher untergeordnete Rolle. Die folgenden Abschnitte gehen der Bedeutung der regionalen Betriebe für die Infrastrukturgestaltung und -steuerung im Landkreis Uckermark nach.

7.5.1 „Für unseren Industriestandort hätten solche Entscheidungen fatale Auswirkungen gehabt.“ – Ein Großbetrieb als Akteur

Neben den Bau- und anderen Berufen war in den 2000er Jahren auch die Beschulung von einigen Industriebereufen von einer Verlagerung aus dem Landkreis bedroht. Eine explizite und erfolgreiche Intervention gegen den drohenden Verlust ging von einem der größten Betriebe in der Uckermark, einer Raffinerie am Standort Schwedt aus. Diese bildet Chemikanten-, Industriemechaniker- und

Elektroniker/innen sowie Kaufmänner/frauen für Bürokommunikation aus. Das Unternehmen befindet sich auf einem Industriegelände, das eine Reihe weiterer ebenfalls überwiegend in der industriellen Produktion tätige, größere und mittlere Betriebe beherbergt. Der Standort zählt zu den „Regionalen Wachstumskernen“ Brandenburgs.

Sozialräumlich liegt hier eine besondere Konstellation vor. Die Auszubildenden in den gewerblich-technischen Berufen besuchen die Schwedter Berufsschulabteilung des OSZ, die unmittelbar an das Industriegelände angrenzt. Es handelt sich um ein Ausbildungsarrangement, bei dem betriebliche und berufsschulische Ausbildung in unmittelbarer räumlicher Nähe erfolgt. Die Raffinerie hat die Berufsschule quasi vor der Haustür. Zurück geht diese Konstellation auf die Berufsschulorganisation in der DDR. Teile der Schwedter Abteilung des OSZ Uckermark gehörten vor 1989 zur Berufsschule des Großbetriebes. Sie wurden im Zuge der Umstellung auf das bundesrepublikanische System aus dem Betrieb ausgegliedert und in das neu gegründete OSZ Uckermark integriert.

Bis heute haben die Unternehmen auf dem Industriegelände, insbesondere die Raffinerie, für die Schwedter Berufsschulabteilung Chemie-, Elektro- und Metalltechnik einen herausragenden Stellenwert. Die Hälfte aller Lehrlinge und teilweise mehr kommen von hier. In der kommunalen Berufschulplanung stand diese Abteilung niemals zur Disposition. Auch auf Landesebene wird als eine Orientierung die Berücksichtigung von Großbetrieben oder Unternehmen, die zu den „Regionalen Wachstumskernen“ gehören, ausgegeben. Bei Konzentrationen sollten daher deren Ausbildungskompetenzen so weit wie möglich genutzt werden, indem diese für eine Steigerung der Ausbildungsqualität räumlich gebündelt werden. Im Blick ist dabei nicht der „normale“ Handwerksbetrieb. Die Institution der Zugehörigkeit zu einem Wachstumskern oder die Betriebsgröße ist jedoch kein „Selbstläufer“. Aus Sicht des Landes wäre das Eingehen auf alle (groß-)betrieblichen Interessen bezüglich des Berufsschulunterrichtes dysfunktional. Hier muss sich das Ministerium auch gegen Vereinnahmungen durch die Wirtschaft stellen.

Das Spannungsfeld, die begrenzten Ressourcen für Berufsschulen in einem Flächenland zu verteilen und einen spezifischen betrieblichen Bedarf zu bedienen, wird zum einen mittels der dezentralen Steuerungsphilosophie bearbeitet. Das

heißt, der lokale oder regionale Bedarf muss „von unten“ formuliert und an die zuständigen Akteure herangetragen werden. Zum anderen wird aufgrund der geringen Zahl an großindustriellen Betrieben der gleichen Branche (zum Beispiel in der Chemieindustrie) und der damit verbundenen niedrigen Ausbildungsdichte das Aufbringen einer entsprechenden Anzahl an Auszubildenden erwartet.

Dieser große industrielle Kern in Schwedt bietet mit Sicherheit jedes Jahr fünf oder acht Ausbildungsplätze. ... Und ich weiß, so was machen eigentlich nur drei Betriebe im ganzen Land, EKO in Eisenhüttenstadt, Schwedt und die BASF in Schwarzheide. Das sind die einzigen, die industrielle Produktionsstrukturen haben, wo man so etwas überhaupt lernen kann. Dann muss ich mir überlegen, jedes Jahr bildet jeder von den drei Betrieben fünf Lehrlinge aus. Dann gibt es eine Klasse im Land. Dann geht das Feilschen darum los, kommt sie nach Schwarzheide, nach Eisenhüttenstadt oder nach Schwedt. ... Solange da ein interessanter Arbeitgeber ist, der eine hochqualitative Ausbildung anbietet, na klar versucht man dann in der Logik regionaler Wachstumskerne auf so einen Einzelfall auch zu reagieren. Aber wenn ihr das vor Ort haben wollt, dann bitte auch eine kritische Größe. Dann nicht, mit dem Versprechen, wir gucken mal, ob wir jedes Jahr drei Auszubildende hinkriegen. (MBS RL 25)

Mit diesen Anforderungen war auch die Schwedter Raffinerie in der ersten Hälfte der 2000er Jahre konfrontiert. Im Zuge von Konzentrationen einzelner Berufsschulklassen sollte ein Teil der von dem Großbetrieb ausgebildeten Lehrlinge den Unterricht anstatt in Schwedt in deutlich entfernteren Landkreisen absolvieren:

Zu Beginn der 2000er Jahre flammte plötzlich die Diskussion um zurückgehende Schülerzahlen und notwendige Konzentrationen von Oberstufenzentren mit neuer Schärfe auf, ausgehend vom Bildungsministerium und den Schulämtern. So dass wir befürchten mussten, dass unsere Berufsschulstruktur hier am Standort völlig auseinander gesprengt werden würde. Da hieß es plötzlich, die Elektroniker für Betriebstechnik müssen nach Eisenhüttenstadt, die für Automatisierungstechnik nach Forst oder Falkenberg und auch für die Industriemechaniker stand der Standort Schwedt plötzlich zur Disposition. Für unseren Industriestandort hier mit über 70 Firmen und Niederlassungen

hätten solche Entscheidungen fatale Auswirkungen gehabt, zumal gerade einige dieser Betriebe sich dazu entschlossen hatten, mit uns gemeinsam im Verbund ausbilden zu wollen. (U GB1)

Kompromiss zwischen betrieblichen und berufsschulischen Organisationslogiken

Gegen die Konzentrationspläne mobilisierte der Großbetrieb. Er holte das OSZ, das Schulamt sowie die kommunalen Eliten ins Boot und wandte sich an das Bildungsministerium.

Als wir die für unseren Ausbildungsstandort gefährlichen Tendenzen der Diskussion um zukünftige Berufsschulstandorte erkannten, haben wir nicht abgewartet, bis endgültige Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen wurden. Sondern wir haben als größter Betrieb am Standort und Mittelpunkt des Ausbildungsverbundes versucht, mit Unterstützung der regionalen und kommunalen Entscheidungsträger Einfluss auf die Entscheidungen des Bildungsministeriums zu nehmen und haben dann dazu das Gespräch mit dem Ministerium gesucht. (U GB1)

Dabei sah man in dem zuständigen Schulrat jemanden, den man

auf seiner Seite [hat], wenn man hier was stärken will. Was nicht heißt, dass das Schulamt Lausitz oder Frankfurt/Oder oder Eisenhüttenstadt das genauso gut gesehen hat. (U GB1)

Dieser Widerstand war keine reine Durchsetzung betrieblicher Qualifikationsinteressen. Vielmehr ging die Raffinerie für den Erhalt der Ausbildungsgänge am Standort Schwedt einen anspruchsvollen Kompromiss ein.

Wir haben unsererseits versucht, auch für das Bildungsministerium ein Mindestmaß an Planungssicherheit zu garantieren und sind in den Gesprächen die Selbstverpflichtung eingegangen, jeweils in den Jahren, in denen entsprechende Berufe, hier insbesondere die Berufe Industriemechaniker und Elektroniker für Automatisierungstechnik, zur Ausbildung angeboten werden, gemeinsam mit unseren regionalen Verbundpartnern mindestens 12 Auszubildende einzustellen. (U GB1)

Der Betrieb reflektiert das Problem der Prognoseunsicherheit bei der Ausbildung. Der „Deal“ mit dem Ministerium war, dass ein Ausbildungsverbund um die Raffinerie die Selbstverpflichtung einging, pro Beruf jährlich mindestens 12

Auszubildende einzustellen. Dafür rückt das Ministerium von der Mindestgröße von 16 Auszubildenden ab.

Und nun stehe ich vor der Aufgabe, gemeinsam mit unseren Partnern zu organisieren, dass diese Zusage auch eingelöst wird.⁴⁶⁷

Der Betrieb kann diese Mindestgröße nicht allein garantieren. Er bildet jährlich in den Berufsgruppen, zum Beispiel dem/der Industriemechaniker/in circa sechs bis höchstens acht junge Menschen aus. Er ist daher für die Erfüllung der Absprache auf die Ausbildung anderer Betriebe, mit denen er zusammen einen Ausbildungsverbund bildet, angewiesen. Diese Betriebe befinden sich größtenteils ebenfalls auf dem Schwedter Industriegelände.

Wenn es pro Jahr nur bei den 6 bis 8 Auszubildenden der Raffinerie geblieben wäre, dann hätten wir die Berufsschule heute hier nicht mehr. Aber wir wissen, dass auch die anderen Betriebe hier am Standort vor einem Generationswechsel stehen und gehen davon aus, dass der Ausbildungsbedarf in den nächsten Jahren größer wird. (U GB1)

Wenn sich abzeichnet, dass die Verbundunternehmen zu wenig für das Erreichen der Mindestzahl ausbilden, füllt die Raffinerie diese Lücke mit ein bis vier Lehrlingen auf und umgekehrt: Bilden die Betriebe auf dem Gelände hinreichend aus, fährt die Raffinerie ihre Ausbildung ein Stück zurück, da die Kapazitäten in den Lehrwerkstätten des Betriebs begrenzt sind. Der Ausbildungsverbund fungiert hierbei als eine organisatorische Struktur für die anspruchsvolle Aufgabe, jedes Jahr die entsprechende Lehrlingszahl zu organisieren. Dadurch besteht auch ein Interesse an einer längerfristigen Planung. Das hat organisatorische Gründe. Es geht aber auch darum, den Bestand der, von anderen Betrieben als „paradiesisch“ beschriebenen, Ausbildungskapazitäten (Lehrwerkstätten, Ausbildungspersonal) vor der Leitung zu legitimieren und abzusichern. Der Großbetrieb ist daher bestrebt, seine Partner zu längerfristigen Aussagen zu bewegen. Denn oft wird nur bis zu einem Jahr voraus geplant.

Es wäre aus unserer Sicht durchaus wünschenswert, wenn der eine oder andere unserer Partnerbetriebe sich zumindest mittelfristig auf ein planbares Mengengerüst für

⁴⁶⁷ Für die Chemikant/innen wird nach wie vor jedes Jahr eine ganze Klasse zustande gebracht. Der/die Elektroniker/in für Automatisierungstechnik und Industriemechaniker/innen werden nun immer im Wechsel ausgebildet.

die Berufsausbildung festlegen könnte. Das würde unsere Arbeit für den Verbund sehr erleichtern und wäre ein guter Beitrag zum Erhalt des Ausbildungs- und Berufsschulstandortes. (U GB1)

Die Raffinerie und ihre Verbundpartner sind für dieses Arrangement aufeinander angewiesen. Der Großbetrieb fungiert als eine Instanz, die den Schwedter Ausbildungsstandort auch als Ganzes im Blick hat. Er vertritt über das eigene Unternehmen hinaus die Ausbildungsinteressen und stellt dafür auch Kapazitäten bereit, wie ein weiteres Großunternehmen an dem Schwedter Standort reflektiert.

Ich weiss, dass [der Ausbildungsleiter der Raffinerie] sehr genau auf die Ausbildungszahlen schaut. Und wenn da mal drei oder vier Azubis fehlen, um eine Klasse zu eröffnen, dann geht er zu seinem Dienstherrn und sagt, wir müssen was tun. Und meistens wird dann auch etwas getan. Das ist natürlich auch sehr positiv, weil da mehr Ressourcen sind. ... Das macht die Raffinerie dann schon. Da bin ich weniger mit dabei. Wir unterhalten uns natürlich über die Sachen, und er spricht natürlich auch in unserem Namen. (U GB2)

Im Gegenzug müssen sich die Betriebe auf die Planung des Großbetriebes einstellen.

Das heißt, wir müssen auch ein bisschen mit den Wölfen heulen, wenn ich es mal so umschreiben soll. ... Die Konzentration auf bestimmte Berufe [des Großbetriebes], da müssen wir mitgehen. (U GB2)

Großbetriebliche Ansprüche an die Berufsschule und Lernortkooperation

Von welchen Interessen wird dieses ausgeprägte Engagement getragen? Für den Großbetrieb ist der Erhalt der Beschulung vor Ort in einen hohen qualitativen Anspruch an die Ausbildung eingelagert. Der staatlichen, auf kritische Massenbildung ausgerichteten, überregionalen Konzentrationspolitik wird eine, auch symbolisch aufgeladene, Bedeutung des Industriestandortes, anknüpfend an Strukturen in der DDR, gegenübergestellt.

Zu einem Industriestandort mit mehr als 70 Betrieben und Niederlassungen gehört einfach ein qualitativ hochwertiger Standort für die Berufsausbildung. Und damit der richtig funktioniert, muss es zumindest für die Kernberufe eine Berufsschule an dem Standort geben. (U GB1)

Die vorgesehene Verlagerung hätte aus Sicht des Betriebes zu einem für die Jugendlichen belastenden Auseinanderreißen des Lernprozesses geführt.

Auch Modelle, nach denen die Auszubildenden die Grundbildung an einem Standort und die weiterführende Berufstheorie an einem zentralisierten anderen Standort erhalten sollen, sind ungeeignet, den qualitativen Anspruch an eine hochwertige Berufsausbildung auch nur annähernd zu erfüllen. In aller Regel führen sie dazu, dass die Auszubildenden, wenn sie im zweiten Lehrjahr, also kurz vor dem ersten Teil der Abschlussprüfung, das OSZ wechseln, auf eine völlig andere Lernlandschaft treffen und es Monate braucht, bis wieder ein einigermaßen einheitlicher Wissensstand in der Berufsschulklasse erreicht wird. (U GB1)

Formuliert wird der Anspruch an eine effektive Ausgestaltung der Ausbildung, bei der Theorie und Praxis Hand in Hand gehen. Dafür ist für den Großbetrieb auch das persönliche Gespräch mit den Berufsschullehrer/innen erforderlich, insbesondere wenn es sich um kritische Anliegen handelt.

Ja, man muss auch hin und wieder mit den Berufsschullehrern und den Leitern der OSZ beziehungsweise ihren Abteilungsleitern an einem Tisch sitzen und im Klartext über entstehende Probleme reden können. Je weiter das OSZ vom Ausbildungsbetrieb entfernt ist, desto schwieriger ist es, diesen persönlichen Kontakt zu erhalten, der für die gemeinsame Arbeit so wichtig ist. (U GB1)

Die Raffinerie thematisiert von ihr wahrgenommene Defizite in der Abstimmung von Ausbildungsinhalten und der schulischen Wissensvermittlung am OZS. Es geht aber bei der Kooperation auch um das Eingehen der Berufsschule auf den spezifischen unternehmerischen Qualifikationsbedarf. Zudem hat die Einführung des Lernfeldkonzeptes an den Berufsschulen⁴⁶⁸ einen für den Betrieb nicht immer günstigen Freiraum in der Wissensvermittlungspraxis eröffnet:

⁴⁶⁸ Der Ansatz der Lernfelder zielt gegenüber einer klassischen, nach Fachstoff gegliederten Wissensvermittlung auf das Erlernen von Inhalten in Form auftragsbezogener Projekte. Die einzelnen Themenblöcke sind in den Lernfeldern integriert.

Mit der Einführung der Lernfelder konnte es passieren, dass bestimmte Lerninhalte, die uns durchaus wichtig wären, plötzlich überhaupt nicht mehr vermittelt wurden, weil sie entweder nicht mehr explizit als zu vermittelnder Unterrichtsstoff vorgeschrieben sind oder weil sie innerhalb des Abstimmungsprozesses zwischen den beteiligten Lehrern zu wenig oder gar keine Beachtung fanden. (U GB1)

Dieses Eingehen auf den unternehmerischen Bedarf ist für den Großbetrieb keine Selbstverständlichkeit. Reflektiert werden die Herausforderungen für die Lehrer/innen, sich permanent für den aktuellen Stand weiterzubilden. Deren Engagement, das mit hohem zeitlichen und motivationalen Anspruch verbunden ist, wird dementsprechend geschätzt.

Diese betriebsnahe Lehrerfortbildung sehen wir nicht nur an Berufsschulen als sehr wichtig an. Und wir freuen uns, wenn solche Schritte aus der Schule heraus gegangen werden. Gute Ansätze dafür gab es bereits und wir unterstützen diese Bemühungen, indem wir es Lehrern auch ermöglichen, die Arbeitsplätze unserer Auszubildenden kennen zu lernen und naturwissenschaftliche Fortbildungsveranstaltungen zu besuchen. Auch die Schulen unterstützen wir durch die Bereitstellung betriebsnaher Aufgabensammlungen und Materialien für den naturwissenschaftlichen Unterricht und auch bei der Durchführung zahlreicher Veranstaltungen zur Berufsorientierung. Mit zwei Gymnasien unserer Region haben wir bereits Kooperationsverträge abgeschlossen. (U GB1)

Auffällig ist der extrem lokale Anspruch der Raffinerie an die Erreichbarkeit der Berufsschule. „Also Bernau und Prenzlau [Städte im Landkreis beziehungsweise im Nachbarlandkreis Barnim], ... da komme ich im Jahr zwei- bis dreimal hin.“ (U GB1) Dieser lokale Aspekt ist dabei nicht unbedingt an die Anzahl der Treffen, sondern an die Art und Weise der Kooperationsbeziehungen gebunden, die man mit der Berufsschule pflegen will. Die Realisierung des Qualitätsanspruches erfordert eine spezifische Kommunikationskultur. Sie ist zum einen gering formalisiert und spontan nach Bedarf „über den Zaun“ hinweg. Zum anderen müssen gesehene Defizite und deren Behebung in einer persönlichen Gesprächssituation thematisiert und verhandelt werden, um auch künftig eine gute Zusammenarbeit mit den Berufsschullehrern sicherzustellen. Es handelt sich nicht nur um eine rein technische Abstimmung von Inhalten. Es geht auch um soziale Aushandlungsprozesse, in denen Handlungsspielräume und die Bereitschaft für Veränderungen ausgelotet werden.

Dieses Lokalbewusstsein wird auch von Seiten der Berufsschule hergestellt. Der intensive Abstimmungsprozess mit dem Großbetrieb wird begründet mit der größeren Überschaubarkeit des Betriebes gegenüber einer Vielzahl von kleinen Betrieben.

Das ist auch ganz natürlich, es sind wenige Betriebe, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Den Kaufmann im Einzelhandel zum Beispiel bildet fast jeder aus. Da gibt es 60 Kooperationsarbeiter, mit denen sie sich einzeln abstimmen müssten. Und das funktioniert nicht. (U O SL)

Das lässt sich mit Handwerksbetrieben, die irgendwo sitzen, schwer realisieren. ... Es sind nur wenige Schritte, als wenn ich jetzt zum Beispiel 80 oder 90 Kilometer fahren müsste. ... Also das ist eine sehr gute Sache. Aber die lässt sich halt nur in dieser Form auf dem Gebiet hier realisieren, wo wir territorial so eng zusammensitzen. (U O AL)

Die besondere Bedeutung der Berufsschule hat zugleich auch eine symbolische Dimension. Bei einer Verlegung der Schule an einen anderen Standort müssten nicht nur Kooperationsbeziehungen erst wieder aufgebaut werden. Es ist unter Umständen auch davon auszugehen, dass der Betrieb dort keinen so großen Stellenwert einnimmt. Denn die betreffenden Berufsgruppen wären dort konzentriert worden, etwa in Eisenhüttenstadt, wo sich auch ein anderer Großbetrieb befindet. Bei diesem besonderen Anspruch an eine Berufsschule vor Ort handelt es sich um eine informelle Institution. Die Regulierung der Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Betrieb differenziert nicht zwischen verschiedenen Unternehmenstypen oder -größen. Im Fall der Raffinerie handelt es sich um das Fortleben einer in der DDR formal abgestützten Institution. Die einst an die Betriebe angegliederten Berufsschulen wurden zwar in kommunale Hand überführt, die engen Beziehungen blieben jedoch nach 1990 weiter bestehen. Die besondere Bedeutung der Kooperation zwischen Großbetrieben und Berufsschulen ist so auch eine in Politik und Administration breit verankerte informelle Institution mit langer historischer Tradition.

Der besondere Stellenwert der Raffinerie für die Berufsschule wird auch durch den Vergleich mit einem zweiten Großbetrieb auf dem Schwedter Industriege-
lände deutlich. Obwohl sich auch hier die Berufsschule in unmittelbarer Nähe befindet, ist die Zusammenarbeit weniger stark ausgeprägt. Besondere Koope-

rationsbeziehungen hält der Ausbildungsleiter des Betriebes zu einer Berufsschule in einem anderen Bundesland. Dort wird die Hauptberufsgruppe, der/die Papiertechnolog/in, beschult.⁴⁶⁹ Die hohe räumliche Distanz, die als durchaus nachteilig empfunden wird, wenn man mal einen Azubi „zu greifen“ kriegen will, wird über einen ausgesprochen guten Draht zu den Berufsschullehrer/innen überwunden. Er speist sich aus der Herkunft des Lehrpersonals aus der Papierindustrie, aus den Gemeinsamkeiten eines Berufsmilieus.

Das sind alles Fachlehrer, Fachingenieure, die aus der Papierindustrie kommen. Die haben ein sehr großes Interesse daran, ihr Wissen rüberzubringen und sind sehr engagiert. ... Die haben aufgrund ihrer Affinität direkt zu einer Industrie auch eine ganz andere Einstellung dazu. (U GB2)

Gleichwohl wird auf die Vorzüge einer Berufsschule vor Ort verwiesen. Sie ermöglicht neben kürzeren Wegen für die Auszubildenden eine andere Qualität der Kommunikation.

Und es ist doch immer besser, wenn man in einer Runde zusammensitzt und persönlich Sachen besprechen kann, als bei einer Videokonferenz oder so. Das ist viel persönlicher und direkter, und man versteht sich auch viel besser. (U GB2)

Dass die Kontakte zur Schwedter Berufsschule nicht so stark sind wie mit der Berufsschule für Papiertechnologie, wird mit einer geringeren qualifikatorischen Nähe zu den Lehrer/innen begründet. Durch formal institutionalisierte Gelegenheiten, wie die Zusammenarbeit im Prüfungsausschuss oder persönliche Verflechtungen, gibt es eine etwas engere Zusammenarbeit. Dazu trug aus Sicht des Ausbildungsleiters auch ein höheres Engagement der Lehrer/innen aufgrund der sinkenden Schülerzahlen bei.

Deutlich wird, dass die Beziehungen zur Berufsschule vom Engagement und den Ressourcen eines Ausbildungsleiters abhängen. Räumliche Nähe ist kein Garant für engere Kooperationsbeziehungen. Sie kann jedoch geringe zeitliche und personelle Ressourcen dafür kompensieren. Diese Ressourcen sind selbst bei Großbetrieben begrenzt.

⁴⁶⁹ Da es sich um eine spezifische Ausbildung mit geringen Auszubildendenzahlen handelt, gibt es deutschlandweit nur einige Schulen, die diesen Beruf als Bundesfachklassen beschulen.

Die persönliche Kommunikation von Angesicht zu Angesicht ist für die Akteure ein zentrales Medium, um systemisch bedingte Qualifikationslücken zu überbrücken. Diese Lücken sind systemisch, weil die Qualifikation der Berufsschullehrer/innen strukturell – also nicht aus personenbezogenen Gründen – den Entwicklungen am Markt (neue Technologien, Anwendungen usw.) „hinterherhinkt“. Diese Überbrückung bedarf einer spezifischen Gestaltung der Kommunikation, insofern die Realisierung von Kooperation aus „technischen“ Anlässen immer auch in soziale und symbolische Beziehungen zwischen Betrieb und Berufsschule eingelagert ist.

7.5.2 „Was soll denn noch alles aus der Region weg?“ – Perspektiven der Kreishandwerkerschaft

Von der Verlagerung berufsschulischer Infrastruktur aus der Uckermark waren zu großen Teilen handwerkliche Ausbildungsberufe in Klein- und Kleinstunternehmen betroffen. Diese bilden die Mehrzahl der Ausbildungsbetriebe. Die kleinbetriebliche Perspektive wird im Folgenden anhand der Reflektionen der Kreishandwerkerschaft (KHW) Uckermark nachgezeichnet.

Infrastrukturgestaltung ist aus Sicht der Kreishandwerkerschaft in der Region davon geprägt, dass ein Engagement nicht fruchtete und die lokalen Handwerkervereinigungen in Entscheidungsprozesse nicht einbezogen wurden.

Ich kann mich daran erinnern, wir haben uns schon in den 90er Jahren, als die ersten Zusammenlegungen kamen, versucht, dagegen auch zu wehren. Wir haben versucht, uns einzubringen und auf die Nachteile hinzuweisen, die damit für die Azubis und auch für die Innungsbetriebe, den Betrieben insgesamt entstehen. Aber da fanden wir nicht das Gehör. ... Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass eine breitgefächerte Diskussion vorher durchgeführt wurde, dass Umfragen in Betrieben gemacht wurden. ... Wir sind definitiv nicht mit einbezogen worden, in keine Entscheidung, weder im Vorfeld, noch als dann der Beschluss gefasst worden ist. (U KHW)

Konkret kritisiert wird, dass bei den Infrastrukturbeschlüssen nicht ein zumindest gewisser Ausgleich zwischen der Uckermark und dem Barnim angestrebt wurde.

Das wäre sicherlich auch für das Image auch innerhalb des Landkreises, die Ausstrahlung gut, dass hier Entsprechendes vor Ort ist. Und das würde dann die Verhältnisse auch etwas angleichen, wenn man sagt, warum müssen nur die Lehrlinge der Uckermark in den Barnim fahren. Es können genauso gut auch Barnimer Lehrlinge in die Uckermark reisen. (U KHW)

Auffällig ist, dass wenig konkrete, von den Betrieben an die KHW herangetragene, Nachteile durch die Verlagerung von Ausbildungsberufen benannt werden. Die KHW selbst verweist auf die Kostenbelastung durch die weiten Wege, die der/die Auszubildende tragen muss, wenn nicht ein Zuschuss durch das Unternehmen erfolgt. Diese können auch ein Ausbildungshemmnis sein.

Und das ist manchmal dann schon eine Frage, lerne ich den Beruf, kann ich mir das überhaupt leisten [wenn die Fahrtwege so lang sind]. Wo der Betrieb dann auch teilweise in die Pflicht genommen ist, dass er den Lehrling entsprechend bei den Fahrtkosten unterstützt, weil das teilweise von den Elternhäusern nicht gegeben werden kann. (U KHW)

Wie bei den Großbetrieben wird auf die Bedeutung der persönlichen Kommunikation zwischen Betrieb und Berufsschule abgehoben.

Das ist auch einfacher, wenn die Berufsschule innerhalb des Ortes oder des Landkreises ist, wenn es mal etwas gibt. Wenn der Betrieb sich dafür interessiert, dann ist es so eine lange Fahrstrecke, anderthalb Stunden hin und zurück. Und da sagt der Betrieb, ach na ja, ich ruf mal an. Das [persönliche Gespräch] ist vom Umgang her etwas anderes. Und auch der Lehrer am OSZ, der kennt in aller Regel die Betriebe in seiner Umgebung. Aber er weiss dann schon nicht mehr, was ist denn, wenn der Lehrling Maier aus dem Betrieb Schulze aus Templin kommt. Er kann sich von dem Betrieb nicht wirklich eine Vorstellung machen. (U KHW)

Der formulierte Raumbezug ist sehr lokal. Für Betriebe, die von der Berufsschule „eine Stadt entfernt sind“, ist die (potentielle) Beziehungspflege schon schwieriger. Auch das OSZ verweist auf ein eher geringes Interesse vieler Betriebe.

Ich habe früher versucht, alle Ausbildungsbetriebe einmal im Jahr einzuladen. Und das sind ja viele Betriebe, die wir hier haben. ... Es sind dann so drei bis vier Mann gekommen von 200 Betrieben. Und das ist dann schon sehr ernüchternd. Also Interesse ist wenig da. (U O AL)

Die Rolle der persönlichen Kommunikation wird nicht primär im Hinblick auf bestimmte fachliche Anliegen formuliert. Konkret hingegen ist der Verweis auf „disziplinarische Probleme“, die durch räumliche Distanzen entstehen.

Wir haben leider sehr oft einen relativ hohen Ausfall an den Oberstufenzentren. Wenn der Lehrling dann in Schwedt ist und der Betrieb ist in Angermünde, kann er innerhalb von einer halben Stunde da sein. Je weiter entfernt das ist, krieg ich als Betrieb eher selten mit, dass tatsächlich Ausfall ist. Und wenn, kann sich der Lehrling ja Zeit lassen, oder der Zug fährt dann nicht. ... Und das haben viele Betriebe sehr stark bemängelt, dass wenn Unterrichtsausfall war, die Jugendlichen teilweise nicht mehr in den Betrieb gegangen sind. (U KHW)

Als vorgeschobenes Argument wird hingegen die „Drohung“ der Betriebe zurückgewiesen, nicht mehr auszubilden, wenn die Berufsschule zu weit entfernt ist. Aus Sicht eines kleinbetrieblichen Arbeitsalltags verweist die Kreishandwerkerschaft aber auch auf Vorteile einer konzentrierten Berufsschulinfrastruktur. So ist es für einen Betrieb mit mehreren Lehrlingen günstiger, wenn beide nicht gleichzeitig in der Berufsschule sind, sondern immer jeweils ein Lehrling in der Lehrpraxis im Betrieb. Das ist aber nur möglich, wenn eine Berufsschule in einem Ausbildungsberuf mehrzünftig fährt, also mehrere parallele Berufsschulklassen hat. Je räumlich konzentrierter der Unterricht ist, desto eher besteht die Möglichkeit, mehrere oder zumindest zwei Berufsschulklassen zu organisieren. Jenseits der Frage des Zentralitätsgrades einer Berufsschule sind für die Kreishandwerkerschaft die Verbesserung der Ausbildung der Lehrer/innen⁴⁷⁰ sowie der Personalmangel ein dringlicheres Problem.

Die Kritik am Verlust berufsschulischer Infrastruktur wird eingebettet in eine übergeordnete Kritik an der Landkreisentwicklung. Sie speist sich auch aus den Verlufterfahrungen in anderen Infrastrukturbereichen.

⁴⁷⁰ Das betrifft den fachlichen Wissensstand, aber auch didaktische Kompetenzen im Umgang mit einer veränderten Schülerschaft.

Man kann es sicherlich nicht generalisieren. Aber es ist trotzdem so, dass die Uckermark in all den Jahren nur verloren hat. Es ist nichts dazugekommen, es ist immer nur weggenommen und in den Barnim gegeben worden. Das ist sicherlich auch alles in diesem großen Kontext zu sehen, dass die Randregionen immer abgeschrieben wurden. ... Und da ist die Frage, wollen wir auch in der Uckermark eine vernünftige Entwicklung sicherstellen oder wollen wir alle Institutionen, die wir nur haben, nach und nach abtreten. Da ist dann wirklich das politische Engagement im Kreis gefordert. ... Und oftmals ist es dieses unabgestimmte Entscheiden, dass die Regionalentwicklung in diese Bereiche überhaupt nicht mit einbezogen wird, dass es im Bereich Bildung eine klare Vorstellung gibt, wo man sagt, wir müssen uns diesen Bildungsvorteil hier sichern. (U KHW)

Insgesamt enthält die Perspektive der Kreishandwerkerschaft den Verweis auf einzelne Vor- und Nachteile einer konzentrierten Infrastruktur auf der einen und eine allgemeine Kritik des Infrastrukturabbaus am OSZ auf der anderen Seite. Sie ist teilweise diffus. Warum die kritische Perspektive nicht wie bei dem Großbetrieb zu dezidierten Aktionen führte, hat verschiedene Gründe. Hervorzuheben sind die Unterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieben bezüglich der Ansprüche an Kooperationsbeziehungen mit der Berufsschule, die Ressourcen, diese durchzusetzen sowie die Reproduktion dieser Unterschiede durch weitere Akteure.

Nach dem Land Brandenburg ist es Aufgabe der kommunalen Akteure, die Infrastrukturplanung mit der Wirtschaft abzustimmen. Auf dieser Ebene changiert die Perspektive zwischen dem Verweis auf die Grenzen der Vernetzung zwischen KMU und der Relativierung der Bedeutung räumlicher Nähe für die Kooperation zwischen Schule und Betrieb. Der Etablierung eines Modells wie am Schwedter Standort steht im Handwerk beziehungsweise bei Kleinbetrieben laut den kommunalen Akteuren eine Reihe von strukturellen Rahmenbedingungen entgegen. Die Kreishandwerkerschaft, die regional zuständige IHK sowie die Landkreisverwaltung verweisen auf erhebliche Probleme in der Besetzung von Lehrstellen und auf die geringen personellen Ausbildungsressourcen von Kleinbetrieben. Etwa 70 % der regionalen Kleinbetriebe haben nur bis zu fünf Beschäftigte. Hinzu kommen sehr kurzfristige Planungshorizonte durch eine schwierige Auftragslage. Die Unternehmen hangeln sich von Jahr zu Jahr durch.

Die haben natürlich eine langfristige Personalplanung in so einem großen Unternehmen. Das hat aber ein kleiner Betrieb gar nicht. (IHK FFO G AU)

Nach der IHK ist das Ausbildungsarrangement des Großbetriebs etwas Besonderes. Es handelt sich um Ausnahmen, weil nur sehr große Betriebe dies leisten können. Davon gibt es nur wenige in der Region. Auffällig war, dass das Schwedter Ausbildungsmodell in der Region nicht weiter bekannt war.

Das OSZ war bestrebt, durch informelles Kontakthalten mit den Betrieben, „bedrohte“ Ausbildungsgänge in der Region zu halten.

Wir führen öfters Gespräche mit den Betrieben und haben auch gemeinsame Interessen, so viele Jugendliche wie möglich ortsnah zu beschulen. Und wenn da eine kritische Situation eintritt, werden wir versuchen, Möglichkeiten zu finden. (U O SL)

Inwiefern dies erfolgreich ist, zeichnete sich zum Zeitpunkt der Interviewführung noch nicht ab. „Ich hab erstmal ein verbales Unterstützungsangebot von der Handwerkschaft. Aber, wenn es dann konkret wird, müssen wir sehen, ob das ausreicht. (U O SL)

Relativierung der räumlichen Nähe

Von den nicht direkt in die Ausbildung involvierten Akteuren auf Landes- und kommunaler Ebene wird die Bedeutung der räumlichen Nähe stark relativiert. Für die Lernortkooperation sei letztendlich das individuelle Interesse der Betriebe und der Berufsschule ausschlaggebend. Dieses kann dann auch räumliche Distanzen überwinden, so der Leiter des Schulverwaltungsamtes und ein Mitarbeiter der IHK Frankfurt/Oder.

Wenn das gewollt ist [von den Betrieben], genauso von Seiten der Berufsschule, das hängt ja auch von den Personen ab, kann man den Kontakt halten, ein Telefon hat heutzutage jeder.“ (U SV)

„Wenn das ein Mal im Jahr ist und das OSZ das rechtzeitig kommuniziert, dann fahre ich auch mal 100 km und wieder zurück. Oder ich bleibe zumindest in einer anderen Form in Kontakt, dass ich zum Beispiel dem Klassenlehrer meine E-Mail-Adresse und Telefonnummer gebe. Also heutzutage dürfte Kommunikation kein Problem mehr sein. Aber es liegt auch ein Teil der Probleme bei den Lehrern. ... Der Kontakt zu Betrieben ist nicht etwas, was richtig gerne gesucht wird. (IHK FFO G AU)

In der räumlichen Konzentration wird kein direkter, negativer Einfluss auf die Qualität der Zusammenarbeit gesehen. Teilweise wird darauf verwiesen, dass kein Wissen vorliegt, inwiefern sich Konzentrationen konkret auf die Qualität von Ausbildung auswirken. Vor diesem Hintergrund spielt der Aspekt der Lernortkooperation bei der Infrastrukturgestaltung für den Schulträger eine untergeordnete Rolle. Schulorganisatorische Fragen stehen im Vordergrund.

Die regionale Bildungslandschaft wird demnach nicht aufgrund der Gleichsetzung von räumlicher und sozialer Nähe und somit in einem territorialen Kontext entworfen, sondern als eine Frage raumtranszendierender Interessen der jeweiligen Akteure. Für die IHK ist die Ausbildungsqualität an den Berufsschulen entscheidend und wichtiger als die räumliche Nähe. Als ein besonders dringliches Problem gilt aktuell (nicht nur bei der IHK) der drohende Berufsschullehrermangel. In dem Spannungsverhältnis von unterschiedlichen betrieblichen und berufsschulischen Planungshorizonten kann sich die Planung nicht nach dem unsicheren Ausbildungsverhalten der Unternehmen richten. Verwiesen wird auf eine Reihe von Planungsunsicherheiten bei der Klassenbildung, etwa durch eine vorzeitige Beendigung des Ausbildungsverhältnisses in der Probezeit, durch spätere Ausbildungsabbrüche oder durch nur temporäre Verbundmaßnahmen.

Dann müssen die Azubis wieder woanders hin, werden neu verteilt. Wenn jedes Mal eine neue Klasse aufgemacht wird, wenn ein Unternehmen sich dafür einsetzt, dann müssen wieder die Lehrer hin und her gewürfelt werden. (IHK FFO G AU)

Die Situation zum Zeitpunkt des Interviews wird mehr als ein „Rumwurschteln“ der Schulämter untereinander beschrieben. Das Ministerium müsste „da eigentlich noch mehr steuern“. Die Orientierungen des IHK-Mitarbeiters sind so deutlicher von sektoralen Anforderungen, denn von einer regionalen Perspektive geprägt.

Die Aktivitäten für den Erhalt von Infrastrukturen im Dualen System entfalten sich im Wesentlichen auf der konkreten Alltags- und Arbeitsebene von Betrieben oder durch das Oberstufenzentrum. Eine dezidierte, strategische Vernetzung und Einbindung der Wirtschaft im Sinne einer Regional Governance war nicht erkennbar. Erst jüngst im Jahr 2014 zeichnet sich mit Verweis auf das drohende Wegbrechen weiterer Infrastrukturen ein stärker vernetztes Agie-

ren mit explizitem Bezug auf die Region ab: unter anderem durch eine stärkere Zusammenarbeit der Unternehmervereinigung Uckermark und des neu gegründeten Fördervereins des OSZ. „Bildung müsse in der Region bleiben, wenn man Menschen in der Region halten wolle. Häufig scheidet das jedoch an zu geringen Klassenstärken. Es müsse mehr Ausbildungsberufe geben, möglicherweise kleinere Klassenstärken und eine bessere Kenntnis der in der Region angebotenen Lehrberufe“, so der Präsident der uckermärkischen Unternehmervereinigung. Ein Mitarbeiter des OSZ hebt auf die Bedeutung eines stärker strategischen Agierens ab. „Man müsse sich generell Gedanken machen, wie man über Institutionen und Interessenvertretungen die berufsspezifische Ausbildung fördere.“⁴⁷¹

Zunehmend scheint das Bewusstsein stärker zu werden, dass in den Regionen vernetzter agiert werden muss, um das Wegbrechen von Infrastrukturen zu verhindern. Darauf deutet neben den Bestrebungen in der Uckermark auch ein „Krisentreffen“ im Landkreis Prignitz hin, organisiert von der Wirtschaftsinitiative Westprignitz und dem Oberstufenzentrum. Konkreter Anlass war die Bedrohung der weiteren Beschulung in den Berufen Kaufmann/frau für Büromanagement, Kfz-Mechatroniker- und Industriemechaniker/in aufgrund zu niedriger Auszubildendenzahlen. „Wir erleben einen schleichenden Niedergang der Berufsausbildung in der Prignitz. Machen die Jugendlichen ihre mehrjährige Ausbildung woanders, steige die Gefahr, dass sie nicht zurückkehren. Die Prignitz würde noch mehr junge Leute, junge Familien verlieren“, wird ein Vorstand der Wirtschaftsinitiative in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten zitiert.⁴⁷² Inwiefern der Appell an die Unternehmen, auszubilden und ihre Ausbildung aktiver zu vermarkten, wirksam ist und welche weiteren Aktivitäten entfaltet werden, ist (noch) offen. Auch gegen die Verlagerung der Fleischer- und Fleischfachverkäufer/innenausbildung von Zehdenick nach Neuruppin beispielsweise gab es vom OSZ und der Kommunalpolitik erhebliche, allerdings nicht erfolgreiche Proteste. Das zeigt, dass nicht ausschließlich Großbetriebe gegen Konzentrationen mobilisierungsfähig sind. Diese haben aber wohl mehr Einflussmöglichkeiten. Der SPD-Ortsverein von Zehdenick forderte, dass künftig der Land-

⁴⁷¹ www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1224004. Diese Aktivitäten entfalteteten sich erst nach Abschluss der Empiriephase und konnten daher nicht in die systematische Auswertung einbezogen werden.

⁴⁷² Artikel in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten vom 12.6.2014. „Das OSZ bangt um Schulklassen“ www.nnn.de/lokales/prignitz/das-osz-bangt-um-schulklassen-id682706.html.

tag und nicht die Fachplanung des Bildungsministeriums über die Einrichtung von Berufsschulklassen entscheiden soll.⁴⁷³

7.5.3 Räumliche Ein- und Entbettung – Berufsschulplanung im Spannungsfeld heterogener Kooperationsformen zwischen Berufsschule und Betrieb

In den vorgefundenen Reaktionen und Perspektiven auf Veränderungen der regionalen Berufsbildungslandschaft spiegeln sich zentrale Befunde der Berufsbildungsforschung zur Lernortkooperation wieder: der unterschiedliche Anspruch an die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule und die Unterschiede in den Ressourcen, die dafür zur Verfügung stehen. Dieser Unterschied kann auch räumlich strukturbildend sein. Das Ausbildungsarrangement am Schwedter Standort beruht auf einem Kompromiss zwischen berufsschulischen Planungserfordernissen und den besonderen Anforderungen des Großbetriebs an die Kooperation. Deutlich zeigten sich die hohen organisatorischen Ansprüche unter den Bedingungen von strukturell bedingter, betrieblicher Planungsunsicherheit an ein solches Arrangement. Ausschlaggebend für den Erhalt von Ausbildungsberufen war ein lokaler Verflechtungszusammenhang von ausbildenden Industrieunternehmen. Er wurde getragen von dem Engagement, den Interessen und dem „Selbstbewusstsein“ eines Großunternehmens. Basierend auf der Institution einer „Berufsschule für den Betrieb“ hat sich hier ein neuer Steuerungsmodus der Infrastrukturbetriebung ausgebildet. Von einer neuen Form der Regional Governance kann jedoch nicht gesprochen werden. Es handelt sich um einen lokal begrenzten Modus.

Es ist nach den Befunden der Berufsbildungsforschung ein institutionelles Merkmal, dass ein hoher Anspruch an eine professionelle Kooperation im didaktisch-methodischen Bereich eher bei Großunternehmen anzutreffen ist, die dafür eine entsprechende Ausstattung haben. Die KMU kooperieren deutlich seltener. Kontaktanlässe sind eher Lernschwierigkeiten, Disziplinprobleme oder Fragen der zeitlichen und organisatorischen Abstimmung. Das sind Kooperationen zur „Beseitigung von Störungen des Lehr-Lern-Prozesses“, wie sie auch von der Kreishandwerkerschaft angeführt wurden. Dass bei den KMU's keine dezi-

⁴⁷³ www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1331948.

dierten Reaktionen wie bei der Raffinerie zu beobachten waren, ist kein „uckermärkisches Phänomen“. Vielmehr, so die zugespitzte Formulierung von ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA (2005), stellen „Nicht-Kooperationen [...] den statistischen Normalfall“ dar. Die duale Ausbildung ist nicht auf eine Zusammenarbeit jenseits rein formaler Abstimmungen angelegt. Daher ist „Nicht-Kooperation nicht Ausweis von Dysfunktionen“, sondern ein grundlegendes Merkmal der Praxis des Berufsbildungssystems.⁴⁷⁴

Der Erhalt eines engen Ausbildungs- und Kooperationsraumes am Schwedter Standort war an einen Kompromiss zwischen betrieblichen und berufsschulischen Planungslogiken gebunden. Für solch einen Kompromiss fehlen bei vielen Kleinbetrieben sowohl der Anspruch an eine enge, räumlich nahe Kooperation, als auch die Rahmenbedingungen für Vernetzung und Organisation.⁴⁷⁵ Zwar sind das OSZ und die Kreishandwerkerschaft lokale Instanzen, die sich in diesem Betriebssegment für den Erhalt von Ausbildungsgängen engagieren. Die Aktivitäten sind (bisher) jedoch zu gering oder scheiterten an strukturellen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel fehlender Planungssicherheit.

Die verschiedenen Perspektiven auf die Lernortkooperation – der Anspruch des Großbetriebs, die Indifferenz anderer Betriebe und die Relativierung der Bedeutung von räumlicher Nähe durch administrative und andere Entscheidungsträger – verdeutlichen das Spannungsfeld von fachlicher Struktur und der räumlichen Organisation von Berufsschulen in dünn besiedelten Flächenländern. Durch die ausdifferenzierte Struktur des Berufsbildungssystems ist das Standortsystem aus schulorganisatorischer Sicht eher auf Konzentration angelegt, um (guten) Berufsschulunterricht gewährleisten zu können. Die Berufsbildungsforschung wiederum verweist auf „die Wahrscheinlichkeit des Wiedertreffens von Interaktionspartnern“ als gemeinsamen Nenner für das Einspielen von Kooperation. Als wesentliche Elemente der Kooperationsförderung gelten räumliche Nähe sowie organisationspezifische Stabilität und Kontakthäufigkeit.⁴⁷⁶ Das legt eher eine dezentrale Standortstruktur nahe. In schwächerer institutionalisierter Form trifft das auch für das Schulberufssystem zu. Forderungen nach

⁴⁷⁴ ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA 2005: Kap. 1.1.

⁴⁷⁵ Das sagt jedoch nichts über die konkrete Ausbildungsqualität in Kleinbetrieben aus.

⁴⁷⁶ ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA 2005: Kap. 2.1; vgl. auch EICHLER/KÜHNLEIN 1997: 97, 111.

einer in Nähe der Ausbildungsplätze angesiedelten Berufsschule gehören zwar (gelegentlich) zur Programmatik von Wirtschaftsverbänden.⁴⁷⁷ Es handelt sich allerdings um ein Kooperationsfeld, das „rechtlich nur schwach strukturiert und wenn überhaupt, dann zudem nur gering mit eigenen Ressourcen ausgestattet“ ist.⁴⁷⁸ Die konkrete Ausgestaltung der Lernortkooperation bleibt daher dem betrieblichen Ausbildungsalltag überlassen. Dieser Aspekt rangiert bei der Infrastrukturgestaltung durch die steuernden Akteure weit unter anderen Kriterien. Eine zentrale Ursache liegt in der schwachen Institutionalisierung der Lernortkooperation. Verbunden damit ist, dass nicht gelingende oder nicht stattfindende Lernortkooperation – auch in der Berufsvorbereitung – nur selten so sichtbar wird, dass sie Eingang in die politische Agenda und in die administrative Verwaltung findet.

Lernortkooperation beinhaltet mit ihren fachlichen, didaktischen und pädagogischen Dimensionen unterschiedliche Qualitätsmerkmale. Sie stehen teilweise in Konflikt miteinander. Förderliche Bedingungen für die Kommunikation, (unterschiedliche) Ansprüche der Betriebe an die Planung des Ausbildungsalltags und fachliche Erfordernisse der Unterrichtsabsicherung führen je nachdem zu einer anderen Gewichtung der Vor- und Nachteile von konzentrierten oder dezentralen Standortsystemen. Die klassische Berufsschulplanung übergeht dieses Spannungsfeld. Entweder misst sie den Kooperationen keine Bedeutung zu oder bleibt in ihrer Bewertung diffus. Es ist daher kompliziert, die Ansprüche der Wirtschaft als einen Referenzrahmen für die Berufsschulplanung zu verwenden. Bei Betrieben, die sich nicht aktiv für einen lokalen Infrastrukturerhalt einsetzen, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass dafür kein Bedarf besteht. Kooperationen mit der Berufsschule sind nicht ausschließlich in sektorale Erfordernisse (zum Beispiel Technologieentwicklung) eingebettet. Eine Rolle spielt auch, was organisatorisch leichter realisierbar ist. So lassen sich sicherlich eine Reihe von anderen Branchen und Unternehmen benen-

⁴⁷⁷ So formuliert zum Beispiel im Thüringer Aktionsprogramm „Fachkräftesicherung und Qualifizierung“. THÜRINGER MINISTERIUM für WIRTSCHAFT, ARBEIT und TECHNOLOGIE (Hg.) 2010: 23.

⁴⁷⁸ Bei einer systematischen Kooperation hätte es ein Lehrer mit circa 40 verschiedenen Betrieben zu tun, zumal die Kooperation vielfältige pädagogische Aspekte beinhaltet (curriculare Ausgestaltung und Abstimmung, die didaktisch-methodische Gestaltung, die Leistungsmessung und -bewertung, die Entwicklung einzelner Jugendlicher etc.). ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA 2005: Kap. 1.1, 2.2, vgl. auch PÄTZOLD 2006: 237 ff.; WALDEN 2006: 258 ff.

nen, die aufgrund von Modernisierungsprozessen ebenfalls intensiveren Kooperationsbedarf hätten. Engagement für die Berufsschule hängt, wie die Fallbeispiele zeigten, auch von Ressourcen und dem Interesse ab, diese durchzusetzen. Gegen die besondere Bedeutung der Kooperation von Berufsschule und Großbetrieb kann gehalten werden, dass gerade bei (bestimmten) Kleinbetrieben mit mehr Nachwuchsproblemen und geringeren Ausbildungsressourcen eine enge Zusammenarbeit mit der Berufsschule notwendig ist. Die Lernortkooperation ist daher für die Infrastrukturgestaltung eine eher schwache Institution.

Angesichts der immer stärker werdenden Besetzungsprobleme bei den Lehrstellen, die nicht nur demografisch bedingt sind, sondern mit schwierigeren Übergangspassagen von Jugendlichen in eine Ausbildung zusammenhängen, fällt in der Berufsschulplanung die Dominanz der sektoralen Qualitätsperspektive auf. Sie hebt auf die Notwendigkeit der Unterrichtsabsicherung mit Fachpersonal in konzentrierteren Infrastruktursystemen ab. Auf pädagogische Erfordernisse wird in Brandenburg zunehmend, allerdings nicht flächendeckend, mit der Einführung von Schulsozialarbeit an den Oberstufenzentren und auch in den Wohnheimen reagiert.

7.6 Widersprüchliche Entwicklungen? – Schrumpfung und Wachstum im Schulberufssystem

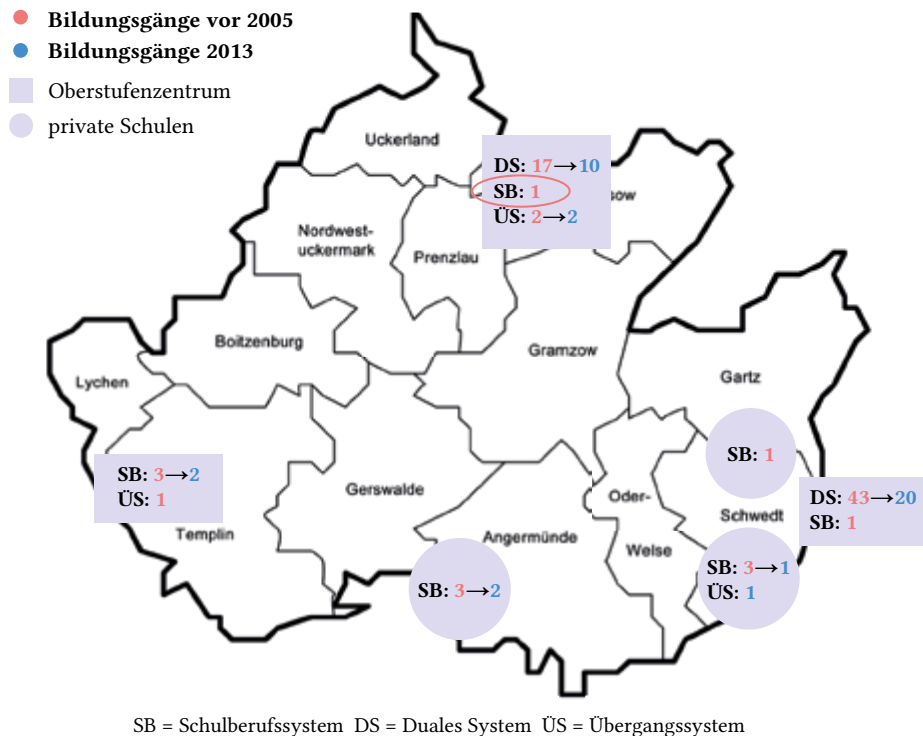
Das Schulberufssystem ist der zweite große Sektor, in dem Jugendliche eine vollqualifizierende Ausbildung erlangen können. Dieser ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Mit den sinkenden Schülerzahlen wird in Teilen der Politik und Planung von einem Bedeutungsverlust in Teilsegmenten ausgegangen. Durch eine entsprechende Nachfrage Jugendlicher nach betrieblichen Ausbildungsplätzen werden weite Teile dieser Ausbildungsinfrastrukturen nicht mehr benötigt.

Das statistische Material verweist auf heterogene Entwicklungen und zeigt zudem eine steigende Anzahl von Privatschulen im Schulberufssystem an. Angesichts der geringeren formalen Institutionalisierung dieses Sektors (vgl. Kapitel 6.4) steht die Frage, inwiefern der demografische Diskurs als eine institutionelle Leitorientierung für das Handeln der Bildungsorganisationen im Schulberufssystem fungiert. Das folgende Kapitel geht dieser anhand von drei Fällen nach.

7.6.1 Das Einstellen der Assistentenausbildung am OSZ Uckermark

Mit der Ausbildung in einem Assistentenberuf kann im Schulberufssystem ein vollqualifizierender Berufsabschluss erworben werden. Die Bezeichnung Assistent/in zeigt allerdings bereits an, dass die Funktion und der Stellenwert dieser Ausbildungsform umstritten sind. Sie reicht von einer Kompensationsfunktion bei fehlenden betrieblichen Lehrstellen bis zur komplementären Ergänzung des Ausbildungsangebotes. Von den drei Assistentenberufen, die das OSZ Uckermark in den 1990er und 2000er Jahren anbot, gibt es im Jahr 2013 nur noch den Sozialassistenten. Die Ausbildung für den kaufmännischen und den chemisch-technischen Assistenten an den Standorten Prenzlau und Schwedt wurde Mitte der 2000er Jahre aufgrund fehlender Nachfrage eingestellt (vgl. Karte 10).

Karte 10: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung.

Das Betreiben dieser Ausbildungsgänge ist keine staatliche Pflichtaufgabe. Sie stellt daher ein berufsbildungspolitisches Engagement von Kommunen und Ländern dar. Für das OSZ hatten mit Ausnahme des/der Sozialassistenten/in diese Ausbildungsgänge in erster Linie einen Versorgungscharakter. Sie wurden aufgrund des Lehrstellenmangels aufgelegt. Das gilt vor allem für den kaufmännischen Assistenten, der bis in die erste Hälfte der 2000er Jahre brandenburgweit von mehr als jedem zweiten OSZ angeboten wurde. Bei der Entscheidung für diesen Ausbildungsberuf orientierte sich das OSZ an den Berufswünschen der zahlreichen unversorgten Jugendlichen. Er bot eine Qualifizierung für jene Jugendlichen, die keine Lehrstelle erhalten hatten und nicht abwandern wollten oder konnten. In den staatlichen Ausbildungsprogrammen, wie dem Kooperativen Modell, waren Berufe, die den Wünschen junger Frauen entsprachen, unterrepräsentiert. Daher sollte mit der Ausbildung auch eine gewisse Lücke geschlossen werden. Für die Akteure war diese weniger eine Reaktion auf den regionalen Arbeitsmarktbedarf. Denn zu Zeiten des hohen Lehrstellenmangels hätte man ausbilden können, was man wollte. Aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation konnte kaum ein Arbeitsmarktbedarf ausgemacht werden.

Der im Jahr 2007 eingestellte Ausbildungsgang des chemisch-technischen Assistenten (CTA) am Standort Schwedt ist aus den Ausbildungskapazitäten eines ehemaligen Chemiebetriebs in der Region hervorgegangen. Er wurde brandenburgweit nur am OSZ Uckermark angeboten. Auch der CTA sollte zur Milderung der angespannten Ausbildungsplatzlage beitragen. Zugleich bildete er einen „gescheiterten“ Innovationsversuch im Aufgreifen des möglichen Arbeitsmarktbedarfes in Nischen. So setzte das OSZ mit diesem Beruf auf eine steigende Bedeutung des Umweltschutzes nach 1990, weil dieser in der DDR einen geringen Stellenwert hatte. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Stattdessen fanden die Ausgebildeten überwiegend Arbeit in der chemischen Industrie, vorrangig in den alten Bundesländern. Im Gegensatz zum/zur kaufmännischen Assistenten/in handelte es sich um einen Nischenberuf, sowohl die Dichte der Arbeitsplätze als auch die Berufswünsche der Jugendlichen betreffend. Für das OSZ war es jedes Jahr eine neue Herausforderung, die erforderliche Anzahl von Jugendlichen für die Eröffnung einer CTA-Klasse zu erlangen. Teilweise wurden die Jugendlichen aus nicht erfolgreichen Bewerbern für eine Ausbildungsstelle der in Schwedt ansässigen Raffinerie rekrutiert.

Der Landkreis orientierte bei der Assistentenausbildung auf eine Begrenzung der Kapazitäten. Angesichts des starken Ausbildungsplatzmangels von Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre war ein deutlich höherer Bedarf als vorhandene Plätze gegeben. Das hätte jedoch aus Sicht des Landkreises zu einer zu starken Ausweitung der kommunalen (finanziellen) Verantwortung für die Berufsausbildung geführt.

Damals hatten wir eine Entwicklung mit immer mehr Assistenten, und die Kommune sollte das regeln. Wenn wir Assistentenausbildungen auflegen, verzerren wir ja die Relation in der Berufsbildung. ... Damals, wo es acht bis zehn Nachfrager auf einen dualen Platz gab, hätten wir mehr Plätze auflegen können, aber was hätte man bewirkt. Wir hätten uns mehr von den klassischen Rahmenbedingungen der Dualausbildung entfernt. ... Wenn wir mehr und mehr in diesen Bereich reingehen, zieht es mehr Größenordnungen in den kommunalen Bereich. Und das ist nicht das Grundanliegen der klassischen Berufsausbildung in Deutschland. (U SV)

Zudem müssen neben der materiellen Ausstattung auch die entsprechenden Fachlehrer/innen vorhanden sein. Gleichwohl kam es, wie in Gesamtdeutschland, in den 1990er und 2000er Jahren zu der angesprochenen „Verzerrung“. In Brandenburg war dies weniger durch eine außerordentliche Ausweitung der Assistentenausbildung als durch das Kooperative Modell und Ausbildungssubventionen für Betriebe der Fall (vgl. Kapitel 2.2.2). An der Zurückweisung einer zu ausgeprägten Verantwortung der Kommune für die Berufsbildung zeigt sich die Ambivalenz, Berufsbildungspolitik zu stark auf der kommunalen Ebene zu verorten.

Die Assistentenausbildung richtete sich an sogenannte marktbenachteiligte Jugendliche. Sie hat den Schulabschluss der Mittleren Reife als Aufnahmevoraussetzung. Genau diese Jugendlichen benötigen aufgrund der sinkenden Schülerzahlen diese Ausbildung nicht mehr, da nun anteilig mehr betriebliche Ausbildungsplätze vorhanden sind. Dies war die Begründung für das Einstellen der zwei Assistentenausbildungsgänge. Zwar gibt es immer noch viele Jugendliche, die aufgrund von zugeschriebenen oder faktischen sozialen und Lernbenachteiligungen nicht die Einmündung in eine betriebliche Ausbildung schaffen. Allerdings kann es aus Verantwortung den Schülern gegenüber nicht darum gehen, durch intensives Bewerben die Ausbildungsplätze einfach nur zu besetzen:

Weil man muss auch ein gutes Gewissen haben, dass er die Probezeit besteht und die Komplexprüfung schafft. (U O SL)

Die sinkende Nachfrage wird mit der fehlenden Attraktivität einer schulischen Ausbildung gegenüber einer betrieblichen und den Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, begründet.

Mit dem Einstellen der zwei Assistentenausbildungen hat sich der Landkreis, mit Ausnahme des Sozialassistenten, von dieser Ausbildungsform verabschiedet.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir auch in den neuen Berufen hier in der Region eine entsprechende Anzahl zusammenbekommen. (U O SL)

Mit dem starken Einbruch, insbesondere in der kaufmännischen Assistentenausbildung, bewegte sich das OSZ Uckermark in einem brandenburgweiten Entwicklungstrend. Das fügt sich in die bildungspolitische Leiterorientierung auf die Ausbildung im Dualen System ein. Der Fokus auf die betriebliche Ausbildung zieht sich wie ein roter Faden durch die Deutungen der Akteure.

Sie haben ja am Oberstufenzentrum das Duale System. Das ist eigentlich die klassische Form. Ziel ist ja, dass die Jugendlichen in eine betriebliche Ausbildung gehen. (U-B S)

Verbunden damit ist die Orientierung auf eine stärker am Arbeitsmarktbedarf ausgerichtete Ausbildungsplatzförderung. Der Landkreis Uckermark versucht, als Optionskommune in der Ausbildungsplatzförderung in den letzten Jahren innovativere Wege im Ausbildungsspektrum zu gehen.

Während das OSZ seine Assistentenausbildung einstellte, expandierte zur gleichen Zeit diese Ausbildungsform an einer Privatschule in der Region. Auch OSZ in anderen Regionen legten neue Assistentenausbildungsgänge auf. Die demografische Entwicklung führt also nicht automatisch zu „Schrumpfungsprozessen“.

7.6.2 Aktive Verarbeitung der Krise? – Inhaltliche und organisatorische Neustrukturierung als Reaktion auf demografische Entwicklungen

7.6.2.1 Die Neueröffnung eines Assistentenausbildungsgangs am Oberstufenzentrum in einem berlinnahen Landkreis

Mit dem Einsetzen des Schülerzahlenrückgangs eröffnete ein OSZ in einem an Berlin angrenzenden Landkreis einen neuen Assistentenausbildungsgang, den gestaltungstechnischen Assistenten (GTA). Dieser Beruf ist im Bereich (neue) Medien und Marketing angesiedelt.

Wie das OSZ Uckermark bot dieses OSZ den GTA sowie den kaufmännischen Assistenten in der Fachrichtung Informationsverarbeitung für leistungsstärkere Jugendliche an, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz fanden.

Und bei den Assistenten, da ist die Fachoberschulreife Voraussetzung. Und da haben wir gesagt, wir haben einen Teil an Schülern, die keine Berufsausbildung haben, die aber auch nicht in das Kooperative Modell passen. Das ist vom Inhalt nicht so passend und für alle anderen Sachen seid ihr eigentlich, in Anführungsstrichen, zu schade, einfach die Berufsschulpflicht abzusetzen. Das wäre nicht so gut. Und da haben wir gesagt, welche Varianten würden wir hier favorisieren, und was können wir von der Ausstattung her leisten. (O AL BNLK)

Der konkrete Impuls für die Eröffnung des GTA war jedoch nicht berufsbildungspolitischer Natur. Er entstand aus der Suche einer Berufsschulabteilung nach einem neuen Betätigungsfeld angesichts des Verlustes anderer Aufgabenbereiche. So wurde aufgrund des Rückgangs der betrieblichen Ausbildungszahlen in den Bauberufen die Beschulung in einer Reihe von Berufen eingestellt und an andere OSZ verlagert. Damit entstand die Frage, in welchen Bereich das von der Konzentration betroffene Lehrpersonal künftig tätig sein kann. Als eine Möglichkeit stand der Unterricht in der Berufsvorbereitung zur Auswahl. Ein Teil der Lehrer/innen fühlte sich fachlich nicht hinreichend sicher für den Umgang mit den Jugendlichen in der Berufsvorbereitung, wo sozialpädagogische Arbeit einen großen Raum einnimmt. Alternative Vorschläge von der Abteilungsleiterin wurden von den Berufsschullehrer/innen aktiv aufgenommen. Als eine

Möglichkeit schälte sich die Eröffnung eines Assistentenausbildungsganges heraus, der an die vorhandenen fachlichen Kompetenzen anschloss.

Es kamen Vorschläge, was vielleicht interessant wäre, auch durch Umschauen an anderen OSZ, und was man hier bei uns in der Abteilung realisieren könnte. Das habe ich den Kollegen vorgestellt. ... Da hat dann ein Zettel ausgehangen, wer dafür Interesse hätte. Und mehr oder weniger haben sich die Kollegen selber dort eingetragen. Das ist nicht von mir eingesetzt worden. (O AL BNLK)

Die Lehrer/innen sondierten zunächst die in Frage kommenden Berufe. Es galt angesichts sinkender Schulabsolventenzahlen sicherzustellen, dass diese auf eine entsprechende Nachfrage bei den Jugendlichen treffen.

Das wird ja nicht durch die Schule finanziert, sondern sie können maximal Bafög beantragen. Es muss etwas sein, wo die Schüler auch hinwollen, um einfach auch das Interessenfeld abzudecken. Weil man sagt, gerade die Arbeit am PC, das ist für alle Jugendlichen wichtig. Und deswegen haben wir uns auf diese beiden Berufe orientiert. (O AL BN LK)

Für die konkrete Entscheidungsfindung wurden die Angebote anderer OSZ betrachtet und zwei Berufe in die engere Wahl genommen. Ausschlaggebend war dann ein „Markttest“ auf einer Ausbildungsmesse.

Die Infoblätter GTA gingen weg wie warme Semmeln und die anderen wurden nur einzeln nachgefragt. (O M BN LK)

Der regionale Ausbildungsmarkt spielte bei dieser Entscheidung keine ausgewiesene Rolle. Man wusste nicht genau, in welcher Größenordnung im Landkreis betrieblich in diesem Berufsprofil ausgebildet wurde. Verwiesen wurde allgemein auf das geringe Ausbildungsangebot im Medienbereich.

Beim GTA konnte man an Fachkompetenzen anschließen. Genannt wurden besondere PC-Kompetenzen, fachliche Affinitäten zwischen Grafikdesign und der ehemaligen Ausbildung in den Malerberufen, wie Farb- und Raumgestaltung, sowie persönliche Neigungen, eine „künstlerische Ader“. Der Wechsel in diesen Ausbildungsgang erforderte ein hohes Maß an individueller Bereitschaft zur Fortbildung. Das war sehr vorraussetzungsvoll. Denn für dieses Berufsbild gab es (noch) keine kompakte, formalisierte Lehrerweiterbildung. Sie fand

größtenteils in der Freizeit, auch informell und mit finanziellen Eigenanteilen und hohem persönlichen Einsatz, statt (Betriebsbesuche, Kurse an der Volkshochschule oder autodidaktische Fortbildungen). Auch das Curriculum musste erarbeitet werden, da es für diesen eher jungen Ausbildungsgang noch keinen verbindlichen Rahmenlehrplan gab.⁴⁷⁹ Bei der Etablierung konnte man mit der Unterstützung des Schulträgers innerhalb eines bestimmten Kostenrahmens rechnen.

Und einen Teil hat halt wirklich auch der Kreis zusätzlich investiert. Also, man muss schon sagen, dass hier gerade der Landkreis versucht, viel in die berufliche Bildung reinzustecken, was Ausstattung angeht. (OAL BNLK)

Dem Problem des geringeren Praxisanteils in der Assistentenausbildung generell versuchten die Akteure in zwei Formen zu begegnen. Sie waren bestrebt, mit einer entsprechenden Ausstattung den Unterricht praxisnah zu gestalten (PC- und Drucktechnik für Fotobearbeitung, Flyer- und Plakaterstellung oder ein Atelier für den handwerklich-malerischen Bereich). Zudem wurden Anfragen für Werbegestaltungen von der Stadt und anderen Einrichtungen, welche Berufspraxis vermitteln, aufgegriffen oder akquiriert.

Angesichts des Schülerzahlenrückganges galt es gegen Ende der 2010er Jahre, die Werbung für die Ausbildung zu intensivieren. Das war ein eher neues Feld für die Lehrer/innen.

Die Kollegen überlegen natürlich auch immer, wie können wir Schüler für unseren Beruf interessieren, und dass wir da immer noch so ein bisschen auf der Suche sind nach geeigneten Möglichkeiten. ... Dieses Jahr haben wir jemand von der Zeitung hergeholt und ein Interview führen lassen. Wir haben also einen richtigen Artikel noch mal in der Zeitung gehabt. Danach kamen auch die Bewerbungen. (O AL BNLK)

Zu weiteren Formen gehören Ausbildungsmessen. Die Werbung erfolgte in erster Linie innerhalb des Landkreises, weil sich der Ausbildungsgang vor allem an Jugendliche aus der Region richtete.

⁴⁷⁹ Inzwischen verabschiedete das Land Brandenburg einen einheitlichen Lehrplan für diesen Beruf.

Die Entscheidung der OSZ-Abteilung, angesichts des Verlustes des Baubereiches einen neuen Bildungsgang zu eröffnen, stellt eine aktive Verarbeitung der „Krise“ beziehungsweise der Schrumpfungprozesse dar. Im Rahmen der begrenzten Mittel wurde dies mit hohem persönlichem Einsatz betrieben. Zum Tragen kommt hier das berufsbiographische Selbstverständnis als Fachlehrer/in gegenüber der nicht realisierten Variante des Arbeitens in der Berufsvorbereitung. Die Lehrer/innen reflektierten die begrenzten Rahmenbedingungen und die pionierhafte Situation bei der Etablierung des Ausbildungsganges. Da sie Neuland betraten, musste eine entsprechende Professionalität erarbeitet werden. Auch konnten nicht alle Möglichkeiten des Ausbildungsganges voll ausgeschöpft werden, etwa die Anwendung bestimmter Grafikprogramme. Ob dies nötig war, wurde mit Verweis auf die Voraussetzungen der Schüler jedoch auch bezweifelt. Denn für eine Ausschöpfung aller möglichen Ausbildungsinhalte sind auch entsprechend leistungsstarke Schüler/innen notwendig.

Aber, wenn ich dann schaue, welche Voraussetzungen Schüler wirklich mitbringen. Wenn ich sage, ich nehme nur die und die, dann ist es die Frage, kann ich das überhaupt noch zukünftig als Berufsausbildung anbieten, bei dem Kenntnisstand, den die Schüler mitbringen. ... Was will ich am Ende? Will ich eine Berufsausbildung für Schüler, die Zugangsvoraussetzungen erfüllen und die das Interesse dafür haben? Oder will ich perfekt Ausgebildete, die hinterher selbständig diesen Beruf ausüben können? Wobei man schon sagen muss, gewisse Berufserfahrung müssen sie nachher immer noch sammeln. (O M BNLK)

Der GTA wurde nicht als eine Ausbildung angesehen, die alle erforderlichen Qualifikationen vermittelt und anschließend direkt in den Arbeitsmarkt oder in die Selbständigkeit führt.

Man muss gerechterweise sagen, das ist eine Zwischenausbildung. Manche wissen nur, dass sie dafür Interesse haben und möchten auf dem Gebiet ein bisschen was machen, dann merken sie am Ende vielleicht auch, wo ihre Grenzen sind. (O AL BNLK)

Sehr offen wurde somit die auch in der Literatur festgehaltene, institutionell verursachte „Minderwertigkeit“ der Ausbildungsform benannt (vgl. Kapitel 2.1.1.2).

Dies bestätigt sich auch in den Erfahrungen mit dem Verbleib der Jugendlichen. Die Ausbildung führt selten direkt in den Arbeitsmarkt. In der Regel wird eine

betriebliche Ausbildung angeschlossen oder die Fachoberschule mit anschließendem Studium. Allerdings gibt es keinen systematischen Überblick. Das Wissen um den Verbleib der Schüler/innen hängt eher von Zufällen oder von deren Rückmeldungen ab. Gleichwohl wird die Bedeutung der Ausbildung als eine Entwicklungsphase für die weitere berufliche Sozialisation, die Berufsorientierung und den Kompetenzerwerb hervorgehoben.

Die Hoffnung, einen Ausbildungsgang etabliert zu haben, der den Schülerzahlenrückgang übersteht, erfüllte sich nicht. Seit der Eröffnung im Jahr 2006 pendelten die Schülerzahlen um die 20 und sanken gegen Ende des Jahres 2010 stark ab. Im Jahr 2011 wurde die Ausbildung zum GTA wie auch zum/zur kaufmännischen Assistent/in eingestellt.

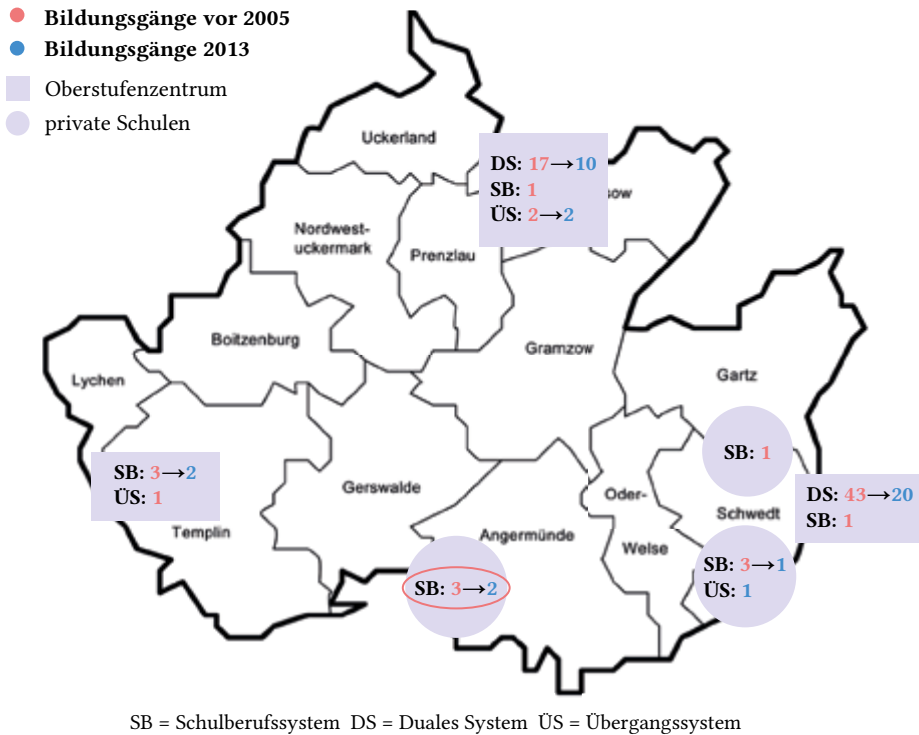
Laut der Berufsschulstatistik und der medialen Berichterstattung ist auch an OSZ in anderen Landkreisen ein solches Muster der „aktiven Verarbeitung“ sinkender Schülerzahlen beobachtbar. So eröffnete beispielsweise das OSZ Neuruppin im Jahr 2011 den Ausbildungsgang zum/zur Erzieher/in neu. Die Kommune begründete dies mit dem Bestreben, das OSZ angesichts sinkender Schülerzahlen stärken zu wollen, und mit dem Arbeitsmarktbedarf. Die Jahre zuvor lehnte der Kreistag dies mit Verweis auf ein in der Nähe befindliches Privatschulangebot mehrmals ab.⁴⁸⁰

7.6.2.2 Expansion und Schrumpfung der Assistentenausbildung an einer privaten Berufsschule in der Uckermark

Nicht nur einige OSZ, sondern auch zahlreiche Bildungsträger eröffneten in den 2000er Jahren Assistentenausbildungsgänge an (neu etablierten) Berufsfachschulen. So wurde auch in der Uckermark Ende der 1990er Jahre in einer Kleinstadt eine Berufsfachschule in freier Trägerschaft gegründet, während das OSZ seine Assistentenausbildung einstellte. Bis zum Jahr 2007 verzeichnete die Schule eine äußerst expansive Entwicklung. Mitte der 2000er Jahre erreichten die Zahlen mit etwa 250 Schüler/innen ihren Höhepunkt, im Jahr 2013 lagen sie nur noch bei 61.

⁴⁸⁰ www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12121767/61299/Mitarbeitern-der-Fachschule-Agus-droht-wegen-Kreistags-entscheidung-das.html; www.maerkischeallgemeine.de/cms/cms/beitrag/11717620/61299/Der-Streit-um-eine-Erzieherklasse-am-Oberstufenzentrum-geht.html, 05.07.2011.

Karte 11: Berufliche Ausbildungsgänge im Landkreis Uckermark nach Trägerschaft vor 2005 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Privatschule (Berufsfachschule) ging aus einem langjährig in der Uckermark ansässigen und noch heute in der Erst- und Weiterbildung aktiven Bildungsträger hervor. Solche Träger etablierten sich in den neuen Bundesländern im Zuge der umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Umschulung, Weiterbildung) und staatlichen Förderprogramme für die Erstausbildung nach 1990.

Anlass für die Gründung war der einsetzende und antizipierte weitere Rückgang an staatlichen Fördermitteln. Dies betraf die Berufsvorbereitung und die überbetriebliche Erstausbildung wie auch die Weiterbildung aufgrund der demografischen Entwicklung und Neuausrichtung in der Förderpolitik. Die Schule gehörte damit zu jenen brandenburgischen Anbietern, die sich im Kontext der demografischen Entwicklung im Bereich der neuen Dienstleistungsberufe neu positionierte. Diese Entwicklung ist nicht bei jedem Träger beobachtbar. So ist ein solcher institutioneller und organisatorischer Wandel auch in ein spezifi-

ches Professionsmilieu eingebettet. Schon vor der Schulgründung war der Bildungsträger über das Kerngeschäft hinaus sehr aktiv in der Region. Er engagierte sich für die Suche nach Innovationen in der Ausbildung „benachteiligter“ Jugendlicher, zum Beispiel durch die Teilnahme an Modellprojekten oder Lobbyarbeit für neue Ausbildungsmodelle. Insofern traf ein struktureller Zwang zur Neuorientierung auf eine Organisation, die in ihrer institutionellen Orientierung schon immer „sehr in Bewegung“ war.⁴⁸¹

Zunächst bot die Schule die/den kaufmännische/n und gestaltungstechnische/n Assistentin/en nach Landesrecht an. Im Jahr 2006 kam der/die Sportassistent/in (SPA) hinzu. Der GTA ist im Medienbereich angesiedelt. Der SPA greift den Professionalisierungsbedarf im Sport-, Freizeit-, Wellness- und Gesundheitsbereich auf, zum Beispiel Fachkräfte in Sportvereinen, Fitnessclubs, im Tourismus oder in der Rehabilitation. Die kaufmännische Assistentenausbildung wurde, wie am OSZ Uckermark, Mitte der 2000er Jahre aufgrund sinkender Nachfrage eingestellt. Im Gegensatz zu dieser in den 1990er Jahren aufgelegten Ausbildung werden der GTA und der SPA erst seit 2003 in Brandenburg ausgebildet. Mit Verweis auf solch eine „Pioniersituation“ hebt der Schulleiter bei der Etablierung auf eine intuitive Entscheidung ab.

Ideen waren noch viel mehr. ... Und da war natürlich auch ein Teil von dem, was entstanden ist, ein bisschen aus dem Bauch heraus, eine ad-hoc-Entscheidung. Und der GTA, das war dann so eine Sonntagsidee. Etwas zu machen, was es eigentlich nun gar nicht so gab. (U P SL)

Die Entscheidung für die einzelnen Ausbildungsberufe bewegte sich wie bei dem OSZ im berlinnahen Raum in einem Dreieck von Ergänzung der Angebote der Bildungslandschaft, den vorhandenen Möglichkeiten des Bildungsträgers und den (vermuteten) Interessen der Jugendlichen. So erfolgte die Auswahl zum einen im Hinblick auf die materiellen und personellen Kapazitäten des Trägers. Im Bezug auf den GTA zum Beispiel verweist der Schulleiter auf seine Fach-

⁴⁸¹ Ein anderer Typ sind Bildungsträger, bei denen die Ausbildung im Schulberufssystem schon immer zum Kerngeschäft gehörte. Unter diesen kann unterschieden werden zwischen Berufsfachschulen, die historisch etwa aus Kirchen oder Stiften hervorgegangen sind – zum Beispiel bei der Ausbildung in sozialen Berufen –, und solchen, die sich eher im Zuge von neuen Marktnachfragen gründeten. Darunter befinden sich eine Reihe sehr großer, bundesweit aufgestellter Träger.

kenntnisse als ehemaliger Kunstlehrer. Das Kollegium setzt sich zusammen aus Lehrpersonal, das auch an allgemeinbildenden Schulen in der näheren Umgebung unterrichtet, Fachlehrer/innen mit einem Designstudium und/oder Fachkräfte aus den entsprechenden Branchen, zum Beispiel aus Medien- oder Fitnessunternehmen. Zum anderen war es wichtig, dass die Berufe eine hohe Attraktivität für Jugendliche entfalteten. Das kommt auch in der Bezeichnung des GTA als einem „Modeberuf“ durch den Schulleiter zum Ausdruck. Der Markt für die kaufmännische Assistentenausbildung galt bereits als stark gesättigt (vgl. Abbildung 29). Zudem wies diese Ausbildung eine stärkere Nähe zu dem äquivalenten Beruf im Dualen System (Kaufmann/-frau für Bürokommunikation) auf. Dadurch haftete ihr das Image der „zweiten Wahl“ an. Die neuen Dienstleistungsberufe boten dem Träger ein neues Betätigungsfeld. Sie sprechen mit den künstlerischen oder sportlichen Anteilen diffuse oder explizite Berufsinteressen von Jugendlichen an. Das Duale System bot für diese Interessen nur begrenzte Möglichkeiten. Der dem SPA entsprechende Ausbildungsgang im Dualen System, der/die Sportfachmann/-frau, wurde erst 2007 bundesweit eingeführt, der/die Sport- und Fitnesskaufmann/-frau im Jahr 2001. Insgesamt bildete nur eine kleine Anzahl von Unternehmen in Brandenburg im Bereich Grafik-, Mediendesign und Sport aus, mit überwiegend rückläufiger Tendenz. Die Anzahl der Lehrlinge im ersten Ausbildungsjahr zur/zum Sportfachmann/-frau bewegten sich von 2008 bis 2014 zwischen 2 und 21. Bei den Mediengestalter/innen in verschiedenen Fachrichtungen waren es 2014 116 Lehrlinge im ersten Ausbildungsjahr.⁴⁸²

Wie bei der OSZ-Abteilung in dem berlinnahen Landkreis galt es zunächst, Erfahrungen mit den Ausbildungsgängen zu sammeln. Die institutionell verschiedenen Rahmenbedingungen zwischen öffentlichen und privaten Berufsfachschulen sind verbunden mit Unterschieden in der Gestaltung der Bildungsgänge und in dem Professionsverständnis. Im Gegensatz zu dem Oberstufenzentrum ist für die private Berufsfachschule eine hinreichende Nachfrage existenziell. Das Agieren der Schule ist daher stärker durch eine (notwendige) Positionierung am Markt der Bildungsanbieter geprägt. Durch viele gleiche Bildungsangebote in Berlin herrscht Konkurrenz. Die Schule spricht zum einen eine leistungsstärkere, „anspruchsvolle“ Schülerschaft an. Das Angebot richtet sich nicht

⁴⁸² LDSB: B II 5 - j / 04; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 - j / B II 7 - j / 06; B II 5 - j / 08; 11; B II 1 - j / 2005–2013.

so explizit an Schüler/innen, die „noch nichts gefunden haben“ oder beruflich eher orientierungslos sind. Zum anderen ist die Schule für ihren Bestand stärker auf eine überregionale Schülerschaft angewiesen. Allein mit den Schülerzahlen aus der Uckermark könnte sie nicht existieren. Das beworbene Einzugsgebiet zieht sich daher bis in die alten Bundesländer. Dafür betreibt die Schule ein erhebliches Marketing: von einer ansprechenden Webseite über Alumniaktivitäten bis hin zu einer starken Präsenz in Medien, auf Messen und in Berufsinformationsnetzwerken. Etwa ein Drittel der Schüler/innen kam aus der Region, die anderen aus Brandenburg, Berlin oder anderen Bundesländern.

Wie am OSZ in dem berlinnahen Landkreis werden die einschränkenden Rahmenbedingungen der Ausbildung infolge der kürzeren Ausbildungszeit und dem geringeren Praxisanteil reflektiert. Die Schule begegnet diesen mit dem Vermitteln von praktischen Berufserfahrungen über die gesetzlich festgelegten Anforderungen hinaus. Es werden eine Reihe von Praxisprojekten mit verschiedenen öffentlichen und privaten Einrichtungen vor allem am Standort durchgeführt, zum Beispiel die Gestaltung von Flyern, der Entwurf von Logos, Fotodokumentationen für die Stadt oder die Organisation von Veranstaltungen. Viele Anfragen werden auch an die Schule selbst herangetragen. Ob solche Projekte umfangreicher sind/waren als am OSZ in dem berlinnahen Landkreis, kann nicht beurteilt werden. In jedem Fall vermarktet die Schule diese medienpräsender und strebt damit eine Aufwertung der Ausbildung in der Öffentlichkeit und für potenzielle Interessenten an. Zu einer solchen Aufwertung gehört auch ein enger Kontakt zur Wirtschaft, Kooperationen mit (Fach-)Hochschulen, zum Beispiel für ein an den GTA anschließendes Kunststudium oder die Vermittlung von Praktika in Europa. Auch sprachlich wird der Bildungsgang aufgewertet. Anstatt des offiziellen Begriffs Berufsfachschule wird von Akademien, eine ungeschützte Bezeichnung, gesprochen. Schließlich gruppiert die Schule um die Ausbildung herum weitere „Attraktoren“, etwa eine Reihe von Freizeitangeboten, ein ansprechendes Ausbildungsgebäude oder das Internat. Bezug genommen wird auch auf die weichen Standortfaktoren, wie die Lage am See und die Naturschönheit, aber auch die Nähe zu Berlin.

Die Schule will ein breites Spektrum an Qualifizierungsfunktionen erfüllen. Die Ausbildung soll je nach den Orientierungen der Jugendlichen für eine Tätigkeit in

Medienfirmen, Sportvereinen oder Fitnessclubs qualifizieren, oder durch den parallelen Erwerb der Fachhochschulreife auf ein Studium vorbereiten. Nach Aussagen des Schulleiters nimmt etwa ein Drittel bis die Hälfte der Schüler/innen nach der Schule eine Arbeit auf oder macht sich selbständig, davon nur ein geringer Teil in der Region. Der andere Teil nimmt ein Studium oder eine Ausbildung auf. Die Schule sieht sich zugleich auch in der Rolle eines „Promotors“ der Regionalentwicklung in der Uckermark. Dies knüpft an Handlungstraditionen des Bildungsträgers aus den 1990er Jahren an.

Weil sich die Region als Schwerpunkt Tourismus auf die Fahne geschrieben hat, und da muss man eine Qualität entwickeln. Und das kann man auch für junge Leute, indem man vernünftig ausbildet, Auslandserfahrungen und so weiter. ... Und man muss auch, meiner Meinung nach, eine Vielzahl von Angeboten haben. Man kann nicht nur ein Highlight hier haben. Das ist sehr sehr schwierig hier zu entwickeln. ... Bei uns in der Uckermark müsste das durch Profis ausgebaut werden. Ich bin auch kein Profi, ich sehe das bloß aus meiner Erfahrung heraus. (U P ESL)

Zum Zeitpunkt des Interviews war die Resonanz der lokalen Einrichtungen noch verhalten. Eine Reihe der genannten kooperierenden Tourismus- oder Sporteinrichtungen befand sich nicht im Landkreis.

Wir haben in Oranienburg mit einer großen Sporteinrichtung eine Vereinbarung, wir haben mit der Ostsee eine ganze Menge schon. Und wir werden das auch hier in der Region stärker ausbauen, wenn die Region das will, das ja ist die Frage. (U P ESL)

Ursprünglich strebte die Schule eine stärkere regionale Verankerung ihres Ausbildungsprofils an. Dazu gehörte zum Beispiel die Integration polnischer Sprach- und Kulturkenntnisse angesichts der Grenzlage des Landkreises und der damit verbundenen Erwartungen an neue ökonomische Dynamiken. Dies scheiterte an einem zu geringen Interesse der Schüler/innen und an der mangelnden Resonanz in der regionalen Ökonomie. Auch war ursprünglich geplant, einen Assistentenausbildungsgang für Gesundheitstourismus zu eröffnen. Dieser sollte Entwicklungen der aktuell in Brandenburg und bundesweit stark propagierten Gesundheitswirtschaft aufgreifen und die touristische Entwicklung fördern. Das Landesministerium lehnte dies mit der Begründung eines fehlenden Bedarfes ab.

Die eher schwach ausgeprägten regionalen Bezüge werden von der Schule auch auf ein mangelndes Interesse der Region, der uckermärkischen Politik und Verwaltung zurückgeführt (vgl. auch Kapitel 7.6.2.3). Die Schule fügt sich mit Teilen ihres Ausbildungsangebotes in die vom Landkreis definierten Entwicklungsbranchen Gesundheitswirtschaft und Tourismus ein. Der Gesundheits-Kultur-Tourismus wird in einem Gutachten als Branche mit wichtigen Entwicklungs- und Beschäftigungspotenzialen angesehen. In Projekten der von dem Beratungsunternehmen Regionomica erarbeiteten Landkreiskonzeption „Masterplan Gesundheitstourismus“ gibt es eine Reihe von Bezügen zu den Ausbildungsinhalten des GTA und des SPA. Dazu gehören zum Beispiel die touristische Zusammenarbeit mit Leistungsträgern der Gesundheitswirtschaft und touristische Dienstleistungen, Image und Vermarktungskonzepte oder die Etablierung als Gesundheitsregion. Die Autoren der Konzeption konstatieren allerdings in dem aufgeführten Handlungsfeld „bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung“ kein überregional bedeutsames Angebot im Landkreis.⁴⁸³ Die Schule wird offenbar nicht als eine Bildungseinrichtung angesehen, die für die Weiterentwicklung des Tourismus und die Gewinnung von Nachwuchskräften relevant sein könnte. Möglicherweise hängt das auch mit gescheiterten Erfahrungen zusammen, Tourismusfachkräfte in der überbetrieblichen Ausbildung, gefördert durch die Kommune, auszubilden. Von den sechs Auszubildenden trat am Ende nur eine die Prüfung an. Die Schule positioniert sich daher im regionalen Entwicklungskontext als Alleinkämpfer. Zumindest sieht sie sich als eine Institution, die vorangehen muss und nicht auf entsprechende kommunale Aktivitäten zu warten braucht.

Man wird sicherlich auch politische Instrumente mit einbauen und Unternehmerverbände und ähnliches, wenn man in diese Richtung dann marschiert. Aber das muss von uns kommen. (U P SL)

Deren Agieren ist somit auch im Kontext von Lernprozessen zu sehen, demnach ein zu starker regionaler Bezug nicht tragend ist.

In dem insgesamt schrumpfenden Ausbildungssegment betreibt die Schule zwei Ausbildungsgänge, in denen das Sinken der Schülerzahlen ab etwa dem Jahr 2010 unterdurchschnittlich ausfiel. Beim GTA ging die Schüleranzahl in Bran-

⁴⁸³ REGIONOMICA 2007: 5 ff.; Ders. 2004: 103 ff.; www.uckermark.de.

denburg von 504 im Jahr 2009 auf 283 im Jahr 2013 zurück (vgl. Abbildung 29). Inwiefern es gelingt, die Schülerzahlen relativ stabil zu halten, ist offen. Aus Perspektive des regionalen Ausbildungsmarktes bereichert der Bildungsträger das Angebot, bei der GTA insbesondere auch für Frauen. Mit dem Rückzug des OSZ aus der Assistentenausbildung (außer dem Sozialassistenten) gibt es in der Uckermark diese Ausbildungsform allerdings nicht mehr kostenfrei. Schulgeld und Unterhaltskosten müssen aufgebracht werden. Das nächstgelegene staatliche Angebot für den GTA befindet sich in Eberswalde.

Mit der starken Verankerung am Standort ist die Schule auch eine Einrichtung, die das Alltagsleben der Stadt mitgestaltet. Mit Blick auf die Struktur in Brandenburg zeigt das Fallbeispiel, dass solche Angebote nicht automatisch eine ausgeprägte Zentralität aufweisen. Von den vier privaten Anbietern des GTA befinden sich zwei in Potsdam und zwei in kleineren Zentren. Der Vergleich mit dem Fallbeispiel aus dem berlinnahen Landkreis verdeutlicht jedoch, dass der Betrieb solcher Ausbildungsgänge an kleineren Standorten offenbar nur gelingt, wenn man sich nicht im Hinblick auf die Schülerschaft und den Arbeitsmarkt zu stark an der Region orientiert. Diese Ausrichtung ist eher bei privaten Berufsfachschulen anzutreffen. Gleichwohl ist die räumliche Einbettung ein wichtiger Faktor der Gestaltung der Ausbildung und deren Vermarktung. Die Einbettung schien dabei weniger regional denn lokal ausgerichtet.

7.6.2.3 Bereicherung oder Konkurrenz? – Die Perspektiven der regionalen Akteure auf die Privatschulentwicklung

Wie wird die Privatschulentwicklung in der Region wahrgenommen? Die auffindbaren Perspektiven am OSZ Uckermark, in der Schulverwaltung und im Schulamt zum Stellenwert sind unterschiedlich. Sie reichen von diffusen Positionierungen bis hin zu skeptischer Distanz. Gemeinsam ist diesen der Rekurs auf die differierenden Handlungsmöglichkeiten entlang der Linie „staatlich – privat“.

Das OSZ Uckermark verweist auf die ungleichen Rahmenbedingungen von staatlichen und privaten Bildungsanbietern. Für den Betrieb schulischer Ausbildungsgänge sieht sich das OSZ durch mangelnde Ressourcen, in erster Linie Fachpersonal, in den Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Allerdings bestehe für eine Assistentenausbildung in der Region aufgrund sinkender Schü-

lerzahlen auch nicht mehr der Bedarf. Mit dem Verweis auf gleiche Rahmenlehrpläne und Prüfungen könne die Qualität der Ausbildung bei den Privaten nicht besser sein. Es werden allerdings Zweifel an der Substanz der „Ausbildungsversprechen“ der Privatschule ausgedrückt und zugleich auf renommiertere Schulen in freier Trägerschaft in Brandenburg verwiesen. Die Region brauche die Schule auch deswegen nicht, da es die gleiche Ausbildung am OSZ im Nachbarlandkreis Barnim gebe. Diese sei zudem kostenlos.

Der Leiter des Schulverwaltungsamtes sieht die Privatschulentwicklung auf der einen Seite skeptisch,

... weil der Staat die Kräfte zu stark aufsplittet. Irgendwann muss sich der Staat auch fragen, wie wird er damit [der expandierenden Privatschulentwicklung] umgehen. (U SV)

Auf der anderen Seite wird durchaus Verständnis für Aktivitäten gezeigt, die den marktförmigen Dynamiken unterworfen sind.

Die freien Berufsschulen machen dann alles. Und nehmen damit, wenn man so will, den öffentlichen Schulen die Schüler weg. Man muss aber auch die freien Träger verstehen, die brauchen ihr Betätigungsfeld. Die ganzen Maßnahmen der Arbeitsagentur gehen ja zurück, weil die Schüler nicht mehr da sind. (U SV)

In dieser marktförmigen Organisation wiederum wird durchaus eine Bereicherung für die Region gesehen.

Sie bereichern auch die Vielfalt. Und da sind sie als ergänzendes Angebot nicht von der Hand zu weisen, wenn man sich auf das besinnt, wo man gute Erfahrungen hat. (U SV)

Bei der Verortung der Privatschulentwicklung am Bildungsmarkt fällt auf, dass nicht primär auf den Arbeitsmarktbedarf Bezug genommen wird. Verwiesen wird vor allem auf einen Markt, der durch die Attraktivität der Angebote der Privatschulen entsteht.

Ich gehe davon aus, dass die Anzahl der Assistentenplätze an den öffentlichen Einrichtungen weiter zurückgehen wird. Insgesamt aber nicht, weil an diese Stelle die freien Träger treten und ihre Angebote in weiter ausgestalteter oder sonstiger Art anbieten. (U SV)

Diese Perspektive, die verschiedene Aspekte gleichberechtigt hervorhebt, ist verbunden mit einem widersprüchlich wirkenden Wunsch an die OSZ, sich im Wettbe-

werb der Bildungsinstitutionen stärker zu profilieren. Er ist deshalb widersprüchlich, weil zugleich auch die Handlungsrestriktionen der OSZ reflektiert werden.

Ich will damit nicht sagen, dass alles gut ist, was man bei freien Trägern macht, was man abverlangt von Arbeitnehmern. Aber ich wünschte mir manchmal auch ein bisschen mehr Flexibilität und bisschen mehr Esprit. ... Es gibt ja so viel Gründe, die alle berechtigt sind, aber die am Ende nicht dazu führen, dass wir so beweglich sind. ... Und da beziehe ich mich auch mit ein. Wenn ich eine Deckelung als Schulträger vorgebe, kann sich natürlich eine Schule nicht entwickeln. Und selbst wenn ich die Deckelung nicht vorgeben würde ... , muss die öffentliche Schule genau wie ein freier Träger für die Genehmigung erstmal Inhalte, Fachkräfte und Ressourcen nachweisen. Aber da tut sich eine öffentliche Schule ein bisschen schwerer, weil der Schulleiter eigentlich wenig Einfluss hat auf die Einstellung von Fachkräften. (U SV)

Das Schulamt verweist auf die Bedeutung der privaten Bildungsträger zu Zeiten des starken Lehrstellenmangels. Sie füllten mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen eine Lücke, die nicht vollständig durch die staatlichen Berufsschulen personell und räumlich abgedeckt werden konnte. Mit dem Schülerzahlenrückgang bilden sie nun jedoch eine Konkurrenz zu den staatlichen Schulen. Problematisiert wird dies für die äußeren Regionen als ein Wegbrechen von erwarteten Größen. Im berlinnäheren Raum hätten sie aufgrund von Kapazitätsengpässen an den öffentlichen OSZ auch aktuell noch eine wichtige Entlastungsfunktion. Einerseits wird davon ausgegangen, dass sich durch die demografische Entwicklung die Angebotslandschaft neu strukturieren wird.

Das mit dem Wachstum in der Assistentenausbildung wäre nicht gekommen, wenn genug Lehrstellen da gewesen wären. Und deswegen laufen diese Bildungsgänge jetzt aus. (U-B S)

Die Leitorientierung auf das Duale System kommt hier zum Tragen, die durch entsprechende Aktivitäten in der Berufsorientierung gefördert werden soll.

Das ist ja auch das eigentlich Richtige. Ich habe einen Betrieb, und der bildet junge Leute aus. Und das möchte man eigentlich. ... Und darauf werden wir, wenn der Geburtenknick immer mehr kommt, natürlich auch stärker orientieren. Wenn mich jetzt Leute fragen, würde ich immer sagen, wenn du deinem Kind etwas Gutes tun willst, dann soll es einen anerkannten Ausbildungsberuf lernen. (U-B S)

Gleichwohl sieht man das Problem der „Anziehungskraft“ der Privatschulen. Die angenommene Orientierung auf eine betriebliche Ausbildung verläuft nicht so reibungslos.

Und das ist nicht so einfach, weil es in den Jahren natürlich auch gewachsen ist durch Mundpropaganda und so weiter. ... Schwierig wird es dann, wenn ein Betrieb einen Büroberuf anbietet und seine Lehrstelle nicht besetzt kriegt. Und der Schüler sagt, weil das jetzt über mehrere Jahre so gelaufen ist, da kann ich eine kaufmännische Assistentausbildung machen ..., obwohl es freie Lehrstellen gibt. Das ist problematisch und in so einer Phase sind wir jetzt. (U-B S)

Auffällig ist, dass sich die Befragten weniger konkret zu der privaten Berufsfachschule in der Region und deren Bedeutung für den Ausbildungsmarkt positionierten. Die Abwägungen verbleiben eher auf einer allgemeinen systemischen Ebene. Dies hängt zum einen offenbar mit der Dominanz sektoraler Zuständigkeiten und der damit verbundenen Steuerungslücke im Schulberufssystem zusammen. Die Errichtung und Gestaltung schulischer Ausbildungsgänge liege nicht in der Zuständigkeit der Kommune. Die regionale Privatschulentwicklung wurde zwar in offiziellen Gremien, etwa auf den Schulkonferenzen am OSZ Uckermark, aufgegriffen. Darauf könne jedoch kein Einfluss genommen werden.⁴⁸⁴ Zum anderen fällt auf, dass die Privatschulentwicklung im Landkreis nicht dezidiert für das OSZ problematisiert wird. Eine Ausnahme ist die Position des Leiters der Abteilung für soziale Berufe für den Bereich der Berufsvorbereitung (vgl. Kapitel 7.4.2). Diese Beobachtung lässt sich nicht für alle Regionen verallgemeinern. In der Prignitz führte die Neueröffnung des Ausbildungsganges zum/zur Erzieher/in am OSZ zu einer nicht erfolgreichen Rechtsklage einer Privatschule, die seit Jahren den gleichen Ausbildungsgang anbietet. Verbunden war dies mit starken kommunalpolitischen Auseinandersetzungen.⁴⁸⁵ Die eine Seite hob hervor, dass die Ausbildung an der staatlichen Berufsschule kostenfrei ist. Die andere Seite verwies auf ungleiche Wettbewerbsbedingungen und die Gefährdung von Arbeitsplätzen an der Privatschule. Den beiden verschiedenen regionalen Kon-

⁴⁸⁴ LANDKREIS UCKERMARK: Beschlussvorlagen, Drucksachen-Nr. 24/2007.

⁴⁸⁵ www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11717620/61299/Der-Streit-um-eine-Erzieherklasse-am-Oberstufenzentrum-geht.html; www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12123678/61299/Ralf-Reinhardt-sieht-bei-Entscheidung-fuer-eine-Erzieherklasse.html.

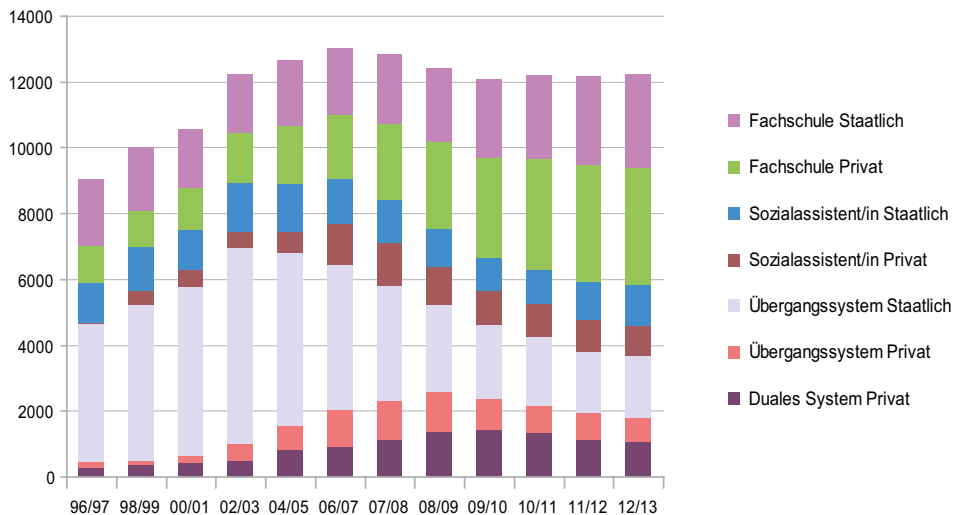
stellationen gemeinsam ist, dass sie kaum als Bestandteil der Region im Sinne eines gemeinsam gestalteten Bildungsraumes angesehen werden.

7.6.3 Steuerungsdilemma oder sich selbst regulierende Bildungslandschaft? – Demografische Entwicklung und institutioneller Wandel im Schulberufssystem von Flächenländern

7.6.3.1 Organisationsspezifische Eigenlogiken und aktorenspezifische Konstellationen in angebotsorientierten Bildungsmärkten

An den Reaktionen von Oberstufenzentren und Bildungsträgern auf sinkende Schülerzahlen zeigte sich (brandenburgweit), dass die demografische Entwicklung nicht automatisch zu einem Schrumpfen schulischer Ausbildungsangebote führte. Vielmehr kam es in Teilsegmenten sogar zu einer Expansion.

Abbildung 33: Schüler/innen und Auszubildende im Land Brandenburg nach Trägerform und Ausbildungsgängen (1994–2013)



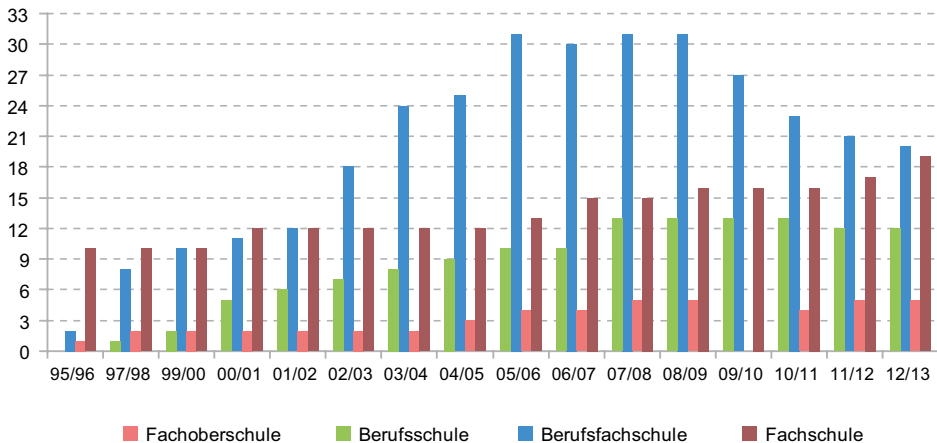
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2013, eigene Darstellung.

Insbesondere bei den freien Trägern verband sich dies mit einem institutionellen und organisatorischen Wandel, der auch an den organisationsspezifischen

„Selbsterhaltungsinteressen“ orientiert ist. Das Wachstum privater Berufsschulen (vgl. Abbildung 33 und 34) findet nicht parallel zum demografischen Wandel statt. Es ist mit ihm verwoben. Insofern blendet die Bezugnahme auf die demografische Entwicklung als eine Leitorientierung für Infrastruktursteuerung die besonderen Eigendynamiken von Bildungsmärkten im Schulberufssystem und im Privatschulsektor aus.

Die Konzeption von Ausbildungsmärkten, als sich durch Angebot und (demografisch bestimmte) Nachfrage regulierend, unterschätzt die Eigenlogiken der Bildungsorganisationen.

Abbildung 34: Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft im Land Brandenburg nach Schultypus (1995–2013)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg / LDSB: Statistische Berichte B II 1 – j/ 1995–2013, eigene Darstellung.

Nicht jede öffentliche Schule und jeder Bildungsträger orientierte sich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre in diesem Segment neu. Der institutionelle Wandel ist daher kein streng kausales Phänomen. Er basiert, wie die Fallbeispiele zeigten, auch auf einem spezifischen Professionsmilieu: auf dem beruflichen Selbstverständnis der Akteure und auf dem Innovativenswillen einer aktiven Leitung und eines Kollegiums. Er hängt also auch von in der Organisation infor-

mell ausgebildeten Institutionen ab.⁴⁸⁶ Die Schulentwicklungsforschung benennt für erfolgreiche Innovationsprozesse Elemente, die auch hier erkennbar waren. Dazu gehören unter anderem die Offenheit gegenüber den Innovationen von allen Beteiligten, die Fähigkeit, neue Ideen zu schöpfen, und ein gewisser Grad an Freiheit der Schulleitung bei der Umsetzung dieser.⁴⁸⁷

Die Einordnung des institutionellen Wandels als an organisationsspezifische Eigenlogiken gebunden heißt nicht, dass der Wandel keinen Bezug zu dem Bildungsbedarf der Jugendlichen hat. Der Bedarf war offenbar jedoch nicht der auslösende Impuls im Sinne einer strengen Marktregulierung. Wenn die Bildungsorganisationen sich ausschließlich an dem Ausbildungsbedarf orientiert hätten, dann wäre in Brandenburg vor allem zu Zeiten des starken Lehrstellenmangels eine deutliche Ausweitung des schulischen Ausbildungsangebotes beobachtbar gewesen. Die Zahlen im Schulberufssystem (ohne Kooperatives Modell) expandierten jedoch erst seit Mitte der 2000er Jahre, also kurz vor dem Einsetzen des Schülerzahlenrückganges.

Die Folgen solcher organisationsspezifischen Eigendynamiken relativieren die Konzeption eines klassischen Angebot-Nachfrage-Modells von Ausbildungsmärkten, wie sie in Teilen der Literatur und bei bestimmten für die Steuerung verantwortlichen Akteuren anzutreffen ist.⁴⁸⁸ Die Dynamiken verweisen auf die Prozesshaftigkeit, Interaktionseffekte und auf den zyklischen Charakter angebotsorientierter Ausbildungsmärkte. Zu den Eigenschaften dieser Märkte gehört zum einen, dass die Bildungsorganisationen nicht nur auf Bedarf reagieren. Sie erschaffen ihn auch, etwa durch Vermarktungsaktivitäten. Dies wurde auch von den Akteuren in unterschiedlicher Intensität problematisiert. Die erfolgreiche „Erzeugung“ einer Nachfrage kann natürlich nicht beliebig lange und in jede Richtung erfolgen. Sie muss in einem gewissen Maße an Lücken im Aus-

⁴⁸⁶ Vgl. dazu auch die Forschungsergebnisse des Zentrums für Sozialforschung Halle zu Handlungsorientierungen und Perspektiven der ostdeutschen Bildungsträger in den 2000er Jahren (GRÜNERT et al. 2006).

⁴⁸⁷ VAN ACKEREN/KLEIN 2009: 160.

⁴⁸⁸ Eine spezielle Folge organisationsspezifischer Eigeninteressen war die Fälschung von Schülerzahlen an einer privaten Berufsschule in Potsdam in den Jahren 2008 bis 2010, um entsprechende staatliche Zuschüsse zu erlangen. Der Schule wurde daraufhin vom Land die Betreibungsgenehmigung entzogen (www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11903269/62249/Ministerium-gewinnt-gegen-Schultraeger-justiz.html). Es gibt keine Hinweise darauf, dass es sich um ein weitreichendes Phänomen handelt).

bildungsmarkt und an die beruflichen Interessen der Jugendlichen anschließen. Dies zeigt der Erfolg, das heißt die steigenden oder relativ stabilen Zahlen in der Erzieher/innenausbildung sowie bei den gestaltungstechnischen und den Sportassistent/innen. Demgegenüber wurden in den technisch ausgerichteten Ausbildungsgängen nie höhere Schülerzahlen erreicht. Prozesshaftigkeit als Eigenschaft bedeutet, dass eine einmal aufgebaute Infrastruktur, eine neugegründete Schule, nicht von heute auf morgen vom Markt „verschwindet“. Das Bestreben um den Erhalt der aufgebauten Infrastrukturen wirkt noch eine Zeit lang nach. Die Folgen sinkender Schülerzahlen treten daher in unterschiedlichem Ausmaß zeitlich versetzt ein.

Diese Beobachtung führt zu einer weiteren Relativierung des einfachen Angebot-Nachfrage-Modells. Sie ist in dem zyklischen Charakter der Ausbildungsdynamiken zu verorten. Er weist Ähnlichkeiten zu Produktzyklen auf, so wie sie etwa mit der Einführung eines neuen Produktes durch Unternehmen eingeleitet werden. Bildungsorganisationen, die in Brandenburg neue schulische Ausbildungsgänge etablieren, sind Vorreiter. Sie bringen Innovationen in die Ausbildungslandschaft und sind daher im gewissen Maße Pioniere. Denn die Erfolgsaussichten sind (noch) ungewiss, und die notwendige Infrastruktur, wie zum Beispiel das Curriculum, muss oftmals erst erarbeitet werden. Teilweise war zunächst ein politisches Engagement für die Genehmigung eines Ausbildungsganges erforderlich.⁴⁸⁹ Wird ein Ausbildungsgang erfolgreich etabliert, setzt – außer bei den technischen Berufen – offenbar ein „Kopiereffekt“ ein. Das heißt, andere Bildungsorganisationen orientieren sich an den Pionieren und eröffnen ebenfalls solche Bildungsgänge. Einen neuen Ausbildungsberuf zu etablieren, bedarf eines viel längeren Atems, als in einem bereits zugelassenen und laufenden Beruf auszubilden. Das führt offenbar zu stark schwankenden Ausbildungszahlen. In einem relativ kurzen Zeitraum werden sehr viele Jugendliche in einem Beruf ausgebildet. Die Zahlen für den/die Assistent/in für Tourismus zum Beispiel lagen zwischen 2006 und 2010 bei 450 bis 750 Schüler/innen und sanken in den folgenden Jahren auf unter 60 ab (vgl. Abbildung 29).

⁴⁸⁹ Der/die Sportassistent/in beispielsweise wurde in Brandenburg erst auf massives politisches Engagement einer Lobby von Bildungsträgern, an deren Spitze eine bereits in der DDR etablierte (Bildungs-)Einrichtung stand, durch die Landesregierung zugelassen.

Im Zusammenhang damit steht die Frage, ob der „Kopiereffekt“ zu Überausbildung führt. Die einst hohe Zahl der kaufmännischen Assistent/innen wird von allen Akteuren mit der Notwendigkeit des Lückenschlusses, insbesondere für Frauen, begründet. Die kurzzeitig starke Expansion bei den Assistent/innen für Gestaltungstechnik und Tourismus ab etwa dem Jahr 2004 lässt sich nicht mehr so eindeutig mit dem Rekurs auf einen Lehrstellenmangel erklären. Solche Angebote wären vielmehr auch schon in Zeiten des Lehrstellenmangels für eine Diversifizierung des Ausbildungsangebotes wichtig gewesen, gerade in Regionen wie der Uckermark. Dies wurde auch von Autor/innen einzelner Regionalstudien in den 1990er Jahren gefordert.⁴⁹⁰ Die demografisch bedingt sinkende Nachfrage machte sich in diesen Ausbildungsgängen erst im Jahr 2010 bemerkbar. Aktuell stellt sich die Frage der Überausbildung bei den sozialen Berufen. Die Schüler/innenzahlen stiegen seit 2006 ununterbrochen an, und die Anzahl der anbietenden Schulen erhöhte sich seit 2005 um ein Drittel. Die Zahlen weisen darauf, dass die Expansion nicht ausschließlich als eine Reaktion auf den gestiegenen Arbeitsmarktbedarf vor allem an Erzieher/innen in Brandenburg zu lesen ist. Sie ist auch eine Folge der Suche von Berufsschulen nach neuen Marktsegmenten.

Noch nicht absehbar ist, ob in diesem Segment ein sogenannter „Schweinezyklus“ droht. Dieser Begriff wird im Bildungsbereich vor allem auf Dynamiken von Studienwahl und Arbeitsmärkten angewendet. Ein „Schweinezyklus“ liegt vor, wenn aufgrund einer sehr hohen Nachfrage viele Abiturienten/innen ein Studium beginnen, bei Studienabschluss aber der Arbeitsmarkt aufgrund eines veränderten Bedarfes oder eines Überangebotes nicht alle Absolvent/innen aufnehmen kann. Für die Möglichkeit eines solchen Zyklus bei den sozialen Berufen spricht, dass sich die offenbar schon immer traditionell hohe Nachfrage durch eine starke mediale Präsenz des künftigen Bedarfes an Fachkräften weiter erhöhte. So sind zum Beispiel in den Lokalzeitungen Brandenburgs seit 2010 zahlreiche Artikel zu künftigen Personalengpässen an Kitas erschienen. Hierbei ist nicht nur eine Ausweitung des Angebotes durch öffentliche und private Berufsschulen in der Erstausbildung erkennbar. Parallel dazu legten auch die Jobcenter und Agenturen für Arbeit Qualifizierungsprogramme zur Umschu-

⁴⁹⁰ Vgl. zum Beispiel BUNDESMANN-JANSEN et al. 1996.

lung von Arbeitssuchenden zum/zur Erzieher/in auf. Nur am Rande erfolgten Hinweise darauf, dass aktuelle oder drohende Personalengpässe auch mit den Arbeitsbedingungen und Vergütungen zu tun haben (können). Eine Innovation stellt vor diesem Hintergrund die Etablierung einer berufsbegleitenden Ausbildung zum/zur Erzieher/in am OSZ Märkisch-Oderland dar, die an einen Arbeitsvertrag mit einer Einrichtung gekoppelt ist.⁴⁹¹

7.6.3.2 Ausbildungsstrategien – Die Ambivalenz der regionalen Ebene

Bildungspolitisch wird mit dem Schülerzahlenrückgang die Chance postuliert, Bildungsangebote bedarfsorientierter gestalten zu können, weil ihre quantitative Versorgungsfunktion an Bedeutung verliert. Die Möglichkeit, das Schulberufssystem im stärkeren Maße als Bildungssektor im Rahmen eines Strukturwandels zu gestalten, wurde offenbar (bisher) nur teilweise genutzt. Die Eigenschaften angebotsorientierter Ausbildungsmärkte zeigen, dass das Setzen auf marktförmige Regulierungsmechanismen nicht unproblematisch ist. Vorausgesetzt wird, dass der Arbeitsmarktbedarf richtig und rechtzeitig antizipiert und infrastrukturell entsprechend flexibel auf den Bedarf reagiert werden kann.

Der demografische Wandel führt jedoch nicht zwangsläufig oder unmittelbar (sofort) zu mehr Bedarfsorientierung und Innovationen. Er kann sogar mit Überausbildung verbunden sein. Denn infrastrukturell erfordert die Betreibung schulischer Ausbildungsgänge die Sicherstellung einer kritischen Masse an Nachfrage. Die Herausforderung an das Betreiben einer „bedarfsgerechten“ Infrastruktur ist in Flächenländern und peripheren Räumen besonders hoch. Ein bedarfsgerechtes schulisches Ausbildungsangebot zeichnet sich durch Komplementarität zum Dualen System aus. Es sollte zudem möglichst vielfältig, kleinteilig und flexibel sein. Aus Perspektive der Region werden in einem Landkreis wie der Uckermark pro Jahr vielleicht fünf gestaltungstechnische Assistent/innen benötigt, jedoch keine 20. Die massenhafte Ausbildung in wenigen Berufen erzeugt (aus regionaler Perspektive) Überausbildung. Sie beeinträchtigt die Arbeitsmarktchancen, führt zu Abwanderung oder erfordert eine berufliche Umorientierung beziehungsweise eine erneute Ausbildung. Das Betreiben von Infrastrukturen des Schulberufssystems steht gerade in dünn besiedelten Regio-

⁴⁹¹ www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1335171.

nen mit einer geringeren Betriebsdichte und -vielfalt vor Rahmenbedingungen, die Kleinteiligkeit, Vielfalt und Flexibilität entgegengesetzt sind. Aus schulorganisatorischer Sicht ist es sehr schwierig, Schulen zu betreiben, die kleinteilig und in geringen Zahlen ausbilden. Das gilt insbesondere dann, wenn die Ausbildung an organisatorisch stark eigenständige Strukturen gebunden ist, in Form einer eigenen Abteilung, eines ganzen Standortes oder einer ganzen Schule. Sie kann dann nicht mit den Ressourcen anderer Ausbildungsgänge gekoppelt werden.⁴⁹² Der Aufbau eines Bildungsganges ist auf längere Zeiträume ausgerichtet. Er braucht einen längerfristigen Planungshorizont und eine hinreichende Nachfrage. Für die Ausbildungspolitik in peripheren, dünn besiedelten Räumen stellt sich nun auch durch die sinkenden Schülerzahlen diese Herausforderung besonders. Denn eine kleinteilige Angebotsstruktur trifft hier auf das Problem der kritischen Masse. Das macht es besonders schwierig, Ausbildungsgänge jenseits „modischer Massenberufe“ aufzulegen.⁴⁹³

Von den steuernden Akteuren werden die Herausforderungen und Eigenschaften angebotsorientierter Infrastrukturen und Bildungsmärkte teilweise offen reflektiert. Auf der einen Seite wird auf ein (bisher) nicht zu lösendes Steuerungsdilemma verwiesen, weil die gesetzlichen Bestimmungen nur wenig Einfluss auf die Entwicklung im Privatschulsektor zulassen. Auf der anderen Seite steht von Seiten des Landes und der Kommunen die Aufforderung an die regionalen Bildungsinstitutionen, im Zuge der sinkenden Schülerzahlen ihre schuli-

⁴⁹² Bei den technischen Assistentenberufen, die ausschließlich von den OSZ angeboten werden und traditionell geringe Ausbildungszahlen aufweisen, sind solche Kopplungen erkennbar. Das war auch bei der ehemaligen Ausbildung zum/zur CTA am OSZ Uckermark der Fall. Es wurden Ressourcen aus dem dualen Ausbildungsgang Chemikant/in genutzt.

⁴⁹³ Zudem müssen für eine überbetriebliche (schulische) Ausbildung bestimmte Kapazitäten in der Region vorhanden sein, vor allem Praktikumsbetriebe und Lehrpersonal. Dadurch ist die Tendenz vorkanalisiert, in Berufen auszubilden, die auch schon betrieblich in der Region ausgebildet werden. Völlig komplementär zur regionalen Ausbildungsstruktur auszubilden, ist ebenfalls problematisch, da entweder die benötigten Praktikumsbetriebe fehlen und/oder es für den Beruf keinen regionalen Bedarf gibt. Ein ähnliches Dilemma besteht im Hinblick auf die Ausbildung in Massen- und Nischenberufen. Der/die kaufmännische Assistent/in ist ein Massenberuf, der auch dual in hohen Zahlen ausgebildet wird. Dadurch besteht die Gefahr der Überausbildung, allerdings hat dieser Beruf auch eine hohe Verwertungsbreite, weil kaufmännische Tätigkeiten in jedem Betrieb erforderlich sind. Bei den Nischenberufen ist die Gefahr der Überausbildung geringer, die Ausbildung kann in der Regel jedoch nur in ganz bestimmten Branchen eingesetzt werden und erfordert daher oftmals eine hohe Mobilität, wie beim CTA deutlich wurde.

schen Ausbildungsgänge noch bedarfsgerechter auszurichten oder sich wettbewerbsorientierter aufzustellen.

Diese Aufforderung ist zwiespältig, weil sie zwar Spielraum für die Ausgestaltung von Ausbildungsgängen bietet und auch Motor von Innovationen sein kann. Die Forderung bewegt sich jedoch nicht selten an der Grenze zur Überforderung. Dazu gehören zum einen die Restriktionen durch mangelnde finanzielle und personelle Spielräume der Oberstufenzentren. Zum anderen werden mit dieser Aufforderung die Adressaten zu Experten des Arbeitsmarktes gemacht, die sie nur bedingt sein können. Die auch in der Literatur erhobene Forderung nach am Arbeitsmarkt ausgerichteten Ausbildungsstrategien überspringt oftmals die damit verbundenen Schwierigkeiten. Das Antizipieren eines Arbeitsmarktbedarfes ist sehr anspruchsvoll. Nicht ohne Grund halten sich Fachkräftestudien bei der Prognose künftig benötigter Ausbildungsberufe in der Regel sehr zurück und verweisen auf die Unsicherheiten bei einer kleinteiligen Prognose.⁴⁹⁴ Das Land Brandenburg selbst verfügt, wie aus verschiedenen parlamentarischen Anfragen hervorgeht, beispielsweise über kein systematisches Wissen zur beruflichen Verwertbarkeit von Assistentenausbildungen und den Werdegängen der Absolventen/innen.⁴⁹⁵ Daher kann von einer Überforderung gesprochen werden, wenn erwartet wird, dass kommunale oder regionale Akteure den Arbeitsmarktbedarf richtig erkennen und zudem auch die finanziellen Mittel dafür aufbringen sollen, insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Vergleichbares gilt für die Jugendlichen. Unausgesprochen wird in einer marktformigen Regulierungskonzeption, einer Regulierung durch die Nachfrageseite, der Jugendliche zu einem Experten gemacht. Vorausgesetzt wird, dass er oder

⁴⁹⁴ Vgl. zum Beispiel die Reflektionen in einem Gutachten zur Vorausschätzung von Angebot und Nachfrage nach beruflicher Bildung an den Berufskollegs im Bergischen Städtedreieck (IFS 2006: 25 ff. oder TENBERG 2003).

⁴⁹⁵ Es sind keine Studien bekannt, die den beruflichen Verbleib von Absolvent/innen von Assistentenausbildungen untersucht haben (vgl. zum Beispiel die Kleine Anfrage Nr. 2575 des Abgeordneten Heinz Dobberstein von der Fraktion der PDS aus dem Jahr 2003. www.parl-dok.brandenburg.de/parladoku//w3/drs/ab_6900/6936.pdf). Nach einem Gutachten der IES GmbH ist das Wissen über die Privatschullandschaft bei den Ländern unterschiedlich tief und teilweise unvollständig. Beziehungsweise sind sie nur begrenzt „im Blick“ der Länder, da diese nicht in gleichem Maße wie bei den öffentlichen Schulen für diesen Schultypus zuständig sind (IES 2010: 33 ff.). Die Aussage bezieht sich auf eine teilnehmerfinanzierte, schulische Ausbildung in BBIG/HwO-Berufen an Privatschulen.

sie die beruflichen Chancen der gewählten Ausbildung richtig antizipiert und dementsprechend das Angebot öffentlicher oder privater Schulen „richtig“ einschätzen kann. Ein vereinfachtes bildungsökonomisches Angebot-Nachfrage-Modell unterschätzt zudem auch die Prozesshaftigkeit beruflicher Suchbewegungen. So wurde von den Betreibern darauf verwiesen, dass die schulische Ausbildung insbesondere bei unter 18-Jährigen auch die Funktion einer Orientierungsphase und Persönlichkeitsfestigung bildet. Das heißt, berufliche Qualifizierungsprozesse Jugendlicher sind komplex und verlaufen nicht immer geradlinig. Die Berufsschulforschung spricht gegenüber einer betrieblichen Lehre von dem Vorteil eines Moratoriums durch die allgemeine Orientierungs- und Qualifizierungsfunktion berufsfachschulischer Ausbildungsgänge.⁴⁹⁶

Ein dritter Aspekt ist schließlich, dass sich die Bildungsorganisationen mit systemischen Defiziten der schulischen Ausbildung auseinandersetzen müssen, vor allem in der Assistentenausbildung. Sie können an den überlokal festgelegten Rahmenbedingungen jedoch nur bedingt etwas ändern. Obwohl seit Jahrzehnten Gegenstand von Reformdebatten, hat der demografische Wandel (bisher) kaum zu strukturellen Reformen geführt. Das Agieren des Landes Brandenburg ist uneindeutig. Die Assistentenausbildungsgänge werden nicht, wie vom Land Sachsen angekündigt, gänzlich abgeschafft. Es sind jedoch auch keine ausgeprägten Aktivitäten zur Aufwertung der Ausbildungsgänge erkennbar. Als ein wichtiger Schritt dahin gilt die Gleichwertigkeit von Abschlüssen an Berufsfachschulen mit jenen des Dualen Systems. Die Durchlässigkeit innerhalb der beruflichen Qualifizierungssysteme gehört seit mehreren Jahren zu den zentralen Themen in der Berufsbildungsforschung und -politik. Sie ist immer wieder Gegenstand von Konflikten zwischen den Arbeitgebervertretungen, Bund und Ländern. Die seit Jahrzehnten kritisierte Versäulung der Sektoren, die unter anderem zu Doppelausbildungen wie einer Assistentenausbildung mit anschließender betrieblicher Ausbildung führen, wurde 2005 in der Reform des Berufsbildungsgesetzes aufgegriffen. Die Neufassung des § 43 Abs. 2 schuf die Möglichkeit, vollzeitschulisch Ausgebildete zu einer Kammerprüfung zuzulassen und einen Abschluss nach BBiG/HwO zu erwerben. Voraussetzung für eine Kammerprüfung ist der Erlass entsprechender Verordnungen der Länder oder

⁴⁹⁶ FELLER 2001: 22f.

Absprachen zwischen den Berufsschulen und den zuständigen Stellen, den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern. Nach einer Evaluation aus dem Jahr 2009 haben nur drei Bundesländer entsprechende Rechtsverordnungen für bestimmte schulische Ausbildungsberufe erlassen: Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern.⁴⁹⁷ Brandenburg schuf zwar im Rahmen des Kooperativen Modells ein vielfach positiv hervorgehobenes schulisches Ausbildungsmodell mit einem Kammerabschluss. Es wird (bisher) jedoch nicht auf die Assistentenausbildung angewendet, was unter anderem eine Auseinandersetzung mit den Wirtschaftskammern erfordert.⁴⁹⁸ Der demografische Diskurs liefert in dem Segment eher Argumente für eine Abschwächung des Reformbedarfs, da von einem starken Bedeutungsverlust ausgegangen wird und dieser auch eingesetzt hat. Das knüpft an das insgesamt geringe politische Aufmerksamkeitspotenzial für das Schulberufssystem an. Dieses hat im Gegensatz zum Dualen System mit seinen zahlreichen Wirtschaftsverbänden kaum eine öffentliche Lobby. Inhalt, Qualität und Umfang des Angebotes im Schulberufssystem sind in der Regel Gegenstand eines engeren Fachkreises.

Das mag teilweise auch erklären, warum die Privatschulexpansion kaum als eine (mögliche) Schwächung der Funktionen der OSZ angesichts rückgängiger Schülerzahlen wahrgenommen und diskutiert wird. Damit verbunden ist auch, dass die starke Verschiebung von Segmenten schulischer Ausbildung hin zu

⁴⁹⁷ KROLL/ZÖLLER 2103: 17f.; vgl. auch LEHMPFUHL/MÜLLER 2012. Eine Möglichkeit als Assistent/in einen Kammerabschluss nach BBiG oder HwO zu erwerben, ist eine nachträgliche Externenprüfung vor der zuständigen Kammer. Für die Zulassung muss die antragstellende Person nachweisen, dass sie mindestens „das Eineinhalbfache der Zeit, die als Ausbildungszeit vorgeschrieben ist, in dem Beruf tätig gewesen ist, in dem die Prüfung abgelegt werden soll“. Anerkannt werden hier auch Ausbildungszeiten in einem anderen, thematisch entsprechend passenden Ausbildungsberuf. Ausnahmen sind möglich, wenn der Bewerber glaubhaft machen kann, dass er sich die für diesen Beruf erforderliche Handlungsfähigkeit angeeignet hat (SCHREIBER et al. 2012: 8f.). Im Jahr 2010 wurden bundesweit knapp 10.000 Teilnehmer mit einer vollzeitschulischen Ausbildung zu einer Externenprüfung zugelassen. Diese Zahl ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen. Gemessen an der Gesamtanzahl von über 200.000 Schüler/innen nutzt offenbar jedoch nur ein geringer Anteil diese Möglichkeit (Ders. 10; BIBB 2011: 206).

⁴⁹⁸ In der Antwort zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Christian Görke bezüglich der Anerkennung der Assistentenausbildungsabschlüsse heißt es, dass die Landesregierung keine Notwendigkeit sieht, die Kammern zu einer Anerkennung zu veranlassen, da diese bereits „als in der Zuständigkeit der Landesregierungen erworbene Abschlüsse“ anerkannt werden (LANDTAG BRANDENBURG 2004a). Es gab in Brandenburg einige Modellprojekte mit dem Fokus der Durchlässigkeit (vgl. zum Beispiel ein abgeschlossenes Projekt der IHK-Ostbrandenburg. www.ihk-projekt.de/file/944-Flyer_Assistenen.pdf).

den privaten Schulen sowohl regional als auch auf Landesebene nicht im Rahmen systemischer, ideologischer Bezüge diskutiert wird. Es ist keine Debatte zur Kommerzialisierung von Bildung beobachtbar, wie sie etwa im Rahmen der Einführung von Studiengebühren an den Universitäten stattfand.⁴⁹⁹ Neben der Ungleichheit zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung bezüglich der Vergütung kommt bei den Privatschulen noch die Entrichtung eines Schulgeldes hinzu. Dieses ist zwar bei vielen Trägern in Brandenburg moderat. Es muss dennoch von den Jugendlichen beziehungsweise den Familien aufgebracht werden. Durch die Ausdünnung des Standortnetzes kommen zudem Kosten für Anfahrt und Unterbringung hinzu. Die Privatschulen bieten vor allem Ausbildungen in neuen Dienstleistungsberufen an, die zu einem großen Anteil von jungen Frauen angewählt werden. Daher haben diese Aspekte auch eine deutliche geschlechterspezifische Dimension.

Die „Offenheit“ der formalen Institutionen bei gleichzeitiger Ambivalenz einer Steuerung, die auf Marktregulierung und die Ressourcen regionaler Akteure und Bildungsinstitutionen setzt, führt zu räumlich unterschiedlichen Konstellationen von öffentlichen und privaten Schulen: Sie reichen von der Ergänzung des Angebotes durch Private bei Fehlen eines kostenlosen, öffentlichen Angebotes, über starke Konkurrenzen durch räumlich eng beieinanderliegende, identische Angebote von öffentlichen und privaten Schulen bis hin zum gänzlichen Fehlen solcher Ausbildungsgänge. Hier spielen auch organisationsspezifische Eigendynamiken eine starke Rolle. Dies führt nicht zu einer „systematischen“ Standortstruktur, die an einer räumlichen Gleichverteilung der Bildungsangebote ausgerichtet ist. Es handelt sich um ein weit zurückreichendes, strukturell verankertes Phänomen. Denn diese Beobachtung entspricht einer bereits in den 1970er und 1980er Jahren getroffenen Feststellung von DERENBACH für die BRD: „Die Bewertung des bisherigen Mitteleinsatzes zeigt, dass in vielen Fällen die regionalen Unterschiede [im schulischen Angebot] von historisch organisatorischen Zufälligkeiten bestimmt sind und dass eine bewusste Regionalsteuerung vielfach erst noch angestrebt werden muss.“⁵⁰⁰ Insofern wurde der demografi-

⁴⁹⁹ Diese kann bundesweit beobachtet werden.

⁵⁰⁰ DERENBACH/SCHÜTTE 1982: 5; DERENBACH 1979: 478 ff.; vgl. auch AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2008: 106.

sche Wandel bisher noch nicht zum Anlass genommen, um neue Steuerungsformen im Schulberufssystem auszubilden.

8 Die Räume der Infrastrukturgestaltung – Abschließende Reflektionen

8.1 Berufsschulsteuerung als Forschungsgegenstand

Die Steuerung von Infrastrukturen der Berufsausbildung war bereits in den 1990er Jahren eine herausforderungsvolle Aufgabe für das Land Brandenburg und seine Kommunen. Nach der Wiedervereinigung ging es zunächst um die Umstellung des Berufsschulnetzes auf das bundesrepublikanische System. Ab Mitte der 1990er Jahre stand die Steuerung im Zeichen der Bewältigung der hohen Schülerzahlenjahrgänge sowie der sozio-ökonomischen Folgen des Strukturwandels. Zehn Jahre später galt es, sich mit dem raschen Rückgang von Jugendlichen in diesem Bildungssystem auseinanderzusetzen.

Die Analyse der besonderen Anforderungen bei der Steuerung berufsbildender Infrastrukturen verdeutlichte das Spannungsfeld, in dem sich die verantwortlichen Akteure bewegen. Es resultiert aus dem Schnittstellencharakter der Berufsschule als einer Institution zwischen Schulsystem und Wirtschaft. Die Berufsschule ist in dynamische wirtschaftsstrukturelle Veränderungen, in (regional)-ökonomische oder branchenspezifische Krisen und Konjunkturen und deren Bearbeitung durch das Berufsbildungssystem eingebettet. Demgegenüber ist sie im Hinblick auf ihre materielle und organisatorische Struktur und ihre institutionelle Einbindung in die Logik der Schulentwicklungsplanung ein deutlich „trägeres“ und mit längerfristigen Planungshorizonten zu steuerndes Gebilde.⁵⁰¹ Raumtheoretisch lässt sich dies mit der Differenz verschiedener gesellschaftlicher Funktionsräume, ein Konzept von LÄPPLE in Anlehnung an ALTVATER, fassen. „Durch die unterschiedlich bestimmten Systemgrenzen der gesellschaftlichen Teilsysteme haben [deren] „Funktionsräume“ eine unterschiedliche räumliche Ausbreitung oder Wirkungsfelder, und sie entfalten, entsprechend ihrer jeweiligen Funktionsspezialisierung, auch unterschiedliche raum-

⁵⁰¹ LEHMPFUHL 2004: 20 ff.

prägende oder raumstrukturierende Tendenzen.⁵⁰² Die jeweiligen organisationsbeziehungsweise akteurspezifischen Konstruktionen von Räumen und Raumbildern kommen auch in der Steuerung berufsbildender Infrastruktur zum Tragen. Der Berufsschulplanung in Brandenburg liegt das Konzept eines territorial abgegrenzten Planungs- und Versorgungsraumes zugrunde. Zwar sind vor allem die berufsschulischen Infrastrukturen des Dualen Systems an die betrieblichen Ausbildungsmärkte gekoppelt. Weil aber die Steuerung auf einer schulischen Organisationslogik basiert, kann sie sich bei der Planung und Verteilung von Personal- und Sachressourcen nur in Grenzen an dem dynamischen Geschehen an den Ausbildungsmärkten ausrichten. Ausgebildet werden müssen daher „eigene“ räumliche Orientierungen. Im Land Brandenburg waren diese durch das Bestreben einer mehr oder weniger möglichst gleichmäßigen Verteilung der (begrenzten) Infrastrukturressourcen im Raum gekennzeichnet. Für die Konzeptualisierung des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Infrastrukturentwicklung bedeutet dies, dass Berufsschulen kein „vollständiges Abbild“ des Ausbildungsmarktes sind. Die Räume der Infrastrukturplanung sind nicht identisch mit den Räumen der Ausbildungsmärkte. Sie gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen an. Dies begründet die Betrachtung von berufsschulischer Infrastruktursteuerung als einem eigenständigen Forschungsgegenstand.

Die Auseinandersetzung mit den strukturellen und sektoralen Rahmenbedingungen und dem Prozess der Steuerung aus organisations- und akteurspezifischer Sicht mündet in folgende fünf übergreifende, generalisierbare Ausprägungen der theoretischen Eigenschaften des Forschungsgegenstandes. Diese gelten zunächst für den Untersuchungsraum. Sie stellen aber auch weitere Anwendbarkeit für (ostdeutsche) ländlich-periphere Räume in Aussicht.

⁵⁰² LÄPPLE 1992: 198 f.

8.2 Theoretische Essenzen der empirischen Untersuchung

1. **Vielfältige Zentralitäten:** Das brandenburgische Berufsschulnetz zeichnet sich durch unterschiedliche Ausprägungen von Zentralität aus. Daher ist das klassische raumordnerische Zentralitätsmodell für ländliche Räume nur bedingt für Steuerungsorientierungen und für die Beschreibung der Struktur des Netzes geeignet. Aufgrund der Wirkung sektoraler Merkmale des Berufsbildungssystems ist dabei der zugeschriebene, starke Einfluss der demografischen Entwicklung auf dieses Netz zu relativieren.

Das Land und die Kommunen in Brandenburg wählten nach der Wiedervereinigung bei der Zusammenlegung der zahlreichen DDR-Berufsschulstandorte bezüglich der räumlichen Zentralität einen Mittelweg. Entgegen dem starken Umbruch in anderen Daseinsvorsorgebereichen handelte es sich um eine prozesshafte Restrukturierung in Form einer sukzessiven Konzentration der vielen kleinen Berufsschulen. Die postsozialistischen Umstrukturierungsprozesse überlagerten sich mit einer „demografiebasierten“ Planungsetappe. Auch deswegen relativierte sich in der detaillierten Untersuchung des Berufsschulnetzes die Annahme eines starken Einbruchs der Infrastrukturversorgung in Folge des Schülerzahlenrückganges. Festgestellt wurde zwar eine berufsspezifische Ausdünnung des Angebotes. Ein flächendeckendes Infrastrukturnetz bestand jedoch auch zuvor nicht.⁵⁰³ Ein großer Teil der Auszubildenden musste auch vor Mitte der 2000er Jahre schon sehr mobil sein. Alternative Ansätze, wie der berufsfeldübergreifende Unterricht⁵⁰⁴, werden verfolgt. Sie konnten jedoch bisher keinen entscheidenden Kontrapunkt gegen die erfolgten Konzentrationsprozesse setzen. Hinter der Ausbildung in Brandenburg stecken also traditionell erhebliche Mobilitätsleistungen der Jugendlichen. Im Jahr 2013 fanden nur 41 % aller Auszubildenden in ihrem jeweiligen Ausbildungsberuf ein relativ flächendeckendes Berufsschulangebot vor. Weil Konzentrationen von Standorten sowie auch ein-

⁵⁰³ Zu beachten ist, dass die Standortstruktur „nur“ für das erste Lehrjahr ausgewertet wurde. Für das zweite bis vierte Lehrjahr ist das Standortnetz erheblich dünner. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Mobilitätsressourcen (finanzielle Mittel, Führerschein, Sozialisationsprozesse) mit zunehmenden Lehrjahren steigen.

⁵⁰⁴ MICHAELI 2009: 50; Informationen aus den Experteninterviews.

zelen Bildungsgängen sukzessive erfolgten, waren diese für „Außenstehende“ kaum sichtbar. Das bestätigt erneut vorliegende Forschungsergebnisse, denen zufolge die Problematik der Infrastrukturorganisation in dünn besiedelten Räumen kein neues, sich erst mit dem demografischen Wandel stellendes, Thema ist. Sie war und ist in vielen anderen ländlichen Räumen auch Diskussions- und Handlungsgegenstand.⁵⁰⁵

In diesem Prozess etablierten die Landkreise unterschiedliche Modelle: von eher zentralistisch ausgerichteten Strukturen über leichte Umverteilungen bis hin zu sehr arbeitsteilig aufgestellten Standortsystemen. Daher weist das Schulnetz differenzierte, regionalspezifische Strukturen auf. Das OSZ in der Untersuchungsregion Uckermark gehört zum Typus eines Berufsschulmodells mit überwiegend lokaler Ausrichtung und einer berufsspezifisch überlokalen Bedeutung. Von einer peripheren Typik kann insofern gesprochen werden, als das OSZ deutlich an Ausbildungsgängen verlor und von den Umverteilungsprozessen im Zuge der brandenburgweit erfolgenden Konzentrationen kaum profitierte. Festgestellt wurden hier Polarisierungen zwischen berlinnahe und -ferner Region. Auch sind für Jugendliche die geographischen Distanzen zu den Berufsschulen in den äußeren Räumen Brandenburgs größer.

Zur Relativierung der Annahme eines starken Umbruchs gehört auch, dass in Brandenburg von klassischen Bündelschulen im ländlichen Raum nur begrenzt gesprochen werden kann. In der Uckermark werden nicht mehr oder wurden noch nie viele als klassisch für eine Regionalökonomie geltende Berufe beschult, zum Beispiel Berufe des Bau- oder des Lebensmittelgewerbes. Das ist auch die Folge von Rationalisierungsprozessen (Niedergang des Einzelhandels), von konjunkturellen Einbrüchen wie in der Bauwirtschaft und von einer nur begrenzt etablierten Handwerkskultur, zum Beispiel des Bäckerwesens.

Ein stringentes Muster entlang peripher und zentral gelegener Landkreise oder einer Stadt-Land-Differenz ließ sich für Brandenburg insgesamt nicht feststel-

⁵⁰⁵ Für die Region Schwarzwald vgl. www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.freudenstadt-stochsetzt-auf-wohnnortnahe-berufsschule.7df62734-c530-4d3d-9989-ad05b4c35d3d.html; für Thüringen Artikel vom 8.11.2014 „Sömmerdas Berufsschule soll 2017 geschlossen werden“. www.soemmerda.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Soemmerdas-Berufsschule-soll-2017-geschlossen-werden-1084774488; vgl. für frühere Zeiträume WEIS 1988: 466; CORNELIUS/OSMENDA 1988: 473 ff.; KNAUS 1988: 444.

len. Die Struktur folgt nur bedingt hierarchisch aufgebauten, räumlichen Zentralitätsmodellen. Eine Ursache ist in siedlungsstrukturellen und sozio-ökonomischen Entwicklungen zu suchen. In Brandenburg gibt es nur wenige, größere Ausbildungszentren wie Potsdam, wo ein relativ dichtes berufsschulisches Angebot vorhanden ist. Eine weitere Ursache liegt in den sektoralen Eigenschaften des Berufsbildungssystems. Siedlungsstrukturelle Merkmale (die Zentralität von Orten) und räumlich differierende, regionalökonomische Dynamiken werden sehr stark überlagert von der extrem ausdifferenzierten Struktur des Ausbildungssystems. Die etwa 200 in Brandenburg beschulten Berufe im Dualen System variieren stark in der Höhe der Ausbildungszahlen und der räumlichen Verbreitung der ausbildenden Betriebe. Verbunden mit der Planungsunsicherheit im Hinblick auf die Entwicklung der Ausbildungszahlen in den einzelnen Berufen kann für viele dieser Berufe kein lokales Berufsschulangebot vorgehalten werden. Die regionale und überregionale Ausrichtung der Mehrzahl der Berufsschulen, etwa die hohe Zahl von Landesfachklassen, ist ein „unabhängig“ von der demografischen Entwicklung konstitutives Merkmal. Sie kann in vielen anderen ländlichen Regionen Deutschlands beobachtet werden. Aus diesen sektoralen Merkmalen resultiert eine teilweise andere Zentralitätsstruktur als in der klassischen Raumplanung. Ein OSZ kann zentral sein im Hinblick auf die Breite seines Angebots und seine überregionale Versorgungsfunktion, aufgrund einer hohen wirtschaftsstrukturellen Standortspezifität oder aufgrund organisationsbedingter Spezialisierungen des Berufsschulunterrichtes. Die Uckermark gehört zu den Landkreisen in Brandenburg, dessen Oberstufenzentrum besonders viele Ausbildungsberufe durch Konzentrationen „verloren“ hat. Gleichwohl weist der Standort Schwedt für bestimmte Berufe eine ausgeprägte Zentralitätsfunktion auf, weil es für diese nur zwei Schulen in Brandenburg gibt.

Die regionalspezifische Vielfalt ist auch ein Ergebnis organisations- und kommunalspezifischen Handelns. In siedlungsstrukturell und regionalökonomisch vergleichbaren Landkreisen gibt es unterschiedliche Standortstrukturen als Folge jeweiliger kommunalpolitischer Entscheidungen. Die Gründe dafür sind in jeweils besonderen kommunalen Konstellationen zu suchen (baulicher Zustand von Gebäuden, kommunalpolitische Präferenzen, Aushandlungsprozesse zwischen Landkreistag, Verwaltung und Gemeinden). Auch dies relativiert

die Bezugnahme auf das Konzept zentraler Orte als Steuerungsorientierung und Kategorie zur Beschreibung von Infrastrukturgestaltungsprozessen.

„Zentralität“ wird schließlich auch von den Bildungsorganisationen an der Basis hergestellt. So basierte der Widerstand des Templiner Berufsschulstandortes und des Schwedter Industriebetriebes gegen Konzentrationspläne auf Handlungsorientierungen und -mustern, die nicht klassischen Zentralitätsvorstellungen folgen. Entfaltet wurden Gegenentwürfe, die sich auf die lokale Einbettung und auf die Bedeutung der Ausbildung für den konkreten Standort bezogen. Während bei dem Betrieb fachliche und symbolische Dimensionen einer „Berufsschule vor Ort“ im Vordergrund standen, rekurierte der Templiner Standort auch auf weiche Faktoren, wie die Bereicherung des ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebens der Stadt.

Schließlich zeigen die heterogenen Interessen der Wirtschaft, wie kompliziert eine Ausrichtung von Infrastrukturplanung an den Bedürfnissen der Betriebe ist. Die Ansprüche an die Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb induzieren kein eindeutiges Standortsystem. Da die Kooperation sich auf fachliche, didaktische und pädagogische Dimensionen beziehen kann, hängt die Anforderung an eine räumlich nahe Schule von der Gewichtung der jeweiligen Dimension ab. Für einen Betrieb kann die fachliche Qualität unabhängig von der räumlichen Distanz an erster Stelle stehen. Einem anderen Betrieb ist der persönliche Kontakt wichtiger. Für bestimmte Jugendliche ist das pädagogisch-didaktische Zusammenwirken von Betrieb und Berufsschule basierend auf persönlichen Kontakten besonders wichtig. Andere brauchen dies unter Umständen weniger. Für die Perspektive der Jugendlichen fehlen entsprechende Studien, die etwa aufzeigen, inwiefern durch Konzentrationen Peripherisierungen in Form der Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten junger Menschen stattfinden. Ausgegangen werden kann von unterschiedlichen Perspektiven in Abhängigkeit von vorhandenen Mobilitätsressourcen. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Integration von „benachteiligten“ Jugendlichen in eine Ausbildung verweisen allerdings auf die Relevanz des pädagogisch-didaktischen Zusammenwirkens von Berufsschule und Kleinbetrieben. Diese Betriebe haben in der Regel die geringsten Ressourcen für die Organisation einer engen Lernortkooperation und die Überwindung räumlicher Distanzen zur Berufsschule.

2. **Im Umgang mit sinkenden Schülerzahlen kamen formelle und informelle Steuerungsinstrumente und Institutionen zum Tragen. Als Faktoren für gelingende Steuerungsprozesse (in ländlich-peripheren Räumen) zeigten sich das Subsidiaritätsprinzip, ein gemeinsam geteiltes Professionsverständnis sowie die Orientierung auf einen gewissen räumlichen Ausgleich. Erfolgreiche Interventionen gegen Konzentration basierten maßgeblich auf dem ausgeprägten fachlichen „Selbstbewusstsein“ und Anspruch einer Organisation. Demgegenüber konnten eher unspezifische Bezugnahmen auf Peripherisierungen keine handlungswirksamen Strategien erzeugen.**

Die Regulierung der berufsschulischen Infrastruktur im Land Brandenburg basiert auf einer langfristig ausgerichteten Planung der Standorte und einer kleinteiligen Fachplanung der einzelnen Ausbildungsgänge. Angesichts des hohen Formalisierungsgrades im Berufsschulsystem und in der Schulentwicklungsplanung war ein überraschend hoher Anteil an dezentralen und regionalisierenden Steuerungsformen zu verzeichnen. Im Kontext sinkender Schülerzahlen verfolgte das Land ein dezentrales Steuerungsprinzip mit der „Aufforderung“ zur Regionalisierung, angelehnt an Steuerungsansätze aus der Regionalplanung. Die konkrete Ausgestaltung der Umstrukturierung der Berufsschulstandorte lag überwiegend in der Hand der Landkreise und kreisfreien Städte – allerdings immer vor dem Hintergrund der Einhaltung des vom Land zur Verfügung gestellten Mittelrahmens. Ein die Kooperationen beförderndes Instrument war die Bindung der Investitionsmittelvergabe an eine interkommunale Abstimmung in der Berufsschulplanung. Das Steuerungsprinzip des Landes erforderte gelingende informelle Aushandlungsprozesse zwischen den Kommunen. Das auch im Vergleich zu anderen Bundesländern beobachtbare relativ niedrige Konfliktpotenzial in der Abstimmung zwischen den Landkreisen Barnim und der Untersuchungsregion Uckermark ist auch auf die Orientierung der Kommunen an einem gewissen räumlichen Ausgleich zurückzuführen. Die Abstimmungsprozesse basierten zudem auf der Ausbildung eines landkreisübergreifenden Raumverständnisses bei der Infrastrukturbetreibung.

Dass die Institution des „Gebens und Nehmens“ zwischen den Landkreisen nicht verwirklicht werden konnte, lag weniger an kommunalen Eigeninteressen. Ein

Grund war neben den zu geringen Auszubildendenzahlen in der Uckermark auch der territorial-administrative Zuschnitt der beiden Landkreise. Aufgrund der geographisch peripheren Lage des Landkreises Uckermark waren die Möglichkeiten, Infrastrukturen von dem berlinnahen Landkreis Barnim in die Uckermark zu verlagern, begrenzt. Denn es bestand unter anderem die Gefahr einer „Abwanderung“ der Barnimer Auszubildenden an Berufsschulen in Berlin. Eine Rolle spielte aber auch die „Einordnung“ als eine periphere Region im Hinblick auf die geographische Lage und die regionalökonomische Entwicklung durch die steuernden Akteure im Landkreis selbst. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen werden nur geringe Handlungsspielräume gesehen. Der Verlust an Infrastrukturen wird überwiegend aber auch nicht als Peripherisierung wahrgenommen und beschrieben.

Während die lokalen Akteure in Entscheider- und leitenden Funktionen mit Verweis auf die peripheren Strukturmerkmale und die demografische Entwicklung eher defensiv argumentierten und agierten, bezogen sich die konkreten Widerstände „der Basis“ gegen geplante Konzentrationen auf andere Dimensionen. Der Widerstand kam mit einem Großbetrieb und mit der OSZ-Abteilung für soziale Berufe von sehr unterschiedlichen Organisationstypen und aus verschiedenen Segmenten des Berufsbildungssystems. Beiden Interventionen ist gemeinsam, dass sie im Gegensatz zu anderen Akteuren nicht mit der Kritik an regionalen Peripherisierungsdynamiken arbeiteten. Vielmehr bezogen sie sich sehr konkret auf die Standortgebundenheit der Ausbildungsqualität. Dazu gehörten zum Beispiel die fachliche Verankerung und die lokalen gewachsenen Kooperationen. Im Falle des Großbetriebs wurde für den Infrastrukturerhalt am Schwedter Standort ein anspruchsvoller Kompromiss zwischen berufsschulischen Planungserfordernissen und den besonderen Anforderungen des Großbetriebs an die Lernortkooperation gefunden. Zudem zeichnen sich beide Akteure durch ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein im Hinblick auf die Professionalität und den Anspruch an berufliche Qualifizierung aus. Dieses war mit hohen personellen Investitionen in den Bildungsstandort verbunden. Die erfolgreiche Durchsetzung lokaler Interessen beziehungsweise der Erhalt von Infrastrukturen hängt daher auch von der Mobilisierungsfähigkeit und dem Professionsverständnis der Akteure in den Organisationen ab. Hierbei handelte es sich nicht um eine breite regionale Bewegung. Das Engagement und der Pro-

test bezogen sich auf einzelne lokale Ausbildungsgefüge. Insofern bildeten sich in der Diskussion und im Umgang mit den berufsschulischen Infrastrukturen (bisher) keine neuen Institutionen oder ein Governance-Modus aus, in dem sektorale Zuständigkeiten überschritten werden. Die Analyse der lokalen Gegenbewegungen zeigte, dass der Verweis auf die demografische Entwicklung zur Ausbildung neuer Institutionen in der Steuerung nicht ausreicht.

Gegenüber der Planung auf Ebene der Standorte war das Konfliktpotenzial bei der kleinteiligen Steuerung der einzelnen Ausbildungsgänge höher. Als Faktor für eine gelingende Steuerung erwies sich ein zwischen den verschiedenen Verantwortungsebenen gemeinsam geteiltes Professionsverständnis. Auch hier wurde deutlich, dass die demografische Entwicklung nicht immer als eine Leitorientierung dient oder dienen kann. Die Akteure greifen auch auf andere Orientierungen zurück, insbesondere auf die Orientierung an einer räumlichen Gleichverteilung der Ausbildungsgänge mit Blick auf die Erreichbarkeit von Berufsschulen in einem Flächenland. Beobachtungen aus anderen Regionen verweisen allerdings darauf, dass im Falle einer weiteren Konzentration von einzelnen Ausbildungsgängen das Konfliktpotenzial steigen könnte. Dies gilt vor allem dann, wenn Kommunen und/oder die Berufsschulleiter/innen und -lehrer/innen den Gesamtbestand des Standortes als gefährdet und den Verlust der Ausbildungsgänge als fachlich nicht begründet ansehen.

- 3. Im Kontext sinkender Schülerzahlen sind Teilentwicklungen im Infrastrukturnetz in einen ausgeprägten institutionellen Wandel eingebettet. Vor allem im Schulberufssystem kommen hierfür organisationsspezifische Interessen und die Eigenheiten angebotsorientierter Märkte zum Tragen. Im Zusammenwirken mit sektoralen Eigenschaften relativiert dies das Konzept einer demografie- und marktbasierter Infrastrukturgestaltung (nicht nur) in ländlich-peripheren Räumen.**

Die Bereitstellung schulischer Ausbildungsangebote gehörte lange Zeit zur Forderung der Berufsbildungsforschung, um Strukturprobleme in Regionen mit schwierigen Ausbildungsmärkten zu kompensieren. Durch den wirtschaftsstrukturellen Wandel hat das Schulberufssystem in den letzten Jahrzehnten stetig an Bedeutung gewonnen. Mit der demografischen Entwicklung wird nun

von einem weitestgehenden Bedeutungsverlust jener Angebote ausgegangen, die bisher den betrieblichen Lehrstellenmangel kompensieren sollten. Die konkrete Analyse dieses Sektors in der Uckermark und im Land Brandenburg zeigte, dass die Entwicklungen und Dynamiken komplizierter und teilweise auch widersprüchlich sind.

Das Infrastrukturnetz des brandenburgischen Schulberufssystems ist in den einzelnen Ausbildungssegmenten durch expansive und schrumpfende Entwicklungen geprägt. Diese sind mit der in den 2000er Jahren einsetzenden Privatschulexpansion in einen starken institutionellen Wandel eingebettet. Mittlerweile dominieren hier freie Schulen die Trägerlandschaft. Diese Entwicklungen stehen in Zusammenhang mit den heterogenen Regulierungsformen im Schulberufssystem. Im Gegensatz zu den Infrastrukturen des Dualen Systems wird für das Schulberufssystem kein expliziter Anspruch an eine räumliche Steuerung formuliert. Zudem ist aufgrund der Gesetzgebung zu Privatschulen eine staatliche Steuerung nur begrenzt möglich. Dieser Sektor, und mit ihm die freien Träger, liegt „im Schatten“ der Berufsschulplanung. Daher spielten spezifische periphere Strukturkonstellationen bei der Formulierung von Steuerungserfordernissen nur eine marginale Rolle. Beobachtet wurde die Entfaltung unterschiedlicher Regulierungsmuster: von Impulsgebungen durch das Land, über das parallele Einstellen und Neuauflegen von schulischen Bildungsangeboten an den Oberstufenzentren bis hin zur „Eroberung“ von Marktsegmenten durch freie Träger. Einem dezentralen Steuerungsprinzip folgend, ist die Errichtung schulischer Ausbildungsgänge vielfach der Initiative und den Möglichkeiten der staatlichen und privaten Bildungsorganisationen überlassen. Das Fehlen formaler Steuerungsinstrumente und eine Steuerungsorientierung, die auf Marktregulierung setzt, führ(t)en zu regional unterschiedlichen Konstellationen von öffentlichen und privaten Bildungsangeboten mit Dopplungen, Ergänzungen und Lücken. Das erklärt, warum das Standortnetz der Angebote im Schulberufssystem so heterogen ist und sich teilweise der Einordnung in ein spezifisches räumliches Muster entzieht. Zwar ballen sich in Potsdam die Angebote. Das entspricht der Beobachtung aus der Literatur zur klassischen Zentralität solcher Bildungsangebote. Sie sind aber auch an kleineren, dezentralen Standorten zu finden. Von einem pauschalen Rückzug schulischer Ausbildungsangebote aus den peripheren Räumen kann nicht gesprochen werden. Allerdings ist und

war das Infrastrukturnetz mit Ausnahme der sozialen Berufe im gesamten Land Brandenburg ohnehin sehr dünn.

Das vorfindbare Steuerungssystem, sektorale Eigenschaften und die Situation an den Ausbildungsmärkten führ(t)en zur Ausbildung eines spezifischen Marktes im Schulberufssystem. Er wird mittels eines klassischen Angebot-Nachfrage-Modells nicht hinreichend erfasst. Die Steuerungsphilosophien und -annahmen der Akteure sind heterogen. Die Verfechter eines „funktionierenden“ Bildungsmarktes heben auf das Schrumpfen von Infrastrukturen des Schulberufsystems infolge der (demografisch bedingt) sinkenden Nachfrage ab. Für andere Positionen verweisen die (temporär) gegenläufig zum Schülerzahlenrückgang verlaufenden Entwicklungen auf Eigendynamiken des Marktes und die Wirkung organisationsspezifischen Handelns, in erster Linie bei den freien Trägern. Die Notwendigkeit der Relativierung eines marktbasierten Nachfrage- und Angebot-Modells zeigte die Analyse quantitativer Daten und die Rekonstruktion des Handelns von Bildungsorganisationen. Auf der Ebene der Organisationen kamen „Selbsterhaltungsinteressen“ zum Tragen, auf denen ein Teil der expansiven Entwicklung im Schulberufssystem basiert. Diese „Interessen“ sind organisationspezifisch. Das heißt, die Entscheidung von Bildungsträgern in neue Marktsegmente zu gehen und die dafür entsprechenden Organisationsstrukturen zu schaffen, ist eingebettet in spezifische informelle Institutionen der Organisation. Diese wiederum werden innerhalb eines etablierten Professionsmilieus entwickelt.

Auf der Ebene der Märkte, also das Verhältnis von Organisation und Umwelt betreffend, wurden drei prägende Merkmale herausgearbeitet: Prozesshaftigkeit, Interaktionseffekte und der zyklische Charakter angebotsorientierter Ausbildungsmärkte. Die Bildungsorganisationen schaffen durch Vermarktung der Angebote in unterschiedlicher Intensität ihre Nachfrage auch selbst. Inhaltlich wird dieses „Marketing“ durch die Anschlussfähigkeit an ein hinreichend großes Interesse der Jugendlichen kanalisiert. Daher sind diese Merkmale angebotsorientierter Ausbildungsmärkte nicht bei allen Angeboten zu finden, sondern in aktuell insbesondere bei jungen Frauen sehr beliebten Berufen im neuen Dienstleistungsbereich und in den sozialen Berufen. Problematisch bei einer marktbasierten Regulierungskonzeption durch die Nachfrageseite ist der dem

Jugendlichen „verliehene“ Expertenstatus. Angenommen wird, dass er oder sie oder die Eltern den künftigen (Arbeits-)Marktbedarf und das dafür erforderliche Ausbildungsangebot der Schulen „richtig“ einschätzen können. Die Forschung zu Schulsteuerung in britischen und US-amerikanischen Schulsystemen spricht im allgemeinbildenden Bereich von „Quasi-Märkten“ bei einer Stärkung der „Konsumentensouveränität durch Ausweitung des Einflusses der Eltern [...], der Erweiterung der Schulwahlmöglichkeiten sowie [der] Erhöhung der Angebotsvielfalt durch Dezentralisierung und [...] Stärkung der Autonomie der Einzelschule“⁵⁰⁶. Mit Blick auf das dünne Standortnetz im Schulberufssystem und der damit verbundenen Einschränkung der Wahlmöglichkeiten treffen diese Merkmale hier nicht zu. Auch kritisieren Teile der Forschung die Ergebnisse zu marktbasierter Steuerungskonzeptionen mit Verweis auf die Begrenztheit der Märkte durch schichtspezifische Einflüsse, etwa die ungleich verteilte „Informiertheit“ der Eltern.⁵⁰⁷ Hier bestehen Gemeinsamkeiten zwischen dem allgemein- und berufsbildenden Schulbereich im Privatsektor.⁵⁰⁸

Das Merkmal der Prozesshaftigkeit bezeichnet die Folgen der „Trägheit“ angebotsorientierter Infrastrukturen, basierend auf den organisationsspezifischen Erhaltungsinteressen und getätigten materiellen und personellen Investitionen. Die Akteure reagieren nicht unmittelbar auf eine veränderte Nachfrage. Die Wirkung sinkender Schülerzahlen setzt somit zeitlich versetzt ein.

Schließlich kommen auch Interaktionseffekte zum Tragen. Staatliche und private Berufsschulen orientieren sich an erfolgreich etablierten Ausbildungsgängen anderer Anbieter und führen diese ebenfalls bei sich ein. Aus dem Zusammenspiel dieser Dynamiken resultiert der zyklische Charakter in bestimmten Ausbildungssegmenten. Deutlich wurde dies an den sehr hohen Ausbildungszahlen in relativ kurzen Zeiträumen in bestimmten Berufen, teilweise gegenläufig zur demografischen Entwicklung. Durch diese Prozesse, so die Vermutung, kommt es temporär zur Überausbildung.

⁵⁰⁶ WEISS 1993: 71.

⁵⁰⁷ WEISS 1993: 81 f.

⁵⁰⁸ Moss konstatiert für die Infrastrukturtheorie im technischen Bereich, dass die neueren Forschungen über Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen kaum auf die Konsequenzen für die Planung von Infrastruktursystemen eingehen. Moss 2011: 74.

Die Strukturen und Dynamiken in angebotsorientierten Ausbildungsmärkten stehen dem Ausbildungsbedarf, insbesondere für Jugendliche in dünn besiedelten, peripheren Regionen, entgegen. Die Ausbildung einer hohen Zahl von Jugendlichen in einem Beruf innerhalb eines kurzen Zeitraumes führt (aus regionaler Sicht) zu Überausbildung und forciert Abwanderung oder einen oft nicht einfachen Berufswechsel beziehungsweise eine erneute Ausbildung. Benötigt wird auch bei einer demografisch bedingt sinkenden Nachfrage ein kleinteiliges und vielfältiges Angebot, welches das betriebliche Angebot ergänzt. Die Bezugnahme auf demografische Entwicklungen als eine Orientierung für die Steuerung im Schulberufssystem weist Züge von Demographisierungen auf: Denn die konkreten Regulierungen und Entwicklungsdynamiken und damit der regionale Bedarf an Ausbildung im Schulberufssystem werden dadurch vernachlässigt.

4. **Die vorgefundenen dezentralen und regionalisierenden Steuerungsformen des Landes Brandenburgs sind angesichts von Ressourcenmangel, der sektoralen Zersplitterung im Berufsbildungssystem sowie des Mangels an Institutionen für die Ausbildung von Regionen als Handlungsräume in der Berufsausbildung (nicht nur) für ländlich-periphere Regionen ambivalent.**

Der brandenburgische Steuerungsrahmen fordert Akteure und Bildungsorganisationen in Teilsegmenten zu regionalisierten Bildungsstrategien auf. Die Entwicklung bedarfsorientierter beruflicher Bildungsangebote wird teilweise an die Landkreise beziehungsweise an die Oberstufenzentren delegiert. Diese Forderung nach einer bedarfsorientierten Gestaltung von Bildungsangeboten findet sich vielfach in Wissenschaft und Politik. Selten werden jedoch die damit einhergehenden Herausforderungen expliziert.

Die Aufforderung insbesondere an die Oberstufenzentren, ihre schulischen Ausbildungsgänge bedarfsgerechter oder wettbewerbsorientierter zu gestalten, erwies sich in der empirischen Untersuchung als zwiespältig. Das bietet zwar Freiräume für regionale Innovationen, kann aber auch eine strukturell bedingte Überforderung sein. Die Überforderung liegt in mangelnden finanziellen und personellen Spielräumen für flexible Bildungsstrategien (Lehrpersonal, Ausstattung, Gebäude), insbesondere in strukturschwachen Regionen. Eine Überforde-

rung ist zudem die Voraussetzung einer Arbeitsmarktexpertise bei dem Berufsschulpersonal. Das heißt, die Akteure sollen den konkreten Arbeitsmarktbedarf richtig und rechtzeitig einschätzen. Die dafür erforderliche Präzision ist auch nicht bei den sich damit befassenden wissenschaftlichen Institutionen zu finden, etwa in Prognosen zum Fachkräftebedarf in den einzelnen Berufen. Die Akteure im verantwortlichen Ministerium verwiesen selber auf die noch nicht ausgeschöpften Potenziale in den Regionen. Vergleichbares ist auch für die Aktivitäten von Bildungseinrichtungen bezüglich des Ausgleichs struktureller Defizite von Ausbildungsgängen festzustellen, wie sie in der Assistentenausbildung gegeben sind. Auf der lokalen Ebene können nur begrenzt Mängel kompensiert werden, deren Behebung in Länder- oder Bundesverantwortung fällt. Im Schulberufssystem dient der Verweis auf demografische Entwicklungen eher dazu, die Notwendigkeit des von der Berufsbildungsforschung postulierten Reformbedarfes abzuschwächen, da ein quantitativer Bedeutungsverlust in bestimmten Segmenten eingesetzt hat. Hierin finden sich Elemente von Demographisierungen, die auch für andere Gesellschaftsbereiche konstatiert werden.

Die Herausforderungen bei dem Auflegen von bedarfsgerechten Bildungsangeboten liegen schließlich auch in den spezifischen Merkmalen von Infrastrukturorganisation in dünn besiedelten Regionen mit geringerer Betriebsdichte. Dazu gehört eine mangelnde Flexibilität. Die Etablierung kleinteiliger Ausbildungsgänge, die nicht auf eine hohe Nachfrage ausgerichtet sind, ist nur begrenzt tragfähig. Notwendige Ressourcen wie Fachlehrer/innen müssen in der Regel durch Personal aus bereits vorhandenen Ausbildungsgängen abgedeckt werden. Deswegen ist es sehr schwierig, noch nicht vorhandene Ausbildungsgänge jenseits beliebter „Massenberufe“ zu etablieren. Dies gilt besonders für die staatlichen Berufsschulen, in deren Auftrag und Selbstverständnis es (bisher) nicht lag, ihre Ausbildungsgänge überregional und mit hohem Aufwand zu vermarkten. Insofern kann eine zu starke lokale Verankerung von Angeboten auch Barrieren konstituieren, wie von den Akteuren reflektiert wurde. Die Etablierung oder Beibehaltung von Ausbildungsangeboten rein zugunsten des Infrastrukturerhalts oder -zugewinns kann die Qualität der Ausbildung aufgrund fehlender Erfahrung und Planungssicherheit beeinträchtigen. Auch ist bei dem Beschreiten von neuen Wegen in der Ausbildungsförderung (überbetriebliche Ausbil-

dung) eine überregionale Ausrichtung erforderlich, etwa wenn man in Berufen ausbilden möchte, die nicht vom Oberstufenzentrum vor Ort angeboten werden.

Nimmt man die untersuchten Steuerungsformen in allen drei Sektoren des Berufsbildungssystems (Duales System, Schulberufs- und Übergangssystem) zusammen, zeigt sich: Das jeweilige Verhältnis von zentralen, dezentralen und regionalisierten Steuerungsformen bringt angepasste, aber auch in Widerspruch zu der Arbeit von Berufsschulen und dem Bedarf der Jugendlichen und der Betriebe stehende Ausbildungsformen hervor. Gelingende regionalisierte Steuerungsformen erfordern, dass sich die Regionen auch als Handlungsräume konstituieren können. Dies birgt angesichts der Dominanz sektoraler Zuständigkeiten und des Fehlens entsprechender Institutionen sowie Ressourcen viele Herausforderungen. Wie anspruchsvoll eine Berufsschulplanung ist, die über die klassische Standortplanung hinausgeht, zeigt LEHMPFUHL (2005) in seinem am Beispiel von Berufskollegs in Nordrheinwestfalen entwickelten Modell zur „dialogischen Berufsschulplanung“ auf. Das Modell sieht einen mehrstufigen Planungsprozess vor. Dieser besteht aus einer detaillierten Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklungen, der Aufstellung von Szenarien, der Formulierung des Handlungsbedarfs und der Evaluation der umgesetzten Maßnahmen und Fortschreibung. In diesem Prozess gilt es, auf jeder Stufe mittels Experten-Dialogen und anderen Instrumenten die jeweiligen an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure aktiv einzubeziehen und zu koordinieren.⁵⁰⁹ Die Entwicklung stärker bedarfsorientierter Ausbildungsstrategien erfordert daher sowohl eine Professionalisierung der Berufsschulen auf Ebene der Einzelschulentwicklung als auch eine strategische Steuerung und Abstimmung auf Ebene der Regionen und des Bundeslandes.

5. Der demografische Diskurs führte (bisher) nicht zur Ausbildung von Steuerungsformen, welche die in der Infrastrukturgestaltung dominierenden, sektoralen Zuständigkeiten „überwinden“. Daher fungiert der

⁵⁰⁹ LEHMPFUHL benennt als Herausforderungen und Grenzen unter anderem die mangelnde Verfügbarkeit planungsrelevanter Daten, etwa durch Unterschiede in der räumlichen Datensystematik bei den Arbeitsamts- oder Kammerbezirken, prinzipielle und gegenstandsspezifische Prognoseprobleme, „Grenzen des dialogischen Verfahrens angesichts divergierender Partikularinteressen“ oder die Komplexität der zu berücksichtigenden Faktoren (LEHMPFUHL 2005: 10; Ders. 2007).

Diskurs nur begrenzt als eine neue Orientierung für die Ausbildung von „peripheriespezifischen“ Infrastrukturstrategien und alternativen Steuerungsmodellen.

Die Berufsschulsteuerung im Landkreis Uckermark wies in den verschiedenen Segmenten der Berufsausbildung eine Gemeinsamkeit auf: Der Landkreis bildet keinen Handlungsraum bezogen auf eine sektoren- und organisationsübergreifende Gestaltung berufsschulischer Infrastrukturen in der Erstausbildung. In anderen Bereichen sind deutlichere Ansätze erkennbar.⁵¹⁰

Im Dualen System zeigte sich dies an der Klassenbildung. Sie wurde vorrangig im Rahmen einer schulischen Organisationslogik bearbeitet, also mittels der räumlichen Verteilung von sächlichen und personellen Ressourcen. Handlungsansätze, in denen der Schnittstellencharakter der Berufsschule zwischen Schule und Wirtschaft zum Tragen kommt, bezogen sich auf einzelne Berufsbereiche und waren eher lokal ausgerichtet.⁵¹¹

Im Schulberufssystem zeigte sich die sektorale Dominanz besonders im Umgang mit den freien Trägern. Im Vordergrund standen, auch auf der Landesebene, die Fragen nach dem Für und Wider einer staatlichen oder privaten Leistungserbringung von beruflicher Qualifizierung und nach den unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Es ging weniger um die Frage, wie die Bildungslandschaft gemeinsam mit den „Privaten“ gestaltet werden kann.⁵¹² Die Konstituierung

⁵¹⁰ Eine stärkere, regionale Vernetzung und institutionenübergreifende Zusammenarbeit ist in der Ausbildungsförderung erkennbar, etwa im Rahmen der Entscheidung der Uckermark als Optionskommune zu agieren und neue Wege in der Benachteiligtenausbildung zu gehen. Ein weiteres Beispiel ist das stärker vernetzte Agieren etablierter Bildungsträger oder der Bereich Berufsorientierung.

⁵¹¹ Erst jüngst zeichnen sich im Landkreis Ansätze einer stärker strategischen Vernetzung des Oberstufenzentrums mit Betrieben ab, in denen auch Fragen des Erhaltes berufsschulischer Infrastrukturen aufgegriffen werden.

⁵¹² Der Stand der Forschung im allgemeinbildenden Schulbereich verweist darauf, dass Ausbildungsqualität nicht per se an der Trägerschaft festgemacht werden kann. Die Schulentwicklungsforschung hält in einer Reihe von Studien fest „dass sich einzelne Schulen derselben Schulform untereinander stärker unterscheiden als von anderen Schulformen“ (ROLFF 1991: 866; vgl. auch WEISS 1993: 73). Gleichwohl sollte dies nicht die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Frage der Trägerschaft beruflicher Bildungsangebote negieren. Denn bei einer Fokussierung auf die Leistung einer Schule besteht Gefahr, dass die „Schule als öffentliche Gestaltungsaufgabe des Staates weitestgehend aus dem Blick gerät“ (FROMMELT/HOLZAPFEL 2009: 168).

eines gemeinsamen Handlungsraumes mit den Privaten kann dabei bisher nur über den mühsamen und Ressourcen beanspruchenden Weg informeller Kommunikation und Vernetzung angestrebt werden.

Angesichts des starken Wachstums von Privatschulen verwundert auch das (bundesweite) Fehlen einer Debatte zur Kommerzialisierung beruflicher Bildung und zu möglichen dysfunktionalen Konkurrenzen zwischen staatlichen und privaten Berufsschulen im Kontext sich ausdünnender Bildungslandschaften. Die Untersuchungen verweisen weniger auf Ursachen, wie sie KLEIN (2007) formuliert, demnach die marginale politische Rolle der Privatschulen „nicht zuletzt Folge eines hierarchischen und zentralistisch-administrativen Steuerungsdenkens der deutschen Schulverwaltung“ mit einem „restriktiven Kurs gegenüber Schulen in freier Trägerschaft“⁵¹³ ist. Vielmehr scheint zum einen der nachrangige Stellenwert, der schulischen Bildungsangeboten zugesprochen wird, eine Rolle zu spielen. Dies ist verbunden mit dem Kernverständnis staatlicher Berufsschulen, die sich in erster Linie als „Partner der Wirtschaft“ im Dualen System verstehen. Zum anderen fehlen den Akteuren auf kommunaler und auf Landesebene formale Steuerungsinstrumente, durch die Privatschulen in ihren Verantwortungsbereich fallen würden. Der Artikel 7, Absatz 4 des Grundgesetzes hält fest, dass die Genehmigung von Privatschulen an das Sonderungsverbot geknüpft ist. Das heißt, Schulen dürfen ihre Schülerschaft nicht nach Besitzverhältnissen selektieren.⁵¹⁴ Um zu bewerten, ob und in welchem Ausmaß die Privatschulexpansion zu sozialräumlichen Bildungsungerechtigkeiten führt, fehlen jedoch Untersuchungen, die Bildungsverläufe unter diesem Gesichtspunkt analysieren.

Relevant und noch viel weniger beleuchtet ist dieser Aspekt auch für das Übergangssystem. Die Hoffnung, dass sich durch rückläufige Schülerzahlen die Integrationschancen von Jugendlichen mit Lern- oder anderen Benachteiligungen verbessern, hat sich bisher nur begrenzt erfüllt. In der Uckermark blieb der Anteil an Jugendlichen, die sich in diesem Sektor befinden, relativ stabil. Deren Integration zählt (nicht nur) in der Region zu den aktuell größten Herausfor-

⁵¹³ KLEIN 2007: 10. In der Weiterbildung ist die Diskussion anders gelagert, da hier die marktformige Erbringung von Dienstleistungen am stärksten vorangeschritten ist (ABICHT et al. 2010: 6).

⁵¹⁴ FROMMELT/HOLZAPFEL 2009: 167.

derungen. Dafür werden auf den jeweiligen Ebenen von Kommune, Land und Bund die verschiedensten Maßnahmen und Projekte aufgelegt. In der Infrastrukturentwicklung war zu dieser Problematik kaum ein Bezug erkennbar. Aus Perspektive der staatlichen Berufsschullandschaft verlor das OSZ in der Uckermark an Schüler/innen durch die Gründung von Berufsschulen in freier Trägerschaft. Der Anteil der Jugendlichen, die sich im Übergangssystem an Berufsschulen in freier Trägerschaft befanden, lag im Jahr 2013 in der Uckermark bei fast 40 %, etwas über dem brandenburgischen Durchschnitt. Gemessen an den formulierten Konzentrationserfordernissen findet hier eine gegenläufige Entwicklung statt. Diese entzieht sich jedoch einer Steuerung durch die Kommune und das Land Brandenburg aufgrund des Gesetzes zur Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft.⁵¹⁵ Entscheidende Akteure sind die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter, die durch ihre Vergabepaxis (indirekt) mitentscheiden, an welchen Schulen Jugendliche im Übergangssystem qualifiziert werden. Die Vergabepaxis ist weniger an den Anforderungen von Infrastrukturgestaltung in dünn besiedelten Räumen mit rückläufigen Schülerzahlen orientiert als am Ausbildungskonzept und vor allem an einer möglichst günstigen Kostenkalkulation der Bildungsträger. Dadurch entsteht Planungsunsicherheit für die Träger. Die Entscheidung über die Vergabe von Bildungsmaßnahmen kann jedes Jahr anders ausfallen. Aus Perspektive der Infrastrukturträger ist die wechselnde Vergabe bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen ein „Ressourcenverlust“, wenn aufgebaute Kompetenzen in der „Benachteiligtenarbeit“ durch diese Praxis plötzlich nicht mehr genutzt werden. Die Vergabepaxis der Agenturen und Jobcenter ist also nicht an raum- und organisationsentwicklungsbezogenen Kriterien orientiert. Die Entscheidungen werden zudem nicht von den regionalen Agenturen getroffen, sondern von den überregionalen sogenannten Einkaufszentren.

Für die Jugendlichen ist dadurch eine nicht immer möglichst wohnortnahe Qualifizierung gewährleistet, wie sie das Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit selbst formuliert.⁵¹⁶ Dabei geht es nicht nur um die Erreichbarkeit, sondern um eine Reihe daran gekoppelter

⁵¹⁵ Vgl. Brandenburgisches Schulgesetz - in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. August 2002, (GVBl.I/02, [Nr. 08]. Teil 10 § 121, 122).

⁵¹⁶ BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hg.) 2012: 4.

Fragen wie die Finanzierung der Mobilität oder die Unterstützung durch die Familie. Während im Schulberufssystem noch von einem gewissen Bildungsmarkt gesprochen werden kann, haben die Jugendlichen in der Berufsvorbereitung keine freie Schulwahl. Sie müssen, sofern sie beziehungsweise ihre Eltern Leistungen nach SGB II/III beziehen, die ihnen zugewiesene Maßnahme annehmen. Diese Entwicklung steht auch im Widerspruch zum Konzept der staatlichen Berufsschulen als regionale Kompetenzzentren, formuliert zum Beispiel von der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Nach diesem Konzept sollte die Qualifizierungsarbeit in der Berufsvorbereitung einen hohen Stellenwert einnehmen.⁵¹⁷ Einerseits kann die Bedeutung freier Träger im Übergangssystem unter dem Gesichtspunkt der Inklusion, also der Frage „Gesonderte Schulen und Strukturen für ‚benachteiligte‘ Jugendliche?“ problematisiert werden. Andererseits ist die Ausbildungsqualität eher organisations- als trägerspezifisch. Daher wäre eine polarisierende Gegenüberstellung von staatlicher oder privater Leistungserbringung zu verkürzt und nicht fruchtbar für entsprechende Fachdiskussionen.

Die übergreifende Beobachtung der Dominanz formaler Zuständigkeiten in der Infrastruktursteuerung ist mit Blick auf die Versäulung und institutionelle Zersplitterung des Berufsbildungssystems nicht überraschend. Sie dürfte in vielen anderen Kommunen auch anzutreffen sein. Zwar gibt es ein allgemeines Bekenntnis für die Bedeutung von „Bildung“, insbesondere im Kontext der Fachkräftediskussion. Je konkreter jedoch die zu verhandelnden und bearbeitenden Aspekte sind, desto schwieriger wird es, eine auf die Region bezogene Argumentation zu entfalten. Für die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsraumes in dem hier betrachteten Ausbildungsbereich fehlt es an übergreifenden formellen und informellen Institutionen, auf welche die Akteure im Landkreis zurückgreifen können. Das macht auch die Ausbildung eines gemeinsamen Begriffes von Region im Bereich der beruflichen Qualifizierung so schwierig.

⁵¹⁷ SEKTION BERUFS- und WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN 2009: 4; DOBISCHAT/MÜNK 2009: 35 ff. Brandenburg postuliert kein explizites Konzept der Weiterentwicklung der Oberstufenzentren zu regionalen Kompetenzzentren, wie es in anderen Bundesländern, zum Beispiel Berlin, zu beobachten ist (vgl. SENATSWERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND und WISSENSCHAFT BERLIN 2013). Gleichwohl verweisen formulierte Ziele der Weiterentwicklung der Oberstufenzentren wie auch die konkreten Aktivitäten an den OSZ auf dieses Konzept (vgl. zum Beispiel BLK 2001: 30).

Zwar war die Bezugnahme auf eine „Bildungsregion“ zwischen den Landkreisen Barnim und Uckermark wichtig für die Entwicklung von Infrastrukturanpassungskonzepten. Mit diesem Raumbegriff konnte (bisher) jedoch keine spezifische Argumentation für den Infrastrukturerhalt in dem peripher gelegenen Landkreis Uckermark entfaltet werden. Für die Berufsschulsteuerung ist daher teilweise festzuhalten, was auch für andere Bereiche der Daseinsvorsorge konstatiert wird: Sie bewegt sich (bisher) weitestgehend im Rahmen der klassischen Planung, die nicht durch ausgeprägte partizipative Ansätze gekennzeichnet ist.⁵¹⁸

Die festgestellte, begrenzte Wirkung des demografischen Diskurses für die Entwicklung neuer Steuerungs- und Organisationsstrategien in der beruflichen Erstausbildung trifft nicht für alle Bereiche zu. So wurden in Brandenburg aufgrund sinkender Schülerzahlen neue Organisations- und Kooperationsmodelle zwischen allgemeinbildenden Schulen und Oberstufenzentren im Bereich der gymnasialen Bildung etabliert. Diese Modelle waren nicht Gegenstand der Arbeit.⁵¹⁹

8.3 Reichweite der Ergebnisse und Ausblick

In der klassischen Infrastrukturtheorie werden einer bestimmten Infrastrukturart charakteristische Merkmale, wie zum Beispiel die Standortgebundenheit von Leistungen technischer Infrastrukturen, zugewiesen. Daraus leiten sich spezifische institutionelle Merkmale ab, etwa das Fehlen von Marktpreisen oder die Notwendigkeit staatlicher Planung.⁵²⁰ Der Beitrag dieser Arbeit bestand zum einen in der empiriebasierten Konkretisierung der sektoralen, strukturellen und institutionellen Merkmale und Rahmenbedingungen, welche die Planung und Steuerung berufsbildender Infrastrukturen bestimmen. Ein besonderer Fokus lag auf der räumlichen Dimension der Steuerung. Es konnte eine Ausdifferen-

⁵¹⁸ BEETZ et al. 2008: 297 ff.; Moss 2011: 82.

⁵¹⁹ Hier ist eine Gemeinsamkeit zu Reformdynamiken im allgemeinbildenden Schulbereich erkennbar. ROLFF und TILLMANN (2009) stellten fest, dass die „Reformanstöße [für die kooperative Gesamtschule] auf lokaler Ebene von einer Versorgungsstörung“ [zu wenige oder zu viele Platzkapazitäten durch steigende/sinkende Schülerzahlen] und weniger von einem Reformwillen ausgelöst wurden (ROLFF/TILLMANN 2009: 41).

⁵²⁰ Moss 2011: 76.

zierung der verschiedenen „Räume der Infrastruktursteuerung“ und der Bedeutung räumlicher Konstrukte durch die Akteure vorgenommen werden.

Herausgestellt wurden die strukturell bedingten Herausforderungen bei der Organisation von Infrastrukturnetzen in dünn besiedelten, ländlichen Räumen gegenüber einer sehr starken Betonung „demografischer Argumente“. Die zunehmende öffentliche Berichterstattung über die Ausdünnung von Berufsschullandschaften aus verschiedenen Bundesländern verweist darauf, dass diese strukturelle Problematik für viele ländliche Räume verallgemeinerbar ist. Für eine weiter reichende Generalisierung sind jedoch Untersuchungen erforderlich, welche die Steuerung berufsbildender Infrastrukturen zwischen Bundesländern sowie verschiedenen Typen ländlicher Räume auch im Hinblick auf unterschiedliche regionalökonomische Strukturen vergleichen. Von solchen Studien können weitere Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob die vorgenommene Unterscheidung zwischen klassischen, ländlichen und peripher-ländlichen Ausbildungsmärkten systematisch auf diese Infrastruktur angewendet werden kann. In dem Zusammenhang ist auch eine weiterführende Betrachtung der Bedeutung spezifischer Raumlagen sowie mono- und polyzentraler Siedlungsstrukturen relevant.

Mit der Betrachtung der für die Infrastruktursteuerung zum Tragen kommenden Institutionen, Steuerungsinstrumente, Akteurs- und Organisationslogiken griff die Arbeit zugleich einen Kritikpunkt an der klassischen Infrastrukturtheorie auf: die Vernachlässigung der Wechselwirkung von materieller mit institutioneller Infrastruktur und der Problemlösungskapazitäten der Akteure.⁵²¹ Die Herausstellung des „brandenburgischen Weges“ und der kommunalen Freiräume bei der Etablierung und Anpassung des Standortsystems in den 1990er und 2000er Jahren zeigte, dass die Steuerung nicht vollständig durch sektorale und strukturelle Merkmale dominiert wird. Auch der punktuelle Blick auf andere Bundesländer verwies auf den Einfluss der Steuerungsinstrumente. So versprechen auch hier ländervergleichende Untersuchungen eine weitere Sättigung und Ausdifferenzierung der Ergebnisse dieser Arbeit. Eine besondere Aufmerksamkeit bei künftigen Untersuchungen sollte auch die regionale Ebene erfahren. Die Bedeutung von lokalen Akteuren, regionalen Kooperationskultu-

⁵²¹ Moss 2011: 76.

ren und des institutionellen Rahmens für die Berufsschulsteuerung wurde in der Arbeit herausgestellt. Warum in einigen Landkreisen zum Beispiel eine stärkere kommunalpolitische Mobilisierung gegen Konzentrationen als in anderen Regionen beobachtbar war, erfordert jedoch systematische intraregionale Vergleiche.⁵²² Die Bedeutung regionaler Netzwerk- und Interaktionsstrukturen gilt auch für die Konstituierung von „Bildungsregionen“ im Weiterbildungsbereich als ein Gegenstand mit weiterem Forschungsbedarf.⁵²³

Im brandenburgischen Standortnetz sind die großen Anpassungsprozesse der 1990er und 2000er Jahre abgeschlossen. Bisher ist dieses Netz stabil, wenngleich weitere Konzentrationen, insbesondere auf der Ebene einzelner Ausbildungsgänge, nicht ausgeschlossen werden können. In den letzten zwei Jahren verstärkte sich die öffentliche Thematisierung von befürchteten Problemen durch die Ausdünnung von Berufsschulen in verschiedenen Bundesländern. So fordern beispielsweise die Industrie- und Handelskammern in Mecklenburg-Vorpommern und der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg offensiv den Erhalt oder Ausbau eines flächendeckenden Netzes beruflicher Voll- und Teilzeitschulen.⁵²⁴ Zu den befürchteten Nachteilen zählen: die Verstärkung der Nachwuchsprobleme von Unternehmen, der Rückzug von Betrieben durch zusätzliche Ausbildungskosten und Ausbildungshindernisse für Jugendliche.⁵²⁵ Wich-

⁵²² Auch der von den Interviewpartner/innen angedeutete Einfluss politischer, informeller Lobbyarbeit von Großunternehmen wäre ein interessantes, herausforderungsvolles Forschungsfeld.

⁵²³ ABICHT et al. 2010: 7f.

⁵²⁴ www.bildungsklick.de/pm/88765/regionale-schulentwicklung-stirbt-die-berufsschule-im-laedndlichen-raum-leidet-auch-die-duale-ausbildung-in-der-region.

⁵²⁵ In einer Ausbildungsumfrage der Industrie- und Handelskammern im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns im Jahr 2014 benannten fast ein Viertel der 280 befragten Firmen die zu große Entfernung zur Berufsschule als Problem. www.welt.de/newsticker/dpa_nt/regio-line-geo/mecklenburgvorpommern/article130602850/Op- po- sition- fordert- bessere- Berufsschu- len. html. Der Nordkurier berichtet für M-V von extrem langen Fahrzeiten und hohen finanziellen Belastungen für Auszubildende. Tägliche Anfahrten von 70 Kilometern gehören zum Alltag. Nach der IHK Ostmecklenburg-Vorpommern ist der sukzessive Abbau von Berufsschulstandorten ein verordneter Wettbewerbsnachteil für die Ausbildungsbetriebe. www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/berufsschulen-liegen-oft-in-weiter-ferne-1911184711.html. Ein im Jahr 2013 vom Land M-V aufgelegtes Mobilitätszuschussprogramm wurde bisher kaum in Anspruch genommen. Angekündigt wurde nun, dass ab 2015 alle Azubis mit weniger als 400 Euro Lehrlingsentgelt im Monat Zuschüsse beantragen können. Bisher konnten dies nur Auszubildende im SGB II Rechtskreis (www.svz.de/mv-uebersicht/land-stockt-hilfe-fuer-lehrlinge-auf-id8396266.html).

tig für die Auseinandersetzung mit möglichen Peripherisierungsprozessen in diesen Dimensionen sind daher konkrete Untersuchungen zu den befürchteten Nachteilen in ländlichen Räumen.

Dafür kann ein anderer Blick auf die Debatte um Mindeststandards in der Daseinsvorsorge hilfreich sein. Aus den herausgearbeiteten „vielfältigen Zentralitäten“ von Berufsschulen lässt sich für eine (sektorenübergreifende) Raumplanung eine erweiterte Konzeption von Zentralität ableiten. So weisen die einzelnen Segmente beruflicher Bildung eine unterschiedliche Standortbedeutung und -sensibilität auf. Die Ausbildung in sozialen Berufen am Standort Templin etwa zeichnet sich durch eine hohe lokale Verankerung aus. Denn die Schüler/innen halten sich durch die Vollzeitausbildung länger am Standort auf und die Schule kooperiert eng mit verschiedenen Einrichtungen in der Stadt. Das Gegenbeispiel sind Schüler/innen in einer Landesfachklasse in sehr seltenen Berufen des Dualen Systems. Sie verbringen deutlich weniger Zeit in der Berufsschule und die Betriebe sind unter Umständen über Gesamtbrandenburg verteilt. Die Kooperationsräume erstrecken sich weitflächiger. Die Standortsensibilität im Übergangssystem wiederum gründet in der Forderung nach möglichst wohnortnahen Bildungsangeboten, um die Integrationsbarrieren bei den in der Regel „benachteiligten“ Jugendlichen nicht noch höher zu setzen. Die Frage der Erreichbarkeit für alle Jugendlichen sollte natürlich immer zentral sein. Diese Aspekte relativieren die Konzeption von Berufsschulen als Punktinfrastrukturen, die in erster Linie an Orten mit höherer Zentralität anzusiedeln sind. Wird jedoch von den unterschiedlichen „Ausbildungsräumen“ ausgegangen, lautet die Frage zugespitzt formuliert weniger, wie viele Fahrminuten eine Berufsschule entfernt sein darf, sondern welche Anforderungen an die jeweiligen Ausbildungssegmente gestellt sind und welche Arrangements diesen am besten gerecht werden können. Solch ein Zugang erfordert eine breiter angelegte Planung. Sie muss Wohnmodelle in der Ausbildung einbeziehen, die Organisation des Berufsschulunterrichts oder Fragen der Kommunikation mit den ausbildenden Betrieben. Aufschlussreich wären bei Untersuchungen zur Bewältigung des Ausbildungsalltags von Jugendlichen auch Überlegungen, wie diese stärker in Berufsschulplanung einbezogen werden können. Die Mobilitätsforschung verweist auf die Ausweitung des geographischen Radius von Jugendlichen durch Konzentration

von Infrastruktur. Dies ermöglicht „neue Formen der Vergesellschaftung“.⁵²⁶ So können solche Untersuchungen auch die Frage aufgreifen, wie Ausbildungsarrangements besser gestaltet werden können. Dies betrifft Themen, wie die Organisation von Mobilität oder die Gestaltung von Wohnheimen, zum Beispiel mit weiterführenden Angeboten in der Freizeit- oder Jugendarbeit.

Im Vergleich zu den in der Bildungsforschung und -politik formulierten und entfalteten Aktivitäten zur Verbesserung der beruflichen Integration ist die beobachtete Infrastrukturpolitik deutlich defensiver. Berufsschulplanung als Konzentration und Rückzug von Infrastrukturen bietet für den ländlichen Raum wenig positive Anknüpfungspunkte. Der Diskurs um den demografischen Wandel in der Daseinsvorsorge kann dann neue, über klassische Anpassungsprozesse hinausgehende, Optionen generieren, wenn er sich stärker auf den Bedarf der Akteure und Adressaten von Berufsbildung im ländlichen Raum bezieht und sich mit Fachdiskursen verbindet. Dafür bietet sich unter anderem eine stärkere Bezugnahme der klassischen Berufsschulplanung auf das bildungspolitische Konzept von Berufsschulen als regionale Kompetenzzentren an. Unter diesem Begriff versammeln sich verschiedene Ansätze. Sie zielen auf eine Regionalisierung und Erweiterung des Aufgabenverständnisses und -spektrums von Berufsschulen ab. Je nach wissenschaftlichem und bildungspolitischem Standort werden als Anlass für diese Weiterentwicklung Globalisierungsprozesse, der Innovationsdruck im Beschäftigungssystem oder ein veränderter Bedarf durch steigende Integrationschwierigkeiten in eine Ausbildung angeführt.⁵²⁷ Die Ansätze zielen je nachdem auf eine stärkere Vernetzung mit Bildungsinstitutionen und Unternehmen einer Region, auf die Bildung von Kompetenzzentren oder auf das Offerieren von Bildungsdienstleistungen in Kooperation mit regionalen Partnern. Zentrale Rahmenbedingungen sind eine größere Personal- und Budgetautonomie der Schulen. Daher speisen sich Teile derartiger Ansätze aus dem New Public Management. Sie werden von verschiedenen Institutionen und Bundes-

⁵²⁶ BEETZ/NEU 2009: 54.

⁵²⁷ Erstere Rahmenbedingungen werden vor allem von der Bildungspolitik angeführt (BLK 2001a: 3 ff.; Buchholz/Straßer 2007: 14 f.).

ländern angeregt oder bereits verfolgt, etwa in Form von Modellversuchen oder der Einführung von Qualitätsmanagementsystemen.⁵²⁸

Entgegen anderen Bereichen der Daseinsvorsorge bietet der in Brandenburg eingeschlagene Weg (teil-)profilierter Berufsschulen den Vorteil, dass keine scharfen Polarisierungen entstehen. In jedem Landkreis gibt es Berufsschulen mit spezifischen oder besonderen Profilen. Das Konzept der Regionalen Kompetenzzentren kann somit auch für ländlich-periphere Räume für den Ausbau fachlicher Profile genutzt werden. In der Uckermark kann dies zum Beispiel die Kompetenz in der Ausbildung in Industrieberufen und in der Landwirtschaft sein. Fraglich ist allerdings, ob es für ländlich-periphere Räume sinnvoll ist, dass sich Berufsschulen im Markt der Weiterbildung positionieren, wie es teilweise bildungspolitisch angestrebt wird.⁵²⁹ Demgegenüber bieten erhöhte Gestaltungsspielräume bei der Entwicklung Regionaler Kompetenzzentren die Chance zu neuen Fördermöglichkeiten und Ausbildungsmodellen für „benachteiligte“ Jugendliche. Verwiesen wird etwa auf Potenziale einer stärkeren Professionalisierung und Qualitätssicherung im Übergangssystem.⁵³⁰ In Brandenburg bieten sich als Zentren für diese Bildungsarbeit angesichts der besonderen pädagogischen Kompetenzen die Ausbildungsabteilungen für soziale Berufe an den Oberstufenzentren an. Es bedarf dafür jedoch auch struktureller Reformen. Diese sollten gegen den Trend, Integrationsprobleme in immer wieder befristeten Projekten zu bearbeiten, gerichtet sein. Schließlich bietet sich das Modell

⁵²⁸ WILBERS (2003) nennt den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS 1999), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kultusministerien, Projekte zur „Selbständigen Schule“ etwa in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg sowie der Bund-Länder-Kommission (WILBERS 2003: 1 ff.; vgl. auch MEYER 2003: 3 ff.).

⁵²⁹ Kritische Positionen verweisen auf den Widerspruch, dass sich Berufsschulen einerseits mit einem Leistungsangebot dem Weiterbildungsmarkt stellen und andererseits eine zentrale Rolle bei der Vernetzung der Bildungslandschaften einnehmen sollen. Vernetzung wiederum basiert auf nicht marktförmigen Institutionen wie Vertrauen, Reziprozität und Kooperation der Organisationen. Zu weiteren Widersprüchen gehört bei dieser Ausrichtung, dass sie von den Berufsschulen eine interne Organisationsveränderung erfordert, die im Gegensatz zu ihrem bisherigen formellen Aufbau mit langfristiger, strategischer Planung und Zielorientierung steht (MEYER 2003: 8 ff.; vgl. auch BÜRKNER 2011: 60 ff.). WILBERS (2003) konstatiert für den Ansatz nach wie vor einen hohen Bedarf nach praktischen Forschungserfahrungen (WILBERS 2003: 11).

⁵³⁰ Buchholz/Straßer 2007: 16 ff. LEHMPFUHL verweist für benachteiligte Jugendliche in der Berufsausbildung auf ein bisheriges Fehlen „pädagogisch begründeter Vorgaben und Orientierungen“, die die Planung bei der Gestaltung der regionalen Schullandschaft unterstützen könnten (LEHMPFUHL 2007).

Regionaler Kompetenzzentren auch für die Entwicklung multifunktionaler Einrichtungen an. Mit diesem Konzept wird in der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen gearbeitet. Denn angesichts sinkender Bevölkerungszahlen und Nachfragen muss es stärker darum gehen, verschiedene Versorgungsbereiche institutionell zu integrieren.⁵³¹ Bei der Berufsschule im ländlichen Raum geht es um die Frage, inwiefern diese als eine Bildungsinstitution für breitere Bevölkerungsschichten stärker ausgebaut werden kann, auch als ein Bindeglied zwischen Bildungsdynamiken und ländlichen Gesellschaften. Das kann zum Beispiel den Bereich Bildungsberatung umfassen, die Bereitstellung von Lernorten oder Berufsorientierung für Jugendliche. Der Ansatz Regionaler Kompetenzzentren darf jedoch nicht auf den Aspekt der Regionalisierung von beruflicher Bildung verengt werden, etwa als „Ersatz“ für notwendige Reformen. Berufliche Bildung in ländlichen Räumen braucht ein spezifisches Zusammenwirken von lokaler und zentraler Ebene in der Bildungsplanung und -steuerung.

⁵³¹ Vgl. zum Beispiel MACHOLD/TAMME 2009: 166 ff.

9 Literaturverzeichnis

ABICHT, Lothar; LÜDIGK, Rainer; SCHÖNFELD, Peter (2010): Regionale Bildungsmärkte – Bedeutung in Bildungstheorie und -praxis. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 6, 6–10.

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT e.V. (1967): Schule und Bildung im ländlichen Raum. Realitäten und Konzeptionen. Göttingen (Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Nr. 66).

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.) (1984): Regional differenzierte Schulplanung unter veränderten Verhältnissen. Probleme der Erhaltung und strukturellen Weiterentwicklung allgemeiner und beruflicher Bildungseinrichtungen. Hannover (ARL Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 150).

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.) (2008): Politik für periphere, ländliche Räume. Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. Hannover (Positionspapiere aus der ARL, Nr. 77).

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.) (2007): Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. Ergebnisse des gemeinsamen Arbeitskreises von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover, dem Deutschen Institut für Urbanistik Berlin, dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen Dortmund und dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Hannover (Positionspapier aus der ARL, Nr. 71).

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (ARL) (Hg.) (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Hannover (Positionspapier aus der ARL Nr. 69).

ALEMANN, Annette von (2008): Die Demographisierung der Geschlechtergleichstellung in Wirtschaft und Gesellschaft: Ergebnisse einer Fallstudie zum Gleichstellungsgesetz für die deutsche Wirtschaft. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1/2. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2643–2652.

AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: Berufliche Schulen im Land Brandenburg. Statistische Berichte B II 1 – j / 2005–2013. Berlin/Potsdam.

AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: Berufliche Schulen im Land Brandenburg. Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken. Statistische Berichte B II 3 – j / 2005–2013. Berlin/Potsdam.

AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens im Land Brandenburg. Statistische Berichte B II 6 – j / 06, 12. Berlin/Potsdam.

AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: Auszubildende am 31.12. und Prüfungen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 im Land Brandenburg. B II 5 – j / B II 7 – j / 06. Berlin/Potsdam.

AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG: Auszubildende und Prüfungen in Brandenburg. Statistische Berichte B II 5 – j, 2008–2011. Berlin/Potsdam.

ARBEITSGRUPPE BILDUNGSFORSCHUNG/BILDUNGSPLANUNG (2004): Das deutsche Schulsystem. Entstehung Struktur Steuerung. Universität Duisburg, Essen. Online: www.bildungswissen.de/Politikdateien/Bildung/Studie.pdf. Letzter Zugriff: 26.07.2009.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Hrsg. vom Konsortium Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld: Bertelsmann.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld: Bertelsmann.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: Bertelsmann.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: Bertelsmann.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2006): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: Bertelsmann.

AUTORENGRUPPE REGIONALE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG BERLIN-BRANDENBURG (Hg.) (2010): Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg, 13–18. Onlineveröffentlichung: www.bildungsbericht-berlin-branden-rg.de/pdfs2010/bildungsbericht_2010.pdf. Letzter Zugriff: 11.08.2011.

AUTSCH, Bernhard; BRANDES, Harald; WALDEN, Günter (1991): Bedingungen und Aufgaben bei der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Berlin/Bonn: Bibb, Der Generalsekretär.

AUTSCH, Bernhard; BRANDES, Harald; WALDEN, Günter (1995): Ausgangsbedingungen bei der Umstellung des DDR-Berufsbildungssystems aus der Sicht rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen. In: DEGEN, Ulrich; WALDEN, Günter; BERGER Klaus (Hg.): Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung, 180, Hrsg. vom Bundesinstitut für berufliche Bildung), 15–28.

BACK, Hans-Jürgen (Hg.) (2006): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 7: Konsequenzen der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordrhein-Westfalen. Hannover (Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 328).

BACK, Hans-Jürgen (1984): Regionale Gleichwertigkeit beruflicher Qualifikationsmöglichkeiten. Überlegungen zu regional differenzierten Systemen beruflicher Erstausbildung. In: Regional differenzierte Schulplanung unter veränderten Verhältnissen. Probleme der Erhaltung und strukturellen Weiterentwicklung allgemeiner und beruflicher Bildungseinrichtungen. Hannover: Vincentz (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Band 150), 139–158.

BACK, Hans-Jürgen (1981): Organisatorische Lösungsansätze zur Förderung dezentraler, wohnortnaher Schulen. In: Informationen zur Raumentwicklung 9: Umorientierung der Schulpolitik für den ländlichen Raum, 631–640.

BARLÖSIUS, Eva; BEETZ, Stephan; NEU, Claudia (2008): Chancen und Risiken innovativer Infrastrukturansätze. In: HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLIENINGER, Tobias (Hg.): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: Akad.-Verl. (Forschungsberichte der Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 20), 346–353.

BARLÖSIUS, Eva; NEU, Claudia (2008): Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Ungleichheit. In: BARLÖSIUS, Eva; NEU, Claudia (Hg.) (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 21), 17–23.

BARLÖSIUS, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: BARLÖSIUS, Eva, SCHIECK, Daniela (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, 9–36.

BARLÖSIUS, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, 16–23.

BARTL, Walter (2011): Die Relevanz des demografischen Wandels für regionale Bildungssysteme: Das Beispiel Sachsen-Anhalt. Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie (Der Hallesche Graureiher Nr. 1). Online: www.sozioologie.uni-halle.de/publikatio-nen/pdf/1101.pdf. Letzter Zugriff: 02.02.2012.

BÄTZING, Werner (2009): Die ländlichen Räume in Europa im Zeitalter der Globalisierung – haben sie eine Zukunftsperspektive? Deutsches Manuskript des in „Le Frontiere della Geografia. Testi, dialoghi e racconti per Giuseppe Dematteis. Edizioni UTET Università, Torino“ erschienenen Artikels. Online: www.geographie.uni-erlangen.de/docs/wba_publ_206_Dematteis-dt_09.pdf. Letzter Zugriff: 11.09.2012.

BÄTZING, Werner (1997): Verschwindet der ländliche Raum? Perspektiven nach 2001. Überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels „Die Auflösung des ländlichen Raumes in der Postmoderne. In: *Kommune – Forum für Ökonomie, Politik und Kultur* 11. Frankfurt. Online: www.alt.geographie.uni-erlangen.de/wbaetzing/lit/laendl_raum.pdf. Letzter Zugriff: 11.09.2012.

BAUERKÄMPER, Arnd (1999): Transformation als Integration? Der Wandel der ländlichen Gesellschaft und die Flüchtlinge im Osten Brandenburgs. In: Schultz, Helga (Hg.): *Bevölkerungstransfer und Systemwandel: ostmitteleuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg*. Berlin: Berlin Verl. Spitz, 109–148 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Band 4).

BAUM, Sabine; WEINGARTEN, Peter (2005): Interregionale Disparitäten und Entwicklung ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung für die neuen EU-Mitgliedstaaten. In: *Agrarwirtschaft*, 210–224.

BAUM, Sabine; WEINGARTEN, Peter (2004): Typisierung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa. In: *Europa Regional*, Zeitschrift des Leibniz Instituts für Länderkunde e. V. 3, 149–158.

BEETZ, Stephan (2010): Ist das Land anders? Neue räumliche Ordnungen und ihre gesellschaftlichen Diskurse. In: Berliner Debatte Initial 2, 123–135.

BEETZ, Stephan (2009): Regionale Dimensionen des Alterns und der Umbau der kommunalen Daseinsvorsorge – Entwicklungen am Beispiel ländlicher Räume. In: NEU, Claudia (Hg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag, 114–132.

BEETZ, Stephan (2009a): Analysen zum Entscheidungsprozess Jugendlicher zwischen „Gehen und Bleiben“. In: SCHUBARTH, Wilfried; SPECK, Karsten (Hg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher: Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. München: Juventa Verlag, 135–151.

BEETZ, Stephan (2008): Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: BARLÖSIUS, Eva; NEU, Claudia (Hg.) (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 7–16 (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 21).

BEETZ, Stephan (2007): Innovationen der Infrastrukturen in ländlichen Räumen unter der Perspektive von Lebensqualität. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 9–19 (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 14).

BEETZ, Stephan (2007a): Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums. In: BARLÖSIUS, Eva; SCHIECK, Daniela (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, 221–246.

BEETZ, Stephan (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/22. Bonn, 25–31.

BEETZ, Stephan (2006a): Regionale Disparitäten und Steuerung ländlicher Entwicklung. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 9).

BEEZ, Stephan (2005): Innovationsmilieus und Innovationsdeutungen in ländlich-peripheren Räumen. In: ALTROCK, Uwe; GÜNTNER, Simon; HUNING, Sandra u. a. (Hg.) *Landliebe – Landleben: ländlicher Raum im Spiegel von Sozialwissenschaften und Planungstheorie*. Cottbus (Reihe Planungsrundschau Nr. 12), 51–68.

BEEZ, Stephan; HUNING, Sandra; PLIENINGER, Tobias (2008): Landscapes of Peripherization in North-Eastern Germany's Countryside: New Challenges for Planning Theory and Practice. In: *International Planning Studies* Vol. 13, No. 4, 295–310.

BEEZ, Stephan; NEU, Claudia (2009): Lebensqualität und Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. In: BMVBS / BBSR (Hg.): *Ländliche Räume im demografischen Wandel*. BBSR-Online-Publikation 33, 53–60.

BEEZ, Stephan; NEU, Claudia (2008): Ökonomischer und sozialstruktureller Wandel seit 1990. In: HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLIENINGER, Tobias (Hg.): *Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands*. Berlin: Akad.-Verlag (Forschungsberichte der Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 20), 57–65.

BEEZ, Stephan; NEU, Claudia (2008a): Infrastrukturentwicklung seit 1990. In: HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLIENINGER, Tobias (Hg.): *Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands*. Berlin: Akad.-Verlag (Forschungsberichte der Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 20), 66–68.

BEEZ, Stephan; NEU, Claudia; PLIENINGER, Tobias (2005a): *Zwischen Berlin und Stettiner Haff. Eine naturräumliche, politische und sozioökonomische Analyse der Region Barnim/Uckermark/Uecker-Randow*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 3).

BEICHT, Ursula (2011): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am

Übergang Schule – Berufsausbildung. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB-Report Nr. 11).

BEICHT, Ursula (2011): Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütung in Deutschland. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere 123).

BEICHT, Ursula; ULRICH, Joachim Gerd (2008): Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB-Report, Nr. 6).

BEIDERWIEDEN, Kay; GNAHS, Dieter; MENKE, Rudolf (1982): Maßnahmen zur Förderung regionaler Berufsbildungssysteme. Konzepte und ihre Wirkungen. In: BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hg.): Berufliche Qualifikation und regionale Entwicklung. MFPRS-Forschungsprojekte im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, vorgelegt von der Universität Trier. Universität Hannover: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (Schriftenreihe Raumordnung BMRBS), 101–172.

BELLMANN, Lutz; HARTUNG, Silke (2005): Zu wenig Stellen und doch sind nicht alle besetzt. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 27).

BERGER, Klaus; WALDEN, Günter (2003) (Hg.): Öffentliche Ausbildungsförderung in Ostdeutschland unter der Lupe. Ergebnisse aktueller Evaluationsstudien. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung, 258, Hrsg. vom Bundesinstitut für berufliche Bildung).

BERKEMEYER, Nils; BONSEN, Martin; HARAZD, Bea (Hg.) (2009): Perspektiven der Schulentwicklungsforschung. Festschrift für Hans-Günter Rolff. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2011a): Die demographische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet. Berlin.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. Berlin.

BERTELSMANN STIFTUNG (2008): Demographie konkret – Regionalreport Sachsen, Sachsen Anhalt & Thüringen. Regionale Differenzierungen der Cluster- Beschreibungen und Cluster-Empfehlungen für Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern. Online: www.rop.tu-dortmund.de/cms/Medienpool/Downloads/Regionalreport_Sachsen_Sachsen-Anhalt_Thüringen.pdf. Letzter Zugriff: 06.10.2012.

BERTRAM, Barbara: (1998): Der Übergang von der Schule in den Beruf in den neuen Bundesländern – Soziologische Befunde anhand der Leipziger Längsschnittstudie. In: SCHÄFER, Hans-Peter; SROKA, Wendelin (Hg.): Übergangsprobleme von der Schule in die Arbeitswelt. Zur Situation in den neuen und alten Bundesländern. Berlin: Duncker & Humblot, (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 61), 67–80.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin.

Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Ein Reader mit Beiträgen aus Forschung, Wissenschaft und Praxis. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung 153, Hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsausbildung), 31–50.

BEYER, Lothar; GRIMMER, Klaus; KNEISSLER, Thomas u. a. (1994): Verwaltungsorganisation und Institution. In: Göhler, Gerhard (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie. Baden-Baden: Nomos Verlag, 245–272.

BIECKEBÖLLER-KUBIAK, Helga (1979): Programm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen. In: Informationen zur Raumentwicklung 8, 505–515.

BILDUNGSGENOSSENSCHAFT SÜDNIEDERSACHSEN e.G. (2004): 10 Thesen zum neuen Fachkonzept für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB). Erarbeitet von der AG Reha des Netzwerks „Lernende Region – Bildung 21 in Südniedersachsen“ unter Trägerschaft der Bildungsgenossenschaft Südnie-

dersachsen e. G. Online: www.netzwerk-weiterbildung.info/upload/m41f7b1c-def37b_verweis1.pdf. Letzter Zugriff: 11.08.2010.

BILDUNGSKOMMISSION DER LÄNDER BERLIN UND BRANDENBURG (Hg.) (2003): Bildung und Schule in Berlin und Brandenburg – Herausforderungen und gemeinsame Entwicklungsperspektiven. Berlin: Wiss. und Technik Verlag.

BLÄSCHE, Alexandra (2012): Gezeitenwechsel. In: BRANDaktuell 3.

BLATTER, Joachim; JANNING, Frank; WAGEMANN, Claudius (2007): Qualitative Politikanalyse. Wiesbaden: VS Verlag.

BLOTENVOGEL, Heinrich (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse. In: Informationen zur Raumentwicklung 9/10, 491–506.

BOGAI, Dieter; SEIBERT, Holger; WIETHÖLTER, Doris (2008): Duale Ausbildung in Deutschland. Die Suche nach Lehrstellen macht junge Menschen mobil. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 9).

BOHNENSACK, Ralf (2000): Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen: Leske u. Budrich.

BÖHNISCH, Lothar; FUNKE, Heide (1989): Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum. DJI Materialien. Weinheim (u. a.): Juventa-Verlag (u. a.).

BORN, Karl Martin (2009): Anpassungsstrategien an schrumpfende Versorgungsstrukturen – Beispiele aus Brandenburg und Niedersachsen. In: NEU, Claudia (Hg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag, 133–152.

BORN, Karl Martin (2007): Nutzung und Bewertung der Infrastruktur durch die Bewohner der Prignitz. In: BEETZ, Stephan (Hrg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 69–76 (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume, 14).

BÖTTCHER, Joachim (2000): Ergänzungsschulen - der andere Weg in Schule und Beruf: berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Pädagog. Arbeitsstelle des VDP.

BRENKE, Karl (2007): Ausbildung ausweiten und effektiver gestalten. In: DIW Wochenbericht 29, 437–444.

BRETSCHNEIDER, Markus; GRUNWALD, Jorg-Günther; ZINKE, Gert (2010): Wie entwickelt man eine Berufsgruppe? Ein mögliches Strukturkonzept. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 4, 12–15.

BREUER, Jens; SCHWEERS, Christoph; TWARDY, Martin (2002): Neue Entwicklungen in der Berufsbildung. Vortrag auf der Fachtagung des Modellprojektes Anuba. Online: www.anuba-online.de/extdoc/fachtagung_2002_hannover/vortraege/Beitrag-Breuer-Schweers-Twardy.PDF. Letzter Zugriff: 04.05.2008.

BROSI, Walter H.; HEMBACH, Klaus; SPEHL, Harald (1982): Bedarf an beruflicher Bildung in strukturschwachen Regionen. In: BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hg.): Berufliche Qualifikation und regionale Entwicklung, MFPRS-Forschungsprojekte im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Trier: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (Schriftenreihe Raumordnung BMRBS, Bonn), 13–100.

BUCHHOLZ, Christine; STRASSER, Peter (2007): Aktuelle Tendenzen in der schulischen Berufsvorbereitung. Eine Expertise des Instituts für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung – Fachgebiet für Sozialpädagogik – an der Leibniz Universität Hannover, hrgs. vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn. Online: www.good-practice.de/expertise_schulische_berufsvorbereitung.pdf. Letzter Zugriff: 15.11.2012.

BUDDE, Hermann; HANSEN, Klaus-Detlef (2005): Schulentwicklungsplanung im Zeichen des Schülerzahlenrückgangs in den ostdeutschen Bundesländern. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung 1, 11–26.

BUDDE, Hermann (2007): Die Entwicklung regionaler Schulstrukturen in peripheren ländlichen Räumen unter dem Paradigma demografischer Schrumpfung. In: Zeitschrift für Pädagogik 53, 314–325.

BÜHLER-CONRAD, Elisabeth (1984): Bildung und regionale Entwicklung. Eine empirische Untersuchung über die regionalpolitische Bedeutung von Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungsangebotes, dargestellt am Beispiel von Mittelschulen und Berufsschulen im schweizerischen Berggebiet. Bern / Frankfurt am Main / New York.

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hg.) (2012): Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach § 51 ff SGB III. Online: www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mta1/~edisp/l6019022dst-bai43408.pdf. Letzter Zugriff: 03.06.2013.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hg.) (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2011): Bildung, Gesundheit, Pflege – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. BBSR-Berichte KOMPAKT Nr. 11. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (Hg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFLICHE BILDUNG (BIBB) (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFLICHE BILDUNG (BIBB) (2011): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFLICHE BILDUNG (BIBB) (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFLICHE BILDUNG (BIBB) (2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BERUFLICHE BILDUNG (BIBB) (1978): Problemregionen der beruflichen Bildung. Methodische Probleme ihrer Bestimmung und Diskussion von Maßnahmen zur Überwindung des Ausbildungsplatzmangels in unterversorgten Regionen. Berlin: Bundesinstitut für berufliche Bildung (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 1).

BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hg.) (1977): Interregionaler Vergleich der beruflichen Ausbildungssituation. Eine statistische Auswertung der Schulstatistik 1973/1974, 1974/1975 und 1975/1976. Schriftenreihe Berufliche Bildung Nr. 12. München.

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.) (1988): Bevölkerungsrückgang und Sicherung der Schulstandorte. Informationen zur Raumentwicklung 7. Bonn.

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.) (1981): Umorientierung der Schulpolitik für den ländlichen Raum. Informationen zur Raumentwicklung 9. Bonn.

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.) (1979): Berufsbildungspolitik für den ländlichen Raum. Informationen zur Raumentwicklung 8. Bonn.

BUNDESMANN-JANSEN, Jörg; HILD, Paul; HÖLLMER, Peter u. a. (1996): Regionale Ausbildungspolitik. Begleitstudie zum „Regionalen Aktionsprogramm berufliche Erstausbildung“ im Land Brandenburg. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.) (2005): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen in den neuen Ländern. Bonn (BBR Schriftenreihe Werkstatt: Praxis, Heft 38).

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.) (2003): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum - von europäischen Erfahrungen lernen? Informationen zur Raumentwicklung 12. Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) (Hg.) (2000): Raumordnungsbericht 2000. Berichte Band 7. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2012): Berufsbildungsbericht 2012. Bonn/Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (2011): Berufsbildungsbericht 2011. Bonn/Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (2010): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn/Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hg.) (2009a): Auswirkungen von demographischen Entwicklungen auf die berufliche Ausbildung. Bearbeitet von Pfeiffer, Iris / Kaiser, Simone (Prognos AG). Bonn/Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (2008–2002): Berufsbildungsberichte 2008–2002. Bonn/Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU, UND STADTENTWICKLUNG (BMVBS) (Hg.) (2010): Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion. Bonn (BMVBS-Online-Publikation, Nr. 12).

BMVBS; BBSR (Hg.) (2009): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Bonn (BBSR-Online Publikation Nr. 34).

BMVBS; BBSR (2009a): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bonn (BBSR-Online-Publikation Nr. 32).

BMVBS; BBSR (2006): Umbau statt Zuwachs. Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Berlin/Bonn.

BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG (BLK) (2001): Kompetenzzentren in regionalen Berufsbildungsnetzwerken – Rolle und Beitrag beruflicher Schulen. Bonn: Bund-Länder-Komm. für

Bildungsplanung und Forschungsförderung (Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 99).

BRENKE, Karl (2007): Ausbildung ausweiten und effektiver gestalten. In: DIW Wochenbericht 29, 437–434.

BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG (BLK) (2001a): Kompetenzzentren in regionalen Berufsbildungsnetzwerken – Rolle und Beitrag beruflicher Schulen. Bonn: Bund-Länder-Komm. für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 92).

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE (BDA) (Hg.) (2012): Berufsschule der Zukunft. Berlin.

BURKHARDT, Dieter (1992): Strukturen der Berufsausbildung in der DDR. In: SEYFRIED, Brigitte; WORDELMANN, Peter (Hg.): Neue Länder - neue Berufsausbildung? Prozeß, Probleme und Perspektiven des Übergangs der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Ein Reader mit Beiträgen aus Forschung, Wissenschaft und Praxis. Berlin/Bonn: Bundesinstitut für berufliche Bildung (Berichte zur beruflichen Bildung, Band 153), 31–49.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2011): Marktkonforme Wiedererfindung des Städtischen ohne lokale Akteure? In: Bürkner, Hans-Joachim (Hg.): Berlin zwischen Europäischer Metropolisierung und kreativer Stadtentwicklung. Imaginationen und Diskurse „von unten“. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam (Schriftenreihe Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Nr. 51) 9–19.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2006): Berlin-Brandenburg: Steuerungsprobleme einer fragmentierten Stadtregion. In: KLEGER, Heinz; LOMSKY, André; WEIGT, Franz (Hg.): Von der Agglomeration zur Städtereion. Neue politische Denk- und Kooperationsräume. Berlin [u. a.]: Lit-Verlag, 241–263.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2004): Polarisierung und Peripherisierung. In: OSWALT, Philipp (Hg.): Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern: Hatje Cantz, 546–551.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2004a): Wissensmilieus und Kompetenznetzwerke mit heterogenen Ortsbezügen. In: MATTHIESEN, Ulf (Hg.) Stadtregion und Wissen – Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag, 159–169.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2002): Lernende Regionen – wer oder was lernt denn da eigentlich? Anmerkungen zu einem politiknahen regionalwissenschaftlichen Diskurs. In: BECKER, Jörg; FELGENTREFF, Carsten; ASCHAUER, Wolfgang (Hg.): Reden über Räume - Region, Transformation, Migration. Potsdam: Univ. (Potsdamer Geographische Forschungen, Band 23. Festsymposium zum 60. Geburtstag von Wilfried Heller), 51–71.

BÜRKNER, Hans-Joachim (2001): Schrumpfung und Alltagskultur: Blinde Flecken im Stadtumbau-Diskurs. In: KEIM, Karl-Dieter (Hg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (RegioTransfer 1), 41–67.

BÜRKNER, Hans-Joachim; KUDER, Thomas; KÜHN, Manfred (2005): Regenerierung schrumpfender Städte. Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven. Working Paper, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Online: www.irs-net.de/download/wp_regenerierung.pdf. Letzter Zugriff: 25.10.2010.

BÜRKNER, Hans-Joachim; MATTHIESEN, Ulf (2007): Territorial Cohesion, Brain Drain and Digital Divide. In: SCHOLICH, Dietmar (Hg.): Territorial Cohesion. Berlin. German Annual of Spatial Research and Policy. Berlin/Heidelberg, 53–62.

CORNELIUS, Hansjürgen; OSMENDA, Diethard (1988): Probleme der Vermittlung berufsbezogener Bildung in einem besonders dünn besiedelten Raum am Beispiel der Region Trier. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.): Bevölkerungsrückgang und Sicherung der Schulstandorte. Informationen zur Raumentwicklung, 7. Bonn, 473–478.

CRAMER-HARTMANN, Gabriele (1986): Die Entwicklung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation der Jugendlichen im ländlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland. Regensburg: Transfer-Verlag.

DAHMS, Verena; PUTZING, Monika; SCHREIBER, Peter (2001): Projektergebnisse – die Untersuchungsregionen im Vergleich. In: MÜLLER, Karin (Hg.): Arbeitsmarktrisiken und berufliche Chancen Jugendlicher in ländlichen Räumen. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 249), 38–59.

DANIELZYK, Rainer (2007): Strategien von Wachstumsregionen in peripheren Räumen – Das Beispiel Emsland. In: KÖHLER, Stefan (Hg.) Wachstumsregionen fernab der Metropolen – Chancen, Potenziale und Strategien. Hannover: Akademie für Landesforschung und Raumplanung (Arbeitsmaterialien der ARL, Nr. 334), 51–60.

DECKER, Martin; GRIMMER, Manfred; WEIS, Walter (1984): Fachklassenbildung. Ein Jahrgangs- und Flächenproblem der 80er Jahre in Rheinland-Pfalz, aufgezeigt am Beispiel der Region Westpfalz. In: Regional differenzierte Schulplanung unter veränderten Verhältnissen. Probleme der Erhaltung und strukturellen Weiterentwicklung allgemeiner und beruflicher Bildungseinrichtungen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 150), 193–235.

DEGEN, Ulrich; GRÜNDEWALD, Uwe; WESTPHAL-GEORGI, Ursula (1977): Regionale Aspekte des Ausbildungsplatzangebotes. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 6 (5), 1–7.

DEHNE, Peter; HANNEMANN, Christine (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suntje (Hg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 9. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterialien, Nr. 330), 156–183.

DEITERS, Jürgen (1991): Regionalwirtschaftlicher Strukturwandel und die Beschäftigungsentwicklung im westlichen Niedersachsen. In: MAYR, Alois; TEMLITZ, Klaus (Hg.): Süldoldenburg-Emsland - Ein ländlicher Raum im Strukturwandel. Jahrestagung der Geographischen Kommission in Vechta 1987. Münster: Geograph. Komm. für Westfalen, 35–60.

DENKWERKSTATT DER MONTAG STIFTUNGEN GAG; INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG; LEIBNIZ-INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURFORSCHUNG (Hg.) (2012): Mittelstädte im peripherisierten Raum zwischen Abkopplung und Innovation. Ergebnisse eines Experten-Workshops. Online: www.irs-net.de/download/pu-blikationen/MON_MPR_Doku_Komplett_12_ES.pdf. Letzter Zugriff: 14.09.2012.

DERENBACH, Rolf (1987): Bildung, Qualifikation und Forschung. Die Aufgaben der regionalen Bildungsforschung zugunsten der Entwicklung ländlicher Regionen. In: Stand und Perspektiven der Forschung über den ländlichen Raum. Ergebnisse eines Forschungskolloquiums im Rahmen der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum. Veranstaltet vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Bonn: Bundesmin. f. Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau, 178–186.

DERENBACH, Rolf (1985): Modellversuche zur regionalen Entwicklungsplanung. Bonn: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Materialien zur Bildungsplanung, Heft 11).

DERENBACH, Rolf (1984): Berufliche Eingliederung der nachwachsenden Generation in regionaler Sicht. Bonn: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Forschungen zur Raumentwicklung, Band 13).

DERENBACH, Rolf (1983): Die Problemregionen der beruflichen Bildung als Untersuchungsgegenstand der regionalen Bildungsforschung. In: WEISSHAUPT, Horst (Hg.): Sozialraumanalyse und regionale Bildungsplanung. Baden-Baden: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurter Studien zur Bildungsforschung, Band 1), 253–294.

DERENBACH, Rolf (1979): Berufsbildungspolitik für den ländlichen Raum. In: BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hg.): Berufsbildungspolitik für den ländlichen Raum. Informationen zur Raumentwicklung 8, Bonn. 467–487.

DERENBACH, Rolf; GATZWEILER, Hans-Peter (1988): Sicherung der Schulstandorte unter veränderten Rahmenbedingungen – eine gemeinsame Aufgabe von

Raumordnungs- und Bildungspolitik. In: Informationen zur Raumentwicklung 7: Bevölkerungsrückgang und Sicherung der Schulstandorte, 407–416.

DERENBACH, Rolf; SCHÜTTE, Gerlinde (1982): Berufliche Qualifikation und regionale Entwicklung – Ausgangsüberlegungen und erste Forschungsergebnisse eines Forschungsfeldes für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. In: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.): Berufliche Qualifikation und regionale Entwicklung, MFPRS-Forschungsprojekte im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn (Schriftenreihe Raumordnung BMRBS), 1–7.

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hg.) (1990): Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000. Schlußbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages und parlamentarische Beratung am 26. Oktober 1990, Bonn.

DITTON, Hartmut (2007): Schulwahlentscheidungen unter sozial-regionalen Bedingungen. In: BÖHM-KASPER, Oliver; SCHUCHART, Claudia; SCHULZECK, Ursula (Hg.): Kontexte von Bildung: erweiterte Perspektiven in der Bildungsforschung. Münster [u. a.]: Waxmann, 21–38.

DOBISCHAT, Rolf; MÜNK, Dieter (2009): Bedingungsanalysen zum „Übergangssystem“. In: Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) (Hg.): Memorandum zur Professionalisierung des pädagogischen Personals in der Integrationsförderung aus berufsbildungswissenschaftlicher Sicht. Bonn: Pahl-Rugenstein, 31–37. Online: www.good-practice.de/memorandum_integrationsfoerderung_0409.pdf. Letzter Zugriff: 17.08.2012.

EBERHARD, Verena; ULRICH, Joachim Gerd (2010): Ins „Übergangssystem“ oder ersatzweise in geförderte Berufsausbildung? Regionale Unterschiede im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern ohne betriebliche Lehrstelle. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (6), 10–14.

EBERHARD, Verena; KREWERTH, Andreas; ULRICH, Joachim Gerd (Hg.) (2006): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung 279, Hrsg. vom Bundesinstitut für berufliche Bildung).

EICHLER, Susanne; KÜHNLEIN, Gertrud (1997): Berufsschulen als Reparaturbetrieb. Erfahrungen mit der Berufsausbildung in den neuen Ländern. Weinheim [u. a.]: Juventa-Verlag.

EINIG, Klaus (2003): Positive Koordination in der Regionalplanung: Transaktionskosten des Planungsentwurfes in Verhandlungssystemen. In: Informationen zur Raumentwicklung 8/9, 479–503.

EISENHARDT, Kathleen M. (1989): Building Theories from Case Study Research. *Academy of Management Review* No. 4 (14), 532–550.

EJURY, René. (2003): Regionale Schulentwicklung in Berlin und Brandenburg 1920–1995. Berlin. Onlineveröffentlichung: www.diss.fu-berlin.de/cgi-bin/zip.cgi/2004/219/Fub-diss2004219.zip. Letzter Zugriff: 08.07.2013.

ELKELES, Thomas (2007): Infrastrukturpolitik bei gesundheitlicher Versorgung im ländlichen Raum. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation, Nr. 14), 49–59.

ERNST, Frank (2010): Fernab der Städte. Leben auf dem Lande in Ostdeutschland. In: DITTRICH, Eckhard; OSWALD, Ingrid (Hg.): Jenseits der Städte. Postsozialistische Lebensweisen in ländlichen Regionen Mittel- und Osteuropas. Berlin [u. a.]: LIT-Verlag, 255–284.

FELLER, Gisela (2005): Stellenwert der Berufsfachschulen im neuen Gesetz. Initiale für eine Reform des Bildungssystems? In: BWP – Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 2, 17–22.

FELLER, Gisela (2002): Leistungen und Defizite der Berufsfachschule als Bildungsgang mit Berufsabschluss. In: WINGENS, Matthias; SACKMANN, Reinhold (Hg.): Bildung und Beruf. Ausbildung und berufsstruktureller Wandel in der Wissensgesellschaft. Weinheim [u. a.]: Juventa-Verlag, 139–157.

FELLER, Gisela (2001): Die ersten Jahre im Beruf. Erfahrungen ausgewählter Absolventen und Absolventinnen. In: FELLER, Gisela (Hg.): Auf dem Schulweg zum Beruf. Befunde zur Ausbildung an Berufsfachschulen als Teil des deut-

schen Berufsbildungssystem. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung, 243, Hrsg. vom Bundesinstitut für berufliche Bildung), 85–99.

FELLER, Gisela (2000): Berufsfachschulen – Joker auf dem Weg zum Beruf? In: BWP-Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 2, 17–23.

FELLER, Gisela; ZÖLLER, Ingeborg (2000): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt 1.1007 Wege von Berufsfachschülern mit Ausbildungsabschluss. Bestandsaufnahme nach Berufsbereichen. Onlineveröffentlichung: www.bibb.de/dokumente/pdf/eb_11007.pdf. Letzter Zugriff: 09.02.2007.

FICKERMANN, Detlef; SCHULZECK, Ursula; WEISHAUPT, Horst (2000): Zur Effizienz regionaler Schulstandortsysteme am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern. In: WEISS, Manfred; WEISHAUPT, Horst (Hg.): Bildungsökonomie und neue Steuerung. Frankfurt am Main [u. a.]: Lang, 169–202.

FLICK, Uwe (2004): Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag (Reihe Qualitative Sozialforschung, 12).

FLICK, Uwe (1995): Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. In: FLICK, Uwe; KARDOFF, Ernst v.; KEUPP, Heiner u. a. (Hg.): Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union, 148–170.

FRANZEN, Nathalie; HAHNE, Ulf; HARTZ, Andrea u. a. (2008): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (E-Paper Nr. 4) Online: www.shop.arl-net.de/media/direct/pdf/e-paper_der_arl_nr4.pdf. Letzter Zugriff: 12.11.2012.

FREIE PLANUNGSGRUPPE BERLIN GMBH (2000): Planungskonzept zur Entwicklung der Oberstufenzentren im Land Brandenburg. Im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Berlin.

FROMMELT, Bernd; HOLZAPFEL, Hartmut (2000): Schule in öffentlicher Verantwortung. In: FROMMELT, Bernd; KLEMM, Klaus; RÖSNER, Ernst (Hg.): Schule am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Gesellschaftliche Ungleichheit, Modernisierung

und Steuerungsprobleme im Prozeß der Schulentwicklung. Weinheim [u. a.]: Juventa-Verlag, 163–177.

FUCHS, Hans-Werner; REUTER, Lutz, R. (2000): Bildungspolitik in Deutschland. Entwicklungen, Probleme, Reformbedarf. Opladen: Leske + Budrich.

FÜHR, Christoph (1997): Deutsches Bildungswesen seit 1945. Grundzüge und Probleme. Neuwied [u. a.]: Luchterhand.

FÜRST, Dietrich (2003): „Lernende Region“ aus regionalwissenschaftlicher Sicht. In: MATTHIESEN, Ulf; REUTER, Gerhard (Hg.): Lernende Region – Mythos oder lebendige Praxis. Bielefeld: Bertelsmann, 13–34.

FÜRST, Dietrich (2003a): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung 8/9, 441–450.

GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.) (2006): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumforschung Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6, Band 226).

GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (2006): Handlungsempfehlungen des ARL-Arbeitskreises „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels. In: GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.) (2006): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumforschung Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6, Band 226), 355–366.

GANSER, Karl (1977): Regionalisierung von Maßnahmen der beruflichen Bildung. In: Informationen zur Raumentwicklung 11, 807–822.

GARBE, Detlef; GARBE, Sebastian; MARTER-DUMSCH, Kirsten u. a. (2011): Schulentwicklungsplanung – Planung der Zukunft für die Berufskollegs und das Weiterbildungskolleg im Kreis Viersen 2011–2020. Online: [www.kreis-viersen.de/C1257662003612CB/HTML/EC1AD79381CEF61FC_12578220033E516/\\$FILE/SEP%20Viersen%20Gutachtenfinal26012011_neu%20_1.pdf](http://www.kreis-viersen.de/C1257662003612CB/HTML/EC1AD79381CEF61FC_12578220033E516/$FILE/SEP%20Viersen%20Gutachtenfinal26012011_neu%20_1.pdf). Letzter Zugriff: 08.07.2012.

GATZWEILER, Hans-Peter; STRUBELT, Wendelin (2007): Regional Disparities – Reason Enough to Run a Cohesion-Oriented Spatial Policy? In: SCHOLICH, Dietmar (Hg.): Territorial Cohesion. Berlin. German Annual of Spatial Research and Policy. Berlin/Heidelberg, 41–52.

GAYKO, Axel (1997): Investitions- und Standortpolitik der DDR an der Oder-Neiße Grenze. In: BECKER, Annette (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel. Opladen: Leske + Budrich (Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V., Band 5.1), 270–291.

GEORG, Walter (1984): Schulberufe und berufliche Schulen. Anmerkungen zum Funktionswandel beruflicher Vollzeitschulen. In: GEORG, Walter (Hg.): Schule und Berufsausbildung. Gustav Grüner zum Geburtstag. Bielefeld: Bertelsmann, 103–126.

GERICKE, Naomi; KRUPP, Thomas; TROLTSCH, Klaus (2009): Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Forschungs- und Arbeitsergebnisse, Nr. 9).

GERLACH, Henning; HAMM, Claudia (2003): Innenentwicklung: In der Schule förderliche Bedingungen für die Zusammenarbeit in Netzwerken gestalten. In: STRAHLER, Bernd; TIEMEYER, Ernst; WILBERS, Karl (Hg.): Bildungsnetzwerke in der Praxis. Erfolgsfaktoren, Konzepte, Lösungen. Bielefeld: Bertelsmann, 40–51.

GESCHÄFTSSTELLE DER MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG (Hg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Verabschiedet von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.06.2006, Berlin.

GIB – GESELLSCHAFT FÜR INNOVATIONSFORSCHUNG UND BERATUNG MBH (2011): Begleitende Evaluation des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER. Endbericht. Im Auftrag der Programmstelle JOBSTARTER beim Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin, Online: www.jobstarter.de/_media/Endbericht_08082011.pdf. Letzter Zugriff: 28.04.2014.

GLASER, Barney G.; STRAUSS, Anselm L. (2005): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Huber.

GLOCK, Birgit (2006): *Stadtpolitik in schrumpfenden Städten: Duisburg und Leipzig im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag (Stadt, Raum und Gesellschaft, 23).

GNAHS, Dieter (1982): *Innovationen durch berufsbildende Einrichtungen. Ein Beispiel aus Niedersachsen*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 6/7, 561–566.

GÖHLER, Gerhard (1997): *Institutionen und Institutionenwandel*. In: *Forum Politische Bildung* (Hg.): *Institutionen im Wandel*. Innsbruck [u. a.]: Studien-Verlag (Informationen zur Politischen Bildung, Heft 13), 7–20.

GREINERT, Wolf-Dietrich (2006): *Vollschulische Angebote in der Berufsausbildung nach dem neuen Berufsbildungsreformgesetz*. In: LANDESAGENTUR FÜR STRUKTUR UND ARBEIT BRANDENBURG (LASA) (Hg.): *Berufliche Erstausbildung in Brandenburg – Bilanz und Perspektiven. Dokumentation der Fachtagung vom 06.06.2005 im Auftrag des MASGF des Landes Brandenburg*. Potsdam, 165–172.

GREINERT, Wolf-Dietrich (2004): *Berufsausbildung und sozio-ökonomischer Wandel. Ursachen der „Krise des dualen Systems“ der Berufsausbildung*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 3, 357–372.

GREINERT, Wolf-Dietrich (1998): *Das deutsche System der Berufsausbildung. Traditionen, Organisation, Funktion*. Baden-Baden: Nomos-Verlag (Studien zur vergleichenden Berufspädagogik 1).

GRUNDMANN, Siegfried (1997): *Territorialplanung in der DDR: Indikatoren zur Analyse regionaler Disparitäten – Die sozialräumliche Struktur der DDR in den 80er Jahren*. In: BECKER, Annette (Hg.): *Regionale Strukturen im Wandel*. Opladen: Leske + Budrich (Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V., Band 5.1), 105–164.

GRÜNERT, Holle; LUTZ, Burkart; WIEKERT, Ingo (2006): *Zukunftsperspektiven der Berufsausbildung in den neuen Ländern und die Rolle der Bildungsträger*. Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (Forschungsberichte Nr. 5).

GRÜNERT, Holle; WIEKERT, Ingo (2005): Ostdeutschland als Labor zur Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsbildung? In: JACOB, Marita; KUPKA, Peter (Hg.): Perspektiven des Berufskonzepts. Die Bedeutung des Berufs für Ausbildung und Arbeitsmarkt. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 297), 123–142.

GRÜNERT, Holle; WIEKERT, Ingo (2004): Junge Leute sind die Zukunft?! - Ausbildung ja, Übernahme vielleicht. In: LUTZ, Burkart; GRÜNERT, Holle; STEINER, Christine (Hg.): Jugend - Ausbildung - Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland Band 2. Berlin: Berliner Debatte Wiss.-Verlag, 233–269.

GRÜNERT, Holle; WIEKERT, Ingo (2002): Betriebliche Erstausbildung in Sachsen-Anhalt. Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (Forschungsergebnisse Band 2).

GRUSEVAJA, Marina (2005): Formelle und informelle Institutionen im Transformationsprozess. Potsdam.

GRZANNA, Cindy; FÜRSTENAU, Bärbel (2010): Neugestaltung der beruflichen Grundbildung – der Schulversuch BERG in Sachsen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 4, 16–20.

GÜSSEFELDT, Jörg; STREIT, Clemens (2000): Disparitäten regionalwirtschaftlicher Entwicklung in der EU. Göttingen: Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität (Diskussionspapier 5). Online: www.cosmic.rz.uni-hamburg.de/web-cat/hwwa/edok00/cege/Discuss_5.pdf. Letzter Zugriff: 17.08.2012.

GUTSCHE, Jens-Martin; FAHRENKRUG, Katrin; MELZER, Michael u. a. (2008): Diskursive Erarbeitung regionaler Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel. Erfahrungen aus einem Modellvorhaben der Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2, 127–140.

HAGEDORN, Konrad; BECKMANN, Volker; KLAGES, Bernd u. a. (1997): Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für die Entwicklung ländlicher Räume in den neuen Bundesländern. In: BECKER, Annette (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel. Opladen: Leske + Budrich (Beiträge zu den Berichten der Kommis-

sion für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V., Band 5.1.), 355–500.

HAHNE, Ulf (2007): Der Rand der Verantwortungsgemeinschaft – Ländliche Räume und die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. In: AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT (Hg.): Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen. Göttingen: Agrarsoziale Gesellschaft (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 147), 49–63.

HAHNE, Ulf (2005): Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. In: Raumforschung und Raumordnung 63, 257–265.

HAHNE, Ulf; HENCKEL, Heinar (1993): Bestimmungsgründe für die Entwicklung von Siedlungsstrukturen in unterschiedlichen ländlichen Räumen. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hg.): Entwicklungsperspektiven für ländliche Räume. Thesen und Strategien zu veränderten Rahmenbedingungen. Hannover, 361–372.

HANNEMANN, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

HANNEMANN, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28, 16–23.

HANSA ACCOUNTING GMBH (2004): Gutachterliche Stellungnahme. Finanzielle Auswirkungen eines Schulzweckverbandsmodells für die beruflichen Schulen in der Region Mecklenburgische Seenplatte und dem Landkreis Uecker-Randow. Online: www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1272298/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2004undFrueher/AnpassungsstrategienPeriphereRegionen/03__Ergebnisse.html#doc56556bodyText4. Letzter Zugriff: 01.07.2013.

HÄFNER, Thomas; MAIER, Jörg; TROEGER-WEISS, Gabi (1993): Die Ausgangsdiskussion: ländliche Räume in den 90er Jahren – Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Problemsituationen. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hg.): Entwicklungsperspektiven für ländliche Räume. Thesen und Strategien zu veränderten Rahmenbedingungen. Hannover, 1–17.

HANSEN, Georg; BAUER, Karl-Oswald; RÜTZEL, Josef u. a. (1977): Ausbildungschancen in der beruflichen Bildung. Daten und Analysen zur Situation von Schülern berufsbildender Schulen im regionalen Vergleich. Weinheim [u. a.]: Beltz.

HAPKE, Peter; SEIBERT, Holger; WESLING, Mirko (2012): Regionale Mobilität von Auszubildenden in Berlin-Brandenburg. Demografische Entlastungen auf dem Lehrstellenmarkt reduzieren die Pendlerströme. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-Regional, IAB Berlin-Brandenburg Nr. 1).

HARNEY, Klaus (2008): Berufsbildung als Gegenstand der Schulforschung. In: WERNER, Helsper; BÖHME, Jeanette (Hg.): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden: VS Verlag, 321–340.

HARNEY, Klaus; ZYMEK, Bernd (1994): Allgemeinbildung und Berufsbildung. Zwei konkurrierende Konzepte der Systembildung in der deutschen Bildungsgeschichte und ihre aktuelle Krise. In: Zeitschrift für Pädagogik 3 (40), 405–422.

HEINECK, Guido; KLEINERT, Corinna; VOSSELER, Alexander (2011): Regionale Typisierung. Was Ausbildungsmärkte vergleichbar macht. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 137).

HAUSS, Friedrich; LAND, Rainer; WILLISCH, Andreas (2006): Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall der ländlichen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37. Bonn, 31–38.

HEEG, Susanne (2001): Politische Regulation des Raums. Metropolen – Regionen – Nationalstaat. Berlin: Ed. Sigma.

HEINTEL, Martin (1998): Einmal Peripherie – immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele. Wien: Institut für Geographie.

HEIDENREICH, Martin; KRAUS, Gerhard (1996): Das baden-württembergische Produktions- und Innovationsregime – Zwischen vergangenen Erfolgen und neuen Herausforderungen. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung

Baden-Württemberg (Arbeitsberichte Nr. 54). Online: www.gerfuchs.de/pdfs/ab54.pdf. Letzter Zugriff: 19.08.2012.

HEINZE, Wolfgang C. (2007): Öffentlicher Verkehr und demographischer Wandel: Chancen für Nordostdeutschland. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation, Nr. 14), 21–30.

HENKEL, Gerhard (1999): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart: Teubner.

HÖLTERHOFF, Dieter (2013): Eine Untersuchung zum Transformationsprozess am Beispiel der Oberstufenzentren im Land Brandenburg in den 1990er Jahren. Potsdam. Online: www.opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/6957. Letzter Zugriff: 20.08.2014.

HÖVELS, Ben; KUTSCHA, Günter (2001): Berufliche Qualifizierung und Lernende Region. Entwicklungen im deutsch-niederländischen Systemvergleich. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung 246, Hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung).

HUMMEL, Diana (200): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen: Leske + Budrich.

HÜBLER, Karl-Hermann (2005): Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen. Ist das nicht auch eine Aufgabe der Raumordnung und Landesplanung in Deutschland? In: Raumforschung und Raumordnung 1, 55–62.

HÜBLER, Karl-Hermann; KUJATH, Hans-Joachim (2007): Ausgangslage und neue Herausforderungen für die Raumentwicklungspolitik in Nordostdeutschland. In: KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suntje (Hg.) (2007): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 9, Arbeitsmaterialien, Nr. 330), 9–28.

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER FRANKFURT/ODER (2004): Von der Lehrstellenlücke zum Fachkräftemangel. Einschätzungen künftiger Haupttendenzen des Fachkräftebedarfs und des Fachkräfteangebots im IHK-Bezirk Frankfurt/Oder. Frankfurt/Oder.

INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) (1998): Potsdamer Eckpunkte zur Reform der Beruflichen Bildung. Online: www.doku.iab.de/chronik/2x/1998_03_01_21_pots.pdf. Letzter Zugriff: 10.11.2007.

INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG UND STRUKTURFORSCHUNG GMBH an der Universität Hannover (IES) (2010): Angebot und Nutzung teilnehmerfinanzierter Ausbildungsangebote in BBiG/ HwO-Berufen bei privaten Bildungsträgern. Bearbeitet von Andreas Borchers und Bernd Behrendorf. Hannover. Online: www.bmbf.de/pubRD/BBFI_teilnehmerfinanzierte_ausbildungsangebote.pdf. Letzter Zugriff: 05.07.2011.

INSTITUT FÜR RAUMORDNUNG UND ENTWICKLUNGSPLANUNG (IREUS); UNIVERSITÄT STUTTGART; SIEDENTOP, STEFAN ET AL. (2011): Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien. Im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Endbericht. Stuttgart. Online: www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/Presse/Laendliche_Raeume_BW_ireus.pdf. Letzter Zugriff: 24.11.2012.

INSTITUT FÜR REGIONALE BILDUNGSPLANUNG – ARBEITSGRUPPE STANDORTFORSCHUNG (Hg.) (1975): Hochschulstandorte – Hochschulkapazitäten. Kriterien, Methoden und Grundlagen zur regionalen Hochschulplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Braunschweig: Westermann (Schriftenreihe zur Regionalen Bildungs- und Entwicklungsplanung, Band 24).

INSTITUT FÜR SCHULENTWICKLUNGSFORSCHUNG (IFS) (2006): Vorausschätzungen zu Angebot und Nachfrage nach beruflicher Bildung in ihren Auswirkungen auf die Schülerzahlentwicklung an den Berufskollegs im Bergischen Städtedreieck – Modellrechnungen und Szenarien. Gutachten im Auftrag der beteiligten Schulverwaltungen. Dortmund. Online: Letzter Zugriff: 29.11.2013.

INSTITUT FÜR SCHULENTWICKLUNGSFORSCHUNG (IFS) (2006): Schulentwicklungsplan für das berufsbildende Schulwesen der Stadt Köln. Projektleitung: Rolf Hansen, Ernst Rösner; Projektbearbeitung: Uwe Lehmpfuhl, Ralf Kakies, Johannes Miethner u. a. Dortmund. Online: www.ifs-dort-mund.de/assets/files/UWE/B-SEP-Koeln.pdf. Letzter Zugriff: 20.11.2013.

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG DRESDEN (IfO) (Hg.) (2000): Entwicklungsrichtungen und Kapazitäten der beruflichen Erstausbildung im Freistaat Sachsen. Gutachten im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit Sachsen. München: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (IfO Dresden Studien, Nr. 259).

IWER, Frank; REHBERG, Frank (1996): Auf der Suche nach der verlorenen Zeit – Plädoyer für die Rückkehr der Ökonomie in die Regionalwissenschaften. Stellungnahme des IMU Instituts. In: HEIDENRICH, Martin; KRAUS, Gerhard (Hg.) (1996): Das baden-württembergische Produktions- und Innovationsregime – Zwischen vergangenen Erfolgen und neuen Herausforderungen. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg (Arbeitsberichte Nr. 54), 55–73. Online: www.gerfuchs.de/pdfs/ab54.pdf. Letzter Zugriff: 19.08.2012.

JANKE, Ralf-Peter; MICHEL, Harald; SCHULZ, Volker (2007): Demographischer Wandel und Anpassungsstrategien in strukturschwachen ländlichen Räumen (unter besonderer Berücksichtigung des Brandenburger Landkreises Ostprignitz-Ruppin. In: KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suintje (Hg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 9, Arbeitsmaterialien, Nr. 330), 62–84.

JOHN, Jürgen (1976): Räumliche Determinanten der Ausbildungsnachfrage. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß der räumlichen Verteilung von Bildungseinrichtungen auf Umfang und Struktur der Ausbildungsnachfrage in Bayern. München.

KABISCH, Sigrun (2002): Wenn das Kleid der Stadt nicht mehr passt – Strategien im Umgang mit dem Wohnungsleerstand in ostdeutschen Städten. In: Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine (Hg.): Neue Länder

– Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin: Schelzky und Jeep, 29–54.

KALISCH, Claudia (2011): Das Konzept der Region in der beruflichen Bildung: theoretische und empirische Befunde einer Untersuchung regionaler Aspekte in der beruflichen Erstausbildung. Bielefeld: Bertelsmann.

KAPPHAHN, Andreas (1996): Wandel der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. In: Strubelt, Wendelin; GENOSKO, Joachim; Bertram, Hans u. a. (Hg.): Städte und Regionen - räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen: Leske + Budrich, 217–253.

KAROW, Willi (1971): Zur Integration der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung. In: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hg.): Planungsrahmen für Schul- und Bildungseinrichtungen in ländlichen Gebieten. Bildungsplanerische Vorstellungen, konkrete Planungsmodelle, Praxis der Schulentwicklungsplanung. Göttingen, 45–55.

KAU, Winand; ROSEMANN, Eckart; WESTHOFF, Gisela u. a. (1978): Berufliche Ausbildung im interregionalen Vergleich. Eine Auswertung nach Arbeitsamtsbezirken. Berlin: Bundesinstitut für Berufsbildung (Materialien und statistische Analysen zur beruflichen Bildung, Heft 9).

KAUFMANN, Christoph; RAUTMANN, Dirk (2003): Region Mecklenburgische Seenplatte: Entwicklung der Berufsschulstandorte im Moderationsverfahren. In: Informationen zur Raumentwicklung 12, 761–765.

KEIM, Karl-Dieter (2008): Regional Governance: Kooperative Steuerung regionaler Entwicklung. In: HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLENINGER, Tobias (Hg.): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: Akad.-Verlag (Forschungsberichte der Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 20), 178–184.

KEIM, Karl-Dieter (2007): Die Diskussion um Mindeststandards in ihrem Verhältnis zu Governance-Aspekten. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der

Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation, Nr. 14), 83–86.

KEIM, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37. Bonn, 3–7.

KEIM, Karl-Dieter (Hg.) (2001): *Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland*. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (RegioTransfer 1).

KEIM, Karl-Dieter (2001): Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Regenerierung der ostdeutschen Städte. In: KEIM, Karl-Dieter (Hg.): *Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland*. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (RegioTransfer 1), 9–40.

KEMPKES, Gerhard; SEITZ, Helmut (2004): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungsausgaben: Eine empirische Analyse der Ausgaben im Schulbereich auf der Länder- und Gemeindeebene. In: *Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Bildungssystem: Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 99–128. Online: www.kolloq.destatis.de/2004/seitz.pdf. Letzter Zugriff: 06.10.2006.

KERSTEN, Jens (2008): Mindestgewährleistungen im Infrastrukturrecht. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1/2, 1–15.

KETZMERICK, Thomas; MEIER, Heike; WIENER, Bettina (2007): *Brandenburg und seine Jugend – Integrationspfade Brandenburger Jugendliche in Beschäftigung*. Halle: Zentrum für Sozialforschung e. V. (Forschungsberichte 07–2).

KIESE, Matthias (2008): Chancen und Restriktionen der Clusterpolitik in ländlichen Räumen. Online: www.geographie.ruhr-uni-bochum.de/fileadmin/sroe/V_Kiese_2008b.pdf. Letzter Zugriff: 15.12.2008.

KIND, Gerold (1997): Territorialentwicklung und Territorialplanung in der DDR: Ergebnisse und Auswirkungen auf die Raumstruktur. In: BECKER, Annette (Hg.): *Regionale Strukturen im Wandel*. Opladen: Leske + Budrich, (Beiträge zu den

Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V., Band 5.1), 17–104.

KISTLER, Ernst (2004): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt – Die Debatte muss ehrlicher werden. In: WSI-Mitteilungen 2. Düsseldorf, 71–77.

KLEIN, Helmut E. (2007): Privatschulen in Deutschland, Regulierung – Finanzierung – Wettbewerb. Köln: Dt. Inst.-Verlag (IW-Analysen, Nr. 25).

KLEINERT, Corinna; KRUPPE, Thomas (2012): Neue Typisierung. Regionale Ausbildungsmärkte verändern sich. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 17).

KNAUSS, Georg (1988): Die Schulentwicklung in Bayern seit 1960. Instrumente und Standortprobleme. In: Informationen zur Raumentwicklung 7: Bevölkerungsrückgang und Sicherung der Schulstandorte, 433–446.

KNIELING, Jörg (2003): Kooperative Regionalplanung und Regional Governance: Praxisbeispiele, Theoriebezüge und Perspektiven. In: Informationen zur Raumentwicklung 8/9, 463–478.

KOCKS, Martina (2003): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen? In: Informationen zur Raumentwicklung 12.

KÖHLER, Stefan (2007): Wachstumsregionen fernab der Metropolen – Zusammenfassung und Ausblick. In: Köhler, Stefan (Hg.): Wachstumsregionen fernab der Metropolen – Chancen, Potenziale und Strategien. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterialien, Nr. 334), 116–118.

KOSCHATZKY, Knut (2001): Räumliche Aspekte im Innovationsprozess. Ein Beitrag zur neuen Wirtschaftsgeographie aus Sicht der regionalen Innovationsforschung. Münster: LIT Verlag.

KOTTE, Volker (2007): Ausbildungsmobilität in Mecklenburg-Vorpommern. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB regional, IAB Nord, Nr. 2).

KRAMER, Caroline (1998): Regionale Disparitäten im Bildungswesen. Objektive und subjektive Indikatoren zur regionalen Ungleichheit. In: BRAUN, Michael, MOHLER, Peter Ph. (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 4: soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Westdt. Verlag, 77–113.

KRAMER, Caroline; NUTZ, Manfred (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Bildungs- und Erziehungswesen. In: GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6: Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, Nr. 226), 192–220.

KROLL, Stephan; ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd (2008): Wege zur Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. In: ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd (Hg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 106), 29–44. Online: www.bibb.de/veroeffentlichungen/en/publication/download/id/2079. Letzter Zugriff: 14.06.2009.

KROLL, Stephan; ZÖLLER, Maria (2103): Bildungsgänge an beruflichen Vollzeitschulen. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 139).

KROTZ, Friedrich (2005): Neue Theorien entwickeln. Eine Einführung in die Grounded Theory, die Heuristische Sozialforschung und die Ethnographie anhand von Beispielen aus der Kommunikationsforschung. Köln: von Halem.

KRUSE, Wilfried; KÜHLEIN, Gertrud (2004): Berufsschule: Immer nur „Stiefkind“? Ein kurzer Rückblick auf die Debatte. In: LANDESINSTITUT SOZIALFORSCHUNGSTELLE DORTMUND (Hg.): 2. Dortmunder Forschertag. Berufliche Bildung NRW. Evaluation der Qualität Berufsbildender Schulen. Dortmund (Beiträge aus der Forschung, Band 142, 11–18), Online: www.sfs-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc%5C608%5Cbeitr142.pdf. Letzter Zugriff: 05.10.2010.

KÜHN, Manfred; FISCHER, Susen (2010): Strategische Stadtplanung. Strategiebildung in schrumpfenden Städten aus planungs- und politikwissenschaftlicher Perspektive. Detmold: Rohn.

KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suntje (Hg.) (2007): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 9. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterialien Nr. 330).

KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suntje (2007a): Wissensökonomie und die Entwicklung von Städtesystemen. Working Paper des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner. Online: www.irs-net.de/download/wp_staedtesysteme.pdf. Letzter Zugriff: 18.06.2009.

KUJATH, Hans Joachim (2008): Wertschöpfung. In: HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLEININGER, Tobias (Hg.): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: Akad.-Verlag (Forschungsberichte der Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 20), 185–197.

KUKLINSKI, Peter (2006): Demografischer Wandel und Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen – dargestellt am Beispiel der Situation in Sachsen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung 4, 474–493.

KUKLINSKI, Peter (1998): Die Re-Kommunalisierung der DDR-Berufsschule. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung 1, 99–109.

KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT (Hg.): Planungshinweise zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung. Online: www.mk-intern.Bildung-lsa.de/Bildung/planungshinweise.pdf. Letzter Zugriff: 21.04.2013.

KÜPPER, Patrick; MARGARIAN, Anne (2010): Versteckte Dynamik – wirtschaftliche Innovationen in ländlichen Räumen. In: Europa Regional 18 (2/3), 79–94.

KUTSCHA, Günter (1990): Öffentlichkeit, Systematisierung, Selektivität - Zur Scheinautonomie des Berufsbildungssystems. In: HARNEY, Klaus; PÄTZOLD, Günter (Hg.): Arbeit und Ausbildung, Wissenschaft und Politik: Festschrift für Karlwilhelm Stratmann. Frankfurt am Main: Verlag der Ges. zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung, 289–304.

LAAG, Niels; MÜLLER, Martina (2010): Mischklassenbeschulung als didaktische Herausforderung. Ergebnisse einer explorativen Studie in Sachsen-Anhalt. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 4, 21–25.

LAMNEK, Siegfried (2005): *Qualitative Sozialforschung. Ein Lehrbuch.* Weinheim [u. a.]: Beltz PVU.

LAND BRANDENBURG (Hg.): Brandenburgisches Schulgesetz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. August 2002 (GVBl.I/02, [Nr. 08]). Online: www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.47195.de#3. Letzter Zugriff: 25.12.2012.

LAND BRANDENBURG (Hg.) (2007): Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007 bis 2013. Ziel Konvergenz Brandenburg Nordost und Brandenburg Südwest. Version 3.1 vom 14. Juni 2007. Potsdam. Online: www.esf.brandenburg.de/media_fast/667/BB_ESF-OP_Version4.pdf. Letzter Zugriff: 05.01.2012.

LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI (2011): 3. Demografiebericht des Landes Brandenburg. Anlage zur Kabinetttvorlage 357/11. Potsdam. Online: www.stk.brandenburg.de/media_fast/lbm1.a.4856.de/20111114_dri-ter_demografiebericht.pdf. Letzter Zugriff: 05.01.2012.

LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI (2005): Demografischer Wandel in Brandenburg. Rahmenbedingungen, Konzepte, Handlungsempfehlungen. Werkstattbericht. Potsdam. Online: www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/werkstattbericht.pdf. Letzter Zugriff: 10.12.2007.

LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI (2005a): Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft Ursachen und Folgen – Strategien und Handlungsfelder – Projekte und Maßnahmen 2. Bericht der Landesregierung zum demografischen Wandel. Potsdam. Online: www.demografieportal.de. Letzter Zugriff: 12.01.2015.

LANDESREGIERUNG BRANDENBURG STAATSKANZLEI (2004): Bericht zu den demografischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg. Potsdam. Online: www.stk.brandenburg.de/media_fast/lbm1.a.4856.de/demobericht/pdf. Letzter Zugriff: 10.12.2007.

LANDTAG BRANDENBURG (2013): Kleine Anfrage Nr. 2714 des Abgeordneten René Kretzschmar Fraktion DIE LINKE zur Bildung von Landesfachklassen an Berufsschulen vom 21.02.2013. Drucksache 5/7068. Online: www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_7000/7068.pdf. Letzter Zugriff: 12.10.2013.

LANDTAG BRANDENBURG (2012): Protokoll der 27. Sitzung vom 9. Februar 2012 in der 5. Wahlperiode, P-ABJS 5/27. Potsdam. Online: www.landtag.Brandenburg.de/media_fast/5701/27.15790595.pdf. Letzter Zugriff: 08.12.2012

LANDTAG BRANDENBURG (2010): Plenarprotokoll, 5. Wahlperiode 12. Sitzung, 24. März 2010. Potsdam. Online: www.parldok.brandenburg.de/parlado-ku/w5/plpr/12.pdf. Letzter Zugriff: 31.10.2010.

LANDTAG BRANDENBURG (2004): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2575 des Abgeordneten Heinz Dobberstein Fraktion der PDS, Drucksache 3/6936, 3. Wahlperiode. Potsdam. Online: www.parl-dok.brandenburg.de/parladoku//w3/drs/ab_6900/6936.pdf. Letzter Zugriff: 05.11.2007.

LANDTAG BRANDENBURG (2004a): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1340 des Abgeordneten Christian Görke, Fraktion der Linkspartei. PDS. 4. Wahlperiode, Drucksache 4/3297. Potsdam. Online: www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w4/drs/ab3400/3434.pdf. Letzter Zugriff: 13.09.2010.

LAND, Rainer; WILLISCH, Andreas (2002): Unternehmen und Gemeinden im ländlichen Raum. Von der Agrarsoziologie zur Soziologie der ländlichen Gesellschaften. In: Berliner Debatte Initial 13, 97–109.

LANDESBETRIEB FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK LAND BRANDENBURG (LDSB), Potsdam:

(1992–1997): Berufsbildende Schulen im Land Brandenburg. Statistische Berichte B /2/1/B22.

(1998–2005): Oberstufenzentren und berufliche Schulen in freier Trägerschaft im Land Brandenburg. Statistische Berichte B II 1 – j.

(1995–2005): Oberstufenzentren und berufliche Schulen in freier Trägerschaft. Ergebnisse nach Verwaltungsbezirken. Statistische Berichte BII 1 – j.

(1995–2005): Auszubildende am 31.12. und Prüfungen sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Land Brandenburg. Statistische Berichte B II 5 – j, B II 7 – j / 1994–2005.

LANDGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN MBH (2005): Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Uckermark. Im Auftrag des Landkreises Uckermark. Leezen.

LANDKREIS BAUTZEN: Schulnetzplan des Landkreises Bautzen gemäß § 23 a SchulG po § 23a SchulG. Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen. Online: www.landkreisbautzen.de/download/wirtschaft_und_bildung/Schulnetzplan_2012_Landkreis_Bautzen.pdf. Letzter Zugriff: 21.04.2013.

LANDKREIS UCKERMARK (Hg): Beschlussvorlagen des Kreistages. Drucksachen-Nr. 24/2007; 61/2009; 36/2010. Online: www.osz-uckermark.de. Letzter Zugriff: 12.11.2014.

LÄPPLE, Dieter (1992): Essay über den Raum: für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: HÄUSSERMANN, Hartmut; SIEBEL, Walter (Hg.): Stadt und Raum: soziologische Analysen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlag, 157–207.

LASCHEWSKI, Lutz; SIEBERT, Rosemarie (2001): Effiziente Agrarwirtschaft und arme ländliche Ökonomie? In: Berliner Debatte Initial 6, 31–42.

LAUTH, Hans-Joachim (1999): Informelle Institutionen politischer Partizipation. In: LAUTH, Hans-Joachim; LIEBERT, Ulrike (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich. Opladen (u. a.): Westdt. Verl., 61–84.

LEBER, Nils (2008): Ländliche Räume im Spiegel neuerer programmatischer Leitbilder der Raum- und Regionalentwicklung. Fortschritt oder schleicher Rückzug? In: Ländlicher Raum. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft der Republik Österreich, 1–8.

LEHMPFUHL, Uwe; MÜLLER-TAMKE, Wolfgang (2012): Schulische Berufsausbildung mit Kammerabschluss gemäß § 43 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG). In: BWP-Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 1, 43–46.

LEHMPFUHL, Uwe (2007): Entwicklung von BerufskollegBildungsgängen und deren regionale Abstimmung – Berufskollegs als Motor regionalen Strukturwandels(?). Beitrag zum vlbs-Kongress „Die Berufskollegs stärken heißt, die berufliche Bildung zu stärken“ (AG 7) am 16. November 2007 in Neuss. Online: ww.ifs-dortmund.de/assets/files/UWE/vlbs-161107-ul.pdf. Letzter Zugriff: 15.06.2013.

LEHMPFUHL, Uwe (2007a): Bildungsplanung in der BR Deutschland unter Berücksichtigung der Berufsschulentwicklungsplanung als Sonderform kommunaler Bildungsplanung. „Einführung in die Theorie und Methoden der Organisations- und Sozialplanung“. Dortmund. Onlineveröffentlichung: www.ifs-dortmund.de/assets/files/UWE/b-sep-im-ws07-08.pdf. Letzter Zugriff: 05.10.2010.

LEHMPFUHL, Uwe (2005): Dialogische Berufsschulentwicklungsplanung. Vortrag im Rahmen der Herbsttagung der Kommission Bildungsorganisation, Bildungsplanung und Bildungsrecht (KBBB) in der DGfE, am 6. Oktober 2005 an der Ruhr-Universität Bochum. Onlineveröffentlichung: www.ifs.tu-dortmund.de/cms/de/Institut/Geschichte/Ehemalige-Unter-seiten/Lehmpfuhr-Uwe/Veroeffentlichungen/kbbb-herbst05-ul.pdf. Letzter Zugriff: 15.06.2012.

LEHMPFUHL, Uwe (2004): Die Bedeutung kommunaler Bildungsplanung für die Qualitätsentwicklung beruflicher Schulen. In: Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (Hg.): Zweiter Dortmunder Forschertag. Berufliche Bildung NRW. Evaluation der Qualität Berufsbildender Schulen. Dortmund (Beiträge aus der Forschung, Band 142, 19–32), Online: www.sfs-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc%5C608%5Cbeitr142.pdf. Letzter Zugriff: 05.10.2010.

LENGWILER, Martin (2007): Vom Übervölkerungs- zum Überalterungsparadigma. Das Verhältnis zwischen Demographie und Bevölkerungspolitik in historischer Perspektive. In: BARLÖSIUS, Eva; SCHIEK, Daniela (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, 187–202.

LIEBMANN, Heike; ROBISCHON, Tobias (Hg.) (2003): Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau. Erkner [u. a.]: Inst. für Regionalentwicklung und Strukturplanung [u. a.].

LUTZ, Burkart (2007): Politische Empfehlungen im Ergebnis der Brandenburg-Berichte. In: KETZMERICK, Thomas; MEIER, Heike; WIENER, Bettina (Hg.): Brandenburg und seine Jugend – Integrationspfade Brandenburger Jugendliche in Beschäftigung. Halle: Zentrum für Sozialforschung e.V. Halle (Forschungsberichte, 07–2), 71–75.

LUTZ, Burkart (2001): Im Osten ist die zweite Schwelle hoch. Fehlende Arbeitsplätze und Nachwuchsstau vor den Toren des Arbeitsmarktes. Halle: Zentrum für Sozialforschung e.V. Halle (Forschungsergebnisse, Band 2).

LUTZ, Burkart; GRÜNERT, Holle (unter Mitarbeit von Sascha Kranz und Sylvia Terpe) (1999): Evaluierung der Vorhaben zur Förderung der beruflichen Erstausbildung. Gutachten erstellt im Auftrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt. Halle: Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Band 14).

MACHOLD, Ingrid; TAMME, Oliver (2009): Land am Rand? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum in Österreich. In: NEU, Claudia (Hg.): Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag, 154–169.

MACHOLD, Ingrid (2010): Regionale Ungleichheit in der Daseinsvorsorge – Konzepte und Leitbilder. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen Österreich (Facts & Features 44).

MARETZKE, Steffen; WEISS, Wolfgang (2009): Demografische Herausforderungen Ländlichster Räume. In: BMVBS; BBSR (Hg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Bonn: BBSR (Online-Publikation 34), 33–44. Online: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSR-Online/2009/DL_ON342009.pdf;jsessionid=EA623F6F8D641F9AB307EA80D1FB59BB.live2053?__blob=publicationFile&v=2. Letzter Zugriff: 06.08.2010.

MAUTHE, Anne (1996): Schulentwicklungsplanung als dialogischer Prozess. Dortmund: Institut für Schulentwicklungsforschung (Beiträge zur Bildungsforschung und Schulentwicklung Nr. 2).

MENDIUS, Hans-Gerhard (2002): Demographischer Umbruch, Arbeitswelt und sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung – Einordnung, Fragen, Thesen. In: KISTLER, Ernst; MENDIUS, Hans-Gerhard (Hg.): Demographischer Strukturbruch und Arbeitsmarktentwicklung. Probleme, Fragen, Erste Antworten – SAMF Jahrestagung. Stuttgart: SAMF, Dt. Vereinigung für Sozialwiss. Arbeitsmarktforschung, 20–47. Online: www.demotrans.de/documents/BRDE_BR14.pdf. Letzter Zugriff: 18.05.2012.

MEUSBURGER, Peter (1998): Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg: Spektrum, Akad. Verlag.

MEUSBURGER, Peter (1974): Landes-Schulentwicklungsplanung von Vorarlberg. Wien (Bildungsplanung in Österreich, Band 3, Hrsg. von der Sektion III des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst).

MEUSER, Michael; NAGEL, Ulrike (2003): Experteninterview. In: BOHNSACK, Ralf; MAROTZKI, Winfried; MEUSER, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitative Sozialforschung: Ein Wörterbuch. Opladen, 57–59.

MEUSER, Michael; NAGEL, Ulrike (1991): ExpertInneninterview – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: GARTZ, Detlef; KRAIMER, Klaus (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Leske + Budrich, 441–471.

MEYER, John W.; ROWAN, Brian (1991): Institutionalized Organisations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: POWELL, Walter W.; DIMAGGIO Paul J. (Hg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago: Univ. of Chicago Press, 41–62.

MEYER, Rita (2003): Regionalisierung, Marktorientierung und Netzwerkbildung – Kritische Annäherungen im Kontext der Diskussion um regionale Berufsbildungszentren. In: Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Nr. 5, 1–16. Online: www.bwpat.de/ausgabe5/meyer_bwpat5.pdf. Letzter Zugriff: 21.08.2012.

MICHAELIS, Thomas (2009): Sicher ist nur die Veränderung. Zur Zukunft der dualen Ausbildung und der Berufsschule. In: Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik 40, 45–52.

MICHEL, Günter (1984): Das regionale Ausbildungsplatzproblem und der Stellenwert ausbildungsplatzbezogener Fördermaßnahmen: Analyse am Beispiel der hessischen Arbeitsamtsbezirke. Frankfurt am Main: Lang.

MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT UND FAMILIE DES LANDES BRANDENBURG (MASGF) (Hg.) (2012): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der sechzehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (Reihe Forschungsberichte, Nr. 13, Studie im Auftrag).

MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT UND FAMILIE DES LANDES BRANDENBURG (2005): Brandenburger Fachkräftestudie. Entwicklung der Fachkräftesituation und zusätzlicher Fachkräftebedarf. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Reihe Forschungsberichte, Nr. 26, erstellt vom Institut für Praxisorientierte Sozialforschung und Beratung e. V. in Kooperation mit TraSt München und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V.).

MINISTERIUM FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT DES LANDES BRANDENBURG (2013): Nach dem zehnten Schuljahr – Berufliche Schulen, Gymnasiale Oberstufe, Zweiter Bildungsweg. Eine Information für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte ab der Jahrgangsstufe 9 im Schuljahr 2013/2014. Potsdam.

MINISTERIUM FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT DES LANDES BRANDENBURG / SENATSVERWALTUNG FÜR INTEGRATION, ARBEIT UND SOZIALES DES LANDES BERLIN (Hg.) (2010): Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg. Erarbeitet durch die Prognos AG. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg; Berlin: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin.

MINISTERIUM FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT DES LANDES BRANDENBURG (Hg.): Landesschulbezirksverordnungen 2002 und 2013.

MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR MECKLENBURG-VORPOMMERN (2007): Schulnetzplanung für die beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern 2006 bis 2011. Online: www.bildung-mv.de/export/sites/

lisa.de/schule/entwicklung/schulnetz_bs/dokumente/070301_sep.pdf. Letzter Zugriff: 14.10.2010.

MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG (2009): Bericht des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung „Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge“. Online: www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/28644/publicationFile/166/bericht-zum-beschluss-demographischer-wandel-und-daseinsvorsorge.pdf. Letzter Zugriff: 06.12.2012.

MONHEIMER, Heiner (2004): Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs. In: STRUBELT, Wendelin; ZIMMERMANN, Horst (Hg.): Demographischer Wandel im Raum: was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 5. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 225), 63–65.

Moss, Timothy (2011): Planung technischer Infrastruktur für die Raumentwicklung: Ansprüche und Herausforderungen in Deutschland. In: TIETZ, Hans-Peter; HÜHNER, Tanja; AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG; LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN (Hg.): Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung: Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, Nr. 235), 73–94. Online: www.nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-279863. Letzter Zugriff: 10.11.2012.

Moss, Timothy (2008): Herausforderungen und Perspektiven raumwissenschaftlicher Infrastrukturforschung. Ein Fazit. In: MOSS, Timothy; NAUMANN, Matthias; WISSEN, Markus (Hg.): Infrastrukturnetz und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung. München: Oekom-Verlag, 325–335.

MOSS, Timothy; NAUMANN, Matthias (2007): „Infrastructure stress“ durch Nutzungswandel und die Anpassungsfähigkeit der Wasserver- und Abwasserentsorgung. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation, Nr. 14), 39–48.

MÜLLER, Karin (2000): Junge Leute auf dem Lande – berufliche Chancen und Arbeitsmarktrisiken. In: Berichte über die Landwirtschaft 78, 5–29.

MÜLLER TAMKE, Wolfgang; SELKA, Reinhard (2002): Regionale Netzwerke für mehr Ausbildungsplätze und nachhaltige Regionalentwicklung. Das Beispiel Regio-Kompetenz-Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 4, 22–26.

NEU, Claudia (2009): Daseinsvorsorge und territoriale Ungleichheit. In: NEU, Claudia (Hg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag, 80–96.

NEU, Claudia (2009a): Daseinsvorsorge – Eine Einführung. In: Ders. (Hg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag, 9–19.

NEU, Claudia (2008): Überwucherung – ländliche Räume zwischen Peripherisierung und Ästhetisierung. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 557–561.

NEU, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – Eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, 8–15.

NOVY, Andreas; PARNREITER, Cristof; FISCHER, Karin (1999): Globalisierung und Peripherie. In: Ders. (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierungen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, 9–33.

NUTZ, Manfred (2004): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das Hochschulwesen. Onlineveröffentlichung: www.kolloq.destatis.de/2004/nutz.pdf. Letzter Zugriff: 06.10.2006.

OFFE, Claus (1975): Berufsbildungsreform: eine Fallstudie über Reformpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

OSTENDORF, Helga (2010): Strukturelle Barrieren für junge Frauen in der beruflichen Bildung. In: AUTORENGRUPPE REGIONALE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG

BERLIN-BRANDENBURG (Hg): Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Berlin: Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg, 13–18. Online: www.bildungsbericht-berlin-branden-burg.de/pdfs2010/bildungsbericht_2010.pdf. Letzter Zugriff: 11.08.2011.

PÄTZOLD, Günter (2006): Berufsschulforschung. In: RAUNER, Felix (Hg.): Handbuch Berufsbildungsforschung. Bielefeld: Bertelsmann, 232–240.

PÄTZOLD, Günter (1994): Lernortkooperation unter Berücksichtigung der Erfahrung im Berufsausbildungssystem der DDR. In: KUDELLA, Peter; PÄTZOLD, Günther; WALDEN, Günter (Hg.): Kooperation zwischen Berufsschulen und Betrieben in den neuen Bundesländern. Ausgangsbedingungen, Übergangsprozeß und Perspektiven. Bielefeld: Bertelsmann, 89–121 (Berichte zur beruflichen Bildung 174).

PEISERT, Hansgert (1967): Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München: Piper Verlag.

PEUKERT, Reinhard; PRONDCZYNSKY, Andreas von (1983): Schule an Ihrem Ort: Deren Schüler und Lehrer. Plädoyer für eine Analyse der inneren Schul-Ökologie. In: WEISSHAUPT, Horst (Hg.): Sozialraumanalyse und regionale Bildungsplanung. Baden-Baden: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurter Studien zur Bildungsforschung, Band 1), 223–252.

PINGEL, Reimund (1982): Berufliche Qualifikation und regionaler Strukturwandel. Das Beispiel Kreis Borken. In: Informationen zur Raumentwicklung 6/7, 463–473.

PIW GMBH (2004): Konzeptionelles Modell einer gemeinsamen Berufsschulentwicklungsplanung in der Region Lausitz-Spreewald. Gutachten im Auftrag der Regionalen Planungsstelle Cottbus der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, Teltow. Unveröffentlichtes Manuskript.

PIW GMBH (2003): Planungsgutachten – Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten als Lernorte. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg sowie den Handwerks- und Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg in Abstimmung mit dem Berufsförderungswerk e.V. des Bauindustrieverbandes

Berlin-Brandenburg e. V. Teltow. Online: www.piw.de/doc/bericht_Planungsgutachten.pdf. Letzter Zugriff: 10.09. 2008.

PLANUNGSVERBAND DER PLANUNGSREGION MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE (2008): Positionspapier zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demografischen Wandel. Online: www.opus.kobv.de/zb/volltexte/2012/13744/pdf/Positionspapier_26.02.08.pdf. Letzter Zugriff: 06.10.2012.

PLIENINGER, Tobias; BENS, Oliver; HÜTTL, Reinhard, F. (2006): Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37. Bonn, 23–30.

POHL, Ulrich (1985): Wohnortnahes Schulangebot – ein Problem regionaler Bildungsplanung. Wiesbaden: Hess. Inst. für Bildungsplanung u. Schulentwicklung (Materialien zur Schulentwicklung 6).

POWELL, Walter W.; DiMAGGIO, Paul J. (1991) (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago/London: Univ. of Chicago Press.

RÄDLE, Thomas (2004): Föderalismusprinzip in der beruflichen Bildung – Bestandsaufnahme und Reformdiskussionen. Online: www.kops.ub.uni-konstanz.de/bitstream/handle/urn:nbn:de:bsz:352-opus-13782/Berufsbildung.pdf?sequence=1. Letzter Zugriff: 10.04.2009.

RADTKE, Frank-Olaf; STOSIC, Patricia (2009): Lokale Bildungsräume: Ansatzpunkte für eine integrative Schulentwicklung. In: *Geographische Revue* 1, 34–51.

RAMBOLL MANAGEMENT CONSULTING (2010): Kurzexpertise: Auswirkungen des Demografischen Wandels auf die Organisation der Schulbildung in den Ländlichen Räumen. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig Universität Gießen. Online: www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/BODL/Themen/Demografie/expertise_schulbildung.pdf?_blob=publicationFile. Letzter Zugriff: 12.08.2010.

RAUNER, Felix (Hg.) (2006): *Handbuch Berufsbildungsforschung*. Bielefeld: Bertelsmann.

Redepenning, Marc (2013): Varianten raumbezogener sozialer Gerechtigkeit. Ein sozialgeographischer Versuch über das Verhältnis von Raum und Gerech-

tigkeit und ein Nachdenken über die Frage „Was soll wo sein?“ In: Ethik und Gesellschaft 1, Der „spatial turn“ der sozialen Gerechtigkeit. Online: www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2013_Redepening.pdf. Letzter Zugriff: 07.06.2014.

REGIONOMICA (2009): Fortschreibung Wirtschaftsrahmenplan Landkreis Uckermark. Endbericht. Im Auftrag des Landkreises Uckermark, der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg und der Handwerkskammer Frankfurt/Oder – Region Ostbrandenburg, Online: www.uckermark.de/PDF/WRP_2009_gesamt.PDF?ObjSvrID=553&ObjID=4318&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1276503457. Letzter Zugriff: 10.11.2014.

REGIONOMICA (2007): Entwicklungskonzept für die Wachstumsbranchen Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Sozialwirtschaft in der Uckermark – Kurzfassung, im Auftrag des Landkreises Uckermark. Online: www.uckermark.de/PDF/Entwicklungskonzept_Gesundheit_Bildung_Kultur_und_Soziales.PDF?ObjSvrID=553&ObjID=4348&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1328199510. Letzter Zugriff: 05.10.2009.

REGIONOMICA (2006): Branchenprofil Bildungswirtschaft. Landkreis Uckermark. Unveröffentlichtes Dokument.

REGIONOMICA (2004): Abschlussbericht: Wirtschaftsrahmenplan Uckermark. Im Auftrag des Landkreises Uckermark und der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Oder. Online: www.uckermark.de/PDF/Abschlussbericht_Wirtschaftsrahmenplan_Uckermark_2004.PDF?ObjSvrID=553&ObjID=1332&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1275482535. Letzter Zugriff: 10.10.2006.

REIER, Gustav (2000): Gesellschaftliche Modernisierungsdefizite beruflicher Bildung: vom Bildungsrat zum Bündnis für Ausbildung; eine Hamburger Fallstudie. Norderstedt: Libri books on demand.

REUTLINGER, Christian (2013): Bildungslandschaften raumtheoretisch betrachtet. In: sozialraum.de, Nr 1. Online: www.sozialraum.de/bildungslandschaften-raumtheoretisch-betrachtet.php. Letzter Zugriff: 20.05.2014.

RIETDORF, Werner (1996): Probleme der Transformation städtischen Lebens und Wohnens in kleineren und mittleren Städten der neuen Bundesländer. In: HÄU-

SSERMANN, Hartmut; NEEF, Rainer (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Westdt. Verlag, 305–324.

ROLFF, Hans-Günter (2007): Studien zu einer Theorie der Schulentwicklung. Weinheim [u. a.]: Beltz.

ROLFF, Hans-Günter (1991): Schulentwicklung als Entwicklung von Einzelschulen? Theorien und Indikatoren von Entwicklungsprozessen. In: Zeitschrift für Pädagogik 37, 865–886.

ROLFF, Hans-Günter; TILLMANN, Klaus-Jürgen (2009): Schulentwicklungsfor- schung – theoretischer Rahmen und Forschungsperspektive. In: BERKEMEYER, Nils; BONSEN, Martin; HARAZD, Bea (Hg.): Perspektiven der Schulentwicklungs- forschung. Festschrift für Hans-Günter Rolf. Weinheim [u. a.]: Beltz, 16–49.

ROSENFELD, Martin T. W.; KRONTHALTER, Franz; KAWKA, Rupert (2006): Zukunft der Regionalentwicklung in Deutschland – welche Auswirkungen haben lang- fristige, sektorale, technologische und gesellschaftliche Veränderungen? In: GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.): Demographische Trends in Deutsch- land. Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6, Band 226), 17–33.

RÖSNER, Ernst (2000): Ist kommunale Schulentwicklung noch planbar? In: Frommelt, Bernd; Klemm, Klaus; Rösner, Ernst (Hg.): Schule am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Gesellschaftliche Ungleichheit, Modernisierung und Steuerungsprobleme im Prozeß der Schulentwicklung. Weinheim [u. a.]: Juventa-Ver- lag, 211–227.

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (Hg.) (2008): Materialien zum Umgang mit dem demographischen Wandel in sächsischen Kommunen. Dres- den: Sächsisches Staatsministerium des Innern.

SACKMANN, Reinhold; BARTL, Walter (2008): Demographisierung: Bewältigungs- form von Krisen der „zweiten Natur“ des Menschen? In: REHBERG, Karl-Siegbert (Hg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deut- schen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 und 2, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2627–2642.

SCHÄFER, Hans-Peter (1998): Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt – ein zentrales Problem unserer Gesellschaft. In: SCHÄFER, Hans-Peter; SROKA, Wendelin (Hg.): Übergangsprobleme von der Schule in die Arbeitswelt. Zur Situation in den neuen und alten Bundesländern. Berlin: Duncker & Humblot (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 61), 9–24.

SCHÖN, Helmut (1997): Regionalpolitische Konzepte und Strukturwandel ländlicher Räume. Eine Analyse am Beispiel des oberen Altmühltals. Berlin: Duncker & Humblot (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 472).

SCHREIBER, Daniel; GUTSCHOW, Katrin; WEBER-HÖLLER, Robin u. a. (2012): Anerkennung beruflicher Kompetenzen am Beispiel der Zulassung zur Abschlussprüfung im Rahmen der Externenregelung. Abschlussbericht. Forschungsprojekt 4.3.301 (JFP 2009) des Bundesinstitutes für Berufsbildung. Bonn. Online: www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_43301.pdf. Letzter Zugriff: 26.04.2014.

SCHUBARTH, Wilfried (2007): Bildung im ländlichen Raum: Probleme und Perspektiven des demographischen Wandels. In: BEETZ, Stephan (Hg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation, Nr. 14), 61–67.

SCHULDT, Karsten (2006): Ausbildungsförderung von 2007 bis 2013. Wieviel Förderung ist nötig, um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen? In: BRANDaktuell 3, 6–7.

SCHWARZ, Ursula; STOSS, Friedemann (1973): Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 6, 121–189.

SCHWARZE, Thomas (1996): Peripherien als geographischer Forschungsansatz. In: NEUMANN, Peter; SCHNELL, Peter; WEBER, Peter (Hg.): Perspektiven und Strategien für die Peripherie. Vorträge einer Tagung der Regionalen Arbeitsgruppe des DVAG und der AAG. Münster: AAG, 5–16.

SCOTT, Richard W. (1991): Unpacking Institutional Arguments. In POWELL, Walter W.; DIMAGGIO, Paul J. (Hg.): The New Institutionalism in: Organizational Analysis. Chicago/London: Univ. of Chicago Press, 164–182.

SEDLACEK, Peter (2009): Demografisch auffällige Gemeinden in ländlichen Gebieten Thüringens. In: BMVBS/BBSR (Hg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation 34. Bonn: BBSR, 33–44. Online: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2009/DL_ON342009.pdf;jsessionid=EA623F6F8D641F9AB307EA80D1FB59BB.live2053?__blob=publicationFile&v=2. Letzter Zugriff: 06.03.2010.

SEIBERT, Holger; WESLING, Mirko (2012): Demografische Veränderungen in Ostdeutschland. Jugendliche finden immer öfter eine Lehrstelle vor Ort. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 16).

SEKTION BERUFS- UND WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK (der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) (2009): Memorandum. Zur Professionalisierung des pädagogischen Personals in der Integrationsförderung aus berufsbildungswissenschaftlicher Sicht. In: SEKTION BERUFS- UND WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT (Hg.): Memorandum zur Professionalisierung des pädagogischen Personals in der Integrationsförderung aus berufsbildungswissenschaftlicher Sicht. Bonn, 1–10. Online: www.good-practice.de/memorandum_integrationsfoerderung_0409.pdf. Letzter Zugriff: 14.09.2013.

SEKRETARIAT DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hg.) (1992): Erhebung der beruflichen Schulen in den neuen Ländern und Berlin (Ost) – Baubestand und Finanzbedarf. Berlin: Zentralstelle für Normungsfragen und Wirtschaftlichkeit im Bildungswesen.

SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (Hg.) (2012): Liste der anerkannten Ausbildungsberufe, für welche länderübergreifende Fachklassen eingerichtet werden, mit Angabe der aufnehmenden Länder (Berufsschulstandorte) und Einzugsbereiche. Beschlussammlung der KMK NR. 328. Online: www.kmk.org/fileadmin/

veroeffentlichungen_beschluesse/2011/2012_06_22-RV-Fachklassen-Liste.pdf.
Letzter Zugriff: 02.11.2013.

SENATSV ERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND WISSENSCHAFT BERLIN (2013):
Berufliche Schulen zu Kompetenzzentren. Bericht der Arbeitsgruppe. Ber-
lin. Online: [www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungspolitik/
bericht.pdf?start&ts=1414510485&file=bericht.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungspolitik/bericht.pdf?start&ts=1414510485&file=bericht.pdf). Letzter Zugriff: 18.10.2014.

SENGE, Konstanze; HELLMAN, Kai-Uwe (2006) (Hg.): Einführung in den Neoinst-
tutionalismus. Wiesbaden: VS Verlag.

SIEBERT, Rosemarie (2008): Landnutzung – Veränderungen und Konflikte. In:
HÜTTL, Rainer; BENS, Oliver; PLIENINGER, Tobias (Hg.): Zur Zukunft ländlicher
Räume: Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordost-
deutschlands. Berlin: Akademie Verlag, 169–177.

SIXT, Michaela (2009): Regionale Strukturen als herkunftsspezifische Determi-
nanten von Bildungsentscheidungen. Kassel. Online: [www.kobra.bibliothek.
uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2010110934909/3/DissertationMi-
chaelaSext.pdf](http://www.kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2010110934909/3/DissertationMi-
chaelaSext.pdf). Letzter Zugriff: 09.03.2011.

SOLGA, Heike (2009): Der Blick nach vorn: Herausforderungen an das deutsche
Ausbildungssystem. Discussion Paper SP I 507, Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung. Berlin. Online: [www.bibliothek.wzb.eu/pdf/2009/i09-507.
pdf](http://www.bibliothek.wzb.eu/pdf/2009/i09-507.pdf). Letzter Zugriff: 07.08.2011.

STEINMETZ, Hans-Joachim (1993): Thesen zur Entwicklung des ländlichen Rau-
mes als Diskussionsbeitrag. In: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDES-
PLANUNG (Hrsg.): Erwerbsmöglichkeiten und Lebenssituationen in ländlichen
Regionen. Ausgewählte Beispiele aus Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland. Han-
nover: ARL, 103–114.

STIENS, Gerhard (1997): Entwicklungsdisparitäten im vereinten Deutschland
und die neuen raumordnerischen Konzepte. Bonn: Bundesforschungsanstalt für
Landeskunde und Raumordnung.

STENDER, Jörg (2006a): Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland Teil 1: Strukturprobleme und Ordnungsprinzipien des dualen Systems. Stuttgart: Hirzel.

STENDER, Jörg (2006b): Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland Teil 2: Reformansätze in der beruflichen Bildung. Stuttgart: Hirzel.

STEIN, Gebhard (1987): Jugendliche und ihre Familien in ländlichen Regionen. In: PAPENBREER, Gabriele; SARDEI-BIERMANN, Sabine; STEIN, Gebhard (1987): Verselbständigung Jugendlicher, Probleme der Berufseinmündung im Kontext unterschiedlicher Lebenslagen. München: DJI (DJI-Materialien zum Siebten Jugendbericht, Band 5), 191–263.

STEINER, Christine; Wiener, Bettina (2006): Ausgegrenzt, abgewandert, weggeblieben. In: Berliner Debatte Initial 5, 65–76.

STEINER, Christine (2000): Der schwierige Umgang Heranwachsender mit ungewissen Chancen. Ergebnisse einer Befragung von Schulabschlussklassen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg. In: LUTZ, Burkart; GRÜNERT, Holle; STEINER, Christine (Hg.): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (Forschungsergebnisse aus dem ZHS, Band 1), 51–86.

STEINER, Christine (2004): Bleibst du noch oder gehst du schon? Regionale Mobilität beim Ausbildungs- und Erwerbseinstieg ostdeutscher Jugendlicher. In: Berliner Debatte Initial 4, 42–55.

STEINER, Christine; BÖTTCHER, Sabine; PREIN, Gerald; TERPE, Sylvia (2004): Land unter. Ostdeutsche Jugendliche auf dem Weg ins Beschäftigungssystem. Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (Forschungsberichte aus dem ZSH, 04–1). Online: www.zsh-online.de/filead-min/PDF-Dokumente/Forschungsberichte/04_1FB.pdf. Letzter Zugriff: 10.10.2006.

STOOS, Friedemann (1971): Zur regionalen Ungleichheit der beruflichen Bildungschancen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2, 142–200.

STRAUSS, Anselm L. (1994): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung. München: Fink.

STRAUSS, Anselm L.; CORBIN, Juliet M. (1996): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz.

STRUBELT, Wendelin (1996): Regionale Disparitäten zwischen Wandel und Persistenz. In: STRUBELT, Wendelin; GENOSKO, Joachim; BERTRAM, Hans u. a. (Hg.): Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen: Leske + Budrich (Berichte der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V., Bericht 5), 11–110.

STRUBELT, Wendelin; GENOSKO, Joachim; BERTRAM, Hans u. a. (1996): Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen: Leske + Budrich (Berichte der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V., Bericht 5).

STRUBELT, Wendelin; ZIMMERMANN, Horst (Hg.) (2005): Demographischer Wandel im Raum: was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 5. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte Band 225).

TIETZ, Hans-Peter (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Netzinfrastruktur. In: GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6, Band 226), 154–171.

STRÜBING, Jörg (2008): Was ist Grounded Theory? Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. Dordrecht: Springer Online: www.dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91968-3. Letzter Zugriff: 08.10.2011.

TENBERG, Ralf (2003): Regionale Kompetenzzentren in Deutschland. Bestandsaufnahme über eine aktuelle Entwicklungsperspektive beruflicher Schulen. In:

bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik Online, Nr. 5, 1–19. Online: www.bwpat.de/ausgabe5/tenberg_bwpat5.shtml. Letzter Zugriff: 02.02.2014.

THIES, Erich (2004): Antworten der Bildungspolitik auf den demographischen Wandel. In: Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Bildungssystem: Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 148–154. Online: www.kolloq.destatis.de/2004/thies.pdf. Letzter Zugriff: 10.05.2007.

THOMAS, Michael (2006): Regionalisierung: Eine nicht wirklich begonnene, gleichwohl unendliche Geschichte. In: Berliner Debatte Initial 6, 23–35.

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TECHNOLOGIE (Hg.) (2010): Aktionsprogramm Fachkräftesicherung und Qualifizierung. Eine Initiative der Thüringer Landesregierung und des Wirtschafts- und Innovationsrats. Vorlage im Kabinett der Thüringer Landesregierung am 17. August 2010. Erfurt. Online: www.thueringen.de/imperia/md/content/tmwta/publikationen/wirtschaft/aktionsprogramm_fachkraeftesicherung_und_qualifizierung.pdf. Letzter Zugriff: 14.04.2013.

TÖNNIES, Gerd (1993): Counterurbanisierung als siedlungsstrukturelle Rahmenbedingung für die Entwicklung ländlicher Räume in Europa. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Entwicklungsperspektiven für ländliche Räume. Thesen und Strategien zu veränderten Rahmenbedingungen. Hannover: ARL (Arbeitsmaterialien 197), 337–360.

TOVEY, Hilary (2001): Ländliche Armut – eine politisch-ökonomische Perspektive. In: Berliner Debatte Initial 6, 5–16.

TROLTSCH, Klaus (2005): Berufsbildung und Strukturwandel. Zum Einfluss wirtschaftsstruktureller Veränderungen auf das betriebliche Ausbildungsstellenangebot seit 1980. In: BIBB (Hg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Expertenworkshop der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, 71–91.

TROLTSCH, Klaus (2003): Bildungschancen Jugendlicher im dualen System. Ergebnisse und methodische Überlegungen zur Analyse regionaler Disparitäten in der betrieblichen Berufsausbildung. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung. Online: www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_wirueberunsvoe_troltsch-Regionale_Disparitaeten_in_der_betrieblichen_Berufsaus-bildung.pdf. Letzter Zugriff: 08.09.2012.

TROLTSCH, Klaus; GERHARDS, Christian; MOHR, Sabine (2012): Vom Regen in die Traufe? Unbesetzte Ausbildungsstellen als künftige Herausforderung des Ausbildungsstellenmarktes. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB-Report Nr. 19).

TROLTSCH, Klaus; WALDEN, Günter; KRUPP, Thomas (2010): Angebots- und nachfragebezogene Einflussfaktoren des regionalen Ausbildungsplatzangebots. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 6. Bonn, 15–19.

TROLTSCH, Klaus; WALDEN, Günter; ZOPF, Susanne (2009): Im Osten nichts Neues? 20 Jahre nach dem Mauerfall steht die Berufsausbildung vor großen Herausforderungen. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB-Report Nr. 12).

TRUSCHKAT, Inga; KAISER-BELZ, Manuela; REINARZ, Vera (2007): Grounded Theory Methodologie in Qualifikationsarbeiten. Zwischen Pragmatik und Forschungspraxis – am Beispiel des Theoretical Samplings. In: MEX, Günter, MRUCK, Katja (Hg.): *Grounded Theory Reader*. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung (HSR Supplement 7 (Beiheft 19)), 232–258.

UHLY, Alexandra; KROLL, Stephan; KREKEL, Elisabeth M. (2011): Strukturen und Entwicklungen der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Ergebnisse aus der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 128).

ULRICH, Joachim Gerd (2006): Der Verbleib der Schulabgänger/innen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Vortrag anlässlich der 6. SWA-Fachtagung zum Thema „Berufsorientierung – Berufsvorbereitung - Berufsausbildung“ Hamburg. Online: www.swa-programm.de/tagungen/hamburg/vortrag_ulrich. Letzter Zugriff: 03.02.2013.

ULRICH, Joachim Gerd (2005): Probleme bei der Bestimmung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot. Definitionen, Operationalisierungen, Messprobleme. In: BIBB (Hg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Expertenworkshop der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, 5–36.

ULRICH, Joachim Gerd (2002): Benachteiligung - ein schillernder Begriff? Stigmatisierung im Bereich der außerbetrieblichen Lehrlingsausbildung. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung. Online: www.bibb.de/de/914.htm. Letzter Zugriff: 05.12.2010.

ULRICH, Joachim Gerd; KREKEL, Elisabeth M.; FLEMMING, Simone u. a. (2012): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2012. Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gerät ins Stocken. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September). Online: www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_beitrag_ana-2013.pdf. Letzter Zugriff: 17.09.2013.

ULRICH, Joachim Gerd; EBERHARD; Verena; KREKEL, Elisabeth (2007): Der Aufschwung auf dem Ausbildungsmarkt schreitet weiter voran - an vielen Lehrstellenbewerbern in den Großstädten geht er jedoch vorbei. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung. Online: www.bibb.de/de/30703.htm#ju mp02. Letzter Zugriff: 11.06.2010.

ULRICH, Joachim Gerd; EHRENTAHL, Bettina; HÄFNER, Elfriede (2006): Regionale Mobilitätsbereitschaft und Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber. In: EBERHARD; Verena; KREWERTH, Andreas; ULRICH, Joachim Gerd (Hg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann (Berichte zur beruflichen Bildung, 279, hrgs. vom Bundesinstitut für Berufsbildung), 99–120.

ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd (2008): Vorwort. In: ULMER, Philipp; ULRICH, Joachim Gerd (Hg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 106). Internetveröffentlichung: www.bibb.de/veroeffentlichungen/en/publication/download/id/2079. Letzter Zugriff: 18.03.2010.

VAN ACKEREN, Isabell; KLEIN, Esther Dominique (2009): Rückmeldung und Nutzung empirischer Forschungsbefunde zur Qualitätsentwicklung des Bildungssystems und der Einzelschule. In: BERKEMEYER, Nils; BONSEN, Martin; HARAZD, Bea (Hg.): Perspektiven der Schulentwicklungsforschung. Festschrift für Hans-Günter Rolff. Weinheim [u. a.]: Beltz, 149–165.

VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULVERBÄNDE E. V. (2012): VDP-Themenmappe „Berufliche Bildung“. Berlin. Online: www.privat-schulen.de/images/stories/PDF/Pressemitteilungen/2012/20120730_the-menmappe_berufliche_bildung.pdf. Letzter Zugriff: 20.11.2012.

WALDEN, Günter (2006): Lernortkooperationen und Ausbildungspartnerschaften. In: Rauner, Felix (Hg.): Handbuch Berufsbildungsforschung. Bielefeld: Bertelsmann, 255–262.

WEILANDT, Markus (2011): Schule der Frühaufsteher: 20 Jahre Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt. Köln [u. a.]: Böhlau.

WEIS, Walter (1988): Standortprobleme berufsbildender Schulen und Instrumente regionaler Bildungsplanung. In: Informationen zur Raumentwicklung: Bevölkerungsrückgang und Sicherung der Schulstandorte 7, 465–471.

WEISHAUPT, Horst; KRÄTSCHMER-HAHN, Rabea; SCHWARZ, Alexandra u. a. (2012): Optimierung des Übergangsbereichs in Hessen. Eine Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung, erstellt für das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Frankfurt am Main. Online: www.dipf.de/de/projekte/pdf/steufi/optimierung-des-uebergangsbe-reichs-in-hessen. Letzter Zugriff: 22.04.2012.

WEISHAUPT, Horst (2009): Demografie und regionale Schulentwicklung. In: Zeitschrift für Pädagogik 1, 56–72. Online: www.pedocs.de/volltexte/2011/4238/pdf/ZfPaed_2009_1_Weishaupt_Demografie_regionale_Schulentwicklung_D_A.pdf. Letzter Zugriff: 08.04.2014.

WEISHAUPT, Horst (2004): Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demographischen Wandel. In: Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Bildungssystem: Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden. Wiesbaden: Statistisches

Bundesamt, 26–44. Online: www.kolloq.destatis.de/2004/weishaupt.pdf. Letzter Zugriff: 06.10.2006.

WEISHAUPT, Horst (2001): Die Folgen der demographischen Entwicklungen für das Schulwesen. In: DÖBERT, Hans; ERNST, Christian (Hg.): Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft. Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren, 7–28.

WEISHAUPT, Horst (1983): Schulprobleme im Ballungsraum. Analyse der demographischen, schulstrukturellen und sozialen Entwicklung in den Ballungsräumen. In: Die deutsche Schule, Band 75 (6), 491–503.

WEISHAUPT, Horst (Hg.) (1983): Sozialraumanalyse und regionale Bildungsplanung. Baden-Baden: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Frankfurter Studien zur Bildungsforschung, Band 1).

WEISS, Manfred (1993): Der Markt als Steuerungssystem im Schulwesen? In: Zeitschrift für Pädagogik 1, 71–84.

WEISS, Reinhold (2010): Nichts wird so bleiben, wie es ist: Regionale Bildungsmärkte im demografischen Umbruch. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 6.

WEISS, Wolfgang (2005): Tragfähigkeit – ein unscharfer Schlüsselbegriff im Schnittpunkt von Raumordnung und Regional-Demographie. In: Raumforschung und Raumordnung 1, 340–350.

WEITH, Thomas unter Mitarbeit von HÜBLER, Karl-Hermann und MÜLLER, Klaus (2007): Szenarien zur Entwicklung ländlich-peripherer Regionen Nordostdeutschlands. In: KUJATH, Hans Joachim; SCHMIDT, Suintje (Hg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 9. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Arbeitsmaterialien, Nr. 330), 218–241.

WERNER, Rudolf (1992): Struktur der Ausbildungsberufe vor und nach der Wende. In: SEYFRIED, Brigitte; WORDELMANN, Peter (Hg.): Neue Länder - neue Berufsausbildung? Prozeß, Probleme und Perspektiven des Übergangs der

Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Ein Reader mit Beiträgen aus Forschung, Wissenschaft und Praxis. Bielefeld: Bertelsmann, 215–232 (Berichte zur beruflichen Bildung, 153, Hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsausbildung).

WERNER, Helsper; BÖHME, Jeanette (Hg.) (2004): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden: VS Verlag.

WESTPHAL-GEORGI, Ursula (1977): Bewertung von Maßnahmen aus regionaler Sicht. In: BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hg.): Ausbildungsplatzsituation, Ursachen, Folgen, Maßnahmen. Beiträge und Ergebnisse der Fachtagung 77 des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin: Bundesinstitut für Berufsbildung, 158–172.

WIEDEMANN, Peter (1995): Gegenstandsnahe Theoriebildung. In: FLICK, Uwe; Kardoff, Ernst; KEUPP, Heiner u. a. (Hg.): Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. Weinheim: Beltz, 440–445.

WIETHÖLTER, Doris; SEIBERT, Holger; BOGAI, Dieter (2007): Ausbildungsmobilität in der Region Berlin-Brandenburg. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB regional, Nr. 1, Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz).

WILBERS, Karl (2003): Berufsbildende Schulen: Kompetenzzentren in regionalen Netzwerken? In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik Online, Nr. 5, 1–13. Online: www.bwpat.de/ausgabe5/wilbers_bwpat5.pdf. Letzter Zugriff: 02.02.2014.

WILMA, Frank; HELLER, Lydia; HESS, Nele u. a. (2003): Zehn Jahre berufliche Erstausbildung in Brandenburg - Bilanz und Perspektiven der Förderkonzeption des Landes. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Reihe Forschungsberichte des MASGF, Nr. 24).

WILLISCH, Andreas (2008): Die Zukunft des Dorfes – Produktionszonen und periphere Menschen. In: REHBERG, Karl-Siegbert (Hg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 und 2, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 577–591.

WINTERHAGER, Wolfgang Dietrich (1972): *Lehrlinge, die vergessene Majorität*. Weinheim [u. a.]: Beltz.

WINKEL, Rainer (2008): *Öffentliche Infrastrukturversorgung im Planungsparadigmenwandel*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1/2, 41–47.

WINKEL, Rainer (2006): *Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur*. In: GANS, Paul; SCHMITZ-VELTIN, Ansgar (Hg.): *Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen*. Hannover: Akademie für Raumforschung Landesplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6, Band 226), 172–220.

WOLF, Klaus; LANGHAGEN-ROHRBACH, Christian; HABERSTROH, Michael u. a. (2004): *Regionale Mobilität jugendlicher Auszubildender in Hessen. Untersuchung zum Einfluss der Mobilität auf das Lehrstellensuch- und -wahlverhalten von Jugendlichen aus den Landkreisen Lahn-Dill und Hersfeld-Rotenburg*. Band 1. Ergebnisbericht. KSR36 – Werkstattberichte aus dem Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Nr. 7. Frankfurt am Main. Online: www.publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/4888. Letzter Zugriff: 16.05.2009.

WOOD, Gerald (2000): *Irland. Peripherisierung und europäische Regionalpolitik*. In: *Geographische Rundschau* 1, 35–41.

YIN, Robert K. (1992): *Case study research: design and methods*. Applied Social Research Methods Series, Vol. 5. Los Angeles [u. a.]: Sage.

ZASKE, Michael (2006): *Das Berufsausbildungssystem in Brandenburg. Fit für die Herausforderungen der Zukunft in der neuen EU-Förderperiode?* In: *BRAND-aktuell* 3, 4–5.

ZIEROLD, Katja (1997): *Veränderungen von Lebenslagen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer*. Aus: BECKER, Annette (Hg.): *Regionale Strukturen im Wandel*. Opladen: Leske + Budrich (Räumliche Folgen des Transformationsprozesses, Band 5.1.), 501–569.

ZLATKIN-TROITSCHANSKAIA, Olga (2005): Kooperation zwischen Ausbildungsinstitutionen und Lernorten in der beruflichen Bildung – eine multidisziplinäre Betrachtung. In: bildungsforschung, Ausgabe 1. Online: www.bildungsforschung.org/Archiv/2005-01/kooperation. Letzter Zugriff: 14.07.2008.

Internetquellen

www.ausbildungskonsens-brandenburg.de. Letzter Zugriff: 08.09.2013.

www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raubeobachtung/Raumabgrenzungen/Regionstypen2011/regionstypen.html. Letzter Zugriff: 08.09.2012.

www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raubeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4__2011/kreistypen.html. Letzter Zugriff: 08.09.2012.

www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raubeobachtung/Raumabgrenzungen/Raumtypen2010__vbg/Raumtypen2010__alt.html. Letzter Zugriff: 11.09.2012.

www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raubeobachtung/Raumabgrenzungen/ Raumtypen2010 _krs/ Raumtypen 2010_Kreise.html. Letzter Zugriff: 11.09.2012.

www.bibb.de/de/wlk10830.htm. Letzter Zugriff: 22.03.2014.

www.bibb.de/uebs. Letzter Zugriff: 10.11.2011.

www.bildungsbericht.de/zeigen.html?seite=10217 (Datenquellen zum Nationalen Bildungsbericht). Letzter Zugriff: 19.08.2014.

www2.bibb.de/tools/fodb/pdf/eb_10515.pdf. Letzter Zugriff: 01.10.2013.

www.bildungsklick.de/pm/88765/regionale-schulentwicklung-stirbt-die-berufsschule-im-laendlichen-raum-leidet-auch-die-duale-ausbildung-in-der-region/. Letzter Zugriff: 02.09.2013.

www.bravors.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravos_01.c.47195.de. Letzter Zugriff: 11.10.2013.

www.der-lausitzer.de/2011/09/03/forst-ehemalige-webschule-textilfachschule-wird-heute-als-oberstufenzentrum-i-genutzt. Letzter Zugriff: 19.10.2013.

www.die-linke-thl.de/uploads/media/re502404.pdf: Rede von Matthias Bärwolff am 17.06.2010 (Plenarprotokoll 5/024) zur ersten Beratung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes (Gesetz zur Verbesserung der Berufsschulnetzplanung). Letzter Zugriff: 20.08.2011.

www.emosz.de. Letzter Zugriff: 20.01.2014.

www.gmosz.de. Letzter Zugriff: 20.01.2014.

www.ihk-projekt.de/file/944-Flyer_Assistenten.pdf. Letzter Zugriff: 15.05.2014.

www.jobstarter.de/intern/upload/project_data_pdf/NORKUN__JO01034.pdf. Letzter Zugriff: 30.06.2012.

www.jobstarter.de/intern/upload/project_data_pdf/Brandenburgisches_Ausbildungsmodell_fuer_Fachkraeftesicherung__JO01158_JOA1158.pdf. Letzter Zugriff: 30.06.2012.

www.kwosz.de. Letzter Zugriff: 15.03.2014.

www.lasa-brandenburg.de. Letzter Zugriff: 20.12.2013.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12384332/61129/Andreas-Roehl-ueber-die-Flut-an-neuen-Fleischerlehrlingen.html, Artikel „Starkes Signal Andreas Röhl über die Flut an neuen Fleischerlehrlingen am OSZ in Zehdenick“ vom 30.08.2012. Letzter Zugriff: 30.08.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12376303/61129/Bildungsministerium-widerspricht-OSZ-Zehdenick-werde-nicht-benachteiligt-Wir.html, „Wir wollen niemanden aufs Glatteis führen. Bildungsministerium widerspricht – OSZ Zehdenick werde nicht benachteiligt“ vom 15.08.2012. Letzter Zugriff: 15.08.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12333988/61129/Unverstaendnis-ueber-die-Absicht-des-Landes-OSZ-Ausbildungsgaenge.html, Artikel „Stadtverordnete wollen in Potsdam protestieren Unverständnis über die Absicht des

Landes, OSZ-Ausbildungsgänge zu streichen“ vom 26.05.2012. Letzter Zugriff: 26.05.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12282722/61129/Oberstufenzentrum-Zehdenick-steht-immer-wieder-vor-der-Herausforderung.html, Artikel „Traditionelle Berufe weniger gefragt Oberstufenzentrum Zehdenick steht immer wieder vor der Herausforderung, sich aktuell auszurichten“ vom 25.02.2012. Letzter Zugriff: 25.02.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12121767/61299/Mitarbeitern-der-Fachschule-Agus-droht-wegen-Kreistagsentscheidung-das.htmlPOLITIK: In Erklärungsnot, Artikel „Mitarbeitern der Fachschule Agus droht wegen Kreistagsentscheidung das Aus“ vom 05.07.2011. Letzter Zugriff: 05.07.2011.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11903269/62249/Ministerium-gewinnt-gegen-Schultraeger-justiz.html, Artikel „Justiz: Ministerium gewinnt gegen Schulträger“ vom 29.10.2010. Letzter Zugriff: 29.10.2010.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11717620/61299/Der-Streit-um-eine-Erzieherklasse-am-Oberstufenzentrum-geht.html, Artikel „Kommunen sollen die Karten auf den Tisch legen. Der Streit um eine Erzieherklasse am Oberstufenzentrum geht weiter“ vom 31.01.2012. Letzter Zugriff: 31.01.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12255377/60709/Medien-und-Kommunikation-im-Blickpunkt-Neue-Bildungsgaenge-am.html, Artikel „Neue Bildungsgänge am OSZ Teltow Medien und Kommunikation im Blickpunkt“ vom 10.01.2012. Letzter Zugriff: 10.01.2012.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12123678/61299/Ralf-Reinhardt-sieht-bei-Entscheidung-fuer-eine-Erzieherklasse.html, Artikel „Entscheidung für die Erzieherklasse“ vom 7.07.2011. Letzter Zugriff: 07.07.2011.

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12023924/61129/Tag-der-offenen-Tuer-am-Oberstufenzentrum-in-Zehdenick.htmlBILDUNG: Bewerber können wählen, Artikel „Tag der offenen Tür am Oberstufenzentrum in Zehdenick“ vom 25.02.2011. Letzter Zugriff: 25.02.2011.

www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.184984.de. Letzter Zugriff: 21.12.2013.

www.masf.brandenburg.de/media_fast/4055/23_04_12_Ma%C3%9Fnahmenplan.pdf. Letzter Zugriff: 21.12.2013.

www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/59680. Letzter Zugriff: 11.07.2013.

www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1118160/, Artikel „OSZ verliert Schüler“ vom 14.03.2013. Letzter Zugriff: 14.03.2013.

www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1038962/, Artikel „Gemeinsam lehren: Schulen suchen neue Wege Ostprignitz-Ruppin (MOZ) Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg forciert, dass Schulen sich künftig besser vernetzen und sich dazu in Schulverbänden zusammenschließen.“ vom 24.09.2012. Letzter Zugriff: 24.09.2012.

www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1024320/. 08.06.2012. Letzter Zugriff: 08.06.2012.

www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1018615/, Artikel „Aufteilung noch in der Schwebe. Ob die Ausbildungsberufe Elektroniker und Mechatroniker künftig vom Oberstufenzentrum (OSZ) Fürstenwalde nach Eisenhüttenstadt wechseln, ist noch nicht geklärt.“ vom 25.04.2012. Letzter Zugriff: 25.04.2012.

www.moz.de/nachrichten/vermishtes/artikel-ansicht/dg/0/1/1014083/, Artikel „Erste Probleme bei OSZ-Fusion“ vom 21.03.2012. Letzter Zugriff: 21.03.2012.

www.moz.de/nachrichten/vermishtes/artikel-ansicht/dg/0/1/1014083/, 21.03.2012. Letzter Zugriff: 21.03.2012.

www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/283492, 21.02.2011. Letzter Zugriff: 21.02.2011.

www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/uckermark/artikel9/dg/0/1/1173214/, Letzter Zugriff: 12.07.2013.

www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1224004, Artikel „Aus zwei wird eins Auf dem Campus der beruflichen Bildung zwischen Potsdamer und Beeskoewer Straße stehen Veränderungen an“ vom 11.12.2013. Letzter Zugriff: 11.12.2013.

www.moz.de/index.php/Moz/Article/category/Frankfurt%2B%2528Oder%2529/id/30806314.12.2009, 14.12.2009. Letzter Zugriff: 14.12.2009.

www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1335171, 11.10.2014. Letzter Zugriff: 11.10.2014.

www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/1331948, 1.10.2014. Letzter Zugriff: 01.10.2014.

www.mz-web.de/wittenberg-graefenhainichen/ausbildung-berufsschueler,20641128.html, 16.12.2015. Letzter Zugriff: 16.12.2015.

www.nnn.de/lokales/prignitz/das-osz-bangt-um-schulklassen-id6827506.html, 20.09.2014. Artikel „OSZ Prignitz bangt um Schulklassen“ vom 18.09.2014. Letzter Zugriff: 20.09.2014.

www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/berufsschulen-liegen-oft-in-weiter-ferne-1911184711.html, 19.11.2014. Letzter Zugriff: 19.11.2014.

www.nwzonline.de/wirtschaft/produktion-bei-aleo-solar-eingestellt_a_14,6,3027979945.html, Artikel „Produktion bei Aleo Solar eingestellt“ vom 19.11.2014. Letzter Zugriff: 19.11.2014.

www.oberstufenzentrum-mol.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.

www.osz1-technik-potsdam.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.

www.osz2-potsdam.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.

www.osz1spn.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.

www.osz2spn.de. Letzter Zugriff: 15.04.2014.

www.osz2.barnim.de; www.osz1-barnim.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.

www.oszee.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.

www.osz-cottbus.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.

www.osz-dahme-spreewald.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.

www.osz-flakowski.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.

- www.osz-havelland.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.
- www.oszlausitz.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.oszj.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.
- www.oszopr.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.osz-oder-spree.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.osz-prignitz.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.osz-reichstein.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.osz-teltow-flaeming.de. Letzter Zugriff: 11.04.2014.
- www.osz-teltow.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.osz-uckermark.de. Letzter Zugriff: 03.08.2014.
- www.osz-werder.de. Letzter Zugriff: 10.02.2014.
- www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.freudenstadt-stoch-setzt-auf-wohnnortnahe-berufsschule.7df62734-c530-4d3d-9989-ad05b4c35d3d.html; Letzter Zugriff: 18.10.2014.
- www.starweb.hessen.de/cache/DRS/18/2/05202.pdf. Letzter Zugriff: 12.12.2013.
- www.regionalstatistik.de. Letzter Zugriff: 04.07.2014.
- www.soemmerda.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Soemmerdas-Berufsschule-soll-2017-geschlossen-werden-10847744882, 8.11.2014. Letzter Zugriff: 08.11.2014.
- www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/05/pdf/050524-beschluss%20a%201%20leitantrag.pdf. Letzter Zugriff: 04.14.2013.
- www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/00/pdf/bildungsoffensive%20 brandenburg. pdf. Letzter Zugriff: 04.14.2013.
- www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/01/pdf/beschluss%20leitantrag.pdf. Letzter Zugriff: 04.14.2013.

www.svz.de/nachrichten/lokales/prignitz/artikeldetails/article/208/nachwuchsschmiede-in-der-prignitz, 24.2.2011, Letzter Zugriff: 24.2.2011.

www.svz.de/mv-uebersicht/land-stockt-hilfe-fuer-lehrlinge-auf-id8396266.html, 5.12.2014. Letzter Zugriff: 5.12.2014.

www.poessneck.otz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/SOK-Kreistag-stimmt-Abbau-an-Berufsschulen-zu-926324415, 02.03.2013. Letzter Zugriff: 02.03.2013.

www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Themen/Berufliche_Bildung/index.jsp. Letzter Zugriff: 31.08.2014.

www.tagesspiegel.de/berlin/art270,2897620, 12.9.2009. Letzter Zugriff: 12.09.2009.

www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/IHK-draengt-auf-tragfaehige-Berufsschulnetzplanung-in-Thueringen-1332439095, 21.4.2013. Artikel „IHK drängt auf tragfähige Berufsschulnetzplanung in Thüringen“ vom 15.04.2013. Letzter Zugriff: 21.04.2013.

www.tlz.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/TLZ-IHK-Gespraech-Bei-Berufsschulen-oft-nur-Kirchturm-Denken-230769436, 21.4.2013. Letzter Zugriff: 21.04.2013.

www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Soemmerdaer-Kreistag-diskutiert-ueber-Berufsschule-und-Auslaenderbehoerde-1584100896, Artikel „Sömmerdaer Kreistag diskutiert über Berufsschule und Ausländerbehörde“ vom 13.12.2014. Letzter Zugriff: 13.12.2014.

www.welt.de/newsticker/dpa_nt/regiolinegeo/mecklenburgvorpommern/article130602850/Opposition-fordert-bessere-Berufsschulen. Artikel vom 16.11.2014. Letzter Zugriff: 16.11.2014.

www.zeit.de/1996/24/Stiefkind_Berufsschule/seite-4. Artikel „Stiefkind Berufsschule“ vom 12.09.2011. Letzter Zugriff: 12.09.2011.

www.wiki.piratenbrandenburg.de. Letzter Zugriff: 05.01.2015.

10 Anhang

Anhang I: Der Ausbildungsmarkt – Bilanzierung von Angebot und Nachfrage

Nach dem Berufsbildungsgesetz sind Gesellschaft und Politik über die jährliche Lage am Ausbildungsmarkt zu informieren. Das erfolgt in dem seit 1977 jährlich erscheinenden Berufsbildungsbericht – erstellt vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung und herausgegeben von der Bundesregierung. Der Bericht dokumentiert die wirtschaftlichen Leistungen und die politischen Aktivitäten zur Integration junger Menschen in eine Ausbildung. Dementsprechend hoch ist der politische Gehalt. Er drückt sich in den je nach Standort und Ausbildungssituation kritischen Stellungnahmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu Ursachen und erforderlichen Maßnahmen aus. Diese Stellungnahmen sind Bestandteil des Berufsbildungsberichtes. Die Ausbildungssituation kann, vergleichbar zur Arbeitsmarktstatistik, günstig oder weniger günstig dargestellt werden.⁵³² Die Kritik an der Darstellung der Ausbildungsmarktlage mittels der herkömmlichen klassischen Definition richtete sich lange Zeit auf die Verzerrung der Bilanz durch eine Unterschätzung der Nachfrage: Je niedriger das Ausbildungsangebot ist, desto öfter werden Jugendliche in Alternativen vermittelt und treten in der Statistik nicht mehr als Nachfrager auf.⁵³³ Mittlerweile werden im Berufsbildungsbericht mehrere Definitionen verwendet:

⁵³² ULRICH 2005: 5.

⁵³³ ULRICH 2005; BIBB (Hg.) 2009: 61f.

Definitionen von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt⁵³⁴

	Ausbildungsstellennachfrage
Klassische Definition	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge + bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis zum Ende des Berichtsjahres (30. September) gemeldete Jugendliche, die als unversorgt gelten, sich also weder in Berufsausbildung noch in einer Alternative befinden
Erweiterte Definition	Klassische Definition + Jugendliche, die in eine Alternative zur Berufsausbildung eingemündet sind (z. B. ein Job oder erneuter Schulbesuch), aber weiterhin eine Ausbildung beginnen möchten und von der Agentur für Arbeit/Jobcenter als ausbildungsreif eingestuft sind
Institutionell erfasste Ausbildungsinteressierte	alle Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch nach einer Ausbildung äußerten und institutionell erfasst wurden (über eingetragene Ausbildungsverhältnisse oder durch die Registrierung bei der BA bzw. den Arbeitsgemeinschaften oder zugelassenen kommunalen Trägern)
	Ausbildungsstellenangebot
	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge + bei der BA bis zum Ende des Berichtsjahres gemeldete unbesetzte Ausbildungsplätze

⁵³⁴ BIBB (2012): 18 f.

Anhang II: Ausbildungsförderprogramme in Brandenburg in den 1990er und 2000er Jahren⁵³⁵

<p>Prämienförderung 1991–2001</p>	<p>Die Prämienförderung für Betriebe galt bis zur Einführung der Verbundausbildung als wichtigstes Förderinstrument für betriebliche Ausbildungsplätze – und erreichte Mitte der 1990er Jahre eine Höhe, die weder erwartet noch beabsichtigt war. Die damit bei den Betrieben geförderte Handlungsorientierung führte dazu, dass nach der Umstellung der Prämie für nur noch erstmalig ausbildende Betriebe, ehemalige geförderte Ausbildungsbetriebe, nicht mehr ausbildeten.</p>
<p>Verbundausbildung seit 1995</p>	<p>Die fachpraktischen Ausbildungsanteile werden bei einem Bildungsträger oder einem anderen Betrieb durchgeführt. Damit sollten insbesondere Kleinbetriebe an die Ausbildung herangeführt werden. Bei der sich in Brandenburg etablierten betrieblichen Verbundform übernahmen in der Regel größere Unternehmen die Vermittlung von Ausbildungsinhalten im Auftrag anderer Betriebe. Sie gilt als einziges Programm, das neben der Lösung der prekären Ausbildungssituation auch neue Impulse im Hinblick auf die fehlende Breite und Qualität in der betrieblichen Ausbildung gab und das auf spezifische wirtschaftsstrukturelle Aspekte eingehen konnte.</p>
<p>Betriebsnahe Ausbildung 1997–2010</p>	<p>Finanziert durch die Bund-Länder-Programme war sie eine der Hauptkomponenten zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Die Ausbildung erfolgt bei Betrieben und bei Bildungsträgern. Die in 2001 abgesenkten Platzkontingente wurden nahezu immer ausgeschöpft. Sie war für die Unternehmen ein vergleichsweise kostengünstiges Instrument der Heranbildung von Berufsnachwuchs. Dieser Ausbildungsform haftete wie anderen auch teilweise das Image eines „Lückenschlussprogramms“ an, in der nicht ein „richtiger“ Betrieb Vertragspartner ist. Auch hier zeigten sich Hinweise auf Mitnahmeeffekte. In bestimmten Betrieben wurde trotz der Förderung kein zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen.</p>

⁵³⁵ WILMA et al. 2003: 12 ff.

Kooperatives Modell 1997–2015	Dieses Modell, angesiedelt an den Berufsfachschulen, ermöglichte ebenfalls einen Abschluss nach BBiG/HwO. Der praktische Ausbildungsanteil erfolgt bei einem Bildungsträger, kleinere Bestandteile auch in Betrieben. Die Jugendlichen haben hier einen Schülerstatus und erhalten keine Ausbildungsvergütung. Dem Kooperativen Modell haftete das Problem einer unzureichenden Betriebspraxis an. In den Anfangsjahren war das Ausbildungsspektrum sehr begrenzt. Später erfolgte eine begrenzte Diversifizierung des Angebotes.
---	---

Anhang III: Verteilung der Berufsschulstandorte in am stärksten besetzten Ausbildungsberufen laut LSBV nach Landkreisen und Schulamtsbezirken in Brandenburg (2013)

	OP	PR	OHV	UM	BAR	Auszubildende		Beschulungsstandorte insg.	
	Schulamtsbezirke								
	Perleberg			Eberswalde		2001	2011	2002	2013
Verkäufer/in						1.048	1.122	17	17
Kaufmann/-frau Einzelhandel						3.423	1.700	17	17
Bürokaufmann/-frau						2.362	1.146	17	14
KFZ-Mechatroniker/in						2.864	1.719	13	13
Koch/Köchin						2.579	894	14	13
Kaufmann/-frau Bürokommunikation						1.397	830	8	12
Restaurantfachmann/-frau						1.179	454	13	12
Elektroniker/in						1.248	565	13	11
Hotelfachmann/-frau						999	579	12	11
Friseur/in						1.373	587	10	10
Industriemechaniker/in						990	1.144	7	10
Maler- und Lackierer/in						2.585	427	12	8
Tischler/in						1.367	406	13	7
Mechatroniker/in						371	870	5	7
Metallbauer/in						1.091	471	9	6
Medizin Fachangestellte						660	495	7	6
Kaufmann/-frau Großhandel						851	491	9	6
Industriekaufm./-frau						630	490	7	6
Bankkaufmann/-frau						714	473	6	6
Fachkraft für Lagerlogistik						199	750	3	3
Auszubildende insgesamt						55.378	33.358		

	LOS	MO	FF	EE	OSL	SP	CB	Auszubildende		B.Standorte insgesamt	
	Schulamtsbezirke										
	Frankfurt Oder			Cottbus				2001	2011	2002	2013
Verkäufer/in								1.048	1.122	17	17
Kaufm./-fr. Einzelh.								3.423	1.700	17	17
Bürokaufm./frau								2.362	1.146	17	14
KFZ-Mechatr.								2.864	1.719	13	13
Koch/Köchin								2.579	894	14	13
Kaufm./fr. Bürok.								1.397	830	8	12
Restaurantfm./-frau								1.179	454	13	12
Elektroniker/in								1.248	565	13	11
Hotelfachm./-frau								999	579	12	11
Friseur/in								1.373	587	10	10
Industriekaufm./in								990	1.144	7	10
Maler-/Lackier/in								2.585	427	12	8
Tischler/in								1.367	406	13	7
Mechatroniker/in								371	870	5	7
Metallbauer/in								1.091	471	9	6
Med. Fachangest.								660	495	7	6
Kaufm./fr. Großhd.								851	491	9	6
Industriekaufm./fr.								630	490	7	6
Bankkaufm./fr.								714	473	6	6
Fach. Lagerlogistik								199	750	3	3
Auszubildende insgesamt								55.378	33.358		

Quelle: LSBV Brandenburg 2002, 2013; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: B II 5 – j / 2011; LDSB: B II 5 – j / 2001. Da die Statistik die Elektroberufe im Gegensatz zur LSBV nicht nach Fachrichtungen ausweist, wurden bei der Anzahl der Standorte der/die Elektroniker/in in der Fachrichtung Geräte/Systeme verwendet. Das OSZ I Spree-Neiße wurde hier Cottbus zugerechnet, da die Einrichtung in dieser Stadt angesiedelt ist. Die Erläuterungen der Abkürzungen sind im Abkürzungsverzeichnis zu finden.

Anhang IV: Exemplarische Interviewleitfäden

Leitfaden – Schulamt

Demografische Entwicklung und Berufsschulplanung

Welche Rolle spielen die aktuell zurückgehenden Schulabsolventenzahlen für die Berufsschulplanung in Ihrem Bereich? Wann griff Ihre Behörde das Thema demografischer Wandel auf und in welcher Form?

1. Wie wirkten sich die sinkenden Schüler/innenzahlen konkret auf die einzelnen Bereiche der Berufsausbildung in der Uckermark aus (Schulberufs-, Übergangs- und Duales System)?
 - Welchen Hintergrund hatte die anvisierte Schließung der Abteilung für Soziale Berufe in Templin?
 - Wie konkret waren die Auswirkungen auf die einzelnen Berufsfelder vorhersehbar?
 - Welche Rolle spielen aktuell schulische Ausbildungsangebote? Welche berufsbildungspolitischen Orientierungen gibt es für dieses Segment?
2. Welche Aufgabe hat das Landesministerium und das Schulamt im Prozess der kommunalen Berufsschulplanung?
 - Welche räumlichen und regionalentwicklungspolitischen Orientierungen lagen oder liegen der aktuellen Berufsschulplanung zugrunde?
 - Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Kommunen in der Berufsschulplanung?
3. In welchem Umfang lagen die Auszubildendenzahlen in den Klassen unter der Mindestzahl von 16 Auszubildenden in den letzten Jahren? Welche Berufe waren betroffen? Wie wurde und wird damit umgegangen?
4. In anderen Bundesländern wird eine zentralere Rolle des Landes bei der Berufsschulsteuerung gefordert? Können Sie diese Forderung für Brandenburg teilen?

Konsequenzen und Positionen anderer Akteure

5. Welche Veränderungen waren mit den Umstrukturierungen für die Schüler und die Betriebe verbunden?
 - Wie schätzen Sie die Konsequenzen der Konzentration, insbesondere für Landkreise wie die Uckermark ein?
 - Welchen Einfluss sehen Sie auf die Lernortkooperation?
6. Gab es Einwände oder Proteste gegen die Verlagerung durch die Unternehmen oder andere Einrichtungen? Wenn ja, in welcher Form und mit welchen Argumenten?
 - Wie wurde mit den Einwänden umgegangen?

Alternative Modelle zur Konzentration

7. Inwiefern war das Schulamt an der Entstehung des Schwedter Ausbildungsbundes beteiligt? Gibt es vergleichbare Initiativen in der Region?
8. Werden noch andere Formen der Infrastrukturorganisation außer Konzentration praktiziert und wenn ja, welche?

Privatschulen

9. Auf welche Ursachen geht Ihrer Meinung nach das Wachstum der privaten Berufsschulen zurück? Handelt es sich in der Region um ein Konkurrenzverhältnis zu den staatlichen Berufsschulen?
10. Wie wertet das Land diese Entwicklung und welche Regulierungsmöglichkeiten bestehen in diesem Bereich?

Leitfaden – Schulverwaltungsamt

Berufsschulplanung in den 1990er und 2000er Jahren

1. Wie wurde die Berufsschullandschaft in der Uckermark nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren organisiert?
2. Wann wurde erstmalig über den Schülerzahlenrückgang im Kontext der beruflichen Bildung diskutiert?
 - Wer war daran beteiligt? Welche Rolle spielte das Land?
 - Welche Rolle spielten Abstimmungen mit dem Nachbarlandkreis?
 - Welche Hauptziele wurden von Seiten der Kommune verfolgt?
 - Von welchen konkreten Entwicklungen im beruflichen Bildungssystem der Region wurde ausgegangen?
 - Wurden Alternativen zur Konzentration diskutiert und wenn ja, welche?
3. In welche Beschlüsse mündete die Diskussion? Wann wurden die Beschlüsse umgesetzt?
 - Vor welchem Hintergrund entstand die Entscheidung, die Abteilung für Bautechnik zu schließen?
 - Welchen Hintergrund hatte die anvisierte Schließung der Abteilung für soziale Berufe in Templin und warum wurde der Beschluss nicht umgesetzt?
4. Man spricht immer vom Einfluss sinkender Schülerzahlen, aber ein nicht unerheblicher Teil des Rückgangs betrifft die betriebliche Ausbildung? Inwiefern war das in der Uckermark der Fall?
5. Wurden auch einzelne Berufsschulklassen verlegt? Wenn ja, welche und wohin?
 - Welche Rolle spielen Abstimmungen mit dem Nachbarlandkreis hierfür?
 - Ist die Entwicklung durch die Tendenz der Verlagerung in den berlinnäheren Raum gekennzeichnet?

Konsequenzen und Positionen anderer Akteure

6. Welche Veränderungen waren mit den Umstrukturierungen für die Schüler und die Betriebe verbunden?
 - Wie schätzen Sie die Konsequenzen der Konzentration ein?
 - Welchen Einfluss sehen Sie auf die Lernortkooperation?
7. Gab es Einwände gegen die Verlagerung durch die regionalen Unternehmen oder andere Einrichtungen? Wenn ja, in welcher Form und mit welchen Argumenten?
 - Wie wurde mit den Einwänden umgegangen?

Alternative Modelle zur Konzentration

8. Inwiefern war die Kommune an der Entstehung des Schwedter Ausbildungsverbundes beteiligt? Gibt es vergleichbare Initiativen in der Region?
 - Werden noch andere Formen der Infrastrukturorganisation außer Konzentration praktiziert? Wenn ja, welche?

Schulberufssystem und Privatschulen

9. Welche Linie verfolgt der Landkreis in der schulischen Ausbildung?
10. Auf welche Ursachen geht Ihrer Meinung nach das Wachstum der privaten Berufsschulen zurück? Handelt es sich in der Region um ein Konkurrenzverhältnis zu den staatlichen Berufsschulen?
11. Wie wertet die Kommune diese Entwicklung und welche Regulierungsmöglichkeiten bestehen für Sie in diesem Bereich?

Seit einigen Jahren richtet sich angesichts der starken Schülerzahlenrückgänge die wissenschaftliche und bildungspolitische Aufmerksamkeit wieder stärker auf Fragen der Gestaltung beruflicher Bildung in ländlichen Räumen. Einerseits knüpft sich an die demografische Entwicklung die Erwartung einer Entspannung der lange Zeit sehr prekären Ausbildungsplatzsituation in diesen Räumen. Andererseits ist offen, inwiefern diese Entwicklung mit der Ausbildung neuer räumlicher Disparitäten verbunden ist, etwa durch die Schließung von Berufsschulen.

Umso aktueller ist die Frage, wie gerade in Regionen mit dünner Besiedlung und starken Bevölkerungsrückgängen eine solch ausdifferenzierte Infrastruktur gestaltet werden kann.

Das Buch setzt sich mit der Situation und Steuerung von Berufsschulen im Land Brandenburg auseinander. Aufgezeigt werden Entwicklungsetappen des Berufsschulnetzes seit 1990. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Situation von Berufsschullandschaften in ländlich-peripheren Räumen. Analysiert werden der Einfluss von demografischen und ökonomischen Entwicklungen, die Bedeutung institutioneller und sektoraler Eigenschaften des Berufsbildungssystems sowie die Struktur von Steuerungsformen auf zentraler und lokaler Ebene. Berufsschulen werden als raumgebundene Infrastrukturen verstanden, die in komplexe Schnittstellen von Schulsystem, Wirtschaft und Gesellschaft eingebettet sind. Damit will das Buch den Forschungsgegenstand Berufsschullandschaften aus der teilweisen Verengung auf demografische Diskurse herausführen.

